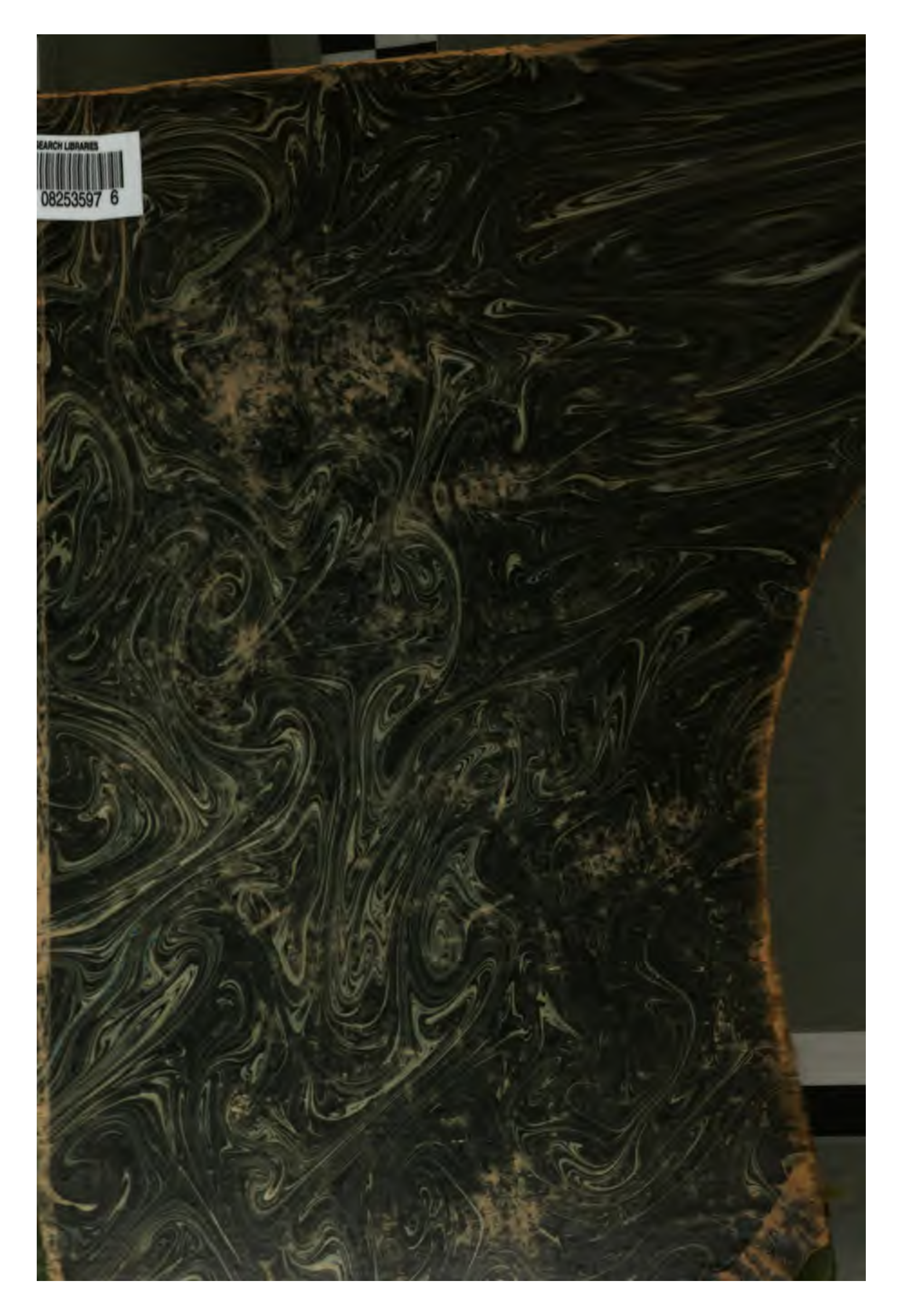
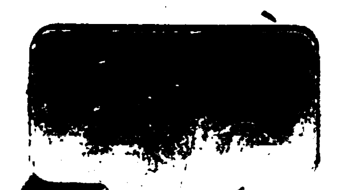


SEARCH LIBRARIES
08253597 6

1. [illegible] – Germany – [illegible]
2. [illegible]
Z-E-D.



NARF

Die Breslauer politische Presse von 1742—1861.

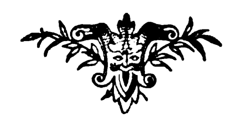
Nebst einem Überblick über die Dekade 1861—1871.

Von der Universität Breslau preisgekrönte Arbeit.

Von

Dr. phil.

Leonhard Müller.



Breslau 1908.

Verlag von Goerlich & Coch (Rudolf Sprick).

Die Breslauer politische Presse von 1742–1861.

Nebst einem Überblick über die Dekade 1861–1871.

Von der Universität Breslau preisgekrönte Arbeit.

Von

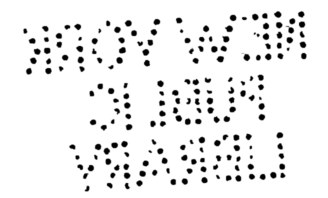
Dr. phil.

Leonhard Müller.



Breslau 1908.

Verlag von Goerlich & Coch (Rudolf Sprick).



Seinen treuen Freunden und väterlichen Gönnern

Herrn Professor Dr. Alois Elsner,
Oberlehrer am St. Matthiasgymnasium
zu Breslau

und

Herrn Johannes Kirchner, Hochwürden,
Pastor an der Erlöserkirche zu Breslau

in herzlichster Verehrung und Dankbarkeit

gewidmet

vom

Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort.

Im Vorwort zum ersten Bande der „Geschichte des deutschen Zeitungswesens“ spricht Ludwig Salomon von der Zeitungsliteratur als einem großen Trümmerfelde, auf dem sich der Schutt an vielen Stellen schon undurchdringlich gehäuft habe. Der Versuch, über die Geschichte des Breslauer Preßwesens von 1742—1861 einiges Licht zu verbreiten, hat mir die Wahrheit dieser Worte unwiderleglich dargetan; denn der an und für sich doch nicht so beträchtliche Zeitraum von 120 Jahren bietet so viel ephemere Erscheinungen, oft nur Andeutungen von solchen, daß man sich manchmal wie weiland Ezechiel auf ein großes, mit Gebeinen übersätes Totenfeld versetzt glaubt. Aus den einzelnen Skelettresten eine lebensähnliche Rekonstruktion herzustellen, war oft schwer, und wären mir nicht durch einen glücklichen Zufall wertvolle Akten in die Hände gelangt, so würde die Arbeit vielleicht noch mehr als Torso erscheinen, dessen Eindruck sie auch jetzt noch an manchen Stellen erwecken dürfte. Doch die Nachrichten über die Breslauer Presse flossen eben zu spärlich.

An gedruckten Quellen kamen vor allem Julius Steins „Geschichte der Stadt Breslau im neunzehnten Jahrhundert,“ Breslau 1884, in Betracht. Stein ist im Dienst der Breslauer Presse ergraut, und seine gelegentlichen Notizen über das hiesige Zeitungswesen haben daher den großen Vorzug, daß sie meist eigner Erfahrung entstammen. Weniger Ausbeute, als man eigentlich meinen sollte, bot die Biographie der Schlesischen Zeitung von Weigelt, „150 Jahre Schlesische Zeitung (1742—1892). Ein Beitrag zur vaterländischen Kulturgeschichte,“ Breslau 1892. Als preßhistorisch wirklich von Wert konnten hier nur die Abschnitte über die Zeit von 1742—1813 betrachtet werden, obwohl auch diese Kapitel durch die von mir benutzten Akten des Staatsarchivs manche Ergänzung erfuhren.

Von 1813 an bietet die Darstellung Weigelts aber so wenig Positives, daß er nur noch an wenigen Stellen als Gewährsmann herangezogen werden konnte.

Neben den Akten des Staatsarchivs, in der Arbeit durch die Chiffre **St. A.** gekennzeichnet, kamen vor allem die hinterlassenen Papiere Dr. Moritz Elsners, des Nestors der Breslauer Journalisten, in Betracht, die in der Breslauer Stadtbibliothek deponiert sind und mir von dem gütigen Förderer dieser Arbeit, Herrn Stadtarchivar Dr. Wendt, in liberalster Weise zur Benutzung überlassen wurden.

Neben reichhaltigem Aktenmaterial für die Geschichte der Oderzeitung fand ich da in Fasc. 12 das allerdings sehr schwer lesbare Manuskript des Verblichenen über seine Lebensschicksale unter dem Titel „Erlebnisse von Dr. Moritz Elsner," das demnächst im Druck erscheinen wird. Für die nachstehende Darstellung sind aus diesem Memoirenwerk die Kapitel „Vormärzliche Preßzustände" und „Schicksale und Trübsale der Neuen Oderzeitung" benutzt worden. Das Manuskript wird im folgenden als **E. M.** angeführt werden.

Reichhaltiges Material boten auch die in liebenswürdigster Weise vom Oberpräsidium mir zur Benutzung überlassenen Akten der Schlesischen Oberpräsidial-Registratur. Für die Begrenzung des ersten Abschnittes der Arbeit kam das Jahr 1820 deshalb in Betracht, weil damals durch die Gründung der Breslauer Zeitung der Stagnation in dem Breslauer Preßwesen ein Ende bereitet wurde. Der zweite Teil endet mit dem Jahre 1861, weil die wöchentlichen Polizeiberichte aus der Feder des Polizeipräsidenten von Kehler, auf denen die nachfolgende Darstellung eigentlich beruht, mit jenem Jahre leider schließen.

Für die Dekade 1861—1871 habe ich versucht, die politische Stellungnahme der „Schlesischen Zeitung" wie der „Breslauer Zeitung" im engsten Anschluß an ihre Leitartikel darzustellen. Die Absicht, die mich bei diesem Experiment leitete, war, darzutun, ein wie eminent wichtiges, vielfach aber noch zu sehr vernachlässigtes historisches Hilfsmittel die Tagespresse für den Neuhistoriker ist; sie läßt sich am besten mit der photographischen Platte vergleichen, da auch die Presse das Bild vergangener Tage mit den minutiösesten, heute längst vergessenen Details festhält. Und wie die farbige Photographie die Natur gradezu verblüffend kopiert, so sieht auch der Neuhistoriker aus den vergilbten Zeitungsbänden, die er durchstudiert, Jahrzehnte frischpulsierendes Lebens kinematographenartig an seinem geistigen Auge vorüberziehen; Menschen von Fleisch und Blut führen eindringliche Rede mit ihm, ihr warmer Lebensodem weht ihn an! Und so wird die Geschichtsschreibung für ihn kein trockenes Registrieren und Abstrahieren, sondern ein Miterleben im wahren Sinne des Wortes.

Breslau, im Mai 1908.

Der Verfasser.

Quellen-Verzeichnis der vorhandenen Akten.

I. Breslauer Staatsarchiv:

Rep. 14: P. A. III. 53 i. vol. VIII., vol. XXXVI—XLIV (Wöchentliche Polizeirelationen).

P. A. IX. 49. d. III. „Acta specialia betr. die Herausgabe von Büchern und Schriften.“ Vol. III. vom J. 1847 bis Ende 1871.

P. A. IX. 49, e. I., 51 a „Acta Generalia betr. Verordnungen über das Censur-Wesen, Vol. I. Vom J. 1788 bis ult. Decbr. 1810.“

P. A. IX. 55 a, 55 e, 55 h „Acta betr. die Herausgabe einer Schlesisch-oeconomisch-statistischen Handlungs-Zeitung zu Breslau.“

P. A. IX. 55 i „Acta betr. die Herausgabe einer politischen Zeitung von dem Kaufmann Schall zu Breslau, 55 qu, 55 v.

Rep. 199: MR. IV. 40 u. 40 a:

MR. V. 100 a: „Acta von Verfassung, Vertheilung und Herausgabe einer Volckszeitung für das schlesische Landvolck 1789/1803.“

II. Breslauer Stadtarchiv:

Elsneriana Fasc. 12 „Erlebnisse von Dr. Moritz Elsner.“ Tl. 26—28.

Neesiana Fasc. 43.

III. Schlesische Oberpräsidial-Registratur:

Acta über Herausgabe der Breslauer Zeitung, Fach 1563:
Vol. I. vom Juli 1819 bis ult. Decbr. 1846.
Vol. II. vom J. 1847 bis Mai 1888.

I. Teil.

Das Breslauer Zeitungswesen von 1742—1820.

A. Die politischen Zeitungen.

Schlesiens erste unter preußischer Herrschaft herausgegebene politische Zeitung hat zu ihrem Begründer den aus Kurbrandenburg gebürtigen Johann Jakob Korn, der mit vielem Fleiß und Glück in Breslau seine anfangs kleine Buchhandlung innerhalb weniger Jahre zu einem gutgehenden, angesehenen Geschäft erweiterte, sodaß er bereits am 13. Januar 1732, obwohl Nicht-Oesterreicher, in das Collegium mercatorum der Stadt aufgenommen wurde.[1]) Sein Geschäftssinn, der ihm in der Fremde zum Glück verholfen, ließ ihn 10 Jahre später auch aus der für ihn als Preußen günstigen politischen Konstellation erhebliches Kapital schlagen. Dem jungen Könige wußte er sich bald nach dem ersten Einrücken in Schlesien durch seinen regen Eifer für die preußische Sache in Breslau unentbehrlich zu machen. Korn besorgte den Abdruck der preußischen Patente, Plakate usw., durch die von ihm herausgegebenen „Relationen" — etwa den heutigen Extrablättern entsprechend — wurde die Kunde von dem Vorrücken der preußischen Truppen und ihren Siegen rasch verbreitet. Das gute Geschäft, welches er bei dem reißenden Absatz mit diesen „Relationen" machte, ließ in ihm nun den Plan entstehen, bei dem Preußenkönig um ein Privileg für eine regelmäßige Herausgabe solcher Berichte, also um die Erlaubnis zur Gründung einer Zeitung zu petitionieren. Korn erhielt am 22. Oktober 1741 das Privileg auf 20 Jahre gegen jährliche Entrichtung von 200 Tlr. bewilligt[2]), und der 3. Januar 1742 brachte bereits die erste Nummer des neuen Blattes in zwei Ausgaben, die

---

[1]) 150 J. Schles. Ztg. S. 7.

[2]) a. a. O. S. 20.

eine in dem bleibenden Quartformat, die zweite als Extrablatt in Folio, beide desselben Inhalts, aber in anderer Verteilung. Der Titel lautete folgendermaßen:

Schlesische
Privilegierte
Staats-Kriegs-
Und
Friedens-
Zeitung
Anno MDCCXLII. No. I.
Mittwochs, den 8. Januar.

N. B. Diese Privilegierte Staats-Kriegs- und Friedens-Zeitung wird Wöchentlich 3 mahl, Nemlich: Montags, Mittwochs und Sonnabends, jedesmahl Vormittags, in Korns Buch-Laden in dem von Gisischen Hause, Quartaliter à 1 Rthlr., Einzeln aber à 1 Sgr. ausgegeben, und dem Publico dienet hiernächst zur Nachricht, daß man so wohl auf einen Monathlichen Nachtrag als auch bey dem Ende des Jahres auf ein ordentliches Register über die merkwürdigsten Sachen derselben bedacht seyn werde."

Nüchtern und trocken ist der Inhalt der Zeitung. Ausführliche Korrespondenzen über die Kriegsoperationen in anderen Ländern, offizielle und private Mitteilungen aus dem eigenen Feldlager nehmen fast völlig den Raum jeder einzelnen Nummer ein. Erörterungen über Zeitfragen oder gar eine Kritik sind ausgeschlossen; zur Abwechslung für die Leser sind dagegen häufig sehr breite Hofberichte, Schilderungen von Festlichkeiten, Paraden usw. eingestreut. Daß der Herausgeber so völlig sich den Intentionen der Regierung anpaßte, wurde von letzterer auch bei den Verlängerungen des Privilegs 1762 und 1782 gern anerkannt.[1] Ehe der Zeitung jedoch eine dritte Prolongation ihres Monopols im Jahre 1802 bewilligt wurde, hatte sie eine für ihr Bestehen recht gefährliche Krisis zu überwinden. Wie später noch ausführlicher dargetan werden wird, hatte sich nämlich der Schwiegersohn der Buchdruckerwitwe Grass, Joh. Aug. Barth, unter Berufung auf ein altes, im J. 1553 den Vorfahren der Graßschen Buchdruckerei bewilligtes Exklusivprivileg bei der Regierung um ein Privileg für eine Handelszeitung beworben.[2] Dabei hatte er zugleich das Angebot gemacht, das Doppelte des bisher von Korn erlegten Canons, also 400 Tlr. zu zahlen, wenn ihm neben der Handelszeitung auch das Privileg für die Schlesische Zeitung übertragen würde. Der Regierung kam dieser Vorschlag sehr erwünscht; man wollte freilich

---

[1]) z. B. St. A. Rep. 199, MR. IV. 40a „Acta vom schles. Zeitungswesen, vom 15. Januar 1762 bis 6. Nov. 1807"; Breslau, den 15. Jan. 1762 „Wegen der von dem jüngeren Korn gebetenen Prolongation des väterlichen Privilegii" etc.

[2]) St. A. Rep. 14, P. A. IX. 55 h, Eingabe vom 5. August 1801.

Korn das Privileg nicht entziehen, hatte aber jetzt eine Handhabe, ihn bei Bemessung des Canons beliebig hoch zu steigern. So schrieb der König selbst am 22. August 1801 an den Grafen Hoym[1]):

„Mein lieber Staats Minister Graf von Hoym! Da der Buchhändler Korn zu Breslau für das ihm verliehene Privilegium zum alleinigen Druck und Verlag der Breslauer deutschen Zeitung und der Kammer-Edicte p. p. schon vor 20 Jahren einen jährlichen Canon von 200 Thalern übernommen hat, so läßt sich wohl jetzt eine angemessene Erhöhung desselben billig erwarten, und Ich kann daher die mit Eurem Berichte vom 10. d. M. eingereichte Prolongations-Acte des gedachten Privilegii nicht vollziehen, sondern befehle Euch vielmehr, mit dem p. Korn, allenfalls nach vorgängiger Licitation, darüber zu unterhandeln und demnächst davon anderweit zu berichten an Euren wohlaffectionirten König Friedrich Wilhelm."

Hoym konnte denn auch schon am 13. Oktober 1801[2]) mit einer gewissen Genugtuung schreiben, daß er „den Korn nicht nur zur Erfüllung der für die politische Zeitung gemachten Offerte von 400 Thlr. behandelt, sondern auch, da er ein Exclusivum verlangt, bis auf 600 Thlr. getrieben habe." So brachte das Konkurrenzunternehmen der Regierung einen wesentlichen Vorteil, aber auch für die Leser zeitigte es Gutes, indem nämlich die Schlesische Zeitung mit allen Mitteln, durch vermehrte Originalität und Reichhaltigkeit des Stoffes sich beliebt zu machen suchte. Die Rubrik „Inland" blieb freilich nach wie vor gröblich vernachlässigt. Berichte aus Persien und Sibirien, Theaterkritiken und ästhetische Essais waren selbst in den traurigen Jahren 1806/07 die einzige Kost, die man den Lesern vorzusetzen wagte. Bescheidene Versuche, hierin einen unmerklichen Wandel eintreten zu lassen, wurden alsbald erstickt durch ein ausdrückliches, von der Franzosenfurcht diktiertes Verbot der Regierung vom 6. Nov. 1807[3]), nichts, nicht einmal amtliche Publikationen, selbst wenn sie in den Berliner Zeitungen gestanden hätten, ohne ausdrücklichen Befehl zu veröffentlichen. Unter dem Druck der Fremdherrschaft blieb deshalb dem Blatt nun nichts anderes übrig, als eine gewisse Tendenz zugunsten Frankreichs anzunehmen. Die obrigkeitlichen Verordnungen erschienen fortan auch in einer französischen Uebersetzung, und der Verlauf des Krieges wurde nur nach amtlichen französischen Bulletins dargestellt.[4]) Diese unter französischer Zensur erfolgende Berichterstattung, die naturgemäß die Preußen freundlichen Mächte nicht gerade im besten Licht erscheinen ließ, behagte wiederum der heimischen Regierung nicht, und als daher in Nr. 60 des Jahrgangs 1809 ein französisches Bulletin die Schlacht von Aspern am

[1]) St. A. Rep. 199, MR. IV. 40 a.
[2]) St. A. Rep. 199, MR. IV. 40 a.
[3]) St. A. Rep. 199, MR. IV. 40.
[4]) Salomon, Geschichte des deutschen Zeitungswesens, Oldenburg und Leipzig 1902, Band II, S. 204.

21. und 22. Mai mit ihren Folgen zuungunsten Oesterreichs darstellte, nahm der Oberpräsident von Massow sich die Gelegenheit wahr, der Zeitung wegen ihrer Berichterstattung einen scharfen Verweis zu erteilen. „Daß dieses Bulletin in den Berliner Zeitungen unabgeändert gestanden,“ schreibt er am 1. Juni 1809,[1]) „gibt demselben (sc. Korn) noch keine Befugnis, ihnen solches nachzudrucken, denn dort stehen die Zeitungen offenbar unter näherer Einwirkung fremder Minister, und die Königsberger Zeitung ist jetzt die eigentliche Hofzeitung. Die Breslauer Zeitungen gehen überdies unmittelbar in die österreichischen Provinzen, und jene Aufsätze sind geeignet, das Vertrauen der österreichischen Nation gegen ihre Regierung zu schwächen. So unlautere Absichten muß ein Zeitungsschreiber sich nicht zuschulden kommen lassen.“

Schicksalsironie wollte es, daß zu ebenderselben Zeit das Blatt es auch mit der französischen Regierung verdarb, weil in Nr. 62 die Verluste Napoleons in der Schlacht bei Aspern in ihrem ganzen Umfange angegeben worden waren. Der Präfekt des Departements Kalisch in dem von Napoleons Gnaden errichteten Herzogtum Warschau, Garczynski mit Namen, entdeckte sofort diesen Verstoß gegen die französische Zensur und rügte ihn in einem an den Stadtkommandanten von Breslau, Generalleutnant von Grawert, gerichteten Brief. Er schreibt unterm 1. Juni 1809:[2]) „Comme le Redacteur de la Gazette de Breslau, intitulée — Schlesische Privilegierte Zeitung — No. 62 en date du 29. Mai dernier se permet d'annoncer des fausses nouvelles sur le compte de la grande armée française touchant plusieurs victoires que l'armée autrichienne doit avoir remportée sur Elle, il est de mon devoir d'avoir l'honneur de Vous inviter, Monsieur le Gouverneur, de vouloir bien ordonner à celui qui est chargé de la censure de la dite gazette, de mettre plus de soin à la rediger.“ Grawert übergab den Brief an Massow zur Weiterbeförderung, und dieser bat den Minister von der Goltz um Instruktion.[3]) Letzterer schrieb am 17. Juni[4]), er habe sich mit dem französischen Gesandten in Berlin, dem Grafen von St. Marsan, bezüglich der Veröffentlichung der Nachrichten von den französischen und österreichischen Armeen dahin geeinigt, daß alle von beiden Heeren kommenden Bulletins in die preußischen Zeitungen eingerückt würden, wobei man nur in Rücksicht auf die besondere Lage Preußens die Vorsicht brauche, daß aus den österreichischen Depeschen die Ausdrücke, welche für Frankreich etwas Beleidigendes enthielten, möglichst weggelassen würden, „welcher kleine Anschein von Parteilichkeit für letzteres bei den Verhältnissen Preußens gewiß nicht zu tadeln sei“. Derselbe Grundsatz wäre auch für die Schlesische Zeitung maßgebend. Dem Präfekten aber wäre sehr energisch zu bedeuten, daß ihn preußische Zensurangelegenheiten nichts angingen und man polnischerseits keine größeren Ansprüche

[1]) St. A. Rep. 14. P. A. IX. 51 a.
[2]) St. A. Rep. 14. P. IX. 51 a.
[3]) a. a. O. 12. Juni 1809.
[4]) a. a. O.

als die französische Gesandtschaft in Berlin zu stellen habe. Dieser an Deutlichkeit nichts ermangeln lassende Bescheid wurde auch dem Präfekten zugeschickt[1]), die Schlesische Zeitung hatte aber bis in das Jahr 1812 hinein die Lust zu jeder, wenn auch noch so bescheidenen Selbständigkeitsregung verloren.

Erst als das Gottesgericht Schlag für Schlag über den Korsen hereinbrach, besann die Zeitung sich wieder auf ihren preußischen Patriotismus, der in ihr dann während der Freiheitskämpfe eine Hauptpflegestätte fand. Die Schlesische Zeitung brachte 1813 die denkwürdigen Aufrufe des Königs an sein Volk und sein Kriegsheer und wurde so mitten hinein in die Welthistorie gestellt. Ihr ist in jenen Tagen die gewaltige Aufgabe zugefallen, ein ganzes Volk aus langem Schlummer zu wecken. Dies ist ihr auch gelungen, aber es muß einen sonderbar berühren, wenn man in jener trüben, schwächlichen Zeit, die leider den Tagen der Begeisterung allzu rasch folgte, dieselbe Zeitung, die kurz vorher für die deutsche Freiheit an erster Stelle eingetreten war, jetzt die Demagogenhetze billigen und für die Karlsbader Beschlüsse eintreten sieht.

Seiner ruhmvollen Vergangenheit nach hätte das Blatt recht gut der „Rheinische Merkur“ des Ostens werden können, doch hätte es freilich dazu einer kraftvolleren Persönlichkeit als der des Professors Rohde bedurft, der sein Blatt mit Artikeln aus aller Herren Länder füllte, eine Kritik der Vorgänge im eigenen Lande aber wohlweislich aus Furcht vor der Zensurbehörde unterließ. Die Zeitung brauchte ja auch keine größeren Anstrengungen zu machen, um ihre Leser zu befriedigen, erfreute sie sich doch des zweifelhaften Vorzugs, das einzige größere Provinzblatt zu sein, und sie nutzte diesen idyllischen Zustand in einer Weise aus, daß eine der damaligen Literaturgrößen Breslaus, Carl Schall, in dem Gesuch um Konzessionierung einer neuen politischen Zeitung anno 1819 ungerügt das Urteil fällen durfte: „. . . . . Veraltet in der äußeren und inneren Form, steht sie gegen alle fremden Zeitungen auf eine den Einheimischen sehr unangenehme Weise zurück. Nur aus wenigen, und zwar aus den bekanntesten und gelesensten Blättern liefert sie wörtliche Auszüge, meist ohne Wahl, Plan und Umsicht und oft in so gedankenloser Zusammenstellung, daß es eine allgemeine Rüge geworden ist, ihre Redaktion einem kenntnislosen Abschreiber beizumessen. Kurz, sie genügt auf keine Weise den Ansprüchen, welche auch der gewöhnliche Leser an eine gute Zeitung macht.[2])“ —

Die Schlesische Zeitung war im Verlauf der dreiviertel Jahrhundert ihres Bestehens, die eben an unserem Auge vorübergezogen, nicht immer das einzige politische Blatt in Breslau. Korn selbst rief eine zweite derartige Zeitung ins Leben, indem er dem Beispiel des André Bigottier, Procureur dans la Chambre des Guerres et

---

[1]) a. a. O. Copie, datiert vom 21. Juni 1809.
[2]) St. A. Rep. 14. P. A. IX. 55 l.

Domaines de Silesie folgte, der vom Oktober 1742 an eine französische Zeitung unter dem Titel „Le Courier du Cabinet des Princes“ für den Jahrespreis von 10 Tlr. herausgab,[1]) dieselbe aber bald aus Mangel an Absatz eingehen ließ. Der unternehmungslustige Herausgeber der Schlesischen Zeitung dachte jedenfalls die Sache besser anzufassen wie sein Vorgänger, als er sich 1774 um ein Privileg für eine französische Zeitung, eine **„Gazette Politique et Littéraire“** bewarb.

Nach einem beigefügten geschriebenen Prospekt[2]) stellte er als ihren Hauptzweck hin: „Elle offrira tout ce que les nouvelles extraordinaires de tous les pays peuvent avoir de plus interessant; et comme le Redacteur se trouve favorisé par le Local, il se verra á même de parler, principalement pendant les Conjonctures présentes des Evenements les plus recents.“ Wie aber aus dem Bericht der Kriegs- und Domänenkammer hervorgeht,[3]) war der eigentliche Zweck des Unternehmens, „die Handlung mit Frantzösischen Büchern nach Pohlen zu poussieren“, denn er hatte von diesen Büchern ein Lager im Werte von 8000 Tlr., ohne es bisher nach dem Nachbarland absetzen zu können. Gegen Entrichtung von jährlich 50 Tlr. erhielt er auch am 24. Dezember 1774 das Privileg bewilligt, mußte aber bereits im zweiten Quartal das Blatt, welches im wesentlichen nur die wortgetreue französische Uebersetzung der Schlesischen Zeitung darstellte, aus Mangel an Abonnenten eingehen lassen, ein Verlust von 309 Tlr. war obendrein zu verzeichnen.[4]) Ein drittes französisches politisches Blatt, wenn man es so nennen will, erschien unter dem Titel **„Breslauische Zeitung“** viermal vom 3.—28. Juni 1813, bis zum 11. Juni, an welchem Tage die Franzosen Breslau räumten, unter der Redaktion des französischen Kommandanten Demaisonneuf.[5]) Das einzige noch vorhandene Exemplar enthält die deutsche und französische Fassung des am 4. Juni 1813 zu Poischwitz geschlossenen Waffenstillstandes, einen Aufsatz über den „Wert der Assekuranz“ und einige in beiden Sprachen abgefaßte Anzeigen.

Eine rein politische Zeitung, insofern sie sich nur theoretisch mit Politik befaßte und politische Nachrichten und Neuigkeiten vollständig ausschied, war der im Jahre 1809 bei C. F. Barth erscheinende **„Vaterlandsfreund, eine patriotische Volksschrift“.** Jeden Mittwoch und Sonnabend wurde eine Nummer dieses Blattes im Umfange eines halben Bogens Quartformat ausgegeben, wofür ein Taler für das Quartal zu entrichten war. Eine Gesellschaft patriotischer Männer hatte die Zeitung gegründet, wie es in der Ankündigung vom 4. Januar 1809 heißt, um durch sie mit den Mitbürgern „über die ernstesten und wichtigsten Angelegenheiten des Vaterlandes“ sich zu unterhalten. „Wenn die

---

1) Schles. Ztg. 1742, No. 107.
2) St. A. Rep. 199, MR. IV. 40 a.
3) a. a. O. datiert vom 9. Dez. 1774.
4) Schles. Provinzialblätter, 71. Bd., Jhrg. 1820, S. 33.
5) Roland, Topographie von Breslau, S. 398 ff.

Regierung uns neue, wohltätige Formen der Verfassung gibt, so wollen wir nach allen Kräften streben, den Geist zu wecken, der in diesen Formen wirken und sich bewegen muß, wenn der große Zweck erreicht werden soll, dessen bloße Idee schon Friedrich Wilhelm III. die Unsterblichkeit sichert.“ Das Blatt wollte also im Gegensatz zu der nur Neuigkeiten bringenden Schlesischen Zeitung die brennendsten Fragen einer Kritik unterziehen und den Herzensbedürfnissen des geknechteten Volkes entgegenkommen. Deshalb wird zuerst (in No. 1) über die Voraussetzung einer jeden künftigen Erhebung gesprochen, „Ueber den Gemeingeist und die Mittel ihn zu wecken“. Solche werden angegeben in den Aufsätzen „Ueber den Wirkungskreis der Geistlichen und Schullehrer vorzüglich auf dem Lande und in kleineren Städten“ (No. 3) und „Ueber die Mittel, in patriotischen Gesellschaften den aufgestellten Zweck zu erreichen“ (No. 8). Auch der Hauptfaktor bei Heranbildung einer jungen Generation, vor welcher der jetzt schwer lastende Druck der Fremdherrschaft weichen soll, wird erörtert, „die Erziehung als eine wichtige Nationalangelegenheit“ in No. 21 und 22 besprochen, und in dem Aufsatz „Ueber die Bildung junger Offiziere“ (No. 48) zu einer wissenschaftlichen Vertiefung derselben geraten. Auch die großen Lehrer des Volkes kommen zum Wort, „Kants Ideen über Staats- und Völkerrecht“ (No. 20), „Herders Gedanken über den Krieg und die Kriegskunst“ (No. 31) werden dargestellt. Breit und ausführlich wird dann über die großen Reformen berichtet, „Ueber innere Staatsverfassung inbezug auf Bürgergarden und allgemeine Konskription“ (No. 1 und 2), „Ueber den Geist der neuen Ordnung für sämtliche Städte der preußischen Monarchie“ (No. 9), „Ueber die Aufhebung der Erbuntertänigkeit in Schlesien“ (No. 4) u. a. m. Der Geist von 1813/14 weht schon in allen diesen Aufsätzen, aber in Breslau war man anscheinend noch nicht reif, um den rein wissenschaftlichen Ausführungen und Kritiken das richtige Interesse entgegenzubringen. In einem „Schreiben an den Herausgeber“ (No. 72) wird geklagt, daß in dem Blatte „über alle wichtigen Gegenstände der Kameralwissenschaft — — — — Vorschläge getan würden, die wohl so leicht in keinem Staat realisiert werden dürften.“ Man solle mehr praktischen Interessen huldigen und die Zeitung lieber „Zu einem Repertorium für gemeinnützige Anstalten wie Armen- und Krankenhäuser, neue Polizeieinrichtungen etc.“ machen. Das sagte genug über die Stimmung des Publikums einem rein ideal gedachten Zweck gegenüber, und so mußten die Herausgeber, weil das Volk noch schlummerte, mit dem Ende des Jahres 1809 ihr Unternehmen eingehen lassen, über das in der literarischen Beilage zu den Schlesischen Provinzblättern 1809, S. 196 die abfällig gemeinte, uns aber höchst ehrenvoll dünkende Kritik lautet: „Uns ist es vorgekommen, als ob die Herausgeber zuweilen doch von den neuen Einrichtungen zu große, wir möchten fast sagen, idealische Erwartungen hegten und die unvermeidlichen Schranken aller Formen und die notwendige Reibung, die jede herbeiführt, zu wenig beachte.“

B. Die schlesischen Belehrungszeitschriften und Handelszeitungen.

Der von König Friedrich II. bald nach endgültigem Friedensschluß gefaßte Gedanke, alle schlesischen Landwirte durch Bildung einer ökonomischen Gesellschaft zu gegenseitigem Austausch ihrer praktischen Erfahrungen und dadurch zu rationellerer Bewirtschaftung zu veranlassen, war bekanntlich von dem Großkanzler Carmer dahin weiter ausgestaltet worden, „durch eine Vereinigung von Landwirten, Kaufleuten, Fabrikanten und Gelehrten dem gesamten Nährstande höhere Bildung und einen erweiterten Gesichtskreis zu verschaffen."[1]) Dieser Plan war auch auf Carmers Initiative in der „Patriotischen Gesellschaft zur Aufnahme des Nahrungsstandes", später einfach „Oekonomisch-patriotische Sozietät" genannt, verwirklicht worden, die jedoch beim Scheiden ihres Begründers im Jahre 1780 noch keineswegs den rechten Einfluß und Beifall gefunden hatte.[2]) Ihrem Wirken wurde Anerkennung erst durch die Bemühungen Hoyms verschafft, dessen Scharfblick auch nicht die Beobachtung entging, daß es der Gesellschaft zur Verbreitung ihrer Ideen und Erfahrungen an einem Organ ermangle, und daß „durch das Mittel einer Volkszeitung unter den niedrigen Klassen der Einwohner hiesiger Provinz besonders nützliche, auf die Verbesserung ihres Zustandes in ökonomischer, physischer und moralischer Hinsicht zunächst abzweckende Kenntnisse am ehesten in Umlauf gebracht werden könnten".[3]) Dieser Gedanke nahm bestimmtere Formen an, als Anfang 1789 der Buchhändler Korn jun. in Gemeinschaft mit den Kammerkalkulatoren Sandmann und Zimmermann in einer Denkschrift dem Minister greifbare Vorschläge bezüglich der geplanten „Volkszeitung" machte, die auch Hoyms Beifall fanden.[4]) Danach sollte die **„Schlesische Volkszeitung zum Nutzen und Vergnügen"** allmonatlich in Oktavformat, mit sog. Ciceroschrift gedruckt, erscheinen und 2 Bogen instruktiver Aufsätze sowie einen halben Bogen „nützlicher, für den Landmann interessanter" Nachrichten enthalten. Der Text wäre „in einem planen, populären Tone abzufassen, da, wo es zur Erläuterung nötig, mit Holzschnitten zu versehen, die vorzutragenden Sachen in der Manier des Not- und Hilfbüchleins einzukleiden und durch einige, doch nur wenige politische Nachrichten interessant zu machen.[5])

---

[1]) Schlesien unter Friedrich dem Großen, von Grünhagen, Breslau 1892, 2. Bd. S. 520.

[2]) a. a. O.

[3]) St. A. Rep. 199 MR. V. 100a: Nachricht, die herauszugebende Schlesische Volckszeitung betreffend.

[4]) a. a. O. Protokoll, datiert vom 14. März 1789.

[5]) a. a. O.

Die Manuskripte zu den Aufsätzen hätten auf 4 Monate immer im voraus vorrätig zu sein; ihr Inhalt sollte aus den Büchern einer noch zu gründenden Bibliothek entnommen werden und folgendes enthalten:

I. Anweisungen zur regelmäßigen Industrie sowohl in Ansehung
   a) der Wirtschaftsführung im allgemeinen als auch
   b) einer ordentlichen Verwaltung des inneren Hauswesens.

II. Unterricht zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit bei Menschen und Vieh.

III. Berichtigung der Begriffe des gemeinen Mannes. (Beseitigung des Aberglaubens etc.)

IV. Einprägung rechtschaffner Gesinnungen in Ansehung der moralischen und politischen Verhältnisse.

An die Spitze des Unternehmens trat der Landjägermeister von Wedell; ihm zur Seite standen die Kriegs- und Domänenräte Reisel und Andrae, der Syndikus Boerner, welcher besonders das „physikalische“ Fach bearbeitete und die Druckkorrektur besorgte, sowie der Senior Bockshammer zu Festenberg[1]), der für die des Deutschen unkundigen Gegenden die Uebersetzung der Volkszeitung ins Polnische übernahm. An der Redaktion wirkten außerdem noch Breslauer Gelehrte, Geistliche beider Konfessionen und verschiedene schlesische Landwirte mit. Im September 1789 war die Einrichtung des Unternehmens glücklich beendet, so daß man an den Druck der ersten Nummer gehen konnte. Noch ehe sie die Presse verließ, verfügte Hoym hinsichtlich der Verteilung der Zeitung an die Dorfgemeinden, „daß die erforderliche Anzahl von Exemplaren gegen den 20. jedes Monats an die Königlichen Steuerämter übermacht und den Ueberbringern der Steuern von jeder Gemeinde ausgehändigt werden sollten, welche sich dann im folgenden Monat durch ein Attest von Schulze und Gericht ausweisen müßten, daß sie das Blatt richtig abgeliefert hätten und solches auch in der Gemeinde gehörig verlesen worden“.[2])

Angesichts des wohlfeilen Preises der einzelnen Nummern wurde zugleich die Erwartung ausgesprochen, „daß gutdenkende Grundherrschaften die kleine Ausgabe zum Besten ihrer Untertanen wohl häufig und gern auf sich nehmen dürften“. Letzteres scheint ein frommer Wunsch geblieben zu sein, denn bald liefen Beschwerden der Gemeinden wegen entstandener Unkosten ein. Hoym verfügte deshalb am 21. September 1790[3]) die Gratisverteilung der Zeitung, welche, wie aus einem Kostenüberschlag Zimmermanns ersichtlich ist, in einer Auflage von 82800 „deutschen“ oder das Exemplar, wie veranschlagt, zu 2½ Bogen gerechnet, 33120 Exemplaren und 25200 „polnischen“ Bogen oder 10080 Exemplaren jährlich erschien. Die Zeitung war ganz für die ländlichen Verhältnisse berechnet;

---

[1]) a. a. O. Schreiben Hoyms an den Genannten vom 9. April 1789.
[2]) a. a. O. Breslau, den 4. September 1789: An sämtliche Landräte, die Schles. Volkszeitung betreffend.
[3]) a. a. O.

jede Nummer enthielt, getreu dem obigen Programm, für gewöhnlich zuerst ein oder zwei erbauliche Erzählungen, wie z. B. „Eine lehrreiche Geschichte von der Springwurzel" (Jahrg. 1795 No. 4) oder „Ehrlichkeit eines Bauern aus St. Pölten" (No. 6 dess. Jahrgs.). Dann folgten Winke und Ratschläge für die Landwirtschaft wie „Ueber das kalte Tränken des Rindviehs", „Von der Holzzucht" (Jahrg. 1795, No. 4) u. a. m. Die Zeitung hat bis 1803 bestanden; die einzelnen Bände und Jahrgänge sind allerdings nur noch bis 1800 inkl. vorhanden.

Der Plan der Regierung, durch eine Zeitschrift auf die breiten Schichten der Landbevölkerung belehrend einzuwirken, wurde bald in veränderter Form von einem journalistisch gut durchgebildeten Geschäftsmann, dem in Schmiedeberg, später in Breslau wohnhaften Kaufmann J. C. Sinapius aufgenommen, der nach dem Muster des Reichsanzeigers oder der von Hildt in Gotha herausgegebenen Handlungszeitung[1]) dem schlesischen Handelsstand ein orientierendes Organ schaffen wollte. So rief er denn im Jahre 1800 den **„Schlesischen Merkantilischen Anzeiger,** eine Wochenschrift oder Nachrichten von dem Zustande des schlesischen Handlungswesens in den letzten sechs Monaten des 18. Jahrhunderts" ins Leben, der vom Juli d. J. an bei W. G. Korn wöchentlich in 1 bis 2 Bogen Quartformat im Preise von 1 Rtlr. 8 Gr. für das halbjährliche Abonnement erschien. Neben tüchtigen theoretischen Aufsätzen wie „Von Schlesien und der schlesischen Handlung überhaupt" (in No. 1, fortgesetzt in No. 2 und 3), „Uebersicht des schlesischen Aktivhandels" (No. 5), „Von der vermischten oder Halbaktivhandlung in Schlesien" (No. 6) brachte Sinapius in seinem Anzeiger gute Uebersichten über die Fortschritte in den Haupthandels- und Industriezweigen der Provinz. Breiten Raum nahm naturgemäß Schlesiens damalige erste Erwerbsquelle, die Tuch- und Leinwandmanufaktur, ein, der an zehn ausführliche Artikel gewidmet sind. Doch auch große industrielle Etablissements, wie die Lackierfabrik (in No. 7) und die Spiegelfabrik (in No. 8) zu Breslau, das Schwefel- und Vitriolwerk zu Schreiberhau (No. 9) u. a. m. werden in die Grenzen der Betrachtung gezogen; nebenher gehen orientierende Einführungen in den damals eben aufblühenden Handel mit Wertpapieren und „Ueber Menge und Verschiedenheit des Papiergeldes" (No. 17), „Ueber große und kleine Pfandbriefe" (No. 18) werden eingehende Erörterungen angestellt. Bei der Lektüre mancher dieser Aufsätze fällt einem die für die damaligen Zensurverhältnisse bemerkenswerte recht freimütige Kritik auf. So vergleicht Sinapius in No. 2, S. 12 die Staatswirtschaft in manchen Fällen mit einem schlechten Hausvater, der durch seine Indolenz die Familie ruiniert und weist als Beispiel dafür auf „die eigne Erfahrung der Leser" hin. Friedrich der Große ist ihm auch nur ein Mensch, der irren konnte, deshalb scheut er sich auch nicht in No. 5, S. 36 zu

[1]) „Prospectus einer dem Handelsstande überhaupt, insbesondere aber der schlesischen Kaufmannschaft zugeeigneten periodischen Schrift, betitelt: „Der schles. merk. Anzeiger." Breslau 1800.

betonen, daß bei Einführung der schlesischen Handelsreform nach dem siebenjährigen Kriege bisweilen „Starrsinn und Härte“ obgewaltet und „Fehler“ sich eingeschlichen haben. Dieselbe Anklage, wenn auch versteckt, wird in No. 15, S. 114 gegen das jetzige Regime erhoben, dem auch in No. 9 angelegentlichst nahegelegt wird, schon im Interesse der eigenen Bewohner und des eigenen Handels in Schlesien den Juden „eine größere Portion von den Rechten der Menschheit“ zuzuteilen.

Trotz dieses Freimutes und des weiten kaufmännischen Blickes, der sich in Redaktion und Inhalt des Blattes kundtat, konnte sich der „Schlesische mercantilische Anzeiger“ eben nur ein halbes Jahr, wie angekündigt, halten. „Man subskribiert in Schlesien lieber auf Bälle und Lustbarkeiten als auf ernsthafte, belehrende Schriften“, schreibt Sinapius in No. 26 seiner Zeitung, „und da nun mein Anzeiger seiner Natur nach keine Walzer und fast gar keinen Spaß enthält, so halte ich es für das Sicherste, den Vorhang mit dem 31. Dezember 1800 fallen zu lassen, und nur eine besondere, von überzeugenden Gründen begleitete Aufforderung würde mich determinieren können, diese meine vorläufige Entschließung abzuändern.“

Diese Aufforderung wurde ihm schon wenige Monate später durch Joh. Aug. Barth, Teilhaber und Direktor der alten Graßschen Buchdruckerei, in die er eingeheiratet hatte. Barths rastlosem Eifer verdankte das bisher recht darniederliegende Geschäft trotz der Konkurrenz durch Korn einen ganz bedeutenden Aufschwung[1]), und sein Bestreben ging nun dahin, der Kornschen Zeitung, deren Privileg in diesem Jahre ablief, durch Gründung eines ähnlichen Unternehmens den Rang abzulaufen. Zu diesem Zweck gewann er als Redakteur einer von ihm finanzierten **„Schlesischen oeconomisch-statistischen Gewerbs- und Handlungs-Zeitung“** den Kaufmann Sinapius, der in einem vom 30. Mai 1801 datierten Gesuch den Grafen Hoym um Verleihung eines Privilegs für die Zeitung bat.[2]) Diese erfolgte am 9. November 1801[3]) durch eine Kabinettsordre, welche den beiden Kompagnons ihr Unternehmen auf 12 Jahre gegen Zahlung von jährlich 100 Tlr. an die Domänenkasse privilegierte. Jedoch wurde ihnen folgende Beschränkung ausdrücklich auferlegt: „Indem wir gedachten Verlegern und Redacteurs überlassen, alle gemeinnützigen Aufsätze und allgemeinen Nachrichten, welche Landwirtschaft, Statistic und Handlungssachen betreffen, in diese Zeitung aufzunehmen, auch specielle Anzeigen von Heyrathen, Geburthen und Sterbefällen, insoweit sie Handlungsverwandte betreffen, zu publiciren, so müssen sie sich jedoch aller übrigen Bekanntmachungen, welche nicht in Oeconomie, Statistic und Handlung einschlagen, gänzlich und bei nachdrücklicher Strafe enthalten, inmaßen die Schlesische politische Zeitung zu allen

1) St. A. Rep. 14. P. A. IX. 55h, Gesuch vom 9. Nov. 1801.
2) a. a. O.
3) a. a. O.

andren politischen Nachrichten, gelehrten Anzeigen und Recensionen und besonderen gerichtlichen und außergerichtlichen Avertissements und Bekanntmachungen das alleinige zeitherige Vorrecht behalten solle, da ihrem Verleger durch die Herausgabe dieser Handlungszeitung bereits Abbruch geschiehet und derselbe einen beträchtlich höheren Canon erlegt."

Am 4. Januar 1802 erschien die erste Nummer der Gewerbs- und Handlungszeitung. Sie trägt auf der ersten Seite die Widmung:

An
Seine Hochgräfliche Excellenz
den Staatsminister
Grafen von Hoym.

Auf der zweiten Seite steht ein Widmungsgedicht, die dritte Seite trägt die Titelvignette. In der Mitte der preußische Adler, auf einem Baumstumpf sitzend, an welchem ein ovaler Schild mit dem darauf befindlichen Merkurstab lehnt. Links Embleme der Landwirtschaft, Malerei und Architektonik. Rechts das von zwei Schiffen befahrene Meer, am Strande Ballen und Fässer.

Darunter:
Schlesische Privilegierte
Gewerbs- und Handlungs-Zeitung.
Il faut vulgariser les connoissances.

Dreimal in der Woche, Montags, Mittwochs und Sonnabends wurde das Blatt ausgegeben. Das Jahresabonnement kostete 3 Rtlr. 10 Sgr., jede einzelne Nummer 1 Sgr. In der Bezugsweise trat im 2. Vierteljahr die Aenderung ein, daß die Zeitung nur an zwei Tagen, Dienstags und Freitags, erschien; dafür wurde von nun an am Ende eines jeden Monats den Abonnenten gratis ein Kupferstich geliefert, der gewöhnlich einen im Mittelpunkt des jeweiligen Interesses stehenden Gegenstand darstellte.[1]) So fand der an und für sich schon recht interessante Inhalt eine erwünschte Ergänzung, und die Zeitung konnte sich getrost das beste hier erscheinende Blatt nennen. Sinapius brauchte sich bei der Finanzierung des neuen Organs nicht mehr die Beschränkung wie bei seinem eignen „Anzeiger" ehedem aufzuerlegen, das Blatt verfügte über gute Korrespondenzen und Verbindungen und war so in der Lage, die Kaufmannschaft über den Gang und Stand des Weltgeschäfts durch ausführliche Berichte auf dem Laufenden zu erhalten. Den mit eingehenden statistischen Angaben versehenen Spezialberichten aus den großen Handelszentren folgte unter der Rubrik „Hamburg" eine Uebersicht über den inländischen „Commerz", und unter der Spitzmarke „Breslau" fand der spezifisch schlesische Handel eingehende Würdigung. Daran schloß sich der jeweilige Kurszettel, und hierauf

[1]) Vgl. die Ankündigung in No. XXXVII vom 29. März 1802.

folgten unter der Rubrik „Handel und Statistik“ die verschiedenartigsten Aufsätze aus den Gebieten der Industrie, Landwirtschaft und des Handel- und Geldverkehrs. Am Ende des Jahres 1802 zog sich Sinapius von dem Unternehmen zurück,[1]) doch erlitt die Redaktion des Blattes dadurch keine schädigende Einwirkung. Die früheren Handelsberichte nahmen mehr die Form umfassender Leitartikel an, eine ausführliche Statistik „der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Breslau Brodt- Semmel- Bier- Fleisch- Gemüß- und Haber- wie auch Seiffe-, Licht- und Herings-Taxe“ wurde außerdem allmonatlich beigefügt. Trotz all dieser Anstrengungen mußte das Blatt jedoch Ende 1803 eingehen. Die Schwierigkeiten, mit denen die Zeitung zu kämpfen hatte, waren eben zu groß. Sie zählte von vornherein nämlich zu ihren Gegnern merkwürdigerweise den Abnehmerkreis, für welche sie doch berechnet war, die Breslauer Kaufmannschaft. Am 29. Dezember 1801,[2]) also noch vor dem Erscheinen des Blattes, beschwerten sich schon die Kaufmannsältesten von Breslau, Kopisch, Eichborn und Neustädter, beim König, daß durch die Publizierung der Handelsnachrichten aus Breslau sowie „der Preise von Waren und der Veränderungen, die sich von Tag zu Tag in dem Felde des Handlungswesens ereignen“, dem Ausland ihre Geschäftsgeheimnisse verraten und sie dadurch geschädigt würden. Hoym instruierte daher am 8. Januar 1802[3]) den Zensor der Handlungszeitung, den Geh. Kriegsrat Grafen von Carmer, dahin, daß dergleichen Artikel noch vor der Zensur den Kaufmannsältesten mitgeteilt würden, „damit Sie sodann beym Censieren nur diejenigen passieren lassen, welche von ihnen gebilligt werden“.

Der Vorsteher der Kaufmannschaft hatte auch dafür Sorge zu tragen, daß die Handelsnachrichten nicht mit dem Inhalt politischer Depeschen verquickt würden und die Handelszeitung so das ihr im Privileg zugestandene Gebiet nicht überschritte, eine Aufgabe, die er bei der Abhängigkeit des kaufmännischen Lebens von der jeweiligen politischen Gestaltung bald als unmöglich hinstellen mußte.[4]) Auch der auf seine Anfrage erfolgte kurze Bescheid, in zweifelhaften Fällen alles zu streichen, was anscheinend dem Privileg zuwiderlaufe, war nicht geeignet, sein Amt zu erleichtern. Im umgekehrten Verhältnis zum Wachsen der Schwierigkeiten sank schließlich die Zahl der Abonnenten bis auf 70 und das ganze Unternehmen endete zuletzt mit einem Schaden von 500 Tlr. und „einer unübersehbaren Menge Makulatur“.[5]) Das Privileg, um dessen Belassung Barth für den Fall des Wiedererscheinens der Zeitung gebeten hatte, mußte er am 18. Februar 1806[6]) endgültig zurückgeben.

---

[1]) Vgl. No. XXV vom 24. Dez. 1802.
[2]) St. A. Rep. 14. MR. IV. 40a.
[3]) a. a. O.
[4]) 150 J. Schles. Ztg. S. 116.
[5]) St. A. Rep. 14. P. A. IX. 55h. Gesuch Barths vom 10. Oktober 1805.
[6]) a. a. O.

II. Teil.

Geschichte des Breslauer Zeitungswesens von 1820—1861.

A. Die Schlesische Zeitung.

Das Jahr 1820 bahnte durch die Gründung der gut fundierten Breslauer Zeitung einen völligen Umschwung an in den bisher idyllischen Breslauer Preßverhältnissen. Die Schlesische Zeitung mußte jetzt ernstlich daran denken, „neuen Wein in neue Schläuche zu füllen," wollte sie neben der neuen Konkurrentin ihren Platz behaupten. Jedoch war auch Professor Kunisch, der seit dem 1820 erfolgten Tode Ferdinand Korns erst mit Professor Rohde, später allein die Redaktion führte, nicht der Mann dazu, das Blatt zu einer wirklich politischen Zeitung zu reformieren. Erst dem Professor der Staatswissenschaften Dr. Joh. Schön war dies vorbehalten; er war der erste, der sich der Mühe unterzog, in „politischen Uebersichten" und später nach einer Reise in Frankreich, wo er die Preßverhältnisse besser kennen gelernt hatte, in einem oder mehreren wöchentlichen Leitartikeln an der politischen Bildung der Leser zu arbeiten.[1]) Gegenüber der legitimistisch-konservativen Tendenz der Breslauer Zeitung huldigte Schön einem gemäßigten Fortschritt und wagte daher auch eine freimütigere Aussprache über die in Preußen und Deutschland bestehenden Verhältnisse. Seine Kritik richtete sich vor allem gegen die Eigenmächtigkeit und Uebergriffe der preußischen Bureaukratie, deren Eingreifen z. B. in die inneren Angelegenheiten beider Kirchen er mit großem Freimut tadelte; dadurch wußte er der Schlesischen Zeitung gleichmäßige Anerkennung bei Protestanten und Katholiken zu erwerben und gleichzeitig den Abnehmerkreis seines Blattes zu erweitern.[2]) Hand in Hand mit der Hebung des geistigen Niveaus ging unter Schöns

---

[1]) Wuttke, Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung, Leipzig, 1875, S. 107. Vgl. auch „Schlesische Zustände im ersten Jahrhundert der preuß. Herrschaft", Breslau 1840, S. 110/111.

[2]) Die Oderzeitung und das böse Gewissen ihrer Feinde, Breslau 1847, S. 10 ff.

Direktion auch die technische Vervollkommnung des Blattes. Seit dem 1. Januar 1828 erschien es täglich und seit dem Jahre 1836 [1]) in gleichem Format, Druck und Anordnung des Inhalts wie die bezüglich der äußeren Ausstattung schon längst fortgeschrittene Breslauer Zeitung. Leider verfiel der geistvolle Redakteur bald darauf in Irrsinn und starb schon im März 1839. [2])

Sein Nachfolger, der bisherige Redakteur der Elberfelder Zeitung, Dr. Runkel, war nicht geeignet, das Reformwerk fortzusetzen, vielmehr „verdarb er viel durch merkwürdige Ungeschicklichkeit.“ [3]) Mehr befähigt, in Schöns Geist fortzufahren, war entschieden der Kandidat des höheren Schulamts Rudolf Hielscher, der bereits längere Zeit an der Breslauer Zeitung als Hilfsredakteur gewirkt hatte, unter der Aera Vaerst aber entlassen wurde und nun nach dem Ausscheiden Runkels in die Redaktion der Schlesischen Zeitung eintrat. Hielscher, der seinem politischen Charakter nach dem Freisinn huldigte, [4]) hatte gegenüber den Anstrengungen der Breslauer Zeitung, um jeden Preis die Schlesische Zeitung zu verdrängen, viele Mühe, sein Blatt nach der Mißwirtschaft des Vorgängers wieder zu heben. Dies gelang ihm erst, als er die Zeitung in eine Oppositionsstellung zu der Regierung und in Verbindung mit den Liberalen gebracht hatte, [5]) so daß die Schlesische Zeitung jetzt im großen und ganzen die politische Gesinnung der Bourgeoisie vertrat. Daraus ergab sich bald eine erbitterte Fehde mit dem Redakteur des Konkurrenzblattes, dem legitimistischen Aristokraten Baron von Vaerst, eine Polemik, die von seiten Hielschers oft mit einer persönlichen Spitze geführt wurde und ihn schließlich sogar zu der Drohung veranlaßte, wenn die Breslauer Zeitung in ihren Angriffen fortfahre, so werde die Schlesische Zeitung wiederum Leitartikel bringen, welche mit dem Tode Schöns aus dem Rahmen der Zeitung verschwunden waren. Diese Drohung machte auch schließlich dem Kampf ein Ende, weil es bei der Breslauer Zeitung mit Leitartikeln wirklich sehr übel bestellt war. [6]) Die Leser waren schon längst der Preßfehde überdrüssig geworden, und eine eigens auf dieselbe bezugnehmende Satire „Die Schlesische und Breslauer Zeitung am Wendepunkt eines Jahres oder Unzusammenhängendes Raisonnement meiner Schlafmütze in der Sylvesternacht des Jahres 1845. Von Jul. Loewe, Breslau 1846“ sagte den Blättern recht derb die Wahrheit, „daß sie sich unerquicklicher als ein paar Oebstlerinnen auf dem Kohlmarkt in den Haaren gelegen und, nachdem sie sich kahl gerauft, wohl auch schon längst die letzten Haare, nämlich die auf den Zähnen, sich herausgerissen hätten, wenn sie nur deren besäßen.“ [7])

---

[1]) Schles. Oberpräsidial-Registratur, Fach 1563, vol. I. undatiert.
[2]) Wuttke, a. a. O.
[3]) Elsneriana Fasc. 27, Brief Heinr. Korns vom 19. Mai 1874.
[4]) Weiß, Chronik von Breslau, S. 1128.
[5]) Die Oderzeitung etc. S. 18.
[6]) Wuttke a. a. O.
[7]) a. a. O. S. 13 ff.

Im nämlichen Jahre 1846, in welchem der Streit mit der Breslauer Zeitung beigelegt wurde, hatte der infolge ihrer liberalen Tendenz ausgebrochene Konflikt der Schlesischen Zeitung mit der Zensurbehörde sich derart zugespitzt, daß die Regierung am 15. Juni d. J. das Aufhören des Blattes verfügte,[1]) zumal da es seit dem im Jahre 1821 erloschenen Privilegium einer neuen, förmlichen Konzession ermangle. Letztere wurde jedoch schließlich noch am 30. Dezember 1847 gewährt,[2]) nachdem die für den unmündigen Heinrich Korn eingesetzte vormundschaftliche Verwaltung sich darein gefügt hatte, Hielscher zu entlassen; denn die Regierung machte gar keinen Hehl daraus, daß sie es bei ihrem rigorosen Vorgehen gegen die Zeitung nur auf die Entfernung des liberal gesinnten Redakteurs abgesehen hatte. Dieser sträubte sich freilich in recht energischen Protesten dagegen,[3]) doch sie halfen nichts; schließlich mußte er weichen.

Einen unersetzlichen Verlust erlitt allerdings die Redaktion mit dem Ausscheiden Hielschers nicht; denn hatte er durch seine unaufhörlichen Schimpfereien und Nörgeleien früher die Zeitung schließlich in Verruf gebracht, so war das in letzter Zeit durch die dreiste Art und Weise geschehen, in der die Schlesische Zeitung anderen Blättern nachdruckte. Eine Verwahrung gegen dieses Verfahren im Breslauer Anzeiger vom 6. Februar 1847, No. 16 entwirft uns ein kleines, aber recht charakteristisches Bild von diesem Redaktionsusus.

Mit der verantwortlichen Redaktion wurde nunmehr der bisherige Disponent Voigt betraut, der seit 1829 im Dienste des Kornschen Verlages tätig war. Ihm zur Seite stand Julius Möcke, ein gewiegter Literat, wie geschaffen, um das Blatt durch die Krisis der nun folgenden Jahre 1848/49 glücklich hindurchzuführen. Die Zeitung ging in das neue Jahr 1848 mit einer Auflage von 4000 Exemplaren, wovon 2500 durch die Post expediert wurden,[4]) was gegen das Jahr 1845,[5]) wo die Abonnentenzahl sich auf 3000 belief, eine Zunahme von rund 1000 bedeutete; letztere war wohl zur Hauptsache auf die entschieden liberale Richtung zurückzuführen, welche die Zeitung noch bis in den Vormärz[6]) und die Märztage[7]) 1848 verfolgte. Bald aber änderte die Zeitung ihre Haltung und schwenkte entschieden nach rechts in das Lager der Konstitutionellen und des konstitutionellen Zentralvereins ab.[8]) Noch einmal zwar loderte der frühere Oppositionsgeist dem Ministerium Brandenburg gegenüber auf; im Dezember dagegen, zur selben Zeit, als Voigt

---

1) 150 J. Schles. Ztg. S. 202.
2) a. a. O.
3) Vergleiche über diese die Auslassungen in der Allgem. Oderzeitung vom 16. u. 18. Sept., 12. Okt. u. 3. Dez. 1847.
4) Deutscher Zeitungskatalog, Leipzig 1848, S. 82.
5) Deutscher Zeitungskatalog, Leipzig 1845, S. 78.
6) Stein, Gesch. von Breslau, S. 321.
7) Vgl. den Leitartikel in der ersten zensurfreien Nr. 68 vom 21. März 1848.
8) Stein a. a. O. S. 364.

mit unter der Breslauer Dankesdeputation in Berlin weilte,[1]) war die Zeitung schon wieder vollständig konservativ, sogar mit einem Stich ins Reaktionäre.[2])

Schon im Juli 1849 hatte Möcke die Zeitung zum tonangebenden Organ der reaktionären Partei gemacht, welche sich aus der konservativen Partei infolge Abschwenkens der „Eigentlich-Konservativen" gebildet hatte.[3]) Kein Wunder daher auch, wenn er bei dem fast vollständigen Triumph der Konservativen in Breslau anläßlich der Wahlen am 27. Juli 1849 siegreich aus der Urne hervorging.[4]) Männer wie ihn konnte die Partei gebrauchen. Er war ein rühriger Politiker, besaß eine treffliche Feder und leistete als gewandter Leitartikler dem Vordringen der reaktionären Partei nicht zu unterschätzende Dienste.[5]) Die 7400 Abonnenten[6]) des Blattes im November 1849 sind der beste Beweis dafür. Ihr Uebereifer brachte die Zeitung im Oktober in schärfste Opposition zur Breslauer Zeitung, welche die Kammerbeschlüsse in der Steuerbewilligungsfrage nicht billigte.[7]) War doch der Landesvertretung eins der kostbarsten Rechte verkümmert worden durch das von Moecke in der 22. Sitzung der 2. Kammer eingebrachte Amendement, nach welchem die bisher bewilligten Steuern forterhoben werden sollten, sofern beide Kammern über den Etat sich nicht einigen könnten. Natürlich nahm die Schlesische Zeitung ihren Redakteur gegen alle Angriffe in Schutz mit der Phrase, „daß sein Antrag eine notwendige konservative Vorsicht und mit dem Geiste des Konstitutionalismus sehr wohl vereinbar sei, indem er lediglich das Prinzip des Gleichgewichs der Gewalten vertrete und ein unveräußerliches Recht der Krone gegen die Willkür schütze".[8]) Als dieselbe Krone aber die Botschaft über die Verfassungsrevision erließ, verfiel die Zeitung Anfang Januar 1850 merkwürdigerweise in eine sehr gedrückte Stimmung und sprach unverhohlen ihre Mißbilligung aus.[9]) Der März fand sie jedoch wieder „loyal wie sonst",[10]) ja dieser loyale oder sagen wir besser servile Ton verstieg sich bis zum Juni[11]) so weit, daß die Zeitung zwar zum Schein etwas opponierte,[12]) im übrigen sich aber nicht scheute, die Preßordonnanzen, durch welche doch auch sie geknebelt und gebunden wurde, für „heilsam und gerechtfertigt" zu finden.

Als aber der Pferdefuß der „heilsamen und gerechtfertigten" Preßbeschränkungen in Gestalt von 5000 Tlr. Kaution, die erlegt

---

1) Stein a. a. O. S. 386.
2) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVI. 23. Dez. 1848.
3) Stein, Gesch. von Breslau, S. 441.
4) Stein, Gesch. von Breslau, S. 424.
5) St. A. a. a. O. 28. Juli 1849.
6) St. A. a. a. O. 10. November 1849.
7) St. A. a. a. O. 27. Oktober 1849.
8) Schles. Ztg. Jhrg. 1849, Nr. 236.
9) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 12. Januar 1850.
10) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 23. März 1850.
11) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 8. Juni 1850.
12) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 15. Juni 1850.

werden mußten,[1]) zum Vorschein kam, wurde die Miene der Zeitung doch recht sauersüß, und im August teilte sie schon ziemlich offen die Bitterkeit in der öffentlichen Beurteilung der diplomatischen Maßregeln Preußens mit den anderen Blättern.[2]) Die politischen Verhältnisse spitzten sich unterdessen mehr und mehr zu, und die Zeitung fühlte sich jetzt wieder bewogen einzulenken und der Meinung der Konservativen Ausdruck zu geben, „daß sie doch den Krieg als möglichst zu vermeidende Eventualität ansähen, obwohl sie es tief beklagten, daß Preußen verhindert werde, nach seinem Willen die Verhältnisse Deutschlands zu ordnen.“[3]) Die Mobilmachung der Armee im November riß die Zeitung aus ihren Friedenshoffnungen heraus und elektrisierte sie förmlich.[4]) Umso härter war der Rückschlag durch die Katastrophe von Olmütz, welche die Zeitung der heftigsten Opposition gegen das Ministerium in die Arme trieb,[5]) ein Entrüstungssturm, der sich jedoch im Dezember schon wieder in ein sanftes Säuseln gewandelt hatte.[6])

Allerdings war das große und weitverbreitete Mißtrauen gegen die Regierung auf sie nicht ohne Einwirkung geblieben, weshalb sie in das neue Jahr 1851 mit einer zwar gemäßigten, aber immerhin doch oppositionellen Haltung trat,[7]) in der sie auch beharrte trotz der vom Polizeipräsidenten von Kehler im Bericht vom 11. Januar 1851 ausgesprochenen Ansicht, „es wäre von der Schlesischen Zeitung zu vermuten, daß sie ihrer in den letzten Jahren gezeigten Gewohnheit getreu eine Zeitlang die Unzufriedene spielen und dann zur ruhigen Besonnenheit zurückkehren werde“. Ende Januar behielt er jedoch mit seiner Vermutung Recht, denn er konnte am 25. Januar schreiben, „daß die Schlesische Zeitung jetzt wenigstens ihre Angriffe zurückhalte und augenscheinlich wieder zu der mehr konservativen Richtung zurückgekehrt sei, welcher sie ihr Ansehen und ihre Verbreitung verdanke“. Im April hatte sie schließlich ihre Opposition fast ganz aufgegeben, da sie sich fortan nur noch auf ein Referieren der Tatsachen beschränkte und auf eine Kritik sich wenig oder gar nicht mehr einließ.[8]) Sie ging hierin soweit, daß sie Anfang Mai überhaupt keine Leitartikel mehr brachte.[9]) Mitte Mai ließ sie jedoch den Kampf gegen die Regierung wieder aufleben.[10]) Freilich war ihre Opposition bisher noch immer ziemlich zahm, und sie verfehlte nie zum Schlusse zum Gehorsam wieder aufzufordern.[11]) Ende Juni aber hatte sie auch auf die gewohnte Mäßigung verzichtet und tat sich durch heftige

---

1) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 20. Juli 1850.
2) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 10. August 1850.
3) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 2. November 1850.
4) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 9. November 1850.
5) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 23. November 1850.
6) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 14. Dezember 1850.
7) St. A. a. a. O. vol. XXXVIII. 4. Januar 1851.
8) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 5. April 1851.
9) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 10. Mai 1851.
10) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 24. Mai 1851.
11) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 7. Juni 1851.

Opposition unter allen anderen Breslauer Blättern hervor;[1]) typisch für den von ihr damals angeschlagenen Ton sind die Einleitungsworte zu dem Leitartikel in Nr. 173 vom 24. Juni: „Die Stimmung gegen die Reaktivierung der alten Kreis- und Provinzialstände scheint sich wie alles, was unsre politischen Verhältnisse betrifft, nachdem sie zuvor einen kühnen Anlauf genommen, in indolentes Gehenlassen zu verlieren etc." Im Juli begann sie jedoch wieder sich zu mäßigen,[2]) und am 23. August 1851 heißt es im Polizeibericht: „Die Schlesische Zeitung fängt bisweilen wieder an, konservative Saiten anzuschlagen." „Aber" so fährt von Kehler fort, „kaum glaubt man sie wieder auf besserer Bahn, als sie von neuem oppositionelle Artikel bringt. Sie nennt sich zwar selbst stets ein konservatives Blatt, indessen leuchtet fast überall das Streben durch, sich einen liberalen Anstrich zu geben. Die Provinziallandtage und die Entziehung der Konzessionen der Buchhändler und Buchdrucker im Verwaltungswege bilden noch immer ihr Hauptthema zu den Angriffen gegen die Regierung." Diese Worte finden ihren Kommentar in dem Urteil, welches der Ohlauer Landrat von Dietlein in dem von ihm eingeforderten Bericht über den Zustand der Presse in seinem Kreise über die Schles. Ztg. fällt. Er schreibt am 25. August 1851:[3])

„Von den politischen Tagesblättern wird im diesseitigen Kreise am frequentesten die Schles. Ztg. in ca. 40—50 Ex. gehalten, über deren Charakter ich mich hier nicht näher verbreiten und nur bemerken will, daß die Konservativen bereits längere Zeit einzusehen anfangen, wie dieselbe den Anforderungen, welche man an ein die konservativen Interessen vertretendes Blatt zu stellen hat, nur wenig entspricht, da dieselbe in allen Fragen eine zuwartende Stellung einnimmt, die Darlegung ihrer Ansicht stets erst von dem Erfolge abhängig macht und daher bei allen seitens der Regierung im konservativen Interesse getroffenen Maßnahmen zuvor eine oppositionelle Stellung beobachtet, bis sie bei einleuchtender Erfolglosigkeit einer weiteren Opposition sich herabläßt, die Notwendigkeit, sich in das Unvermeidliche zu fügen, darzutun, wobei sie dann nicht nur weiterer Angriffe sich zu begeben pflegt, sondern auch, soweit es der Anstand mit Rücksicht auf die vorherige Opposition gestattet, versucht, die Maßregeln der Regierung in Schutz zu nehmen. Wie gesagt, die Konservativen, welche die Zeitung halten, befriedigt dieselbe wenig, aber die Notwendigkeit der Haltung eines provinziellen Blattes macht sie unentbehrlich, solange dieselbe nicht durch ein gediegneres Blatt ersetzt wird."

Beide Aeußerungen der Behörde geben Andeutungen, daß man in dem bisherigen Regierungsorgan auf keinen Fall mehr eine Opposition dulden wollte und daß man eventuell gesonnen war, die Zeitung durch ein Konkurrenzunternehmen zur Mäßigung zu zwingen.

---

1) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 28. Juni 1851.
2) St. A. a. a. O. 26. Juli 1851.
3) St. A. Rep. 14. P. A. IX. 49 e.

Wir haben also hier bereits das Vorspiel zu den Vorgängen des der Zeitung so verhängnisvollen Jahres 1852 vor uns. Dem Blatte wurde diese Stimmung in den Kreisen der Behörden nur zu bald bekannt, und da es um seine 7—8000 Abonnenten[1]) bangte — im Vorjahr 1850 war die Leserzahl erst auf ca. 7000 geschätzt worden[2]) — so „ließ sich vermuten, daß die Schles. Ztg. wieder nach rechts einlenken würde, um das Bedürfnis eines konservativen Blattes weniger dringend erscheinen zu lassen. Offenbar war der Verleger der Zeitung von der Absicht ausgegangen, möglichst viel Leser aus den oppositionellen Kreisen an sich zu ziehen, da die konservative Partei ihr als der am wenigsten aggressiven Zeitung doch von selbst zufalle.“[3]) Kehler hatte sich nicht getäuscht.

Ende September stimmte die Zeitung ihre Opposition bedeutend herab, „sei es, weil sie sich unter den Augen des seit dem 14. d. M. in Breslau versammelten Schlesischen Provinziallandtage befand, sei es aus Furcht vor der Konkurrenz der zu gründenden konservativen Zeitung für Schlesien“[4]) und sie suchte dadurch, daß sie nach Kräften dem preußisch-hannöverschen Zollvertrag Lob spendete, wieder guten Eindruck zu machen. In den letzten Tagen des Monats, am 21. September, suchte sie diesen Eindruck zu befestigen, indem sie auf den Kaiser Nikolaus einen loyalen Panegyrikus anstimmte und im Verlauf desselben die Erklärung abgab, daß sie sich zu strengkonservativen Grundsätzen bekenne und mit den gegenwärtigen handelspolitischen Grundsätzen der Regierung Hand in Hand gehe. Die Behörden wiesen aber die hiermit angebotene Friedenspfeife zurück, denn das Mißtrauen gegen die Zeitung war bei ihnen bereits zu fest gewurzelt. Dieser Stimmung gibt auch der Polizeibericht vom 27. September Ausdruck, wo es heißt: „Indem die Zeitung sich nur mit den handelspolitischen Grundsätzen des Gouvernements einverstanden erklärt, gibt sie zu erkennen, daß ein Gleiches nicht auch von den übrigen politischen Grundsätzen gilt und daß sie hierin einen Widerspruch mit strengkonservativen Grundsätzen nicht erkennen will. Es ist also klar, daß sie im allgemeinen auf ihre bisherige Opposition zurückkommen wird, und umso wünschenswerter ist es, daß die Absicht, ein entschieden konservatives neues Blatt zu gründen, zur Ausführung komme.“ Die Angst vor diesem Phantom, das immermehr greifbare Gestalt anzunehmen drohte, legte der Zeitung auch im Oktober Zurückhaltung auf;[5]) da aber bisweilen doch noch der alte liberale Geist durchbrach, so zeigte sich in der Haltung der Zeitung ein fortwährendes Schwanken. Es verriet sich in ihr kein entschieden konservativer Charakter, aber auch von einer ernsthaften Verteidigung der liberalen Errungenschaften war nichts zu spüren.[6])

---

1) St. A. a. a. O. 23. August 1851.
2) St. A. Rep. 14. P. A. XI. 40e I.
3) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 6. Sept. 1851.
4) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 20. Sept. 1851
5) St. A. a. a. O. 4. Oktober 1851.
6) St. A. a. a. O. 11. u. 18. Oktober 1851.

Im November raffte sie sich anläßlich des Kossuthfiebers in England zu einer entschiedeneren Stellungnahme auf, indem sie ganz energisch gegen die demokratische Partei Front machte,[1] und bei der Bekämpfung Ludwig Napoleons näherte sie sich in diesem Monat wieder ganz und gar der Kreuzzeitung.[2]

Trotzdem brachte das Jahr 1852 am 1. Januar das lange angedrohte Schreckgespenst, die „Konservative Zeitung für Schlesien". Die Schles. Ztg. verhielt aber im Januar noch ihren Aerger und verharrte in der ziemlich regierungsfreundlichen Stimmung, in der sie das alte Jahr verlassen hatte.[3] Als jedoch im Februar im „preußischen Blätterwalde" ein allgemeiner Entrüstungssturm wegen der beabsichtigten Einführung der Zeitungssteuer losbrach, benutzte die Schles. Ztg. die günstige Gelegenheit, ohne weiteres Aufsehen wieder nach links zu schwenken.[4] Sie wurde dafür alsbald wie die übrigen oppositionellen Breslauer Blätter mit Entziehung der offiziellen Bekanntmachungen gestraft[5] und mußte sich obendrein noch Angriffe der Konservativen Zeitung gefallen lassen, die ihr vorwarf, daß sie unter der Vorspiegelung konservativen Festhaltens an der Verfassung eine regierungsfeindliche Politik verfolge. Die Schles. Ztg. antwortete darauf mit Verachtung und setzte im übrigen das System der Ignorierung, welches sie bisher der Konkurrentin gegenüber beobachtet hatte,[6] fort. Was die Bekanntmachungen anlangte, so half sich die Zeitung damit, daß sie der Konservativen Zeitung andauernd nachdruckte.[7] Doch steigerte sich ihr Groll gegen die bevorzugte Nebenbuhlerin schließlich derart, daß sie die behördlichen Nachrichten nicht mehr ihr, sondern der demokratischen Oderzeitung entnahm, welch letztere sie ihrerseits wieder der Konservativen Zeitung nachgedruckt hatte.[8] Der Verleger der Schlesischen Zeitung wurde endlich dieses Maßregelungssystems überdrüssig und erhob am 21. März 1852 beim Ministerpräsidenten von Manteuffel unter Hinweis auf die stets bewiesene, selbst in schwierigen Zeiten treu bewährte konservative Haltung der Zeitung energischen Protest gegen die Chikanen der Regierung. Seine Beschwerde hatte auch Erfolg und führte zu dem vertragsmäßigen Abkommen, daß künftighin die Zeitung von allen Beschränkungen durch die Regierung verschont bleiben sollte, wofür als Gegenleistung von dem Blatte erwartet wurde, daß es aus der Reihe der Oppositionsorgane scheide.[9]

Die Zeitung entsprach auch sogleich diesem Wunsche: denn bereits am 3. April 1852 wird von ihr in den Polizeirelationen berichtet: „Von den hiesigen Zeitungen ist aus letzter Woche zu

[1] St. A. a. O. 8. November 1851.
[2] St. A a. a. O. 13. Dezember 1851.
[3] St. A. a. a. O. vol. XXXIX. 17. Januar 1852.
[4] St. A. a. a. O. vol. XXXIX. 14. Februar 1852.
[5] St. A. a. a. O. vol. XXXIX. 21. Februar 1852.
[6] St. A. a. a. O. vol. XXXIX. 28. Februar 1852.
[7] St. A. a. a. O. vol. XXXIX. 6. u. 13. März 1852.
[8] St. A. A. A. O. 20. März 1852.
[9] 150 J. Schles. Ztg. S. 247.

erwähnen, daß die Schles.-Ztg. in ihrer seit kurzem eingeschlagenen besseren Richtung noch verharrt. In einem Leitartikel vom 1. d. M. spricht sie sich sogar anerkennend über die Energie des Ministerpräsidenten von Manteuffel aus, der Ende 1850 die Schmach des Bürgerkrieges zwischen Preußen und Oesterreich von Deutschland abgewandt habe, und scheint zu vergessen, daß sich grade von jener Politik ihre bisherige Opposition datiert."

Durch ihre jetzt ausgesprochen reaktionäre Tendenz machte die Zeitung nun eigentlich das ihr zum Trutz ins Leben gerufene Konkurrenzunternehmen unnötig, das ihr so viel Abonnenten abtrünnig gemacht hatte. In diesem Jahr betrug nämlich die Auflage im August nur 4300 Exemplare, wovon auf Breslau 1315, auf die Provinz 2985 entfielen,[1]) und im November gar bloß 4000 Exemplare.[2]) Die Erhöhung des vierteljährlichen Abonnementspreises um 15 Sgr., welche im Juli infolge der Einführung der Zeitungssteuer erfolgt war,[3]) war nicht allein an dem rapiden Rückgange schuld; denn die Breslauer und die Konservative Zeitung beteiligten sich gleichfalls an der Preiserhöhung.

Aengstlich suchte die Schlesische Zeitung jetzt ihre konservative Richtung beizubehalten. Sie ging in diesem Bestreben schließlich soweit, daß sie anläßlich der im Oktober stattfindenden Wahlen für die Landtagsperiode 1852—1855[4]) fast ganz vom Kampfplatz abtrat. Den Kammerverhandlungen im Dezember gegenüber beschränkte sie sich lediglich auf ein Referieren verschiedener Urteile.[5])

Der 1. Juli 1853 befreite die Schlesische Zeitung endlich von ihrer Nebenbuhlerin, die an diesem Tage einging. Die Zeitung hatte aber genug Schaden erlitten und sich genug Witz gekauft, um nicht noch einmal in die alte Opposition zu verfallen. Sie befleißigte sich fortan weiter ihrer „besseren Richtung",[6]) die sie hauptsächlich durch Verleugnung einer eignen Meinung und Beschränkung auf bloße Berichterstattung darzutun suchte.

Das Verschwinden der Konservativen Zeitung führte der Schlesischen Zeitung auch wieder neue Abonnenten zu — im November betrug deren Anzahl 5380[7]) — wozu ja wohl die Erweiterung des Inhalts und Umfanges durch Einführung eines Mittagsblattes vom 1. Oktober ab beigetragen haben mochte.[8]) Im Februar 1854 war die Leserzahl bereits 5600,[9]) und wir haben jetzt von Jahr zu Jahr eine stete Steigerung der Ziffer zu verzeichnen.

Das neue Jahr brachte der Zeitung nichts Neues weiter. Nur im Juni wurde ihr wegen eines „aufregenden" Artikels in No. 275

---

[1]) St. A. a. a. O. 14. August 1852.
[2]) St. A. a. a. O. 7. November 1852.
[3]) St. A. a. a. O. 10. Juli 1852.
[4]) St. A. a. a. O. 27. November 1852.
[5]) St. A. a. a. O. 11. Dez. 1852.
[6]) St. A. vol. XL. 1. Okt. 1853.
[7]) St. A. vol. XL. 5. Nov. 1853.
[8]) St. A. vol. XL. 24. Sept. 1853.
[9]) St. A. vol. XLI. 25. Febr. 1854.

vom 16. d. M. betreffend die „Notzustände" in Neurode eine Verwarnung zuteil,[1]) und im Oktober hatte sie ihr Russenhaß, den sie seit dem April weidlich pflegte,[2]) dazu verführt, auf die üble Tartarennachricht von der Einnahme Sebastopols hereinzufallen, und sie mußte sich deshalb von der Breslauer Zeitung viel Spott und Hohn gefallen lassen.[3]) Ihre Abneigung gegen den östlichen Nachbar hatte sie sogar zum Tadel des Verhaltens Preußens in der orientalischen Frage veranlaßt; bald aber kam ihr die Dreistigkeit ihres Unterfangens zu Bewußtsein. Schleunigst deprezierte sie im März 1855 und „wies alle von auswärts auf die Staatsregierung gerichteten Angriffe zurück."[4])

Uebertroffen im Konservatismus wurde sie in diesem Jahre von der Breslauer Zeitung, die eine merkwürdige Wandlung nach rechts hin durchgemacht hatte, von welcher später noch die Rede sein wird. Die Zeitung wurde dadurch, obwohl schon seit lange konservativ, unwillkürlich in einen — bewußten oder unbewußten — Gegensatz zu der Breslauer Zeitung gebracht, der sie in das oppositionelle Lager an die Seite des Katholischen Kirchenblattes während der Kammerwahlen im September 1855 trieb.[5]) Ihren Abonnentenzuwachs beeinträchtigte indessen die plötzlich konservative Färbung der Breslauer Zeitung nicht; im Gegenteil stieg die Leserzahl in diesem Jahr ganz bedeutend. Während sie im Februar 60[illegible]0[6]) und im April 6140[7]) zählte, hatte sie im IV. Quartal 6340 Abonnenten[8]), die im ersten Viertel des Jahres 1856 einen abermaligen Zuwachs um 200 erfuhren.[9])

Das Jahr 1857 brachte der Zeitung die erste Beschlagnahme, indem nämlich die Beilage der No. 333 vom 21. Juli wegen eines Artikels des Dr. Schulte, in welchem eine Beleidigung des Kaisers von Oesterreich gefunden wurde, konfisziert ward.[10]) Die Behörde war damals, wie es scheint, überhaupt nicht sehr mit der Zeitung zufrieden, denn bereits im Oktober wird ihr wiederum Unzuverlässigkeit in den Lokalartikeln vorgeworfen.[11])

Auch im folgenden Jahre 1858 konnte sich die Zeitung das volle Vertrauen nicht erwerben, und in den Polizeiberichten werden ihr die im Vorgefühl des Sturzes der Reaktion wieder auftauchenden liberalen Regungen sehr verdacht.[12]) Das Programm, welches sie für die im November stattfindenden Wahlen schon am 1. August in No. 353 aufstellte, war nach Meinung Kehlers offenbar dazu

[1]) St. A. vol. XLI. 17. Juni 1854.
[2]) St. A. a. a. O. 22. April 1854.
[3]) St. A. a. a. O. 14. Oktober 1854.
[4]) St. A. a. a. O. 17. März 1855.
[5]) St. A. a. a. O. 29. September 1855.
[6]) St. A. a. a. O. 3. Februar 1855.
[7]) St. A. a. a. O. 28. April 1855.
[8]) St. A. a. a. O. 3. November 1855.
[9]) St. A. vol. XLII. 2. Februar 1856.
[10]) St. A. vol. XLII. 25. Juli 1857.
[11]) St. A. vol. XLII. 10. Oktober 1857.
[12]) St. A. vol. XLII. 7. August 1858.

angetan, allein für sich selbst von dem bedenklichen Liberalismus der Zeitung zu zeugen, denn er zitiert es ohne weiteren Kommentar.[1]) Es lautete:

a) Freiheit der Wahlen, Beseitigung jeder bureaukratischen Beeinflussung der Wahlen.

b) Wahl unabhängiger Männer.

c) Umgestaltung des Gemeindewesens im Sinne reifer und umfassender Selbstverwaltung unter Beseitigung der auf Umwegen erfolgten unhaltbaren Wiederherstellung veralteter und durchaus unzulänglicher Zustände und unter Verwertung der in den jetzigen Gemeindeordnungen enthaltenen Verstärkung des bureaukratischen Einflusses, insbesondere der Wiederherstellung der gutsherrlichen Polizeigewalt und der überaus mangelhaften Vertretung der Städte und Bauern auf den Kreis- und Provinziallandtagen.

d) Ablehnung neuer oder erhöhter Steuern, Vereinfachung der Verwaltung, wodurch beträchtliche Summen erspart werden könnten, und Einführung einer gesunden Handelspolitik, welche die Einkünfte des Staates aus den indirekten Steuern regelmäßig steigern und gleichzeitig den Volkswohlstand heben können.

e) Gerechte Verteilung der Staatslasten, Regulierung der Grundsteuer.

f) Herstellung einer unabhängigen, nicht durch Administrativbeamte beschränkten, sondern nur den Gerichten des Landes verantwortlichen Presse.

g) Einführung eines Unterrichtsgesetzes, nach welchem die Wissenschaft und ihre Lehre frei sein soll.

Sechs Wochen später verdachte man auf dem Polizeipräsidium der Zeitung bereits „die Lebhaftigkeit, mit welcher sie die politischen Verhältnisse im September anläßlich der bevorstehenden, tiefeinschneidenden Ereignisse besprochen," und sehr pikiert wird hervorgehoben, „daß sie besonders eifrig gewesen, die Notwendigkeit einer Regentschaft darzutun und in Se. Königl. Hoheit den Prinzen von Preußen zu dringen, seinerseits die Initiative zu ergreifen."[2])

Die Zeitung kümmerte sich jedoch jetzt sehr wenig um die Gunst von oben, und als im November das Ministerium Manteuffel gestürzt wurde, redete sie sich freimütig allen Groll vom Herzen herunter. Griesgrämig macht Kehler am 6. November 1858 seine Glossen dazu. „Wenn Parteiorgane", schreibt er, „die Hoffnungen, welche sie aus einem erwarteten politischen Systemwechsel schöpfen, in lebhafter Weise besprechen, so ist dies natürlich. Es ist aber nicht zu billigen, in welchem Tone sie von den zurücktretenden

[1]) St. A. vol. XLIII. 10. Juli 1858.
[2]) St. A. a. a. O. 25. September 1858.

Herren Ministern sprechen und wie sie alle Personen verdächtigen, welche nicht mit ihnen auf die Punkte des bekannten schlesischen Programms schwören.[1]) Dieser Tadel trifft die Schlesische Zeitung und die Morgenzeitung."

Januar und Februar des Jahres 1859 sahen die Schlesische Zeitung in voller Sympathie für Oesterreich aufgehen,[2]) und in den Artikeln über die französische Politik, die sie ihren 8620 Lesern[3]) schier täglich vorsetzte, fand Napoleons Verhalten scharfe Verurteilung.[4]) Die Maßregel der Mobilmachung wurde daher auch ruhig und mit Genugtuung aufgenommen.[5]) Dagegen erklärte sich die Zeitung im folgenden Jahre mit der Besetzung des Kirchenstaates durch die Sarden ganz und gar nicht einverstanden,[6]) vermutlich auch aus Rücksicht auf die unter ihren Abonnenten stark vertretenen Katholiken. Dem Nationalitätsprinzip, das in diesem Ereignis zum Ausdruck gelangte, stellte sie die dabei begangene Verletzung des Völkerrechts entgegen, wofür sie sich freilich von der Morgenzeitung und der Breslauer Zeitung öfters verhöhnen lassen mußte.[7]) Die Zeitung verfolgte jetzt wieder fast ausschließlich die konservative Tendenz.[8])

---

1) Das Programm wurde oben schon größtenteils mitgeteilt.
2) St. A. a. a O. 22. Januar 1859.
3) St. A. a. a. O. 12. Februar 1859.
4) Ebenda.
5) St. A. a. a. O. 18. Juni 1859.
6) St. A. a. a. O. vol. XLIV. 15. September 1860.
7) St. A a. a. O. vol. XLIV. 13. Oktober 1860.
8) St. A. a. a. O. vol. XLIV. 11. u. 18. Mai 1861.

B. Die Breslauer Zeitung.

Wie wir im ersten Teil dieser Ausführungen bereits gesehen haben, hatte die Zeit der Restauration die Schlesische Zeitung auf das Niveau eines Winkelblättchens herabsinken lassen, und sie hätte sich vielleicht nicht wieder darüber erhoben, wäre ihr nicht im Anfang der zwanziger Jahre eine Nebenbuhlerin erstanden, die sie recht unangenehm aus ihren idyllischen Verhältnissen aufgeschreckt hätte.

Für das Erscheinen einer neuen Zeitung war freilich die Zeit nicht besonders günstig. Ein Jahr vorher, 1819, hatten infolge der sogen. „demagogischen Umtriebe“, welche man entdeckt zu haben glaubte, die Carlsbader Beschlüsse, für alle Druckschriften die Zensur eingeführt. Dazu kam, daß König Friedrich Wilhelm III. dem Zeitungswesen überhaupt nicht sehr hold war, so daß also nach allen diesen Umständen zu schließen große Wahrscheinlichkeit nicht vorlag, die zur Herausgabe einer neuen Zeitung notwendige Konzession zu erlangen, zumal das Privileg der älteren Kollegin, der Schlesischen Zeitung, eigentlich unantastbar war. Trotzdem wagte es der Breslauer Literat Karl Schall im Januar 1819, um Konzessionierung einer neuen Breslauer Zeitung bei dem Fürsten Hardenberg einzukommen.

Sein Gesuch[1]) motivierte er „mit dem seit geraumer Zeit in Breslau und Schlesien gefühlten Bedürfnis und dem oft geäußerten Wunsch, ein politisches Blatt zu besitzen, welches den Anforderungen der Zeit entspreche“. Nicht einmal ganz niedrig bemessenen Ansprüchen könne die Schlesische Zeitung mehr genügen, weshalb die Gründung einer zweiten, besser redigierten Zeitung geradezu geboten erscheine. Natürlich würde er die ihm eventuell gewährte Konzession nicht mißbrauchen, sondern sich stets bemühen, „die Schranken, welche so zarte Verhältnisse als die politischen durchaus erforderten, zu ehren, die Schritte derer, die nur darauf ausgingen, bei der Menge blinden Fanatismus zu erregen, soweit es der geziemende, ruhige Ton und parteilose Ruhe erlaubten, in ihrem wahren Lichte zu zeigen und die so oft gegen Preußen gerichteten Sophismen zu entkräften zu suchen.“

Auf dies Gesuch hin forderte[2]) Hardenberg sogleich das Gutachten[3]) der Königlichen Regierung zu Breslau ein, welches zwei Wochen später einlief und worin gleichfalls auf den geringen Wert der Schlesischen Zeitung hingewiesen wurde. Schon als die ersten Zeichen des beginnenden Verfalls bei genanntem Blatt im J. 1815

---

[1]) St. A. Rep. 14. P. A. IX. 55 i, vom 24. Januar 1819. Vgl. den Aktenanhang.
[2]) Ebenda.
[3]) Ebenda, vom 9. März 1819. Vgl. den Aktenanhang.

sich gezeigt hätten, habe ein Buchhändler Scholz diesem Uebelstande abhelfen und eine zweite Zeitung gründen wollen, sei aber auf sein Konzessionsgesuch hin vom Ministerium abschlägig beschieden worden. Ob nun Schall der geeignete Mann sei, ein derartiges Konkurrenzunternehmen mit Erfolg und Geschick zu leiten, sei sehr die Frage. „Wenn zu dem anziehenden und schwierigen Geschäft eines politischen Zeitungsschriftstellers genug wäre, das Publikum lehrreich und angenehm, wie in gelesenen Journalen geschehe, zu unterhalten, dabei einen durch Welt und Geschäftsleben nicht verleideten Ton über Menschen, Begebenheiten etc. anzuschlagen, durch Satire, Ironie und muntere Schwänke zu wirken, so würde es Schall damit gelingen. Er würde also den Nebeninhalt der politischen Zeitung, insofern dieser von wissenschaftlichem, belletristischem und artistischem Interesse sei, zu besorgen sehr wohl geeignet sein. Wenn aber zur Abfassung einer solchen Zeitung ein geschickt vergleichender, scharf reflektierender und tief vorschauender Geist erfordert würde, der das Wesentliche aus politischen Nachrichten ergreife, der sich nicht verleiten ließe, verdeckte, arge und gefährliche Ansichten zu verbreiten, gegen lebendige, in Contestation stehende Interessen des Staates Widerstreit zu erregen und die feindselig sich einander berührenden staatspolitischen Ideen mehr hervorzuheben, dem dabei ein Vorrat von Betrachtungen und aus vorgetragenen Tatsachen geflossenen Ansichten über Staatsverfassung, öffentliche Handlungsweise und den Charakter der handelnden Personen und vorkommenden Ereignisse zu Gebote stehe, — — — — — so könne Schall der Besitz einer solchen Fähigkeit nicht zugestanden werden."

Die hier gegebene Charakteristik enthält in ganz gedrängter Form, was Heinrich Laube, der Freund und langjährige Mitredakteur Schalls, in seinen „Modernen Charakteristiken" (Mannheim 1835) S. 161 ff. etwas weitläufiger ausführt.

„Karl Schall war ein sehr merkwürdiger Mann", so schreibt er. „Drei oder vier kleine Lustspiele sind von ihm geschrieben worden, welche noch heute Freude machen; er hat überhaupt vielen Freude gemacht, es war sein Amt, das er gewissenhaft verwaltet hat. — — — — Er ist eine volle historische Erscheinung zu Breslau gewesen. Er war aus Breslau selbst, sein Vater war ein nicht unvermögender Kaufmann, und sein lustiger Sohn mußte kurze Waren verkaufen lernen, und das lernte er so gut, daß er sich nie mit etwas Großem abgeben konnte und bis an seinen Tod mit kurzen Waren handelte. Aber er hatte ein weit größeres Talent zum Verschenken als zum Verkaufen, und wenn sein Vater nicht beizeiten gestorben wäre, so hätte er den ganzen Laden an seine Kaffee-, Theater- und Eckenbekanntschaften verschenkt; denn er hatte ein sehr weiches, empfängliches Herz, war voll sensibler Schwächen und von Jugend auf ein Dilettant des Schönen, der Schönen und der schönen Künste. Sobald sein Vater gestorben war und ihm ein nicht unbedeutendes Vermögen hinterlassen hatte, verwandte er all seine Aufmerksamkeit auf das Theater, und er kannte alle Stücke, die seit jener Zeit auf den Brettern erschienen

waren, und den Charakter der Actricen, welche darin agiert hatten, bis ins Detail. — — — — Als sein Vermögen zu Ende ging, machte er Anleihen; — — — je bedrängter seine äußeren Umstände wurden, desto mehr kroch er in die Poeten hinein. Es war alles Müßiggang, der liebenswürdigste, geschäftigste Müßiggang an ihm. — — — Vielleicht hätte er auch etwas Bleibendes, einen Roman, ein richtiges Konterfei seiner ihn umgebenden Verhältnisse geschaffen, wenn nicht einzelne Glücksschläge ihn immer wieder auf die Oberfläche des Lebens geworfen hätten. Und er ließ sich gar zu gern ohne Zweck und Ziel und Rücksicht wie ein harmloser Poet hin- und herschaukeln. Seine geselligen Talente hatten seinen Umgang sehr erweitert; ich glaube, es war schade, daß er die Nachricht vom Tode seines Bruders und damit noch einmal sein früheres Vermögen erhielt, denn nun begann das Tändeln von neuem, das Naschen und Kosten bildete sich mehr und mehr an ihm aus, er ward ein kompletter französischer Abbé aus den Zeiten der Pompadour.

Er war der beste General des kleinen Lust- und Vergnügungskrieges, — — — der gutmütige Narr eines ganzen Landes." — —

Der liebenswürdige Weichling, wie er hier geschildert ist, hatte sich jedoch in seinen Plan so fest verbissen, daß er eine bei ihm ganz erstaunliche Hartnäckigkeit und zähe Ausdauer bewies, obwohl man in den Kreisen seiner Freunde die Gewährung der Konzession geradezu für unmöglich hielt.[1])

Da gab eine zufällige Begegnung mit einem Genossen früherer Tage den Ausschlag. Der vertraute Leibarzt des Fürsten Hardenberg, Dr. Koreff,[2]) nahm als Landsmann, Kunstfreund und Belletrist das Unternehmen in Schutz, legte dafür bei dem alles geltenden Fürsten Fürsprache ein und erlangte auch endlich nach manchen Zurückweisungen die Konzession;[3]) sie spricht die Erwartung des Fürsten aus, daß Schall „stets dem Parteigeist fremd bleiben — — — — und suchen werde, durch eine würdige, besonnene Darstellung, frei von aller Polemik, das Gemälde der Welt auf eine dem gebildeten Verstand genügende Art zu entwerfen." —

„Diese Konzession", schreibt Laube in dem vorerwähnten Aufsatz, „war Schalls Diplom, sein Adelsbrief, seine Magna Charta. Er liebte sie wie sein Weib und vergaß es immer, daß er sie mir schon so oft gezeigt hatte, und jedesmal, wenn ich bei ihm aß, zeigte er mir beim Beefsteak diese Hardenbergsche Magna Charta und erzählte eine lange Geschichte, wie er mit Hardenberg über das Glück Europas gesprochen und ihm Vorschläge gemacht habe. Mit dieser Zeitung begann nun sein allgemeines Vergnügungswirken, sein schlesisches Konsulat des Amüsements."

Und Holtei berichtet der Breslauer Zeitung 1870: „Das Aufsehen, welches die Konzession erregte, läßt sich heutzutage nicht

---

1) Breslauer Zeitung, 51. Jhrg. 1. Januar 1870; Zum 50jährigen Jubiläum der Breslauer Zeitung.
2) Ebenda.
3) St. A. Rep. 14. P. A. IX. 55 i, vom 29. Juni 1819. Vgl. den Aktenanhang.

mehr schildern, noch weniger begreifen. Stadt wie Provinz glaubten an Wunder; bald bildete sich eine Opposition, die mit Spott und Hohn das neue Unternehmen begrüßte und an der Lebensfähigkeit desselben zweifelte."

Am 1. Januar 1820 erschien die erste Nummer der Zeitung „in ziemlich nettem Abdruck"[1]) und fand gleich einen Absatz von zirka 500 Exemplaren.[2]) $1^1/_4$ Bogen stark, in Quartformat gehalten, zeigt die erste Nummer auf ihrer ersten Seite folgendes Aussehen:

Mit allerhöchster Bewilligung.

Neue
Breslauer Zeitung

Expedition bei Grass, Barth & Comp. auf der Windgasse.
(Redaktion: K. Schall. — Dr. Loebell.)

Nr. 1. Sonnabend, den 1. Januar 1820.

Zum neuen Jahre 1820.

Es folgt nun ein sehr pietistisch angehauchtes Gedicht von Schall, das aber keinerlei Programm oder Ziel angibt, welches sich etwa der Herausgeber gesteckt hatte. In kleinem Quartformat erschien nun die Zeitung viermal wöchentlich,[3]) Montags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends, denn öfter kam nicht die Berliner Post, welche die auswärtigen Blätter, die Hauptquelle der politischen Weisheit, brachte.[4]) Von einem eigentlich politischen Teil in unserem Sinne war jedoch nicht die Rede. Einige amtliche Notizen aus der „Staatszeitung" über Beförderungen, Ordensverleihungen u. dergl. eröffnen gewöhnlich die erste Seite des Blattes. Dann folgen große Berichte aus Amerika — fast die Hälfte der ersten Nummer füllend — und Mitteilungen aus England, Frankreich, Spanien, selbst Portugal und besonders aus der Türkei[5]); von Ereignissen im Innern des eigenen Landes ist wenig die Rede, denn die Zensur beanstandete oft selbst die harmlosesten Nachrichten. Ein trefflicher Beweis für die damals herrschende Engherzigkeit ist eine Beschwerde Schalls vom 30. Mai 1820,[6]) wegen Zurückhaltung einiger harmloser Notizen, welche Reisen von Mitgliedern des Königlichen Hauses sowie die Vollstreckung des Todesurteils an Sand betrafen. Der Zensor der Breslauer Zeitung, der Regierungsdirektor von Kottwitz, hatte nämlich die Erlaubnis zur Einrückung dieser Nachrichten in die Zeitung nicht eher erteilen wollen, als bis sie auch in der Spenerschen Zeitung zu Berlin gestanden

[1]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. VIII. 1. Januar 1820.
[2]) Ebenda.
[3]) Breslau und dessen Umgebung, von Nösselt, Breslau 1825, S. 388.
[4]) Breslauer Zeitung, Jubiläumsausgabe 1900.
[5]) Breslauer Zeitung, Jubiläumsausgabe 1900.
[6]) Schles. Oberpräsidial-Registratur, Fach 1563, Vol. I.

und so gewissermaßen ihre Approbation erhalten hätten. Schall protestiert gegen dieses Verfahren sehr entschieden und nennt es mit Recht geeignet, die Breslauer Zeitung zu einem bloßen Abdruck der Spenerschen Zeitung zu degradieren und ihr so das Interesse des Publikums zu entziehen.

Ganz hinten, am Schluß der Zeitung, trifft man manchmal nur auf einige harmlose Zeilen über „Deutschland". Die sogenannten demagogischen Umtriebe hatten es zum verpönten Begriff gestempelt, und deshalb gehörte es noch zum „Ausland", von welchem das „Inland" Preußen scharf getrennt wurde.[1])

Zu diesem „politischen" Teil gesellten sich etwa 1¼ Quartseiten industrieller Anzeigen und Handelsinserate, den übrigen Raum aber füllen breit und behaglich ausgesponnene literarische und wissenschaftliche Aufsätze, besonders aber Artikel über Musik und Theater; einzelne Theaterkritiken winden sich durch mehrere Nummern hindurch. Sehr derb geißelt dies der Verfasser der Broschüre: „Die Oderzeitung und das böse Gewissen ihrer Feinde" auf S. 7: „Kunst und wieder Kunst, Theater und abermals Theater, so lautete das Feldgeschrei aller literarischen Vettern des damaligen Breslau (sc. der zwanziger Jahre). Was hätte jener Zeit die freie Presse, die Oeffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen, eine Konstitution u. dergl. gegen eine Catalani oder Sonntag gegolten. Man kann nicht leugnen, daß sich unser Theater damals einer gewissen Blüte erfreute und daß die damalige Rezensentenclique, deren Sommitäten Grattenauer und Schall waren, durch fortwährendes Trommeln auf der ästhetischen Pauke und durch allerlei Klopffechtereien die Aufmerksamkeit auf das Theater zu erzwingen suchte. Damals wurden die Kunstansichten noch mit Pasquillen, faulen Aepfeln und Eiern verfochten, und Schalls öffentliches Gerichtsverfahren, wie er es in Sachen der Schöngeister in der Breslauer Zeitung übte, konnte mit der englischen Prangerstrafe füglich verglichen werden."

Bei Zusammenstellung des eben geschilderten Inhalts, die für jede Nummer vielleicht zwei, höchstens drei Stunden beanspruchte, ließ sich Schall, der „Vielbeschäftigte", noch von einem zweiten Redakteur unterstützen.

In der „Riesenarbeit" der Redaktion half ihm so lange Zeit Dr. Loebell, der später Professor der Geschichte in Bonn wurde.[2])
Auch nach dem Abgange Loebells, der übrigens der fleißigere der beiden Redakteure gewesen zu sein scheint, hielt es Schall für notwendig, Gehilfen anzunehmen; der bedeutendste unter ihnen war Heinrich Laube, der in den siebziger Jahren in der „Neuen Freien Presse" mit vielem Humor schilderte, wie Schall mit seinem Gehilfen verkehrte und wie bei einem riesengroßen Glase Bier die Redaktion sich über das Quantum Weisheit einigte, das den Breslauern

[1]) Breslauer Zeitung 1870, 1. Januar.
[2]) Breslauer Zeitung, 1. Januar 1870.

verzapft werden sollte.[1]) Das Produkt, welches in jenem friedlichen Stilleben zutage gefördert wurde, nennt freilich der Verfasser der Broschüre „Die Oderzeitung und das böse Gewissen ihrer Feinde" recht gallig, aber doch treffend „bedrucktes, nach Rubriken abgeteiltes Löschpapier, mit allerhand abenteuerlichen Lügen aus der Fremde angefüllt, in Quart erscheinend, ohne die Zeit wie einen Quartaner zu schulmeistern, im Traume redigiert, bei Bier oder Kaffee oder vor dem Einschl fen gelesen".[2])

Doch nicht allein der Arbeitshilfe, sondern auch eines finanzkräftigen Hintermannes bedurfte der stets in Geldverlegenheit befindliche Schall. Eine derartige Persönlichkeit fand er in dem Freiherrn Eugen von Vaerst, dem Bruder des bekannten Berichterstatters aus der Budgetkommission während des Konfliktes.[3])

Vaerst, der schöngeistige und geistreiche Freund Jean Pauls, E. T. Hoffmanns und Holteis, war im J. 1818 mit dem Range eines Kapitäns aus der Militärlaufbahn ausgeschieden, trotzdem sie ihm die glänzendsten Aussichten bot wegen seiner hervorragenden militärischen Begabung, die er 1812 unter York und später in den Freiheitskriegen bewiesen und die ihm mannigfache Auszeichnungen eingetragen.[4]) Seit seinem Abschied widmete er sich mit neuem Eifer den ihm von früher liebgewordenen literarischen Studien, die ihn auch mit Schall in Berührung und schließlich in engste geschäftliche Verbindung brachten. Ob er sein bedeutendes Vermögen dem Spiel verdankte, wie der über seine Persönlichkeit vom Oberpräsidium eingeforderte und dem Minister eingesandte Bericht aus der Feder des Polizeipräsidenten von Heinke[5]) anzugeben weiß, mag dahingestellt bleiben. Doch muß auch diese recht abfällige Charakteristik zugestehen, daß „überall, wo der von Vaerst öffentlich auftrete, er den Ton der feinen Welt zeige, — — — daß er in der neueren deutschen, französischen und englischen Literatur wohl bewandert sei und die letzteren beiden Sprachen fertig spreche".

Seine Qualifikation zum Redakteur fällt dagegen sehr kläglich aus: „Zu einem Zeitungsschreiber in der Art, wie unsere Zeitungen geschrieben werden", schreibt Heinke, „d. h. politische Artikel aus fremden Zeitungen ohne Auswahl zum Abdruck anzustreichen, soweit zu vermuten ist, daß sie die Zensur passieren werden, literarische und sonstige Neuigkeiten, Curiosa aus Journalen aufzunehmen und Theaterkritiken sowie Gelegenheitsgedichte dazu zu liefern halte ich ihn unbedenklich für fähig. Ob er aber geeignet sei, als ein selbständig handelndes, wünschenswertes Organ der Regierung aufzutreten und durch das ihm anvertraute öffentliche Blatt für die höchsten Zwecke einer edlen Regierung auf den öffentlichen Geist zu wirken, ist eine andere Frage."

---

1) Ebenda.
2) A. a. O. S. 6.
3) Breslauer Zeitung, 1. Januar 1870.
4) Vgl. Allgem. Deutsche Biographie, 191. Lieferung, 39. Bd. Leipzig 1895, S. 455.
5) St. A. Rep. 14, P. A. IX. 55 1. Vgl. den Aktenanhang.

Dieser Bericht fand wenig Anklang im Ministerium, ja der Oberpräsident erhielt dafür einen derben Verweis, denn anders kann man es wohl nicht nennen, wenn Schuckmann, der Minister des Innern und der Polizei, mit indignierter Kürze schreibt, daß der Freiherr von Vaerst ihm „in einem minder nachteiligen Lichte, als der Bericht ihn darstelle, erscheine, daß er hinsichtlich seiner politischen Gesinnung als unverdächtig bekannt wäre und es daher der Nachfrage über ihn nicht bedurft hätte".[1]) Die Mitherausgabe und der Mitbesitz der Breslauer Zeitung sei ihm jedenfalls gestattet worden.

Welcher einflußreichen Protektion Vaerst dieses hier ausgesprochene Vertrauen in den Hofkreisen verdankte, werden wir noch später aus der für Vaerst ausgestellten Konzessionsurkunde erfahren.

Das Finanzierungsverhältnis, welches soeben angebahnt worden, währte freilich nicht lange. Die Zuschüsse des Freiherrn flossen jedenfalls nicht so reichlich, wie erwartet, denn Schall nennt bereits 1826 als seinen Retter in der Not den Breslauer Buchhändler und Buchdruckereibesitzer Zäschmar, der ihm bis zum Januar 1832 nicht weniger als 6199 Taler vorstreckte und mit seinem ganzen technischen Können hilfreich zur Seite stand, wie wir im folgenden aus dem Gesuch Zäschmars um Verleihung des Zeitungsprivilegs ersehen werden. Um sich seinem neuen Freunde nun gefällig zu zeigen, suchte ihm Schall bei der Regierung das Teilhaberrecht an der Zeitung zu sichern, worauf man aber nicht einging.[2])

Am 18. August 1833 starb Schlesiens „Sir John Falstaff", und er hatte kaum die Augen geschlossen, da liefen schon bei der Regierung eine Menge Gesuche um Verleihung der Zeitungskonzession ein.[3]) Den Vogel schoß ab, was die Eile seiner Bewerbung anlangte, der Redakteur der „Schlesischen Zeitung für Musik" und des „Breslauer Adreßbuchs", Friedrich Mehwald, da er noch am Todestage Schalls sein Gesuch einreichte, ein Beweis, wie man förmlich auf das Ableben des derzeitigen Inhabers lauerte, um möglichst schnell in den Besitz seines mehr und mehr florierenden Unternehmens zu gelangen. Mehwald versprach vor allem eine Verbesserung des Zeitungsinhaltes durch Beschränkung „der nutzlosen Theaterschreibereien" und durch die Aufnahme von Aufsätzen, die „der Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse" dienlich wären. Er meinte dadurch dem Utilitätsstandpunkt der Regierung zu schmeicheln, täuschte sich aber in seinen Hoffnungen.

Ein zweiter Bewerber war der Kandidat des höheren Schulamtes Rudolph Hielscher, der letzte der Hilfsredakteur Schalls, später Redakteur der Schlesischen Zeitung. Sein Gesuch bildet sowohl Ton wie Inhalt nach einen traurigen Beitrag zu dem Kapitel „Philologen- und Literatenelend am Anfange des 19. Jahrhunderts."

---

[1]) Schles. Oberpräsidial-Registratur, Fach 1563, Vol. I, datiert v. 29. Januar 1825.
[2]) Schles. Oberpräs.-Reg. a. a. O.
[3]) Ebenda sind alle im folgenden aufgeführten Gesuche enthalten.

Sehr viel weniger de- und wehmütig als das Gesuch des armseligen Schulamtskandidaten klingt das selbstgefällige Anerbieten des ehemaligen Gesandtschaftssekretärs Wernhart, auf sein „Wartegeld" in Höhe von 666 Talern zu verzichten, wenn ihm die Konzession erteilt würde. Wernhart ist auch einer der ersten, welcher das Anrecht Vaersts an die Zeitung bestreitet.

Selbst ein so gelehrter Herr wie der Direktor des Königlichen Friedrich-Gymnasiums, Dr. Kannegiesser, verschmähte es nicht, um das Privileg sich zu bewerben, schmeichelte sich vielmehr der Zeitung „ein neues Leben" und einen dem Publikum mehr zusagenden Charakter verleihen zu können.

Die gefährlichsten Konkurrenten Vaersts waren jedoch der Buchhändler Zäschmar und der Königliche Kammerherr und Major a. D. Freiherr von Weiher und Nimptsch zu Falkenhayn bei Schönau. Ersterer konnte auf seine langjährige technische Erfahrung hinweisen, die sich in dem alten Patriziergeschlecht, dem er angehörte, fortgeerbt, ferner auf seine faktische, wenn auch behördlich nicht ausdrücklich anerkannte Teilhaberschaft an der Zeitung in finanzieller Hinsicht. Außerdem konnte er schon mit einem verantwortlichen Redakteur in der Person des Regierungsrates von Heyden aufwarten, der ihm seine Dienste zugesagt hatte, nachher aber als gutgedrillter Bureaukrat ob seines Unterfangens, ein so leicht diskreditierendes Gewerbe wie das eines Publizisten zu betreiben, Angst bekam und refüsierte.[1])

Der Königliche Kammerherr spekulierte auf die persönliche Bekanntschaft mit dem Oberpräsidenten und hatte außerdem einen volltönenden Titel in die Wagschale zu werfen, was ja damals selbst in derlei Angelegenheiten eine sehr gewichtige Empfehlung war. Er war sicherlich der gefährlichste Mitbewerber und wurde wahrscheinlich auch vom Oberpräsidenten angelegentlichst empfohlen, wie wir aus der Konzessionsurkunde für Vaerst noch ersehen werden, wo der Kammerherr als einziger überhaupt in Betracht kommender Konkurrent genannt wird.

Doch auch Vaerst bezw. seine Familie und seine Beauftragten waren nicht müßig geblieben. Für ihren im Bade weilenden Sohn hatte die alte, blinde Freifrau von Vaerst sich persönlich an den Oberpräsidenten gewandt; das Gesuch gibt uns ein rührendes Bild von Mutterfürsorge und Sohnesliebe und liefert die freundlicheu Farben zu dem düsteren Gemälde, das der Polizeipräsident von dem Baron entworfen. Desgleichen wandte sich der Justizrat Kletschke, der juristische Beistand des Freiherrn, sofort nach dem Ableben Schalls an den Oberpräsidenten und suchte seinem Klienten die Bahn zu ebnen, indem er ausdrücklich darauf aufmerksam machte, daß die Theilhaberschaft Vaersts an der Zeitung nicht bloß für die Lebensdauer Schalls konzessioniert worden sei, der Baron also als überlebender Kompagnon jetzt ganz zu Recht allein in den Vollgenuß der Konzession träte. Das entscheidende Wort bei der ganzen

---

[1]) Ebenfalls in der Schles. Oberpräs.-Reg. a. a. O.

Bewerbung sprach jedoch des Freiherrn von Vaerst früherer Chef und alter Gönner, der Prinz Karl von Preußen, und auf sein Verwenden ging der Baron siegreich aus der Konkurrenz hervor. Am 18. März 1834 wurde schon trotz des weiten Instanzenweges der Oberpräsident von Merkel davon in Kenntnis gesetzt.[1])

Unter dem neuen Regime bekam die Zeitung bald ein anderes Gesicht. Vaerst war ein geistvoller, witzsprühender Mann, dabei eine vornehme, zurückhaltende und doch radikal gesinnte Natur. Er erkannte, daß die Rolle, welche das Inland und Deutschland bisher in der Breslauer Zeitung spielte, kläglich sei, und räumte ihm die erste Stelle, größeren Raum und durch eigene Korrespondenzen größere Bedeutung ein. Auch verkannte er nicht die Wichtigkeit örtlicher und provinzieller Interessen.[2]) In seinem langen Programm vom 1. Mai 1834 sagte er: „Es ist vom Uebel, wenn eine provinzielle Zeitung ebensogut von Monomotapa als Breslau datiert erscheinen kann, ohne daß der Inhalt den näheren Bezug auf eines von beiden verriete.“ In demselben Programm verwahrt er sich sehr energisch gegen jede politische Parteinahme: — — — „Ja, es ist bei unseren provinziellen Verhältnissen auch gar nicht zu wünschen, daß ein großes politisches Interesse sich wiederum in der Nähe von uns entspinne, da die angenehme Beschäftigung der Lesewelt dabei nicht in die Wage zu werfen ist gegen die Störungen des Glücks und der Ruhe, welche jene zweideutige Erhöhung des Interesses begleiten.“

Dieses schrieb er allerdings kurz nach seinem Redaktionsantritt, und es ist glücklicherweise nicht die Norm geblieben für seine spätere Denkweise, denn wenn Vaerst der Breslauer Zeitung einen wesentlichen Vorteil brachte, so bestand er offenbar in seiner Hinneigung zu einer gewissen Farbe. „Schon in seinem „„Politischen Neujahrsgeschenk““[3]) hatte er sich ziemlich offen als Legitimisten bekannt, und während seines ganzen Lebens, namentlich durch seine berühmte Teilnahme für den spanischen Prätendenten Don Carlos[4]) mit Geschick und Geist sich als solchen gezeigt. Die Aufgabe, eine Zeitung zum Organ einer bestimmten Zeitrichtung zu machen, stieß damals noch auf große Schwierigkeiten, besonders in Breslau, wo noch Meinungen und Ueberzeugungen durcheinander lagen und der Kreis der alten Ideen kaum von den äußersten Stellen des neuen Geisteslebens, das damals die Residenz bewegte, berührt wurde. Vaerst tat indessen, soviel er konnte. Er bemühte sich, das Publikum für seine Richtung zu interessieren, denn das Interesse pflegt später Gewohnheit zu werden, und dies gelang ihm nicht nur durch Benutzung der besten und ursprünglichsten Quellen,

---

1) Schles. Oberpräs.-Reg. a. a. O.
2) Breslauer Zeitung, Jubiläumsausgabe 1900.
3) Breslau 1831, bei J. A. Goschorsky.
4) Vgl. Allgem. Deutsche Biographie a. a. O.: „Nur eine Mission des Herzens hatte Vaerst, wie er selbst sagt, zu Don Carlos geführt, um von hier aus durch seine von den gelesensten französischen, englischen und deutschen Zeitungen aufgenommenen Berichte das Publikum über die politische Lage in Spanien sachgemäß zu unterrichten.

die er sich durch persönliche Verbindungen geöffnet hatte, sondern es brachte ihn auch seine strenge Unparteilichkeit und sein Vermeiden aller philisterhaften, schulmeisterlichen Kritik seinem Ziel sehr nahe. Groß sind die Verdienste, die sich seine Zeitung damals durch ihre guten Berichte über die spanischen Wirren erworben hat. Vaerst, der bald in Breslau redigierte, bald nach Paris eilte, bald im Hauptquartier des Don Carlos einen geheimnisvollen Besuch machte und nach Hause korrespondierte, erhob durch seine Berichte eigener Anschauung seine Zeitung zur ersten und originellsten Quelle spanischer Zustände. — — — Man kann mit vollem Rechte sagen, daß das damalige politische Glaubensbekenntnis der Breslauer Zeitung ein legitimistisch-konservatives gewesen sei, und an diesem Konservatismus hat sie auch noch unter Vaersts mittelbarer Leitung festgehalten, wahrscheinlich um der Begünstigung willen, der sie sich in Berlin durch den Baron zu erfreuen hatte.“ [1])

Zu Vaersts Programm gehörte auch die Einschränkung der literarischen und künstlerischen Mitteilungen, namentlich soweit sie das Theater betreffen. So ist es kein Wunder, wenn die Theaterkritik beispielsweise am 9. Mai 1834 folgendes Bild zeigte: In einer zirka 50zeiligen Kritik wurden besprochen ein Gastspiel von Karl Devrient als Chavigny, als Ferdinand, Carlos, Lear, Otto von Wittelsbach und als Eduard Ruhberg; ferner Fräulein Fürst aus Dresden als Tankred und Rosine im Barbier von Sevilla, ferner eine Hamletaufführung und im Ramsch noch 27 andere Aufführungen, und das alles in 50 Zeilen.

Wechsel-, Geld- und Effektenkurse — 30 Notierungen, alle drei Tage erscheinend — bildeten das Fundament des heutigen umfangreichen Handelsteiles der Zeitung; auch der Inseratenteil hob sich, und zur Zeit des Wollmarktes fanden sich neben den seitenlangen Verzeichnissen angekommener Fremden 18—20 Seiten Inserate.[2])

Für diesen reichen Inhalt wurde natürlich das bisherige Format zu klein, und daher wandte sich Vaerst schon im Jahre 1836 am 5. Mai[3]) an den Minister mit der Bitte um Verwandlung des bisherigen Quartformats in Klein-Folio, was ihm auch am 26. Mai d. J. gewährt wurde.[4]) Schon das folgende Jahr brachte wieder eine neue Aenderung in technischer Hinsicht. Eine Veränderung im Postverkehr zwischen Breslau und Berlin, die auch eine bessere Postverbindung mit den schlesischen Provinzialstädten, namentlich denen im Gebirge, zur Folge hatte, ermöglichte es der Breslauer Zeitung, ihre Exemplare schon 12 Stunden früher als bisher auszugeben. Vaerst ersuchte deshalb am 9. Juni 1837[5]) den Minister, ihm diese Aenderung in der Expedierung der Zeitung zu gestatten und erhielt dieselbe auch am 8. Juli[6]) d. J. bewilligt.

1) Die Oderzeitung und das böse Gewissen ihrer Feinde, S. 9.
2) Breslauer Zeitung, Jubiläumsausgabe 1900.
3) Schles. Oberpräs.-Regstr. a. a. O.
4) Ebenda.
5) Schles. Oberpräs.-Registr. a. a. O.
6) Ebenda.

Wie schon früher erwähnt, war Vaerst den größeren Teil des Jahres auf Reisen, teils zur Anknüpfung von Originalkorrespondenzen, teils aber auch, um an den Sammelpunkten der damaligen Mondaine in den Wogen des gesellschaftlichen Lebens unterzutauchen, denn er hat hinter dem Redaktionstisch nie den Grandseigneur, den Lebemann verleugnet. Während seiner Abwesenheit nun vertrat ihn gewöhnlich der Inhaber der Druckerei, Hermann Barth, getreulich und gewissenhaft; als Vaerst wiederholt gesehen, wie trefflich seine Stelle ausgefüllt wurde, und da außerdem auch, wenn er wirklich einmal anwesend war, das von ihm in Pacht genommene Breslauer Theater seine ganze Arbeitskraft beanspruchte, so suchte er in H. Barth der Zeitung eine ständige Ersatzkraft zu gewinnen. Er schlug deshalb dem Ministerium den bisherigen Hilfsredakteur zur Verleihung der Teilhaberschaft an der Zeitung vor, worauf dieses auch einging, „zumal der p. Barth nur von einer vorteilhaften Seite bekannt sei, überdies auch in letzterer Zeit während der längeren Abwesenheit des p. von Vaerst die Redaktion der gedachten Zeitung geleitet und damit seine Qualifikation für dies Geschäft betätigt habe".[1]) Vier Jahre später wurde Barth mit seinen Rechtsansprüchen auf das Blatt dem Baron vollständig gleichgestellt[2]) und auf diese Weise faktischer Inhaber der Zeitung, denn Vaersts Teilnahme an dem ganzen Unternehmen war immermehr nominell geworden. Der Freiherr war übrigens bei dieser Rechtsabtretung gar nicht schlecht gefahren, denn er bekam dafür von Barth eine ziemlich bedeutende Rente gezahlt.[3]) So siedelten denn mit dem 1. Juli 1838 Expedition, Redaktion und Druckerei — bis dahin wurde die Zeitung in der Friedländerschen Offizin auf der Antonienstraße im „Weißen Storch" hergestellt — nach Barths eigenem Hause, Herrenstraße 20, über, wo sie bis heute verblieben sind.[4])

Mit Barths rechtlich anerkannter Teilhaberschaft war auch in das Blatt ein bedeutend frischerer Zug gekommen. Gegen Ende des Jahres 1842 erschienen in der Breslauer Zeitung die ersten Leitartikel, in denen Tatsachen und Regierungsmaßregeln einer bescheidenen, zensurgemäßen Kritik unterworfen wurden. Dies war jetzt leichter möglich, da die Zensurverordnung vom 24. Dezember 1841 den Zensoren eine mildere Handhabung ihres Amtes befahl; namentlich sollte ein „wohlmeinender" Tadel der Regierungsmaßregeln nicht unterdrückt werden. Die Breslauer Zeitung verhielt sich freilich in ihrer Kritik und in ihren Artikeln immer noch recht vorsichtig, und sie galt damals für viel konservativer als die Schlesische Zeitung.[5]) Das wollte allerdings nicht viel besagen, denn von einer wirklichen Parteistellung war noch keineswegs die Rede, und da die Zensur trotzdem noch immer ein sehr gewichtiges

---

1) Schles. Oberpräs.-Registr. a. a. O., datiert vom 16. Mai 1838.
2) Ebenda, datiert vom 17. September 1842.
3) Breslauer Zeitung, Jubiläumsausgabe 1900.
4) Ebenda.
5) Stein, Gesch. von Breslau, S. 153.

Wort mitzureden hatte, war oft nur mit großer Mühe ein Unterschied in dem politischen Kolorit zu entdecken; daher konnte auch damals das idyllische Verhältnis bestehen, daß, wenn die Breslauer Zeitung einen Artikel nicht angenommen hatte, dieser an der Schlesischen Zeitung eine willige Abnehmerin fand.[1])

Der in Breslau oft alle Grenzen überschreitenden Willkür der einzelnen Zensoren — wir werden darüber bei der Geschichte der „Schlesischen Chronik“ noch mehr hören — wurde endlich durch die Verordnung vom 4. Februar 1842 in etwas gesteuert, welche die Einrichtung von Oberzensurgerichten befahl, zu deren Kompetenz alle Beschwerden über Zensoren und Regierungsmaßregeln gehören sollten, falls sie die Druckerlaubnis verweigerten.[2]) Durch diese Institution erlangte man eine freiere Besprechung der städtischen und Gemeindefragen, und dadurch wurde vieles vor die Oeffentlichkeit gezogen, wovon sonst außer den Eingeweihten niemand etwas erfahren hatte. Die wenige Freiheit, die man so erhalten, zeitigte sogar bereits sozialistische Bewegungen, die sich bald faktische Geltung erwarben, ja mitunter feindlich gegen die rein politische Richtung der Bürgerschaft auftrat.

Die erste Veranlassung dazu gab in Breslau ein Artikel des Kandidaten F. W. Wolff in der Breslauer Zeitung vom 18. November 1843. Stein schreibt darüber in seinem schon öfters zitierten Werk S. 161 ff.: „Wolff schilderte in diesem Artikel mit lebhaften Farben das körperliche und geistige Elend der unglücklichen Bewohner der hiesigen Kasematten. Dieses Gebäude nämlich, in der Sternstraße gelegen, ungefähr an der Stelle des heutigen Arbeitshauses, noch von den alten Festungswerken herrührend, war ursprünglich dazu bestimmt, diejenigen armen Familien aufzunehmen, denen es beim vierteljährlichen Wohnungswechsel unmöglich war, ein Unterkommen zu finden. Da der Aufenthalt dieser Familien in den Kasematten nur ein vorübergehender sein sollte, so befanden sich die Zimmer im traurigsten Zustande; oft mußten drei, vier oder mehr Familien sich mit einem Lokale begnügen, und da sie keine andere Wohnung fanden, zuweilen auch nicht finden wollten, so blieben sie dort Sommer und Winter. — — — Der sogen. „Kasematten-Artikel“ erregte ungemeines Aufsehen, denn noch nie war in einem öffentlichen Blatte das Elend und die Armut mit so ergreifender Wirkung geschildert worden. Viele wußten gar nicht, daß es in Breslau derartige Zustände gebe. Die Zensur hinderte diese Besprechungen nicht; überhaupt gab sie dem weitgreifendsten Tadel Raum, solange dieser Tadel städtische Institute oder Einichtungen des Magistrats betraf, während sie bei Besprechungen staatlicher Einrichtungen mit großer Strenge zu Werke ging. Merkwürdig war, daß die Breslauer Zeitung, sonst in der

[1]) Elsneriana, Fasc. 12, Manuskript zur „Geschichte vor 1848,“ II. Teil: Vormärzliche Preßzustände, S. 4.

[2]) Vgl. dazu Salomon, a. a. O., Bd. III, S. 322 ff.

Politik konservativ, hier der äußersten Linken der radikalen Partei diente, während die liberale Schlesische Zeitung als Verteidigerin des Magistrats auftrat."

Um dieselbe Zeit erregte der Notstand der Weber und Spinner im Gebirge die öffentiiche Aufmerksamkeit. Auch hier war es wiederum die Presse, welche den Schleier von Szenen des Elends hob, das man im übrigen Deutschland kaum geahnt hatte, und die speziellen Schilderungen, welche insbesondere die Breslauer Zeitung aus jenen Gegenden brachte, forderten zur schleunigsten Abhilfe auf.

Die Zustände bitterster Not in Breslau, das Elend und der dadurch hervorgerufene Weberaufstand im Eulengebirge verfehlten nicht die Aufmerksamkeit der Behörden, insbesondere auch des Ministeriums auf sich zu lenken.[1]) Man suchte eine Ursache und fand diese nicht in der wirklich vorhandenen Not, in dem Arbeitsmangel und der dadurch hervorgerufenen Unzufriedenheit, sondern in der Presse, in der mit größter Vorsicht zensierten Presse. Die Zensoren erhielten immer schärfere Anweisungen, mit der äußersten Strenge gegen sie, der man natürlich destruktive Tendenzen vorwarf, zu verfahren. Solange man sich nun mit den entweder ganz oder größtenteils gestrichenen Artikeln an das Oberzensurgericht wenden konnte, war der Zustand noch erträglich; aber endlich machte F. W. Wolff die Erfahrung, daß ihm ein von der Zensur gestrichener, vom Oberzensurgericht aber freigegebener Artikel von der Zensur zum zweitenmal gestrichen wurde. Es war nämlich währenddem eine speziell die Breslauer Zensoren angehende Verordnung ergangen, alle Artikel zu streichen, welche die Besprechung des unter den Webern und Spinnern herrschenden Elends oder wohl gar des Weberaufstandes zum Gegenstand hätten. So geschah es, daß das Oberzensurgericht sein erstes, freisprechendes Urteil zurücknahm und dafür ein zweites, verurteilendes erließ. Daher wurde auch „Kasematten-Wolff" der Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens, dem er sich aber durch die Flucht entzog, er kehrte erst in den Märztagen des Jahres 1848 wieder zurück.

Die Breslauer Zeitung hatte sich durch ihre entschiedene Stellungnahme und ihre sensationellen Artikel jetzt natürlich im Publikum eine unbestrittene Position geschaffen — ihre Auflageziffer betrug 1845 4000 Exemplare[2]) — und dadurch sich die heftigsten Angriffe ihrer Konkurrentin, der Schlesischen Zeitung, zugezogen. Diese steigerten sich noch in ihrer Ausfälligkeit, als 1845 die Breslauer Zeitung durch Anlegung eines Postrelais auf ihre eigne Kosten die politischen Depeschen bedeutend früher erhielt als ihre Nebenbuhlerin. Vaerst hielt nun mit dieser in No. 305 seines Blattes vom 31. Dezember wieder einmal eine gründliche Abrechnung, wobei er zugleich Einzelheiten über die neue technische Verbesserung angibt. Er schreibt daselbst: — — — —

1) Stein a. a. O., S. 167 ff.
2) Deutscher Zeitungskatalog, Leipzig 1845.

„Die hiesigen Zeitungen empfangen ihren Hauptnahrungsstoff aus den nördlichen und westlichen Orten und Ländern, also durch die Leipziger, besonders aber durch die Berliner Posten. Diese treffen zweimal täglich mit dem Dampfwagen der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn ein, d. i. die Personenpost mit dem Nachmittagzuge (zwischen 5—8 Uhr) und die Schnellpost mit dem Abendzuge (nach 9 Uhr). Nur mit der Schnellpost (ich lasse hier die Kurierpost, welche aus Berlin früh abgeht und in Breslau früh eintrifft, außer Betracht) werden Zeitungen befördert, weil zur Zeit des Abganges der Personenpost in Berlin noch keine zum Versenden vorrätig sind. Nun trifft aber die Schnellpost sehr unzweckmäßig ein, so daß die Briefe und Zeitungen nicht mehr in später Abendstunde, sondern erst am nächsten Morgen ausgegeben werden. Auch wird der Morgenzug der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn von keiner Berliner Post benutzt. Das ungünstige Eintreffen der wichtigen Schnellpost und die obenerwähnte Nichtbenutzung des Morgenzuges brachte mich nun auf den Gedanken, die Möglichkeit einer Benutzung des letzteren zu erforschen; war diese erst festgestellt, dann wurde ich natürlich instand gesetzt, alle diejenigen Gegenstände, welche mir sonst erst die Schnellpost am nächsten Morgen überbrachte, schon in der Mittagstunde des vorhergehenden Tages zu erhalten. Meine Bemühungen wurden von Erfolg gekrönt. Die Reiterlinie, welche ich zwischen Frankfurt und Bunzlau anlegte, (21½ Meilen), spedierte die Sachen, die ihr mein Kondukteur abends nach 9 Uhr auf der Eisenbahn aus Berlin brachte, mit seltenen Ausnahmen so präzise, daß dieselben schon am nächsten Morgen (8½ Uhr) durch meinen Breslauer Kondukteur auf der Eisenbahn nach Breslau instradiert wurden. Obwohl nun die Pferde nicht täglich den Ritt zu unternehmen vermochten, so war doch auch dadurch schon viel erreicht, wenn einigemal in der Woche für die Breslauer Zeitung die Nachrichten einen ganzen Tag früher als es sonst möglich war, benutzt werden konnten. Auf die Dauer mußte dieser Fortschritt auch von dem indifferentesten Zeitungsleser anerkannt werden. Der Nachteil für die Schlesische Zeitung, wenn sie nicht gleich mächtige Anstrengungen machte, mußte bedeutend werden. Und was tat sie nun, um die Konkurrenz zu bestehen? Sie sorgt seit einiger Zeit für ein Palliativ, indem sie in spätester Abendstunde, die mit dem letzten Dampfwagen ankommenden Zeitungen auf der Post eiligst durchgeht und die Zensur, oft noch gegen Mitternacht, zu erlangen sucht. So stützt sie auf das mitleidige Handeln der Postbeamten und des Zensors ihre Gegenmaßregeln — — — —."

Als interessantes Faktum ist her noch das Einschreiten des Postministers nachzutragen, wie es die „Kleine Chronik" in der Beilage der Breslauer Zeitung vom 22. Dezember 1845, No. 299, schildert:

„Der Herr Postminister hatte in der Einrichtung einen Eingriff in das Postmonopol erblickt und die Arretierung der Boten in Bunzlau zum Zweck einer Visitation der Brieftasche angeordnet, ob sie nicht auch Briefe für Dritte enthalte. Aber solche Briefe — — — — haben sich nicht vorgefunden; die Boten stehn im

Dienste und Lohn des Baron von Vaerst, die Pferde, deren sie sich bedienen, gehören ihm eigentlich, die in der Brieftasche enthaltenen Briefe, Pakete und Effekten betreffen lediglich sein Interesse. Nach Einholung von gutachtlichen Aeußerungen seitens mehrerer Ministerien hat es der Herr Postminister nicht auf einen Regreßprozeß ankommen lassen und die angeordnete Arretierung und Visitation aufgehoben".

Der so vervollkommnete Betrieb, der jetzt auch mehr Aufmerksamkeit beanspruchende Leitung erforderten, machte eine Vermehrung des Redaktionspersonals zur gebieterischen Notwendigkeit. Vaerst hatte sich, wie schon erwähnt, fast ausschließlich dem Theater gewidmet, Barth hatte vollauf mit der technischen Leitung der Zeitung zu tun, und so konnten faktisch beide nur mit Unrecht als verantwortliche Redakteure zeichnen. In Wahrheit bekleidete schon seit geraumer Zeit diesen Posten der bereits vom Jahre 1829 an der Zeitung als Mitarbeiter tätige Dr. Nimbs.

Am 1. Juli 1834 von Vaerst als Hilfsredakteur förmlich angestellt, war er am 24. Juli 1838 für diesen Posten auf Lebenszeit engagiert worden und hatte in dieser Stellung seitdem ununterbrochen gewirkt, abgesehen von einer kurzen Zeit, während welcher er gleichzeitig die Geschäfte eines Dramaturgen und Generalbevollmächtigten an dem von Vaerst gepachteten Stadttheater versah.[1]) Diese erprobte Persönlichkeit in dem von ihr tatsächlich schon lange verwalteten Amte eines verantwortlichen Redakteurs zu bestätigen ersuchten also Vaerst und Barth das Ministerium[2]) und erhielten auch im März 1847 zusagenden Bescheid.[3]) Im Verein mit Dr. Weis, der seit 1835 als Hilfsredakteur an der Zeitung mitwirkte,[4]) begann nun Dr. Nimbs, ein ruhiger, besonnener, vielleicht etwas zu stoischer Charakter, seine Amtsperiode, die bei allem guten Willen seinerseits doch mehr das Merkmal kaufmännischer Spekulation trägt als das charakteristische Wahrzeichen, welches ein spekulativer, selbständiger, in der Politik seinen eignen Weg wandelnder Redakteur einem Blatte aufprägt. Die Zeitung spekulierte allzusehr auf die Sensationslüsternheit des Publikums und richtete ihr Augenmerk wenig auf die politische Heranbildung ihrer Leser; durch die neuesten „Schlager" und möglichst schnelle Drucklegung — seit dem 7. Februar 1847 waren in der Zeitungsdruckerei Dampfdruckpressen in Betrieb — suchte sie Sympathien und Interesse zu gewinnen, während sie dem erwachenden politischen Leben wenig Rechnung trug. Das Referat über einen Ball war ihr so hochwichtig, daß sie es sogar einem Revolverblatt wie dem Breslauer Anzeiger nachdruckte,[5]) während sie die wichtigsten das Staatsleben bewegenden Fragen ängstlich im Depeschenstil oder in Vaersts legitimistischem Sinn und Konservatismus behandelte. Daher trifft

1) Schles. Oberpräs.-Registr. a. a. O., undatiert.
2) Wie oben.
3) Schles. Oberpräs.-Reg. vol. II, vom J. 1847 bis Mai 1888, datiert vom 9. März 1847.
4) Breslauer Zeitung, Jubiläumsausgabe 1900.
5) Vgl. die Auslassung darüber im Breslauer Anzeiger v. 6. Februar 1847, No. 16.

auch im großen ganzen die Schilderung zu, welche der böse Kritikus in der Broschüre „Die Oderzeitung und das böse Gewissen ihrer Feinde“ auf S. 18 ff. von der Breslauer Zeitung unter der Aera Nimbs entwirft, zwar mit scharfer Feder, aber lebenswahr für den, welcher der unerquicklichen Aufgabe sich unterzogen hat, die Jahrgänge aus jener Zeit einmal zu durchfliegen. Er schreibt:

„In dieser Zeit, als die Schlesische Zeitung durch die Besprechung der Städteordnung, der Oeffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen, der Oberbürgermeisterwahl, der Provinziallandtage, durch die Empfehlung des Gemeingeistes, kurz durch eine geistige Auffassung des lokalen, provinziellen und Staatslebens die öffentliche Meinung auf ihre Seite brachte, half sich die Breslauer Zeitung durch Temporisieren. Nur vorsichtig streckte sie ihre Fühlhörner in die neuen Preßzustände vor, hatte sie sich doch durch die Beurteilung von Bülow-Cummerow ein Zeugnis der Reife ausgestellt. Am liebsten vermied sie die schlüpfrigen Pfade der Tagesdebatte, am liebsten berichtete sie über Seehandlung, Aktiengesetze, Theater, Spanien. Nur in höchster Not berührte sie das lokale Treiben der stimmführenden Bürgerpartei, und dann pflegte sie über dieselbe Sache zwei oder mehr Artikel zu bringen, weil jedes Ding zwei Seiten hat und der freundliche Leser selbst wählen kann. Blieb sie trotzdem gegen die „Schlesische“ im Rückstand, so mußte die Schnelligkeit — auch ein geistreicher Zeitungshebel — das Uebrige tun. Und gibt es denn nicht Leute, viele Leute, welche Zeitungen der schnellen Berichte wegen lesen? Die Schwalben, die Nachtigallen, die Rosen, die Aktien — in der Breslauer Zeitung kamen, schlugen, blühten, stiegen und fielen sie ganze 24 Stunden eher. Diese Tatkraft und Energie hat der Breslauer Zeitung nicht bloß das papierspekulierende Publikum, sondern auch diejenigen gewonnen, welche gern umständliche Berichte aus Berlin, wahre Hof- und Stadtklatschereien lesen. Ein guter Teil ihrer Spalten wurde in Berlin fabriziert, sie beschäftigte daselbst ein ganzes Korps von Korrespondenten, begreiflicherweise, um soviel Meinungen als möglich repräsentieren zu können, denn auch die Mannigfaltigkeit war ihr ein Hebel oder ein Gegengewicht gegen die vielen Originalartikel der Kollegen. Im übrigen wurde sie inbetreff der Politik und der Tagesfragen vollkommen grau in grau redigiert. Reflexionen und Zustutzungen im Interesse einer Partei, ein Zugpflaster, das ihre Kollegin mit großem Erfolge anwandte, fanden nie ihren Beifall. Trotz aller Schnelligkeit, Mannigfaltigkeit und Farblosigkeit blieb sie jedoch an Zahl der Abonnenten hinter der Schlesischen Zeitung bei weitem zurück, und vielleicht hätte sie das Rennen aufgeben müssen, wäre nicht jener heillose Brief aus Laurahütte,[1]) der ihr und ihrer Kollegin eine fast unerschöpfliche Ausbeute lieferte, rettend ins Mittel getreten. Dieses beklagens-

[1]) Gemeint ist der vom 1. Oktober 1844 datierte offene Brief von Joh. Ronge an den Bischof Arnoldi zu Trier, der zuerst in den „sächsischen Vaterlandsblättern“ veröffentlicht wurde und zu dem die Ausstellung des hl. Rockes zu Trier die Veranlassung gegeben.

werte Ereignis hatte für die Breslauer Zeitung einen doppelten Vorteil. Erstens kam sie dadurch nicht in Gefahr, eine Gesinnung, ein Prinzip herausstellen oder einer politischen Partei dienen zu müssen; denn Prinzip und Partei haben sich erst später um den tragikomischen Mittelpunkt des Deutschkatholizismus gebildet, und da hatte die Breslauer Zeitung bereits ihr Schäfchen geschoren."

Das Sturmjahr 1848 war berufen, auch in diesen auf die Dauer unhaltbaren Verhältnissen Wandel zu schaffen; der Wirbelwind der Revolution fuhr in diesen stagnierenden Zeitungssumpf mit seiner Alltagskleinlichkeit und ließ frisches Leben hervorquellen. Seit dem 20. März, einem Montag, an welchem die Extrablätter der hiesigen Zeitungen als die ersten zensurfreien Druckschriften erschienen waren,[1]) schwelgte die Breslauer Presse förmlich in der neuen ungewohnten Freiheit, und nach und nach erst bildeten sie sich zu Parteiorganen heraus und nahmen eine bestimmte Färbung an.

Die Breslauer Zeitung, deren neues Programm vom Eisenbahndirektor Lewald (bei der Geschichte der Schlesischen Chronik werden wir noch auf ihn zurückkommen) gemeinschaftlich mit Dr. Elsner entworfen wurde, näherte sich mehr der demokratischen als der konstitutionellen Partei und konnte als Organ des demokratisch-konstitutionellen Vereins betrachtet werden.[2]) Dieser, später auch „Verein der Volksfreunde" oder „Volksverein" genannt, war gegründet worden von dem Stadtgerichtsrat Pflücker, Stadtgerichtsrat Gruber, Eisenbahndirektor Lewald, Assessor Fürst, Rittergutsbesitzer Dyhrenfurth u. a. m. und erstrebte nach seinem Programm die demokratisch-konstitutionelle Monarchie.[3]) „Wir finden," heißt es darin, „die alleinige Garantie für die Verwirklichung unsres Zweckes in der konsequenten Durchführung der Selbstregierung; wir fordern also für den Staat Gesetze, welche der Ausdruck des Volkswillens sind, und die Gewähr, daß der Volkswille Gesetzeskraft erlange. Wir wollen Gleichheit vor dem Gesetz für alle, keine vom Zufall der Geburt abhängige Rechte und Privilegien, freies Wort und vollständige Freiheit der Presse, Nationalbewaffung, Verminderung und endliche Abschaffung des stehenden Heeres, Entfesselung des Grund und Bodens von Feudallasten, persönlicher Dienstbarkeit und ausschließlichen Jagdrechten, Abschaffung der Fideikommisse, Erbzinse und Erbpachten mit Entschädigung der Berechtigten in den geeigneten Fällen etc."

Bei den Maiwahlen des Jahres 1848[4]) war dieser Verein allerdings schon fast ohne alle Bedeutung, sodaß er auch mit der Zeit seinen Einfluß auf die Zeitung verlor und diese am Ende des Jahres fast wieder in ihre alte konservative Richtung zurückgekehrt war. Kehler, der Polizeipräsident, konnte so am 23. Dezember 1848 in seinem Berichte schreiben:[5]) „Für nicht unwesentlich halte ich es,

---

[1]) Stein a. a. O. S. 286.
[2]) Stein a. a. O. S. 321.
[3]) Stein a. a. O. S. 318.
[4]) Stein a. a. O. S. 318.
[5]) St. A. Rep. 14, P. A. III. 53 1. vol. XXXVI.

daß die Breslauer Zeitung in ihrem Programm für das nächste Quartal die Revolution in ihren Augen für beendigt erklärt. Freilich wird dieses Blatt gegen das Ende eines jeden Quartals loyaler, und zwar, wie man vermutet, der Abonnenten wegen, deren größere Zahl konservativ ist."

Die halb konstitutionelle, halb demokratische Färbung des Blattes zeigte sich erst wieder im April 1849, als die Ablehnung der Kaiserkrone in Berlin und die Stellungnahme zur deutschen Frage auch in der konstitutionellen Partei zu Breslau Zwiespalt hervorgerufen hatte,[1]) und die Breslauer Zeitung vertrat noch im Mai hinsichtlich dieser Punkte eine sehr entschiedene, ja sogar „radikal" genannte Richtung.[2]) Vom Juli ab, wo sie sich in ihren Leitartikeln aus der Feder Theodor Mundt's noch für die Reichsverfassung vom 28. Mai erklärte, machte sie allmählich eine Schwenkung nach rechts und verlor infolge dieses Manövers ungefähr 500 ihrer Abonnenten,[3]) deren Zahl sich im November desselben Jahres auf 4300 belief.[4])

Im Oktober 1849 vollzog sich eine durchgreifende Aenderung in der Richtung der Zeitung. Sie äußerte sich über die Kammerbeschlüsse in der Steuerbewilligungsfrage höchst unwillig in einer Reihe von Leitartikeln aus der Feder des Universitätsprofessors Dr. Wilda, der sich als einen „Echt-Konstitutionellen" bezeichnete und die Zeitung in die politische Richtung, welche er verfolgte, zu leiten bemüht war.[5]) Seine Anstrengungen waren von Erfolg gekrönt, denn die Breslauer Zeitung wurde im Dezember bereits das Organ der „Echt"- oder „eigentlich-konstitutionellen" Partei. Ueber das Entstehen dieser Fraktion berichtet Kehler am 15. Dezember 1849:[6])

„In der letzten Woche ist hier die vollständige Trennung der sog. eigentlich-konstitutionellen Partei von den übrigen konservativen Vereinen deklariert worden und eingetreten. Schon zu den ersten Kammerwahlen im Januar d. J. hatte sich hier ein Ausschuß aller konservativen Vereine unter dem Namen des konstitutionellen Provinzialkomitees gebildet. In diesem Komitee waren die Vertreter des konstitutionellen Zentralvereins in der Minorität, und es behielt stets in sehr konservativem Sinne, welchen viele Konstitutionelle selbst als Reaktion bezeichneten, die Oberhand. Bei den Wahlen blieben demgemäß auch die Bemühungen des konstitutionellen Zentralvereins, ein Mitglied seines Vereins als Abgeordneten aus der Wahlurne hervorgehen zu lassen, fruchtlos. Es wurden stets Männer von einer mehr konservativen Richtung gewählt.

Zu der hieraus entstehenden Eifersucht der Eigentlich-Konstitutionellen haben sich noch andere Trennungsgründe gesellt; die Verschiedenheit ihrer Meinungen mit den übrigen Konservativen stellte sich nämlich bei der Besprechung der Kammerdebatten schärfer heraus, namentlich wollten die ersteren

---

1) St. A. Rep. 14, P. A. III, 53 i. vol. XXXVI. 28. April 1849.
2) St. A. Rep. 14, P. A. III, 53 i. vol. XXXVI. 5. Mai 1849.
3) St. A. Rep. 14, P. A. III, 53 i. vol. XXXVI. 7. Juli 1849.
4) St. A. Rep. 14, P. A. III, 53 i. vol. XXXVI. 10. November 1849.
5) St. A. Rep. 14, P. A. III, 53 i. vol. XXXVI. 27. Oktober 1849.
6) St. A. Rep. 14, P. A. III. 53 i. vol. XXXVI.

a) das unbedingte Recht der Steuerverweigerung für die Kammern,

b) die Beseitigung des Art. 105 der Verfassungsurkunde,

c) die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung,

während die übrigen Konservativen diesen Anforderungen entgegentraten. Endlich unterschieden sich die Eigentlich-Konstitutionellen dadurch von ihnen, daß sie mit der größten Entschiedenheit die Durchführung des deutschen Bündnisses am 26. Mai cr. zu jedem Preise verlangten.

Die Partei der sog. Eigentlich-Konstitutionellen war jedoch bisher nur schwach. Ihr Organ ist die Breslauer Zeitung, während die übrigen Konservativen durch die Schlesische Zeitung vertreten werden. An ihrer Spitze stehen größtenteils Doktrinäre: Professor Wilda, Professor Roepell, Professor Wasserschleben, Geh. Archivrat Stenzel, Professor Haase (z. Zt. Präsident) und Justizrat Graeff.

Als nächste äußere Veranlassung, welche die Trennung beider Parteien bewirkt hat, dürfte das Ausschreiben der Wahlen zum Volkshause in Erfurt zu betrachten sein. Grade für diese Volksvertretung wünschen die Eigentlich-Konstitutionellen einen aus ihrer Mitte gewählt zu sehen, und da sie im Vereine mit den übrigen Konservativen in der Minderheit blieben, so wollen sie nunmehr den Versuch machen, eine eigne Partei zu bilden und dadurch ihren Zweck zu erreichen, was ihnen jedoch kaum gelingen wird, weil ihrer zu wenige sind. Formell ist die Trennung beider Parteien dadurch ausgesprochen worden, daß die Eigentlich-Konstitutionellen das Ausscheiden aus dem Provinzialkomitee erklärt haben und daß demnächst jede Partei eine die andere ziemlich heftig angreifende Erklärung veröffentlicht hat. Der Bruch ist also unzweifelhaft. Zwar halte ich denselben in sofern augenblicklich nicht für gefährlich, als die ausscheidende Partei nicht zahlreich ist und auch kaum zahlreich werden wird. Gleichwohl bedaure ich denselben, einmal weil die verschiedenen Elemente durch ihre bisherige Vereinigung sich gegenseitig gemäßigt haben, und andererseits, weil doch die sog. Eigentlich-Konstitutionellen sich vielleicht auf die Seite der Demokraten hinübertreiben lassen."

Die Eigentlich-Konstitutionellen, welche sich mit den Gothaern vereinigten,[1]) erfuhren gleich bei ihrem ersten selbständigen Auftreten anläßlich der Urwahlen zum Erfurter Parlament Anfang 1850 heftige Anfeindungen. So veröffentlichte der Landrat des Breslauer Kreises Graf Königsdorff, offiziell im Kreisblatte den Aufruf des Provinzialkomitees sowie eine Ansprache der äußersten Rechten in der 2. Kammer mit den Unterschriften der Abgeordneten Bismarck, Kleist-Retzow u. a. und befahl den Dorfgerichten „bei eigner Verantwortung diese Aufrufe im nächsten Gebote den Gemeinden vorzulesen, damit dieselben über den Zweck der Wahlen zum Erfurter Volkshause die nötige Belehrung erhielten".[2])

[1]) Stein a. a. O. S. 444.
[2]) Stein a. a. O. S. 445.

Es war dies das erste Mal, daß Behörden amtlich und so offen auf die Wahlen einzuwirken suchten, und es erscheint daher ganz erklärlich, daß Kehler am 19. Januar 1850[1]) schreibt: „Die ungünstige und aufgeregte Stimmung dauert nicht bloß fort, sondern scheint sich zu vermehren. Von den Eigentlich-Konstitutionellen wird sowohl durch mündliche Rede in ihren Versammlungen als auch durch ihr Organ, die Breslauer Zeitung, geradezu den Demokraten in die Hände gearbeitet; sie fordern zum allgemeinen, wenn auch nicht grade tätlichen Widerstand auf und sind eifrig, für ihre Partei zu werben." Zur Partei hatten besonders die Professoren hiesiger Universität, wie schon erwähnt, geschworen, und Wilda, Roepell, Haase, Wasserschleben legten ihre Ansichten sehr unumwunden in den Leitartikeln der Breslauer Zeitung nieder, so daß diese eine mehr und mehr regierungsfeindlichere Richtung erhielt.[2])

Im März wurde die Sprache des Blattes gemäßigter, als es sich um die Ausführung der bekannten Projekte in Erfurt handelte, ja sie erklärte sich mit der ministeriellen Politik in der deutschen Frage ganz einverstanden.[3]) Die Tonart wurde jedoch gleich wieder sehr erregt, als die im Juni verfügten Beschränkungen der Preßfreiheit auch die Breslauer Zeitung in ihren Lebensinteressen trafen.[4]) Freilich war sie mit die erste, welche die neueingeführte Kaution in Höhe von 5000 Tlr. anstandslos erlegte, aber ihre Stimmung war dadurch nicht gerade sehr rosig geworden, und das Blatt wurde jetzt ganz entschieden antiministeriell.[5]) Die hohe Bürgschaftssumme hatte außerdem Barths ganze finanzielle Kraft in Anspruch genommen, so daß bereits im Januar 1851 das Gerücht zirkulierte, Barth habe seine Zahlungen eingestellt und die Breslauer Zeitung sei käuflich,[6]) und zwar brachte man die Kreuzzeitungspartei mit diesen Kaufgerüchten in Zusammenhang.[7])

Dieses letztere erwies sich aber bald als eine leere Fiktion, die jedoch ihr Gutes insofern zeitigte, als man auf liberaler Seite sofort mobil machte. Im März zirkulierte eine Aufforderung des Justizrats Graeff und mehrerer angesehener Kaufleute, die Breslauer Zeitung gemeinschaftlich zu erwerben, um sie hauptsächlich den materiellen Interessen im Sinne der Protektionisten zu widmen, nebenbei aber an einer liberalen Politik festzuhalten.[8]) Die Bemühungen waren auch von Erfolg gekrönt, denn am 24. Mai 1851 wußte Kehler zu berichten:

„Zur Förderung und Wahrung der industriellen Interessen unsrer Provinz ist ein Verein zustande gekommen,[9]) der die

---

1) St. A. a. a. O.
2) St. A. a. a. O. 16. Februar 1850.
3) St. A. a. a. O. 23. März 1850.
4) St. A. a. a. O. 8. Juni 1850.
5) St. A. a. a. O. 15. Juni 1850.
6) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 11. Januar 1851.
7) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 8. März 1851.
8) Wie vorher.
9) St. A. a. a. O. 20. September 1851.

erforderlichen 30000 Tlr. aufgebracht hat, um die Breslauer Zeitung für das Interesse der Schutzzölle zu gewinnen. Ich hatte früher angezeigt, daß das Projekt an der Schwierigkeit der Beschaffung der Geldmittel gescheitert sei. Nachträglich ist aber doch noch die Summe aufgebracht worden, und die No. 135 der Breslauer Zeitung vom 16. Mai hat das Programm aufgestellt. Der Präsident der Handelskammer, Theodor Molinari, der Bankier Franck, Justizrat Graeff u. a. stehen an der Spitze. In politischer Beziehung ist der oppositionelle Charakter der Breslauer Zeitung, der zu den ebengenannten Namen vollständig paßt, unverändert geblieben. Zu bedauern ist nur, daß selbst in der höheren Kaufmannschaft so viele Elemente der eigentlich-konstitutionellen Partei sind, von welchen ich nur in Erinnerung bringen will, daß sie sich bei den Gemeinderatswahlen mit den Demokraten vereinigt hatten."

Die neuen Hintermänner waren es auch jedenfalls, die schon im Juli eine durchgreifende Veränderung in der Redaktion bewirkten. Barth übernahm an Stelle von Dr. Nimbs die Redaktion wieder selbst, und es heißt im Polizeibericht vom 5. Juli 1851, daß der Wechsel auf den Wunsch des bisherigen Chefredakteurs erfolgt sei, da seine Vermögensverhältnisse sich erheblich verbessert hätten, er infolgedessen unabhängig geworden sei und darum sich nicht mehr der Gefahr aussetzen wolle, der Strenge des Preßgesetzes zu verfallen. Man kann sich jedoch wegen der Gleichzeitigkeit des Redaktionswechsels und der Finanzierung der Zeitung durch die Eigentlich-Konstitutionellen kaum des Gedankens erwehren, daß man in Nimbs noch allzuviel reaktionäre Anschauungen vermutete und ihn darum nicht weiter verwenden zu können glaubte.

Die oppositionelle Haltung des Blattes erweckte damals in den Demokraten die Hoffnung, die Eigentlich-Konstitutionellen zu sich hinüberziehen zu können. Die Zeitung verwahrte aber ihre Partei gegen die ihr insinuierte Absicht einer Vereinigung mit der Demokratie, indem sie sich bemühte, in ihrem Leitartikel vom 17. Juli in No. 197 eine solche Vereinigung als einen großen Rückschritt der konstitutionellen Partei hinzustellen und letzterer die Politik des Abwartens empfahl. Für diese doch immerhin recht kluge Mäßigung und für dieses Verfahren in den Grenzen einer gesunden Opposition mußte sich Barth von dem Polizeipräsidenten das abfällige Urteil gefallen lassen, „es dürfte ihm überhaupt an den erforderlichen geistigen Eigenschaften fehlen, und er sei ein schwankender Charakter".[1])

Und doch war nur auf ihn die gemäßigte, ruhige, abwartende Haltung im 3. Quartal 1851 zurückzuführen,[2]) die vor allem auch eine freundliche Würdigung und Anerkennung des preußisch-hannöverschen Zollvertrages in sehr gediegenen und gehaltvollen Artikeln zutage trat,[3]) wie ja überhaupt die Zeitung als erklärtes

---

1) St. A. a. a. O. vol. XXXVIII, 26. Juli 1851.
2) St. A. a. a. O. vol. XXXVIII, 20. September 1851 u. 11. Nov. 1851.
3) St. A. a. a. O. vol. XXXVIII, 4. Oktober 1851.

Organ des „Zentralvereins zur Förderung und Wahrung der gewerblichen und industriellen Interessen Schlesiens“ immermehr die handelspolitischen Verhältnisse der Provinz mit besonderer Aufmerksamkeit behandelte und sich hierin allmählich zum führenden Organ ausgestaltete.[1])

Die bisher beobachtete Mäßigung in der Opposition veranlaßte im November die Zeitung zu einer scharfen Verurteilung der Verherrlichung Kossuths in England und der demokratischen Propaganda, welche jene Gelegenheit mit Wonne zu ihren Zwecken ausnutzte.[2]) Im Dezember wurde die Sprache des Blattes ungleich erregter anläßlich der Berufung Ludwig Napoleons auf das allgemeine Stimmrecht und seiner deutlich hervortretenden autokratischen Gelüste. Sie nannte sein ganzes Vorgehen einen Rechtsbruch, gegen den sie energisch protestierte, und es kann ihr nur zur Ehre gereichen, wenn der Polizeipräsident von ihr und ihrer Partei in jenen Tagen behauptet, auf sie passe der Wahlspruch: Fiat iustitia, pereat mundus.[3])

Diese Bitterkeit gegen den französischen Usurpator gab ihr jetzt wieder öfter Gelegenheit, in die frühere scharfe Opposition zu verfallen, so daß sie es sich gefallen lassen mußte, in ihrer Wirksamkeit schädlicher als das Breslauer demokratische Organ, die Neue Oderzeitung, genannt zu werden.[4])

In diesem Jahre, in welchem die Höhe der Auflageziffer während des August auf 4—5000 Exemplare veranschlagt wurde,[5]) ist es uns auch möglich, ein ungefähres Bild über die Verbreitung der Breslauer Zeitung in den einzelnen Kreisen Schlesiens zu gewinnen. Die Landräte mußten nämlich nach Erscheinen der Preßbeschränkungen im Juni dem Regierungspräsidenten ausführlichen Bericht über den Zustand der Presse in den ihnen unterstellten Kreisen liefern. Einzelne solcher Relationen sind noch im Staatsarchiv unter Rep. 14 P. A. IX. 49e vorhanden; darnach kommt die Breslauer Zeitung hinsichtlich ihres Absatzes ständig an zweiter Stelle hinter der Schlesischen Zeitung, so in den Kreisen Reichenbach,[6]) Habelschwerdt[7]) (9 Exemplare), Mittelwalde[8]) (7 Exemplare), Militsch,[9]) Trebnitz[10]) und Ohlau[11]) (30 Exemplare). Im ganzen mochte die Auflage in der Provinz 2000 Exemplare nicht überschreiten. Während des August 1852, eines für die Zeitung an Mißgeschicken reichen Jahres, war sie auf die Ziffer 1994 herabgesunken; in Breslau selbst wurden 1206 Exemplare abgesetzt.[12])

1) St. A. a. a. O. vol. XXXVIII, 27. September 1851.
2) St. A. a. a. O. vol. XXXVIII, 8. November 1851.
3) St. A. a. a. O. 6. Dezember 1851.
4) St. A. a. a. O. 20. Dezember 1851.
5) St. A. a. a. O. 23. August 1851.
6) Bericht vom 17. Juli 1851.
7) Bericht vom 28. Mai 1851.
8) Bericht vom 28. Mai 1851.
9) Bericht vom 28. Mai 1851.
10) Bericht vom 5. August 1851.
11) Bericht vom 25. August 1851.
12) St. A. a. a. O. vol. XXXIX. 14. August 1852.

Die Zeitung erreichte also nur eine Gesamtauflage von 3200 Exemplaren, die im November auf 3250 gestiegen war,[1]) ein Beweis, daß sie mit ihrer Opposition gegen die Regierung, die in den Leitartikeln und noch mehr in ihren Lokalkorrespondenzen zum Ausdruck gelangte,[2]) in weiteren Kreisen wieder an Sympathien gewann. Die Wiederbelebung des Staatsrates hatte nämlich die Zeitung gleich im Anfang des neuen Jahres mit unverhohlenem Mißtrauen begrüßt und sie rundheraus eine Verletzung der Verfassung genannt, weil sich der Staatsrat als ein neuer Faktor der Gesetzgebung darstelle, dessen entscheidende Stimme schwerer wiegen würde als das entscheidende Votum der Kammern.[3])

Die Antwort auf diese unumwundene Mißtrauenserklärung erfolgte in einer Regierungsverfügung vom 11. Februar 1852, abgedruckt in der vom 14. Februar 1852 datierten Nummer der „Konservativen Zeitung für Schlesien", wonach künftig alle amtlichen Bekanntmachungen der Königlichen Regierung und der ihr untergeordneten Behörden außer dem Amtsblatt ausschließlich der Konservativen Zeitung zugehen sollten. Auch das Generalkommando des VI. Armeekorps boykottierte die oppositionellen Organe und monopolisierte das eben genannte Breslauer Regierungsblatt für alle Inserate.[4]) Die Breslauer Zeitung erklärte daraufhin, daß sie alle offiziellen Bekanntmachungen einfach schleunigst nachdrucken werde, infolgedessen also vor wie nach für die gehörige Verbreitung gesorgt sein würde. Diese Regierungsverfügung, die am 2. März noch einmal ausdrücklich eingeschärft wurde,[5]) war demnach ein Schlag ins Wasser. Der Polizeipräsident von Kehler aber, der die Verfolgung der Presse förmlich wie einen Sport betrieb, wußte die liberalen Zeitungen sehr wohl ganz empfindlich zu treffen, indem er denselben die ihnen sonst aus dem Präsidialbureau zugehenden polizeilichen Nachrichten über Verbrechen, Unglücksfälle, Bestrafungen etc. jetzt einfach entzog.[6]) Auf diese Schikane reagierten die Blätter insoweit, als man es nun unterließ, der Konservativen Zeitung fernerhin noch etwas nachzudrucken;[7]) die Erbitterung der Blätter wurde aber durch diese kleinliche Maßregel ganz bedeutend gesteigert, wofür man von jener Seite wieder damit quittierte, daß die No. 64 der Breslauer Zeitung vom 4. März wegen angeblicher Verhöhnung des Assoziationsgesetzes auf Grund des § 101 des Strafgesetzbuches beschlagnahmt wurde.[8])

Das Blatt ließ sich dadurch aber nicht weiter beirren und fuhr in seiner Opposition gegen die Regierung fort; namentlich die Artikel Friedrich Harkorts,[9]) welche durch die Chiffre

---

1) St. A. a. a. O. vol. XXXIX. 7. November 1852.
2) St. A. a. a. O. vol. XXXIX. 14. Februar 1852.
3) St. A. a. a. O. vol. XXXIX. 17. Januar 1852.
4) St. A. a. a. O. 28. Februar 1852.
5) St. A. a. a. O. 13. März 1852.
6) St. A. a. a. O. 28. Februar 1852.
7) St. A. a. a. O. 6. März 1852.
8) St. A. a. a. O. 6. März 1852.
9) Ueber seine Persönlichkeit vgl. Kaufmann, Politische Geschichte Deutschlands im Jahrhundert, S. 448 ff.

„Berlin † † †" erkennbar waren, zeichneten sich durch ihre Heftigkeit aus, gaben jedoch keine Veranlassung zu einer Wiederholung der Konfiskation,[1]) wie Kehler mit geheimem Groll berichtet. Seiner Meinung nach war die Breslauer Zeitung viel gefährlicher als die demokratische Oderzeitung, „weil sie auch die bessergesinnten Klassen fortwährend zu Mißtrauen anrege". Diese seine Ueberzeugung legte er auch nicht bloß schriftlich nieder, sondern brachte sie dem Verleger und gleichzeitigen Redakteur des Blattes gegenüber im Mai persönlich zum Ausdruck.[2]) Als nämlich Barth auf längere Zeit verreiste und in eigner Person dem Polizeipräsidenten davon Mitteilung machte, ließ sich von Kehler die Gelegenheit nicht entgehen, „ihm sehr ernstlich eine bessere Gattung[3]) der Breslauer Zeitung zu empfehlen".

Der Juni brachte mit dem Gesetz betreffs Erhebung einer Stempelsteuer auch unserm Blatte eine böse Ueberraschung, und um der mit jener Chikane beabsichtigten finanziellen Ruinierung zu entgehen, sah sich die Breslauer Zeitung schon im Juni genötigt, den vierteljährlichen Abonnementspreis um den Betrag der Stempelsteuer, 15 Sgr., zu erhöhen, sodaß er sich also für die Stadt Breslau auf 2 Tlr. belief und für auswärts incl. Porto 2 Tlr. 11 Sgr. 3 Pfg. betrug.[4])

Anfang August geriet die Breslauer Zeitung mit der Oderzeitung in eine erbitterte Preßfehde über die Verdienstlichkeit der Eigentlich-Konstitutionellen, die von der Demokratie sehr angezweifelt wurde. Der Streit endete schließlich damit, daß beide Teile sich vor einer Fusion zwischen Eigentlich-Konstitutionellen und Demokraten verwahrten.[5]) So führte das Blatt fast beständig eine recht gereizte Sprache, und Harkorts scharfe Feder trug in jenen Tagen auch nicht dazu bei, die Zeitung auf eine mildere, versöhnlichere Tonart zu stimmen. Einer seiner Artikel in No. 206 vom 30. Juli, in welchem für die nächsten Kammerwahlen eine ziemlich scharf gefaßte Warnung vor der Wahl der Gutsbesitzer ausgesprochen wurde, gab dem Polizeipräsidenten wieder einmal Gelegenheit, seinem Aerger darüber Ausdruck zu geben, daß er nicht einschreiten könne weil sich keine zuverlässige Handhabe zu einer gerichtlichen Verfolgung biete.[6]) Mit um so größerer Genugtuung berichtete er dafür am 17. Dezember 1852, „daß der Hauptmann a. D. und Gutsbesitzer Friedrich Wilhelm Harkort zu Wetter, Kr. Hagen in Westfalen, wegen öffentlicher Verhöhnung der Einrichtungen des Staates und Anordnungen der Obrigkeit durch das Erkenntnis zweiter Instanz des hiesigen Appellationsgerichts vom 23. Oktober d. J. mit einer Geldbuße von 20 Tlr. oder 1 Monat Gefängnis verurteilt worden sei."

---

1) St. A. a. a. O. 3. April 1852.
2) St. A. a. a. O. 22. Mai 1852.
3) Der Ausdruck klingt etwas sonderbar, steht aber in den Akten an der betreffenden Stelle.
4) St. A. a. a. O. 10. Juli 1852.
5) St. A. a. a. O. 7. August 1852.
6) St. A. a. a. O. 31. Juli 1852.

So war doch wenigstens Kehlers Demokratenriecherei nicht ganz ohne Erfolg gewesen, und bald suchte er im neuen Jahre 1853 an einem andren Mitarbeiter der Breslauer Zeitung, dem langjährigen Hilfsredakteur Dr. Weis, für sein Spürtalent ein Objekt. Doch Weis war wirklich eine politisch zu harmlose Natur, und der Polizeipräsident mußte sich daher bescheiden. „Dr. Weis“, so berichtet er am 9. April 1853,[1]) „gehörte früher halb und halb zur Demokratie und geriert sich jetzt als Eigentlich-Konstitutioneller. Seiner Gesinnung ist nicht zu trauen, aber ebenso wenig läßt sich von ihm die Teilnahme an Vorbereitungen zu einem Aufstande erwarten.“

Zur Erklärung des letzteren Passus möge hinzugefügt werden, daß wir uns hier grade in der Zeit der Angst der Reaktionäre vor einer Verschwörung oder einem Aufstande der geknebelten Volksmassen befinden. Diese blasse Gespensterfurcht hatte Ende März, Anfang April 1853 jene angebliche hochverräterische Verbindung in Berlin aufgespürt, infolgedessen sich Konfiskationen, Haussuchungen bei demokratischer Gesinnung verdächtigen Personen und Verhaftungen nur so einander jagten, alles vorgeblich Präservativmaßregeln gegen die drohende Umsturzbewegung, in Wirklichkeit aber mit dazu dienend, den Kreuzzeitungsmännern die Herrschaft mehr zu sichern. Die Breslauer Zeitung durchschaute das ganze Getriebe und würdigte dieses lächerliche Gebahren mit der gebührenden Geringschätzung, auch als ähnliche Vorfälle in London sich ereigneten. In Kehlers Augen war das freilich ein schweres Unrecht, und er schreibt ganz empört am 23. April 1853: „Ebensowie die hiesigen Zeitungen mit Ausschluß der Konservativen Zeitung kürzlich bemüht waren, die Wichtigkeit der in Berlin entdeckten hochverräterischen Verbindung nach Möglichkeit herabzusetzen, so wiederholt sich dasselbe jetzt inbetreff der bekannten Londoner Haussuchung. Insbesondere hat die Breslauer Zeitung in den Blättern vom 19. und 20. April ihren Haß gegen derartige Polizeimaßregeln ausgeschüttet. In dem ersten Blatte äußert sie: „Das Ereignis steht so sehr im Widerspruch mit den Sitten und Rechtsgewohnheiten Englands, daß wir auf die Veranlassung, den Rechtstitel und die Modalitäten seiner Vollstreckung fast ebenso neugierig als wir überzeugt sind, daß die Wirkung dieses Schrittes der Popularität des Kabinetts Aberdeen keinen Zuwachs verleihen wird. Alles ist erstaunlich an diesem Ereignis, sogar der Bericht darüber in der Times, welcher durchdrungen ist von einem Geiste polizeilicher Weltanschauung, wie man ihn aber nicht in den Spalten eines englisches Organs anzutreffen gewöhnt ist.“ “ Wenn die Redaktion der Breslauer Zeitung erst kürzlich in einer Beschwerde an den Herrn Oberpräsidenten sich auf ihre gute politische Haltung beruft, um wieder die Aufnahme offizieller Bekanntmachungen zu erhalten, so findet sich in vorstehendem wieder ein neuer Beweis, wie wenig sie den erbetenen Vorzug verdient.“

Die Zeitung traf am Ende des Jahres 1853 wirklich ganz ernstliche Anstalten zur reuigen Einkehr und zur Annahme „einer guten

[1]) St. A. a. a. O. vol. XL.

politischen Haltung" im Sinne des Polizeipräsidenten. Das Verschwinden der Konservativen Zeitung und damit einer lästigen Konkurrentin mochte zur Milderung des Tones beigetragen, vielleicht auch die Schicksale und Trübsale eines Oppositionsorganes wie die Neue Oderzeitung abschreckend gewirkt haben. Genug, wir finden am Schluß des Jahres der politischen Haltung der Zeitung Lob gespendet, während es noch am 9. Juli 1853 im Polizeibericht heißt: „Die Tätigkeit der Presse hat sich in neuerer Zeit vorzugsweise den orientalischen Angelegenheiten zugewandt, worin sie sich in Konjekturen erschöpft. Hierdurch wird dieselbe zwar von der inneren Politik einigermaßen abgezogen, doch benutzt sie häufig die Gelegenheit, die Stellung Preußens zu der orientalischen Frage zu beleuchten und dabei manche herbe Bemerkung über die Politik Preußens einfließen zu lassen. Hierbei zeichnet sich wiederum besonders die Breslauer Zeitung aus."

In das Lob, von dem wir vorhin gesprochen, mischt sich jedoch ein recht bitterer Tropfen, wenn wir lesen, wie man seitens der Behörde statt des von der Zeitung dargereichten kleinen Fingers gleich kräftig beide Hände zu packen und wieder fest zu verschnüren sucht. „Während die Breslauer Zeitung", sagt nämlich Kehler am 17. Dezember 1853, „seit ihrer letzten Verwarnung eine anerkennungswerte Mäßigung gezeigt und seither in der russisch-türkischen Frage ungehöriger Angriffe gegen befreundete Regierungen sich enthalten hat, findet sich in dem Leitartikel des Mittagsblattes vom 14. Dezember, No. 356, die höchst unpassende Bemerkung in Bezug auf die englische und französische Flotte, „„daß sie eine Rolle der Lächerlichkeit spiele, die allmählich den Charakter der Schimpflichkeit annehme."" Dem Königl. Regierungspräsidium geht hierüber eine besondere Anzeige zu." So endete dieses Jahr noch mit einer Denunziation wegen eines unparlamentarischen Ausdruckes, der nach unsrer heutigen Ansicht sogar ganz am Platze war. Chikanen und Repressalien hatte die Zeitung also auch dieses Jahr zu verzeichnen gehabt, worüber sie aber die wachsende Abonnentenzahl trösten konnte, die im November 1853[1]) um 300, also auf 3500 gestiegen war. Zu dieser Steigerung hatte eine technische Neuerung und Verbesserung auch ihren Teil beigetragen, nämlich das Erscheinen eines besonderen Mittagsblattes vom 1. Oktober 1853 an — seit dem 1. Januar 1850 erschien schon ein solches nach den Sonn- und Feiertagen[2]) — welches die des Morgens mit dem Berliner Schnellzug angekommenen Neuigkeiten brachte.

Im Februar des Jahres 1854 war abermals eine Zunahme der Abonnentenzahl um 50[3]) zu verzeichnen, im Dezember hatte es die Zeitung schließlich bis auf 3700 Leser gebracht.[4]) Die Aufregung und Spannung, welche der Krimkrieg hervorrief, und die entschieden russenfeindliche Gesinnung, welche die Zeitung auch in diesem

[1]) St. A. a. a. O. 5. November 1853.
[2]) Breslauer Zeitung, 1. Januar 1871.
[3]) St. A. a. a. O. vol. XLI, 25. Februar 1854.
[4]) St. A. a. a. O. vol. XLI, 3. Februar 1855.

Jahre an den Tag legte, führten ihr viele Leser zu. Im Mai gab der Wechsel im Kriegsministerium unserem Blatte Veranlassung, Besorgnisse über die künftige Haltung Preußens in der orientalischen Frage anzudeuten und namentlich die Befürchtung auszusprechen, daß auch der Ministerpräsident zurücktreten und Preußen sich dann an Rußland anschließen werde.[1]) Insbesondere machte sich in der Breslauer Zeitung auch die Stimme des Handelsstandes geltend, der das Heil Preußens in einem endgültigen Bruch mit Rußland sah und zur Rechtfertigung dieses Schrittes auf die verschlossenen Grenzen Rußlands und auf die ehemalige Blüte der Provinzen zur Zeit, wo die Grenzen noch nicht gesperrt waren, hinwies.[2]) Diese kriegerischen Töne verhallten aber bis zum September und machten einer regierungsfreundlichen Politik Platz.[3])

In diesem Monat wird auch der Zeitung wegen einer anderen, ganz merkwürdigen Angelegenheit viel Lob gespendet. Am 16. September 1854 berichtet nämlich der Polizeipräsident: „Die Redaktion der Breslauer Zeitung hat sich gegen mich infolge mehrfacher bei ihr eingereichter Petitionen bereit erklärt, von jetzt ab keine Heiratsgesuche mehr als der sittlichen Bedeutung der Ehe widersprechend aufzunehmen. Die übrigen Zeitungsredaktionen, an welche gleiche Petitionen ergangen sind, haben eine gleiche Erklärung nicht abgegeben. Es scheint überhaupt, als ob die Redaktion der Breslauer Zeitung ernstlich bemüht wäre, wieder das Vertrauen der Behörden zu gewinnen. In den politischen Fragen ist seit längerer Zeit eine anerkennungswerte Mäßigung bemerkbar." Daß sie im Oktober auf die Tartarennachricht von der Einnahme Sebastopols nicht wie alle anderen Breslauer Blätter hereinfiel, wird ihr ebenfalls hoch angerechnet,[4]) und wir sehen so jetzt allmählich ein freundschaftliches Verhältnis zwischen der Breslauer Zeitung und der Regierung sich anbahnen, das im Jahr 1855, in welches wir jetzt treten, zur engsten Alliierung führte.

Die Zeitung hatte das neue Quartal 1855 mit einer Leserzahl von 3725[5]) begonnen; ihre Mäßigung in der Opposition gegen die Regierung war dieselbe geblieben.[6]) Da trat am 1. April jener gewaltige Umschwung in der Tendenz der Zeitung ein durch ihren Uebergang in die Hände Karl Zäschmars, eines Neffen Barths. Der neue Verleger suchte seinem Unternehmen sofort die Gunst der Regierung zu gewinnen, indem er noch vor der förmlichen Uebernahme Ende März dem Polizeipräsidenten persönlich versicherte, „daß er die Tendenz der Breslauer Zeitung dem Interesse der Regierung besser anpassen werde, als das bisher geschehen;[7]) am 31. März 1855 konstatiert Kehler mit Genugtuung, daß dieses

1) St. A. a. a. O. 13. Mai 1854.
2) St. A. a. a. O. 17. Juni 1854.
3) St. A. a. a. O. 16. September 1854.
4) St. A. a. a. O. 14. Oktober 1854.
5) St. A. a. a. O. 3. Februar 1855.
6) St. A. a. a. O. 17. März 1855.
7) St. A. a. a. O. 24. März 1855.

Versprechen nicht ohne Erfüllung geblieben. „Die Breslauer Zeitung hat in der verflossenen Woche den Uebergang zu einer besseren politischen Richtung begonnen. Zäschmar hat mir die Zusicherung gegeben, daß, wenn er auch nicht auf einmal mit der ganzen Vergangenheit der Breslauer Zeitung brechen könne, da er hierdurch ihre Existenz gefährden würde, er doch die Zeitung nach und nach zu konservativeren Tendenzen hinüberführen werde. In den Artikeln „„Zur Situation"" in den No. 135, 139 und 145 ist hiermit bereits der Anfang gemacht, indem Zäschmar sich schon jetzt, noch vor Uebernahme der Zeitung, einen Einfluß in konservativem Sinn vorbehalten hat. Robert Bürkner bleibt Hauptmitarbeiter der Breslauer Zeitung; er hat jedoch bereits früher den Beweis geliefert, daß er ebensogut konservativ als demokratisch zu schreiben versteht."[1])

Zäschmar suchte sich jedoch nicht allein des Polizeipräsidenten, sondern auch der Gunst des Oberpräsidenten zu versichern, indem er durch ersteren an diesen die Bitte ergehen ließ, er möge die Zeitung den Landräten der Provinz empfehlen, da von deren Propaganda eine Vermehrung des Absatzes zu erhoffen sei; in Breslau selbst habe nämlich während des letzten Quartals die Leserzahl eine erhebliche Herabminderung erfahren infolge der feindlichen Bestrebungen des Handelsstandes."[2]) Der Bitte Zäschmars war man aber schon an höherer Stelle zuvorgekommen. Am 14. April 1855[3]) hatte der Minister von Westfalen bereits dem Oberpräsidenten Freiherrn von Schleinitz gegenüber in einem längeren Schreiben seiner Freude darüber Ausdruck gegegeben, „daß in der ganzen neueren Haltung der Breslauer Zeitung eine erfreuliche Umkehr zu einer besonnenen und gemäßigten Besprechung der öffentlichen Angelegenheiten eingetreten sei." Da nun gegenwärtig insbesondere die Aussicht auf die bevorstehenden Wahlen zur zweiten Kammer „die sorgfältigste Beachtung, Pflege und moralische Förderung guter Tendenzen in der Tagespresse doppelt dringend nahe lege" und anzunehmen wäre, daß die Partei der Gothaer, welche bisher einen maßgebenden Einfluß auf die Breslauer Zeitung ausgeübt habe, alles ins Werk setzen werde, um auch den neuen Besitzer für ihre Zwecke zu gewinnen, so sei dringend zu wünschen, daß „die anscheinend gouvernementalen Neigungen Zäschmars" alle mögliche Aufmunterung und Unterstützung fänden. Eine materielle Hilfe wäre ja wohl nicht bei den guten Verhältnissen des neuen Besitzers nötig: dagegen wäre es nötig, „einen gewissen moralisch stützenden Einfluß" auf ihn zu gewinnen und „aufmunternde Beziehungen" mit ihm anzuknüpfen. Bedeute es doch schon für die Wahlen einen großen Gewinn, wenn das Blatt „im allgemeinen" eine regierungsfreundliche Richtung in der inneren wie in der äußeren Politik einhielte, jemehr die teils regierungsfeindliche, teils zweideutige und unzuverlässige Haltung der anderen schlesischen Zeitungen zu Tage trete.

1) Vgl. seine Tätigkeit an der Oderzeitung.
2) Schles. Oberpräs.-Registr., Fach 1563, vol. II. datiert vom 19. November 1855.
3) Ebenda.

Schleinitz beeilte sich darauf[1]) dem Minister zu versichern, daß er Zäschmar „alle nur mögliche Unterstützung“ zugesagt habe. Da in einigen Tagen die landschaftlichen Generallandtage zusammen träten, so böte sich gleich Gelegenheit, im Interesse des neuen Besitzers zu wirken. Zugleich mache er auf den Drucker der Zeitung, den Buchdruckereibesitzer W. Friedrich, aufmerksam, einen den konservativen Kreisen angehörigen Mann, für den sich schon die achtbarsten Persönlichkeiten bei dem Oberpräsidium verwandt hätten, um ihm eine Auszeichnung zu erwirken. Die Verleihung einer solchen hätte früher bei der oppositionellen Haltung der Breslauer Zeitung nicht opportun geschienen, obgleich Friedrich freilich an der Redaktion des Blattes nicht beteiligt gewesen wäre. Aendere sich jetzt jedoch die Haltung der Zeitung permanent zum Besseren, so werde das Oberpräsidium nicht verfehlen, Friedrich für eine Dekoration vorzuschlagen.

Den Reigen der hohen Protektoren des Blattes in der Beamtenhierarchie schloß der Regierungspräsident von Breslau, Graf von Zedlitz-Trützschler, mit einem im November 1855 an den Oberpräsidenten gerichteten Gesuch,[2]) worin gleichfalls die Propaganda der Landräte als das beste Mittel angegeben wird, um das Publikum in der Provinz der Breslauer Zeitung zuzuwenden. Dieses halte nämlich noch immer aus alter Gewohnheit an der Schlesischen Zeitung fest, „die in Ermanglung eines besseren Blattes geraume Zeit hindurch notgedrungen für das beste Provinzblatt gelten mußte, deren Haltung aber auf das Prädikat eines in wahrhaft konservativem Sinne redigierten Blattes keineswegs Anspruch machen könne.“ Auch empfehle es sich, die Preußen im Auslande, so z. B. in Warschau, wo die Schlesische Zeitung eine ziemlich bedeutende Anzahl von Exemplaren absetze, durch das betreffende Konsulat darauf aufmerksam zu machen, daß „die Breslauer Zeitung gegenwärtig allein das Recht für konservativ und regierungsfreundlich zu gelten, für sich in Anspruch nehmen dürfe.“ Der Vermerk an diesem Gesuch: „Ist geschehen“ weist darauf hin, daß der Oberpräsident auch schon im Nachbarreich der Schlesischen Zeitung die Sympathien zu nehmen gesucht hatte.

Unmittelbar auf die Vorstellungen des Regierungspräsidenten hin entwarf nun Schleinitz ein Zirkular an die Landräte[3]), worin er sie ersuchte, „für die Verbreitung der Breslauer Zeitung nach Kräften zu wirken und den Kreis ihrer Leser zu erweitern.“ Selbstverständlich habe dies auf privatem Wege, nicht etwa durch Veröffentlichungen und Aufforderungen im Kreisblatte zu erfolgen.

Schon im Dezember fingen die Berichte der Landräte einzulaufen an.[4]) Manche nehmen nur kurz Notiz von dem Erlaß, wie die Aemter von Brieg und Striegau, andre bezweifeln sehr den

[1]) Schles. Oberpräs.-Reg. a. a. O., datiert vom 17. April 1855. Vgl. den Aktenanhang.

[2]) Schles. Oberpräs.-Reg. a. a. O., datiert v. 9. November 1855. Vgl. Aktenanhang.

[3]) Der Entwurf befindet sich auf den freigebliebenen Spalten des vorerwähnten Gesuchs. Vgl. Aktenanhang.

[4]) Schles. Oberpräs.-Reg. a. a. O. Vgl. Aktenanhang.

erhofften Erfolg, da, wie der Sprottauer Landrat bemerkt, der Rustikalstand, abgesehen von den wenigen Rittergutsbesitzern, fast gar keine Zeitungen halte oder sich doch nur auf kleinere Blätter beschränke, „die grade nur für seinen Wohnort und dessen nächste Umgebung einiges Interesse hätten."

Auch die wortreichen, ganz detaillierten Berichte des Freiherrn von Seherr-Thoss aus Pleß wissen nicht viel von Abonnentenzuwachs zu erzählen. Darnach rekrutieren sich die wenigen neuhinzugekommenen Leser aus den Beamten des Fürsten, die auf dessen „Wunsch bezw. Weisung" abonnierten, und einigen Gutsbesitzern sowie wenigen Personen in Pleß und Nicolai. Die breiteren Kreise aber, die der Landwirte und Gewerbetreibenden hielten nach wie vor an der Schlesischen Zeitung fest, „insbesondere wegen ihrer Inserate und Mitteilungen aus der Provinz." Ueberdies sei in seinem Kreise „eine höhere politische Anschauung" nur spärlich anzutreffen „auf Grund der niedrigen Bildungsstufe, auf welcher selbst der größte Teil solcher Personen stehe, die vermöge ihrer Geburt, ihres Besitzes, ihrer Stellung und sonstigen Verhältnisse einen höheren Platz in der Gesellschaft einnähmen."

Der Beuthener Landrat ließ gar den Erlaß des Oberpräsidenten in verkürzter Form lithographieren[1]) und verteilte davon 120 Exemplare an solche Personen, „von denen er annehmen konnte, daß sie ein Urteil und den nötigen Einfluß hätten." Doch auch sein Bericht klingt nicht allzu günstig. Kurz und gut, der ganze gewaltige Beamtenapparat hatte wenig Glück mit dem Abonnentenwerben, ja er konnte sogar nicht einmal die Zeitung auf dem Standpunkte des verflossenen Jahres halten, den sie im April eingenommen.[2]) Das Blatt verlor vielmehr im Juli 1855 noch Leser, sodaß Kehler sich zu der Klage veranlaßt fühlte;[3]) „Die Breslauer Zeitung fährt konsequent in ihrer guten Haltung fort, und es ist zu bedauern, daß ihr dies nicht schon äußere Vorteile inbetreff ihres Absatzes gebracht hat. Leider hat sich im gegenwärtigen Quartal, das aber immer das ungünstigste für die Zeitungen ist, die Zahl der Abonnenten nicht vermehrt, sondern um eine ganze Zahl von Lesern vermindert."

Erst im November erreichte sie ihre frühere Leserzahl in Höhe von 3725[4]) wieder, nachdem eine bedeutende technische Veränderung bezw. Verbesserung mit ihr vorgegangen war. Vom 1. Juli ab erschien nämlich die Zeitung in ihrem heutigen Format, was gleichzeitig eine größere Reichhaltigkeit des Inhaltes bedingte. Dies und das Eingehen der Neuen Oderzeitung am 1. Januar 1856 hätte eigentlich dem Blatte im neuen Jahr mehr Abonnenten zuführen sollen, allein sie blieb auf ihrem alten Standpunkt.[5]) Die konservative

---

1) Vgl. Aktenanhang.
2) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XLI. 28. April 1855.
3) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XLI. 21. Juli 1855.
4) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XLI. 3. November 1855.
5) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XLII. 2. Februar 1856.

Tendenz fand eben keinen Anklang bei dem Publikum, das in der Mitte der fünfziger Jahre aus seiner politischen Mattigkeit wiedererwachte.

Gehorsam fügte sich das Blatt allen Anordnungen Kehlers, der u. a. die Zeitung am 16. März gelegentlich des Todes Hinkeldeys „wohlmeinend verwarnte, um sie vor Ausschreitungen zu bewahren“;[1]) die Gnadensonne des Polizeipräsidiums, welche der Breslauer Zeitung nun schon so lange in heiterer, ungetrübter Helle lächelte, brachte allerdings dem Blatte sehr wenig reellen Gewinn, denn im Februar 1859 war es in seiner Leserzahl glücklich bis auf 3300 heruntergestiegen.[2]) Zäschmar sah nunmehr ein, daß er den größten Fehlgriff mit dem Experiment gemacht hatte, seinem Blatt zur möglichst ungelegenen Zeit die verhaßte reaktionäre Richtung zu geben. Die Folge war, daß er sich möglichst bald eines Unternehmens zu entledigen suchte, welches bei weiterer Protektion durch die Regierung sicher ein klägliches Ende nehmen mußte. Im Februar 1859[3]) fand sich auch ein Abnehmer in der Person des Buchhändlers und späteren Stadtrates Eduard Trewendt, der, von dem Schlesischen Bankverein finanziert, die Zeitung an sich brachte, um sie wieder in liberalem Sinne fortzuführen, „gehörte er doch zur Partei Molinari-Milde“. Am 1. April fand die offizielle Uebergabe des Blattes statt, an welchem merkwürdigerweise, freilich nicht mehr lange, der strengkonservative Robert Bürkner weiterwirkte,[4]) weil er ein geistreicher Publizist war sowie große Gewandtheit und Eleganz im Stil, besonders für das Feuilleton, besaß.

Das Jahr 1859 bot mit seinen schwierigen Verhältnissen der Zeitung bald wieder Gelegenheit, den früher gepflegten und so beliebten frischen Ton anzuschlagen und freimütig Farbe zu bekennen. Die öffentliche Stimmung war freilich in den Tagen des April noch eine sehr gedrückte, namentlich seitdem Rußlands Bündnis mit Frankreich von verschiedenen Seiten mit Bestimmtheit gemeldet worden war. Im allgemeinen besaß Oesterreich hier in Breslau geringe Sympathien. Seine frühere Haltung Preußen gegenüber, seine Undankbarkeit gegen Rußland, sein einstiges Sympathisieren mit Louis Napoleon, endlich auch seine innere Politik und vornehmlich das Konkordat hatten ihm sehr viele Herzen entfremdet; daß es nun den diplomatischen Bemühungen für Erhaltung des Friedens mit dem Schwerte eine Ende gesetzt hatte, war auch nicht geeignet gewesen, die Abneigung und das Mißtrauen gegen Oesterreich zu vermindern, obwohl sich nach und nach die Ueberzeugung verbreitete, daß das Kaiserreich durch längeres Zaudern seine Lage nicht verbessert, sondern nur verschlechtert haben würde. Noch allgemeiner aber und tiefer war das Mißtrauen gegen den Kaiser der Franzosen und die Besorgnis, daß er weitergehende Absichten gegen Deutschland hege, daß er, wenn er mit Oesterreich

[1]) St. A. a. a. O. 22. März 1856.
[2]) St. A. a. a. O. vol. XLIII. 12. Februar 1859.
[3]) Ebenda.
[4]) St. A. a. a. O. 2. April 1859.

fertig wäre und so Deutschland geschwächt hätte, Krieg um die Rheingrenze beginnen würde. Hieraus war der überall verbreitete Wunsch hervorgegangen, daß Deutschland auf alle Fälle gerüstet und wenigstens diesmal einig sein möchte; in Breslau fehlte es nicht an einer starken Kriegspartei, welche die Unterstützung Deutschlands gegen Frankreich für gerechtfertigt hielt und zu deren kriegerischen Politik die Breslauer Zeitung ganz und gar neigte. Bei dem zunehmenden Mißtrauen gegen die nationale und traditionelle Politik, zu welcher Napoleon sich auch in seinem Kriegsmanifest bekannte, machte die Ausdehnung der Kriegsbereitschaft Preußens einen beruhigenden Eindruck auf sie,[1]) und die schließlich erfolgte Maßregel der Mobilmachung fand ihr vollkommenstes Gutheißen.[2]) Desgleichen begrüßte sie auch im Juli 1860 mit Genugtuung das Armeereformprojekt und „äußerte sich darüber in verständigem und fügsamem Sinne".[3])

Hiermit hatte sie aber auch das letzte Mal ihre Regierungsfreundlichkeit manifestiert; fortan sollte Bürkner mit seinen strengkonservativen Ansichten nicht mehr durchdringen. Schon lange nämlich zeigte sich in der oft Widersprechendes bietenden Zeitung ein geheimer Kampf zwischen seiner Tendenz und der liberalen Richtung des neuen Verlegers Trewendt.[4]) Letzterer suchte nun den unhaltbaren Verhältnissen ein Ende zu machen. Robert Bürkner trat Anfang September 1860 „eine Erholungsreise" an,[5]) und in seiner Vertretung übernahm der alte Achtundvierziger Dr. Julius Stein, der mittlerweile vom Magistrat zur Erteilung von Privatunterricht konzessioniert worden war,[6]) die Redaktion. Sofort machte sich jetzt eine viel entschiedenere Sprache in den Artikeln geltend, und die Zeitung zeigte nun ein einheitlicheres Gepräge, weil Verleger und Chefredakteur in ihrer Parteifärbung vollständig harmonierten.[7])

Kurz nach dem Amtsantritt Steins konnte die Zeitung bereits mit ihrer liberalen Tendenz hervortreten anläßlich des Einfalls der sardinischen Truppen in den Kirchenstaat, den sie für vollständig gerechtfertigt hielt und über den sie offen ihre Freude aussprach. Auch machte sie sich wieder zum entschiedenen Organ der Handels- und Industriellenkreise und verfocht energisch deren Interessen, indem sie Anfang September gegen die Gewerbegesetzordnung Front machte und völlige Gewerbefreiheit verlangte.[8]) Im Verlauf des Jahres rückte die Breslauer Zeitung unter Steins Einfluß immer weiter nach links, so daß am 1. Dezember 1860 im Polizeibericht schließlich konstatiert werden, daß sie „zu den am weitesten vorgeschrittenen" gehöre.

---

[1]) St. A. a. a. O. 7. Mai 1859.
[2]) St. A. a. a. O. 18. Juni 1859.
[3]) St. A. a. a. O. 21. Juli 1860.
[4]) Breslauer Zeitung, 1. Januar 1870.
[5]) St. A. a. a. O. 1. September 1860.
[6]) St. A. a. a. O. Wie vorher.
[7]) St. A. a. a. O. 15. September 1860.
[8]) Ebenda.

C. Die Schlesische Chronik.

Die Geschichte der Breslauer Zeitung hat uns gezeigt, wie das junge Unternehmen unter der Aera Vaerst eine entschiedene Verbesserung erfuhr und die Reichhaltigkeit des Stoffes, damit aber auch das Interesse an der Zeitung wuchs. Vaerst fühlte sich deshalb wenige Jahre nach Schalls Tode bereits ermutigt, der Zeitung ein Beiblatt hinzuzufügen, um so den reichen Stoff besser gruppieren zu können.

Am 5. August 1835 kam er bei dem Oberpräsidenten von Merkel um die Konzession ein[1]) und bat zugleich, dieselbe auf seinen Mitredakteur Nimbs mitauszudehnen. 12 Wochen später, am 25. Oktober 1835,[2]) erhielt er auch vom Ministerium den zusagenden Bescheid auf sein Gesuch. Eigentlich war Vaerst bei der Gründung des Blattes nur eine vorgeschobene Persönlichkeit; denn hinter ihm stand als wirkliches Agens der spätere Eisenbahndirektor Friedrich Lewald, ein echter selfmademan.[3]) Zu Königsberg am 24. Juni 1794 geboren, widmete sich Lewald nach absolvierter Schulzeit der Oekonomie, trat aber bald in den Handel über und etablierte sich nach Reisen durch Rußland und ganz Deutschland 1816 in Breslau, wo er durch Teilnahme am öffentlichen Leben die Aufmerksamkeit der Behörden so auf sich lenkte, daß er 1822 zur Regulierung der indirekten Steuern Schlesiens auf mehrere Monate nach Berlin berufen wurde. Vielfach in Wort und Schrift sich mit den Steuerverhältnissen des Staates beschäftigend, erregten besonders seine Werke „Die Betrachtung des preußischen Staatshaushaltes für 1829“, „Breslaus Stadthaushalt 1829“ und ein „historisch-kritischer Beitrag zur Würdigung der Erfolge der preußischen Städteordnung 1835“ die allgemeinste Aufmerksamkeit. Lewald ist auch der eigentliche Schöpfer der Oberschlesischen Eisenbahn, als deren Spezialdirektor er eine rastlose Tätigkeit entwickelte, ohne darüber einseitig zu werden; denn die Breslauer Zeitung hat in ihm einen fleißigen Mitarbeiter auf national-ökonomischem Gebiet besessen. Er starb am 18. Januar 1858.[4])

Unter seiner Aegide erschien also am 1. Januar 1836 das neue Blättchen unter dem Titel „Schlesische Chronik, Organ für das Gesamtinteresse der Provinz“. Das Blatt suchte gleich im Anfange seinen Titel durch Artikel wie „Ueber die Teilnahme am öffentlichen Leben“, „Ueber die Schiedsmänner“ u. a. m.

---

1) Schles. Oberpräs.-Reg., Fach 1563, vol. I.
2) a. a. O.
3) Breslauer Zeitung, Jubiläumsausgabe 1900; vgl. auch Schlesische Zustände, Breslau 1840, S. 118/119.
4) Stein, Geschichte von Breslau, S. 573 u. 574.

zu rechtfertigen; mitunter finden sich aber auch recht eigentümliche Themata behandelt, so in No. 5 „Ueber einige Fehler der schlesischen Küche“, wahrscheinlich von Vaerst, der sich auch als Verfasser einer Gastronomie einen Namen gemacht hat.[1]) In No. 10 Jahrg. 1836 begegnen wir auch bereits einem Leitartikel aus Lewalds Feder über die Anlage einer Eisenbahn zwischen Breslau und Freiburg. Jedenfalls fand das Unternehmen allgemeinsten Beifall, wie aus den „Schlesischen Zuständen im ersten Jahrhundert der preußischen Herrschaft“ Breslau 1840, S. 117/118 hervorgeht. Es heißt da:

„Als sehr zeitgemäß bewährt sich die 1836 gegründete „Schlesische Chronik“, ein Beiblatt zur Breslauer Zeitung, das, seinem Zwecke nach zu einem Sprechplatz für die Gesamtinteressen der Provinz geworden, diese wirklich auf die mannigfachste Weise förderte. Wie durch ein Wunder hatten die Provinzialstädte plötzlich die fleißigsten Schreibfinger bekommen und schwatzten viel und bunt durcheinander; denn der Schlesier kann nichts auf dem Herzen behalten. Es entstand ein lebhafter geistiger Verkehr, wie er nie für die rein provinziellen Interessen insbesondere stattfinden konnte, solange es an einem geeigneten Organ dafür fehlte; denn die Zeitungen und eigentlichen Provinzialblätter gewährten nicht Raum genug, die letzteren brachten als Monatschrift die Mitteilung auch nicht rasch genug. Jedes Landstädtchen lieferte nun Korrespondenzartikel, bekam dadurch eine Art politisches Bewußtsein und Respekt vor sich selbst. Man fühlte sich geschmeichelt und hielt das charmante Blättchen mit, worin bisweilen etwas über das eine und andre Schöppenstädt zu hoffen war. Das Blättchen aber wurde dadurch sehr verbreitet, und es kam immermehr bunte Konversation in allen Formen, aus allen Gebieten hinein, aber alles echt schlesisch; natürlich war die Ober-Lausitz mit einbegriffen. In Darstellung und Berichtigung, in Vorschlag und Verbesserung, in Klage und Entgegnung, in Klatscherei, Kritik und Zank erschien freilich manch liebenswürdiges und manch fades, dummes Zeug, aber auch recht Gediegenes, recht Ehrenwertes.

Die besten einheimischen Federn arbeiteten mit für diese Chronik, und die Absicht der Herausgeber, die Schlesier zum Bewußtsein des öffentlichen Lebens und zur Teilnahme an demselben zu bringen, ist erreicht. Die „Schlesische Chronik“ muß wirklich ein verdienstliches Unternehmen genannt werden und kommt der Idee eines echten Volksblattes unter den provinziellen Organen am nächsten. Die mannigfachen Materialien, die hier durch zum Teil sehr achtungswerte Hände sich zusammenhäufen, machen es zu einem bequemen und sicheren Anhaltspunkt für den künftigen Statistiker und Geschichtsschreiber Schlesiens, der für seine Angaben sonst mitunter Bibliotheken durchsuchen müßte. Das öffentliche Leben der Provinz aber gewinnt dabei an Bedeutung durch Anerkennung des Verdienstlichen, durch Rüge der Mängel, durch

---

[1]) Breslauer Zeitung, 1. Januar 1870.

die Kontrolle der Verhältnisse überhaupt; andrerseits werden moralische und industriöse Interessen in dem Austausch der Meinungen zur Klarheit gebracht und gefördert. Es ist nicht zu berechnen, von welchem außerordentlichem Einflusse auf die allgemeine Bildung ein solches Blatt werden kann, wenn man bedenkt, daß unter Hunderten immer erst einer ein selbständiges Urteil zu haben sich getraut und der große Haufe sich gar zu gern eines Führers bedient. Da nach der Tendenz dieses Organs nun jede Ansicht aufgenommen wird, so dürfen selbst die Finsterlinge und Betbrüder mitsprechen wie die Freunde des Lichts und Rechts. Daher dringt bei dem Respekt des Volkes vor allem Gedruckten neben solchen Eulenstimmen auch das Wort der Wahrheit endlich siegreich an sein Ohr, und es ist um den Ideensauerteig der Jahrhunderte geschehen."

1842 trat Lewald von der Redaktion zurück, die an seiner Stelle Dr. Moritz Elsner übernahm. Da dieser in seinen „Erlebnissen" über seine Tätigkeit als Leiter der Schlesischen Chronik ganz ausführlich berichten wird, so wollen wir uns jetzt nur auf die daselbst nicht erwähnten Tatsachen beschränken.

Barth, der neue Teilhaber an der Breslauer Zeitung, hatte bald mit seinem weitausschauenden, praktischen Blick erkannt, von welchem Werte es für das sich immermehr einbürgernde Blatt — 1845 betrug seine Auflage ca. 1500 Exemplare[1]) — sein würde, wenn es dem Publikum außer fesselnden Artikeln auch die Möglichkeit des Inserierens böte. Auf sein diesbezügliches Gesuch an den Polizeipräsidenten von Heinke,[2]) welches dieser mit empfehlenden Worten an den Oberpräsidenten von Merkel weitergab, wurde ihm jedoch von letzterem ein kurzer, abschlägiger Bescheid zuteil.[3]) So war also dieser Plan, die Schlesische Chronik in größeren Flor zu bringen, mißglückt. Man gab aber die Hoffnung auf eine Hebung des Blattes nicht auf, und fünf Jahre später wurde denn auch wirklich ein „Abendblatt" als Beilage zur Chronik konzessioniert.[4]) Es erschien vom 1. März d. J. ab unter der Redaktion des Dr. Weiß, des Mitredakteurs an der Breslauer Zeitung, und brachte in nuce die neuesten Tagesnachrichten. Es teilte aber neun Monate später das Schicksal der Schlesischen Chronik, denn im Polizeibericht vom 10. November 1849[5]) heißt es: „Am 5. d. M. ist das konstitutionelle „„Breslauer Abendblatt"" wegen Mangel an Abnehmern eingegangen."

An dieser Stelle möge nun jetzt der Bericht Elsners über seine Tätigkeit als Redakteur der Schlesischen Chronik nachgeholt werden, der in dem schon früher erwähnten Manuskript „Erlebnisse von Dr. Moritz Elsner" (Elsneriana Fasc. 12) im 1. Teil, 2 Kapitel unter der Ueberschrift „Vormärzliche Preßzustände" enthalten ist. Elsner schreibt da S. 6 ff:

---

[1]) Deutscher Zeitungskatalog, Leipzig 1845.
[2]) Schles. Oberpräs.-Reg. Fach 1563, vol. I.
[3]) Schles. Oberpräs.-Reg., a. a. O. Vgl. Aktenanhang.
[4]) St. A. Rep. 14. P. A. IX. 55 a.
[5]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 531., vol. XXXVI.

Baron von Vaerst, Eigentümer und nomineller Redakteur der im Jahre 1820 gegründeten und im Verlag von Graß, Barth & Co. erscheinenden Breslauer Zeitung hatte sich 1835 die Konzession zur Schlesischen Chronik als Beiblatt der Breslauer Zeitung mit der Erlaubnis, wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags, auch auf eignes, von der Breslauer Zeitung unabhängiges Abonnement zu erscheinen, zu verschaffen gewußt, was ihm nicht gelungen sein würde, wenn er nicht als Hochkonservativer im Ministerium gut angeschrieben gewesen wäre. Dem damals noch nicht mit dem Doktortitel ausgestatteten Kandidaten Nimbs war die Konzession versagt worden, obgleich ihm niemand etwas Politisches, geschweige eine politische Parteinahme nachzuweisen vermochte. Man verfuhr damals mit der Erteilung von Zeitungskonzessionen wie heutzutage ja noch mit Konzessionen von Apotheken. Wie wäre damals an eine unabhängige Gründung von Zeitschriften zu denken gewesen! „Ich verweise Sie wegen der Zensur dieses Beiblattes an den Herrn Geh. Ober-Regierungsrat und Polizeipräsidenten Heinke," teilte unter dem 13. November 1835 der Oberpräsident von Merkel Herrn von Vaerst mit.

Bei aller Peinlichkeit war Heinke — als Polizeipräsident keineswegs beliebt — ein humaner Zensor, wie ich mehrfach zu erfahren Gelegenheit gehabt habe. Nahm er es doch, was damals kein andrer Zensor gewagt hätte, bei dem ersten feierlichen Einzug Friedrich Wilhelms IV. im Jahre 1841 auf seine Verantwortung das illustrierte Festexemplar der Breslauer Zeitung, ohne sein Imprimatur erscheinen zu lassen, nachdem ihm die Redaktion unter Zusicherung der strengsten Vorsicht und Wachsamkeit versichert hatte, daß sie mit der Herstellung dieser Festausgabe, in welcher die Schilderung der Festlichkeiten, Aufzüge, Illuminationen Aufnahme finden sollte, vor Mitternacht nicht fertig werden würde und deshalb auf das rechtzeitige Versenden und Erscheinen dieser Festausgabe am folgenden Morgen würde Verzicht leisten müssen, wenn dieselbe auch noch der langwierigen Durchsicht und Prüfung durch die Zensur zu unterstehen hätte. Heinke nahm in der Ueberzeugung, daß das frühzeitige Erscheinen der Festausgabe wegen ihres reichen Inhalts bei Hofe große Freude verursachen und im Publikum außerordentlich überraschen würde, das zensurlose Erscheinen dieser Nummer „auf seine Kappe" und erteilte, was außer der Redaktion niemand erfahren hat und auch nicht erfahren durfte, die Druckerlaubnis erst nach der Ausgabe der Zeitung. Heinke hat seine Gutmütigkeit nicht zu bereuen gehabt; denn die Mitglieder der Redaktion und die Berichterstatter befleißigten sich bis tief in die Nacht hinein der Durchsicht und Ausarbeitung der Artikel mit einer Skrupulosität und Vorsicht, welcher es der strengste Zensor nicht hätte gleichtun können.

Heinke war, wie gesagt, ein peinlicher, in vieler Beziehung kleinlicher Beamter, aber ein humaner Charakter, und man hat ihm sehr unrecht getan, als man im März 1848 seinen Namen denen anderer verhaßter Personen an der Staupsäule vor dem Rathaus beigesellte. Ein Urteil, das Heinke einmal als Zensor über einen

Zeitungsartikel fällte, verdient insofern besonderer Erwähnung, als es auf die Entwicklung der Breslauer Verhältnisse nicht ohne Einfluß geblieben ist.

In der Ausgabe der „Schlesischen Chronik“ vom 4. Oktober 1842 befindet sich von mir unter der Ueberschrift „Censur und inländische Presse“ ein Artikel, in welchem ich die Zensur derselben namentlich in Breslau einer sehr scharfen Kritik unterzog. Derselbe lautete:

„„Seit einiger Zeit lassen sich die Klagen, daß trotz der erleichterten Zensur in unsrer journalistischen Literatur keine erhebliche Wirkung zu spüren sei, immer allgemeiner vernehmen, und ausländische Zeitschriften behalten für die meisten, welche sich über inländische Vorfälle unterrichten wollen, noch immer den Vorzug. Wir könnten nun, da wir den Gegenstand selbst in einem vaterländischen Blatte zur Sprache bringen, die Sache mit der beliebten Versicherung kurz abmachen, daß man entweder auf einmal zuviel verlange oder mit den Verhältnissen der Publizistik nicht vertraut sei; wir könnten also die Klagen mit kurzen Worten ab- und zur Ruhe verweisen, wenn nur damit etwas geholfen wäre.

Das Prinzip der Oeffentlichkeit ist in ganz Deutschland zu weit durchgedrungen und hat sich mit allen unsren Gewohnheiten und Ansichten zu innig verbunden und assimiliert, als daß sich mit bloßen Behauptungen ohne Gründe und Beweise etwas ausrichten ließe. Demnach wollen wir die Gründe bringen, und zwar dafür, daß die Klagen zum größten Teile gerechtfertigt sind. Der Grund, weshalb unsre Zeitschriften mit wenig Ausnahmen noch immer nicht dasjenige, was das eigentliche Bewußtsein des Publikums bildet, zur Sprache bringen, liegt in der Gesinnungslosigkeit der Redaktionen, welche anstatt jetzt, wo es nicht nur erlaubt, sondern Pflicht ist darnach zu streben, daß die einheimische Presse Charakter bekommt, nichts Angelegentlicheres zu tun haben als nach Neuigkeiten von jeder ordentlichen Beschaffenheit zu jagen.

Diese Neuigkeiten werden aber wieder ebenso atomistisch und zufällig aneinandergereiht, als sie einlaufen, und es möchte wohl auch dem scharfsinnigsten Leser schwerfallen, in den meisten Fällen ein Urteil der Redaktionen darin zu entdecken. Das ist eben der auf unsern Redaktionen lastende Fluch, daß sie fast niemals nicht nur eine eigne Ansicht frei und offen aussprechen oder doch wenigstens ahnen lassen, sondern sogar wie absichtlich vermeiden und durch diese Gleichgültigkeit das Publikum daran gewöhnen, die miserabelsten, sich durch mehrere Spalten schleppenden Kleinigkeiten ebenfalls mit unverdienter Aufmerksamkeit zu behandeln. Darum zieht sich dann auch ein großer Teil des Publikums mit gerechter Indignation von unsern Journalen zurück; leider ist dies nicht der ungebildete Teil desselben. Ausländische Zeitungen erlangen das Uebergewicht und geben gewissermaßen den Ton an, wozu sie fast ein Recht haben, weil sie von den einheimischen mit gleicher Begierde ausgebeutet werden. Warum werden aber z. B. jetzt die Königsberger, die Rheinische Zeitung und viele andre auswärtige Blätter gelesen? Gewiß nicht darum allein, weil sie einer gewissen

Richtung folgen, sondern weil sie eine Meinung haben. Besitzt erst den Mut einer Meinung, und zwar einer männlichen, konsequenten Meinung, und ihr werdet sehen, daß auch in unseren Tagen kein Mensch zum Martyrer derselben wird! Ist es nicht eine Schmach, daß unsre Blätter die das meiste Aufsehen erregenden leitenden Artikel aus fremden Zeitungen entlehnen und sich nicht wenig auf die Courage einbilden, dieselben „„durch die Zensur gebracht"" zu haben, trotzdem diese durch das Imprimatur, welches sie ihnen erteilt, gewissermaßen zur Selbstproduktion auffordert! Oder sind etwa die Schlesische Ztg., die Königsberger Ztg. u. a. m. ein Freipaß für alle Gedanken, welche anderwärts sich selbständig nicht regen dürfen? Dies führt uns von selbst auf die wiederum in auswärtigen Blättern ertönenden Klagen, daß so oft und scheinbar ohne allen Grund gestrichen wird. Wüßte der Zensor nicht, daß es den Redaktionen eigentlich um den Inhalt blutwenig und nur um das Ausfüllen der Blätter oder höchstens um die Konkurrenz mit anderen Zeitschriften zu tun sei, dann würde sich die Sache gar bald anders gestalten. Das Verhältnis des Zensors zu den Redaktionen würde einen humaneren, handleren Charakter annehmen, sobald er überhaupt nur zu der Ueberzeugung gelangt wäre, daß sie eine wahrhafte, motivierte Gesinnung auszusprechen und zu betätigen den Mut hätten. Sprechen wir es mit einem Worte aus: Das Verhältnis würde sich auf Achtung gründen und das lesende Publikum nicht am schlechtesten dabei fahren! Werden erst die Redaktionen dahin gelangt sein, aus der Stimmung des Publikums (und dieses ist nicht bloß das Zeitungspublikum, welchem es um detaillierte Beschreibung von kleinstädtischen Festlichkeiten, Schmausereien u. dergl. zu tun ist) ein ernstliches, gewissenhaftes Studium zu machen, werden sie sich redlich und vorurteilsfrei bemühen, das Volk über das, was in ihm selbst bewußtlos gährt und in dieser dumpfen Unentschiedenheit oft genug die traurigsten Erscheinungen hervorbringt, aufzuklären, werden sie also wirklich Organe der öffentlichen Meinung, dann, aber auch nicht eher laßt uns von einer ›einheimischen Presse‹ reden!""

Nicht genug, daß diese Kritik, welche sich in dem Beiblatt der von derselben mitangegriffenen Breslauer Zeitung kurios und paradox genug ausnahm, unbeanstandet die Zensur passierte, begleitete Heinke dieselbe sogar in dem Zensurexemplar mit folgender Randbemerkung: „„Es wäre zu wünschen, daß diesen einsichtsvollen Worten ein Platz in den Zeitungen vergönnt würde, damit sie weitere Verbreitung erhielten. Es trifft den Nagel auf den Kopf.""

Als ich dem Dr. Stein, mit welchem ich in Gesellschaft zusammentraf, diese Randbemerkung zeigte, rief er aus: „„Heinke hat ganz recht! Die hiesigen Zeitungen taugen den Teufel. Ich werde sehen, daß ich auch Artikel in denselben anbringe."" Und so geschah es. Mein Artikel ist auf diese Weise Veranlassung gewesen, daß Dr. Stein, welcher hin und wieder für die „„Sächsischen Vaterlandsblätter"" schrieb, der Schlesischen Zeitung Artikel zukommen ließ, welche, weil gern gelesen, von derselben bereitwillig

aufgenommen wurden. Dr. Stein, bekanntlich Lehrer der Realschule am Zwinger, wurde nach und nach Hauptmitarbeiter der Schlesischen Zeitung und bildete sich auf diese Weise zum Journalisten aus, als welcher er später gleich mir seinen Unterhalt finden sollte. So bin ich gewissermaßen der Urheber seiner journalistischen Laufbahn durch einen Artikel gewesen, welchem die Zensur ein Wohlverhaltungszeugnis ausstellte, und Dr. Stein war wieder die Veranlassung, daß Möcke in die Redaktion der Schlesischen Ztg. aufgenommen wurde. An deren Spitze verblieb er bis in die siebziger Jahre, worauf er nach Hirschberg übersiedelte, um dort die Redaktion des in den Besitz einer Aktiengesellschaft übergegangenen „„Boten aus dem Riesengebirge““ zu übernehmen.

Von der unwürdigen und demütigenden Stellung, welche die Zeitungsredaktionen und Verleger den Zensoren gegenüber einnahmen, hat keine Vorstellung, wer nicht „„dabei gewesen ist““. Das war eine permanente Quälerei, oft für beide Teile, und nur zu häufig eine Schererei, wenn es die Redaktion mit beschränkten, mißtrauischen und vorurteilsvollen Zensoren zu tun hatte. Nachdem man sich von seiten der Redaktion alle Mühe gegeben hatte, alles, was etwa Anstoß erregen konnte, zu vermeiden und aus den von Korrespondenten und Mitarbeitern eingesandten oder in fremden Zeitungen enthaltenen Artikeln jeden verdächtig scheinenden Satz oder Ausdruck auszumerzen, mußte man nur allzuhäufig die Erfahrung machen, daß man noch nicht genug getan habe, und selbst wenn ein Artikel in Berlin oder anderwärts die Zensur passiert hatte, schützte dies in Breslau nicht vor dem Zensurstrich; denn ob ein Artikel Druckerlaubnis erlangen sollte oder nicht, war der Entscheidung und dem persönlichen Belieben des Zensors überlassen. Die Entscheidungen waren Ansichtssachen desselben, und unzählige Artikel und Korrespondenten, welche Berliner Zeitungen entlehnt werden sollten, wurden erbarmungslos gestrichen. An anderen Orten geschah natürlich dasselbe. Der Hergang, welcher bis zur Fertigstellung einer Zeitungsnummer stattfand, war folgender:

Nachdem die Redaktion die Artikel, Korrespondenzen usw. für die betreffende Nummer besorgt und zusammengestellt hatte, sowie der Inhalt mit Einschluß der ebenfalls zensurpflichtigen Inserate gesetzt worden war, wurde der so vorläufig fertiggestellte Druckbogen d. h. das Zensurexemplar durch den Zeitungsboten dem Zensor zur Prüfung überreicht und gelangte erst in die Setzerei zurück, nachdem der Zensor die Druckerlaubnis auf dem Zensurbogen schriftlich erteilt hatte. Doch so ging das nicht immer zu. Abgesehen davon, daß der Zensor seine Funktion im Nebenamt ausübte und nicht selten warten ließ, wurde die Druckerlaubnis nicht etwa für das Zensurexemplar, nicht etwa in Bausch und Bogen, sondern für jeden einzelnen Artikel, jeden einzelnen Satz und Ausdruck erteilt, sodaß der betreffende Zeitungsbogen oft schrecklich verstümmelt in die Redaktion und Setzerei zurückkehrte, wenn sich der Zensor zu vielen oder großen Zensurstrichen hatte verleiten lassen, denen vielleicht ganze Seiten und Spalten zum Opfer gefallen waren. Keiner der durchstrichenen Artikel oder einzelnen

Ausdrücke durfte in der der Zensur unterworfen gewesenen Zeitungsnummer erscheinen, obgleich dieselbe das Imprimatur erhalten hatte, und es war neue Not am Mann, die durch die Zensurstriche entstandenen Lücken mit Stoff, welcher ebenfalls erst die Zensur passieren mußte, auszufüllen. Man kann sich denken, mit welchen Segenswünschen in den Redaktionen und Setzereien des Herrn Zensor gedacht wurde, wenn sie vielleicht nach mehrstündigem Warten den Zensurbogen in so verstümmeltem Zustand wiedersahen und nun ein mühsames Flickwerk unternehmen mußten; denn wohl gemerkt, Zensurlücken durften von dem Leser nicht wahrgenommen werden, und wehe dem Redakteur, welcher sich unterstand, eine solche Lücke eigenmächtig auszufüllen.

So wurde ich einmal von dem Regierungsrat Schönfeld zur Verantwortung gezogen, weil ich mir erlaubt hatte in einem von ihm barbarisch zusammengestrichenen und dadurch unverständlich gemachten Artikel das Wörtchen „„die““ als Relativum einzuschalten, um einen einigermaßen leidlichen Sinn in dem Satze herzustellen. Es hätte nicht viel gefehlt, daß der Verleger des Blattes, Hermann Barth, amtlich verwarnt worden wäre, wenn ich nicht zu meiner Entschuldigung hätte geltend machen können, daß der Herr Zensor nirgends aufzufinden gewesen wäre, um vor der nicht länger aufzuschiebenden Drucklegung des Blattes seine Genehmigung zu erteilen. Er ließ es noch einmal gut sein, „„aber so etwas dürfe nicht mehr vorkommen““. Um der Gefahr, wegen der Ausfüllung von Zensurlücken in Verlegenheit zu geraten, vorzubeugen, pflegten vorsorgliche Redaktionen sich einen Vorrat bereits von dem zuständigen Zensor mit dem Imprimatur ausgestatteter Artikel anzulegen; aber auch die Erteilung solcher für mögliche Fälle erbetenen Zensuren hing nur von dem guten Willen des Zensors ab, da dieser nur zur Prüfung bereits gesetzter Druckexemplare verpflichtet war und die Durchsicht von Manuskripten ablehnen konnte. Und was für Gründe konnte ein Zensor für die Ablehnung der Druckerlaubnis geltend machen! So strich Herr von Schönfeld in der Chronik eine Abhandlung Hegels über „„die Oeffentlichkeit der Todesstrafe““, welche ich aus „„Hegels Leben““ von Rosenkranz aufgenommen hatte, „„weil die Aufnahme desselben ein Nachdruck sein würde““. Er ließ die Abhandlung nicht eher passieren, als bis mir Professor Rosenkranz auf meine Anfrage erwidert hatte, daß, da in dem Abdruck die Quelle, nämlich Hegels Biographie, angegeben sei, alle Kriterien des Nachdrucks fehlten, und er im Gegenteil sich über den Abdruck sehr freuen würde; denn diese herrlichen kleinen Sachen Hegels seien ganz dazu gemacht, fragmentarisch mitgeteilt zu werden. Das geschah im Januar 1847. Es hätte nur noch gefehlt, daß von Schönfeld nun die Druckerlaubnis aus einem andern Grunde verweigert hätte.

Doch nicht genug, daß die aufzunehmenden Artikel, Korrespondenzen, Inserate usw. dem Zensor vorgelegt werden mußten, um nach Form und Inhalt geprüft zu werden, auch der Name des Verfassers war auf dem Zensurexemplar zur möglichst zuverlässigen Information des Zensors zu nennen, gleichviel ob die Artikel öffentlich

erschienen oder nicht. Denn man denke, wie leicht konnte dem Zensor in einem Artikel, dessen Verfasser ihm unbekannt war, feine Heimtücke, verdächtige Anspielungen und Gesetzwidrigkeit entgehen, was nicht geschehen sein würde, wenn ihm der Verfasser als eine anrüchige, der Polizei verdächtige Persönlichkeit bekannt war. Ein Artikel, von dem Professor Steffens[1]) verfaßt, wurde von dem Zensor mit ganz anderem Vorurteil gelesen und behandelt, als wenn demselben als Verfasser Börne zur Seite stand. Daß sich unter solchen Umständen Redaktionen, wenn ihnen an der Aufnahme einer an sich unverfänglichen, aber interessanten Korrespondenz oder Abhandlung besonders viel gelegen war, zuweilen, freilich auf ihre Gefahr, der Kriegslist bedienten, statt des wirklichen einen fingierten Verfasser zu nennen, darf nicht wundernehmen, und ich glaube versichern zu können, daß in der Schlesischen Chronik gar mancher Artikel nicht erschienen sein würde, wenn dem Herrn von Schönfeld Wolff,[2]) nämlich der Kasematten-Wolff oder der Lehrer Wander[3]) aus Hirschberg als Verfasser bezeichnet worden wären.

Obgleich Beiblatt der zeitweise sehr regierungsfreundlichen, meist aber farblosen Breslauer Zeitung vertrat die Schlesische Chronik doch unter meiner faktischen Redaktion vom Januar 1842 bis zum Mai 1848 d. h. bis zu meiner Wahl und zu meinem Eintritt als Abgeordneter in das preußische Abgeordnetenhaus konsequent den Standpunkt des Liberalismus, soweit dies unter der Herrschaft der Zensur möglich war, namentlich unter dem Regierungsrat von Schönfeld seit dem November 1846, wo der Polizeipräsident von Heinke von dem Oberpräsidenten von Wedell dieses Amtes enthoben wurde. Zu den hauptsächlichsten und eifrigsten Mitarbeitern und Korrespondenten gehörten namentlich die Volksschullehrer der Provinz. Ein treuer Mitarbeiter des Blattes war auch der Lehrer Wiehl, welcher bei seiner Pensionierung in den achtziger Jahren wegen seiner Ablehnung des ihm zugedachten Allgemeinen Ehrenzeichens großes Aufsehen erregte und dadurch veranlaßte, daß verdiente Volksschullehrer fortan mit einer weniger bescheidenen Auszeichnung bedacht wurden. Schon damals gehörten die Volksschullehrer der Provinz zu den entschiedensten Literaten und trugen nicht wenig zur Vorbereitung der Schlesischen Chronik bei, welche es sich ihrerseits angelegen sein ließ, die Interessen des Gemeinde- und Volksschulwesens nach Kräften wahrzunehmen. Zu den treuesten Mitarbeitern gehörte der brave Kasematten-Wolff, welcher auch als Burschenschafter mein treuer Genosse und später auf der Festung Silberberg in derselben Kasematte, welche ich im Jahre 1838 einige Monate lang zu bewohnen hatte, mein Vorgänger gewesen war. So galt für ihn das Sprichwort: „Nomen est omen"; denn nicht von der Silberberger, sondern von der Breslauer, in der Kreuzstraße

[1]) Gemeint ist der aus der Geschichte der Freiheitskriege bekannte Professor der Physik an der Universität Breslau, Henrik Steffens.
[2]) Vgl. weiter unten und „Breslauer Zeitung".
[3]) Bekannt durch seinen enragierten Liberalismus.

gelegenen und als Arbeits- und Armenhaus benutzten Kasematte hat Wolff — in den fünfziger Jahren mit Marx, Engels, Freiligrath in London im intimsten Verkehr stehend — seinen Beinamen erhalten. Einen ehrlicheren und treuherzigeren Charakter und zugleich aufrichtigeren Sozialisten als Kasematten-Wolff dürfte es nicht leicht gegeben haben. Außer den Schul- und Kommunalangelegenheiten bildete in der Schlesischen Chronik auch die damals auftauchende gutsherrlich-bäuerliche Frage ein hervorragendes Thema, und es ist auch gar keine Frage, daß die Chronik im Jahre 1848 auf das Wahlresultat einen entschiedenen Einfluß ausübte; denn keine Provinz hat, wie dies auch Waldeck in einer Sitzung der Nationalversammlung ausdrücklich anerkannte, so zahlreich demokratische Abgeordnete gewählt wie die Provinz Schlesien.

Was die Breslauer Zeitung unterließ, holte die Schlesische Chronik häufig nach, und so beteiligte sie sich auch besonders an der liberalen Agitation, welche vormärzlich in den vierziger Jahren in den sog. Bahnhofsversammlungen ihren Ausdruck fanden. Nicht allein politische, sondern auch kirchliche Fragen wurden wie in diesen Versammlungen, so auch in der Chronik lebhaft besprochen, und David Schulz, Uhlich etc. gehörten zu den häufigst genannten Namen, welchen man in dem Blatte begegnete. So war denn auch die Schlesische Chronik das erste Blatt Schlesiens, welches im November 1844 den Brief Ronges an Bischof Arnoldi von Trier aus den „Sächsischen Vaterlandsblättern“ zum Abdruck brachte, was freilich nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht Heinke noch Zensor gewesen wäre. Erst nachdem die Chronik den Brief gebracht hatte, folgten die der Zensur des Herrn von Schönfeld unterstehenden beiden Zeitungen nach; denn sogar dieser Zensor mußte nachgeben, da eine Zeitlang die überaus populäre Rongesche Bewegung auch von der Regierung begünstigt wurde.

Mein auf eine längere Dauer berechneter Aufenthalt in Berlin hatte den Uebergang der Redaktion der „Chronik“ in die Hände des Dr. Weiß, Mitredakteurs der Breslauer Zeitung, zur Folge; doch die Tage des Blattes waren unter den sehr veränderten politischen und sozialen Umständen gezählt, sodaß es bereits im Jahre 1849 zu erscheinen aufhörte.“

D. Die konservative Zeitung für Schlesien.

Anläßlich der Geschichte der Schlesischen Ztg. während der Jahre 1852 und 1853 wurde schon mehrfach auf die Zeitung hingewiesen, die in den nachfolgenden Zeilen noch einmal von den Toten auferstehen soll. Kurz war nur ihr Dasein; doch während ihres kurzen Lebens lastete auf ihr das Odium, ein Werkzeug der reaktionären Regierung zu sein, und mit Hohn und Spott beladen ist sie daran zugrunde gegangen und früh ins Grab gewankt. Wollen wir zunächst die Vorgeschichte der Zeitung ins Auge fassen, so müssen wir in die Jahre 1851/52 zurückgehen.

In den Wahlkämpfen dieser Jahre hatte sich nämlich infolge des mehr und mehr zu Tage tretenden Oppositionsgeistes in Schlesien eine dritte staatserhaltende Partei neben den beiden schon bestehenden der Eigentlich- und Konservativ-Konstitutionellen gebildet, die Stein in seiner „Geschichte von Breslau", S. 510 ff. eine monarchisch-ritterschaftliche nennt nach den Hauptpunkten ihres Programms; Verwerfung des wahren sowohl wie des falschen Konstitutionalismus, weitestgehende Unterstützung des Ministeriums in allen Fragen, Annäherung an die Ansichten der Kreuzzeitung, Einräumung größerer politischer Bedeutung für den Großgrundbesitz.

Diese Partei, deren Anhänger sich meistens aus Großagrariern rekrutierten, hatte jedoch noch keine Vertretung in der öffentlichen Meinung durch irgendwelches Preßorgan, und sie beabsichtigte daher, „eine neue wirklich konservative Zeitung zu gründen," wie es in dem Polizeibericht vom 6. September 1851[1]) heißt, „da die Schlesische Zeitung seit etwa November v. J. als eine solche nicht mehr angesehen werden könne und das Bedürfnis einer Vertretung der konservativen Interessen in Schlesien nottue. Jedenfalls würde aber das Unternehmen mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und der ganzen moralischen Macht der Partei bedürfen. Der Dr. Hahn wolle zwar die Gründung dieser Zeitung übernehmen, aber die Redaktion nicht fortführen, und ein geeigneter Redakteur sei bis jetzt noch nicht gefunden. Man hoffe, daß die Versammlung der Schlesischen Provinzialstände das Projekt zur Reife bringen werde."

Der vorletzte Satz dieser Aeusserung wird erst verständlich, wenn wir erfahren, daß Dr. Ludwig Hahn, später Geheimer Ober-Regierungsrat und Leiter des Preßbureaus,[2]) seit dem Jahre 1848 an der Schlesischen Zeitung tätig gewesen war, deshalb also nicht gut dieser Zeitung als Redakteur eines Konkurrenzblattes entgegentreten konnte. Die Regierung nahm indessen die Sache sehr

1) St. A. Rep. 14. P. A. III. 531. vol. XXXVIII 6. September 1851.
2) 150. J. Schlesische Zeitung, S. 202.

energisch in die Hand. Am 29. August wurde ein „Entwurf zur Gründung einer Konservativen Zeitung für Schlesien" gedruckt, den der Regierungspräsident Graf von Zedlitz-Trützschler am 8. September mit einem Begleitschreiben den Landräten zuschickte.[1])

In den Eingangsworten des Programms wird zunächst betont, daß die Konservativen der Provinz kein öffentliches Organ mehr besäßen, seitdem die Schlesische Zeitung wiederum in liberale Opposition verfallen sei. Betrachtete daher die konservative Partei vorgenanntes Blatt noch länger als ihr Organ, so laufe sie Gefahr, „sich als beständige Gegnerin der Regierung zu bekunden und so alles Anrecht und alle Möglichkeit, irgend einmal auf die Beschlüsse der Regierung einen Einfluß zu üben, zu verlieren." Es sei höchste Zeit, diesem Uebelstande durch Gründung eines entschieden konservativen Blattes abzuhelfen, da das Bestehen eines solchen in Schlesien begründete Aussicht habe bei dem Vorwiegen des ländlichen Grundbesitzes „welcher durch seine ganze Stellung konservativ sei und seine Ueberzeugung in dieser Beziehung allseitig bewährt habe." Die Anerkennung der großen politischen Bedeutung dieses Standes, die Verbreitung dieses Gedankens, die Verteidigung und Förderung seiner politischen Rechte würden daher auch eine der ersten Aufgaben des Blattes bilden. Doch solle die neue Zeitung trotz der Betonung dieses ihres junkerlichen Standpunktes bestrebt sein, sich innerlich und äußerlich als Organ der gesamten konservativen Partei zu gerieren. In religiöser Hinsicht habe das Blatt einen entschieden orthodoxen Standpunkt zu vertreten, „um bei den ernsten Männern beider Konfessionen Vertrauen zu erwecken;" konfessionelle Polemik habe demnach auszuscheiden. Bei der Vertretung der konservativen Interessen, besonders auch in der Kommunalverwaltung Breslaus und der Provinzialstädte, müsse die Zeitung auf die Unterstützung der „offiziellen Kreise" rechnen können durch Ueberweisung gediegenen und reichlichen Materials, „durch Vermittelung einer weitverbreiteten Teilnahme" und intensive Zuweisung von Inseraten, den Hauptquell der Einnahmen. Das Blatt dürfe und könne jedoch keine Subvention von der Regierung annehmen, sollte es fähig sein, „mit voller moralischer Kraft die Partei zu vertreten."

Aehnlich lautenden Inhalts ist der den Entwürfen beigefügte Erlaß des Regierungspräsidenten an die Landräte. Er weist vor allem darauf hin, daß das Unternehmen zum Teil — besser wohl gesagt: zum größten Teil — durch seine Anregung hervorgerufen sei, da er es durch sein Amt und sein politisches Bewußtsein als eine gebotene, unzweifelhafte Pflicht anerkenne, die „wohlgesinnte Presse" positiv zu unterstützen, zumal in einem tüchtigen konservativen Provinzialorgan zugleich auch die kleineren Kreis- und Lokalblätter eine willkommene Stütze fänden. Er nähme bei den Landräten eine gleiche Ueberzeugung an und ersuche sie deshalb, zur Propagierung des Unternehmens die beigefügten Programme

---

[1]) Beides in St. A. Rep. 14. P. A. IX. 559. Vgl. Aktenanhang.

der neuen Zeitung nebst einer Abonnentenliste entweder durch Vertrauenspersonen oder mit einer diesbezüglichen Aufforderung versehen bei allen im Kreis befindlichen ernst konservativ Gesinnten zirkulieren zu lassen.

Auf diesen nicht mißzuverstehenden Wink von oben ließen es sich die Landräte nun sehr angelegen sein, für die neue Zeitung Propaganda zu machen. Sie stießen aber bereits schon auf starke Bedenken ob der Opportunität des Unternehmens, wie z. B. eine markante Stelle aus dem Brief des Pastors Thiel in Weigwitz an den Ohlauer Landrat von Dietlein beweist:[1])

— — „Sind die bewußten Konservativen zu so großen Geldopfern bereit oder auch zu ihnen fähig, als nötig sein werden, eine solche Zeitung nicht nur ein Jahr zu halten? Aber noch wichtiger ist die Frage: Wird die geistige Teilnahme groß genug sein? Soll eine Zeitung ihren Zweck erfüllen, so kann es nur durch das freie Zusammenwirken eines Kreises von Männern geschehen, die in der Gesinnung übereinstimmen, in dem Talent einander ergänzend Zeit, Zeug und Lust genug haben, die eigentlich geistige Arbeit der Hauptsache nach zu machen, sodaß der Redakteur nur der Hauptrotstift ist. Haben wir aber in einer schlesischen Stadt einen solchen Kreis? Oder soll die Redaktion die Hauptsache machen? Dann steht es gleich von Anfang an übel mit dem Blatt. Haben wir weiter in der Provinz hinreichend zahlreiche Volontairs für diesen Dienst? Oder sollen gemietete Korrespondenzler alles tun? Die Trägheit ist ja auch hier eine kaum zu überwindende.“ — — —

Auch Kehlers Worte lassen auf Schwierigkeiten schließen: „Bis jetzt scheint die Gründung der neuen Zeitung am hiesigen Ort noch keinen rechten Anklang zu finden, obwohl das Polizeipräsidium für die Verbreitung tätig ist.[2]) In den ersten Wochen des November fand endlich die Gründung dadurch ihren Abschluß, daß Dr. Hahn nach Berlin reiste, um einen Redakteur zu engagieren,[3]) der in der Person des Dr. Weisbrodt gefunden wurde.[4]) Die Verlagsbuchhandlung von Max u. Co. war nun imstande, dem Regierungspräsidenten das Unternehmen offiziell anzukündigen, um die Gewährung des Postdebits zu ersuchen und gleichzeitig einen Prospekt der neuen Zeitung zu überreichen.[5]) An den Rand des Gesuchs schrieb der Regierungspräsident sofort sein Placet und zugleich auch zur Empfehlung an die Oberpostdirektion, daß das Unternehmen auch in den Ministerialinstanzen zu Berlin allgemeine Teilnahme erwecke und darum jeder gesetzlich zulässigen Förderung und Begünstigung wert sei. Außerdem wurde noch einmal am 8. Dezember 1851 ein Zirkular[6]) an die Landräte geschickt mit der Aufforderung, daß sie entweder selbst oder durch zuverlässige Beamte ihrer

---

1) St. A. Rep. 14. P. A. IX. 55 q. Vgl. auch den Aktenanhang.
2) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 27. September 1851.
3) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 15. November 1851.
4) Stein, Geschichte von Breslau, S. 511.
5) St. A. Rep. 14. P. A. IX. 49 e.
6) St. A. Rep. 14. P. A. IX. 55 q.

Bureaus der Redaktion der Konservativen Zeitung von Zeit zu Zeit Mitteilungen über interessante und wichtige Vorkommnisse im Kreise mit möglichster Beschleunigung zugehen ließen und so das neue Blatt instand setzten, an Reichhaltigkeit und Zuverlässigkeit provinzieller Nachrichten es den übrigen Blättern zuvorzutun. Die Landräte hätten ferner die Konservative Zeitung als Offiziosus zu benutzen und für weitere Verbreitung des Blattes zu sorgen. Auch der Polizeipräsident erklärte, die neue Zeitung zu seinem Sprachrohr zu machen,[1]) und so erschien denn nach den umfassenden Vorbereitungen endlich am 1. Januar 1852 das Blatt zum erstenmal, mit einem ziemlich schwülstigen und im Grundton pessimistich gehaltenen Leitartikel unter der Ueberschrift „Was wir wollen," der sich im wesentlichen auf eine bloße Umschreibung der schon in dem Programm vom August aufgestellten Sätze beschränkt.

Die Aufnahme, welche die Zeitung fand, war trotz der vielen Reklame vor ihrem Erscheinen nicht besonders günstig, sowohl was die Zahl der Abonnenten als auch die Einsendung von Inseraten und die öffentliche Kritik anlangte, denn letztere, die in den Breslauer Blättern sich niederschlug, ignorierte die neue Konkurrentin einfach.[2]) In der zweiten Woche des Januar nahm die Konservative Zeitung Gelegenheit, ihre politische Richtung einmal rückhaltslos darzutun, zeigte aber dabei, wie ja auch zu erwarten, weiter nichts als servile Unterwürfigkeit der Regierung gegenüber.[3]) Im Februar wird ihr ob dieses Verhaltens reichlich Lob gespendet, zugleich aber auch bedauert, daß sie es in Breslau zu keiner grösseren Verbreitung bringen könne.[4]) Diesem Uebelstand wollte nun eine Regierungsverfügung vom 11. Februar abhelfen, nach welcher künftig alle amtlichen Bekanntmachungen außer dem Amtsblatt ihr allein zugehen sollten.[5]) Dies war eine taktisch sehr ungeschickte Maßregel; denn man brachte dadurch die anderen Zeitungen nur noch mehr gegen das Regierungsorgan auf, und sie schwiegen es jetzt gänzlich tot.[6]) Die Konservative Zeitung blieb also mit ihren ca. 1400 Abonnenten[7]) nach wie vor ohne jeden Einfluß.[8])

Der Regierungspräsident von Breslau erließ deshalb betreffs Propagierung der Zeitung eine neue Zirkularverfügung, in der, wenn auch versteckt, der empfindliche Abonnenten- und Inseratenmangel zugestanden wurde.[9]) Beiden abzuhelfen, die früheren Subskribenten auf die Erneuerung des Abonnements aufmerksam zu machen, alle „entschieden Konservativen" wiederholt für „die erfreuliche Entwickelung" des Unternehmens zu interessieren und zur Beteiligung aufzufordern, alles dies wurde abermals als Aufgabe der

---

[1]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII, 6. Dezember 1851.
[2]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXIX. 10. Januar 1852.
[3]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXIX. 17. Januar 1852.
[4]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXIX. 14. Februar 1852.
[5]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXIX. 14. Februar 1852.
[6]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXIX. 28. Februar 1852.
[7]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXIX. 21. Februar 1852.
[8]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXIX. 28. Februar 1852.
[9]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 55 q. Vgl. den Aktenanhang.

Landräte hingestellt. Der Erfolg dieser Verfügung war der, daß Kehler im April 1852[1]) schreiben mußte: „Der Absatz der Konservativen Zeitung ist im II. Quartal geringer als im I., wo manche künstliche Mittel zur Verbreitung angewandt wurden.“ Im August betrug ihre Auflage ganze 1030 Exemplare, wovon auf Breslau 243 und auf auswärts 787 entfielen.[2]) Diese Zahl ging im IV. Quartal auf 910 herunter,[3]) und es zeigte sich somit immer deutlicher, daß das Blatt an Atrophie litt.[4]) Im Mai 1853 war es bereits Stadtgeheimnis, daß die Konservative Zeitung eingehen werde, und am 28. Juni 1853 in No. 147 hielt sie sich selbst die Grabrede, wobei sie ein unumwundenes Sündenbekenntnis ablegte.

Die geringe Reichhaltigkeit des Stoffes sowie die wenig gediegene Bearbeitung desselben wird offen zugestanden, auch die bisweilen abstoßende Form der Polemik wird eingeräumt, sowie die oft zu wenig bewiesene Vorsicht und Rücksichtnahme bei Vertretung der schwierigen Stellung, welche die Zeitung zwischen den politischen und konfessionellen Fraktionen innerhalb der konservativen Partei selbst einzunehmen hatte. Hauptschuld an dem Eingehen der Zeitung wird ferner dem Mangel an publizistischen Kräften beigemessen, „da der überwiegend größte Teil der Literaten von Fach der liberalen oder demokratischen Partei angehöre und es nicht gelungen sei, auch nur eine kleine Anzahl von kundigen Mitarbeitern am hiesigen Orte zu gewinnen.“ Durch die Vertretung des ständisch-ritterschaftlichen Standpunktes habe sich überdies die Zeitung selbst im eigenen Lager viele Sympathien verscherzt und außerdem durch ihre Stellungnahme in manchen konfessionellen Streitigkeiten es ganz mit dem katholischen Teil der Bevölkerung verdorben. Alle Schwierigkeiten wären jedoch zu überwinden gewesen, „wenn nicht die unverzeihliche Indifferenz und Schlaffheit der eigenen Partei der Zeitung ihre Aufgabe verleidet hätte“ und sie diejenige moralische Unterstützung bei den Konservativen gefunden haben würde, die sie beanspruchen konnte.

Die Neue Oderzeitung konnte sich freilich mit manchem der Entschuldigungsgründe in dieser Leichenrede nicht recht einverstanden erklären und glaubte daher in ihrer No. 299 vom 1. Juli 1853 über die Konservative Zeitung noch ein hartes Totengericht halten zu müssen. Dem strengen Endurteil, zu dem sie gelangt, kann jedoch jeder beipflichten, der sich die Mühe gemacht hat, die drei Halbjahrbände der Konservativen Zeitung durchzugehen. Das Demokratenblatt schreibt:

„Die Zeitung taugte nichts, und darum konnte sie sich nicht halten. Schade um jeden Pfennig, der für sie ausgegeben worden ist, schade um die vergebliche Mühe, welche sich so viele um ihre Verbreitung und Unterstützung gegeben haben! Die Familienähnlichkeit der Artikel wurde nachgerade auch dem konservativsten

---

1) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXIX. 10. April 1852.
2) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol XXXIX. 14. August 1852.
3) St. A. Rep, 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXIX. 7. November 1852.
4) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XL. 7. Mai 1853.

Geschmack zuwider, besonders da es zuletzt immer deutlicher an den Tag kam, daß das ganze Unternehmen auf eine Sinekure für einige einzelne Personen hinauslaufe. Der Konservatismus wurde durch die Konservative Zeitung in ein wahres Lakaientum der politischen Gesinnung karrikiert, während die Schalheit und Armut an eigenen Gedanken ab und zu durch ein gelegentliches Denunzieren pikant gemacht werden sollte. Es sind uns schon viele schlechte Produkte der Journalistik durch die Hände gegangen, aber so durchgängig kläglich ist uns noch kein Blatt erschienen als

„die Konservative Zeitung für Schlesien".

E. Die Oderzeitung.

Das Gründungsjahr dieses Blattes fällt in die bewegteste Zeit der kirchlichen Aufregung der vierziger Jahre, als der Brief des Kaplans Ronge aus Laurahütte zu einer ungeahnten Abfallsbewegung in den deutschen Landen und zur Stiftung des Deutsch- oder Christkatholizismus geführt hatte. Heftig tobte in der Presse das Für und Wider um Ronge und sein Werk, ein Kampf, der besonders hier im Osten, dem Ausgangspunkt der ganzen Bewegung, eine recht schroffe Form annahm. Die schlesische Presse hat andauernd die Sache der Christkatholiken begünstigt, und insbesondere war es die mit der Breslauer Zeitung verbundene Schlesische Chronik unter Redaktion des Dr. Elsner,[1]) welche mit unermüdlicher Ausdauer manche Lanze für den Christkatholizismus brach und dafür mit dem Schlesischen Kirchenblatt, dem einzigen Organ der schlesischen Katholiken, in eine heftige Fehde geriet. Auch die Schlesische Zeitung führte in der Person ihres Mitarbeiters, des Realschullehrers Dr. Behnsch, einen gewandten Kämpen für den Christkatholizismus ins Feld.[2])

Diese Parteinahme der gesamten politischen Presse für Ronges Werk veranlaßte nun die schlesischen Katholiken zur Verteidigung der römisch-katholischen Kirche ebenfalls ein politisches Blatt zu gründen. Im Jahre 1845[3]) zeichneten deshalb 32 Männer aus dem adligen, geistlichen und Bürgerstand, alles strenge Anhänger der römisch-katholischen Kirche, ein Aktienkapital von 20000 Tlr., die Aktie zu 500 Tlr, um mit demselben eine politische Zeitung ihrer Farbe zu gründen. Schon am 31. August desselben Jahres erhielt der zum verantwortlichen Redakteur bestellte Dr. Kutzen,[4]) Dozent für Geschichte an der Universität Breslau, vom Minister des Innern die nachgesuchte Konzession,[5]) in welcher der Redaktion „die Ausschließung aller theologischen Streitfragen, Streitigkeiten und konfessionellen Polemik“ zur besonderen Pflicht gemacht ist. Man war also auch im Ministerium über den durchaus konfessionellen

---

1) Stein, Geschichte von Breslau, S. 217 ff.

2) Die Oderzeitung und das böse Gewissen ihrer Feinde. S. 20.

3) Geschichte einer Aktienzeitung, S. 4 ff.

4) Dr. Joseph Kutzen, gestorben am 14. Okt. 1877 zu Breslau, war in Frankenstein am 24. März 1800 geboren. Bis 1849 wirkte er an der Universität Breslau als Dozent für Geschichte, gab aber, infolge seiner reichen Heirat materiell unabhängig geworden, sein Amt auf und betrieb seine Studien fortan als Privatgelehrter. Schriftstellerisch hervorgetreten ist er mit den Werken „Perikles als Staatsmann in der gefahrvollsten Zeit seines Wirkens“, „Geschichte des preuß. Staates“ in 2 Bd., ferner mit den kriegshistorischen Monographien „Leuthen“, „Liegnitz“, „Kollin“ etc. Vgl. auch den Nekrolog in von Glasenapps Neuen Militärischen Blättern Jhrg. 1877, S. 369 ff. sowie Allg. Deutsche Biographie Bd. 17, S. 444.

5) St. A. Rep. 14, P. A. IX. 55e.

Charakter des neuen Unternehmens keinen Augenblick im Zweifel, und es muß deshalb der Versuch der Oderzeitungsredaktion, auf S. 15 ff. ihrer Broschüre als eigentlichen Zweck der Gründung lediglich die Opposition gegen liberale und radikale Tendenzen im politischen Leben hinzustellen, zurückgewiesen werden. Die ausgesprochen konservative Richtung des Blattes in politischer Hinsicht war erst eine Folge des strengen kirchlichen Konservatismus.

Professor Kutzen hatte augenscheinlich dem ganzen Unternehmen nur seinen Namen geliehen. Zu Mit- oder vielmehr eigentlichen Redakteuren[1]) waren engagiert für den politischen und leitenden Teil der ehemalige Referendar Rintel, aus Westfalen kommend, wo er durch Zeitschriftartikel und Flugschriften die Katholiken bis dahin zu vertreten bemüht gewesen war. Erst nach mehrfachen anderen vergeblichen Versuchen zur Gewinnung eines technischen Redakteurs war endlich die Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt worden.[2]) Für das Provinzielle und das Feuilleton wurde der ehemalige Referendar Bürkner gewonnen, der sich als belletristischer Schriftsteller schon einen Namen erworben hatte und zuletzt als Dramaturg in Königsberg tätig gewesen war. Aus Breslau gebürtig, seiner Konfession nach Katholik, hatte er in seiner Vaterstadt 1833—34 als Auskultator bei dem Stadtgericht gewirkt und war dann eine kurze Zeit Referendar bei der hiesigen Regierung, verließ aber aus besonderer Vorliebe für Kunst und Literatur seine Laufbahn, nach deren Aufgabe er Mitarbeiter verschiedener Zeitschriften wurde.[3])

Das in der ersten Nummer der **„Allgemeinen Oderzeitung"** vom 2. April 1846 erscheinende Programm vertrat „die Trias der germanischen Monarchie, des Rechtsstaates und der Parität der anerkannten Konfessionen",[4]) aber „sehr schwülstig und schwerfällig"[5]) und in durchaus ultrakonservativem Tone. Der Eiertanz, der betreffs der religiösen Fragen infolge der vom Minister auferlegten Beschränkung darin aufgeführt werden mußte, wirkt recht komisch. Den trocknen Juristen als Verfasser des Programms verrät die einseitige Betonung des Rechtsstandpunktes, doch sei es zu Rintels Ehre gleich hier gesagt, daß sein Stil in den späteren Leitartikeln viel frischer und klarer wird und er den eckigen, ängstlichen, an dem Buchstaben des Gesetzes haftenden Pandektenmenschen mehr und mehr und mit wirklich gutem Erfolge abzustreifen bemüht ist.

In allen auswärtigen Blättern und durch zahlreiche Ankündigungen war zur Pränumeration eingeladen worden, und in 2000 Exemplaren wurde die Zeitung für den ersten Bedarf abgedruckt,[6]) doch nur 950 Bestellungen gingen von auswärts ein, und etwa 300 Abonnenten kamen auf Breslau Alles in allem wurden

---

[1]) Gesch. einer Aktienzeitung S. 5.

[2]) Ebenda.

[3]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XL. 4. Juni 1853 „Verzeichnis derjenigen Schriftsteller und Zeitungskorrespondenten, welche der Umsturzpartei zugetan oder verdächtig sind". Vgl. den Aktenanhang.

[4]) Die Oderzeitung etc. S. 27.

[5]) Gesch. einer Aktienztg. S. 6.

[6]) Gesch. einer Aktienztg. S. 7.

also etwas über 1200 Exemplare abgesetzt. Zu den ersten und meisten Abonnenten des Blattes gehörte der katholische Klerus in der Provinz, dessen Organ zu werden die Zeitung durch ihre Tendenz sich berufen zeigte. Von den 900 Exemplaren, welche in die Provinz gingen, wurden an 700 von der Geistlichkeit und einigen aus dem „aristokratischen“ Adel gehalten, wie der Verfasser der „Geschichte einer Aktienzeitung“ auf S. 8 sagt, der unter diesem jedenfalls den schlesischen gutkatholischen Hochadel versteht. Die Hauptstadt hatte ihre 300 Abnehmer bei dem sich auch allgemein beteiligenden Klerus und durch die angestrengtesten Bemühungen der katholischen Inhaber von Kommanditen geworben,[1]) eine sehr kleine Anzahl, die sich nur daraus erklären läßt, daß ein großer Teil der hiesigen Katholiken dem Unternehmen gleichgültig, wenn nicht vielleicht wegen des doch zuweilen durchbrechenden polemischen Tones sogar voll Antipathie gegenüberstand.[2])

Um den durch den Mangel an Interesse im eigenen Lager entstandenen Ausfall an Abonnenten durch eine regere Teilnahme seitens der orthodoxen Protestanten zu decken, überließ nun das Blatt in seinem Rahmen auch mehrere Male der anderen Konfession das Wort zur Meinungsäußernng, zugleich in der Absicht, wie schon im Programm geäußert, um konfessionelle Fragen vom paritätischen Standpunkt zu beurteilen. So ist z. B. in No. 32 vom 12. Mai 1846 der Verfasser des Artikels „Die konservative Presse“ ausdrücklich als „evangelisch“ angeführt, und auch in No. 55 u. a. m. kommen Protestanten zur Diskussion. Diesem löblichen Usus, der viel zur gegenseitigen Verständigung beitragen konnte, bereitete indessen das katholische „Schlesische Kirchenblatt“, der Offiziosus der bischöflichen Kurie, ein schnelles Ende durch die in No. 25 vom 20. Juni 1846 enthaltene Drohung: „Wir möchten die Allgemeine Oderzeitung angelegentlichst warnen, daß sie nicht bei ihrem lobenswerten Eifer, den prinzipiellen oder Fundamentalgegensätzen entgegenzuwirken, an einer anderen Klippe scheitern, d. h. an einem verderblichen Indifferentismus inbetreff der zwischen den gläubigen Parteien obwaltenden Differenzen. Die Oderzeitung besitzt — — — in gewissem Grade schon das Vertrauen des katholischen Publikums, das ihr schon vor ihrem Entstehen entgegenkam und das sie nicht nötig hatte, sich erst mühsam zu erwerben. Dieses Vertrauen aber hat sie jedenfalls durch ihr Erscheinen nicht übertroffen, sie ist vielmehr unter den freilich hochgespannten Erwartungen der eifrigen Katholiken zurückgeblieben. — — — — Man erinnere sich, ehe es zu spät wird, an die allbekannte, stets und überall und unter allen Umständen sich bewährende Wahrheit, daß, wer es allen rechtmachen will, es zuletzt mit allen verderben wird.“

Wollte das Blatt also nicht Selbstmord begehen, so mußte es fernerhin Nichtkatholiken seine Spalten verschließen, was auch geschah.

---

[1]) Gesch. einer Aktienztg. S. 8.
[2]) Ebenda.

Das zweite Quartal 1846 brachte der Zeitung schon erhebliche Schwierigkeiten. Die Hoffnung, im katholischen Oberschlesien und der Grafschaft Glatz sich einen ausgedehnten Abnehmerkreis zu verschaffen, erwies sich als trügerisch, vielmehr war ein Rückgang zu verzeichnen, so daß die Leserzahl sich im ganzen auf ca. 1200 belief.[1]) Die geringe Verbreitung des Blattes wiederum entzog ihm das Vertrauen der Geschäftswelt, so daß auch die Insertion und damit die Haupteinnahme der Zeitung erheblich zurückging; durch Machinationen verschiedenster Art, durch Gewährung von Gratisinsertion an größere katholische Körperschaften, kostenloses Nachdrucken von Inseraten anderer Zeitungen usw. suchte man die Leser über dieses große Uebel hinwegzutäuschen, doch vergeblich; denn die Konkurrenzblätter kamen alsbald hinter diese Hauptschwäche des Blattes und deckten sie in der Oeffentlichkeit auf.[2]) Die Replik darauf vermied die Oderzeitung vorsichtigerweise, dem Anschein nach freilich, als ob sie eine Erwiderung unter ihrer Würde halte. Auch in der Broschüre „Die Oderzeitung und das böse Gewissen ihrer Feinde“, S. 28, vermeidet man es auf diesen wunden Punkt einzugehen und denkt alles damit getan zu haben, wenn man dort schreibt: „Es ist unter unserer Würde, über die Insertion Worte zu verlieren.“

So entpuppte sich die Oderzeitung immermehr als ein recht lebensschwaches Unternehmen, was auch die Tatsache demonstrierte, daß am Schluß des zweiten Quartals ihres Bestehens, also innerhalb 6 Monaten sich 30 Zentner = ca. 160000 Bogen Makulatur aufgehäuft hatten. Der Käufer dieses Papierwustes mußte freilich versprechen, ihn nach auswärts zu schaffen.[3]) Auch im dritten Quartal erfuhr die Abonnentenzahl keinen Zuwachs trotz der groß angelegten Einrichtung von Freiabonnements in den größeren Städten Schlesiens und der Nachbarländer.[4]) Die vor Schluß des Jahres 1846 stattfindende Generalversammlung der Aktionäre befaßte sich deshalb mit ernsten Erwägungen, wie dem unaufhörlichen Krebsgang des Unternehmens Einhalt zu gebieten sei. Man erhoffte dies durch das Einschlagen einer neuen frischeren Richtung zu erreichen, die sich zugleich mit einer Geldersparnis verbinden ließ, indem man nämlich den bisherigen politischen Redakteur Rintel als entbehrlich erachtete und die Redaktionsgeschäfte allein in der Hand Bürkners vereinigte.[5]) Letzterer, persönlich ohne bestimmte politische und kirchliche Gesinnung, schlug nun insofern eine neue Richtung ein, als er dem lokalen und provinziellen Teil der Zeitung eine grell polemische Färbung gab und vor feindseligen Klatschereien nicht zurückschreckte, um für die Zeitung Interesse zu erwecken und ihr Inserate zu verschaffen.[6])

---

[1]) Gesch. einer Aktienztg. S. 11.

[2]) Vgl. z. B. die Annoncen im Anzeigenteil des „Breslauer Anzeiger“, Jhrg. 1847, No. 28 u. 29.

[3]) Gesch. einer Aktienztg. S. 15.

[4]) Gesch. einer Aktienztg. S. 16.

[5]) Ebenda S. 18.

[6]) Elsneriana Fasc. 12: Erlebnisse von Dr. Moritz Elsner. III. Teil. 12. Kap. „Schicksale und Trübsale der Neuen Oderzeitung“ S. 1.

Daß dieses Verfahren nicht grade beitrug, der Zeitung die ohnehin geringen Sympathien zu erhalten, ist klar, und es mehrten sich die Stimmen, die ihr bei Fortsetzung ihres Gebarens als dem eines Revolverblattes ein baldiges Ende prophezeiten.[1] Auch die langatmige Erklärung und Verwahrung der Allgemeinen Oderzeitung gegen diese „Todesanzeigen“ in der Beilage der No. 74 vom 28. März 1847,[2] worin mit etwas gekünstelter Zuversicht „der Totgesagten ein umso längeres Leben“ versprochen wurde, konnte an den wenig erfreulichen Aussichten für die Zukunft nichts ändern. Der Gesamtabsatz überstieg mit geringen Abweichungen nie 1250—60 Exemplare, selbst im ersten Quartal des J. 1847 nicht, in welchem doch alle preußischen Zeitungen wegen des Vereinigten Landtags und der täglichen Nachrichten über die wachsende Not und ihre schweren Folgen bei weitem zahlreicher gehalten wurden.[3] Schlug man nun in dem Ausgabenkonto[4] der Oderzeitung die Druck- und Papierkosten jährlich auf 10—11 000 Tlr. an, die Honorare für Mitarbeiter auf ungefähr 2000 Rtlr., das Mithalten fast aller Zeitungen Deutschlands etc. auf 1000 Tlr., Postporto, Verwaltung der Redaktion, Expedition, Mieten etc. auf 2000 Tlr., so konnten als roher Ueberschlag an Ausgaben 16000 Tlr. jährlich gerechnet werden. Die Einnahmen von 1250 Exemplaren betrugen aber nach Abzug der Stempelgebühren und Rabatte noch nicht 5000 Tlr.,[5] an Insertionsgebühren kaum 2000 Tlr., sodaß roh geschätzt 7000 Tlr. Einnahmen 16000 Tlr. Ausgaben gegenüberstanden.

Redakteur und Verleger mußten, wenn sie so die Aktiva mit den Passiva verglichen, sich notgedrungen sagen, daß das Blatt in seiner dem Zeitgeist immermehr widerstrebenden Tendenz unmöglich noch länger fortbestehen könne. Auch Skandale und pikante Stadtneuigkeiten zogen eben nicht mehr, man mußte schon den neueren, frischeren Strömungen im politischen Leben Rechnung tragen und sich ihnen anzupassen suchen. Rintel, der trotz seines Ausscheidens aus der Redaktion als ständiger Leitartikler der politische Spiritus rector des Blattes geblieben war und der Zeitung durch seine eine umfassende Bildung und treffendes Urteil verratenden, oft freilich auch recht reaktionär und überkonservativ geschriebenen Artikel einen Rest von Ansehen erhalten hatte, nahm schon im August und September in drei Artikeln „über Italiens Lage“[6] einen bescheidenen Anlauf, um für den Konstitutionalismus zu plaidieren und sogar sich über die unhaltbaren Zustände im Kirchenstaat recht freimütig zu äußern. Rintels Sprache und seine Kritik der gegenwärtigen Verhältnisse in den Artikeln „Europa am Schlusse des Jahres 1847“ vom 1. und 6. Januar 1848 waren sehr

---

1) Vgl. z. B. im Inseratenteil der No. 29 des Breslauer Anzeigers vom 8. März 1847 das Inserat: „Wie die Allgem. Oderztg. aus dem letzten Loche pfeift.“

2) Ueberschrieben: Für Freund und Feind.

3) Gesch. einer Aktienztg. S. 26.

4) Ebenda S. 29.

5) Gesch. einer Aktienztg. S. 30.

6) Allgem. Oderztg. No. 199, 210 u. 211.

scharf, und so wurde allmählich zu der Wandlung übergeleitet, die das Sturmjahr 1848 auch in der Tendenz der Allgemeinen Oderzeitung hervorrief.

Die Pariser Februarrevolution sollte jedoch noch einmal für kurze Zeit eine Reaktion in der immermehr zunehmenden fortschrittlichen Richtung der Zeitung herbeiführen. Franz von Florencourt,[1]) der gefeierte Publizist, welcher früher immer wieder für die Forderungen des Liberalismus, namentlich für Konstitutionalismus und Preßfreiheit eingetreten war, wurde durch die Februarrevolution veranlaßt, jetzt gänzlich zur äußersten Rechten überzugehen. Diesen neuen Standpunkt vertrat er auch durch eine Artikelserie in der Oderzeitung;[2]) doch nicht lange sollte dieser Rückschlag in die alte konservative Richtung dauern, die Märzereignisse führten den vollständigen Umschwung herbei.

Zum Erstaunen des Publikums und zum Entsetzen des bisher verantwortlichen Redakteurs Kutzen[3]) ließen der faktische Redakteur Bürkner und der Verleger der Allgemeinen Oderzeitung eines schönen Nachmittags, am 20. März, ein Extrablatt erscheinen, in welchem die Ereignisse des 18. März 1848 mit den glühendsten Farben der Begeisterung geschildert wurden. Am 23. März erschien dann auch in der Zeitung eine von Prof. Dr. Kutzen, welcher vom 19. März seine Stellung als Redakteur mit der eines „Herausgeberrs" vertauscht hatte, von Robert Bürkner als Redakteur und Heinrich Richter als Verleger unterzeichnete Erklärung des Inhalts, daß „der von Westen her brausende Sturm" auch in den Prinzipien der Zeitung eine Wandlung von Grund aus hervorgerufen habe. Wer dem gewaltigen Umschwung jetzt noch entgegentreten wolle, der lade mit Recht auf sich den Ruf „eines hartnäckigen Leichenpflegers gewisser historischer Zustände," und darum solle „das neue Recht, aufgebaut auf der Grundlage umfassender staatsbürgerlicher Freiheit," fortan die Grundlage der Betrachtungen und Anschauungen des Blattes bilden.

Dieses erste Stadium der Parteinahme für die Märzbewegung, während dessen Bürkner als verantwortlicher Vertreter des Herausgebers Kutzen unterzeichnete, dauerte bis zum 15. Juni 1848, und die Allgemeine Oderzeitung verfolgte in dieser Zeit die neue Richtung mit solcher Energie, daß sich Professor Kutzen zum definitiven Rücktritt veranlaßt sah.[4]) Auch das Komitee der Aktionäre, die ja die Oderzeitung zu ganz anderen Zwecken ins Leben gerufen hatten, schritten ein und prozessierten gegen Bürkner bei den Breslauer Gerichten. Dieser wurde auch auf Grund seines Vertrages verurteilt, keine Leitartikel mehr ohne Genehmigung des

---

[1]) Allgemeine Deutsche Biographie, 1904, Bd. 48, S. 594 ff. Vgl. auch Salomon, Geschichte des deutschen Zeitungswesens, Bd. 3, Oldenburg u. Leipzig 1906, S. 380, S. 574, 581 u. 595.

[2]) Allgem. Oderztg. 1848, 5. März, No. 55 „Die neue Revolution in Frankreich", 7. März, No. 56 „Betrachtungen über die neueste Revolution in Frankreich", 10. März, No. 59, desgl. No. 61 u. 63.

[3]) E. M. S. 1.

[4]) E. M. S. 2.

Komitees in die Oderzeitung aufzunehmen.[1]) Bürkner appellierte zwar dagegen, wurde aber durch die zweite Instanz in den letzten Wochen des März 1849 abermals verurteilt.[2]) Dieses Vorgehen der Aktionäre gab das Signal zum offnen Bruch. Insgeheim hatten Bürkner und Richter schon alle Vorkehrungen zur Umwandlung der Zeitung getroffen, und letzterem war sogar schon am 2. Oktober 1848[3]) vom Oberpräsidenten die Erlaubnis zur Herausgabe des neuen Blattes erteilt worden, doch erst in No. 73 vom 27. März 1849 erschien zum erstenmal die Ankündigung der „**Neuen Oderzeitung**“, in der den Lesern die Weiterbefolgung des seit den Märztagen innegehaltenen Programms zugesichert wurde.

Die Neue Oderzeitung war jetzt offiziell das Organ der Demokraten geworden, wofür sie der Polizeipräsident von Kehler schon in seinem Bericht vom 1. Januar 1849[4]) gehalten hatte. Zweimal des Tages, als Morgenausgabe und Abendbulletin erschien sie nun, und der reichhaltigere Inhalt sowie wohl auch die Tendenz und der frische Stil der Zeitung — bekennt doch von Kehler selbst im Januar 1849,[5]) daß die demokratische Partei großenteils aus geübten Literaten bestehe, gewandter im Schreiben als die Konstitutionellen — steigerten ihre Leserzahl auf ca. 2000,[6]) obwohl zugleich mit dem neuen Regime auch eine Erhöhung des Abonnementspreises von 7½ Sgr. pro Exemplar und Quartal stattgefunden hatte.[7]) Bald aber sollte das neue Unternehmen eine recht unangenehme Störung, besser gesagt, lästige Beschränkung durch den vom 7. Mai bis 22. August über Breslau verhängten Belagerungszustand erfahren, der eine Folge der am 6. Mai stattgehabten Barrikadenkämpfe war.[8]) Während desselben unterlag die Zeitung der strengsten Ueberwachung, und Kehler drohte ihr sofortige Unterdrückung an, wenn sie fortfahre, „fast täglich den Versuch zu machen, die Unzufriedenheit und das Mißvergnügen gegen die staatlichen Verhältnisse und Anordnungen zu vermehren.“[9])

Der Ton dieser Verfügung ließ sehr wohl die Befürchtung zu, daß man dem radikalen Organ am liebsten gleich den Garaus gemacht hätte,[10]) wie wir es später sogar direkt ausgesprochen finden werden, und die Zeitung zog es deshalb vor, sich während jener Periode größter Zurückhaltung zu befleißigen.[11])

Noch während des Belagerungszustandes waren Mitglieder des hiesigen demokratischen Klubs und des demokratisch-konstitutionellen Vereins[12]) wiederholt zusammengetreten, um über die Gründung

1) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVI. 3. März 1849.
2) St. A. a. a. O. 24. März 1849.
3) Elsneriana Fasc. 26.
4) St. A. a. a. O.
5) St. A. a. a. O. 13. Januar 1849.
6) St. A. a. a. O. 7. Juli 1849.
7) Allgem. Oderztg. 28. März 1848, No. 74.
8) Stein, Gesch. von Breslau, S. 412 ff.
9) Elsneriana Fasc. 26.
10) E. M. S. 2.
11) St. A. a. a. O. 26. Mai 1849.
12) Näheres über beide bei Stein, S. 316 ff.

eines die Programme aller Fraktionen demokratischer Tendenz umfassenden Organs zu beraten.[1]) Man hatte von vornherein das Breslauer Demokratenblatt als zu letzterem Zweck geeignet gefunden, konnte sich indessen mit dem Verleger Richter über die Verkaufs- und Uebernahmebedingungen nicht einigen. Inzwischen hatte Leopold Freund, der Inhaber der bekannten hiesigen Verlagsanstalt, seine Dienste angeboten,[2]) aber aber man zögerte noch, sie anzunehmen und wollte erst durch ein von Dr. Elsner entworfenes Rundschreiben[3]) über die etwaigen Sympathien sich vergewissern, die das Unternehmen in demokratischen Kreisen finden würde. Ueberall zeigte sich guter Wille und Zustimmung,[4]) nur die Abgeordneten von Kirchmann aus Ratibor[5]) und Rodbertus[6]) äußerten ihre Bedenken, sagten zwar ihre Unterstützung zu, wiesen aber auf die großen, nicht in letzter Reihe pekuniären Schwierigkeiten hin, welche sich dem Unternehmen entgegenstellen würden.

Sie hatten nur zu sehr recht. Aus dem ganzen Plane, die Oderzeitung als Parteiunternehmen auf Aktien zu gründen, wurde nichts. So schleppte sich das Blatt unter der Ungunst der Verhältnisse, welche durch die in wenigen Monaten aufeinanderfolgenden Auflösungen der konstituierenden Versammlung und der oktroyierten zweiten Kammer noch verschlimmert wurden, bis Mitte September, wo dann den Interessenten aus der demokratischen Partei der inzwischen gefundene Ausweg durch einen gedruckten Prospekt[7]) angezeigt wurde. Danach war die Breslauer Demokratenpartei endlich mit Heinrich Richter einig geworden, daß die Neue Oderzeitung vom 1. Oktober 1849 an unter der Redaktion von Dr. Elsner und Dr. Stein als gemeinschaftliches Organ sämtlicher demokratischen Fraktionen auftreten und tätig sein solle. Literarische Kräfte bester Qualität wie von Unruh, von Kirchmann, Heinrich Simon, Behnsch, Rodbertus, Nees von Esenbeck, Uhlich u. a. würden bestrebt sein, die Neue Oderzeitung zum geistigen Mittelpunkt der Partei zu machen und durch sie die innigere Vereinigung der verschiedenen demokratischen Fraktionen anzustreben.

Indessen auch diese Verallgemeinerung und Erweiterung der Tendenz, die dem Blatt jetzt doch auch in früher fernstehenden Kreisen hätte willkommene Aufnahme bereiten sollen, bewirkte keinen Wandel zur Besserung, sondern die Zahl der Abonnenten, welche sich im Juli 1849 noch auf ca. 2000 belaufen hatte,[8]) sank im Anfang des 3. Quartals auf 1200,[9]) im November 1849 aber gar auf 950 herab,[10]) was aber auch noch zu hoch gegriffen gewesen

---

1) Elsneriana Fasc. 26.
2) Elsneriana Fasc. 26.
3) Elsneriana Fasc. 26.
4) E. M. S. 3.
5) Elsneriana Fasc. 26.
6) Elsneriana Fasc. 26.
7) Elsneriana Fasc. 26.
8) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 I. vol. XXXVI. 7. Juli 1849.
9) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 I. vol. XXXVI. 10. Nov. 1849.
10) Ebenda.

sein soll, denn dem Polizeipräsidenten von Kehler wurde berichtet, daß die wirkliche Anzahl der Abonnenten nur 6—700 betrage.[1]) Die Misere war jedenfalls recht groß, die Sympathien für das Blatt waren dagegen sehr schwach, und von seiten der Behörden wurde nun auch wegen der radikalen Richtung der Zeitung mit Repressalien vorgegangen. Den Einleitungsakkord stimmte das Kgl. Hofmarschallamt an, welches sich die weitere Zusendung des Blattes verbat.[2]) Bald machte sich auch das Preßgesetz vom 30. Juni in Verbindung mit dem Vereinsgesetz vom 29. Juni 1849 sehr unangenehm fühlbar. Unter allen Preßorganen Preußens genoß die Oderzeitung schon am 24. November 1849 die Auszeichnung, als erstes Blatt[3]) konfisziert zu werden. Kehler berichtet unter diesem Datum:

„Heute morgen endlich habe ich zum erstenmal die Neue Oderzeitung wegen eines sehr frechen, zum Umsturze unserer staatlichen Verhältnisse aufreizenden Artikels „Die Solidarität der Völker“ bei dem Verleger, Drucker, an den Ausgabestellen, auf der Post und in den öffentlichen Lokalen in Beschlag nehmen lassen, jedoch nur noch an 300 Exemplaren erlangen können, da die übrigen bereits ausgegeben waren.“

Schon am 13. Oktober 1849 hatte er darüber geklagt, daß, seit Stein und Elsner an der Redaktion des Blattes teilnähmen, die Artikel immer radikaler würden, und im Tone des Bedauerns hinzugefügt: „Zu einer gerichtlichen Verfolgung hat bisher noch kein zureichender Stoff vorgelegen.“ Das neue Jahr 1850 sollte ihm dazu reichlich Gelegenheit bieten.

Die Zeitung begann mit einer Vergrößerung des Formats[4]) dieses für sie so verhängnisvolle Jahr, das mit der im Januar erschienenen Königlichen Botschaft über die Verfassungsrevision und mit der Androhung der Preßbeschränkung bei dem Blatte Angst und Sorge ob des Kommenden hervorrief.[5]) Am 15. Februar wurde zum erstenmal im neuen Jahr das Morgenblatt der Oderzeitung beschlagnahmt,[6]) doch ließ sie sich dadurch in ihrer Richtung nicht beirren, die mehr und mehr sozialdemokratisch wurde, zumal seit Dr. Heilberg, der eigentliche Leiter der Arbeiterverbrüderung, an der Redaktion lebhaften Anteil nahm.[7]) Er gewann einen immer größeren Einfluß auf das Organ und seine radikale Tendenz,[8]) sodaß der Polizeipräsident von Woche zu Woche[9]) sehnsüchtig auf den von ihm bei der Regierung beantragten Ausweisungsbefehl für den unbequemen Demokraten wartete. In den letzten Wochen des Juni[10]) erschien endlich die Ordre, und am 24. d. M. mußte Dr. Heilberg

---

1) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53. i. vol. XXXVI. 24. Nov. 1849.
2) E. M. S. 3.
3) E. M. S. 2.
4) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 5. Januar 1850.
5) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 12. Januar 1850.
6) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 13. April 1850.
7) St. A. a. a. O. 27. April 1850.
8) St. A. a. a. O. 11. Mai 1850.
9) St. A. a. a. O. 25. Mai 1850.
10) St. A. a. a. O. 21. Juni 1850.

Breslau verlassen. Dies stellt bereits eine Szene aus der großen Tragikomödie dar, die mit der Preßverordnung vom 5. Juni 1850 begann. „Durch sie wurde die Verordnung vom 30, Juni 1849 „„ergänzt““, d. h. es wurde eine Reihe neuerer Beschränkungen eingeführt, der Post das Recht zur Ablehnung des Zeitungstransports eingeräumt, die Gewerbeordnung von 1845 mit ihren harten Satzungen für Presse und Buchhandel wieder hervorgeholt, dem Minister des Innern jede Art außerhalb des preußischen Staates erscheinender Druckschriften zu verbieten gestattet und die Kautionspflicht in weitem Umfange begründet. Die Regierung hatte sich bei Entwerfung der Verordnung vom 30. Juni 1849 auf dasjenige beschränkt, was sie für dringend geboten hielt. Sie glaubte jetzt viel weiter gehen zu müssen.“[1])

Dies trat ganz offenkundig in einem Passus zutage, den die am 9. Juni 1850 erschienenen „Erläuterungen zur Gewerbeordnung inbetreff der Buch- und Kunsthändler, Buch- und Steindrucker usw.“ enthielten. Es heißt da: „Besondere Aufmerksamkeit verdienen die vielfach in zerstörender Richtung wirkenden, für die unteren Klassen bestimmten kleineren Volksblätter. Wenn die Herausgeber derselben in ihrer auf Entsittlichung und Störung der Ruhe und Ordnung gerichteten Tätigkeit fortfahren, so darf ihnen wenigstens das dem Gesetz unterworfene Gewerbe das Mittel zur Verbreitung Ihrer verderblichen und irreleitenden Lehren nicht gewähren.“

Der Oderzeitung, die hierin auch miteinbegriffen war, sprangen in jener durch die Preßverordnung geschaffenen prekären Lage ihre Parteigänger bei, so daß aus deren freiwilligen Beiträgen und durch einige Anleihen die Kaution von 5000 Tlr. aufgebracht werden konnte.[2]) — Die Kautionsteller hatten freilich bei den mißlichen Verhältnissen der Zeitung noch um Mitte Oktober keinen Pfennig Zinsen für ihre Darlehen erhalten.[3]) — Daß das rigorose Vorgehen der Regierung zumal bei einem radikalen Organ ganz natürlich eine sehr erregte Sprache zeitigen mußte, erschien von Kehler als gar nicht so selbsverständlich, denn er führt ganz entrüstet „die leidenschaftlichen Ausfälle der Oderzeitung gegen das Preßgesetz“ an.[4]) Die unheilvolle Folge jener Philippiken zeigte sich gleich in der vom 1. Juli an erfolgenden Entziehung des Postdebits, womit der Zeitung geradezu eine Lebensader unterbunden wurde. Anstatt daß also wie bisher den Abonnenten die Zeitung durch die Post zugestellt wurde, mußten in den Städten der Provinz Kommanditen errichtet und ihnen durch Pakete, für welche der gewöhnliche Portosatz galt, oder unter Kreuzband die Exemplare zugesandt worden.

Jetzt galt es sich zu rühren, um die empfindlichen Folgen der Postdebitsentziehung nach Möglichkeit abzuschwächen. In No. 278 der Zeitung war schon ein Aufruf an alle Abonnenten ergangen, sich nach Kräften an der Eröffnung von Kommanditen

1) Friedrich Berner, Lehrbuch des deutschen Preßrechts, Leipzig 1876, S. 94.
2) E. M. S. 4.
3) St. A. a. a. O. vol. XXXVIII. 18. Oktober 1851.
4) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 8. u. 15. Juni 1850.

zu beteiligen, und man bewies auch wirklich in der demokratischen Partei ein so reges Interesse, daß die Zeitung in No. 297 in einer Erklärung „An die Freunde der unabhängigen Presse" bereits 63 Vertriebstellen in allen größeren Städten Schlesiens und Posens aufzählen und voll Genugtuung konstatieren konnte: — — — „Die Partei hat jetzt endlich ihre frühere Indolenz abgestreift und sich erinnert, daß Zusammenwirken und Konzentrierung der Kräfte jeden Angriff auf den freien Ausdruck der Gedanken vereitelt. Die Organe der Partei erweitern ihren Leserkreis; jeder bemüht sich zur Erhaltung des bedrohten Organs seiner Partei das Seinige beizutragen. Die Zusicherungen, die auch wir aus vielen Teilen der Provinz erhalten und noch erhalten werden, erhöhen unsern Mut."

Die letzten Sätze sind nicht etwa bramarbasierende Selbstvertröstungen, das beweisen die Aeußerungen von Kehlers, der die Erwartung ausspricht, daß „bei der großen Rührigkeit der demokratischen Partei und der ebenso großen Indolenz der konservativen Partei die Neue Oderzeitung einen bedeutenden Zuwachs erhalten werde, teils durch die persönlichen Bemühungen der Kolporteure, teils dadurch, daß manches der kleinen politischen Blätter infolge der Verordnung vom 5. Juni eingehen werde",[1]) und einige Wochen später[2]) schreibt er: „Die Redaktion der Neuen Oderzeitung strengt alle ihre Kräfte an, um die ihr durch die Entziehung des Postdebits entstandenen Nachteile auszugleichen. Sie hat hier am Orte 35 und in den anderen Städten der Provinz 65 Ausgabestellen errichtet, die zumeist alles dazu beitragen werden, dem Blatt eine möglichst große Verbreitung zu verschaffen." Einige Zeilen weiter tut er auch der technischen Veränderungen Erwähnung, die als Antwort auf die Preßbeschränkung im Erscheinen des Blattes stattgefunden hatten. „Nach wie vor erscheint von der Oderzeitung eine Morgenausgabe und ein Abendblatt, letzteres seit dem 1. Juli in verkleinertem Format, aber mit einem Feuilleton, das zeitgemäße Erzählungen und Novellen bringt. Das Abendblatt wird nachmittags gegen 4 Uhr ausgegeben, und die Morgenausgabe erhalte ich jetzt schon immer am Abend vorher. In technischer Beziehung ist diese Leistung der Buchdruckerei eine sehr tüchtige, da die des Abends mir zugehende Morgenausgabe bereits alle Blätter benutzt, welche ihr mit dem des Vormittags ankommenden Berliner Bahnzug ankommen."

Dieses Lob des Polizeipräsidenten gibt uns auch zugleich die Erklärung zu dem Aufschwung, von dem die Zeitung selbst spricht. Dem Blütezustande, den die Regierung wahrlich nicht hatte hervorrufen wollen, suchte man aber bald dadurch von seiten der Behörden entgegenzuwirken, daß man den Verleger noch durch die Zumutung[3]) belästigte, für die Uebernehmer von Kommanditen in den Provinzialstädten die buchhändleriche Konzession nachzuweisen, was bisher nirgends, namentlich nicht in Breslau verlangt worden war und auch nicht weiter verlangt wurde. Wie es in einer an den

---

[1]) St. A. a. a. O. 21. Juni 1850.
[2]) St. A. a. a. O. 6. Juli 1850.
[3]) E. M. S. 4.

Minister von Manteuffel von der Redaktion gerichteten Beschwerdeschrift[1]) heißt, ließ die Liegnitzer Regierung durch die Lokalbehörde geradezu die Verteilung der Oderzeitung durch Nichtkonzessionierte verbieten, indem sie laut Reskript vom 17. Juli in dem Debit derselben einen buchhändlerischen Verkehr erblickte, wozu es nach § 48 der Gewerbeordnung einer Regierungskonzession bedürfe; natürlich würde diese die Liegnitzer Regierung niemals erteilt haben: „Ja noch mehr," fährt die Beschwerdeschrift fort, „in Liegnitz ward unter dem 12. August durch den Magistrat den dortigen Buchhändlern ein Reskript der Regierung publiziert, welches sich auf das Verbot gewisser Bücher und Zeitungen beziehend mit den Worten schließt: „„Gleichzeitig teilen wir Ihnen mit, daß, falls der Vertrieb sowohl der vorstehenden wie auch solcher Tagesblätter, welche von der Bestellung durch die Post infolge des § 1 des Gesetzes vom 5. Juni ausgeschlossen worden sind, von Ihrer Buchhandlung ausgeführt werden, Sie sich nicht nur gerichtlichen Untersuchungen aussetzen, sondern auch die Fortsetzung des Betriebes und Verbreitung von Organen der Umsturzpartei Entziehung der Konzession zu gewärtigen haben."" Also," ruft die Redaktion aus, „den Nichtbuchhändlern wird der Vertrieb unserer Zeitung untersagt, so lange sie nicht konzessioniert sind. Den Buchhändlern wird mit der Entziehung der Konzession gedroht, wenn sie sich mit dem Vertrieb befassen."

Ob die Beschwerde der Redaktion der Neuen Oderzeitung etwas genützt hat, ist unbekannt, aber Tatsache ist es, daß diese Verordnung der Liegnitzer Regierung selbst damals, wo man sich an dergleichen gewöhnt haben konnte, großes Aufsehen erregte.[2]) Der Zeitung eine Kaution von 5000 Tlr. aufzuerlegen und nach Zahlung derselben sofort den Weg zu ihrer Verbreitung abzuschneiden, galt auch damals als eine Monstrosität, welche sich selbst für das Manteuffelsche Regiment nicht „schickte".

Unterdessen war schon wieder eine Beschlagnahmung erfolgt.[3]) Die Zeitung hatte in mehreren zusammenhängenden Artikeln über Schleswig-Holsteins Lage die Schilderung des Unglücks dieser Länder dazu benutzt, die preußische Regierung und die konservativen Parteien heftig zu befehden. Der Polizeipräsident fühlte sich daher veranlaßt, das Morgenblatt vom 27. Juli mit Beschlag zu belegen. Das Königliche Stadtgericht wollte jedoch diese Beschlagnahmung nicht bestätigen, weshalb der Staatsanwalt bei dem Appellationsgericht Beschwerde über die Zurückweisung der Anklage erhob, und der Kriminalsenat des Appellationsgerichts in Breslau erklärte auch wirklich die Saisierung des Blattes für gerechtfertigt.[4])

Einige Wochen später, am 20. September, stand der Herausgeber und Verleger der Zeitung Heinrich Richter selbst vor den Schranken des Schwurgerichts,[5]) um sich wegen Aufforderung zum

[1]) Wie oben, datiert vom 18. August 1850.
[2]) E. M. S. 4.
[3]) St. A. a. a. O. 3. August 1850.
[4]) St. A. a. a. O. 17. August 1850.
[5]) St. A. a. a. O. 21. September 1850.

Hochverrat zu verantworten. Veranlassung zur Anklage hatte der in No. 475 des Jahrganges 1849 befindliche, bereits früher erwähnte Artikel mit der Aufschrift „Die Solidarität der Völker" gegeben, worin zur Einigkeit der Völker als Schutzwehr gegen die Einigkeit der Fürsten und die von letzteren beabsichtigte Unterdrückung der Völker aufgerufen wurde. Auf die den Geschworenen vorgelegte Frage, ob der Angeklagte schuldig sei, den beantragten Artikel in die Neue Oderzeitung aufgenommen zu haben und ob dieser Artikel die Aufforderung zum gewaltsamen Umsturz der preußischen Verfassung enthalte, wurde von dieser das „Nicht schuldig" ausgesprochen.

Der ganze Prozeß beweist, wie gefährlich es in jener Zeit war, zur siebenten Großmacht zu gehören, doch nicht allein gefahrvoll, sondern auch große Aufopferungsfähigkeit beanspruchend, wovon Richter sich auch hatte wohl oder übel überzeugen müssen. Die Zeitung hatte bis jetzt ja nur Aufwendungen gefordert, und war man so weit, nun endlich die Zinsen aus den dazu verbrauchten Kapitalien ziehen zu können, so verschlangen widrige Zeiten wieder den winkenden Gewinn. Es darf uns deshalb nicht wundern, wenn Richter schon im Oktober 1850 für gänzlich zahlungsunfähig gehalten wird.[1]) Noch im Januar 1851[2]) erhält sich diese Meinung, ja Kehler glaubte sogar aus den steten Geldverlegenheiten Richters auf einen bevorstehenden Verkauf der Zeitung schließen zu können.[3])

Das Blatt trat also unter recht ungünstigen Auspizien ins neue Jahr und daher auch in recht gedrückter Stimmung. In den Polizeiberichten war man über die Ursachen dazu freilich anderer Ansicht. Es heißt da:[4]) „Die Neue Oderzeitung hat es sorgfältig vermieden, in neuerer Zeit Veranlassung zum polizeilichen Einschreiten gegen sie zu geben. Während sie früher sich in der Regel auf der äußersten Grenze des noch Erlaubten bewegte, öfters auch soweit ausschritt, daß sie sich Konfiskationen und Preßprozesse zuzog, hat sie neuerdings sich von den Klippen ferngehalten, an welchen sie hätte scheitern können. Diese größere Zurückhaltung ist m. E. sicherlich eine Folge der Verordnung vom 5. Juni vorigen Jahres. Die eine Konfiskation, welche ich bald nach dem Erscheinen der Verordnung vom 5. Juni verfügte, war für sie ein Memento mori, das sie sich hinlänglich zu Herzen nahm, um sich nicht wieder derselben Gefahr auszusetzen." Daß aber die Redaktion sich in Wirklichkeit an die Preßordonnanzen recht wenig kehrte, beweisen die grade in diesem Jahre so zahlreichen Konfiskationen, auf die wir noch zu sprechen kommen werden.

Das Hauptereignis dieses Jahres bildete für die Zeitung der Wechsel in der Person des Chefredakteurs. Diesen Posten, in letzter Zeit wohl eigentlich nur noch nominell, hatte Robert Bürkner

1) St. A. a. a. O. 19. Oktober 1850.
2) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 11. Januar 1851.
3) Ebenda.
4) Wie vorher.

bisher innegehabt, der vom 1. April an ausschied,[1]) um das Feuilleton der Breslauer Zeitung fortan zu redigieren. Bis zur Ankunft des neuen Chefredakteurs verwaltete sein Amt interimistisch der Verleger selbst, dem ein aus Berlin ausgewiesener Literat Hoffmann hierbei helfend zur Seite stand. Dieser hatte dem Polizeipräsidenten um eine Aufenthaltskarte für 6 Monate ersucht, um die ihm aufgetragenen Redaktionsgeschäfte führen zu können. Kehler aber weigerte sich dessen, „weil seine bisherige Tätigkeit für die Oderzeitung eine sehr aufregende gewesen sei."[2]) Am 20. April endlich trat der neue Chefredakteur sein Amt an.[3])

Jodocus Temme,[4]) geboren zu Lette im Kreise Wiedenbrück, hatte bis 1849 den Posten eines Appellationsgerichtsdirektors in Münster bekleidet. Da er als Abgeordneter dem Steuerverweigerungsbeschluß beigetreten war, wurde er am 27. Dezember 1848 auf Beschluß des Kriminalsenats zu Münster verhaftet. Am 29. Januar 1849 bereits wieder entlassen, warf sich Temme nach jener Maßregelung nun ganz in die Arme der demokratischen Partei. Da er einen Ruf als Rechtsgelehrter und belletristischer Schriftsteller genoß,[5]) außerdem auch das gegen ihn eingeleitete Verfahren ihm den Nimbus eines Parteimartyrers verlieh, so glaubte die Oderzeitung mit der Gewinnung seiner Person für den Posten des Chefredakteurs eine erstklassige Akquisition zu machen. Merkwürdig lautete der Bericht des Polizeipräsidenten über den Amtsantritt des neuen Redakteurs:[6]) „Temme hat sich mir bereits persönlich vorgestellt und mich gefragt, ob ihm die Niederlassung hierselbst gestattet werde, worauf ich ihm eröffnet habe, daß sein Antrag den Gesetzen gemäß geprüft werden würde. Ich werde übrigens außerstande sein, ihm die Niederlassung hierorts zu verweigern, da er arbeitsfähig ist und Subsistenzmittel nachweist."

Dem Publikum wurde der Redaktionswechsel kurz angezeigt ohne Beifügung eines Programms. Die großen Hoffnungen, die man auf Temme gesetzt hatten, erfüllten sich indessen nicht. Er war wohl Belletrist, aber nicht die publizistische Tagesarbeit gewöhnt, so daß die Oderzeitung manchmal schlecht geschriebene und unbedeutende Artikel brachte,[7]) und wenn Richter eine gute Vorsichtsmaßregel getroffen zu haben glaubte, indem er Temme als Juristen zum Redakteur bestellte, so hatte er sich auch hierin getäuscht, denn bereits in den ersten Wochen seiner Tätigkeit zog sich der neue Redakteur eine Anklage wegen Beleidigung des Ministeriums zu.[8])

Immermehr stellte sich das neue Engagement als ein recht gewagtes Experiment heraus. Die Zahl der Abonnenten nahm nicht

---

1) St. A. a. a. O. 12. April 1851.
2) Wie vorher.
3) St. A. a. a. O. 19. April 1851.
4) St. A. vol. XL. 4. Juni 1853.
5) E. M. S. 4.
6) St. A. a. a. O. vol. XXXVIII. 19. April 1851.
7) St. A. a. a. O. vol. XXXVIII. 10. Mai u. 10. Juni 1851.
8) St. A. a. a. O. vol. XXXVIII. 10. Mai 1851.

zu, und um das Interesse der Demokraten für das Organ nicht ganz zu verlieren, versandte daher die Redaktion am 30. Juni 1851 an alle Parteigenossen ein Zirkular, worin sie ihre Verdienste um die Partei nachdrücklichst hervorhob und entschiedenere Unterstützung durch regeres Abonnieren und Inserieren verlangte.[1] Selbst dieser Aufruf verfiel einer „gerichtlichen Rüge“,[2] weil er vor der Drucklegung dem Polizeipräsidenten nicht zur Genehmigung unterbreitet worden war.

Die Chikanen und mit ihnen die Beschlagnahmungen setzten nun wieder in ununterbrochener Folge ein. Am 1. August wurde das Abendblatt konfisziert, „weil es die freilich aus der Neuen Preußischen Zeitung entlehnte, aber in gehässiger Weise vorgebrachte angebliche Aeußerung der Schulkinder zu Bernstadt erzählte: „„Wenn es wieder losgehe, müsse der Landrat zuerst und danach der Oberpräsident gehängt werden!““ und weil hierin sowohl eine Beleidigung der genannten Beamten als auch eine Verhöhnung derjenigen Maßregel des Oberpräsidenten liege, welche zu dem Artikel Veranlassung gegeben habe und sich auf die Entfernung des Bildes des demokratischen und deshalb gemaßregelten Rektors Mätze aus der Schulstube beziehe.“[3]

Diese Konfiskation wurde jedoch vom Breslauer Königl. Stadtgericht und auch in der Rekursinstanz vom Appellationsgericht nicht bestätigt,[4] weil es denn doch als zu kraß erschien, wenn ein und dieselbe Nachricht, welche in der Kreuzzeitung, dem Organ der herrschenden Partei, stand, von der Oderzeitung, weil demokratisches Blatt, nicht aufgenommen werden durfte. In gleicher Weise verfuhr das Gericht einige Wochen später;[5] das Morgenblatt vom 27. August hatte die Rezension eines Kinkel-Albums enthalten, in welchem dem edlen Charakter Kinkels gegenüber auf die „Scheußlichkeiten“ hingewiesen wurde, die dieser zu erdulden gehabt hätte. Das Gericht mochte jedenfalls den beanstandeten Ausdruck nicht als zu sehr übertrieben und strafwürdig ansehen, denn es erkannte die Beschlagnahmung ebenfalls als nicht zu Recht bestehend an.

So war der Polizeipräsident schon zweimal desavouiert worden, und es galt nun für ihn die erlittene moralische Niederlage wieder wettzumachen. Ueber die Anstalten dazu berichtet er am 1. November 1851: „In der verflossenen Woche hat unter den hiesigen Zeitungen nur die Neue Oderzeitung zu besonderen Bemerkungen Anlaß gegeben. Sie bringt die genauesten Berichte über die Verherrlichung Kossuths in England und preist seine frühere Insurrektion als eine für das Wohl Ungarns gerechtfertigte Handlung. Ich habe mich daher mit dem Staatsanwalt darüber beraten, ob gegen den Redakteur der Oderzeitung der § 87 des Strafgesetzbuches zur Anwendung kommen kann, wonach derjenige strafbar

1) Elsneriana Fasc. 26.
2) St. A. a. a. O. 27. September 1851.
3) St. A. a. a. O. 2. August 1851.
4) St. A. a. a. O. 9. August 1851.
5) St. A. a. a. O. 30. August u. 4. Oktober 1851.

ist, welcher in den Gesetzen als Verbrechen oder Vergehen bezeichnete Handlungen durch öffentliche Rechtfertigung anpreist. Eine Verfolgung ist jedoch im vorliegenden Fall nicht zu begründen gewesen, weil die angepriesenen Handlungen Kossuths den preußischen Strafgesetzen nicht unterliegen. Die Neue Oderzeitung hat in ihren Leitartikeln schon seit langer Zeit zu einer neuen Revolution angereizt, indem sie

a) die jetzigen Zustände als unerträglich dahinstellt,
b) einen Sturm von außen in Aussicht stellt, sei es von Frankreich, Italien oder Ungarn (Kossuth),
c) die Hoffnung auf eine bewaffnete Intervention seitens der Franzosen oder Nordamerikaner erregt.

Hierfür lassen sich durch eine Zusammenstellung der betreffenden Artikel zahlreiche Belege bringen, wenn auch kein einzelner Artikel gleichzeitig alle diese Punkte umfaßt. Gleichwohl läßt sich auch hierauf, nach der Ansicht der Staatsanwaltschaft keine Anklage gründen, da die Artikel stets vorsichtig gefaßt sind und niemals eine Aufforderung zu unerlaubten Handlungen enthalten."

Der Ton des Bedauerns, der uns hier entgegenklingt, charakterisiert auch die Stellung Kehlers zur Presse überhaupt; zu seinem Inquisitoramt zeigt er sich durch diese Auslassung vollkommen geeignet.[1])

Die No. 509 vom 5. Dezember 1851 gab ihm endlich wieder einen Grund zum Einschreiten.[2]) In einem darin enthaltenen, vom 2. Dezember datierten Artikel war nämlich ein sekretiertes Ministerialreskript über die Absendung einiger Engländer nach dem Kontinent seitens des demokratischen Zentralagitationskomitees zu London mitgeteilt worden. Da dies nur durch einen Bruch der Amtsverschwiegenheit möglich war, wurde in der Redaktion sofort das Manuskript beschlagnahmt. Eine gerichtliche Verfolgung war aber nicht möglich, weil das Manuskript keine Namensunterschrift trug und Temme die Namhaftmachung des Einsenders verweigerte.

Daß alle diese Quälereien der Redaktion der Oderzeitung das Leben nicht grade leicht machten und ihre Mitglieder mehr als einmal ihrer Arbeit überdrüssig wurden, dürfte einleuchten, und wir können daher den Worten Kehlers im Polizeibericht vom 20. Dezember 1851 sehr wohl Glauben schenken: „Seit einem Jahr bereits erwartet man, daß die Oderzeitung eingehen werde." Von seiten der Behörden bezweckte man ja eigentlich auch nichts anderes, das beweisen die Chikanen, mit denen man, ganz abgesehen

---

[1]) Vgl. auch St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 1. vol. XXXVIII. 26. Juli 1851: Noch ist es nicht gelungen, die Oderzeitung auf Grund des neuen Strafgesetzbuches zu inkriminieren, da die Redaktion sehr vorsichtig zu Werke geht. Es steht nicht zu erwarten, daß sie über kurz oder lang die Strafbestimmungen des § 87: „Wer zum Ungehorsam gegen die Gesetze oder Verordnungen oder gegen die Anordnungen der Obrigkeit öffentlich auffordert oder anreizt etc." oder des § 101: Wer durch öffentliche Schmähungen oder Verhöhnungen die Einrichtungen des Staates oder die Anordnungen der Obrigkeit dem Hasse oder der Verachtung aussetzt etc." verfallen wird.

[2]) St. A. a. a. O. 6. Dez. 1851.

von den steten Konfiskationen, der Zeitung zusetzte. So entzog man dem Blatte im Oktober 1851[1]) die polizeilichen Bekanntmachungen über die damals in Breslau grassierende Cholera, wogegen die Zeitung mit Recht protestierte, weil die weiteste Verbreitung jener Nachrichten im allgemeinen Interesse höchst wünschenswert wäre. Da ihr trotz dieses Protestes auch fernerhin keine offiziellen Mitteilungen vom Polizeipräsidium zugingen, so erklärte die Redaktion,[2]) sie werde einfach die amtlichen Artikel über die Cholera nachdrucken, was sie auch anfangs mit dem Vermerke tat, die Nachrichten wären den anderen Zeitungen entnommen; später aber unterließ sie dies. Daß in dieser „Eigenmächtigkeit" weder Staatsanwalt noch Oberstaatsanwalt etwas Ungesetzliches erblickten und deshalb den Strafantrag des Polizeipräsidenten zurückwiesen, konstatiert dieser mit beleidigtem Erstaunen.[3]) Augenscheinlich war er ärgerlich darüber, daß man seitens der Gerichtsbehörden dieser seiner Erfindung, der Entziehung der Bekanntmachungen, so wenig Beifall zollte. Bemerkte er doch noch am 18. Oktober 1851 mit Genugtuung, „wie empfindlich der Zeitung die Entziehung der amtlichen Berichte sei". „Es wäre nur zu wünschen", fährt er fort, „daß diese Maßregel möglichst allgemein würde. Noch immer bringt die Oderzeitung eine Menge gerichtlicher Inserate, die aber gewiß auf den Antrag der Parteien ihr zugehen. Ebenso veröffentlicht der hiesige Magistrat alle seine Bekanntmachungen außer durch die Schlesische und Breslauer Zeitung auch durch die Oderzeitung. Hierdurch wird es dem Verleger noch immer möglich, die Zeitung forterscheinen zu lassen, wenngleich dieselbe andererseits keinen bedeutenden Reinertrag gewähren kann." Am 8. November 1851 berichtet er über den Erfolg seines Verfahrens weiter:

„Meine öffentlichen Bekanntmachungen, welche ich der Schlesischen und Breslauer Zeitung zugehen lasse, werden von der Oderzeitung jetzt fast sämtlich nachgedruckt. Mit anderen Inseraten von Behörden mag sie es ebenso machen, und daher mag es kommen, daß sie noch immer viel Bekanntmachungen von Behörden enthält. Im ganzen aber sind ihre Inserate im Vergleich zu den beiden anderen Zeitungen nur spärlich, da auch die meisten Gewerbetreibenden sich nur der letzteren bedienen."

Dieser Passus hatte seine Richtigkeit, denn die beiden Konkurrentinnen hatten infolge ihres längeren Bestehens sich mehr einbürgern und das Monopol für die Inserate an sich bringen können.

Natürlich blieben alle diese Schwierigkeiten im Innern und Repressalien von außen nicht ohne Einfluß auf die Abonnentenzahl. Sie hatte sich ja wohl im August 1851 wieder auf ca. 2000 gehoben,[4]) wovon gegen 500 auf Breslau entfielen;[5])

[1]) St, A, a. a. O. 18. Oktober 1851.
[2]) St. A. a. a. O. 25. Oktober 1851.
[3]) Wie vorher.
[4]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 23. August 1851.
[5]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 30. August 1851.

auf dieser Höhe aber blieb sie stehen, denn im Dezember desselben Jahres hatte das Morgenblatt 800, das Abendblatt 1200 Abonnenten.[1]) Diese verteilten sich meistens auf die größeren Städte der Provinz; auf dem flachen Lande zählte das Blatt nur wenig Abonnenten, so deren nur 20 im ganzen Ohlauer Kreise.[2]) Als Grund ihrer Verbreitung unter der Landbevölkerung gibt der dortige Landrat einen ganz merkwürdigen Grund an: „Die Oderzeitung war schon vor dem Jahre 1848 namentlich in den katholischen Dörfern durch die Geistlichen verbreitet worden, welche sie öfters mit den notableren bäuerlichen Besitzern gemeinschaftlich hielten, welch letztere aber, nachdem jene sich davon losgesagt, zum Teil auch bis jetzt noch die Lektüre dieser Zeitung fortsetzen, in welcher sie einmal die Verfechterin Ihrer Interessen gefunden hatten."

Werfen wir noch einmal einen Blick auf das Jahr 1851, so müssen wir zugeben, daß die Aera Temme bis jetzt der Zeitung die erhofften Vorteile nicht gebracht hatte. Der neue Chefredakteur gab sich wohl alle Mühe und machte auch wirklich in der Publizistik Fortschritte unter der Leitung seines Mitarbeiters Dr. Stein.[3]) Hauptsächlich war es aber doch dessen journalistischem Talent und dem des Dr. Elsner zu verdanken, daß das Blatt „zu den unbedingt am geistvollsten geschriebenen unter den Breslauer Zeitungen gehörte".[4]) Diese beiden fähigen Journalisten hielten die Zeitung nur noch allein über Wasser und erhielten so der demokratischen Partei ihr Organ, das von ihr freilich auch reichlich durch Subsidien unterstützt werden mußte,[5]) denn die bezahlten Inserate schwanden[5*]) allmählich auch so dahin wie die Abonnenten. So konnte Kehler mit Recht im Februar des neuen Jahres 1852 von „einem kümmerlichen Fristen des Daseins" seitens der Neuen Oderzeitung sprechen.[6]) Richter suchte den Uebelständen nun wenigstens insofern abzuhelfen, als er im Februar nach Berlin reiste, um persönlich wegen Wiedererlangung des Postdebits vorstellig zu werden.[7]) Er hatte auch einen Erfolg zu verzeichnen, denn er erhielt die mündliche Zusicherung baldiger Abschaffung der so empfindlich schädigenden Zwangsmaßregel.[8]) Damit waren aber die Verhältnisse noch keineswegs gründlich saniert; noch mußte in die Redaktion ein frischerer Zug kommen. Weder Temmes Namen noch seiner Tätigkeit war es gelungen, dem Blatte einen höheren Aufschwung und eine größere Verbreitung zu geben.[9]) Unter seiner Leitung hatte sich der Absatz noch verringert, und die Inserate hatten ständig abgenommen.

---

1) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 20. Dezember 1851.
2) St. A. Rep. 14. P. A. IX. 49e „Bericht über den Zustand der Presse im Kreise Ohlau", datiert vom 25. 8. 1851.
3) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 23. August 1851.
4) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 27. September 1851.
5) und 5*) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 6. Dezember 1851.
6) St. A. a. a. O. vol. XXXIX. 14. Februar 1852.
7) Ebenda.
8) St. A. a. a. O. vol. XXXIX. 21. Februar 1852.
9) St. A. a. a. O. vol. XXXIX. 17. April 1852.

Unter diesen Verhältnissen konnte dem Verleger nicht daran liegen, Temme als Redakteur beizubehalten und ihm das verhältnismäßig hohe Honorar von 1200 Tlr. fortzuzahlen. Am 15. April 1852 trat daher Temme von seinem Posten zurück und folgte im September desselben Jahres einem von dem Regierungsrat zu Zürich an ihn ergangenen Ruf an die dortige Universität als Professor für Rechtswissenschaft.[1])

Sein nomineller Nachfolger war der Literat Karl Krause, „31 Jahre alt, christkatholischer Dissident", wie es in der bereits genannten „Schwarzen Liste"[2]) heißt, „der mißratene Sohn des im Jahre 1849 verstorbenen hiesigen Polizeikanzlisten Krause, welcher ein gutgesinnter, treuer Beamter war. Er hat auf hiesiger Universität Philologie studiert, aber kein Examen machen können, gehört zu den Roten und hat diese seine Gesinnung 1848/49 zur Schau getragen, ohne jedoch die Strafgesetze zu verletzen. Er ist ohne Vermögen und ein sehr unbedeutender Mensch. Es ist bekannt, daß Dr. Stein und Dr. Elsner die eigentlichen Redakteure sind und er nur seine Verantwortlichkeit dazu hergibt, da es ihm auf das Absitzen von Strafen nicht ankommt. Frühere Beweise literarischer Tätigkeit sind von ihm nicht bekannt."

Unter den Hintermännern Krauses ist in diesem Bericht nicht der später als Herausgeber der „Neuen Freien Presse" bekannte Journalist, der ehemalige Referendar Dr. Max Friedländer genannt, ein weitläufiger Verwandter Ferdinand Lassalles.[3]) Sein Vater, der Breslauer Bankier Friedländer, hat später der Oderzeitung noch manchen guten finanziellen Dienst erwiesen.

Der Wechsel in der Redaktion zeigte bald seine wohltätige Wirkung in einer Steigerung der Anzahl der Leser, deren das Morgenblatt 900, das Abendblatt 1300 zählte. Von letzterem wurden 765 Exemplare in Breslau abgesetzt, 535 Exemplare gingen nach auswärts.[4]) Im November allerdings war die Zahl noch dieselbe,[5]) ein Fortschritt demnach nicht zu konstatieren, obwohl im Jahre 1852[6]) der Postdebit wiedererlangt und somit auch für die Abonnenten die Schwierigkeiten behoben worden waren. Nach Dr. Elsners Ansicht[7]) lag der Grund hierzu darin, daß die Leute fürchteten, bei den Postämtern durch den Bezug der Oderzeitung ihre demokratische Gesinnung zu verraten. Das Abendblatt, welches wie die Morgenausgabe seit dem 1. Januar 1852 jedenfalls aus Sparsamkeitsrücksichten ein kleineres Format aufwies,[8]) hatte einen stärkeren

[1]) St. A. a. a. O. vol. XXXIX. 11. September 1852.

[2]) St.. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XL., 4. Juni 1853 „Breslauer Verzeichnis derjenigen Schriftsteller und Zeitungskorrespondenten, welche der Umsturzpartei zugetan oder verdächtig sind."

[3]) Wie vorher. Desgl. bei Salomon, Gesch. des deutsch. Zeitungswesens, 1906, Bd. 3, S. 570 u. 669.

[4]) St. A. a. a. O. 14. August 1852.

[5]) St. A. a. a. O. 7. November 1852.

[6]) St. A. a. a. O. 14. Juli 1852.

[7]) E. M. S. 5.

[8]) St. A. a. a. O. 10. Januar 1852.

Absatz, weil es das einzige in Breslau war, welches bereits am Nachmittag die im späten Vormittag aus Berlin angelangten Nachrichten brachte und pikante Lokalartikel enthielt.[1]) Sein guter Inhalt und die schnelle Berichterstattung gaben dem Blatte auch den Mut, veranlaßt durch die am 1. Juli 1852 den Zeitungen auferlegte Stempelsteuer, an seine Leser mit einer Erhöhung des Abonnementspreises um 5 Sgr. für das Quartal heranzutreten.[2]) Diese Forderung war noch sehr bescheiden im Vergleich zu den anderen hiesigen Zeitungen.

Auch in diesem Jahre war die Oderzeitung von Beschlagnahmungen nicht verschont geblieben. Am 21. August 1852 berichtet von Kehler: „In der vergangenen Woche hat sich die Oderzeitung mehrfacher Ausschreitungen schuldig gemacht:

a) in No. 387 des Morgenblattes vom 20. d. M. über die Choleranot in Landsberg. Von dem Herrn Oberpräsidenten auf die faktischen und gehässigen Unrichtigkeiten in der Darstellung aufmerksam gemacht, habe ich die Beschlagnahmung des Blattes an demselben Tage um 10 Uhr morgens verfügt und sind noch 71 Exemplare an den Ausgabestellen und öffentlichen Orten saisiert worden. Die Sache ist sofort an die Staatsanwaltschaft und von dieser an das Gericht abgegeben worden, ein Erfolg jedoch nach Ansicht der Staatsanwaltschaft kaum zu vermuten;

b) in No. 389 des Morgenblattes vom heutigen Tage über unsre Handelpolitik. Obwohl ich bereits um 6½ Uhr die Beschlagnahmung verfügte und dieselbe sofort ausgeführt worden ist, so sind doch im ganzen bis jetzt nur 164 Exemplare saisiert worden.

c) In den Abendblättern No. 382, 384 und 386 ist in 3 Abschnitten abgedruckt: „Schreibebrief an Herrn Senater un Zunftmeester Traugott Raschke vun sein Vetter Kilian Raschke“, welcher sich sehr boshaft über die hiesige Industrieausstellung ausspricht und das nach seiner Ansicht anzunehmende Fehlschlagen derselben den Leitern des Unternehmens beimißt.

Sollte eine Bestrafung der Oderzeitung eintreten, so würde hierdurch eine passende Gelegenheit geboten werden, gegen den p. Richter mit der Konzessionsentziehung vorzugehen.“

Am 21. September 1852 war desgleichen die No. 441 des Blattes beschlagnahmt, jedoch von der Staatsanwaltschaft freigegeben worden, und auch die hiergegen beim Oberstaatsanwalt geführte Beschwerde war fruchtlos geblieben.[3]) Bei dieser Gelegenheit brachte der Polizeipräsident gleichzeitig zur Sprache, daß die Oderzeitung zum Hasse und zur Verachtung gegen die Aristokratie aufzureizen

---

1) St. A. a. a. O. 14. August 1852.
2) St. A. a. a. O. 10. Juli 1852.
3) St. A. a. a. O. 25. September 1852.

suche, wie namentlich in No. 390 vom 21. August. Aber auch dieser Artikel wurde nicht für strafbar gehalten,[1]) und Kehler hatte mit seinem Uebereifer sich wieder eine Niederlage geholt.

Der Uebergang in das Jahr 1853 gestaltete sich für die Zeitung wesentlich freundlicher als im vorhergehenden Jahr. Die gute und äußerst geschickte Redaktion Steins und Elsners, vor allem die außerordentlich selbständige Beurteilung der politischen Lage[2]) erwarb dem Blatte selbst in besseren Kreisen viel Sympathie.[3]) Die Abonnentenzahl des Abendblattes betrug 1340, die des Morgenblattes 870 Leser[4]) — ein Rückgang wie früher war also nicht zu konstatieren — alles Umstände, die den kühnen Entschluß reifen ließen, der Zeitung alle Sonntage vom 1. Oktober an ein literarisches Beiblatt,[5]) „Ostdeutsches Athenäum" genannt, hinzuzufügen, um auch dadurch das Ansehen des demokratischen Parteiorgans zu heben.

Schon in den vorhergehenden Monaten waren einige technische Verbesserungen getroffen worden, die außerordentlich beifällig aufgenommen wurden. Seit dem August erschienen nämlich die Lokalartikel unter der Spitzmarke „Schlesische Rubrik" im Morgenblatt und die Leitartikel im Abendblatt,[6]) und seit dem 15. September wurde letzteres schon um 12 Uhr, also als Mittagblatt ausgegeben, und zwar als erstes und einziges der in Breslau erscheinenden Blätter.[7])

Nach allen diesen Veränderungen und Verbesserungen zu schließen, können wir das Jahr 1853 das Jahr der Blüte für die Oderzeitung nennen, doch darf man nicht glauben, daß trotz ihrer vorsichtigen Haltung die Zeitung unbehelligt geblieben wäre. Die No. 181 vom 20. April war beschlagnahmt worden, „weil sie durch Entstellung von Tatsachen Haß gegen die Obrigkeit zu verbreiten suchte".[8]) Ferner berichtet Kehler am 8. Oktober 1853, daß er schon verschiedentlich über Ausfälle der Neuen Oderzeitung gegen befreundete Staaten — nämlich gegen Oesterreich und Rußland — zu klagen gehabt habe. Es sei ihm nun inzwischen durch eine Verfügung des Königl. Regierungspräsidiums vom 1. Oktober eine Anweisung des Ministeriums des Inneren zugegangen, nach welcher solche Ausschreitungen nicht geduldet, sondern dagegen in administrativem Wege eingeschritten werden solle. Hieraus habe er Veranlassung genommen, den Verleger der Oderzeitung zu verwarnen. Die No. 465 vom 6. d. M. habe er wegen eines Artikels aus Boberröhrsdorf bei Hirschberg, in welchem zur Nichtbefolgung einer landrätlichen Verordnung über die Sonntagsfeier angereizt

---

1) Ebenda.
2) St. A. a. a. O. vol. XL. 1. Oktober 1853.
3) St. A. a. a. O. vol. XL. 9. April 1853.
4) St. A. a. a. O. vol. XL. 5. November 1853.
5) St. A. a. a. O. vol. XXXIX. 25. September 1852.
6) St. A. a. a. O. vol. XL. 20. August 1853.
7) St. A. a. a. O. vol. XL. 17. September 1853.
8) St. A. a. a. O. vol. XL. 23. April 1853.

wurde, auf Grund des § 87 des Strafgesetzbuches in Beschlag genommen. Diese Konfiskation wurde jedoch vom Stadtgericht nicht anerkannt[1]) und auch in der Rekursinstand aufgehoben.[2])

Das Jahr der Blüte, welches wir jetzt verlassen, hatte freilich den Verleger für die vorausgehenden sieben mageren Jahre mit ihren Verlusten ganz und gar nicht entschädigen können. Die Zahl der Abonnenten war überdies im Februar 1854 schon wieder um 20, also auf 2190 herabgesunken,[3]) und damit war auch schon wieder das Zeichen des beginnenden Verfalls gegeben. Richter war aber jetzt der ewigen Misere müde geworden, weshalb er Anfang Oktober die Waffen streckte und erklärte, er könne es nicht weiter aushalten und müsse mit Ende des Jahres den Vertrag aufheben.[4])

Um nun der Partei das einzige Organ in der Provinz zu erhalten, entschlossen sich Dr. Stein und Dr. Elsner nebst Dr. Friedländer, die Zeitung vom 1. Januar 1855 ab fortzuführen und 2000 Tlr.[5]) an Heinrich Richter zur Deckung des aufgewandten Defizits unter der Bedingung zu zahlen, daß die Zeitung nach wie vor als in seinem natürlich nur nominellen Verlage erscheine.[6]) Die 2000 Tlr. Kaufsumme wurden von dem als Redakteur zeichnenden Karl Krause und von Dr. Friedländer mit je 1000 Tlr. in der Art vorgestreckt, daß dieselben schlimmstenfalls aus dem Posten der Kaution zurückgezahlt werden würden; dies geschah auch später zugunsten Krauses, dessen ganzes Vermögen nur in 1000 Tlr. bestand, während Max Friedländer von seinem Kapital nichts mehr wiedergesehen hat, sondern die reichen, wenn auch nichts weniger als erbaulichen Erfahrungen als den einzigen Gewinn zu verzeichnen gehabt hat, die er später in Wien als Gründer und Besitzer der „Neuen Freien Presse" zu verwerten imstande gewesen ist.

Während des letzten Quartals des J. 1854 bereitete sich nun das Journalistentriumvirat auf das Unternehmen vor. Mit Berlin, Wien und Paris wurden Verbindungen angeknüpft und in London hatte sich Karl Marx erboten, als Korrespondent mitzuwirken.[7])

„So waren nun alle Aussichten vorhanden," fährt das Elsnersche Manuskript in seinem Bericht über die letzten Lebenstage der Oderzeitung auf S. 6 fort, „am Beginn des neuen Jahres mit Ehren auftreten zu können. Wir ließen es an nichts fehlen, um die Neue Oderzeitung als Parteiorgan würdig erscheinen zu lassen. Selbstverständlich hatte uns Heinrich Richter vertragsmäßig sein Eigentumsrecht an der Zeituug abgetreten, aber gar nicht selbstverständlich, sondern höchst unbedachtsam hatte ich mich bewegen lassen, mich mittels notarieller Vollmacht zu verpflichten, ihn in allen in der Vollmacht erwähnten Angelegenheiten und Geschäften zu

[1]) St. A. a. a. O. 15. Oktober 1853.
[2]) St. A. a. a. O. 26. November 1853.
[3]) St. A. a. a. vol. XLI. 25. Februar 1854.
[4]) E. M. S. 5.
[5]) Quittung darüber in Elsneriana Fasc. 26.
[6]) E. M. S. 6.
[7]) Vgl. seinen Brief vom 20. Dezember 1854 in Elsneriana Fasc. 26.

vertreten. Hätte ich eine Ahnung gehabt, in welch äußerste Verlegenheiten und Gefahren mich die Uebernahme dieser Stellung den Behörden, der Geschäftswelt und dem Betriebspersonal der Zeitung gegenüber bringen würde, so hätte ich niemals eine solche Stellung angenommen, und ich kann wohl sagen, daß das Jahr 1855 das sorgen- und kummervollste meines langen Lebens gewesen ist. Unsre Mitteilung, daß wir vom 1. Januar ab die Zeitung für eigne Rechnung und eigne Verwaltung fortführen würden, erfreute sich von seiten der Parteigenossen des ungeteiltesten und lebhaftesten Beifalls, welcher es jedoch nicht verhinderte, daß die Erneuerung der Abonnements eine abermalige Verminderung der Zeitungsexemplare, namentlich in der Provinz zur Folge hatte,[1]) wo man sich durch das Bekanntwerden unsrer Namen als Unternehmer vor einer etwaigen Kompromittierung fürchtete.

Das neue Jahr begann also abermals mit einer bitteren Enttäuschung.

Heinrich Richter siedelte nach Cunnersdorf bei Hirschberg über, wo er mit seiner Papierfabrik glänzende Geschäfte machte, während wir in Breslau vom ersten Beginn unsres Unternehmens das Nachsehen hatten. Die Behörden waren jetzt womöglich noch mißtrauischer und argwöhnischer geworden, wie die häufigen Beschlagnahmungen, deren zuweilen mehrere in einer Woche stattfanden,[2]) und die nicht ausbleibenden Anklagen dartaten, und nur allzubald gesellten sich zu den Vorladungen und Verurteilungen die trübseligsten Geldverlegenheiten, welche mich — ich war ja bevollmächtigter Geschäftsführer — häufig zu Anleihen nötigten,[3]) weil die spärlichen Inserate während der Woche nicht soviel einzubringen vermochten, daß von ihnen die Löhne der Setzer usw. hätten bezahlt werden können. Die Freitage waren meist schlimme Tage, mußte doch an denselben das Geld für die Sonnabende, die Zahltage, herbeigeschafft d. h. zusammengeborgt werden, und nur zu häufig war dies eine schwere, zuweilen selbst mit Demütigungen verbundene Arbeit, sodaß wir unter diesen Umständen auch nicht im entferntesten an uns selbst denken konnten. Es ist Tatsache, daß mit Ausnahme des nominellen Redakteurs Krause keiner von uns auch nur einen Pfennig Honorar bezogen hat. Bei den Einnahmen wäre schon der bloße Gedanke an so etwas lächerlich gewesen. Dr. Stein verfiel auf den Gedanken, es mit einem Papierhandel zu versuchen, hatte aber mit demselben kein Glück. Ich half mir nebenbei durch Erteilung von Stunden im Englischen und Französischen, während Max Friedländer sich in der glücklichen Lage befand, von vornherein auf jedes Honorar verzichten zu können.

Es war ein erbärmliches Dasein, welches wir auf der Albrechtstraße in der unmittelbaren Nachbarschaft des Regierungsgebäudes

---

[1]) Im Februar 1855 hatte sich die Abonnentenzahl des Abendblattes von 500 auf 780 erhöht (St. A. a. a O. vol. XLI. 3. Februar 1855), war aber im April schon wieder auf 750 herabgesunken. (St. A. a. a. O. 28. April 1855.) Am 3. November 1855 belief sich die Zahl der Leser des Morgenblattes auf 1100, des Abendsblattes auf 760.

[2]) St. A. a. a. O. 29. September 1855 und 6. Oktober 1855.

[3]) Vgl. z. B. den Aktenanhang.

führten. Alle Welt zollte der Oderzeitung die Anerkennung, selbst recht hochgesteigerten Ansprüchen zu genügen und mit Umsicht redigiert zu sein, so daß sich selbst die Altliberalen, die sog. Verfassungstreuen, zu ihrer Unterstützung bereit erklärten. Aber es half alles nichts, und so blieb auch mir, da ich zur Zugabe auch noch die verantwortliche Redaktion hatte übernehmen müssen, nichts andres übrig, als Dr. Stein und Dr. Friedländer mitzuteilen, daß ich mich als Bevollmächtigter der Gefahr aussetzen würde, wegen fahrlässigen, wenn nicht gar mutwilligen Bankerotts zur Verantwortung gezogen zu werden, wenn ich in die Weiterführung des Zeitungsgeschäftes willigte, ohne imstande zu sein, den an mich als bevollmächtigten Geschäftsführer und verantwortlichen Redakteur herantretenden pekuniären Verbindlichkeiten nachzukommen. War doch bereits eine Schuldenlast aufgelaufen, welche wir nur aus den uns versprochenen Anteilen der Kaution nach deren von der Regierung geleisteten Rückzahlung zu tilgen hofften; dies war denn auch glücklicherweise der Fall. Uebrigens hätte nicht viel gefehlt, daß die Zeitung noch vor dem Ende des Jahres zu erscheinen verhindert worden wäre, da das Polizeipräsidium nach Ablauf von acht Monaten die Entdeckung gemacht hatte, daß die Expeditionsgeschäfte der Zeitung, die Ausgabe derselben, die Annahme von Inseraten usw. von keiner mit buchhändlerischer Konzession versehenen Persönlichkeit geführt würde. Die Zeitung würde also vorzeitig ein gewaltsames Ende genommen haben, wenn uns nicht ein im Besitz einer solchen Konzession befindlicher Bruder des Buchhändlers Aderholz den Gefallen getan hätte, für die paar Wochen ihres Bestandes die Beaufsichtigung der Zeitungsexpedition zu übernehmen.

Am schwersten vermochte sich Max Friedländer in das Unabwendbare zu schicken, und er hatte sogar bis Weihnachten die Absicht, die Zeitung selbständig fortzuführen, bis ihn doch die sich seinem Plane entgegenstellenden Schwierigkeiten von der Aussichtslosigkeit desselben überzeugten, und so nahte sich mit dem 31. Dezember das Ende eines Unternehmens, welches, vor nicht ganz 10 Jahren mit den zuversichtlichsten Hoffnungen begonnen, nach kaum zwei Jahren im März 1848 in sein Gegenteil umschlug, um nach kaum acht Jahren einen Mißerfolg aufzuweisen. Aehnlich der klerikalen „Allgemeinen" waren der demokratischen „Neuen" Oderzeitung ausnahmslos Enttäuschungen vorbehalten, und als hätte es das Schicksal noch im letzten Augenblick auf eine Verhöhnung abgesehen gehabt, hatte sich der Maschinenmeister die Sache so zu Herzen genommen, daß er nicht imstande war, das letzte Blatt, die Abschiedsnummer der Neuen Oderzeitung, zu drucken, und ich mich genötigt sah, um Mitternacht in der Druckerei von Graß, Barth & Co. den Beistand eines Maschinenmeisters nachzusuchen.

So nahm die Oderzeitung in der Nacht vom 30. zum 31. Dezember unter fremder Beihilfe fast ein lächerliches Ende, wenn dasselbe für die Beteiligten nur nicht so schmerzlich gewesen wäre."

Die Kreuzzeitung ließ sich sogar dazu herbei, der Heimgegangenen in ihren Spalten einen Grabstein zu setzen, oder sagen

wir besser, dem toten Löwen den berüchtigten Eselstritt zu versetzen. Sie höhnt in No. 2 des Jahrganges 1856 unter der Rubrik „Breslau“:

„Wenn der ›rauhe Pyrrhus‹ (Dr. Elsner) in jüngster Zeit gegen seine Erbfeinde, speziell die Kreuzzeitung das Rauhe noch recht geflissentlich herausgekehrt hat, so war das aus dem Vorgefühl des nahen Abschiedes ganz erklärlich. Seine Neue Oderzeitung hat nach fast achtjähriger Lebensdauer ihr radikales Wirken eingestellt. Es gibt hier nicht wenig Konservative, welche ihr Eingehen als einen reellen Verlust betrachten, und dieses Bedauern ist nicht ohne alle Berechtigung. Sie war das einzige unter den hiesigen größeren Blättern, in welchem lokale Verhältnisse mit einigem Freimut besprochen wurden, und noch weit höher war es anzuschlagen, daß der oppositionelle Geist überhaupt eine Stelle fand, auf welcher er sich ablagern und wo man ihn fassen und bekämpfen konnte. Bei dem allen war wenigstens in bezug auf die Stadt Breslau der direkt und indirekt verderbliche Einfluß überwiegend. Das Blatt war seiner äußeren und inneren Form nach der urteilslosen Menge am zugänglichsten; es schmeichelte mit Bewußtsein den groben Leidenschaften, war daher in allen Lokalen niederer Klasse einzig und allein zu finden und spritzte so sein Gift in Regionen, die sich fast aller anderweitigen Belehrung ausschließen. Zwar war es durch das Gesetz verhindert, jemals sein letztes Wort zu sprechen und erforderte noch mündliche Beeinflussungen, die seine Rede ins Volkstümliche übersetzten und das Geschäft auch ferner nicht ruhen lassen werden; aber ihre spitzesten Waffen nahmen diese doch eben aus der Neuen Oderzeitung selbst.“ — — —

F. Der „Breslauer Volksspiegel" und die „Fliegenden Blätter".

Die Neue Oderzeitung bildete als sozialistisches Organ kein Novum in der Breslauer Presse. Schon vor der Revolution, vom Jahre 1846 an, hatte eine Monatsschrift den in Schlesiens Hauptstadt recht fruchtbaren Boden für sozialistische Bestrebungen mit Erfolg bearbeitet, der „**Breslauer Volksspiegel**, eine unterhaltende und belehrende Monatsschrift zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände und zur Beförderung der Volksbildung", welche von Ferdinand Behrend herausgegeben wurde. Georg Adler hat in seiner „Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland" Breslau 1885, S. 116—117, eine erschöpfende und treffende Charakteristik dieser sozialdemokratischen Monatsschrift gegeben, die, da ihr nichts Neues hinzugefügt werden kann, im folgenden ungekürzt wiedergegeben werden möge. Er schreibt:

„Der Volksspiegel war ziemlich zahm geschrieben, zeigte aber doch deutlich seine sozialistische Tendenz, wenn dieselbe auch immer in die maßvollste Form gekleidet war. In der Kritik der bestehenden Verhältnisse ging der Volksspiegel von den üblichen sozialistischen Prinzipien aus. Er bezeichnete als die Elemente des individualistischen Systems die Entfesselung aller bösen Leidenschaften, den allgemeinen Kampf eines jeden gegen alle, die Tücken und Listen des Handels, den Kredit und den Bankerott, die Vorteile des Monopols, der Ueberteuerung der Konsumenten, die Unterdrückung des Arbeiters durch die Herabsetzung seines Lohnes und durch die Verlängerung seiner Arbeitszeit. Die hierdurch bewirkten Uebel machten — wie das in Rede stehende Blatt betonte — eine durchgreifende soziale Reform notwendig. Als Zweck derselben wurde bezeichnet eine Organisation der Arbeit, die auf Gerechtigkeit und Gleichheit basiert sein und jedem einzelnen den vollen Wert seiner Arbeit garantieren sollte. Das Eigentum sollte nicht abgeschafft, wohl aber der „„aussaugenden Kraft des Monopols"" beraubt und auf den vollen Arbeitswert als Grundlage gestellt werden. „„Suum cuique"", sagte der Volksspiegel, „„dieses alte preußische Wort drückt alles aus, was wir wollen!"" Der hier vertretene Sozialismus erklärte gemäß dem Standpunkte der Zulassung des Eigentums die Konkurrenz im Zukunftsstaate für gestattet, ja noch für viel größer als heute. Als ideale Organisation schwebte dem Volksspiegel eine auf freien Assoziationen mit Staatsvorschuß basierte Volkswirtschaftsgestaltung vor. Nennenswerte, positive Vorschläge zur Reformierung der Gesellschaft wurden von dem Breslauer Organ des Sozialismus nicht geleistet.

Ueber das politische Gebiet verbreitete sich der Volksspiegel nur ausnahmsweise. Er erklärte selber: „„Man muß mit der Politik in der Tat sehr politisch umgehen; daher mag es sich der Leser erklären, wenn dieser Teil unserer Betrachtungen in Rücksicht auf die Fragen der Gegenwart am wenigsten vollständig ist.““

Immerhin ließ das Blatt, wenn es auf Politik zu sprechen kam, seine demokratische Gesinnung durchblicken. Mit einer gewissen Energie forderte es sogar allgemeines Stimmrecht für eine zu schaffende Volksvertretung sowie Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. Ueber religiöse Dinge äußerte sich der Volksspiegel des öfteren. Stets geschah es im Sinne des entschiedenen Freidenkertums, welches jeden religiösen Standpunkt ein für allemal für überwunden erklärte.

Die fragliche Zeitung war übrigens schlecht redigiert; sie ist für den Leser von einer tötenden Langweiligkeit. Daß der Volksspiegel in Schlesien 1000 Abonnenten finden konnte, ist der beste Beweis dafür, daß die Tendenz selber es war, welche in manchen Kreisen sympathisch berührte.“

Neben dem Volksspiegel, dem Organ des 1200 Mitglieder umfassenden Arbeitervereins zu Breslau, der sog. „Arbeiterverbrüderung“ erschienen im Jahre 1848[1]) in dem gleichen Verlag und unter derselben Redaktion die

„Fliegenden Blätter“,

ein kleines, wöchentlich in unbestimmter Anzahl von Nummern gedrucktes Blättchen in Oktavformat zum Bezugspreis von 6 Pfg. pro Nummer, das in mehr volkstümlichem Tone dem Sozialismus zuneigte. Es stand unter dem besonderen Einflusse des Universitätsprofessors Gottfried Nees von Esenbeck, der für die „Fliegenden Blätter“ weitaus die meisten Beiträge lieferte. Es ist daher begreiflich, daß Dr. Moritz Elsner in seinen ungedruckt hinterlassenen „Erinnerungen an Gottfried Nees von Esenbeck“[2]) diesem sozialpolitischen Wirken und seiner daraus resultierenden publizistischen Betätigung eingehendere Beachtung schenkte. Er schreibt darüber:

„Wie sich Nees von Esenbeck die Organisation der Arbeiterverhältnisse, die Lösung eines Teiles der sozialen Frage, welche ihn auch in der christkatholischen Gemeinde vorwiegend beschäftigte, dachte, hat er unter der Ueberschrift „„Das Ministerium der Arbeiter, den deutschen Arbeitern gewidmet von Nees von Esenbeck““ in No. 1 der „Fliegenden Blätter“ auseinandergesezt, wo er folgendermaßen beginnt:

„„Arbeiter! Ich habe mich in einem langen Lebenslaufe, der mich mit allen Ständen in Berührung brachte, unter Euch die reinsten Charaktere, die menschlichste Gesinnung, das frommste

---

[1]) Da das Blatt über das Niveau der ephemeren Erscheinungen des J. 1848 ganz bedeutend sich erhebt, so ist es hier in einem besonderen Kapitel behandelt.

[2]) Breslauer Stadtbibliothek, Neesiana Fasc. XLIII.

Festhalten an der Bestimmung des Menschengeschlechts in den gottverlassensten Zuständen, die ruhigste Ausdauer der Tatkraft gefunden. Ich grüße Euch von Herzen und wünsche mir Glück zu Eurer Bekanntschaft. Ihr tragt warme Menschenliebe im Herzen und sehnet Euch, sie erwidert zu sehen; aber das bekannte Getriebe der übrigen Geschäftswelt geht über Euch hin und scheint daher Euch wenig oder doch nur gelegentlich zu bemerken. Das schmerzt Euch, und die Züge der Edelsten unter Euch sind mit Trauer gemischt. Ihr müßt arbeiten, um zu leben, und findet oft keinen, der Euch Arbeit verleiht — das erfüllt Euch mit Bangen. Ihr müßt, wenn Ihr aus Mangel an Arbeit feiert, dennoch essen, um zu leben, darum wandern Eure besten Kleider ins Leihhaus — das preßt Euch und Euren Frauen beim ersten Male eine Träne aus, dann gewöhnt Ihr Euch, in zerrissenen Kleidern umherzugehen; dabei werden auch schon manche von Euch gleichgültig gegen den Schmutz, und wenn sie nun zu einer Arbeit sich melden und der Arbeitsverleiher sie mit den Augen mißt und die Achseln zuckt über das schlechte Aussehen — da verstehen sie, was das heißt, und beißen sich in die Lippen und ergrimmen in ihrem Herzen.""

Nachdem er den Arbeitern zugeredet, in Kummer und Not nicht zu verzagen und sich nicht zu Verbrechen verleiten zu lassen, fährt er fort: „„Der Staat will über die Verbesserung Eurer Lage im ganzen und für die Dauer ratschlagen und Euch darüber hören. Ich ehre die großartige Absicht, gründlich zu helfen, aber ich bin doch Eurer Meinung, daß der Augenblick seine ganz eigentümliche Not und Hilfsbedürftigkeit in sich trage und zu brüderlichen Maßregeln auffordere."" Eine solche Maßregel soll nun die Gründung eines Arbeiterministeriums sein, und da er vermutet, daß manchen dieser Plan nicht gründlich genug sei, erwidert er denselben, „„er habe bis zum Untersten gegraben und auch den Schacht verwahrt. Weiter gehe der Bau auf dem alten, festen Boden nicht. Wer noch tiefer gehen wolle, möge den Bohrer anlegen und zusehen, ob das Wasser des Kommunismus besser schmecke."" Nach Nees soll nun das Arbeiterministerium diejenige höchste Verwaltungsstelle im Staate sein, durch welche der Organismus der Arbeiter und der Arbeit regiert und die lebendige Wirksamkeit der Arbeiter zu ihrem eignen Wohl durch ihre zweckmäßige Wirksamkeit zum Wohl des Ganzen in das Gesamtbewußtsein der regierenden Macht hinübergeleitet wird. — Seine Organe sind also die Arbeiter als Glieder des Ministeriums oder als Ministerialräte. Alle Ministerialräte und der Dirigent (der Minister) selbst müssen soweit arbeitsfähig entwickelt sein, daß sie als Arbeiter wirken könnten, wenn es nötig wäre. Nees denkt sich also einen solchen Minister wie einen praktisch erfahrenen Orchesterdirigenten, welcher im Notfalle jedes Instrument zu spielen vermag. Der Umfang des Ministeriums der Arbeiter, welches entweder nur einen verantwortlichen Minister mit bloß beratenden Räten haben oder kollegialisch zusammengesetzt sein kann, begreift als Verwaltungszweige das Gebiet 1) der Landarbeit, 2) der Gewerke, 3) des häuslichen Gesindestandes, 4) des Handels und der dabei Angestellten. Die Aufgabe des Ministeriums ist das humane

Wohl aller Arbeiter zum Wohl des ganzen und als Folge desselben. Den Arbeitern, d. h. denjenigen Staatsbürgern gegenüber, welche unmittelbar durch die Früchte ihrer mechanischen Tätigkeit ihr Leben erhalten und ohne die Fortdauer dieser Tätigkeit nur kurze Zeit oder gar nicht im Staatsleben fortbestehen können, stehen die Lohngeber oder Arbeitserteiler, welche das Ausgleichsmittel der Arbeit und des Lebensbedarfs, das Geld, so reichlich besitzen, daß sie andern, die für sie arbeiten, das Lebensmittel erteilen und ihrerseits andere Zwecke verfolgen können.

Die Aufgabe des Staates ist also die, das Verhältnis dieser beiden Seiten des Staatslebens so zu regulieren und zu erhalten, daß von beiden Seiten dem humanen Bedürfnis — nämlich Nahrung, Kleidung, behagliche Wohnung mit Familie, geistige Entwickelung, Anerkennung und ebenbürtige Stellung im Staat allen Mitbürgern gegenüber, sichere Ruhestunden des Lebens — zur Zufriedenheit aller genuggetan werde. Jeder Arbeiter ist demnach einem Kapital gleichzuachten, welches sich zu dem ihm gebotenen repräsentativen oder Geldkapital gleichberechtigt und frei hinzugesellen kann, so daß es also mit diesem zusammengenommen einen gemeinsamen Fonds bildet, woraus dann folgt, daß der Arbeiter mit dem Kapital des Arbeitgebers in ein Assoziationsverhältnis unter gleichen Bedingungen, aber nach Maßgabe des gegenseitigen Einsatzzweckes eintritt. Für jede Arbeitskategorie muß nach ihrer Art gesorgt werden. So soll das Gesinde für die Dauer seiner Dienstzeit, und zwar in steigendem Maße nach dem Maße der Dauer derselben mit einer bestimmten Quote in der Erbschaft (selbst mit den Kindern) konkurrieren usw.

Nachdem Nees noch des Verhältnisses der einheimischen zu den fremden Arbeitern gedacht und dasselbe nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit befürwortet sowie die Hoffnung ausgesprochen hat, daß mit der Verminderung des Militärs die Dotation des Arbeiterministeriums werde erhöht werden können, schließt er seine Abhandlung eigentümlich genug mit den Vorschlägen, etwaiger Uebervölkerung der Arbeiter durch vorteilhafte Kolonien abzuhelfen und die entschieden unfleißigen Arbeiter in eine Besserungskolonie zu bringen.

Trotz der sehr versöhnlichen Sprache und des Bestrebens, zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, deren berechtigte Stellung in dem Neesschen Programm ausdrücklich anerkannt wird, zu vermitteln, findet sich bereits in No. 2 der „„Fliegenden Blätter"", in welcher Nees unter anderem zur Gründung einer Zeitschrift im Wege der Assoziation auffordert, unter der Ueberschrift „„Verrat! Verrat!"" ein warnender Zuruf an das gesamte deutsche Volk, besonders an die Schlesier, ein Artikel, welcher von den feindseligsten Angriffen auf das Bürgertum strotzt. „„Wir sind verraten"", heißt es da, „„jetzt, nachdem wir lange genug gelitten, lange gekämpft, nachdem viele unserer Brüder den Heldentod für unsere Freiheit gestorben. Jetzt, nachdem Verheißungen verlockendster Art in uns die so lang gehegte, so oft schon aufgegebene nnd wieder aufgenommene Hoffnung wieder neu belebt haben jetzt werden wir um

dieselben wieder betrogen, wir werden verraten. Wahrhaftig es ist, als ob der Arbeiter durchaus dazu verdammt wäre, daß er nur arbeitet, nur kämpft, nur duldet, damit er um die Frucht seiner Arbeit, um den Preis des Kampfes von den Männern des Besitzes betrogen werde. — — — — Brüder, Ihr sehts, wir sind verraten, wir sind schändlich um das Blut unserer (sc. in Berlin) gefallenen Brüder betrogen. Dürfen wir da so ruhig und teilnahmslos bleiben? Nein, nein, nein! Oder wir ziehen den Fluch unserer Kinder auf uns, und das mit Recht; denn sie werden gezwungen sein, das mit ihrem Blut wiederzuerkämpfen, was wir ihnen durch unsere Fahrlässigkeit haben entgehen lassen.

Nun die Bourgeoisie! Diese entmenschte, nur am Goldstaube hängende Bourgeoisie! Sie rast gegen uns, sie überschüttet uns mit ihrem wütendsten Haß, weil sie uns die Schuld daran gibt, daß sie jetzt keine Geschäfte macht. Ihre Krämerrechnungen sind durch die Ereignisse unserer Zeit gestört worden, sie haben ihr Wohlbehagen verscheucht, ja ihre bisherigen imaginären, d. h. nur in der Einbildung begründeten Reichtümer fast auf Null gebracht, so daß mancher von ihnen in der Tat jetzt ebenso um sein tägliches Brot bekümmert sein muß wie wir. O wenn sie doch alle das Elend zu kosten bekämen, das wir so lange zu leiden verdammt waren; vielleicht würde da ihr steinernes Gemüt sich irgendwie erweichen lassen etc.““

Noch schlechter geht es dem Bürgertum in einem „„der schlesische Bourgeois-Liberalismus und das arme Volk““ überschriebenen Artikel in No. 6 der „„Fliegenden Blätter““, welcher mit den Worten beginnt: „„Es ist nicht das erste und nicht das letzte Mal, daß dem Liberalismus seine Hohlheit und Falschheit, seine Gespreiztheit und Vornehmtuerei, seine wahrhaft göttliche Unverschämtheit im Ignorieren oder Wegleugnen von Tatsachen, die ihm vor aller Welt ins Gesicht schlagen, sein belferndes Maulheldentum, sein lüderliches Kokettieren und Buhlen um Volksgunst und vor allem seine schamlose Selbstsucht öffentlich vorgeworfen wird. Aber der Liberalismus, dieses politische Vaterunser der reichen Bürgerklasse, die an der Stelle des Herzens den Geldsack trägt, der Liberalismus kann einen Puff vertragen; denn er hat ein dickes Fell, und so oft man auch den Esel schlägt, er meint immer, es gälte dem Sack.““

In dem Artikel wird an die Brot- und Suppenverteilung, an die Tänze und Bälle zugunsten der im Winter 1847—1848 notleidenden Rybniker und Plesser erinnert und dabei bemerkt, daß der richtige Bourgeois sogar aus seinen Wohltaten Nutzen oder mindestens Vergnügen zu ziehen sucht. Zuletzt werden die Liberalen mit den Worten angesprochen:

„„Wenn nun die Sozialisten dies heuchlerische und verräterische Spiel aufdecken, wenn sie diese Verdienste auf ihren wahren Wert reduzieren und nichts, durchaus nichts Verdienstliches darin finden, dann möchtet Ihr vor Wut aus der Haut fahren, und weil das doch gar zu unbequem ist, so begnügt Ihr Euch über eine solche bisher unerhörte Frechheit laut aufzuschreien und droht, die Hände ruhig

in den Schoß zu legen und die Armen ihrem Schicksal zu überlassen. Recht so! Tut das, und wir preisen Euch als Wohltäter des Menschengeschlechts. Ihr stutzt und fragt: Warum? Je nun, weil wir einen raschen, ja sogar einen langsamen und qualvollen Tod immer noch einem langen Leben voll Elend und Not, voll Hunger und Siechtum vorziehen. Vollführt also Eure Drohung, dann seid Ihr wenigstens barmherzig gegen die Armen und gerecht gegen Euch; denn grade indem Ihr diese Drohung vollführt, beschwört Ihr selbst das Ungewitter herauf, das schon lange dumpf am Horizonte grollt und das sowohl unser wie Euer Schicksal entscheiden wird. Den Weg friedlicher Vermittlung scheint Ihr in Eurer Verblendung zu verwerfen, obgleich wir zu wiederholten Malen die Stimme der Kassandra erhoben. Ihr habt uns das Los der Kassandra teilen lassen; mögt Ihr nun die blutigen Folgen verantworten, wir waschen unsere Hände in Unschuld."" Es wurde also von den Breslauer Sozialisten ganz offen mit der Revolution gedroht, wenn ihren Plänen nicht gewillfahrt würde. Diese beiden Kriegserklärungen an das Bürgertum und ihr Gegensatz zu dem Projekt eines Arbeiterministeriums beweisen aber auch, daß Esenbeck weit entfernt war von der Klarheit, die andere intelligente Proletarier auszeichnet.

G. Die politische und Witzblatt-Literatur der Jahre 1848/49.

Die Geschichte des Jahres 1848 ist nach Stein[1]) für Breslau eine Geschichte der einzelnen politischen Vereine, in denen sich damals das Parteileben kristallisierte. Eine führende Rolle unter ihnen hatte der „Konstitutionelle Zentralverein",[2]) der politische Sammelpunkt des besseren Bürger- und Beamtenstandes zu Breslau, welcher für eine konstitutionelle Monarchie in Preußen eintrat und reaktionäre wie auch revolutionäre und republikanische Tendenzen in gleicher Weise verwarf.[3]) Männer der besten Breslauer Gesellschaftsschichten, wie der Kaufmann Molinari, Justizrat Gräff, die Universitätsprofessoren Ambrosch, Wilda, Röpell und Stenzel, der Senior Krause u. a. m. hatten ihn ins Leben gerufen und schufen ihm durch ihren Namen und ihre Stellung, ihre hohe politische und wissenschaftliche Bildung in weiten Kreisen der Stadtbevölkerung Ruf und Ansehen und damit wachsende Verbreitung, so daß der Verein auch schließlich daran denken konnte, auf dem flachen Lande Anhänger für seine Partei zu werben. Zu diesem Zweck gaben Ambrosch, Wilda und Schneer vom 29. April 1848 ab ein wöchentlich erscheinendes, ganz populär gehaltenes Blatt für den Bauernstand heraus unter dem Titel

„Der Landbote",

das im Verlag von Max u. Co. für den Quartalspreis von 3 Sgr. ausgegeben wurde.

„In Zeiten, wo so vieles vorgeht", so legt Wilda in der ersten Nummer den Zweck des Blattes dar, „da möchte, wer auch die großen Zeitungen, die alle Tage aus der Stadt kommen, nicht lesen kann, doch etwas davon erfahren. Man möchte doch auch einmal ordentlich wissen, was es mit der Freiheit, die wir bekommen sollen, so eigentlich zu bedeuten hat, und mit den Wahlen, die früher ja gar nicht so gewesen sind, und vieles andere. Da hört man denn auch so manche Worte, die klingen so fremd und ausländisch, und man wollte doch wohl wissen, was die bedeuten sollen. Denn wenn man das so alles etwas besser versteht, wird man sich weniger ein X für ein U machen und zu allerlei Dingen, die nicht klug oder nicht recht sind, verleiten lassen. Dies haben nun einige Leute in der Stadt, die es gut und redlich mit Euch meinen, wohl gemerkt, und die werden Euch dann wöchentlich den „Boten" herausschicken, der Euch manches erzählen und erklären wird."

[1]) Stein, Geschichte von Breslau, S. 342.
[2]) Stein, Geschichte von Breslau, S. 319.
[3]) Stein, Geschichte von Breslau, S. 319.

Und Ambrosch definiert in einem zweiten Artikel die politische Richtung näher, welche das Blatt einschlagen wird. „An uns ist es, durch unsere Wahlen dafür zu sorgen, daß überall nur solche Abgeordnete nach Berlin geschickt werden, welche die Errichtung und die Vollendung der konstitutionellen Monarchie von ganzer Seele wollen und mit männlicher Festigkeit durchzuführen verstehen. Das geht nun nicht so geschwind, als wohl mancher glaubt und wünscht. Denn vieles Alte muß gänzlich verschwinden, vieles Andere gänzlich verändert werden, vieles muß neu hinzukommen, kurz, die Errichtung einer neuen Staatsverfassung ist keine so leichte Sache. . . . . . . Von alledem wird in diesen Blättern denn oft die Rede sein."

Nun folgt gleich ein orientierender Aufsatz „Katechismus für die preußischen Wähler. Erstes Hauptstück: Von der Veränderung der Verfassung. Zweites Hauptstück: Von dem nächsten Landtage und den Volksvertretern", der in lehrhaftem Tone den Bauern über Wesen und Wichtigkeit der Hauptelemente des konstitutionellen Regimes aufklärt. Die nächsten Nummern werden gewöhnlich eröffnet mit einer von Wilda oder dem Rektor Kämp[1]) verfaßten, „Welthändel" überschriebenen Ueberschrift über die politischen Ereignisse, die aber öfters wohl mehr einem Leitartikel ähnelt. Daran schließen sich belehrende Aufsätze, oft in Brief- oder Dialogform gehalten, welche den Landmann mit seinen Rechten und Pflichten im Staatsleben bekannt machen wollen. So wird das Verhältnis des „Untertanen und Staatsbürgers"[2]) — natürlich immer vom Standpunkt des Konstitutionellen — erörtert, sein Recht auf die „Oeffentlichkeit"[3]) der Verhandlungen und auf die „Preßfreiheit"[4]) dargetan, aber zugleich auch die sondierende Frage aufgeworfen: „Was ist es denn mit der Preßfreiheit? Ist alles, was wir gedruckt lesen, auch wirklich wahr?"[5]) Die den berechtigten Forderungen des Staatsbürgers sich entgegenstellenden Mächte „Reaktion"[6]) und „Bureaukratie"[7]) werden gleichfalls gebührend gewürdigt und besonders an letzterem Begriff dargetan, daß man unmöglich „die Schule der Zukunft"[8]) als Simultanschule von der Kirche loslösen und auf die Gefahr der Bureaukratisierung hin dem Staat vollständig überantworten dürfe. Besonders viel Wert legt das Blatt auf die Ausübung das Wahlrechts. „Das neue Wahlgesetz"[9]) und die daraus resultierenden „Pflichten des Urwählers"[10]) werden ausführlich erörtert, nachdem schon ein in konstitutionellem Sinn geschriebener Kommentar über die „Abgeordneten nach Frankfurt a. M."[11])

---

1) Vgl. Stein, Geschichte von Breslau, S. 272.
2) Jahrgang 1848, No. 12.
3) Jahrgang 1848, No. 3.
4) Jahrgang 1848, No. 5.
5) Jahrgang 1848, No. 10.
6) Jahrgang 1848, No. 9., von Rektor Kämp.
7) Jahrgang 1848, No. 25.
8) Jahrgang 1848, No. 20 u. 23, von Rektor Kämp.
9) Jahrgang 1848, No. 35.
10) Jahrgang 1849, No. 1.
11) Jahrgang 1848, No. 2.

und die „Nationalversammlung in Berlin mit ihren Parteien“[1]) vorausgeschickt worden ist. Die Wahlagitation ruft bei dem Blatt gleichzeitig eine gewaltige Erbitterung gegen die Demokraten hervor, „die Gesinnungstüchtigen“,[2]) „die jetzigen Weltverbesserer“,[3]) vor denen eine „Warnung“[4]) nach der anderen erfolgt und gegen die in verschiedenen Aufrufen des konstitutionellen Zweigvereins[5]) und aus der Feder Friedrich Harkorts[6]) zum Kampf aufgerufen wird.

Dieser Agitation zufolge und manchen Artikeln nach zu schließen, die denn doch oft sehr weit über einen schlichten Bauernverstand hinausgehen, kann man in dem „Landdoten“ vielleicht den ersten Ansatz zur Schaffung eines Zentralorgans für die gesamte konstitutionelle Partei Breslaus und Schlesiens sehen, dessen Gründung im Oktober 1849 ja auch der Nachfolger des „Landboten“, das schon im Dezember 1848[7]) angekündigte

„Allgemeine Schlesische Sonntagsblatt“,

erlebte. Dieses, von Ludwig Hahn und Ambrosch redigiert, erschien seit dem 1. Juli 1849 bei Max u. Co. wöchentlich einmal im Umfange von einem halben Bogen für den Quartalspreis von 5 Sgr. Nach dem in No. 1 enthaltenen kurzen Programm erschien es als ausgesprochener Gegner der Demokratie und wollte bei seiner Berichterstattung über die Ereignisse im preußischen und deutschen Vaterlande vor allem darauf bedacht sein, „die Lügen und Irrtümer, welche man (sc. die Demokratie) so geschäftig im Lande umhertrage, zu berichtigen“. Dabei sollten aber „die besonderen Verhältnisse und Sorgen des schlesischen Landmannes“ keineswegs zu kurz kommen. Gleich die zweite Nummer charakterisiert das Blatt als Parteiorgan durch einen Wahlaufruf der konstitutionellen Partei und durch die Artikel „Was für Wahlmänner brauchen wir?“ und „Das neue Wahlgesetz“. Den Parteigegner sucht man in den folgenden Nummern nach Kräften bloßzustellen, indem man bei näherem Eingehen auf die Frage: „Was ist denn eigentlich Demokratie?“[8]) all seine Schwächen aufdeckt und ihm mit der höhnischen Frage: „Wo hat die Demokratie deutschen Patriotismus gezeigt?“[9]) ein ganzes Sündesregister vorhält. Den kommunistischen Ideen der Demokraten wird der „Sozialismus und Kommunismus nach unserer Art“[10]) gegenübergestellt, der in Breslau zahlreiche wohltätige Vereine und Anstalten ins Leben gerufen habe und dadurch mehr als mit hohen Worten dafür spreche, daß das eigene Interesse für den Wähler ein Schwanken zwischen Rechts oder

---

[1]) Jahrgang 1848, No. 4.
[2]) Jahrgang 1848, No. 15.
[3]) Jahrgang 1848, No. 20.
[4]) Jahrgang 1848, No. 14.
[5]) Vgl. z. B. No. 7, 10 u. 27.
[6]) Vgl. No. 31, 32 und Jahrgang 1849, No. 2.
[7]) Vgl. No. 36.
[8]) No. 7.
[9]) No. 13.
[10]) No. 15, 16 u. 18.

Links"[1]) ausschließe. Die Unfruchtbarkeit der Demokratie und damit ihre politische Wertlosigkeit sucht man auch darzutun in den die deutsche Frage behandelnden Aufsätzen wie „Großdeutschland und Kleindeutschland",[2]) „Rot, Schwarz-Rot-Gold, Schwarz-Weiß"[3]) u. a. m., und Artikel über die „Zivilehe",[4]) die „Stände",[5]) die „Habeas-Corpusakte[6]) sollen beweisen, daß die konstitutionelle Partei es mit den Interessen des Einzelnen, des dritten und vierten Standes mindestens ebenso ernst nehme wie die „rote" Partei. Eines aber vernachlässigte das Blatt in auffallender Weise, nämlich den Bauern, für den es doch gegründet, in seiner ureignen Domäne auf dem Laufenden zu erhalten und ihn zu belehren. Die wenigen Notizen über landwirtschaftliche Fragen und Gegenstände konnten schwerlich bezeugen, daß das Sonntagsblatt die „besonderen Verhältnisse und Sorgen des schlesischen Landmannes" berücksichtige. Es war eben nur ein politisches Organ, aber auch dafür noch zu engbegrenzten Rahmens, und mußte daher im März 1850 vom Schauplatz abtreten.

Das „Sonntagsblatt" ging daran zugrunde, weil es zwei Herren zugleich dienen wollte: es konnte sich aber damit trösten, daß fast zu gleicher Zeit mit ihm das

„Schlesische Volksblatt",

das Zentralorgan der konstitutionellen Partei in Breslau, verschwand, welches nur einem Herrn Gefolgschaft zu leisten brauchte und trotz dessen eingehen mußte. Von dem konstitutionellen Zentralverein und seiner Ressource als Hintermännern unterstützt und finanziert, hatte der unter dem Pseudonym Carlo schreibende Breslauer Publizist Karl Heinrich Herzel dies Blatt mit dem Untertitel „Organ der konstitutionellen Partei" vom 1. Oktober 1849 ab im Verlag von E. C. Leuckart wöchentlich zweimal für den Quartalspreis von 15 Sgr. erscheinen lassen, um es als ausschließlich politisches Organ in den Dienst der Fraktion zu stellen; es sollte nämlich weder wie die konstitutionelle Breslauer Zeitung mit dem ganzen notwendigen Apparat eines Tagesblattes als: politischer und lokaler Nachrichtenteil, Feuilleton, Inserate etc. beschwert werden noch auch wie der „Landbote" und das „Sonntagsblatt" für die Interessen eines einzelnen Standes zugeschnitten sein. In dem Blatt wurde auschließlich hohe Politik getrieben, für die sogar der einzige im Schlesischen Volksblatt erschienene Roman, „die Eichenhainer", benutzt wurde. Alle wichtigeren inner- und außerpolitischen Fragen wurden behandelt oder wenigstens gestreift. Das freie Versammlungsrecht,[7]) die Steuerfrage[8]), die Zivilehe[9]) wurden in den Kreis der Betrachtung

[1]) No. 3.
[2]) No. 4.
[3]) No. 20 u. 21.
[4]) No. 22.
[5]) No. 6.
[6]) No. 25.
[7]) Jahrgang 1849, No. 1.
[8]) Jahrgang 1849, No. 3.
[9]) Jahrgang 1849, No. 16.

gezogen und vor allem auch die Schulfrage[1]) und die Stellung der Schule im konstitutionellen Staat[2]) sehr eingehend erörtert, letzteres nicht zu verwundern, da nach den Unterschriften vieler Artikel zu schließen, Lehrer zu den Hauptmitarbeitern des Blattes gehörten. Mit einem Appell „An die Konservativen"[3]) im Jahre 1850 wird der schon im verflossenen Jahr begonnene Kampf gegen „die Reaktion"[4]) wieder eröffnet, desgleichen die Agitation gegen die Demokraten lebhaft betrieben.[5]) Reichlichen Agitationsstoff liefern auch die Wahlen zum deutschen Volkshause",[6]) wie überhaupt die deutsche Frage ein sehr oft und sehr leidenschaftlich erörtertes Thema ist. Daß „Preußentum und Deutschtum"[7]) sehr wohl zu vereinen sei, daß „der deutsche Bundesstaat eine Nationalsache"[8]) darstelle, die man nach Kräften fördern müsse, damit endlich „das Evangelium vom deutschen Reich und deutschen Volk"[9]) sich erfülle, all dies wird mit großer Kraft der Sprache und Ueberzeugung darzutun gesucht.

Grossen Raum beanspruchen in dem Blatt die während des letzten Viertels des Jahres 1849 entstandenen Streitigkeiten[10]) in dem Provinzialkomitee, zu dem die Delegierten des konstitutionellen Zentralvereins mit denen des vaterländischen Vereins, der Krieger- und Veteranenvereine zusammengetreten waren, um bei den Wahlen mit vereinten Kräften der Demokratie die Spitze zu bieten.[11]) Als aber mit der Verfassung vom 5. Dezember der Kurs immer weiter nach rechts zeigte und die in der Minderheit befindlichen Konstitutionellen im Provinzialkomitee dagegen zu opponieren versuchten, kam es zu Differenzen mit den anderen Vereinen, was den Zentralverein schließlich dazu veranlaßte, in No. 20 des „Schlesischen Volksblatts" vom 10. Dezember 1849 mit einem Aufruf „An die Konstitutionellen Schlesiens" seine Trennung von dem reaktionären Provinzialkomitee zu publizieren; in der „Denkschrift des schlesischen konstitutionellen Vereins" vom 14. und 18. Januar 1850[12]) wurde die ausführliche Begründung dieses Schrittes gegeben. Das Schlesische Volksblatt ward nun das eigentliche Vereinsorgan des Zentralvereins, in dem seine Sitzungsberichte erschienen und seine

---

1) Jahrgang 1849, No. 1, 2 u. 3.
2) Jahrgang 1849, No. 14—17 u. 19.
3) Jahrgang 1850, No. 13.
4) Jahrgang 1849, No. 13.
5) Vgl. Jahrgang 1850, No. 21 „Offener Brief an die Demokraten", Jahrgang 1849, No. 22 „Demokratisches. Jahrgang 1849, No. 19 „Politische Gleichmacherei".
6) Jahrgang 1849, No. 15 und Jahrgang 1850, No. 2.
7) Jahrgang 1849, No. 4 u. 18.
8) Jahrgang 1849, No. 17.
9) Jahrgang 1850, No. 7.
10) Vgl. Jahrg. 1849 No. 8 „Wollen die Echt-Konstitutionellen eine Spaltung in der konstitutionellen Partei?" Jahrgang 1849, No. 10 „Alt-Konstitutionelle—Systematische Opposition." „Die Stellung des konstitut. Zentralvereins zum Provinzialkomitee." „Wir wollen es dem Komitee überlassen." Jahrgang 1850, No. 1 „Der konstitut. Kongress" u. a. m.
11) Stein, Gesch. von Breslau, S. 441.
12) Schles. Volksblatt Jahrgang 1850, No. 4 u. 5.

Bekanntmachungen für die Parteigenossen veröffentlicht wurden. Damit aber war entgegen der ursprünglichen Absicht der Standpunkt des Blattes zu sehr spezialisiert worden; zugleich war der Rahmen des Blattes zu groß, um nur den Interessen eines Vereins zu dienen und daher die Weitererhaltung des Organs als bloße Vereinszeitung zu kostspielig. Man überließ deshalb fortan die Vertretung der eigentlich konstitutionellen Partei der Breslauer Zeitung und bereitete so im März 1850 dem Schlesischen Volksblatt ein frühes Ende.

Wenden wir uns nun der von den vorstehenden Blättern so oft und heftig bekämpften demokratischen Presse während der Revolutionsjahre zu, so werden wir bei Betrachtung der meistens nur ephemeren Erscheinungen in derselben ziemlich enttäuscht sein.

Da ist zunächt als größeres Blatt der **„Breslauer Kreisbote, Vertreter der Demokratie in Schlesien“**, zu nennen, der seit dem 1. September 1848 jeden Montag und Donnerstag für den monatlichen Preis von 3¾ Sgr. ausgegeben wurde, mit dem 31. Dezember desselben Jahres aber schon sein Erscheinen wegen Abonnentenmangels einstellen mußte. Das Blättchen enthielt neben einem reichen provinziellen Teil ganz gediegene und flott geschriebene, oft freilich auch recht blutrünstige Artikel, zu welch letzteren Abhandlungen wie „Das Recht auf Arbeit“,[1]) „Warum leidet der Arme Hunger?“[2]) u. a. ohne Zweifel gehören. Andererseits sind Aufsätze „Ueber das Gefängniswesen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“,[3]) „Gespräche über die Republik“,[4]) „Die oktroyierte Verfassung“,[5]) mit wissenschaftlicher Gründlichkeit geschrieben. Begründeten Anspruch auf dieses Prädikat konnte auch die seit dem Januar 1848 herausgegebene Monatsschrift **„Der Staatsbürger“** erheben, die im Verlag von A. Schulz u. Co. erschien und von dem bekannten sozialistischen Breslauer Literaten A. Semrau redigiert wurde. Obwohl von tüchtigen publizistischen Kräften wie Eduard Graf Reichenbach, Julius Stein, Heinrich Simon mit gut und gründlich geschriebenen Beiträgen[6]) versehen, fristete der „Staatsbürger“ sein Dasein ebensowenig über das Jahr 1848 hinaus, wie die schon mehr ins Genre des Flugblattes schlagende Zeitschrift **„Das Blatt des Volkes“** von H. M. Auerbach, welche die offene Anarchie predigte, wie z. B. die drohende Frage[7]) dartut: „Seht Ihr Geldmänner und Landbegüterte nicht ein, daß der eingezwängte Arbeiterstand sich durch eine schreckliche Explosion Luft machen wird, Luft machen muß?“

---

[1]) No. 16.
[2]) No. 23.
[3]) No. 8, 10—12, 16.
[4]) No. 11, 12, 19, 24, 27—30, 33.
[5]) No. 29.
[6]) Vgl. im Januarheft: „Zur Würdigung der Einkommensteuer“, von Ed. Graf Reichenbach. Im Februarheft: Einige Gedanken aus dem alten Buche „Welt und Zeit“, mitgeteilt von H. Simon.
[7]) No. 3, vom 27. März 1848.

So wenig aber die Breslauer Demokratie während der Revolutionsjahre mit ihren reinpolitischen Preßerscheinungen reüssierte, so sehr war sie von Glück begünstigt bei der Verbreitung politischer Witzblätter ihrer Richtung, mit denen bald nach Verkündigung der Preßfreiheit Breslau überschwemmt wurde und die — mit einer Ausnahme — kein politisch anders gerichtetes derartiges Blatt neben sich aufkommen ließen. Voigt, der Disponent der Schlesischen Zeitung, schildert im Schlesischen Volksblatt[1]) das Treiben dieser demokratischen Witzblattfabrikanten und ihrer Kolporteure in sehr interessanter Weise: — — — — „„Die Zensur ist aufgehoben, Preßfreiheit bewilligt,"" jubelten endlich die Häupter der Umsturzpartei, „„die Regierung hat uns die Waffen selbst in die Hand gegeben; wir werden sie zu ihrem Verderben benutzen. Das Volk gehört uns von dem Augenblick an, wo wir auf dasselbe durch die Presse in unserem Sinne wirken können. — — — — „„Heutzutage kommt alles darauf an, hochgestellte Personen zu schmähen, bekannte bisher geachtete Personen lächerlich zu machen, um Geld zu verdienen. Wohlan denn schmähen wir, machen wir lächerlich. Ein einzelner Aufsatz bringt einmal Geld, ein regelmäßig erscheinendes Blatt bringt regelmäßige Einnahmen, das Gewisse ist besser als das Ungewisse. Schreiben wir also ein solches Blatt, und glückt es uns noch, für dasselbe einen tollen, recht widersinnigen Titel zu finden, so kann der Erfolg gar nicht ausbleiben."" Und er ist nicht ausgeblieben. Satan, Putsch, Geißel und Krakehler haben ihre Glanzperiode gehabt. Vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hörte man nichts weiter als den Ruf: „Putsch No. 3, Geißel No. 6." Die Scharen der fliegenden Buchhändler standen stunden-, ja halbe Tage lang vor der Druckerei, nur um die neue Nummer, so feucht, wie sie die Presse verließ, zu erhalten. Waren sie endlich in den Besitz gelangt, dann stoben sie nach allen Weltgegenden auseinander, verteilten sich an allen Straßenecken, in allen Bierlokalen, und der eigentümlichste Handel, den wir wohl je gesehen, begann. Hier eine alte Frau mit einem ganzen Korbe solcher Blätter, dort ein kleiner zerlumpter Junge mit einer einzigen Nummer. Von allen Seiten angerufen, auf allen Straßen verfolgt, kaufte ein großer Teil des Publikums, — — — und je höher gestellt oder je bekannter die von den Angriffen (sc. der Blätter) betroffenen Personen waren, um so reißender ward das Blatt gekauft, und es ist mehr als einmal vorgekommen, daß der ursprüngliche Preis, der in der Regel einen Silbergroschen betrug, infolge großer Nachfrage auf den acht- und zehnfachen Betrag stieg."

Das will einem ganz verwunderlich erscheinen, wenn man heute die wenigen noch vorhandenen Exemplare einmal durchsieht. Der Inhalt der meisten ist so nichtssagend und wenig witzig, daß dafür selbst ihr geringer Preis noch als zu hoch gegriffen zu sein scheint. **„Satan, Flugblatt für Lachlustige,"** das hektographierte, im Judenjargon stilisierte **„Michelleben, loss der sogen,"** **„Spitzkugeln**

---

[1]) Jahrgang 1849, No. 2, „Preßfreiheit — Preßfrechheit."

und kaltes Eisen," **„Kartätschen, Breslauer fliegende Blätter"**[1]) sind sämtlich kleine Oktavblättchen, meistens voll öder Anspielungen auf lokale Verhältnisse oder gemeiner Zweideutigkeiten, ohne irgend welche wirklich gute politische Satire zu entfalten. Etwas besser, aber für einen Redakteur wie A. Semrau auch noch viel zu dürftigen Inhalts ist der **„Entfesselte Teufel,"** der regelmäßig Mittwochs und Sonnabends erschien.

Gut redigiert sind die größeren Witzblätter **„Putsch"** und **„Geißel,** geschwungen auf dem Buckel eines jeden". Freilich findet sich auch bei ihnen die politische Satire nicht so oft, als man erwarten sollte. Ein beliebtes Thema bilden die Nationalversammlung und die Erste Kammer, die verschiedentlich persifliert werden, z. B. in Putsch No. 1 „Bild einer Nationalversammlung", Geißel No. 3 „Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft, Traum eines Proletariers, Szene aus der Ersten Kammer". Der Reichsverweser, die deutsche Flotte, der zukünftige deutsche Bundesstaat mit seinen Institutionen[2]) werden ebenfalls nicht ungeschoren gelassen und schließlich auch durch eine Etablissementsanzeige[3]) des „Friedrich Wilhelm König" darauf aufmerksam gemacht, daß „selbiger im Laufe nächsten Jahres ein Engros-Geschäft in Deutschland unter der Firma „Friedrich Wilhelm Kaiser" eröffnen werde und schon im voraus seine Freunde bitte, ihr Augenmerk auf seine bedeutenden Gewehrfabriken, Schwertfegereien, Kanonen- und Kugelgießereien zu richten". Zum Christfest bringt die Geißel in No. 2 einen „Weihnachtsbaum mit Märzbeleuchtung", an dem Demokraten, Pranger, Henkerseile, Ketten u. dergl. hängen und worüber der Tod seine Fackel schwingt. „Wie ein Ministerium über Volksrechte denkt," karikiert dasselbe Blatt in No. 13. „Nachdem sie schon Verschiedenes in den Sack gepackt haben, spricht Brennibor zu Hermann Teufel: „„Gib noch die Volksbewaffnung her und das Versammlungsrecht, so haben sie dann gar nichts mehr, und das ist recht."" Aber auch gelegentlich ernst gehaltene, flammende Proteste gegen das bestehende Regime und seine Uebergriffe[4]) sind im „Putsch" zu finden, die nach Vergrößerung seines Formats von

---

[1]) Das Motto nach dem Gedicht von Geibel:

„Mit Kartätschen und Granaten
Sprachen sonst die Potentaten
Zu dem Volke liebevoll,
Mit Kartätschen und Granaten,
Pietisten, Bureaukraten,
Bis das Maß des Zornes schwoll.
Mit Kartätschen und Granaten
Schießen heut die Demokraten,
Bombardieren Witz und Geist
Mit Kartätschen und Granaten,
Die man laut in allen Staaten
Als das beste Mittel preist."

[2]) Putsch No. 1, 3, 4 usw.

[3]) Putsch No. 16.

[4]) Vgl. No. 3 „Protest der Breslauer an die Berliner Constabler wegen Verhaftung des Abgeordneten Stein, No. 10: „Wo bleiben die Errungenschaften?" ein Protest gegen die beabsichtigte Unterdrückung des Blattes.

No. 30 an unter der Rubrik „Leitender Putsch" ständig werden; wollte er doch nicht umsonst in seinem Programm in No. 1 gesagt haben:

„Der Putsch gehört zu den Mißvergnügten, deren es jetzt noch viel mehr gibt als vor der glorreichen Märzrevolution. Er hat sich daher vorgenommen, gegen Vor-, Mit- und Nachwelt zu putschen. Der Putsch fühlt sich gedrungen, die Revolution anzuerkennen. — — — — — Er kämpft für Proletariat und Völkerglück und sucht sich dadurch viele Abonnenten zu gewinnen, was für ihn die beste Errungenschaft wäre. Er würde dann Deutschland auch das gute Beispiel geben, wie man Errungenschaften zu erhalten streben, sie nötigenfalls mit seinem Tode erst lassen muß."

Den meisten Raum beansprucht in beiden Blättern die Satire auf lokale Verhältnisse und Persönlichkeiten. Schon oben wurde gesagt, daß die Geschichte Breslaus im Jahre 1848 eine Geschichte der zahlreichen politischen Vereine ist. Mit Genugtuung wird nun im Putsch No. 1 konstatiert, „daß aus den hiesigen politischen Klubs sich ein Komitee gebildet habe für Feststellung der Punkte, in welchen alle übereinstimmten; das Komitee sei dahin einig geworden, — — — — — daß die politischen Vereine seither wie Hund und Katze sich gegenübergestanden und sich auch künftig gegenüberstehen würden." Zur Illustrierung dieses Verhältnisses muß der konstitutionelle Zentralverein in erster Linie sich hergeben, dessen Hauptvertreter, die Professoren Regenbrecht, Wilda und Frankenheim, in den „Szenen aus dem reaktionären Zentralverein,"[1]) weidlich hergenommen werden. Sie und ihr Klub werden in No. 11 des „Putsch" von Windischgrätz, Jellacic und Auersperg um Hilfe gegen Wien und seine akademische Legion angegangen,[1*]) und in No. 6[2]) werden ihnen sowie anderen, auch konstitutionell gesinnten Professoren Vorlesungen aus dem politischen Gebiete angeraten, auf dem sie ungleich besser orientiert seien als in ihrer eigenen Wissenschaft. So z. B. sollen der protestantische Theologe Räbiger über vaterländisch-konstitutionelle Theologie und Röpell über die Geschichte des konstitutionellen Zentralvereins — täglich zwölf Stunden — lesen; Professor Regenbrecht, der zugleich das Amt eines Stadtverordneten-Vorstehers bekleidete, wird angeraten, ein Kolleg „Ueber das preußische Recht der Absetzung untauglicher Stadtverordneten-Vorsteher" zu halten. Auch in Einzelbiographien müssen Tellkampf,[3]) Haase[4]) und Regenbrecht[5]) herhalten; doch nicht genug damit, bei der Persiflierung der Stadtverordneten-Versammlung, „die städtische Menagerie" überschrieben, werden sie noch einmal unbarmherzig, aber mit unwiderstehlicher Komik karikiert.

---

1) Putsch, No. 7.
1*) Putsch, No. 7.
2) „Die Breslauer Universität wird um folgende Vorlesungen im Wintersemester gebeten".
3) Putsch, No. 8.
4) Putsch, No. 10: „Naturhist. Putsch", u. No. 11 „Biograph. Putsch."
5) Putsch, No. 2 u. 6.
6) Putsch, No. 13 u. 14.

Der nach den stürmischen Breslauer Novembertagen im Jahre 1848 gegründete „Verein für gesetzliche Freiheit und Ordnung“,[1] welcher die Behörden bei der Aufrechterhaltung von Gesetz und Recht unterstützen wollte, bildet ebenfalls einen Gegenstand lebhaftester Erörterung. So weiß die Geißel „Bruchstücke aus den geheimen Statuten des Vereins für gesetzliche Unordnung“[2]) anzugeben, die u. a. die Paragraphen enthalten:

§ 4.

Es würde einen übermäßigen Grad von Empfindlichkeit verraten, wenn jemand die Beschuldigung, er sei dumm oder verrückt oder ein Hampelmann, übelnehmen wollte.

§ 5.

Hunde dürfen nur in die Gesellschaft gebracht werden, wenn sie schwarz-weiße Halsbänder tragen usw.

Auch eine Sitzung dieses Klubs wird in dem Blatte recht drastisch dargestellt,[3] wobei natürlich nicht vergessen ist, den Klempnermeister Vogt auftreten zu lassen, der anläßlich der Ueberreichung der Breslauer Dankadresse am 12. Dezember 1848 von dem König mit einem Händedruck beehrt worden war; seitdem bildete der unglücklicherweise noch dem obengenannten Verein angehörende biedere Meister, welcher sich wahrscheinlich mit dieser Ehrung brüstete, und seine so ausgezeichnete Rechte ein beliebtes Thema;[4] daß er seit dem unvergeßlichen Ereignis seine Hand nicht mehr gewaschen habe, war noch eine der milderen Behauptungen, die über ihn aufgestellt wurden.

Der an der Spitze des Vereins stehende Graf Ziethen wird mit Strömen von Lauge des Spottes und Hohnes übergossen. Das Stärkste hierin wird in No. 4 des Putsches geleistet.[5] Gleichen Interesses erfreut sich auch Möcke, der Redakteur der Schlesischen Zeitung, welcher samt seinem reaktionären Organ sehr unsanft hergenommen wird.[6] Die Satire geht aber hier wie bei den Karikaturen der Stadtverordneten Milde[7] und Ludewig[8] schon ganz und gar ins Persönliche, ja ins Gemeine über.

Durch diese Art des Vorgehens werden manche von den zahlreichen Schwierigkeiten erklärlich, mit denen „Putsch“ und „Geißel“ fortwährend zu kämpfen hatten. Der Herausgeber der ersteren hatte von Anfang an kein leichtes Dasein und mußte Anklagen und Konfiskationen in reichlichster Menge über sich ergehen lassen. Bereits am 22. Dezember 1848 wurde gegen Rühl auf Grund eines

1) Stein, Gesch. von Breslau, S. 380.
2) Geißel, No. 3.
3) Geißel, No. 2.
4) Vgl. Putsch, No. 15 u. 18, Geißel No. 1 u. a. m.
5) Vgl. auch No. 12 und 17.
6) Putsch, No. 3, 5, 32 u. a. m.
7) Putsch, No. 4 u. 7, Geißel, No. 5.
8) Putsch, No. 20 u. 33, Geißel, No. 7.

Artikels in No. 15 — „Gespräch auf der Niederschlesischen Eisenbahn", in dem der Empfang der Dankesdeputation vom 12. Dezember beim König verhöhnt wird — die Kriminaluntersuchung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet, sowie das Manuskript und die noch vorrätigen Exemplare sofort beschlagnahmt.[1] Infolgedessen erhielt Rühl, der eine der führenden Persönlichkeiten in der Breslauer Demokratie war,[2] im Mai den Ausweisungsbefehl, und das Erscheinen seines Blattes, wurde für die Dauer des über Breslau verhängten Belagerungszustandes verboten.[3] Nach Aufhebung desselben erschien der „Putsch" am 25. August 1849 in veränderter Gestalt von einem anderen Herausgeber. Er hieß jetzt **„Breslauer Krakehler"**, war ediert von P. Lindner und verlegt bei Braun, Hintermarkt No. 2. Als Motto trug die erste und einzige Nummer den Vers:

„Wir haben lang genug geliebt,
Wir wollen endlich hassen!"[4]

Im September erschien der Putsch wieder in altem Gewande, redigiert von dem schon oben genannten Schriftsetzer Lindner,[5] worauf er nach langer Unterbrechung erst wieder am 18. Dezember auftauchte.[6] Auch darauf folgte wieder eine Pause, worauf am 15. Februar 1850[7] ein ziemlich dürftiges Elaborat erschien; mit der Ende Februar erschienenen Nummer[8] war das letzte Restchen Witz verpufft, und das Lebenslicht des in letzter Zeit nur noch in grobem Sozialdemokratenjargon gehaltenen Blattes erlosch nunmehr. —

Der Herausgeber der „Geißel", ein Kandidat namens Pätzhold, zog sich im März 1849 gleich zwei Anklagen wegen Majestätsbeleidigung auf einmal zu, die er in den No. 7 und 9 begangen haben sollte.[9] Das Blatt zog es deshalb vor, bei Beginn des Belagerungszustandes sein Erscheinen einzustellen,[10] um in den Septembertagen unter einem anderen Redakteur, Torek mit Namen, wieder aufzutauchen. Da der neue Redakteur eine sehr radikale Tendenz an den Tag legte, wurde die Polizeibehörde sehr bald auf ihn aufmerksam, und weil er angeblich noch Student war, setzte sie sich mit dem Universitätsrichter in Verbindung,[11] erhielt aber von diesem den Bescheid, daß Torek „nur ein junger Literat wäre, dem früher gestattet worden sei, einige Kollegien zu hören".[12] Sein Vorgänger, der Kandidat Pätzhold, hatte sich unterdessen im August

---

1) St. A. Rep. 14, P. A. III, 53 i. vol. XXXVI. 22. Dezember 1848.
2) St. A. Rep. 14, P. A. III, 53 i. vol. XXXVI. 28. April 1849.
3) St. A. Rep. 14, P. A. III, 53 i. vol. XXXVI. 19. Mai 1849.
4) St. A. Rep. 14, P. A. III, 53 i. vol. XXXVI. 26. Mai 1849.
5) St. A. Rep. 14, P. A. III. 53 i. vol. XXXVI. 25. August 1849.
6) St. A. Rep. 14, P. A. III, 53 i. vol. XXXVI. 15. September 1849.
7) St. A. a. a. O. vol. XXXVII, 16. Februar 1850.
8) St. A. a. a. O. vol. XXXVII, 23. Februar 1850.
9) St. A. a. a. O. vol. XXXVI. 3. u. 18. März 1849.
10) St. A. a. a. O. vol. XXXVI. 26 Mai 1849.
11) St. A. a. a. O. vol. XXXVI. 8. September 1849.
12) St. A. a. a. O. vol. XXXVI, 15. September 1849.

wegen Anklage auf Majestätsbeleidigung vor den Schranken des Schwurgerichts zu verantworten gehabt und eine längere Freiheitsstrafe erhalten. Dieser Prozeß bildete zugleich den Anfang der ersten Schwurgerichtsperiode in Breslau.[1]) Wegen Mangels an Abnehmern ging schließlich das Blättchen im November desselben Jahres ein.[2])

Das wider Putsch und Geißel von den staatserhaltenden Parteien ins Leben gerufene „Organ gegen anarchische Bestrebungen" mit dem schönen Titel **„Wurst wider Wurst"** erschien seit dem 27. Oktober 1848 bei Storch u. Co. in unregelmäßiger Folge, oft in mehr als vierwöchentlichen Zwischenräumen, und ging mit No. 14 am 5. April 1849 ein. Trotz seines größeren Formats stand das Blatt auf keinem besseren Niveau als die demokratischen Witzblättchen vom Schlage des „Satan", der „Kartätschen" und Konsorten. Jedenfalls war es ein Beweis richtigen politischen Taktgefühls seitens der nichtdemokratischen Parteien, daß das Blatt nur wenig ihr Unterstützung fand.

Werfen wir nun noch einmal einen Blick auf die politische Witzblattliteratur der Revolutionsjahre zurück, so müssen wir gestehen, daß das Ergebnis für Breslau ein recht klägliches ist, da die Intelligenz ihre besten Kräfte im Dienste der politischen Tagespresse verbrauchte und die politische Satire vollständig vernachlässigte.

---

1) Stein, Geschichte von Breslau, S. 427.
2) St. A. a. a. O., 3. November 1849.

H. Die Breslauer Morgenzeitung.

Am 29. September 1845 erschien in Breslau bei Leopold Freund ein Blättchen in kleinem Quartformat, das berufen schien, die Menge Lokalblätter, welche die Stadt schon besaß, noch um eine Eintagsfliege zu vermehren. Es war dies der von dem Polizeiassessor Werner redigierte

„Breslauer Anzeiger für Communal-, polizeiliche und Lokal-Angelegenheiten“,

dessen Inhalt nach dem in der ersten Nummer aufgestellten Programm vor allem Mitteilungen aus dem hiesigen Kommunalwesen und „allgemeine Aufsätze über Gegenstände der Stadtverwaltung“ bilden sollten. Besondere Aufmerksamkeit würde auch der Besprechung des israelitischen Gemeindewesens gewidmet werden neben den Nachrichten von der Polizeiverwaltung mit ihren verschiedenen Variationen als: Unglücksfälle, Verbrechen, Gefangenen- und Sterbelisten etc. Zum Offiziosus der Polizeibehörde berufen, konnte nun freilich das Blatt rasch Gefahr laufen, durch einen trockenen Amtsstil sich bald recht unbeliebt zu machen. Doch weit entfernt davon wußte sich der Neuling beim Publikum in kurzem so einzubürgern, daß ihm auch bald das bisherige Gewand zu eng wurde und er schon in No. 39 desselben Jahres für das nächste Quartal, das erste Viertel des Jahres 1846 ein größeres Format ankündigte.

Der Breslauer Anzeiger hatte nämlich mit Glück den richtigen Geschmack der mittleren Kreise damaliger Zeit getroffen. Die im Programm angekündigten „Aufsätze und Miszellen“ waren meistens langausgesponnene, blutrünstige Biographien von Verbrechergrößen, detaillierte Schilderungen von Mord- und Schandtaten und dergleichen mehr. Ihnen schlossen sich die „Berichte über vorgekommene Unglücksfälle, Verbrechen etc.“ an, die mit den pikantesten Einzelheiten von jedem Skandal berichteten, der sich in Breslau und Umgebung zugetragen hatte. Hierauf folgten schließlich die „Aufsätze über Kommunal- und Lokalangelegenheiten,“ worin den Stadtbehörden sehr oft übel aufgespielt wurde, manchmal aber auch über andere gewöhnliche Sterbliche sich eine Lauge von Spott ergoß. Der Anzeiger fristete so ein beschauliches Dasein bis in die fünfziger Jahre. Sein Redakteur war mittlerweile zum Polizeirat avanziert, der dreimal wöchentlich, Montags, Mittwochs und Sonnabends, für den Vierteljahrespreis von 15 Sgr. den zirka 1000 Abonnenten die „kommunalpolizeilichen und lokalen“

Neuigkeiten zugehen ließ.[1]) Da das Blatt keinerlei politische Färbung aufwies, brauchte es dem im Juni 1850 erschienenen Preßgesetz zufolge auch nur die Hälfte der Kaution der großen politischen Zeitungen erlegen, nämlich 2500 Tlr.[2]) Offenbar aber fühlte sich das Blatt zu Größerem berufen, denn während ihm im Juni 1851 die Konzession noch auf Grund der alten, im Programm von 1845 enthaltenen beschränkenden Bedingungen verlängert worden war,[3]) wird im Juli 1852 von dem Breslauer Anzeiger berichtet:[4]) „Eine fünfte politische Zeitung ist entstanden, indem der von dem Polizeirat Werner redigierte Breslauer Anzeiger seit dem 1. Juli cr. auch die politischen Zeitereignisse mitteilt, wenn auch ohne auf die ausführliche Besprechung derselben sich einzulassen. Das bisher nur dreimal in der Woche ausgegebene Blatt erscheint jetzt täglich und kostet vierteljährlich anstatt der bisherigen 15 Sgr. von jetzt ab 22½ Sgr. Die Kaution ist auf 5000 Tlr. erhöht worden. Ueber die fernere Belassung der Redaktion in den Händen des Polizeirats Werner auf Grund des § 22 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 wird ein besonderer Bericht erstattet werden.

Das Feld der Politik, welches der Anzeiger nunmehr anbaute, trug auch bald seine Früchte, denn im August desselben Jahres hatte er in Breslau selbst 1090 Abonnenten und fing jetzt auch an, freilich erst mit zehn Lesern, sich ein Absatzgebiet in der Provinz zu schaffen.[5]) Wie schon angedroht, mußte der Polizeirat Werner „wegen der unsicheren Haltung des Blattes“ endlich im September 1853 die Redaktion des Breslauer Anzeigers niederlegen und durfte auch hinfort dem Blatte keine Nachrichten aus dem Bureau des Polizeipräsidiums mehr zugehen lassen, denn letzteres hatte sich jetzt ein eigenes Organ in dem „Polizei-Blatt für die Stadt Breslau“ geschaffen.[6])

Die Redaktion des Blattes, das auch im März 1853 seinen Namen in **„Kleine Morgenzeitung“** umgewandelt hatte, mußte nun der Verleger Leopold Freund selbst übernehmen,[7]) der sich jedoch alsbald in der Person des Dramaturgen am Breslauer Theater, Dr. Lasker,[8]) eine tüchtige Kraft für sein Blatt zu sichern wußte.[9]) Unter dem Zepter des neuen Redakteurs stieg die Abonnentenzahl gleich beträchtlich, bis auf 1424,[10]) obwohl eine bestimmte politische Richtung noch nicht zutage trat.[11]) Im Februar 1854 sank die

---

1) St. A. Rep. 14, P. A. IX, 49eI.
2) Ebenda.
3) St. A. Rep. 14, P. A. IX, 55v.
4) St. A. Rep. 14, P. A. III. 53 i. vol. XXXIX. 10. Juli 1852.
5) St. A. Rep. 14, P. A. III. 53 i. vol. XXXIX. 14. August 1852.
6) St. A. a. a. O. vol. XL. 17. September 1853.
7) Ebenda.
8) Allgemeine Deutsche Biographie, Leipzig 1883, Bd. 17, S. 735. Vgl. auch St. A. Rep. 14, P. A. III. 53 i. vol. XL. 4. Juni 1853, „Breslauer Verzeichnis derjenigen Schriftsteller und Zeitungskorrespondenten etc.“ Siehe Aktenanhang.
9) St. A. a. a. O. vol. XL. 1. Oktober 1853.
10) St. A. a. a. O. vol. VL. 5. November 1853.
11) St. A. a. a. O. vol. XL. 1. Oktober 1853.

Auflage auf 1400 Exemplare herab,[1]) wogegen sie sich im November 1855 wieder bis auf 1600 Exemplare gehoben hatte.[2]) In diesem Jahre bekam das Blatt zum erstenmal die Folgen seines nunmehrigen politischen Charakters zu fühlen. Der nominelle Redakteur der Morgenzeitung, Leopold Freund, erhielt nämlich „auf höhere Veranlassung“ wegen Aufnahme eines angeblich aufreizenden Gedichtes über die Not der schlesischen Weber eine Verwarnung.[3]) Von 1856 an war die Zeitung nunmehr berufen, den Platz der inzwischen eingegangenen demokratischen Oderzeitung auszufüllen, die ihr schon zum Teil ihre Abonnenten hinterlassen hatte, denn im Februar 1856 zählte die Morgenzeitung bereits 2000 Leser.[4]) Außer der auch den anderen Blättern in diesem Jahre zugegangenen Verwarnung betreffs der Duellangelegenheit Hinkeldey[5]) erhielt Leopold Freund vom Regierungs- und Polizeipräsidenten eine ernste Rüge, weil die Morgenzeitung im Blatt vom 17. September über die Neuenburger Angelegenheit einen „unangemessenen“ Artikel gebracht hätte.[6]) Das Polizeipräsidium beginnt jetzt immer mehr mit ihr unzufrieden zu werden, denn im November 1858 erregt sie schon wieder Mißfallen ob ihres herben Urteils über das gestürzte Ministerium Manteuffel.[7]) Ihre freie Sprache, die sie auch im Anfang des Jahres 1859 Frankreich gegenüber führte,[8]) entzog ihr jedoch nicht die Gunst der Leser, deren sie 1859 4100 zählte.[9]) Bald aber nahm sie in konfessioneller Hinsicht eine Haltung an, die sehr geeignet dazu war, ihr einen beträchtlichen Teil der Leser zu entfremden. Kehler berichtet nämlich am 19. Februar 1859: „Der Herr Fürstbischof von Breslau hat sich in verflossener Woche bei dem Polizeipräsidium über die feindliche Haltung beschwert, welche die hiesige Morgenzeitung gegen die katholische Kirche seit einiger Zeit eingenommen habe. Allerdings ist die Haltung der Morgenzeitung in dieser Beziehung keine angemessene gewesen und auch nicht zu verwundern, da der Herausgeber Leopold Freund und der eigentliche Redakteur Dr. Lasker freisinnige Juden sind und der nominelle Redakteur Weber ein christkatholischer Dissident ist. Gleichwohl hat das Polizeipräsidium den Inhalt der angefochtenen Artikel nicht als strafbar erkannt und sich daher auch jetzt darauf beschränken müssen, die Entscheidung des Staatsanwalts einzuholen.“

Dieser wies aber die Beschwerde des Fürstbischofs zurück, und Kehler suchte nun zwischen beiden Parteien zu vermitteln und sie zu beschwichtigen, Leopold Freund besonders unter Hinweis auf die beträchtliche Anzahl seiner katholischen Leser.[10]) Die

1) St. A. a. a. O. vol. XLI. 25. Februar 1854.
2) St. A. a. a. O. vol. XLI. 3. November 1855.
3) St. A. a. a. O. vol. XLI. 24. März 1855.
4) St. A. a. a. O. vol. XLII. 2. Februar 1856.
5) St. A. a. a. O. vol. XLII. 22. März 1856.
6) St. A. a. a. O. vol. XLII. 20. September 1856.
7) St. A. a. a. O. vol. XLIII. 6. November 1858.
8) St. A. a. a. O. vol. XLIII. 5. Februar 1859.
9) St. A. a. a. O. vol. XLIII. 12. Februar 1859.
10) St. A. a. a. O. 26. Februar 1859.

Zeitung verfolgte jetzt eine ganz und gar demokratische Richtung[1]) und machte sich dadurch zum gelesensten Blatt in Breslau, besonders in den unteren Klassen, denen sie jetzt vollen Ersatz bot für die verschwundene Demokratenzeitung.[2]) Sie hatte diese ihre Popularität und ihre entschieden demokratische Färbung in letzter Zeit vorzugsweise dem Eintritt August Semraus[3]) in die Redaktion zu verdanken, der die Zeitung durch eigene Leitartikel zu einem selbständigen Urteil brachte, während sie vordem ihre politische Weisheit fast ausschließlich der Nationalzeitung und der Volkszeitung entlehnte.[4])

Bei ihrer jetzigen Richtung war es klar, daß die Morgenzeitung 1859 offen ihre Sympathie für die Erhebung des italienischen Volkes zur Schau trug und entschieden das Prinzip der Nichtintervention Preußens vertrat;[5]) daher fand auch die freilich zunächst nur zu Demonstrationszwecken verfügte Mobilmachung gar keinen Beifall ihrerseits.[6])

Durch ihre Opposition in dem Rufe stehend, der Offiziosus der äußersten Linken zu sein, ging die Morgenzeitung in das Jahr 1860. „Das Organ der demokratischen Partei," schreibt der Polizeipräsident am 10. März 1860, „ist die hier bei Leopold Freund erscheinende Morgenzeitung, ein Blatt, dessen Wirksamkeit nicht zu unterschätzen ist. Sein Absatz erstreckt sich zwar nicht über Breslau hinaus, aber in Breslau selbst wird es mehr gelesen, als irgend eine andere Zeitung. Es bildet die Zeitungslektüre der mittleren und unteren Volksklassen. Während es sich darauf beschränkte, die politischen Tagesneuigkeiten früher in kurzen Auszügen aus anderen größeren demokratischen Blättern und in der durch diese vertretenen Richtung mitzuteilen, bringt es seit einiger Zeit tägliche Leitartikel, welche im Sinne einer weitvorgerückten Fortschrittspartei nicht ohne Geschick redigiert sind. Man schreibt sie den wegen des Maiaufruhrs bestraften Semrau und Schlehau zu".

Letzterer, mit dem wir uns noch näher bei der Geschichte des Schlesischen Morgenblattes zu befassen haben werden, war durch sein politisches Martyrium eine der populärsten Figuren Breslaus geworden, und dies im Verein mit seinem großen publizistischen Talent machte ihn zu einem sehr gefährlichen, einflußreichen Hauptvertreter der Linken.

Kehler bot sich im April dieses Jahres übrigens eine Gelegenheit, der Morgenzeitung durch ein Konkurrenzunternehmen das Wasser abzugraben. Der Buchhändler Korn hatte sich nämlich ihm gegenüber erboten, das von dem Polizeipräsidenten gegründete und dem Buchhändler Zäschmar in Verlag gegebene amtliche **„Polizei- und Fremdenblatt"** zu erwerben und zu einem billigen politischen

---

1) St. A. a. a. O. 7. Mai und 18. Juni 1859.
2) St. A. a. a. O. 2. Juli 1859.
3) Ueber seine Persönlichkeit vgl. das „Breslauer Verzeichnis derjenigen Schriftsteller etc." Siehe Aktenanhang.
4) St. A. a. a. O. vol. XLIII. 17. September 1859.
5) St. A. a. a. O. vol. XLIII. 7. Mai 1859.
6) St. A. a. a. O. vol. XLIII. 18. Juni 1859.

Tageblatt nach Art der Morgenzeitung, aber im Gegensatz zu der durch letztere vertretenen Tendenz umzugestalten. „So wünschenswert es nun auch sein möchte", lautet sein in bedauerndem Tone gehaltener Bericht darüber, „die Wirksamkeit der außerordentlich verbreiteten Morgenzeitung zu schwächen und auch anderen Ideen als den von den Herren Semrau und Genossen vertretenen in unserem Publikum Eingang zu verschaffen, so habe ich gleichwohl Anstand genommen, auf das Anerbieten einzugehen. Das Interesse des Dienstes erfordert die Beibehaltung eines eigenen amtlichen Organs. Wird aber dasselbe zu politischen Mitteilungen benutzt, so wird der politische Teil des Blattes, er mag noch so oft als nichtamtlich bezeichnet werden, doch in den Augen des Publikums als offiziös, als Ausdruck der Regierungsmeinung gelten, und andererseits würde es noch unangemessener sein, wenn das Blatt, das mehr oder minder als das Organ des Polizeipräsidiums oder als unter dessen Einfluß stehend angesehen werden würde, sich ganz oder in einzelnen Fragen in Opposition zur Staatsregierung setzen sollte. Ein Einfluß, welcher vor letzterem sichert, läßt sich nicht erreichen."

Die Zeitung fuhr inzwischen unbeirrt in ihrer scharfen Kritik fort, zu der ihr im Juli 1860 die Umwandlung des Provisoriums[1]) in ein Definitivum wiederum reichlich Gelegenheit bot.[2]) Die Zeitung konnte sich mit dieser Umwandlung nicht einverstanden erklären, und trotz der Versicherung, daß sie an die Behandlung dieses Gegenstandes mit dem Bestreben nach äußerster Unbefangenheit gegangen wäre und daß sich der Regierung ein formell begangenes Unrecht nicht nachweisen ließe, mußte sie in No. 169 vom 21. Juli konstatieren, daß der Landesvertretung künftig nichts übrig bleiben werde als die Unmöglichkeit der Rückgängigmachung anzuerkennen und damit zugleich der Regierung das Recht zuzuerkennen, auf eigene Hand die tiefeingreifendsten Umgestaltungen vornehmen zu dürfen, also einfach ihr eigenes Todesurteil zu unterschreiben. Ein klägliches Armutszeugnis für ihren politischen Blick hätten sich gewiß jene „Konstitutionellen" ausgestellt, welche diese Bewilligung zu einem großen politischen Akte stempeln wollten,

---

1) St. A. a. a. O. vol. XLIV. 21. Juli 1860.

2) Vgl. Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte, 1890, Bd. 2, S. 663: „Am 10. Februar brachte die Regierung das „Gesetz betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienst" und die Vorlage auf Bewilligung von 9½ Mill. Taler ein. Sie wurden einer Kommission überwiesen, deren Vorsitzender Georg v. Vincke war und die zum Berichterstatter General a. D. Stavenhagen wählte. In ihrem am 30. April erstatteten Bericht empfahl die Kommission mit 13 gegen 7 Stimmen die dreijährige Dienstzeit, mit 14 gegen 6 die Umwandlung der Landwehr zu verwerfen. Darauf zog die Regierung den Entwurf zurück und forderte (5. Mai) als „Provisorium", wie Patow sagte, vom 1. Mai 1860 bis 30. Juni 1861 9 Mill. Taler außer den im Budget bewilligten Mitteln „zur Aufrechterhaltung und Vervollständigung derjenigen Maßnahmen, welche für die fernere Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit des Heeres erforderlich sind". Am selben Tage wurden die 36 Landwehrregimenter aufgelöst und ebensoviel kombinierte Infanterieregimenter an ihre Stelle gesetzt. . . . Das Geld wurde mit allen gegen 2 Stimmen bewilligt zur „einstweiligen" Aufrechterhaltung etc. . . . Daß der Regent es als „Definitivum" ansah, zeigt die Namenverleihung an die Regimenter (Juli 1860) und die Fahnenweihe (Januar 1861)".

während sie in Wirklichkeit doch nur die Unterzeichnung des Todesurteils der verfassungsmäßigen Freiheit gewesen sei, die man sich nur deswegen gefallen lassen konnte, weil sie in der Hoffnung geschehen, daß spätere günstige Umstände die Vollstreckung verhindern würden.

Das Einrücken sardinischer Truppen in den Kirchenstaat begrüßte die Morgenzeitung im September getreu ihrem Prinzip vom vorigen Jahre mit lautem Beifall als durch die sittliche und politische Notwendigkeit gerechtfertigt, und sie gab ihrem Wunsche Ausdruck, daß sie sich gleichfalls nach dem deutschen Garibaldi sehne.[1]) Naturgemäß geriet sie durch diese Parteinahme in einen scharfen Gegensatz zu Oesterreich, dessen Politik sie in geharnischten, wie aber selbst Kehler zugesteht,[2]) gut geschriebenen Leitartikeln scharf verurteilte. So heißt es z. B. in No. 221: „Wenn wir diesen verstockten österreichischen Absolutismus selbst in der Stunde seiner äußersten Not unfähig und ungewillt, den eigenen Völkern vollkommen gerecht zu werden und sich ehrlich und entschieden mit ihnen auszusöhnen, nach Warschau rennen sehen, um verzweiflungsvoll die Knie Rußlands und Preußens zu umklammern, so werden wir fast an jene widerlichen Schauspiele erinnert, wo zur Hinrichtung geschleppte Verbrecher ein letztes ekelhaftes Ringen mit dem Henker versuchen".

Wenn man behördlicherseits von der Zeitung eine gemäßigtere Sprache mit Recht verlangen zu können glaubte, so waren politische Skandale wie z. B. die Schwark-Stieberschen Enthüllungen zu Berlin im Dezember 1860 nicht sehr geeignet, sie dazu zu veranlassen. Schonungslos senkte die Morgenzeitung ihre Sonde tief in jene noch von der Reaktionszeit her faulende Wunde, und in dem Polizeibericht dankte man damals Gott, „daß dem demokratischen Organ mit seiner scharfen Sprache die Verbreitung über Breslau hinaus fehle,"[3]) denn hier behauptete es mit seinen 5000 Lesern[4]) unbestritten den ersten Platz in der öffentlichen Meinung.

---

[1]) St. A. a. a. O. 15. September 1860, vgl. auch 13. Oktober 1860.
[2]) St. A. a. a. O. 22. September 1860.
[3]) St. A. a. a. O. 1. Dezember 1860.
[4]) St. A. a. a. O. 13. Oktober 1860.

I. Konfessionelle Zeitungen mit politischer Färbung.

1. Das Schlesische Kirchenblatt.

Von dem sehr richtigen Gedanken ausgehend, daß bei der wachsenden religiösen Erregung und den immensen Fortschritten, welche die akatholische Presse in innerer und äußerer Ausstattung gemacht, den schlesischen Katholiken unmöglich mit den bisherigen nur wenige Male im Jahre erschienenen theologischen Fachzeitschriften gedient sein könne, riefen im Jahre 1835 der Kuratus bei St. Antonius Dr. Joseph Sauer und der Kuratus von St. Matthias, Thiel mit Namen, ein Wochenblatt ins Leben unter dem Titel „Schlesisches Kirchenblatt. Eine Zeitschrift für Katholiken aller Stände zur Beförderung des religiösen Sinnes.“ Das Programm, welches sich die Redakteure gestellt, lautete nach Jahrgang 1836, No. 1, folgendermaßen:

1. Wir wollen in kurzen Aufsätzen eine allgemein verständliche Darstellung a) der Lehre der katholischen Kirche und b) des katholisch-kirchlichen Geistes zu geben bemüht sein . . . .
2. Weil Beispiele gewöhnlich noch kräftiger wirken als Worte, so werden wir Beispiele echt religiösen Sinnes und Wandels in ausgewählten kurzen Erzählungen zur Aufmunterung und Nachahmung darstellen.
3. Damit der religiös Gesinnte wisse, woher er sich für Geist und Herz Nahrung holen könne, werden wir gute, unserem Zwecke entsprechende Lehr-, Gebet- und Erbauungsbücher dadurch anzeigen und empfehlen, daß wir a) den Inhalt derselben nebst kurzer Beurteilung angeben und b) einzelne ausgewählte Stellen in unserem Blatte abdrucken lassen.
4. Da man gewöhnlich von den Ereignissen des politischen Lebens ziemlich gut unterrichtet ist, aber von dem Schauplatze des kirchlich-religiösen Lebens wenig oder gar keine Kenntnis hat, so wollen wir diesem Mangel durch Mitteilungen kirchengeschichtlicher Nachrichten aus der Vergangenheit und Gegenwart abhelfen.
5. Um im eigenen Vaterlande nicht Fremdling zu sein, werden wir für Diözesannachrichten einen eigenen Artikel bestimmen und in demselben soweit als möglich treuen Bericht über alles erstatten, was sich in unserer Diözese auf dem Gebiete der katholischen Religion in bezug auf Geistlichkeit, Kirchen und Schulen und überhaupt in bezug auf religiöses Leben ereignet.

Bis zum Schluß des Jahres 1839, wo Thiel wegen Ueberhäufung mit pfarramtlichen Geschäften aus der Redaktion ausscheiden mußte, und noch bis in das Jahr 1840 hinein konnte das Blatt nach diesen Grundsätzen geleitet werden. Mit dem Jahre 1841 begann jedoch der Punkt 4 des Programms in den Vordergrund des Interesses zu treten. Die Veranlassung dazu gab der durch den protestantischen Pfarrer in Prömmelte, namens Uhlich, in diesem Jahre eingeleitete, umfassend organisierte Vorstoß der rationalistischen Richtung in dem Protestantismus gegen die Orthodoxie, der schließlich zur Koalition der sogenannten „Lichtfreunde" in den „Freien Gemeinden" führte. Angriffe auf den den strengsten Konservatismus repräsentierenden Katholizismus blieben dabei natürlich nicht aus, und da die Tendenz des Kirchenblattes der rationalistischen Bewegung gerade diametral gegenüberstand, wurde es sehr bald ein Gegenstand allgemeiner Angriffe, mit denen zunächst die „Berliner Allgemeine Kirchenzeitung," das Organ der „Lichtfreunde," begann.[1]) Die Breslauer Presse, die in konfessionellen Fragen auch vollständig im Banne der „lichtfreundlichen" Bewegung stand, enthielt sich vorläufig noch eines aggressiven Vorgehens.

Mit dem Jahre 1843 begann aber eine Aera schwersten Kampfes für das Kirchenblatt (vgl. Jahrgang 1843, No. 7, S. 56 u. No. 12, S. 94 ff.), den der Breslauer „Prophet" eröffnete, eine spezifisch protestantische Zeitschrift. Auch die „Breslauer Zeitung" ließ in ihrer No. 151, nachdem sie längere Zeit geschwiegen, mit allem Nachdruck die Polemik gegen die Katholiken wieder aufleben, der gegen Ende des Jahres auch die „Schlesische Zeitung" sich anschloß. Diese gelegentlichen feindlichen Aeußerungen waren jedoch nur die Sturmvögel, die Vorboten des Unwetters, das mit dem vom 1. Oktober 1844 aus Laurahütte datierten, an den Bischof Arnoldi von Trier gerichteten Briefe des Kaplans Johannes Ronge in Schlesien losbrach. In den „Sächsischen Vaterlandsblättern" vom 15. Oktober — in den Breslauer Blättern erst später, nachdem ein Urteil des Oberzensurgerichtes die Druckerlaubnis gewährt hatte,[2]) — erschien zuerst dieses Schreiben, worin die Ausstellung des heiligen Rockes in Trier als ein „unchristliches Schauspiel" bezeichnet wurde, „durch das dem Aberglauben, der Werkheiligkeit, dem Fanatismus und, was damit verbunden, der Lasterhaftigkeit Tür und Angel geöffnet würde." Der Brief gab das Signal zu einer ausgedehnten Abfallsbewegung. Natürlich war in Breslau selbst die Bewegung am eifrigsten und lebendigsten, und nur über den einzuschlagenden Weg herrschte noch Zweifel und Ungewißheit. Die Entscheidung brachte die am 4. Dezember 1844 vom Weihbischof Latussek vollzogene Exkommunikation Ronges, nachdem schon am 10. November der Domprediger (spätere Fürstbischof) Förster mit der ganzen Gewalt seiner Beredsamkeit gegen die Neuerer und Reformer aufgetreten in der bekannten Predigt: „Der Feind kommt, wenn die Leute schlafen".

---

[1]) Vgl. Kirchenbl. Jhrg. 1841, No. 25, S. 200.

[2]) Stein, Gesch. von Breslau, S. 169.

Das „Kirchenblatt“ wurde nunmehr zur Kampfesarena. Mit der bei allen konfessionellen Streitigkeiten auftretenden eigentümlichen fanatischen Erbitterung nahm es den Krieg gegen den Deutschkatholizismus auf und warf den Gegnern den Fehdehandschuh hin, den alsbald die Schlesische Chronik unter Dr. Elsners Redaktion aufhob.

Zwischen beiden erhob sich nun ein heftiges Ringen, in welchem das Schlesische Kirchenblatt ohne allen Zweifel dem geistvollen und witzigen Gegner in Kürze unterliegen mußte. Das katholische Blatt wehrte sich tapfer seiner Haut. An Stelle der früheren erbaulichen Betrachtungen waren polemische Leitartikel getreten, die Korrespondenzenrubrik hatte eine beträchtliche Erweiterung erfahren, und seit 1845 war eine besondere Rubrik „Zeitungslügen“, ein interessanter Vorläufer der heute bestehenden „Katholischen Zentralauskunftsstelle“, geschaffen worden, um den Entstellungen und Erfindungen der gegnerischen Presse wirksam begegnen zu können. Bald aber konnte das Blatt nicht mehr mit, da sein Umfang zu beschränkt und es ursprünglich mit als Amtsblatt für den Klerus gedacht war, so daß ein Uebergehen auf politisches Gebiet, wo der Kampf doch schließlich hinüberspielte, ausgeschlossen war. Dies sah man auch katholischerseits ein, weshalb man dem Schlesischen Kirchenblatt sein schweres Amt abnahm und es der „Allgemeinen Oderzeitung“ übertrug. Das „Kirchenblatt“ kehrte nunmehr zu den rein religiösen Fragen wieder zurück, die es unverständlicherweise aber auch dann noch immer in den Vordergrund des Interesses stellte, als es durch das Eingehen der katholischen Breslauer Tageszeitung die ganzen schweren Pflichten derselben gegenüber der akatholischen Presse übernommen hatte. Im Anfang des Jahres 1848 schien es ja wohl so, als ob das „Kirchenblatt“ für politische Fragen wieder einiges Interesse zu gewinnen anfange. Dem Sonderbundkriege in der Schweiz wurde in No. 7 ein Artikel gewidmet, und in den „Janusblicken“ in No. 6, 9, 10, 12 und 14 wurden die politischen Verhältnisse des verflossenen Jahres einer, wenn auch recht zahmen, Kritik unterzogen. Damit war aber auch das Interesse des Blattes für die weltbewegenden Tagesereignisse erschöpft, und es nagelte sich von No. 18 an fast ausschließlich auf Erörterungen über die drohende Trennung von Kirche und Schule fest. Nach dem Eingehen des „Katholischen Jugendbildners“, einer pädagogischen Zeitschrift, öffnete das Blatt (Vgl. No. 26, S. 320) seine Spalten überhaupt nur noch den Interessen des Erziehungswesens, und allein aus den Sitzungsberichten des „Katholischen Zentral-Vereins für religiöse und kirchliche Freiheit“, der analog den Vereinen zu Limburg, Mainz und Köln hier in Breslau gegründet worden war und das „Kirchenblatt“ sich zum Vereinsorgan erkoren hatte, erfahren wir etwas von dem politischen Treiben des Tages.

Das Jahr 1849 brachte wenig Besserung in Inhalt und Tendenz des Organs. In No. 1 („Aphorismen zu den Zeitereignissen“) und No. 2 („Ueber die soziale Frage“) wurden wohl auf seichten Gemeinplätzen Erörterungen über die schändliche Verderbtheit der Zeit

geführt, in No. 12 wurde „das Königtum von Gottes Gnaden“ mit Schriftstellen belegt und in No. 14 gegen den Welckerschen Antrag polemisiert, demzufolge Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone übertragen werden sollte; damit betrachtete aber auch das „Kirchenblatt“ seine Stellungnahme zu den politischen Ereignissen als genügend präzisiert.

Nur die Denkschrift der preußischen Bischöfe über die Verfassungsurkunde vom 8. Dezember 1848 gab dem Blatte Veranlassung, im Interesse der Katholiken eine recht energische Sprache zu führen. In No. 41 des Jahrganges 1849 äußerte es nämlich: Mit hoher Indignation habe man in Breslau von der hochfahrenden Art und Weise Kenntnis genommen, in welcher der Herr Minister von Ladenberg in der ersten Kammer sich über die Denkschrift der katholischen Bischöfe Preußens geäußert habe. Wahrlich, die Regierung müsse sich im Schatten des Militärregimentes stark fühlen, das zeige diese Sprache . . . . Die Regierung habe nicht gar zu viel Freunde zu verlieren; möge sie sich die, welche sie habe, nicht ohne Not entfremden.

Die Revolutionsjahre hatten die katholische Presse in Schlesien noch im Schlaf angetroffen, die nun folgenden Jahre der Reaktion mit ihrem dumpfen Druck haben aber merkwürdigerweise darin Wandel geschaffen, woran freilich, wie schon hier bemerkt sei, Lorinsers Individualität das Hauptverdienst hat; denn Hermann Welz, der bisherige Redakteur des „Kirchenblattes“, besaß nur in geringem Maße die Fähigkeit, das von ihm redigierte Organ den brennenden Tagesfragen anzupassen. Unter seinem Regime war die politische Meinung des „Kirchenblattes“ durchaus abhängig von den katholischen Blättern West- und Süddeutschlands. Die wenigen selbständigen Leitartikel, denen wir im Jahrgang 1850 begegnen, sind bereits als Lorinsers geistiges Werk anzusehen.

Die Veranlassung zu ihnen bot der vom 29. März 1850 datierte Erlaß des preußischen Kultusministers v. Ladenberg an sämtliche Oberpräsidenten, worin der bei der Eidesleistung katholischer, ein Staatsamt bekleidenden Geistlichen auf bischöfliche Anordnung gemachte Vorbehalt „salvis ecclesiae juribus“ (unter Vorbehalt der Rechte der Kirche) als unstatthaft bezeichnet wurde. Als die Professoren der katholisch-theologischen Fakultät zu Münster sich nun weigerten, dieser Anordnung zufolge den unbedingten Eid zu schwören, wurden sie suspendiert, und nach diesem Präzedenzfall wurde auch der als Dozent für Moraltheologie im Jahre 1850 von Braunsberg nach Breslau berufene Professor Bittner durch den Universitätskurator Geh. Rat Heinke seines Amtes entsetzt, als er bei seiner Vereidigung den kirchlichen Vorbehalt nicht verschweigen zu dürfen glaubte. (Vgl. „Schles. Kirchenbl.“ Jahrg. 1850, S. 199 und 211.) Ein gleiches widerfuhr dem Regierungsrat (späteren Weihbischof) Bogedain zu Oppeln (a. a. O. S. 187) und den Religionslehrern am St. Matthiasgymnasium zu Breslau Kühn und Lic. Runkel (a. a. O. S. 212). „Das Ministerium hat einen Kampf begonnen, der ihm, der dem Staate gar sehr gefährlich zu werden droht,“ schrieb angesichts dieser Ereignisse das „Kirchenblatt“ in

No. 15 (S. 187; vergl. auch S. 194 und 196). „Der Staat hatte von der Reservation nicht das Geringste zu gefährden; die Kirche erklärt dadurch einfach, sie wahre ihre Rechte und werde auf gesetzlichem Wege, wozu auch die Verfassungsurkunde selbst in Art. 107 den Weg offen gelassen, sie zu vertreten wissen. — — — Das aber ist gewiß, der preußische Episkopat wird seinen Weg kennen und gehen, mögen immerhin noch mehr geistliche Staatsbeamte suspendiert werden.“ Durch das dem Protestschreiben der rheinischen Bischöfe analoge Schreiben des Fürstbischofs Diepenbrock an den Kultusminister, vom 19. April 1850 datiert (a. a. O. S. 208), und die dadurch erreichte Verständigung mit der Regierung sah das Blatt (a. a. O. S. 206, 224 und 237) aber zu seiner größten Genugtuung und Erleichterung eine Angelegenheit erledigt, „die eine sehr ernste Wendung nehmen zu wollen schien“.

Trotz dieser Opposition und obwohl ausgesprochen politisches Organ der Breslauer Katholiken wurde das Kirchenblatt 1850 nicht unter die von der Preßverordnung so hart betroffenen politischen Zeitungen gerechnet. Jedenfalls täuschte der von ihm stets vorgeschobene religiöse Charakter des Blattes und sein nur einmaliges Erscheinen während der Woche. Es kam deshalb auch glimpflich mit einer Kaution von 2500 Tlr. weg.[1])

Ohne nennenswerte Ereignisse im politischen und kirchlichen Leben ging das Jahr 1851 vorüber, was sich in dem „Schlesischen Kirchenbl.“ durch eine wahrhaft erschreckende Dürre und Dürftigkeit des Inhalts kundtut. Dafür war das folgende Jahr 1852 für die schlesischen Katholiken ein kritisches erster Ordnung, und es ist als ein großer Glückszufall zu preisen, daß schon im Anfang dieses Jahres der Lic. Welz als Pfarrer nach Striegau berufen (vergl. „Kirchenblatt“ 1852, S. 149) und er so seines Redakteurpostens enthoben wurde, auf dem er das „Kirchenblatt“ schließlich zu einem minderwertigen, nur für das Geistesniveau von Hinz und Kunz berechneten Erbauungsblättchen heruntergewirtschaftet hatte. Sein Nachfolger war der Spiritual Dr. Lorinser, der erste schlesische katholische wirkliche Journalist, kein Dilettant, der, wie bisher üblich, die Publizistik als angenehme Nebenbeschäftigung betrieb. Was an ihm besonders rühmend hervorzuheben ist, daß er eine Individualität darstellt, die dem Blatt endlich einen ausgeprägten politischen Charakter verliehen und so den schlesischen Katholiken nicht nur ein wirklich ernst zu nehmendes Organ verschafft, sondern damit auch das erstemal die wünschenswerte Konzentration und Vertretung der katholischen Interessen in Schlesien herbeigeführt hat. Freilich besaß Lorinser als Publizist auch seine Schwächen, eine verletzende Schroffheit und dazu eine oft recht unangenehm berührende, geradezu antipreußische Tendenz. Indessen, wo viel Licht, da auch viel Schatten, und Lorinsers Verdienste um die katholische Publizistik bleiben deshalb immer noch groß genug.

Das Jahr 1852 gab dem Blatte Gelegenheit, in der Oeffentlichkeit durch seine leidenschaftliche Sprache Aufsehen zu erregen,

[1]) St. A. Rep. 14. P. A. 49 d III.

als die Ende Oktober zu Breslau stattfindenden Jesuitenmissionen ein Gegenstand heftiger Angriffe seitens der Protestanten wurden.[1]) Das Schlesische Kirchenblatt geriet damals besonders mit der Hengstenbergschen Evangelischen Kirchenzeitung in einen heftigen Streit,[2]) so daß schließlich die Staatsanwaltschaft einschreiten und No. 30 vom 24. Juli beschlagnahmen mußte.[3]) Der Polizeipräsident von Kehler fügt dieser Notiz im Tone des Bedauerns hinzu: „Es kann nicht geleugnet werden, daß der Streit zwischen den beiden großen christlichen Religionsparteien, welcher durch die öffentliche Besprechung der Missionen hervorgerufen worden ist, sich immer weiter verbreitet, in immer größeren Kreisen Teilnahme findet und in der Tat den Religionsfrieden zu bedrohen anfängt."

Das Blatt ließ sich durch die Konfiskation nicht warnen und setzte seine scharfe Polemik fort, bis ein anderes Ereignis das bisherige Objekt polemischer Erörterungen ablöste.

Am 16. Juli 1852 erschien nämlich ein Reskript des Kabinetts, worin gemäß einer früher erlassenen Bestimmung einheimischen Studenten der katholischen Theologie das Studium im Kollegium Germanicum zu Rom, auf der dortigen Propaganda oder auf Anstalten, welche von Jesuiten geleitet würden, ohne vorherige Erlaubnis nicht gewährt werden sollte. Nach dem Wortlaut der Verordnung durfte auch ausländischen Jesuiten und Geistlichen, welche in Jesuitenanstalten studiert, die Niederlassung in Preußen nicht gestattet werden. Die Studierenden aber, welche es zu einer derartigen Anstalt zöge, müßten bedeutet werden, daß sie, wenn sie sich dorthin begäben, zur Rückkehr aufgefordert, und falls sie dem keine Folge leisteten, der Eigenschaft als Preußen verlustig erklärt würden, wie der § 22 des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 verfüge. „Das preußische Ministerium hat durch diese Verordnung in politischer Beziehung gewiß einen Schritt getan," äußerte sich das „Kirchenblatt" in No. 36 (vergl. auch S. 427 und 436) zu diesen Erlassen, „den es früher oder später schwer zu bereuen haben wird. Die Gründe hierzu liegen sehr nahe; denn die Jesuiten waren es, die durch die Missionen, wie allgemein dargetan, am meisten zur Beschwichtigung der Gemüter beigetragen haben, indem sie dieselben vom Gebiet der politischen Leidenschaften ablenkten und von neuem für den Ernst der religiösen und sittlichen Fragen zugänglich machten. Jetzt werden die Friedensstifter fortgejagt und das arme Volk abermals den Wühlereien der Demokraten preisgegeben. Ferner ist dem Episkopat, einer Hauptstütze des Thrones, von neuem der Fehdehandschuh hingeworfen. Er wird aufgehoben werden, und Preußen, welches sich in Deutschland, und man darf sagen in Europa schon genugsam isoliert hat, durfte am allerwenigsten auch noch im eigenen Innern einen Kampf anschüren, der nur mit seiner Schwächung endigen kann, wenn nicht alle Erfahrungssätze der Geschichte in diesem Falle Lügen gestraft werden."

---

[1]) Stein, Gesch. von Breslau, S. 500 ff.
[2]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 c. vol. XXXIX. 17. Juli 1852.
[3]) St. A. a. a. O. 7. August 1852.

Unter den Katholiken begann bald eine intensive Agitation gegen diese Verfügungen, die schießlich als Resultat eine Adresse an den König zeitigte, in der um Aufhebung des Ministerialverbots der Jesuitenanstalten ersucht wurde. (Vergl. Kirchenblatt" 1852, S. 516.) Das Unterschreiben der Adresse, so lange dieselbe in dem Vereinslokale des hiesigen katholischen Vereins auslag, war aber von der Polizei ausdrücklich untersagt worden. (A. a. O.) Dies war angesichts der Wahlen für die Legislaturperiode 1852—55 ein recht ungeschicktes Vorgehen, da so die Katholiken unfehlbar in das Lager der Regierungsopposition getrieben werden mußten. Tatsächlich erfolgte auch in No. 37 (S. 471) des „Kirchenblattes" eine scharfe Absage an die Konservativen, „weil von ihnen die Kirche ebenso beargwöhnt und bedrückt würde wie von der wilden Demokratie, nur mit dem Unterschied, daß die Konservativen durch Gesetzesmaßregeln zu erreichen suchten, was die Demokraten mit roher Brutalität durchsetzten." Seine hier geäußerte Ansicht sah das Blatt in den sich immermehr verdichtenden Gerüchten von einer Verfassungsrevision begründet, mit der man seitens der „kleinen, aber mächtigen" Partei der Reaktionäre die auf die Selbstständigkeit der Kirche bezugnehmenden §§ 12—18 zu beseitigen und den das aktive Wahlrecht in seiner ganzen Freiheit garantierenden Artikel 70 wesentlich zu beschränken suchte. Da nun die „Eigentlich-Konstitutionellen", die Oppositionspartei, jenen Absichten in ihrem Programm aufs schärfste entgegentraten, so darf es nicht verwundern, daß die Führer der Breslauer Katholiken, Rintel und Wick, bei den Wahlen zu ihnen in Kartell traten (vergl. die Aufrufe a. a. O. S. 530, 535 und 541) und ihren Kandidaten zum Siege verhalfen. Damit war der Katholizismus in Breslau zum erstenmal als gewichtiger politischer Faktor hervorgetreten.

Mit einem schweren Verlust für die schlesischen Katholiken führte sich das Jahr 1853 ein, in dessen dritter Woche — in der Nacht vom 19. zum 20. Januar — der Kardinal Melchior von Diepenbrock nach schweren Leiden zur ewigen Ruhe einging.

Die Zuspitzung des schon seit dem April 1852 in Baden schwebenden Konfliktes zwischen Kirche und Staat wandte indessen schon wenige Wochen nach Diepenbrocks Tode das Interesse des „Kirchenblattes" von den Angelegenheiten der eignen Diözese den kirchlichen Zuständen in Süddeutschland zu. Im Februar 1853 forderten nämlich die Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz die der Kirche notwendigen Freiheiten, als welche die Denkschrift vom 18. Juni 1853 1) das Recht der freien Erziehung und Anstellung der Geistlichen, 2) dasjenige des Besitzes und der Errichtung katholischer Schulen, 3) die Leitung des religiösen Lebens und die Zulassung der Ordensgenossenschaften, 4) die kirchliche Selbstverwaltung des durch den westfälischen Frieden und den Reichsdeputationshauptschluß garantierten Vermögens erklärte. Die Nichtbewilligung dieser Forderungen seitens der badischen Staatsregierung führte zur Exkommunikation des katholischen Oberkirchenrats durch den Erzbischof einerseits, zu einem Kriminalprozeß gegen letzeren andererseits; während des Prozesses wurde

Hermann von Vicari in seinem Palais gefangen gehalten. „Es ist bedauerlich, wenn es zu solchen Konflikten kommen muß," schreibt das „Kirchenblatt" (S. 605; vergl. auch S. 609, 613 und 633). „Nichtsdestoweniger begrüßen wir Katholiken dieselben als ein schönes und erhebendes Schauspiel, und begleiten sie mit unserer ganzen Aufmerksamkeit. . . . Denn solche Konflikte sind notwendig und das einzige Mittel, um dort, wo seit lange her Fäulnis und Versumpfung in den kirchlichen Zuständen eingetreten, wieder Leben zu erwecken und die Luft zu reinigen. . . ."

Hatte die katholische Presse bei Beginn des badischen Kirchenstreites in ihren der Meinung des schlesischen katholischen Organes konformen Ansichten eine Unterstützung und Bestätigung durch die „Kreuzzeitung" erfahren, so mußte das „Kirchenblatt" im Jahre 1854 (S. 87 und 280) das Abschwenken dieses mächtigen Bundesgenossen konstatieren. Wohl rügte das Organ der „Neupreußen" noch die Bevormundung der Kirche durch das weltliche Regiment, die Uebertragung protestantischer Anschauungen auf die katholische Kirche und ihre Verwaltung sowie die rücksichtslos harten Repressivmaßregeln gegen Erzbischof und Klerus. Doch betonte sie bereits, daß das badische Ministerium die Landesgesetze und das formelle Gesetz für sich habe, und im Mai 1854 rief sie ganz unverhohlen nach einer Intervention der deutschen Regierungen zugunsten der badischen Minister und gegen den Erzbischof. „Wenn Journale, die sonst doch Maß zu halten wissen, so leicht noch fehlgreifen, was ist dann von so vielen anderen zu erwarten?" so schließt das „Kirchenblatt" seine Betrachtungen über diese Frontveränderung des einflußreichsten Blattes in Preußen, die freilich recht vorsichtig gehalten waren, wahrscheinlich, um nicht in einen zweiten Preßprozeß während dieses Jahres zu geraten; denn der erste (S. 33, 65 und 156) hatte bewiesen, daß man mit den katholischen Blättern neuerdings recht scharf ins Gericht ging. Seine Veranlassung war folgende gewesen.

Im Sommer des Jahres 1853 wurde eine Nummer des „Kirchenblattes" wegen eines dem „Volksboten" entlehnten Artikels, die Störung der Fronleichnamsprozession in Ottweiler betreffend, beschlagnahmt und Lorinser genötigt, am 28. Oktober d. Js. vor dem Breslauer Stadtgericht der Anklage der Staatsanwaltschaft gegenüber sich mündlich zu verteidigen. In dieser Verteidigung fand der Staatsanwalt einen neuen Grund zur Anklage, da Lorinser den Breslauer Gerichten den Vorwurf der Parteilichkeit gemacht und insbesondere die straffällige Aeußerung getan haben sollte, „es würden bei den Gerichten in Breslau alle Protestanten freigesprochen und alle Katholiken verurteilt". Nachdem Stadt- und Appellationsgericht zu Breslau ihre Konkurrenz in dieser Angelegenheit abgelehnt, wurde durch das Obertribunal in Berlin das Kreisgericht zu Groß-Glogau mit der Führung des Prozesses beauftragt, in dessen Verlauf Lorinser freigesprochen wurde, weil sich die Anklage als unhaltbar erwies. Wegen Aufnahme des inkriminierten Artikels wurde er vom Stadtgericht zu einer Strafe von 15 Tlr. verurteilt, diese aber vom Appellationsgericht auf 100 Tlr. erhöht. Dies gab

dem „Kirchenblatt" in No. 16 Anlaß zu einem preßjuristisch sehr interessanten Aufsatz „Ueber konfessionelle Preßprozesse", worin die Frage erörtert wurde, ob bei derartigen Prozessen nicht § 143 und 144, Tit. 2, Tl. 1, A.-G.-O. und § 12, Tit. 3, A.-G.-O. zur Anwendung kommen könne, wonach der Richter, welcher bei dem Ausfalle des Prozesses ein nahes oder auch nur ein entfernteres Interesse habe, am Urteilsspruch nicht teilnehmen dürfe. Wenn dies schon nicht möglich, so glaubt doch das Blatt im Verlaufe seiner Erörterungen wenigstens die Aburteilung konfessioneller Preßvergehen durch gemischte Gerichte verlangen zu müssen, da deren Urteilssprüche auch nicht den Schein konfessioneller Voreingenommenheit erwecken könnten.

Lorinsers Bemühungen, trotz aller Konflikte mit dem Gericht, sein Blatt zu einer energischen Interessenvertretung der schlesischen Katholiken auszugestalten, stießen bei diesen allerdings mitunter auf einen ganz unbegreiflichen Widerstand, den man nur aus dem minimalen Verständnis für das politische Leben und dem jämmerlichen Zustand des katholischen Preßwesens von 1850 sich erklären kann. So erhielt das „Kirchenblatt" im Jahre 1854 (S. 450) aus Ober-Glogau folgendes, wahres Verständnis für die Aufgaben der Presse verratende Schreiben:

„Die verehrliche Redaktion des schlesischen Kirchenblattes setzt hiermit ein Leser desselben in Kenntnis, daß es allgemeine Indignation erregt, daß so viele Todesfälle von Geistlichen in dem fraglichen Kirchenblatt nicht angezeigt werden. . . . Dagegen liest man die Anstellung von Administratoren, ohne zu wissen, was aus den Pfarrern geworden ist. Und doch interessieren solche und ähnliche Diözesannachrichten am meisten die Kirchenblattleser, und wenn so was nicht beachtet wird, so werden viele die Lust verlieren, weiter auf das Kirchenblatt zu subskribieren. Unus pro multis."

Der stellvertretende Redakteur Ottinger bezeichnete dieses Elaborat sehr richtig als eine „kolossale Albernheit", doch bleibt es nichtsdestoweniger interessant; denn der sich in ihm offenbarende Kirchturmshorizont gibt uns den Schlüssel dafür, warum im „Kirchenblatt" unter der Rubrik „Diözesannachrichen" so oft dem kernigen Wesen Lorinsers ganz und gar nicht entsprechende widerlich süßliche Selbstbeweihräucherungen aus den obskursten schlesischen Oertchen sich finden. Wirklich wichtige Ereignisse in der Diözese mußten hinter derartigen Bagatellen dagegen oft zurücktreten.

Das Jahr 1854 lieferte erwünschten Agitationsstoff; denn der Krimkrieg bot Gelegenheit mit Rußland wegen vergangener Sünden auf konfessionellem Gebiete abzurechnen. „Auch das Schlesische Kirchenblatt", schreibt Kehler im April,[1]) „welches der katholischen Geistlichkeit die Parole zu geben pflegt und nicht ohne erheblichen Einfluß auf die katholische Bevölkerung Schlesiens ist, hat sich im

---

[1]) St. A. a. a. O. vol. XLI. 29. April 1854.

Namen der katholischen Sache gegen Rußland erklärt, und zwar wegen der Verfolgungen, welchen dort die katholische Kirche seit 1832 ausgesetzt ist."

Mit dem Jahre 1855 fing plötzlich die Leserzahl der Zeitung zu sinken an, denn sie belief sich im Februar nur noch auf 1575 Abonnenten,[1]) während im Vorjahre deren 1640 gewesen waren.[2])

In die Landtagswahlen dieses Jahres brachte das „Kirchenblatt" insofern ein neues Moment, als es diesmal für die Wahl der Abgeordneten von politischen Gesichtspunkten völlig absah, und allein die Beobachtung des konfessionellen Prinzips seinen Lesern empfahl. „Wir werden nicht empfehlen, Männer zu wählen, welche die jetzigen Herren Minister systematisch unterstützen; wir werden ebensowenig empfehlen, Männer zu wählen, welche die Herren Minister systematisch angreifen, wir haben nur zu empfehlen, Männer zu wählen, welche die Rechte der katholischen Bevölkerung kennen und offen zu vertreten den Mut haben." (S. 264.) Diese zwischen den Zeilen die erst vor wenigen Jahren gegründete katholische Fraktion empfehlende Parole trug allerdings der politischen Indolenz der meisten schlesischen Katholiken keine Rechnung, und so blieb dem kleinen Häuflein der Breslauer katholischen Wähler nichts weiter übrig, als gemeinsam mit den Freisinnigen und Liberalen die Konservativen niederzustimmen, welche hinwiederum auf dem flachen Lande ihre Position mit Hilfe der Katholiken behaupteten. Das politische Moment hatte mithin doch über das konfessionelle gesiegt, was das „Kirchenblatt" aber nicht abhielt, nach den Wahlen (S. 533) für letzteres von neuem mit aller Energie einzutreten. Seine Ausführungen belegte es mit einem statistischen Vergleich zwischen der Seelenzahl der beiden Konfessionen und der dementsprechenden Anzahl von Abgeordneten.

Es verhielt sich darnach in Schlesien die Zahl der Katholiken zu der der Protestanten wie 14 zu 15, und die katholische Bevölkerung hätte somit einen Anspruch auf mindestens 31 Deputierte neben 34 oder 35 protestantischen Abgeordneten gehabt, während 1855 aber neben 47 evangelischen Landtagsboten nur 19 katholische gewählt wurden. Das Blatt glaubte also allen Grund zur Unzufriedenheit zu haben, die noch durch den Umstand vermehrt wurde, daß die Regierung durch unwürdige Wahlmachinationen sich eine konservative, meist aus Landräten sich kontingentierende Mehrheit geschaffen. „Es gibt wenig Beamte, die so abhängig sind, wie die Königlichen Landräte," äußert sich das „Kirchenblatt" in No. 44 sehr geringschätzig zu jenem künstlichen Wahlsieg, „es würde jedenfalls ein ihre Kraft und Stellung überschreitender Mut erforderlich sein, wollten sie es versuchen, auch nur eine leise Opposition gegen die Regierungsvorlagen zu machen. Die Deputierten dieser Kategorie werden in der Regel unbedingt mit der Regierung stimmen und daher meist bloße Ja-Männer sein. Ob aber mit solchen Volksvertretern dem Lande genützt ist, wollen wir nicht

[1]) St. A. a. a. O. 3. Februar 1855.
[2]) St. A. a. a. O. 25. Februar 1854.

behaupten." Den an und für sich wenig interessanten Verhandlungen des Parlaments im Jahre 1856 schenkte das „Kirchenblatt" demgemäß auch nur Beachtung, wenn katholische Angelegenheiten zur Erörterung standen, und beschränkte sich dabei auch noch auf die lediglicho Wiedergabe des stenographischen Textes. Mit No. 28 begann aber eine interessante Neuerung in Lorinsers Organ, insofern nämlich Wick eine ständige Rubrik „Katholische Umschau" schuf, wo in leichtem, angenehmen Causerieton die wenigen, das Jahr 1856 bewegenden Ereignisse gestreift wurden, meist „ad maiorem ecclesiae gloriam", wobei sich freilich mitunter auch eine große Intransigenz kundtat.

Das Jahr 1857 verlief in politischer Hinsicht sehr ereignisarm, hatte dafür aber ein sehr sensationelles Faktum auf kirchlichem Gebiete zu verzeichnen, nämlich die am 8. Januar erfolgte Indizierung sämtlicher Schriften des österreichischen Weltgeistlichen Anton Günther, der in seinem spekulativen, philosophischen System eine Auseinandersetzung des kirchlichen Bewußtseins mit dem Zeitgeist angestrebt hatte. Für die Breslauer Verhältnisse war die Zensurierung Günthers von um so größerer Bedeutung, als sein begeistertster und begabtester Anhänger der Professor der hiesigen katholisch-theologischen Fakultät Johann Baptista Baltzer war. Zu den enragiertesten Anti-Güntherianern aber gehörte Lorinser, und so ist es sehr erklärlich, daß das „Kirchenblatt" die Verwerfung der Güntherschen Lehren mit großer Genugtuung begrüßte. (S. 81 u. 132.) Auf die dabei sich hinter den Kulissen abspielenden Vorgänge einzugehen, ist hier nicht der Platz; wer sich darüber orientieren will, findet in den Biographien Baltzers aus den Federn Franz' (Breslau 1873), Friedbergs (Leipzig 1873) und Meltzers (Bonn 1877) hinreichendes Material. Baltzer unterwarf sich am 5. März 1857 dem Heil. Stuhl. (Vergl. Kirchenblatt 1857, S. 590.)

Für die Redaktion des „Kirchenblattes" brachte das Jahr 1857 einige recht ärgerliche Vorkommnisse. So war in No. 42 vom 17. Oktober des Geburtstages des Königs Friedrich Wilhelm IV. (am 15. Oktober) und seiner Erkrankung nicht gedacht worden, was der Redaktion eine sehr scharfe Rüge vom Breslauer Polizeipräsidenten von Kehler eintrug. Letzterer schrieb darüber in seinem Wochenbericht an die Regierung unterm 17. Oktober:[1] „Was aber nicht zu erwarten war, ist, daß auch das „Schlesische Kirchenblatt", welches trotz seiner entgegengesetzten Versicherung für ein offiziöses Blatt des Episkopats allgemein angesehen und von dem Spiritual des Fürstbischöflichen Priesterseminars in Breslau, Dr. Lorinser, herausgegeben wird, der Krankheit des Königs mit keinem Worte erwähnt." In No. 43 (S. 538) holte nun Lorinser das Versäumte nach und entschuldigte sich gleichzeitig damit, daß an Königs Geburtstag bereits mit der Drucklegung der No. 42 begonnen worden wäre, mithin dieses Festes nicht mehr hätte gedacht werden können. Kehler war aber nicht zufriedenzustellen, sondern berichtete am 24. Oktober immer noch sehr pikiert: „Endlich hat die heutige

[1]) St. A. a. a. O. vol. XLI.

Nummer des „Schles. Kath. Kirchenblattes“ einen Artikel über die Erkrankung Sr. Majestät des Königs gebracht, nachdem ich gegen einen mit dem Redakteur bekannten Katholiken meine Verwunderung über das bisherige Schweigen in dieser Beziehung ausgesprochen hatte. Die Redaktion des „Schles. Kirchenblattes“ hätte jedoch der Sache mehr gedient, wenn sie ihrem Artikel weniger die Form der Verantwortung als die eines freien Herzensergusses gegeben hätte. Die Fassung ist mindestens taktlos.“

Der Groll des Polizeipräsidenten und der bei ihm einmal rege gewordene Verdacht konnte auf die Dauer sehr unangenehm werden, deshalb benutzte Lorinser (S. 615) bei der Empfehlung der katholischen westdeutschen Zeitung „Deutschland“ die Gelegenheit, auf die Loyalität seines Blattes hinzuweisen mit der Erklärung: „Wenn wir die Zeitung „Deutschland“ hiermit unseren Lesern angelegentlichst empfehlen, so bemerken wir jedoch ausdrücklich, daß dies nur und lediglich aus dem Grunde geschieht, weil in derselben die katholischen und kirchlichen Interessen vertreten werden. Was den rein politischen Teil dieser Zeitung betrifft, so wollen wir durch unsere Empfehlung in keiner Weise uns etwa mitverantwortlich für die von uns keineswegs geteilten politischen Ueberzeugungen machen, welche leider zum großen Teil die Schuld tragen, daß unsere katholischen deutschen Blätter in Preußen nicht gedeihen können. Wir halten es in der Tat nicht bloß für unklug, sondern auch für ganz ungerechtfertigt, wenn „Deutschland“ wie die ehemalige „Kölner Volkshalle“ nach dem früheren Vorgange der „Historisch-politischen Blätter“ es sich zur Aufgabe gestellt zu haben scheint, der österreichischen Politik um jeden Preis das Wort zu reden und die preußische bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zu verdächtigen und anzugreifen. Wir halten aus guten Gründen die österreichischen Zustände in sehr vieler Hinsicht für faul, und selbst die kirchlichen Verhältnisse in jenem Lande scheinen uns trotz des Konkordates durchaus nicht jenes Lob zu verdienen, das man ihnen fast in allen katholischen Blättern gegenwärtig spendet. Auch sind wir der aufrichtigen Ueberzeugung, daß die katholische Kirche in Preußen, mit den Zuständen anderer Länder verglichen, in sehr vieler Beziehung Ursache hat, sich Glück zu wünschen und daß, wenn sie von der preußischen Regierung zuweilen mit Mißtrauen betrachtet wird, dieses Mißtrauen in der Regel ein provoziertes ist, provoziert größtenteils durch Ungeschicklichkeit und zuweilen durch offenbare politische Ungerechtigkeit der katholischen Presse gegen Preußen. Diesem Umstande haben wir nicht nur das vollkommen gerechtfertigte Verbot der sonst in vieler Hinsicht trefflichen „Historisch-politischen Blätter“ und das Mißlingen fast eines jeden Versuches, in Preußen ein katholisches politisches Blatt zu gründen, sondern auch viele andere Uebelstände zu danken, über welche wir uns hier nicht ausführlich verbreiten können. Wenn ein solches Blatt in Preußen nicht nur von Staats wegen ungehindert bleiben, sondern auch im katholischen Volke sich einbürgern will, dann muß es vor allem sich zur Aufgabe stellen, in rein politischen Dingen, wo immer möglich, zur Regierung zu

stehen, und wir sind fest davon überzeugt, daß dies nicht nur möglich, sondern auch ein von der katholischen Wahrheit selbst gebotener Akt der Gerechtigkeit wäre, den maßlosen und der katholischen Kirche im höchsten Grade schädlichen Ausfällen gegenüber, welche ein großer Teil der süddeutschen Presse gegen Preußen sich zuschulden kommen läßt."

Die Folge davon war eine äußerst gehässige Entgegnung „Deutschlands" in No. 287 (Vergl. „Kirchenblatt" S. 659) mit der Unterstellung, das „Kirchenblatt" gehöre zu den bezahlten Regierungsorganen. Dieser unangenehme Zwist im eigenen Lager bestätigte nur die im Jahre 1857 öfter denn je laut gewordenen Klagen Lorinsers (S. 214, 250 und 263) über die Schwierigkeiten, mit denen die katholische Presse zu kämpfen habe.

Bei den Abgeordnetenwahlen des Jahres 1858 plaidierte das Blatt für katholische Abgeordnete und hob insbesondere den schlesischen Dezem, die Ehescheidungsgesetzgebung und die Dotation der katholischen Bistümer als diejenigen Gegenstände hervor, welche in der nächsten Legislatur das katholische Interesse in Anspruch nehmen würden.[1]) Seine sonst erregte Sprache in konfessionellen Angelegenheiten hatte sich jetzt einigermaßen gemildert.

Das große Ereignis in Preußen, den im November erfolgten Sturz des verhaßten reaktionären Ministeriums Manteuffel überging das „Kirchenblatt" merkwürdigerweise mit Stillschweigen, was bei den wahren Freudenorgien der übrigen Breslauer Presse über jenen ersten energischen Schritt des Prinzregenten umsomehr auffällt.

Der franko-sardinische Krieg gegen Oesterreich und die Anfänge der nationalen Einigung Italiens im Jahre 1859 ließen die innerpolitischen Verhältnisse in der kleinen Zeitung völlig in den Hintergrund treten. Der „Rundschauer" des „Kirchenblattes" (vgl. S. 165, 257, 269, 293, 341, 461, 495, 601 und 617) fällt bei dieser Gelegenheit sehr unangenehm auf durch seine Einseitigkeit, die in dem ganzen kriegerischen Konflikt nichts weiter sieht, als einen Ansturm höllischer Mächte gegen die Kirche und für das Ringen nach nationaler Selbständigkeit nicht das geringste Verständnis zeigt, daher er sich gelegentlich einer Würdigung der deutschen Verhältnisse (S. 463) gleichfalls als eine Anhänger der österreichischen, einer Konsolidierung Deutschlands widerstrebenden Politik geriert. Dabei zwingen ihn die verschiedenen Konstellationen in Italien zu den merkwürdigsten Eiertänzen eben wegen seiner Manie, in allem nur Angriffe auf das kirchliche Interesse zu suchen. So merkt man dem „Rundschauer" zu Anfang des Jahres die tötlichste Verlegenheit an, wie er das Zusammengehen der Piemontesen mit Napoleon, den er kurz vorher noch als „defensor fidei" gepriesen, entschuldigen und das Aufeinanderschlagen zweier nach seiner Ansicht lediglich zum Schutze der Kirche bestimmten Mächte rechtfertigen soll. Der einseitige nur kirchliche Standpunkt läßt ihn dann im Verlauf der Ereignisse glücklich einen Prügelknaben finden in dem protestantischen England oder vielmehr, wie er sich wenig geschmackvoll (S. 498),

---

[1]) St. A. a. a. O. vol. XLIII. 10. Juli 1858.

in „den verhaßten, großmauligen, ungeschlachten und fanatisch intoleranten Gesellen jenseits des Kanales,“ die alles Unheil mit ihrer Proselytenmacherei und Hetze gegen Rom angestiftet haben sollen, eine höchst bedauerliche, vollständige Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse, die sich noch zu Anfang des Jahres 1860 in den „Kirchliche Umschau“ überschriebenen Artikeln widerspiegelt. Erst gegen Mitte desselben Jahres tritt bei dem „Rundschauer“ eine erfreuliche Klärung der Ansichten ein. Ein gelegentlicher Rückschlag in den Ton des Vorjahres vermag dabei freilich das „Kirchenblatt“ vor manchem schiefen Urteil nicht zu bewahren, wie es sich z. B. in einem „Die jüngsten Erfahrungen des der Kirche feindlichen Liberalismus gegenüber den deutschnationalen Bewegungen“ überschriebenen Artikel offenbart. Es heißt da (S. 189): „Ein Hauptagitationsmittel der liberalen Partei ist die nationale Bewegung in Deutschland, bald als großdeutsche, bald als kleindeutsche ausgebeutet; beide sind gegen den deutschen Bundestag gerichtet, spalten sich aber untereinander. Wir wollen wahrlich nicht das lockere Band, das jetzt Deutschland einigt, in Schutz nehmen, allein wir sagen, besser diese Einigung als gar keine, oder was noch schlimmer wäre, der Bruderzwist in Deutschland.“ —

Im Jahre 1861 ließ der „Rundschauer“ wieder seine schmetternden Fanfaren gegen die Piemontesen ertönen, und beim Tode Cavours (S. 292, 336 und 348) gerät er auf recht bedenkliche Abwege bezüglich der auch für den Publizisten angesichts der Majestät des Todes gebotenen Zurückhaltung. Ein Urteil, wie das auf S. 292 gefällte, daß man nicht umhin könne, Cavour, „lediglich nach seiner äußeren Tätigkeit beurteilt, in die Klasse der zivilisierten, vom Glück begünstigten Gauner und Spitzbuben zu rechnen, denen die Pfiffigkeit über alles und das Gewissen sowie die Ehre gleich Null gilt,“ ein solches Urteil geht denn doch schon weit über das Maß des bei der Polemik Erlaubten hinaus.

Es läßt sich nur dadurch erklären, daß die italienischen Einigungsbestrebungen in der gesamten Publizistik, vor allem aber in Deutschland eine ungemein heftige, uns heute gar nicht mehr verständliche Erregung hervorgerufen, die in beiden Lagern leider oft genug der auch dem Gegner schuldigen Achtung vergaß, wie die „Breslauer Morgenzeitung“, die Antipodin des „Kirchenblattes“, während der Jahre 1859 bis 1861 gleichfalls zur Genüge bewies.

Bei Besprechung der innerpolitischen Ereignisse des Jahres 1861 offenbarte das Blatt eine viel besonnenere und sachlichere Haltung, die besonders bei den Landtagswahlen im November recht angenehm auffällt. Mehr als je war diesmal das Interesse im Lande auf die künftige Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses konzentriert, das sich wegen eines Streites über einige Verfassungstitel in seiner Mehrheit zu gewaltiger Opposition gegen die Regierung erhoben und damit jenen „Konflikt“ heraufbeschworen hatte, einen Kampf, dessen fünfjähriges heißes Ringen mit zu den dramatischsten Episoden in der Geschichte des Parlamentarismus gehört. Aller Voraussicht nach — das Wahlresultat erwies sich später auch als richtig — mußten diesmal ca. $^{2}/_{3}$ sämtlicher Abgeordneten auf die vereinigte

liberal-fortschrittliche Partei entfallen, die Partei der Opposition, welche im Lande so weitverbreiteten Anhang gefunden. Nichtsdestoweniger wagte es das „Kirchenblatt", energisch, aber ruhig und sachlich gegen das Programm der Oppositionspartei und damit gegen die Tagesmeinung Front zu machen. (Vgl. S. 409, 457, 500, 530, 537 und 552.) In erster Linie fühlte die Zeitung sich dazu durch religiöse und konfessionelle Momente bewogen, weil die Liberalen im Landtag einerseits für die Anerkennung der Einheit Italiens und damit der Einnahme des Kirchenstaates gestimmt hatten, andrerseits für die Zivilehe und die Trennung der Schule von der Kirche eingetreten waren. Sodann konnte das „Kirchenblatt" den Sturm der Liberalen gegen das Herrenhaus nicht billigen, weil dieses „in seiner großen Mehrheit eine christliche Gesinnung bekundet, dem italienischen Schwindel keine Liebesblicke zugeworfen und dem Bewußtsein des christlichen Volkes durch Verwerfung der sogenannten Zivilehe Rechnung getragen." „Zum fünften wollen wir den nicht wählen," so fährt das Blatt fort, „der dem Königtum nicht treu anhänglich; wir wollen keinen bloßen Schattenkönig, der nur noch unterschreiben muß, was andere ihm diktiert haben. Das Königtum von Gottes Gnaden verträgt sich ganz wohl mit aller heilsamen Landeswohlfahrt, und es ist nicht einzusehen, warum irgend eine Fraktion die Staatsklugheit soweit sich annektiert haben solle, daß wir in ihren Händen das Wohl des Volkes besser geborgen glauben sollten, als in einer Hand, welche allein schon durch mehrhundertjährige Familienüberlieferung und durch die Rücksicht auf die Zukunft gelenkt und abgehalten wird, des Volkes Wohl den augenblicklichen Leidenschaften zu opfern, oder auf verwegene Weise es in Gefahren zu stürzen." Mit diesem Programm, welches das „Kirchenblatt" auch im folgenden Jahre für die Wahlen aufstellte (vgl. S. 192), konnte bei der erdrückenden fortschrittlich gesinnten Majorität in Schlesien damals freilich wenig ausgerichtet werden.

Die Auflage des Kirchenblattes belief sich im Jahre 1861 nur noch auf 1360 Exemplare,[1]) sank in den folgenden Jahren, als die politische Erbschaft des Organs an die 1863 gegründeten Breslauer Hausblätter übergegangen war, ständig herab und erreichte noch einmal vorübergehend zurzeit des Vatikanums und der Vorbereitungen dazu während der Jahre 1869/70 die Zahl von etwas über 1000 Exemplare.[2])

---

1) St. A. a. a. O. vol. XLIV. 7. September 1861.

2) Vgl. die Jahresberichte der Breslauer Handelskammer aus den betreffenden Jahren.

II. Die Zeitung für freie Gemeinden.

Schicksalsironie wollte es, daß die Oderzeitung, welche zur Vertretung der römisch-katholischen Interessen gegenüber den Deutschkatholiken gegründet war, nach Veränderung ihrer politischen Tendenz bald ganz und gar in den Dienst der Rongeaner trat und diesen so ohne viele Kosten und Mühe zu einem zweiten publizistischen Organ verhalf. Die ursprünglich die Interessen der schlesischen Deutschkatholiken wahrnehmende Zeitung war das „Christkatholische Ressourcenblatt", welches aber selten aus seinem recht engbegrenzten konfessionellen Rahmen heraustrat und Ende 1849 einging. Die Fortsetzung dieses Blattes bildete die Anfang 1850 erscheinende „Zeitung für freie Gemeinden", die einen wesentlich freieren Ton anschlug und auch öfters die durch die Drangsalierung der Deutschkatholiken herausgeforderte Kritik der politischen Verhältnisse ohne Scheu ebenso freimütig ausübte, wie ihre Partnerin, die „Neue Oderzeitung", so z. B. in dem Bericht über die Dragonade in Ober-Haselbach[1]) und in den Artikeln „Zeichen der Zeit"[2]) und „Immer noch das Patent".[3]) Ja, sie scheute sich selbst nicht die Manen Robert Blums zu feiern.[4]) Der Redakteur, welcher den Mut hatte, in dem Organ einer von der Regierung schließlich auf den Aussterbeetat gebrachten Religionsgenossenschaft eine derartig offene Sprache zu führen, war der ehemalige evangelische Rektor, spätere Dissidentenprediger Theodor Hofferichter, der nach der von Kehler entworfenen Charakteristik[5]) „die göttliche Offenbarung leugnete, die Lehre von der Unsterblichkeit der Seele als durch die Wissenschaft längst beseitigt erklärte und an die Stelle des religiösen Kultus die Bestrebungen zur Erreichung einer vollen Freiheit in Gesellschaft, Staat und Kirche setze." Hauptsächlich auf Grund seiner Predigten sei es möglich gewesen, die in Breslau bestehende Deutschkatholikenvereinigung als eine solche anzusehen, in deren Versammlungen politische Gegenstände erörtert würden, und sie demgemäß polizeilich aufzuheben. Hofferichters sämtliche Schriften seien von sozialdemokratischem Geiste erfüllt.

Die auffällige Betonung der sozialistischen Tendenz des Redakteurs hatte vor allem ihren Grund in dem Bestreben desselben, gemeinsam mit Ronge, Dr. Behnsch und Nees von Esenbeck in der christkatholischen Gemeinde die Lehre von der christlichen Liebe

---

[1]) Jahrgang 1850, No. 2, S. 6.
[2]) Jahrgang 1850, No. 16, S. 61.
[3]) Jahrgang 1850, No. 27, S. 116 und No. 28, S. 134.
[4]) Jahrgang 1850, No. 30.
[5]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XL. 4. Juni 1853 „Verzeichnis derjenigen Schriftsteller und Korrespondenten etc." Vgl. den Aktenanhang.

und Wohltätigkeit zur Tat zu machen und Einrichtungen hervorzurufen, durch welche der Gegensatz zwischen den ärmeren und reicheren Mitgliedern einigermaßen gemildert werden sollte. In diesem Streben nach Ausgleich und der Fürsorge von Privatleuten für das Proletariat witterte man damals aber behördlicherseits also bald sozialistische Tendenzen, und daher auch der Verruf, in den Hofferichter gekommen war.

Seine Zeitung, obwohl nur einmal wöchentlich erscheinend, mußte sich daher auch mit Eintritt der Preßbeschränkungen im Juni 1850 auf Repressalien jeder Art gefaßt machen. Wirklich wurde ihr auch der Postdebit entzogen, doch hatte sie dieser Maßregel schon dadurch vorgebeugt, daß sie ihre Verbreitung auf buchhändlerischem Wege besorgen ließ. Außerdem stellte sie ihr wöchentliches Erscheinen ein und gab dafür alle 6 Wochen, am 6. und am letzten Freitag des Quartals, zum Viertelsjahrspreis von 7 Sgr. 6 Pfg. eine Nummer heraus, um so der Kautionspflicht zu entgehen. Durch diese ihr auferlegte Beschränkung war natürlich der Zweck der Zeitung, den Gedankenaustausch der Gemeindemitglieder rege zu vermitteln und sie einander näher zu bringen, fast illusorisch geworden. Hofferichter suchte deshalb den auf seinem Blatte lastenden Druck in etwas zu erleichtern, indem er am 1. Juli 1851 um Rückgewährung des Postdebits für die Zeitung petitionierte, weil ihr Inhalt als ausschließlich religiös kautionsfrei sei. Vom Regierungspräsidenten um sein Gutachten aufgefordert, beantragte aber der Polizeipräsident am 5. August 1851[1]) weitere Entziehung des Postdebits, „weil die Zeitung für freie Gemeinden sich nicht ausschließlich mit Fragen der Religion und Sittlichkeit befasse, sondern öfters das politische Gebiet berühre und der Christkatholizismus sowie das Streben der freien Gemeinden unzweifelhaft sozialdemokratischen Charakter habe. Andererseits aber würden in der Zeitung für freie Gemeinden die Fragen der Religion und Moral in einer Weise behandelt, welche jeden Glauben an eine geoffenbarte Religion und jeden kirchlichen Lehrbegriff zu vernichten und das Gefühl für Religion und Sittlichkeit, wo nicht zu ersticken, doch gänzlich irrezuleiten geeignet wären.“

Veranlassung zu diesem harten Urteil hatte wohl auch die Konfiskation der No. 3 der Zeitung im Juni d. J. auf Grund eines Artikels gegeben, welcher das Institut der Ehe, namentlich wie es in den höheren Ständen damit beschaffen sei, angriff. Dieser Artikel stammte aus der Feder des ehemaligen Universitätsprofessors, Direktor des Botanischen Gartens und Präsidenten der K. K. Leopoldinischen Akademie Nees von Esenbeck.

Das Vorgehen Kehlers gab dem Blatt in der Novembernummer gerechtfertigte Veranlassung, über Vexationen seitens der Polizeibehörde zu klagen. Die Zeitung wurde daraufhin abermals beschlagnahmt, doch konnte das Stadtgericht in dem inkriminierten Artikel keine Injurie erkennen und erklärte daher die

---

1) St. A. Rep. 14. P. A. IX. 49 e I.

Beschlagnahmung für ungerechtfertigt. Kehler legte dagegen Berufung bei der Staatsanwaltschaft ein,[1]) welche auch die Konfiskation für gerechfertigt anerkannte und die Untersuchung gegen Hofferichter wegen Beamtenbeleidigung einleitete.[2]) Doch nicht genug damit, gedachte man von seiten des Regierungspräsidenten an eine Konzessionsentziehung überhaupt, wogegen sich aber selbst Kehler sträubte.[3]) Wenige Wochen später verfügte letzterer allerdings schon wieder einmal eine Konfiskation wegen eines Angriffs gegen die Staatsbehörde, die Geistlichkeit, und die christlichen Religionsgesellschaften.[4]) Hofferichter verlor daraufhin die Lust zur Fortsetzung der Zeitung und ließ sie im Anfang des Jahres 1853 eingehen.

---

1) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 1. November 1851.
2) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII 15. November 1851.
3) St. A. Rep. 14. P. A. IX. 49 e. Vgl. den Aktenanhang.
4) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVIII. 27. Dezember 1851.

III. Die (deutsch-katholische) Schlesische Volkszeitung.

Neben der für die Stadtgemeinde bestimmten vorerwähnten Zeitung gab Hofferichter ein populär geschriebenes Blatt für die Landbevölkerung heraus. Da er nun einmal als Demokrat verschrieen war, so fürchtete man auch von seinem Blatte, es wolle die Bauern demokratisieren; daher wurde auch im Mai 1849 bei Verhängung des Belagerungszustandes sein weiteres Erscheinen verboten.[1]) Nach Aufhebung des Belagerungszustandes wurde die Zeitung vom Oktober an auch wieder ausgegeben, doch redigierte sie jetzt ein Demokrat namens Brehmer, der dem wöchentlich einmal erscheinenden Blatt eine ausgesprochen radikale Färbung gab.[2]) Die Schlesische Volkszeitung erregte deshalb schon im November in No. 14 durch zwei Artikel Anstoß, so daß ihre ganze Auflage, bestehend aus 476 Exemplaren, beschlagnahmt wurde.[3]) Derselbe Vorgang wiederholte sich im Januar 1850, als der frühere Freikorpsführer und nachherige Bürgerwehroberst Dr. Engelmann vom Genfer See aus ein längeres Schreiben mit seinen Glückwünschen zum neuen Jahre an die Breslauer christkatholische Gemeinde sandte und dies die Schlesische Volkszeitung in ihrer No. 1 des Jahrg. 1851 zum Abdruck brachte. Die Polizei sah darin „eine Anreizung zum gewaltsamen Umsturz" und verfügte daher die Beschlagnahme,[4]) welche aber Stadt- wie Appellationsgericht für nicht gerechtfertigt erklärten.[5])

Inzwischen war die Redaktion des Blattes von Brehmer an den Leiter der Arbeiterverbrüderung, Dr. Heilberg,[6]) übergegangen, den wir seinerzeit schon als Mitarbeiter der Neuen Oderzeitung kennen lernten. Der neue Redakteur stellte das Blatt fast ganz in den Dienst der genannten Arbeiterkorporation, mußte sich deshalb wegen „Aufreizung zum Aufruhr" die No. 15 der Zeitung beschlagnahmen lassen[7]) und wurde schließlich wegen Abonnentenmangel gezwungen, sein Blatt am 6. Juni 1850 eingehen zu lassen, an demselben Tage, an dem auch die Schließung der Arbeiterverbrüderung verfügt wurde.[8])

---

1) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVI. 26. Mai 1849.
2) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVI. 20. Oktober 1849.
3) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XXXVI. 24. November 1849.
4) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 5. Januar 1850.
5) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 23. Februar 1850.
6) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 13. April 1850.
7) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. Ebenda.
8) St. A. a. a. O. vol. XXXVII. 8. Juni 1850.

III. Teil.

A. Die Politik der „Schlesischen Zeitung“ während der Dekade 1861—1871.

1861

Gleichsam prophetischen Blickes in der Zukunft schauend, daß das Jahr mit dem Regierungsantritt Wilhelms I. die gewaltige Zeit eröffnen werde, in der das einige Deutschland geschaffen ward, wies die Schlesische Zeitung in ihrem ersten Leitartikel[1]) darauf hin, daß für die deutschen Bruderstämme wohl die alte Sünde des Partikularismus aufgehört habe, daß das Wort „Deutschland“ für sie wieder ein Wort voll markigen Tones, ein Feldgeschrei geworden sei, bei welchem alle deutschen Herzen vom Norden bis zum Süden in gewaltigem Zusammenklange ertönten. Doch die deutschen Regierungen ständen noch lange nicht auf der Höhe ihrer Zeit. „Separatismus, Sonderinteresse, eingebildete Rechte, wo es sich um das Ganze handelt, Eifersucht, wo der wirken soll, der durch Mittel und Kraft dazu berufen, endlich der gefährliche Großmachtsdünkel, der die Souveränität über einige Quadratmeilen für ebenso bedeutend hält, als die über Millionen Deutschen, das alles sind Uebel, aus denen hundertfache Leiden für unser Deutschland fließen, aus denen, gelingt es uns nicht, sie noch in der letzten Stunde auszutilgen, keine Zukunft erwachsen kann.“ Divinatorisch den Gedanken Bismarcks von der Politik „des Eisens und Blutes“ aufnehmend, sieht die Zeitung allein Abhilfe gegen diese Uebel darin, daß Preußen auf seine Langmut verzichte, denn je zuvorkommender, je schonender und uneigennütziger es den übrigen deutschen Regierungen begegnet sei, desto anmaßender und widerstrebender hätten sich diese gezeigt. Fahre Preußen auf diesem Wege fort, dann sei nichts natürlicher, als daß man dieses edelmütige Verfahren als Schwäche auslege und die Kraft, auf deren Anwendung verzichtet würde, für gar nicht vorhanden betrachte.[2])

Die deutschen Volksstämme endlich an den Gedanken und die Empfindung zu gewöhnen, in Preußen den Mittelpunkt ihrer

---

[1]) Schles. Ztg. 1861, No. 1.
[2]) Schles. Ztg. 1861, No. 11.

Einigung zu erblicken und festzuhalten, so auf friedlichem Wege dem notgedrungenen, verhängnisvollen letzten aut-aut von seiten Preußens vorzubeugen, darin sieht die Zeitung auch die Hauptaufgabe des deutschen Nationalvereins, dem sie sich in diesem Jahre weniger skeptisch und pessimistisch gegenüberstellt, weil er es aufgegeben, in bestimmt formulierten Sätzen das Rezept zu einem einigen Deutschland zu suchen, dagegen jetzt das ganze nationale Leben umfasse und die Bedingungen zu einer erfolgreichen Initiative nur in der Bedeutung und Machtstellung Preußens finde.[1]) Umsomehr verurteilt die Zeitung in dem Verein die Strömungen, welche geradezu das Vertrauen zu den Schritten der preußischen Regierung negierten und gegen sie eine Opposition ins Werk setzten, die sie weder zu gemeinschaftlichem Wirken mit dem Nationalverein anfeuern, noch die außerhalb Preußens stehenden deutschen Kräfte mit Vertrauen erfüllen könnte. Durch den Stachel der Kritik die preußische Regierung zu größerer, energischer Tätigkeit in ihren Einigungsbestrebungen anzuspornen, wäre vollständig verfehlt; nur Unzufriedenheit würde dadurch allerseits erzeugt und eine fruchtbare Lösung der brennendsten Fragen unnötig verzögert.[2])

Die erste derselben, die Frage über die rechte Bundeskriegsverfassung, scheitere leider noch immer an den kläglichen Kreuz- und Querzügen, dem engherzigen Souveränitätsstolz der meisten Landesherren; Hannover, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden besäßen eine Militärmacht, die bei gutem Willen leicht zu einem respektablen Heere umgeschaffen werden könnte und vereinigt mit Preußens Macht eine gewaltige Schutzwehr Deutschlands bilden müßte. Trotzdem widerstrebten grade diese Regierungen, mit Ausnahme Badens, einer wirklichen und ersprießlichen Einigung mit Preußen; sie wollten auf eigne Hand eine Macht bilden, und das sei der Zweck der Würzburger Trias, oder sie wollten von Bundes wegen über Preußens Militärmacht verfügen, und das sei unzweifelhaft die Absicht, welche an Oesterreich die beste Stütze habe. Daher komme es, daß bisher eine Einigung über den Oberbefehl und die Verwendung des deutschen Bundesheeres unmöglich gewesen wäre. Umsomehr sei es zu begrüßen, daß es durch den deutschen Sinn und die klare Einsicht des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha gelungen sei, eine Militärkonvention abzuschließen, welche den einzig richtigen Weg darstelle, deutsche Kräfte für deutsche Zwecke zu vereinigen. Die freie Entschließung des einzelnen würde allein das vollbringen, was der Wille des Bundes nicht vermöge. Sachsen-Coburg-Gotha werde nicht lange das einzig in seiner Art dastehende Beispiel einer Vereinbarung sein, welche die sicherste Vorstufe zu einem einigen Vaterlande sei. Die Hansestädte wären die nächsten, welche folgen würden, und auch die anhaltinischen Staaten würden

---

1) Schles. Ztg. 1861, No. 218.
2) Schles. Ztg. 1861, No. 334.

bei guter Zeit einsehen, welchen trefflichen Dienst sie sich leisteten, wenn sie die Sorge für ihr Militär Preußen überließen. Dieser Weg wäre langsam, aber sicher, und führe schließlich zur Kristallisation einer Macht, der zu widerstreben Torheit sein würde.[1])

Größer noch als die Sorge um die Einigung des großen deutschen Vaterlandes sind die Bedenken, welche der Zeitung in diesem Jahre Tag für Tag bei Beurteilung der Verhältnisse in der engeren preußischen Heimat sich aufdrängen, und die das Blatt schließlich mehr und mehr ins liberale Parteilager hinüberführen. Mit Bedauern muß die Schlesische Zeitung konstatieren,[2]) daß, so fest und sicher auch mit dem Beginn der Regentschaft die Verhältnisse Preußens im Innern wie nach außen angefaßt und auf die Bahn des Fortschritts gedrängt wurden, nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern Rückschritte eingetreten seien, weil man sich im inneren Regiment zu sehr darauf beschränkt habe, nur die bessernde Hand anzulegen, statt ein verfehltes System, das überkommen sei, prinzipiell auszureuten. Zu jenem verfehlten System hat sich nach Ansicht der Zeitung das Herrenhaus mit der die Thronrede des neuen Königs beantwortenden Adresse bekannt. Diese habe dem wahren und richtigen Berufe des Hauses nicht den Ausdruck gegeben, der im Lande freudigen Anklang finden konnte. Sie habe nicht, wie es ihr geziemt hätte, dem Lande gezeigt, daß das Herrenhaus zwischen ihm und der Krone stehe; sie habe vielmehr trotz aller loyalen Form des Ausdrucks, trotz aller Versicherungen der Ergebenheit den sehr gefährlichen Anlauf zum Richteramt über Regierung und Regierte genommen. Aber das Herrenhaus solle weder die Stelle der Ephoren über die preußischen Könige vertreten, noch den Hemmschuh in der Entwicklung des Landes bilden; es solle das anerkannt Gute konservieren, aber in der Befriedigung des unumgänglich notwendigen Bedürfnisses liberal sein. Das Gegengewicht jeden Fortschrittes, der bloße Anwalt des Unhaltbaren in einer Zeit sein wollen, welche mit unerbittlicher Schärfe Gericht halte über das Ueberkommene, das sei nicht die Mission, die das preußische Herrenhaus überkommen habe![3])

In sehr scharfen Worten wird ihm seine Aufgabe noch einmal in diesem Jahre, nämlich vor der Entscheidung in der Grundsteuerfrage, April 1861, von der Zeitung dargetan.[4]) Das Blatt bekennt sich zwar nicht zu den systematischen Gegnern des Herrenhauses, spricht sich aber ganz entschieden gegen eine „Pseudoaristokratie“ aus, die ihre Staatsweisheit stets darin suche, das festzuhalten, was, da es jeden lebendigen Wurzelwerks bar und ledig geworden, nicht mehr festzuhalten sei, gegen eine Aristokratie, die ihre Tatkraft darin erschöpfe, einem Ministerium zu opponieren, bloß weil es liberal sei. Die Aristokratie aller Staaten

---

1) Schles. Ztg. 1861, No. 324.
2) Schles. Ztg. 1861, No. 228.
3) Schles. Ztg. 1861, No. 47 u. 53.
4) Schles. Ztg. 1861, No. 160.

habe stets ihre Mission verfehlt und sich selbst ihren Untergang bereitet, wenn sie, statt die Fahne des wahren, heilsamen Liberalismus zu tragen, der Schildträger eines den Staat entnervenden Rückschrittes gewesen sei. Eine Aristokratie, welche dem Parteigeist folge, wo das klare und offenkundige Interesse des Vaterlandes Opferwilligkeit und Hingebung fordere, habe sich selbst gerichtet. Sie sei nicht mehr ihrem Berufe gemäß eine Stütze der Krone, sondern stelle sich vielmehr als Gegnerin der Krone wie des Landes hin.

Destomehr sei in der gegenwärtigen Session dem Abgeordnetenhause die Anerkennung dafür auszudrücken, daß es in den heftigsten und die prinzipiellen Gegensätze am schärfsten markierenden Kämpfen zuletzt doch nicht aus dem Schwerpunkt des Ganzen, aus der notwendigen Einheit des ganzen parlamentarischen Wirkens herausgefallen sei. Schon die Adresse auf die Thronrede habe dem Lande gezeigt, wie sehr sich diese Gegensätze zu bemeistern und dem einen Zweck, dem Allgemeinen unterzuordnen verstanden, und die Debatten, welche dieser Adresse vorausgegangen seien, hätten vor dem Lande zwar das Bild einer tiefgreifenden, vielseitigen Verschiedenheit der Ansichten und Auffassungen entfaltet, zuletzt aber doch das wohltuende Gefühl hinterlassen, daß allen das Wohl des Vaterlandes so hoch stehe, um sich selbst zu überwinden und die Ausschließlichkeit der Meinung zum Opfer zu bringen.[1]) Von diesem Gesichtspunkt aus wäre es auch falsch, den Landtag mit billigem Spott zu überhäufen, daß er betreffs der Militärvorlage die Forderungen der Regierung und somit die Lasten der Mitbürger bedeutend vermehrt; habe er doch so allein nur zur Erhaltung der Einheit beitragen können, welche dem Lande ersprießlich sei, der Einheit zwischen Regierung und Landesvertretung.[2]) Letztere werde auch in der kommenden Session sich vergegenwärtigen müssen, daß an eine Herabsetzung des Militärbudgets für die nächste Zeit und namentlich an eine prinzipielle Aenderung der Reorganisation nicht zu denken sei, weil sie durch derartige Maßnahmen einen Konflikt heraufbeschwören würde, der Preußen unter den gegenwärtigen europäischen Verhältnissen in eine doppelt gefährliche Lage bringen könnte. Als Aequivalent für ein derartig friedfertiges Verhalten der Volksvertretung werde aber freilich der Kriegsminister die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses nicht ohne Berücksichtigung lassen dürfen, obwohl die Kammer auf deren volle Wirksamkeit bei Genehmigung des Pauschquantums verzichtet. Roon müsse vielmehr zeigen, daß die Konzessionen, zu welchen sich die Regierung durch den Fürsten von Hohenzollern bereit erklärt, nicht widerwillig, sondern frei und überzeugungsvoll gemacht worden seien. Nicht minder wichtig wäre es, daß der Kriegsminister das schon ziemlich tief gewurzelte Vorurteil aus der Welt schaffe, als werde die Reorganisation den exklusiven Charakter der Armee dem Bürgertum gegenüber noch mehr verschärfen.

---

[1]) Schles. Ztg. 1861, No. 147.
[2]) a. a. O. No. 246.

Endlich werde auch die Regierung im Auge behalten müssen, daß die Länge der Dienstzeit von sehr vielen nur als provisorisch und nur für so lange nötig angesehen werde, als die vorläufige Heranbildung der gesamten Jugend zum Waffendienst noch nicht verwirklicht sei, und daß, wenn sich eine Herabsetzung auf der Grundlage dieser Vorbildung der Jugend ermöglichen lasse, sie für die Finanzen des Staates ebenso wohltätig als sie zur vollen Durchführung des Grundgesetzes der allgemeinen gleichen Dienstpflicht wichtig sei.[1])

Kurz vor den Wahlen des Jahres 1861 erklärt aber die Zeitung ganz kategorisch, daß die zwei- oder dreijährige Dienstzeit keine offene Frage sei, sondern prinzipiell einen integrierenden Teil des ganzen von der Regierung beabsichtigten Militärreformplanes bilde, und wer immer ein Gegner des also gestalteten Reformplanes sei, der sei, er möge wollen oder nicht, ein entschiedener Gegner der gegenwärtigen Staatsregierung und befinde sich auf dem direktesten und ganz unvermeidlichen Wege, dieses Ministerium zu stürzen. Es wäre geradezu eine physische Unmöglichkeit, die liberalen Grundsätze und Maßnahmen des Ministeriums für die nächste Legislaturperiode zu fördern oder dasselbe erhalten zu wollen und zugleich in der Militärfrage demselben durch sogenannte entschiedene Forderungen Opposition zu machen.[2]) Am besten sei es, auf dem sicheren und scharf vorgezeichneten Wege des Verfassungslebens zu beharren und vor allem das Ministerium zu stützen und zu befestigen. Das jetzige Ministerium sei die Klippe, an welcher sich alle Reaktion zugunsten des Ständestaates brechen müsse, es sei der bestimmte Ausdruck, daß Preußens Regierung eine verfassungsmäßige sei.[3]) Vor zwei Gegnern jedoch müsse es ganz besonders auf der Hut sein, nämlich erstens vor der sogenannten feudalen Partei, die das Ministerium zu beseitigen wünsche, weil ihr durch dasselbe Gefahr drohe, ihren letzten Halt einzubüßen. Wie die letzten Wahlen nämlich gezeigt hätten, sei die kleine Partei nicht mehr die mächtige Partei. Sie habe mit Recht in der öffentlichen Meinung allen den Boden verloren, auf welchem sie noch eine achtunggebietende Stellung einnehmen könnte, und Macht und Einfluß könne ihr nie wieder auf dem Wege verfassungsmäßiger Entwickelung, sondern nur auf dem gewaltsamen Wege eines Staatsstreichs und einer vorübergehenden Reaktion auf kurze Zeit wiedergewonnen werden.[4]) Der Kampf gegen die zur letzten Entscheidung zusammengerafften Kräfte dieser Fraktion habe jene große Partei geschaffen, die sich im Lande als „Fortschrittspartei" gekennzeichnet habe. Aber es hätten sich in dieser Assoziation, in welcher sich um des gemeinsamen Zweckes willen eine Menge Parteiunterschiede abstumpften, die immerhin auch auf dem Wege nach vorwärts sehr bedeutend sein könnten,

[1]) Schles. Ztg. 1861, No. 272.
[2]) Schles. Ztg. 1861, No. 534.
[3]) Schles. Ztg. 1861, No. 550.
[4]) Schles. Ztg. 1861, No. 586.

Tendenzen und Forderungen eingemischt, die trotz aller Verwahrung vor einem bestimmten Parteiprogramm doch den Geist und die Absicht, welche diese große Partei in vielen ihrer Führer besitze, als eine dem Ministerium entschieden feindliche charakterisierten. Wenn ihre Absichten zur Ausführung kämen, hätte man also in dieser sogenannten Fortschrittspartei nur einen Tausch gegen die Feudalpartei gemacht und so einen Feind bezwungen, um dafür einen desto stärkeren sich zu schaffen. Auf diese Selbsttäuschung baue eben die feudale Partei die Hoffnung, welche sie an das Geständnis ihrer Niederlage knüpfte, die Hoffnung, dadurch den Weg zu einer neuen Erhebung und Stärkung anbahnen zu können.[1]) Deshalb müsse man durch entschiedene Unterstützung des Ministeriums sich von dem Vorwurf reinhalten, durch übereiltes Tun einer neuen Reaktion zum Sieg verholfen zu haben. Zu den maßlosen Angriffen von rechts und von links habe freilich das Ministerium durch seine eigene Schuld mit beigetragen, weil es von Anfang an auf einen großen Teil des Kapitals, mit dem es begonnen, auf die öffentliche Meinung, die sich in der Presse ausdrücke, nur einen geringen oder nicht den rechten Wert gelegt, und dieses Verkennen einer für jeden Staatsmann unentbehrlichen Kraft habe ihm nahezu die besten Reserven geraubt.[2])

Hier sei ebenso ganz unnötigerweise einer der besten Trümpfe aus der Hand gegeben worden, wie dies in der äußeren Politik z. B. durch die völlig unbegründete Vernachlässigung Frankreichs, durch diese scheinbare Gleichgültigkeit dem westlichen Nachbarreich gegenüber geschehen. Wer wisse denn, ob Frankreich einem entschlossenen, tatkräftigen Preußen gegenüber sich nicht zu Kombinationen entschlösse, die bei einiger Vorsicht nur nützen, aber nicht schaden könnten. Die orientalische bezw. syrische Frage[3]) würde gegenwärtig einen ganz vortrefflichen Anlaß zu solch vorteilhaften Allianzen abgeben. England werde jedenfalls nicht mit Frankreich gehen, sondern entweder notgedrungen diesem nur Konzessionen machen oder es nötigen, manche seiner Forderungen zu mildern. Da Rußland mit Frankreich einig sei, so werde dieses sehr problematische Gegengewicht auch Rußland gelten. Nun stehe Oesterreich so ziemlich in der Mitte; es halte in der Hauptsache zu England, hüte sich aber gleich diesem vor jeder Entschiedenheit. Die beiden Schalen der Wage befänden sich also gewissermaßen im Gleichgewicht, aber auch nur solange, als Preußen mehr den Zuschauer wie den Mithandelnden spiele. Mache es Miene, mit Festigkeit auf Rußlands und Frankreichs Seite zu treten, so würde es entweder an ersterem einen sicheren Alliierten gewinnen, oder England würde sich beeilen, das über alle Maßen mißachtete Preußen auf seine Seite zu ziehen und ihm eine ehrenwerte Gegenseitigkeit zu eröffnen.

---

1) Schles. Ztg. 1861, No. 560.
2) Schles. Ztg. 1861, No. 284.
3) a. a. O. No. 228.

Wenige Monate später[1]) muß freilich anläßlich der Begegnung Napoleons und König Wilhelms in Compiègne die Zeitung eingestehen, daß die letztgenannte der oben als möglich erwähnten Konstellationen nur ein schöner Traum gewesen sei, da eine Vergleichung dessen, was Preußen in letzter Zeit auf politischem Wege von England und Frankreich erfahren, keineswegs zugunsten des ersteren spreche. Dagegen habe Frankreich schon seit längerer Zeit, bereits seit der Zusammenkunft beider Regenten in Baden-Baden, begonnen, sich anders zu Preußen zu stellen. Daß hier ein anderes Regiment ans Ruder gekommen, habe Napoleon sehr wohl eingesehen und daher die Gelegenheit nicht versäumen wollen, sich zu diesem neuen Regime in eine günstige Stellung zu bringen; es stelle dies einen neuen Beweis von dem Scharfsinn der Napoleonischen Politik dar, welche ihre Zeit stets zu erkennen verstünde, während die englische es kaum der Mühe für Wert halte, diesem Umschwung Beachtung zu schenken. In der wachsenden Aufmerksamkeit Frankreichs für Preußen bilde Compiègne jetzt den Höhepunkt. Man könne nun mit Recht sagen, Preußen stände mit Frankreich auf einem guten Fuß und habe keine Ursache, in diesem Augenblick nach Allianzen gegen einen Feind zu suchen, der zwar möglich, es aber in Wirklichkeit noch nicht sei. Preußen könne sich deshalb auch jetzt der Ordnung seiner inneren Angelegenheit mit größerer Ruhe und Sorgfalt widmen und vor allem auf eine Besserung in der deutschen Frage bedacht sein. Nach dem Gesamtresultat der Politik während der verflossenen 12 Monate zu urteilen, glaubte die Zeitung (unter diesen Umständen) sonach auch dem neuen Jahre 1862 einen friedlichen Verlauf prophezeien zu dürfen.[2])

Was die eigene Geschichte der Schlesischen Zeitung angeht, so hatte das Blatt es im Jahre 1861 bis auf zirka 9000 Abonnenten — im Mai 8900[3]) — gebracht, unter denen sich auch eine bedeutende Anzahl im Auslande, besonders in Russisch-Polen und da vor allem in Warschau befand.[4]) Dieser erfreuliche Aufschwung mußte die Zeitung in diesem Jahr für den Verlust ihres langjährigen Verwalters und Redakteurs F. A. Voigt entschädigen, der am 24. Mai 1861 verschied, nachdem er 33 Jahre seine ganz und gar auf das Praktische angelegte Natur und die dementsprechende Willenskraft und Energie in den Dienst des Kornschen Hauses gestellt hatte. Fortan zeichnete allein als verantwortlicher Redakteur Julius Moecke.

Wie schon vorher erwähnt, wiegte sich die Schlesische Zeitung beim Eintritt in das Jahr

1862

in schönen, leider unerfüllt gebliebenen Friedenshoffnungen. Sie schien die dräuenden Wolken nicht zu sehen, die sich am inner-

1) a. a. O. No. 462.
2) Schles. Ztg. 1862, No. 3.
3) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 l. vol. XLIV. 18. Mai 1861.
4) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 l. vol. XLIV. 27. April 1861.

politischen Himmel zusammenballten, sondern gab immer noch der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Landtagssession einen viel ruhigeren Verlauf nehmen werde, als vor einiger Zeit ihre Aspekten angedeutet.[1] Darauf ließ nach ihrer Ansicht einmal die Tatsache schließen, daß der Sieg, welchen die Fortschrittspartei in einigen Bezirken gefeiert, im ganzen nicht zu der Sicherheit geführt hätte, mit welcher der Sieger nach der Schlacht aufzutreten pflege. Es deuchte dem Blatte vielmehr, als ob diese Partei sich mit einigen Erfolgen begnügen werde und nicht im mindesten daran denke, die Rolle der herrschenden Partei übernehmen zu wollen. Nur durch eine derartige Mäßigung könne sich die Fortschrittspartei überhaupt ihren Platz unter den Parteien des Verfassungsstaates sichern und die Mitbürger mit vollem oder scheinbarem Rechte glauben machen, sie erstrebe in der Sache dasselbe, sei auch ihr Gang wie bei allen oppositionellen Fraktionen ein beschleunigterer. In jedem Falle tue es aber not, daß die wirkliche Verfassungspartei nicht einen Augenblick die Hände in den Schoß lege und sich die Führung im Parlamente nicht allmählich entwinden lasse. Die große Mittelpartei, in welcher sich das konstitutionelle Bewußtsein mit streng royalistischer Gesinnung paare, müsse sich klarmachen, daß sie nicht bloß fortvegetieren und auf der allgemeinen Stimmung im Lande wie auf einem Ruhebett verharren könne; sie müsse eine Stütze des Ministeriums bilden, aber nur unter der Garantie, daß das Kabinett unentwegt an der Durchführung des Programms vom 8. November 1858 festhalte. Dann würden die extremen Parteien im Lande keinen weiteren Boden finden und im Parlament wohl oder übel sich bequemen müssen, den Weg der Mittelpartei zu gehen; in deren Erfolgen aber, die gleichbedeutend mit einem Reüssieren des Ministeriums[2] wären, beruhe einzig das Heil für den Staat.

Das Kabinett seinerseits habe trotz aller Prophezeiungen von Krisen und bevorstehendem Sturz gerade in der letzten Zeit gezeigt, daß es fester stehe, als man geglaubt; zwar sei selbst von konstitutioneller Seite die Behauptung ausgesprochen worden, es habe eine Ministerkrisis bestanden und sie bestünde noch so lange, bis alle Vorlagen für den Landtag im Sinne der liberalen Elemente des Kabinetts entschieden und vollzogen wären. Doch diese künstliche Unterscheidung zwischen freigewählten und übernommenen Ministern sei nicht opportun; es genüge, daß das gesamte Kabinett sich auf das Programm des 8. Novembers gestellt. Eine Verschiedenheit der Meinungen habe deshalb immerhin innerhalb des Ministeriums sich ergeben können. Die neuen Vorlagen lieferten ja den besten Beweis, daß sich Ministerium und Krone auf der Höhe der Situation befänden.[3] Nur wäre bezüglich der Reorganisationsfrage es im Interesse eines guten Ausganges wünschenswert gewesen, daß die Regierung kräftiger für ihre

1) Schles. Ztg. 1862, No. 15.
2) a. a. O. No. 21.
3) Vgl. auch No. 7.

Forderungen plaidiert und die tendenziösen Entstellungen der wahren Sachlage seitens ihrer extremen Gegner durch den Hinweis auf feststehende Zahlen und faktische Verhältnisse zunichte gemacht hätte. Schon ein in der Militärvorlage enthaltener einfacher Rückblick auf die Staatseinnahmen und den Militäretat in den ersten zwanzig Jahren seit den Befreiungskriegen würde nach Ansicht der Zeitung den Beweis geführt haben, daß von einer übermäßigen Belastung des Landes durch die Reorganisation nicht die Rede sein könne. Es sei in jenen Jahren stets mehr als ein Drittel der Einkünfte für das Heer verwendet worden, während jetzt nur etwas über ein Viertel gefordert würde. Also selbst zu einer Zeit, wo das Land durch die Kontributionen und die jahrelange Okkupation ausgesogen und durch die ungeheuren Opfer für den Befreiungskampf im höchsten Grade erschöpft gewesen, habe es sich ermöglichen lassen, einen höheren Prozentsatz der gesamten Staatseinnahmen dem Militärbudget zuzuweisen, als jetzt selbst bei völliger Durchführung der Reform verlangt werde. Trotzdem sei das Land nicht ruiniert und finanziell zerrüttet worden; sein Wohlstand wäre vielmehr fortwährend gewachsen, wie die steigende Vermehrung der Staatseinkünfte am besten beweise. Es erscheine ferner auch nicht als patriotisch, fortwährend von dem finanziellen Zusammenbruch des Staates zu sprechen und dadurch das Ansehen, in welchem Preußens materielle Kraft beim Auslande stehe, zu schwächen. Bei der gegenwärtig so günstigen Finanzlage sei ein Staatsbankrott, wie etwa in Oesterreich, vollständig ausgeschlossen, selbst wenn ein jährliches Defizit von 3 bis 4 Millionen, hervorgerufen durch die unbedingt notwendige Verstärkung der Wehrkraft, auch noch ein Dezennium hindurch ertragen werden müsse. Das Hauptmotiv für die Heerreform glaubt aber die Zeitung in der Stellung und der zukünftigen politischen Mission Preußens zu finden. Nicht objektiv nur nach dem Verhalten anderer sich richtend, sondern subjektiv auftretend, der Ziele und Tragweite seiner selbständigen politischen Bestrebungen sich bewußt, wozu sich jetzt Ansätze zeigten, müsse Preußen auch sein Schwert schärfen und bereithalten. Vielleicht werde gar in nicht allzulanger Frist wie einst unter Friedrich II. ein Erbfolgestreit das Hohenzollernreich zu kräftiger Initiative und Aktion für die deutsche Sache herausfordern. Wenn dann durch die Einigung eines größeren Teiles von Deutschland in politischer und militärischer Beziehung der Zweck erreicht sei, auf welchen die Reform indirekt hinziele, würden auch die dem Volke wegen ihr auferlegten Lasten verringert werden können; der neuerworbene Zuwachs an Kraft und Macht würde dies dann ohne Gefahr für Preußens Stellung und Bedeutung zulassen. Wenn also die Nation einerseits all diese Gründe sich vor Augen halte, die Regierung andrerseits aber, ohne von dem Prinzip der dreijährigen Dienstzeit bei der Infanterie abzugehen, durch eine starke Beurlaubung des dritten Jahrgangs eine mildere Praxis walten lasse und hierdurch die möglichste Nachgiebigkeit den Volkswünschen gegenüber beweise, so sei begründete Hoffnung vorhanden, daß die große gemäßigte Mehrheit der Nation

in die unbedingt notwendige Erhöhung des Militärbudgets willigen werde.[1])

Die Ereignisse nahmen aber einen anderen Verlauf, als die Zeitung gehofft. Am 11. März mußte sie bereits in einem Leitartikel „Vorläufige Nutzanwendungen aus der Krisis" sich zur Lage der Dinge so gut zu stellen suchen, als die Umstände es erlaubten. Der Antrag Hagens[2]) scheint ihr in Rücksicht auf die allgemeine Verständigung im Lande am wenigsten geeignet, den prinzipiellen Standpunkt zwischen Ministerium und Volksvertretung abzugeben. Außerdem habe sich die Fortschrittspartei sagen müssen, daß sie den Angriff auf den ihr unbequemen Teil des Ministeriums nicht parlamentarisch richtig damit begonnen habe, indem sie dem Finanzminister[3]) ein Mißtrauensvotum gegeben. Sei er doch gerade der Mann, welcher den Antrag Hagen in seiner Substanz schon vor Jahren als richtig erkannt habe und am entschiedensten für seine Durchführung gewesen sei. Man müsse also auf den Gedanken kommen, die Führer der Majorität hätten mit ihrem Votum eine Abdankung des Kabinetts oder eine Auflösung des Hauses beabsichtigt. Daß das Ministerium auch wirklich darauf reagiert und mit seinem Entlassungsgesuch die Unmöglichkeit betont, in Opposition mit der Majorität des Hauses noch ferner den Geschäften vorstehen zu können, findet die Zeitung konstitutionell und redlich gehandelt. Krone und Land wüßten jetzt, daß es im Landtag keine ministerielle Partei mehr gebe, welche die Majorität sichere, daß gegenwärtig dort nur die Opposition gegen die Regierung die Oberhand habe. Jedes Kabinett, welches jetzt folge, und selbst das bisherige, bliebe es auf Wunsch der Krone noch im Amt, müsse sich diese ministerielle Partei schaffen. Dies könne aber nur durch einen Appell an das Land gelingen, in welchem mit klaren, kräftigen Zügen die entschiedene Absicht dargelegt wäre, auf der Bahn der Verfassung fortzuschreiten und in Preußens auswärtiger Politik die seiner Mission entsprechendsten Wege zu gehen. Dieser Appell ans Land könne in doppelter Weise erfolgen, entweder begleitet von der Auflösung des Abgeordnetenhauses oder gestützt auf eine Vertagung desselben. Beides sei möglich, von beiden Wegen freilich der erste der sicherste. Als die Krone ihn wirklich auch eingeschlagen, sieht die Schlesische Zeitung[4]) darin keineswegs eine für die Regierung schädliche Maßregel, die eine um vieles verstärkte Opposition in den Landtag zurückführen werde. Wenn das Ministerium jeden Schein von Halbheit und jeden Verdacht

[1]) Vgl. a. a. O. No. 63, 65, 83, 98, 105 u. 113.

[2]) „Das Haus wolle beschließen, daß 1) der Staatshaushaltsetat in seinen Titeln durch Aufnahme der wesentlichen Einnahme- und Ausgabepositionen aus dem demselben zugrunde liegenden Verwaltungsetat mehr zu spezialisieren, 2) Diese Spezialisierung schon bei der Feststellung des Staatshaushaltsetats pro 1862 und zwar im Anhalt an die Titel u. Titelabteilungen der pro 1859 gelegten Spezialrechnungen zu bewirken sei."

[3]) von Patow.

[4]) a. a. O. No. 119.

irgendwelcher reaktionären Gelüste vermeide, dann werde das Land nicht mit Abgeordneten antworten, deren Anträge die Forderungen des Kabinetts und so dieses selbst zum Scheitern bringen würden.

Die sich hier offenbarende Sympathie des Blattes für das Ministerium Auerswald kommt noch einmal sehr spontan zum Ausdruck, als es zur „Wendung im Ministerium“[1]) Stellung nimmt. Die Zeitung findet in dem neukonstituierten Kabinett Roon keinen Grund zu einem Vertrauen, wie sie es der Majorität der zurückgetretenen Minister habe entgegenbringen können. Diese Männer hätten vom Anfang des preußischen Verfassungslebens an für einen gesunden, stetigen Fortschritt gewirkt sowie während der traurigen Reaktionszeit den Verfassungsstaat nach Kräften zu verteidigen gesucht. Das neue Kabinett bekenne sich dagegen nicht zu derartig liberalen Grundsätzen; es sei ohne Zweifel nach dem Ideenkreise und Gedankengang der im Amt gebliebenen sogenannten konservativen Gruppe Roon, von der Heydt und Graf Bernstorff gebildet worden, und das von dieser vertretene Sonderprogramm könne gewiß nur bei einem kleinen Teil im Lande auf Zustimmung rechnen. Es gebe Zeiten, wo es das erste Gebot der patriotischen Presse sei, einer Regierung, welche sich mit dem Lande in einen gefährlichen Widerspruch setze, unerschrocken Opposition zu machen; sollte dieses Gebot jetzt im Angesicht einer kommenden Reaktion an die Zeitung herantreten, so werde sie ihm mutig zu folgen wissen. Damit gibt sie das erste laute Kampfsignal, doch scheint sie selbst etwas vor den Folgen ihrer Streitlust in der Folge gebangt zu haben, denn sie betont, nun mehrmals ganz auffällig ihre Königstreue.[2]) Den Gegensatz zwischen „Königlich“ und „Parlamentarisch“ jetzt in den Vordergrund zu drängen und zur Devise auf die Wahlfahnen zu schreiben, hält die Zeitung für einen Mißgriff, der keinen günstigen Erfolg für den rechten Kampf um Treue für den König und Treue für die Verfassung verspreche, sondern viel eher zu neuen Erschütterungen führen werde. Ja, sie nennt es geradezu ein Unglück, daß man die Königstreue des preußischen Volkes auf die Entscheidung der nächsten Wahlen stelle; vorwurfsvoll wirft sie die Frage auf, ob man denn nicht fühle, daß man ein unantastbares Gut, das Königtum von Gottes Gnaden zum Gegenstand des suffrage universel mache.

Beim Heranrücken der Wahlen[3]) findet die Schlesische Zeitung jedoch ihre frühere scharfe Sprache wieder und betont sehr nachdrücklich, daß das gegenwärtige Kabinett durch seine Wahlbeeinflussungen schwerlich sich eine Majorität gesichert haben werde; daß es die direkten Hebel der Macht in diesem Wahlkampf habe eingreifen lassen, werde ihm nicht vergessen werden.

Die Zeitung hatte sehr richtig prophezeit, denn sie konnte Anfang Mai[4]) den Ausfall der Wahlen als ein Votum der Opposition

---

1) a. a. O. No. 133.
2) Vgl. a. a. O. No. 147 u. 159.
3) Vgl. a. a. O. No. 175.
4) a. a. O. No. 213.

im Lande bezeichnen. Die Ratgeber der Krone sollten sich also vor allen Dingen darauf gefaßt machen, daß die jetzt gewählte Landesvertretung in ihrer Majorität nicht mit der bloßen Berufung auf ein Programm sich abspeisen lassen, sondern da anknüpfen werde, wo in der aufgelösten Kammer der Faden abgerissen worden; in dieser Haltung werde auch das Haus die Mehrheit des Volkes hinter sich haben.

Mit tiefem Bedauern muß jedoch das Blatt nach dem denkwürdigen 23. September 1862, an dem die Streichung aller Ausgaben für die Heeresreform beschlossen wurde, konstatieren, daß das oben erhoffte Verhältnis zwischen Krone und Landesvertretung keineswegs zustande gekommen, sondern ein sehr beklagenswertes geworden sei; doppelt beklagenswert müsse man es nennen, weil die Regierung doch aus dem Wahlresultat recht deutlich die Stimmung des Landes hätte herauslesen und deshalb auf eine Aenderung des bisher verfolgten Systems bedacht sein können. Statt dessen habe sie während eines Zeitraums von fast 4 Monaten die Unzufriedenheit ungestört üppig wuchern lassen, und als der Tag der Entscheidung gekommen, sei sie mit winzigen Zugeständnissen vor die Abgeordneten getreten, hinter denen gerade jetzt erst fast das ganze Land stünde. Von einer Verständigung habe sie überhaupt abgesehen, während sie durch ein aufrichtiges Entgegenkommen einen befriedigenden Ausweg hätte ermöglichen können.[1])

Ob diese Lösung unter dem Ministerium Bismarck werde angestrebt werden, stehe füglich auch zu bezweifeln. Der neue Ministerpräsident sei seinen politischen Anschauungen von 1847 bis 1852, wenigstens betreffs der inneren Politik, denn doch zu treu geblieben. Er wurzle mit der feudalen Partei noch immer in demselben Boden, nur sei er weder ein Prophet noch ein Polizeimann in den Richtungen, in welchen sich die Vertreter dieser Partei sonst bewegten, sondern „das Weltkind in der Mitten". Er behandle die Politik mit Eleganz und Leichtigkeit, im Grunde aber mit einer solchen Zuversichtlichkeit und einem derartigen Selbstvertrauen, daß er damit recht deutlich die Unterschätzung der Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage offenbare. Dies sei um so gefährlicher, da Roons Politik nur durch das Interesse für die Militärreform bestimmt werde, mithin Bismarck den einzigen systemangebenden Minister darstelle. Auf seinen Schultern werde also ausschließlich die ganze Last liegen, den Parlamentarismus, wenn auch „in der mildesten Form" zu unterwerfen und dabei doch dem Staate einen Anschein gesunden Lebens zu erhalten. Dabei habe er auf keine andere Stütze als auf das Herrenhaus und die feudale Partei außerhalb desselben zu rechnen, wohl aber eine zähe, passive Opposition und die Sehnsucht des ganzen Landes nach einer tüchtigen und regsamen inneren und auswärtigen Politik gegen sich.[2])

---

1) a. a. O. No. 449.
2) a. a. O. No. 461.

Mit der schnellen Folge der dem Ministerwechsel sich anschließenden Ereignisse wächst nun ebenso rapid auch die Heftigkeit der Sprache in der Schlesischen Zeitung. Die Verwerfung des Etats durch das Herrenhaus am 11. Oktober[1]) setzt sie in höchste Erregung. Die Pairskammer hat nach ihrer Ansicht damit die Verfassungskrisis eröffnet und zwischen sich und der allergemäßigsten Farbe der liberalen Partei eine unüberbrückbare Kluft aufgerissen. Das Herrenhaus beabsichtige, wie seine hitzigsten Redner ganz richtig angedeutet, die Grundbeziehungen der bestehenden konstitutionellen Gewalten umzugestalten und anstatt des herrschenden bürgerlichen Liberalismus die Herrschaft der feudalen Aristokratie zu etablieren. Die Abrechnung mit dem Oberhaus dafür stünde freilich noch in weiter Ferne. Das nächste Ziel der konstitutionellen Partei könne deshalb nur darin bestehen, das Steuerbewilligungsrecht des Abgeordnetenhauses, also der wirklichen Vertreter des ganzen Volkes, in einer unzweifelhaften und der Verfassung entsprechenden Weise zur Geltung zu bringen. Wie das erreicht werden würde, das sei vorläufig unnütz zu erwägen; auch der Zufall und äußere Verhältnisse würden dazu viel beitragen müssen. Nur dies Ziel müsse die konstitutionelle Partei fest und unbeirrt im Auge behalten, und bis sie es erreicht, bleibe sie Sr. Majestät Regierung allergetreueste Opposition. —

In der deutschen Frage begrüßt die Schlesische Zeitung im Jahre 1862 den Fortschritt, daß Preußen seinen deutschen Bundesgenossen gegenüber auf den Standpunkt eines gesunden Staatsegoismus zurückgekehrt und so das natürliche Machtgewicht im Bund zum großen Teil wiederhergestellt sei.[2]) Das habe sich vor allem deutlich in den nach Berlin erlassenen Noten Oesterreichs und der Würzburger gezeigt, nachdem Bernstorff am 20. Dezember v. J. die bekannte Antwort Preußens auf den Bundesreformplan vom 15. Oktober 1861 gegeben. Sehr zu Recht sei in dieser Erwiderung dem Bund jede Entwicklungsfähigkeit in bundesstaatlicher Richtung abgesprochen und der engere Zusammenschluß einem kleineren Kreise innerhalb des völkerrechtlichen Bundesverhältnisses vorbehalten worden. Angesichts der großen materiellen und politischen Gegensätze könne sich jener Kreis nur im Wege freier Vereinbarung nach und nach auf der Grundlage gemeinsamer staatlicher Interessen bilden. Demnach bilde Preußens gegenwärtige deutsche Aufgabe die Förderung eines doppelten Prozesses, nämlich einmal innerhalb des Bundesverhältnisses diejenigen Beziehungen immermehr zu lockern, welche durch die in ihnen enthaltenen Gegensätze den derzeitigen Bundesorganismus und seine Ohnmacht zu konservieren geeignet wären. Durch eine unzweideutige verneinende Haltung sei dies im Bunde gegen alle Maßnahmen zu bekunden, welche derartige Beziehungen beträfen. Andrerseits müsse da eine gesteigerte Vertragstätigkeit auf dem Gebiete materieller, militärischer und politischer Interessen entwickelt werden, wo

1) a. a. O. No. 479.
2) a. a. O. No. 55; vgl. auch No. 67.

territoriale und staatliche Vorbedingungen auf eine analoge Entwicklung mit Preußen hinwiesen. Das wäre die einzige praktische Vorbereitung zu einer Gestaltung der Verhältnisse, die ohne vorangehenden theoretischen Plan einen naturgemäßen engeren Staatenverband herbeiführen könne. Den Weg hierzu habe Preußen betreten, und der dadurch herbeigeführte Prozeß sei in vollem Gange.

Nach dem Ausbruch des Konflikts im März steht freilich die Zeitung dem günstigen Verlauf eines solchen Prozesses sehr skeptisch gegenüber, da sie meint, jetzt nicht ohne Besorgnis an den Eindruck denken zu dürfen, welchen die letzten Vorgänge in Preußen bei den Würzburgern und Oesterreich hervorgerufen.[1]) Es sei sehr schlimm, daß die hämischen Bemerkungen der Wiener Presse gegen keine Partei, gegen keinen Teil gerichtet wären, der in dem Konfliktsdrama seine Rolle gespielt, sondern eben nur gegen Preußen, das man durchaus auf die Stufe von Olmütz bringen wolle. In den Staaten und Kabinetten der Würzburger herrsche dieselbe Ansicht. Drum würden sie sich jetzt auch wohl hüten, der preußischen Regierung Verlegenheiten zu bereiten und sie so auf eine rasche Beseitigung des inneren Zerwürfnisses hinzudrängen. Man werde im Gegenteil alles tun, um ihr mit Zuvorkommenheit zu begegnen, weil man sehr wohl wisse, daß die preußische Regierung jetzt gewisser Dränger nach einer kräftigen deutschen Politik ledig geworden. Außerdem werde ganz richtig kalkuliert, daß neue Wahlen in Preußen, welche wieder oppositionell ausfielen, nur eine neue Auflösung zur Folge haben und so neuen Grund geben würden, von jeder kräftigen Aktion nach außen abzusehen und alle Aufmerksamkeit auf die innere Politik zu konzentrieren. Ja, man werde noch ein weiteres tun und der preußischen Regierung Vorschläge machen, welche äußerlich die bundesfreundliche Gesinnung gegen Preußen bekunden, sonst aber nichts weiter bezwecken würden, als das Hohenzollernreich von der ununterbrochenen Herausbildung des Bundesstaates innerhalb des großen Bundes abzubringen.

Im August d. J. schon konnte die Zeitung[2]) bei der Kritik des Delegationsprojektes mit Genugtuung die Richtigkeit dieser ihrer Voraussage feststellen. Der Hauptgrund für Oesterreichs Vorgehen gegen die preußische Regierung ist diesmal nach der Meinung des Blattes auch mit in der Anerkennung Italiens durch letztere zu sehen, und dafür revanchiere sich nun die habsburgische Monarchie mit der sehr geschickten Intrigue, Preußen aus der Scylla der inneren Verlegenheiten in die Charybdis der bundesstaatlichen Zerwürfnisse geraten zu lassen. Wie die Forderung Oesterreichs, mit dem Zollverein noch vor der Verwirklichung des preußisch-französischen Handelsvertrages in eine nähere Zolleinigung zu treten, nur das Bestreben verrate den Zollverein zu sprengen und dadurch Preußen aus einer bevorzugten Stellung zu drängen,

[1]) a. a. O. No. 141.
[2]) a. a. O. No. 381; vgl. auch 383, 397 u. 411.

so seien auch die österreichisch-würzburgischen Bundesreformvorschläge nur darauf berechnet, Preußen zu diskreditieren und zu isolieren. Graf Bernstorff habe aber die Oberflächlichkeit und Nichtigkeit dieser Reformkarikatur schonungslos aufgedeckt, daher die deutsche Nation das Aktenstück fortan richtig würdigen würde als den neuesten Erguß antipreußischer Rachepolitik.

Bernstorffs Entschiedenheit in der kurhessischen Frage zollt die Zeitung gleichfalls vollen Beifall.[1]) Es sei gut und richtig gewesen, daß er Oesterreich genötigt, aus seiner abwartenden Stellung herauszutreten und eine bestimmte Position zur kurhessischen Mißwirtschaft einzunehmen. Einmal engagiert hätte es so nur die Wahl gehabt, sich in reaktionärem Sinne durch Zurücktreten bloßzustellen oder nach den Prämissen auch in die Konsequenzen sich zu schicken. Die Erklärung, welche nun Preußen und Oesterreich beim Bunde abgegeben, habe diesen sehr energisch aus seiner Lethargie oder besser gesagt aus seiner bekannten Praxis der Scheintätigkeit aufgerüttelt; er müsse nun vorgehen oder es sich gefallen lassen, daß seine Autorität von den beiden vorgenannten Mächten ersetzt werde. Preußen handle bereits, und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen sowie die Mobilmachung stellten eine seiner würdige Tat dar.

Beim Wiederausbruch des Konflikts zwischen Kurfürst und Kammer im November hält die Zeitung[2]) abermals ein energisches Auftreten Preußens im Sinne der von dem Grafen Bernstorff einmal erfolgreich durchgeführten Politik dringend geboten. Die Verhältnisse lägen so klar, und sie würden gewiß auch von Bismarck so vollständig anerkannt, daß sich das Blatt keine Sorge um ein energisches Einschreiten machen würde, wenn nicht die feudale Partei jene Bernstorffsche Politik mit unverhohlener Abneigung betrachtete und soviel Verwandtschaft mit den sog. Neuhessen zeigte. Diese Befürchtung, daß die Reaktionäre den Ministerpräsidenten ungünstig beeinflussen würden, erwies sich jedoch, wie bekannt, nach Absendung der Note vom 24. November 1862 als grundlos.

In der äußeren Politik begrüßt die Schlesische Zeitung in diesem Jahre vor allem die Anerkennung Italiens durch Preußen.[3]) Letzteres habe dadurch deutlich demonstriert, daß es von nun an nach eigner Kraft und eignem Ermessen handeln werde. Trotzdem sei diese Anerkennung weit entfernt davon, eine Billigung der sardinischen Annexionspolitik darzustellen. Die preußische Regierung habe es in diesem Falle lediglich mit Tatsachen zu tun gehabt, gegen die zu protestieren unmöglich gewesen, weil sie mit einer Preußens Kraft übersteigenden Macht aufgetreten; hätte man dagegen ankämpfen wollen, so wäre unfehlbar eine Situation geschaffen worden, unter welcher die preußischen Staatsverhältnisse würden empfindlich zu leiden gehabt haben, und diesem Faktum gegenüber sei es sehr gleichgültig, ob die österreichische Regierung zürne.

---

[1]) a. a. O. No. 225, 287 u. 291.
[2]) a. a. O. No 555.
[3]) a. a. O. No. 335 u. 345.

Ihre ausgesprochene liberale Tendenz hatte der Zeitung in diesem Jahr zwar wenig Abonnenten mehr zugebracht, denn die Leserzahl war im ganzen und großen dieselbe geblieben wie im Vorjahr.[1]) Dagegen hatte sie ihr unterm 18. Oktober 1862 die erste Verwarnung eingetragen, gegen welche der Verleger aber am 23. d. M. im Hinblick auf die doch immerhin sehr gemäßigte politische Auffassung protestieren zu dürfen glaubte.[2]) Am 23. Dezember wurde seit langer Zeit auch wieder einmal die Schlesische Zeitung konfisziert, und zwar das Mittagblatt No. 600 wegen Mitteilung von eingelaufenen Beiträgen für den Nationalfonds. Da in dieser Angelegenheit auch die Breslauer Zeitung während der letzten Monate besonders in Mitleidenschaft gezogen wurde, so wollen wir bei der Geschichte dieser Zeitung auf diesen interessanten Preßprozeß näher eingehen.

Die Betrachtungen, welche sich beim Eintritt in das Jahr

1863

an die jüngste Vergangenheit und die Voraussicht der nächsten Zukunft knüpften, sind, wie die Zeitung meint,[3]) zwar nicht rosenfarben; trotzdem stünde es aber doch nicht so schlimm, wie manche glaubten, denn alle Uebel der gegenwärtigen innerpolitischen Lage würden noch aufgewogen durch den selbstvertrauenden, wirklich patriotischen und tief monarchischen Sinn der Bevölkerung, welcher sich bisher in Vereinen, Versammlungen und in der Presse kund getan. Die politische Erziehung des preußischen Volkes sei zwar erst jungen Datums, doch gebe es schwerlich ein zweites Volk, welches in einer schweren Heimsuchung einen so gründlich konservativen Charakter und ein solches Verständnis für die Grundlage aller politischen Entwicklung, für das Positive zeige. An dieser mächtigen Einstimmigkeit der öffentlichen Meinung müßten die fanatischen Hetzereien der kleinen, aber heute wieder mächtigen feudalen Partei scheitern. Bisher wäre noch nirgends eine Spur von Aufregung zu merken gewesen, und eben weil dies der Fall sei, weil ohne Aufregung, d. h. also ohne etwas revolutionären Geist im Volke die Reaktion fortwährend gegen Windmühlen fechte, suche sie selbst eine solche Aufregung künstlich zu konstruieren.

Auch die Kammermajorität habe mit einer großen Schwierigkeit zu kämpfen, nämlich mit der Durchführung eines bestimmten Programms; dagegen besitze sie den großen Vorteil, das Operationsfeld mit seinen Terrainschwierigkeiten genau zu kennen, was beim ersten Zusammentritt natürlich nicht habe der Fall sein können. Diese Unkenntnis hätte sich damals durch den Mißerfolg der Adresse gestraft, und nach dieser Erfahrung würde gegenwärtig wohl von diesem Usus ganz abgesehen werden, selbstverständlich die Eventualität ausgenommen, wenn die Thronrede durch Berührung ganz konkreter Punkte eine Adresse unerläßlich

[1]) Deutscher Zeitungskatalog, Leipzig 1862, S. 81.
[2]) 150 Jahre Schlesische Zeitung, S. 249.
[3]) Schles. Ztg. 1863, No. 3.

mache. Wolle man mit ihr aber nur an höchster Stelle ganz allgemein einen Wechsel des Systems bewirken, so würde sie unter allen Mitteln, welche man zu diesem Behuf anwenden könne, das zweckwidrigste sein. Auch vom logischen Standpunkt aus sei es einleuchtend, daß grade eine Adresse des Abgeordnetenhauses, gegen das jetzige Ministerium gerichtet, wirkungsloser sein werde als die Kundgebung des kleinsten Dorfes.[1])

Die Zeitung mußte jedoch erleben, daß ihre Mahnung ungehört verhallte; aber sie machte aus der Annahme eines Adreßentwurfs dem Hause keinen Vorwurf, da es bisher stets vorsichtig und mit Rücksicht auf die Unterstützung gehandelt habe, welche es vom ganzen Lande und nicht bloß von den Wahlmännern und Urwählern der Fortschrittspartei zu erwarten gehabt. Die Adresse weise auch die gute Seite auf, daß sie keinen extremen Schritt darstelle, wie dies der Fall bei einer Resolution gewesen wäre, und daß sie jedenfalls keine Veranlassung geben könne, das Abgeordnetenhaus eines Uebergriffs über seine Rechte hinaus zu zeihen. Indem sich dasselbe mit dem Ausdruck seiner Beschwerden vertrauensvoll an den König wende, zeige es schon dadurch seine loyale, echt monarchische Gesinnung und wende so den Schein von Konventsgelüsten von sich ab, den eine Resolution erwecken könnte und den die feudale Partei mit Erfolg ausbeuten würde.[2]) Die Adreßdebatte selbst nennt die Zeitung[3]) ein glänzendes Blatt in der Geschichte des preußischen Parlamentarismus; sie habe den unumstößlichen Beweis geliefert, daß die preußische Volksvertretung in ihren Rednern an Wärme der Ueberzeugung, an Gradsinn und Macht der Beredtsamkeit, an Schärfe der Logik und Besonnenheit jeder anderen ebenbürtig sei. Zu einer Lösung in dem Sinne, daß ein Punkt der Verständigung zwischen dem Ministerium und der Landesvertretung gefunden würde, habe diese Debatte freilich nicht führen können, sondern es wäre vielmehr durch sie die Unmöglichkeit eines solchen Kompromisses dargetan worden. Für diese Unmöglichkeit gebe es keine passendere Erklärung als die, daß Ministerium und Kammer zweierlei Sprachen redeten, zweierlei Logik und Sittengesetz besäßen.

Die ohne Gegenzeichnung der Minister auf diese Adresse erfolgte Antwort der Krone[4]) einer direkten Beurteilung zu unterziehen, würde jedoch nach Ansicht des Blattes der politischen Bildung und Reife widersprechen. Es weist darauf hin, daß jeder, der des Königs Antwort gelesen, gewiß in dem Bewußtsein gestärkt werde, kein Monarch wünsche lebhafter das Wohl und Glück seines Volkes als Wilhelm I. Trotzdem gäben aber seine Worte keine Aussicht auf eine heilvolle Aenderung der Situation. Jeder Abgeordnete, der es mit den Rechten des Volkes wohlmeine, werde trotz dieser Antwort wie Luther denken: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!"

---

[1]) a. a. O. No. 17.
[2]) a. a. O. No. 35.
[3]) a. a. O. No. 53.
[4]) a. a. O. No. 65.

Die hier noch sehr gemäßigte Sprache der Zeitung wird ungleich schärfer bei der Kritik der sog. Polendebatte.[1]) Was die Grundsätze preußischer Politik im allgemeinen, wie in Bezug auf die schwebende Frage betreffe, so hätten Twesten, Simson und Sybel sie mit ergreifenden, zum Teil mit Flammenzügen hingezeichnet. Das Ministerium jedoch habe sich der Flut der Angriffe gegenüber auf einen ganz eigentümlichen Standpunkt gestellt, indem es die Rolle des Anklägers und des Richters in einer Person übernommen. Während Bismarck noch vor kurzem gegen das gehässige Monopolisieren des Patriotismus durch eine Partei gesprochen, habe er in diesen Debatten für sich und das Ministerium den Patriotismus ganz allein in Beschlag genommen und ihn der Majorität des Hauses aberkannt. Die Aeußerungen der feindseligen Stimmung seinerseits hätten sich von Tag zu Tag gesteigert. Eine Sprache, wie er sie der Kammer gegenüber geführt, stehe in den Annalen des Parlamentarismus als ein Novum da, und wenn auch das Haus die bewundernswerte Selbstüberwindung gezeigt habe, sich zu keiner Unbesonnenheit fortreißen zu lassen, so würden doch die gefallenen Worte einen langen Widerhall finden und einen tiefen, bitteren Eindruck in der Volksvertretung und außerhalb derselben hinterlassen. Der Rücktritt des Ministeriums oder die Auflösung der Kammer, vielleicht auch beides zugleich, sei unvermeidlich geworden, und jeder Aufschub bedeute eine schwere Schädigung für den Staat, auf den gegenwärtig ganz Europa seine erstaunten Blicke richte.

In dieser Ansicht findet sich die Zeitung[2]) noch bestärkt durch den zwischen Roon und Bockum-Dolffs entstandenen Streit über die Grenze der Disziplinargewalt des Präsidenten im Landtag. Wenn auch die Ansichten über diese Macht auseinandergingen, so seien doch die Dinge durch die Forderung des Ministeriums auf eine Spitze getrieben, welche es nunmehr dem Abgeordnetenhause zur Pflicht mache, auch seine Ehre, sein Recht und seine Machtbefugnis aufs äußerste zu wahren. Unter solchen Umständen bleibe dem Ministerium keine Freiheit der Entscheidung mehr. Es habe sich selbst die Türe des Landtags geschlossen, weil es nun bei der von ihm einmal abgegebenen Erklärung beharren müsse. Die königliche Botschaft, die nun versucht, mitten zwischen die streitenden Parteien zu treten und dabei gleichfalls das Hausrecht der Kammer in Abrede gestellt habe, erscheint der Zeitung nur als eine unnötige Verschärfung des Konflikts. Nicht dem Abgeordnetenhause falle die Schuld zu, aus einem vereinzelten Ereignis eine Prinzipienfrage der Verfassung gemacht zu haben, wie ihm vorgeworfen werde, sondern grade das Ministerium habe diesen Mißgriff getan; von ihm sei wieder die unselige Frage ins Land geworfen worden, ob ein Parlament, das auf seinem Hausrecht bestehe, sich nicht des Eingriffs in die königlichen Rechte schuldig mache. Das Abgeordnetenhaus werde jedoch unzweifelhaft sich durch diese Zuspitzung des Kampfes nicht schrecken lassen und mit einer imposanten Majorität,

1) a. a. O. No. 89, 101, 103 u. 109.
2) a. a. O. No. 221; vgl. auch 245.

die gewiß der Einstimmigkeit sehr nahe kommen würde, auf seinem Beschlusse beharren.[1]) Wenige Tage später[2]) bedauert die Zeitung freilich, daß diese Hoffnung sich nicht ganz erfüllt habe. Die als Beantwortung auf die Botschaft vom 20. Mai gefaßte Adresse an den König, welche die Mitwirkung mit dem gegenwärtigen Kabinett rundweg abgelehnt, sei allerdings mit einer großen Mehrheit, aber bei weitem nicht mit der wünschenswerten und auch erreichbaren Einstimmigkeit angenommen worden. Und doch wäre Einmütigkeit so sehr notwendig den ernsten, nunmehr folgenden Konsequenzen gegenüber gewesen, denn die Adresse werde unfehlbar die lang erwartete Krisis zum Ausbruch bringen.

„Einen Schluß, der nicht schließt", so nennt das Blatt[3]) die richtig vorausgesagte Katastrophe des Dramas, denn die Kluft, die sich zwischen Regierung und Volksvertretung aufgetan, sei durch den Schluß des Landtags nicht wieder ausgefüllt, sondern erweitert worden. Nicht bloß seitdem Preußen ein konstitutioneller Staat sei, sondern seit viel längerer Zeit habe die preußische Geschichte kein Ereignis von gleicher folgenschwerer Bedeutung zu registrieren wie den Akt, durch welchen der Arbeit der Volksvertreter ein gewaltsames Ende bereitet worden. Die Thronrede erhebe gegen die Kammer die schwersten Anklagen, ohne sie seltsamerweise aufzulösen, wie dies nicht nur der einzige konstitutionelle Weg sei, um sie zu beseitigen, sondern wie es auch durchaus geboten wäre, wenn das Haus wirklich sich solch schwerer Verfehlungen schuldig gemacht hätte, wie die Thronrede angedeutet. Der auf die Spitze getriebene Konflikt solle also wenigstens acht Monate in seiner Schärfe konserviert werden, und dies in einer Zeit, wo Europa inmitten großer Verwickelungen stehe und Preußen möglicherweise einem Kriege ausgesetzt sei. Mit den trübsten Befürchtungen glaubt daher die Zeitung einer dunklen Zukunft entgegensehen zu müssen.

Schneller jedoch, als sie gedacht, brach das Ungemach in Gestalt der Preßordonnanzen vom 1. Juni herein, welche die Verwaltungsbehörden ermächtigten, Zeitungen nach zweimaliger Verwarnung zu unterdrücken. Das Blatt hält diesen Schlag für umso vernichtender,[4]) da er der Presse jede Garantie des richterlichen Verfahrens entziehe und sie bei einigem Freimut sofort mit völligem Ruin bedrohe. Unter diesen Umständen glaubt also die Zeitung ihre Opposition schwerlich fortsetzen zu können, obwohl sie dieselbe in sehr gemäßigter Form als auf dem rechten Flügel der liberalen Parteien stehend ausgeübt habe. Sie will sich von nun an verzehnfachter Zurückhaltung und der allergrößten Sorgfalt in der Wahl jedes Ausdruckes befleißigen, sowie fortan nur noch auf die Prinzipien und Bestimmungen der beschworenen Verfassung hinweisen. Am Ende des Monats[5]) sieht die Zeitung aber bereits ein,

---

1) a. a. O. No. 235; vgl. auch No. 225, 229 u. 231.
2) a. a. O. No. 237.
3) a. a. O. No. 243.
4) a. a. O. No. 253 u. 257.
5) a. a. O. No. 281.

daß sie damit nicht durchkommen werde und wenigstens den Versuch einer Diskussion machen müsse; Material dazu biete sich ja reichlich genug in den Aeußerungen der ministeriellen Blätter, so daß man also durch eine direkte Besprechung von Regierungsmaßregeln nicht irgendwelche Gefahr zu laufen brauche. Man müsse dabei freilich zuerst des bitteren Gefühls Herr werden, daß diese Zeitungen häufig eine Polemik führten, die eine Antwort eigentlich unmöglich mache und die doch nur dann von Nutzen sein könne, wenn innerhalb der Presse wenigstens eine gewisse und wenn auch noch so schmal begrenzte Solidarität des Interesses anerkannt werde. Von diesem Standpunkt aus sollten die ministeriellen Blätter auch nicht darüber spotten, daß die liberale Presse sich jetzt größtenteils Schweigen auferlege, denn dies habe für den Augenblick wenig zu sagen. Gegenüber dem lauten Markt der Meinungen, an den das Publikum gewöhnt sei, würde ihm wahrscheinlich der Ton, den selbst die mildeste Interpretation der Preßordonnanzen zulasse, sehr fade vorkommen und die Zeitungen würden vielleicht noch mehr eine derartig farblose und kraftentbehrende Kritik als ein vielsagendes Schweigen zu entgelten haben. Also erscheine es weniger im Interesse des Publikums als in dem des Staates geboten, daß die Presse wieder einen Boden gewinne, von dem aus sie wieder als treuer Ekkehard mahnen und warnen könne.

Den ersten vorsichtigen Versuch zur Eroberung des verlorenen Terrains und zu einer rückhaltslosen Kritik macht die Zeitung bereits bei der Landtagsauflösung.[1]) Sie gibt ihrer Freude darüber Ausdruck, daß die Ausschreibung der neuen Wahlen ohne die lange befürchtete Aenderung des Wahlgesetzes erfolgt sei, warnt aber gleichzeitig die feudalen Blätter aufs entschiedenste, die Maßregel der Kammerauflösung dahin zu kommentieren, daß sie die letzte „auf dem Boden des jetzigen Verfassungstreibens" sei und im Falle eines unerwünschten Wahlresultates dieser Boden zeitweilig oder gänzlich verlassen werden würde. Die Zeitung glaubt, daß eine derartige Drohung von vornherein jede ersprießliche Wirkung einer versöhnlichen Mittelpartei verhindere und gerade jenen Hang zur „Entschiedenheit" befördere, welcher die aufgelöste Kammer weiter von dem Landtag des Jahres 1858 entfernt habe, als es unter anderen Umständen möglich gewesen. Die Beweislieferung für die Richtigkeit dieser Perspektive findet die Schlesische Zeitung in dem Wahlausfall gegeben.[2]) Die Drohungen und die Schwierigkeiten, welche man dem Wahlkampf bereitet, hätten nur zu einer festeren Organisation der liberalen Partei beigetragen. Der versöhnende Uebergang zwischen den Extremen, die ehemalige „konstitutionelle" Fraktion, fehle fast vollständig, und so lasse sich eine längere Dauer des Verfassungskampfes voraussehen, als wünschenswert sei.

Die Bilanz über die ersten drei Wochen parlamentarischer Arbeit der neuen Kammer läßt dem Blatt[3]) jedoch die Befürchtung

[1]) a. a. O. No. 419 u. 423.
[2]) a. a. O. No. 506 u. 512.
[3]) a. a. O. No. 564.

bereits grundlos erscheinen, und vor allem konstatiert es mit Genugtuung, daß während der kurzen Zeit die feudale Partei eine Reihe schwerer moralischer Niederlagen erlitten. So sei die Bedeutung der Aufhebung der Preßordonnanzen[1]) nicht hoch genug anzuschlagen. Unter anderen Verhältnissen wäre diese Tatsache freilich nach dem Kammervotum eine ganz selbstverständliche gewesen; wenn aber die Regierung die Ansicht der äußersten Rechten zu ihrer eignen gemacht hätte, nämlich daß sie trotz des Parlamentsbeschlusses die Preßordonnanzen nicht aufzuheben brauche, so würde das Haus kein Mittel gehabt haben, seinem Votum Geltung zu verschaffen. So aber hätte das Kabinett die Feudalen verleugnet und wäre nach länger als anderthalb Jahren den ersten Schritt zurückgewichen. Auch mit andren sehr kategorischen, aber minder wichtigen Forderungen habe das Ministerium die reaktionäre Partei abgewiesen, und es müsse sich nachgerade immer eindringlicher die Frage vorlegen, ob nicht jede andre Unterstützung vorteilhafter sei als die der Feudalen.

Gegen Schluß des Jahres konstatiert die Zeitung[2]) jedoch voller Resignation, daß es eben nur bei den erfreulichen Ansätzen zu einer Verständigung geblieben sei. Ja, es gewinnt ihr jetzt geradezu den Anschein, als ob die Höhe des Konflikts noch nicht erreicht sei und die größte Krisis erst bevorstünde. Ministerium und Kammer stünden sich wahrlich nicht als „Söhne des Landes“ gegenüber, wie Bismarck einst gesagt. Der Ministerpräsident weise jedes Urteil der Versammlung über politische Angelegenheiten zurück, weil „er es besser verstehe“, als ob jemals eine Landesvertretung aus Diplomaten bestanden hätte. So habe er das Abgeordnetenhaus auf den äußersten Grad der Ohnmacht herabgedrückt und seinen inneren Zerfall beschleunigt. Die alte konservativ-liberale Partei, für jede Regierung eine so wesentliche Stütze, sei zersplittert, vernichtet, verschwunden und die träge Masse ausgenommen, die sich jedem Einfluß hingebe, stünden sich nur noch zwei Parteien, und zwar mit täglich wachsendem Hasse, gegenüber. Schon greife der Pessimismus um sich und trage sein Gift in weite Kreise; nirgends zeige sich eine erfreuliche Erscheinung. Jede Partei besitze grade nur die Kraft, der andern das Gegengewicht zu halten, und so bleibe alles in trägem Selbstbeharren.

Ueber die neue Stellungnahme Preußens im europäischen Konzert hatte sich die Schlesische Zeitung gleich zu Beginn des Jahres 1863 sehr skeptisch ausgesprochen.[3]) Der Name Bismarck sei wohl sofort mit dem Beiklange einer kräftigen äußeren Politik an die Spitze des Ministeriums getreten; auch habe diesen Namen stets das Zutrauen begleitet, daß sein Träger nicht zu den Schwächlingen gehörte, die einer energielosen deutschen und europäischen Politik Preußens, wie sie einst unter Manteuffel beliebt gewesen, das Wort geredet. Nach dem Ende der Reaktionszeit habe man

---

1) a. a. O. No. 548.
2) a. a. O. No. 594.
3) a. a. O. No. 11.

sich sogar gesagt, daß von diesem Bismarck viel zu hoffen sei, wenn er auf dem rechten Platz stünde. Trotzdem muß die Zeitung offen bekennen, daß sie durch die kurze Erfahrung, welche sie über sein Regime gemacht, weder von seiner genauen Kenntnis der wirklichen Verhältnisse noch von seinem System und seinem ganzen staatsmännischen Charakter besonders befriedigt sei. Sie habe in den meisten Fällen nur einen geräuschvollen Anlauf, aber keine folgerichtige Durchführung, ein Umhertasten im einzelnen, aber keine Arbeit aus dem Ganzen heraus wahrnehmen können. Das einzige nur, was immer klar durchgeschienen, sei eine sehr mechanische Ansicht von der inneren Leitung des Staates gewesen, eine abgesagte Feindschaft gegen alles, was nur den geringsten ideellen Anflug aufweise, und zugleich eine ebenso materielle Auffassung der preußischen Machtverhältnisse nach außen, also besonders bezüglich der deutschen Frage. Hier solle eben nichts weiter entscheiden als ein durch Machtmittel und politische Koalition gestärktes Vorgehen.

Das beweise auch wieder der Abschluß der Konvention mit Rußland und die dadurch beeinflußte preußische Stellungnahme zur polnischen Revolution.[1]) Die Zeitung vermag sich mit dem hier allein kundgegebenen egoistischen Staatsinteresse nicht abzufinden, sondern möchte das allgemeine Humanitätsgefühl dabei preußischerseits nicht so sehr vernachläßigt sehen. Ueberdies würde Preußen nach ihrer Ansicht wie von einem Alp befreit aufatmen können und rasch der seines Kulturstandpunktes unwürdigen Einflüsse und Bestrebungen ledig werden, sobald ein auf modern konstitutionellen Prinzipien begründetes Polen anstatt eines im europäischen Kulturleben zurückgebliebenen Rußlands die Stelle des Grenznachbars einnähme. Polen würde zwar niemals als ein Freund betrachtet werden dürfen, aber ebensowenig würde es ein gefügiges Werkzeug Rußlands gegen Preußen bilden wollen und können. Die voraussichtliche polnisch-französische Allianz würde unter allen Umständen nicht gefährlicher sein als die russisch-französische Koalition, der Preußen ohne den polnischen Pufferstaat stets in direktester Weise ausgesetzt sei. Ein selbständiges Polen wäre also nicht zu fürchten, geschweige denn ein unter russischer Oberherrschaft autonomes.

Im Oktober[2]) hat aber die Zeitung ihre Meinung schon wesentlich modifiziert. Sie erblickt für die Polen im Königreich keine andere Aussicht als die dira necessitas einer Unterwerfung unter Rußland. Das Gespenst der polnischen Frage werde jedoch noch lange Zeit am politischen Himmel drohen und den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Frankreich und dem Zarenreich konservieren. Außerdem habe sie in Rußland ein Gefühl der Kraft hervorgerufen, welches sich in den letzten Noten in einer für ganz Europa bedrohlichen Weise manifestiert hätte. Ein Uebergewicht Rußlands, wie es vor dem Krimkriege bestanden, könne indessen nicht im Interesse

[1]) Vgl. a. a. O. 73, 145, 151, 153, 277, 279, 375.
[2]) a. a. O. No. 463.

Preußens liegen, und deshalb müsse es beizeiten allen Machtgelüsten des östlichen Nachbarn energisch die Stirne bieten.

Versäume man dies, so könne es sehr bald eine ebenso tiefe Demütigung von Rußland erfahren, wie sie das kleine Dänemark durch die faktische Einverleibung Schleswigs ganz Deutschland und vor allem Preußen zugefügt habe.[1]) Leider seien die Umstände durchaus nicht darnach angetan, daß man auf eine baldige Genugtuung für diese Schmach rechnen könne. Sie wäre nur zu erreichen, wenn ganz Deutschland mit Einmütigkeit und Entschiedenheit sie fordere und alles daransetze, sie zu erreichen. Von solcher Einigkeit aber sei man weiter entfernt als jemals seit 50 Jahren und der Versuch, sie wieder herzustellen, würde ein ebenso trauriges Resultat zeitigen wie immer in solchen Fällen. Da aber Preußen infolge seiner verkehrten Politik für Deutschland nicht mehr allein eintreten könne, so müsse es um jeden Preis doch die Gemeinschaft mit Oesterreich schließlich herstellen und mit ihm im Verein den Bund zu einem feierlichen Protest gegen die grobe Verletzung seiner Rechte auffordern. Anstatt nun aber den Beschluß der Bundesexekution gutzuheißen, wie es nach dem Vorstehenden verständlich gewesen, stellt sich die Zeitung ihm anfangs sehr skeptisch gegenüber.[2]) Im November[3]) aber schreibt sie doch mit Genugtuung, daß diesmal vom Deutschen Bund nicht zu befürchten stünde, er werde es an Energie mangeln lassen. Selbst der unerwartete Thronwechsel in Dänemark scheine ihn nicht zu tangieren, obwohl der Konflikt an Aussichten zu einer friedlichen Lösung dadurch soviel wie nichts gewonnen habe. Es wäre doch nämlich sicher, daß Christian IX., welcher es so bequem habe, die Erbschaft der Popularität Friedrichs VII. anzutreten, nicht gleich von vornherein seine Regierung gegen die Ansichten, Forderungen und Sympathien des dänischen Volkes beginnen werde, zumal da er nicht in grader Linie die Dynastie fortsetze und deshalb auf die Befriedigung seiner Untertanen großen Wert zu legen habe. Ueberdies werde es der begeisterten Verteidigung seines Volkes bedürfen, wenn er seine Sukzessionsrechte in den Elbherzogtümern behaupten wolle; denn obwohl durch seine Thronbesteigung der im Londoner Protokoll vorgesehene Fall eingetreten sei, so folge daraus noch keineswegs, daß der deutsche Bund die Nachfolge des Glücksburgers in Schleswig-Holstein gestatten und anerkennen müsse. Ja, es folge nicht einmal aus der ganzen Struktur und Existenz des Londoner Protokolls, daß gegenwärtig Oesterreich und Preußen ganz auf ihre Bundespflicht verzichten und sich für absolut gebunden erachten müßten. Die Zeitung[4]) erwartet also, daß der Bund die Okkupation beschließen und dieselbe in kürzester Frist in Kraft treten lassen werde. Sollte aber auch nur die Exekution im Sinne Preußens angeordnet werden, so bleibe doch die Hoffnung, daß auch in dieser Modalität die Aktion

1) Vgl. No. 165 u. 167.
2) a. a. O. 403 u. 481.
3) a. a. O. No. 540.
4) a. a. O. No. 554, 556 u. 572.

des Bundes in Holstein zum Ausgangspunkt der fortschreitenden Erhebung des Volkes zugunsten seines rechtmäßigen Fürsten werden könne. Höchst erwünscht wäre es, wenn die Dänen in ihrer Anmaßung den Exekutionstruppen sich mit Gewalt widersetzen würden, denn dann gerieten sie offenbar aus der Stellung eines renitenten Bundesmitgliedes in die eines den Bund auf seinem Gebiet angreifenden Feindes, der an dem Londoner Protokoll keinen Rückhalt mehr finde.

Die Haltung der österreichischen Politik in der schleswigholsteinschen Sache hat der Zeitung zufolge freilich wieder einmal deutlich gezeigt, daß die deutsche Politik des Kaiserstaates stets nur ein Appendix seiner europäischen sein könne und werde; dagegen wisse jedermann, daß die korrekteste Politik, welche Preußen in Europa treibe, nur die wäre, welche die deutscheste sei. Oesterreich müsse den europäischen Krieg fürchten, während Preußen nicht gebunden sei und keine Rücksichten zu nehmen habe. Eine gesunde Politik seinerseits dürfe also in keinem Fall mit der österreichischen identisch sein.[1]) Dieser Standpunkt ist für die Zeitung während des ganzen Jahres 1863 maßgebend gewesen, besonders aber bei der Beurteilung des dem Frankfurter Fürstenkongreß unterbreiteten Reformprojektes.[2])

Von allen darin enthaltenen Institutionen kann nach Meinung des Blattes nur dem Bundesgericht volle Anerkennung gezollt werden. Seine Stellung sei eine würdige und durchaus unabhängige; seine Wirksamkeit werde, wäre es einmal eingesetzt, dem öffentlichen Rechtszustand in Deutschland eine starke Garantie geben. Ein Gesamtüberblick über alle Vorschläge lasse indessen die Wahl zwischen Annahme und Ablehnung der Reformakte nicht schwer fallen. Sie biete viel zu wenig, um die wahren Bedürfnisse der Nation befriedigen zu können, und erreiche nicht im entferntesten dasjenige, was 1849 geboten worden sei. Wenn ferner die Reformakte wirklich die Einigung Deutschlands im Auge gehabt, dann hätte Oesterreich unmöglich auf den Vorsitz Wert legen können, da es ebensogut wie die übrigen deutschen Fürsten gewußt, daß Preußen niemals auf einen Vorschlag eingehen könne, der es in Form und Sache den Habsburgern unterordne. Aber gerade das Beharren auf diesem Punkt beweise, daß die ganze Reformidee nur ein Werkzeug in der Hand Oesterreichs bilden solle, um seine Politik durchzuführen und wiederzugewinnen, was es seit mehr als 100 Jahren in Deutschland verloren. Das Projekt stelle also eine ähnliche Farce dar, wie das Schauspiel des Fürstentages, bei dessen hochtönenden Versicherungen man sich nicht des unangenehmen Gefühls erwehren könne, welches durch große Verheißung und geringe Erfüllung erzeugt werde.[3])

Uneingeschränktes Lob spendet hingegen die Zeitung Bismarcks Gegenvorschlag vom 15. September.[4]) Wie aus

1) a. a. O. No. 578.
2) a. a. O. No. 391, 397, 401.
3) a. a. O. No. 421.
4) a. a. O. No. 449.

dieser Akte hervorgehe, sei die Politik der preußischen Regierung in der deutschen Frage keine illiberale. Selbst das liberalste Ministerium habe die Forderungen Preußens nicht besser formulieren, die unveränderlichen Grundzüge der preußischen Politik nicht schärfer zeichnen können, als es Bismarck getan. Freilich wäre aber auch damit die Hoffnung auf eine Verständigung zwischen den beiden Großmächten und so auf eine festere Gestaltung des Bundes wieder für lange Zeit zu Grabe getragen worden. Der ganze Erfolg des Reformprojekts und des Frankfurter Fürstentages resümiere sich also nur dahin, daß die deutschen Dynasten aus ihrer früheren beschränkten und unnahbaren Stellung heraus- und mitten in die deutsche Bewegung hineingerissen worden seien.[1]) Der große, bleibende Erfolg falle jetzt nur der Regierung zu, die, mächtig durch ihre eigene Kraft, sich der nationalen Bewegung anschlösse, und diese werde hoffentlich doch schließlich die preußische sein. —

Die entschiedene Vertretung der liberalen Sache hatte der Schlesischen Zeitung in dem schweren Konfliktsjahr 1863 eine Menge Freunde gewonnen, sodaß sie auf die stattliche Abonnentenzahl von 8000, worunter 5800 Leser in der Provinz, blicken und einen Gesamtumsatz inkl. Steuern von 64000 Talern verzeichnen konnte.[2]) Aber auch eine Menge von Anfeindungen trug dem Blatt seine bisher beobachtete Tendenz ein. Den Reigen eröffnete am 21. Januar 1863 der Graf Hugo Reichenbach auf Schönwald mit einem „Eingesandt" in der „Provinz-Zeitung für Schlesien". Die Schlesische Zeitung hatte nämlich der Bank- und Handelszeitung eine Notiz nachgedruckt, wonach Bismarck für den Fall seines Ausscheidens aus dem Kabinett und der Rückkehr zur Pariser Gesandtschaft eine Rangerhöhung dieses Postens sich erbeten haben sollte. Da hierin der Graf eine dem Ministerpräsidenten untergeschobene unlautere Absicht sah, so glaubte er selbige mit dem Hinweis darauf zurückweisen zu müssen, daß Bismarck in seiner Stellung als Staatsminister von persönlichen Beleidigungen keine Notiz nehmen dürfe und dieser Umstand allein schon dem anständigen Manne verbiete, ihn grundlos zu schmähen. Schon wiederholt habe es aber der Besitzer der Schlesischen Zeitung, Heinrich Korn, geduldet, daß seine Redaktion aus anderen Blättern Unwahrheiten abdrucke, die darauf berechnet seien, dem leichtgläubigen Teile des Publikums schmähliche Handlungen der Minister glaubhaft zu machen. Die in dem letzten Passus versteckte Anklage gegen die Tendenz der Zeitung überhaupt wies Korn am 23. Januar 1863[3]) mit dem Bemerken zurück, daß er die volle Verantwortlichkeit für die gesamte Haltung der Schlesischen Zeitung übernehme in der festen Ueberzeugung, daß die Redaktion seines Blattes von wahrem Patriotismus beseelt sei, daß sie keine anderen Ziele als das Heil von König und Vaterland verfolge und niemals wissentlich Unwahrheiten aufgenommen habe. Die beregte Notiz enthalte keine Ehrenkränkung,

---

1) a. a. O. No. 544.
2) Jahresbericht der Breslauer Handelskammer 1864, S. 139.
3) a. a. O. No. 39.

sondern bezeichne nur den baldigen Rücktritt Bismarcks als möglich.

Auch seitens der Regierung blieb die Zeitung in diesem Jahr nicht unbehelligt, sondern erhielt am 1. Juli 1863 auf Grund der Preßordonnanzen die erste Verwarnung.[1]) Die Veranlassung dazu hatte ein in No. 296 enthaltener ausführlicher Bericht über das zu Ehren des Stadtverordnetenvorstehers Justizrat Simon veranstaltete Festmahl gegeben. Mit dieser Feier wollten aber die Breslauer Liberalen Simon und seinen Mitdeputierten, welche in Berlin dem König eine Petition um Einberufung des allgemeinen Landtags unterbreitet hatten, ihre Anerkennung aussprechen; die Regierung sah jedoch in der Absendung dieser Deputation eine Ueberschreitung des den Stadtverordneten zustehenden verfassungsmäßigen Petitionsrechtes und glaubte daher auch in dem Festbericht eine Billigung dieses Uebergriffs erblicken zu müssen.[2]) „Wenn in der Presse“, so begründete sie ihre Verwarnung, „die in erregter Feststimmung vielleicht gelegentlich applaudierten Aussprüche mit dem Anschein voller Uebereinstimmung wiedergegeben werden, wonach der Stadtverordnetenvorsteher, welcher doch kürzlich einen so flagranten Akt der Auflehnung gegen die Aufsichtsbehörde ausgeführt hat, eine Bürgerkrone verdient und das nacheiferungswürdigste Beispiel bürgerlicher Tugend gegeben haben soll, so liegt hierin eine sehr wirksame Anreizung zu gleichartigem Ungehorsam gegen die Anordnungen der Obrigkeit, eine Aufforderung, welche in den weitesten Kreisen unrichtige Vorstellungen zu verbreiten und die Bande der bestehenden staatlichen Ordnung zu lockern geeignet ist“. Am 3. Oktober 1863[3]) erfolgte bereits die zweite Verwarnung mit gleichzeitiger Androhung der Unterdrückung, was umsomehr auffällt, als anderen Zeitungen erst nach der dritten, ja vierten Verwarnung mit dieser Maßregel gedroht wurde.[4]) Die Regierung bezeichnete diesmal als Gründe zu ihrem Vorgehen die aufreizende und staatsgefährliche Tendenz des in der 1. Beilage zu No. 453 enthaltenen Aufrufs der Liberalen im Neisse-Grottkauer Wahlkreise sowie des in No. 456 unter „Gumbinnen“ abgedruckten Zirkulars eines Gutsbesitzers Reitenbach in Plicken; außerdem wurde der Gesamthaltung der Zeitung ein Mißtrauensvotum ausgesprochen. Zu seiner Rechtfertigung gab das Blatt in No. 465 bezüglich des inkriminierten Wahlaufrufs an, es habe geglaubt, daß die Wahlbewegung nach vielen maßgebenden Aeußerungen keine Beschränkung von seiten der Regierung erfahren würde, daß also die von den beiden Parteien, den Konservativen und Liberalen, erlassenen und mit Namensunterschrift versehenen Wahlprogramme nicht unter die in der Verordnung vom 1. Juni 1863 als verderblich bezeichneten Preßerzeugnisse zu rechnen wären; eine freie Wahlbewegung sei ja sonst undenkbar. Ueberdies habe die Schlesische Zeitung ohne

---

[1]) a. a. O. No. 303.
[2]) Vgl. Aktenanhang.
[3]) a. a. O. No. 463. Vgl. Aktenanhang.
[4]) Vgl. Schlesische Provinzialblätter 1863, S. 760.

Unterschied der Parteien alle Wahlerlasse zur Kenntnis ihrer Leser gebracht und sich dabei jeder zustimmenden oder abweisenden Kritik enthalten. Was das Zirkular des ostpreußischen Gutsbesitzers anginge, so habe die Zeitung es lediglich aus der Kreuzzeitung abgedruckt, also aus einem Blatte, dem die Regierung aus dieser Mitteilung einen Vorwurf zu machen schwerlich gesonnen sein werde. Zudem glaubt sich die Schlesische Zeitung von jedem Vorwurf, wie ihn die Verordnung vom 1. Juni unter dem Begriff „Gesamthaltung“ bezeichne, frei. Sie hofft aber von ihren Lesern keinen Tadel zu erhalten, wenn sie von nun an, dem Zwange nachgebend, da schweige, wo sprechen über Sein oder Nichtsein entscheiden könne.

Die Aufhebung der Preßordonnanzen machte jedoch bald dieser selbstauferlegten Zurückhaltung ein Ende, und so konnte die Zeitung im Jahre

1864

den ersten Akt in Bismarcks innerer Politik, nämlich die Auflösung des Landtags, von liberalem Standpunkt aus wieder mit dem früheren Freimut beurteilen bezw. verurteilen.[1]) Nach ihrer Meinung gibt dieser Akt dem Ueberdruß der Gegner Ausdruck, noch fernerhin mit den erborgten Waffen der Verfassung gegen dieselbe zu kämpfen. Das Visier sei jetzt herabgezogen und die falsche Devise weggeworfen. Nunmehr könne nur noch der feudale Absolutismus der Verfassung gegenüberstehen. Der Eindruck, den die Kammerauflösung hervorgerufen, sei aber diesmal ein viel geringerer wie im Vorjahr, woran der inzwischen ausgebrochene Krieg auch mit die Schuld trage. Die Erfolglosigkeit der bisherigen Bestrebungen, um zu einer festgegründeten, allseitig anerkannten Ordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse zu gelangen, mache eben jetzt doch schon ihren lähmenden Einfluß geltend. Ja, man müsse es bereits als ein sehr erfreuliches Zeichen hoher politischer Reife des Volkes ansehen, wenn dieser Einfluß in den Reihen der liberalen Partei nicht allzugroße Verheerungen angerichtet habe. Fernerhin werde sie überhaupt ihren Besitzstand nur unter der stillschweigenden Voraussetzung behaupten können, daß sie die Vertretung ihrer Prinzipien den durch den Krieg vollständig veränderten Bedürfnissen und Umständen anpasse, die niemand mehr in Abrede stellen könne. Die liberale Partei müsse so z. B. wohl oder übel anerkennen, daß es in militärischer Hinsicht ganz unzweifelhaft besser geworden sei.[2]) Der blinde Haß gegen alles Soldatentum, die Frucht eines langen Friedens, trete in Preußen nicht mehr zutage, und an seine Stelle sei die Ueberzeugung getreten, daß Deutschland starker Heere bedürfe, um die ihm zukommende Stellung einzunehmen. Um diesem Meinungswandel auch Rechnung zu tragen, betont die Zeitung[3]) jetzt sehr lebhaft, daß sie nie ein prinzipieller Gegner der Armeereform gewesen; sie erklärt

---

1) Schles. Ztg. 1864, No. 43.
2) a. a. O. No. 129.
3) a. a. O. No. 121.

sich sogar bereit aus loyalen Rücksichten an ihr selbst das gelten zu lassen, von dessen Notwendigkeit sie nicht vollkommen überzeugt ist. Wenn nunmehr die Regierung durch Bewilligung der einzigen, unmöglich aufzugebenden Forderung, der zweijährigen Dienstzeit, den Weg der Vermittlung einschlage, müsse sie augenblicklich einen großen Erfolg davontragen. Erstens werde sie ohne weitgreifende Interpretation an dem Gesetze festhalten können; das Ansehen der Krone würde durch Aufrechterhaltung eines großartigen Organisationsplanes gewahrt und seinem Autor höchste Pietät gezollt werden, die vollendete Tatsache aber zur rechtlichen Anerkennung gelangen. Zweitens würde die Volksvertretung das Recht eines weiteren konsequenten Widerstandes gegen die Veränderung unverkennbar vollgültiger Gesetze opfern und die Mittel zur völligen Durchführung des neuen Organismus gewähren. Und wenn erst der Frieden zwischen den Faktoren der Gesetzgebung im Wege des Rechts wiederhergestellt sei, werde sich niemand mehr der Erkenntnis verschließen, daß das große Reformwerk die Wehrkraft des Vaterlandes erhöhe.[1])

Dieselbe überraschende Anerkennung, die hier auf einmal das Kriegsministerium findet, wird nun auch Bismarcks innerer Politik zuteil, die er seit der Kammerauflösung verfolgt.[2]) Durch die von ihm erzwungene Untätigkeit des Landtags habe er nämlich sehr klug diesem seinem erbittertsten Gegner den Rückhalt beim Volke geraubt, denn die Nichtteilnahme der Landesvertretung an den großen Ereignissen sei ganz natürlich gleichbedeutend mit der Entwöhnung der großen Masse vom parlamentarischen Leben. Minister und Volk hätten in steter direkter Wechselwirkung alle Phasen des Krieges durchgemacht, während der Landtag, wenn auch gezwungen, alledem passiv, ja indifferent gegenübergestanden. So werde er sich daher im Augenblick seines Wiederzusammentretens einer ihm fast fremd gewordenen Situation gegenüberfinden, einer öffentlichen Meinung, die viel erlebt, aber auch viel vergessen, und die ihm jedenfalls nicht das Verständnis und das hochgetriebene Interesse entgegenbringe wie vordem. Dies alles wären jedoch nur unbedeutende Vorteile für das Ministerium im Vergleich zu dem viel größeren, daß es bezüglich der schleswig-holsteinschen Frage durch die Einmischung der Annexionsidee ein zersetzendes Element in die große liberale Partei gebracht; werde diesem Ferment noch einige Zeit zum Fortwirken gelassen, so müsse man in Kürze eine verheerende Schwächung der Fraktion beklagen. Auf diese Weise habe nun schließlich die Regierung der oppositionellen Kammer alle Vorteile abgewonnen, um dieselben gegen sie mit Entschlossenheit, Klugheit, Geschick und vielem Glück auszubeuten.[3])

Mit anerkennenswertem Scharfblick hatte die Zeitung dieses Resultat gleich bei Beginn des Krieges vorausgesagt[4]) und die Expedition gegen die Dänen als eigentlich gegen den Liberalismus

---

[1]) a. a. O. No. 123.
[2]) a. a. O. No. 269; vgl. auch 167.
[3]) a. a. O. No. 269, 425, 473, 481, 541, 569, 597.
[4]) a. a. O. No. 11.

gerichtet aufgefaßt. Nach ihrer Ansicht waltete hierbei zunächst die Absicht ob, die Dänen aus dem Schwerpunkt ihrer freisinnigen Verfassung herauszudrängen; sodann habe man aber auch der liberalen Partei in Deutschland wie im engeren Vaterlande durch die Beseitigung der schleswig-holsteinschen Frage einen Haupthebel entziehen wollen. Da diese Absichten denn doch zu offen an den Tag getreten, lasse sich auch die geringe Begeisterung des Volkes zu Beginn des Feldzuges, die doch sonst so leicht zu entflammen gewesen, erklären.[1]) Die Ehre der Nation steht der Zeitung aber zu hoch, als daß sie nicht eine siegreiche Beendigung des Krieges wünschen möchte. Ja, sie hält es sogar für moralisch umöglich, daß das preußische Heer zurückkehren könne, ohne sich geschlagen oder der Regierung zu einem Siege verholfen zu haben, der keinen Zweifel gestatte.

Sehr unzufrieden ist nur das Blatt, daß in die Aktion Preußens durch die Allianz mit Oesterreich ein retardierendes Element gekommen.[2]) Nicht allzulange habe man sich der Waffenbrüderschaft freuen können, und zwar dann auch nur noch deshalb, weil sie ein deutsches Ziel verfolgt. Mehr und mehr habe sich leider das angebliche Eintreten des Kaiserstaats für eine ideale Sache als von ganz selbstsüchtigen Gründen, besonders aber von der Eifersucht gegen Preußen diktiert, dargetan. Im Verlauf der kriegerischen Ereignisse hat von dieser ihrer Meinung die Zeitung sich derart fest überzeugt, daß sie beim Zusammentritt der Londoner Konferenz[3]) Oesterreich von der Liste der Verteidiger Schleswig-Holsteins streichen zu müssen glaubt und zufrieden ist, wenn es nicht als entschiedener Gegner der Herzogtümer auftritt. Schmählich im Stich gelassen bleibe so für Preußen aus den sich türmenden Schwierigkeiten allein nur noch der Ausweg, die Erbfolge des Herzogs Friedrich in Holstein anzuerkennen und ihn dann weiter sorgen zu lassen. Oder es müsse erklären, daß es nichts für sich und alles bloß für Deutschland verlange, um dadurch das auf eine Vergrößerung Preußens eifersüchtige und deshalb feindliche England zu isolieren und andererseits die Zustimmung und den Beifall der ganzen deutschen Nation sich zu erringen.

Diametral gegenüber jedem Punkt dieses Prognostikons steht das Urteil der Zeitung am Schluß der Londoner Konferenz.[4]) England habe sich zwar oft brutal gegen seine Freunde gezeigt, aber man könne ihm schwerlich den Vorwurf machen, daß es nicht ehrlich den Frieden gewünscht. Frankreich aber habe sehr zu Unrecht gegen ihn intriguiert; die Gründe dafür würde wohl die Zukunft lehren. Erfreulich zu konstatieren sei, daß sich Rußland völlig neutral verhalten und allmählich eine freundschaftlichere Stellung zu Oesterreich und Preußen eingenommen, mit denen es anscheinend zu einem intimeren Einverständnis zu gelangen suche.

---

[1]) a. a. O. No. 57; vgl. auch No. 59, 63, 83, 93.
[2]) a. a. O. No. 131 u. 183; vgl. auch No. 33 u. 35.
[3]) a. a. O. No. 155, 159, 165, 183.
[4]) a. a. O. No. 295.

Die beiden deutschen Mächte endlich hätten, allen Vorhersagungen zum Trotz, sich nicht von einander getrennt, vielmehr, einige Schwankungen Oesterreichs abgerechnet, so fest zusammengehalten, wie es bei den so sehr verschiedenen Interessen beider Staaten überhaupt nur möglich gewesen. Aber nicht nur der Konstellation der Mächte sei die Londoner Konferenz trotz ihrer eigentlichen Resultatlosigkeit zugute gekommen, sondern doch auch den Herzogtümern, vor allem, weil man endlich in der europäischen Diplomatie das Dogma von Dänemarks Integrität habe fallen lassen. Sodann sei die Stimmung der schleswigschen Bevölkerung zu einem freien und vollen Ausdruck gelangt und habe bewiesen, daß dieses Volk weder von Dänemark noch von einer Teilung etwas wissen wolle; also könnten Deutschland und Preußen ganz zufriedenstellende Erfolge verzeichnen. Letzteres besonders nehme eine derart günstige Stellung gegenwärtig ein, wie man sie kaum je zu erhoffen gewagt, und von dieser vorteilhaften Position aus könne es sich jetzt auch mit mehr Objektivität und Nachdruck für den Augustenburger oder den Oldenburger entscheiden.[1])

Die meisten Aussichten auf die Regierung in den Herzogtümern hat nach Ansicht des Blattes unzweifelhaft der erstere, wiewohl er sich in letzter Zeit viel Sympathien verscherzt durch seine Souveränitätsgelüste. Diese dürfe man aber schließlich nicht überraschend finden, da die Kreise, denen er in Preußen nahegestanden, nicht dazu angetan gewesen seien, in ihm eine partikularistische Gesinnung zu unterdrücken. Aber die Verhältnisse seien doch immer mächtiger als die Persönlichkeiten und gerade in betreff des Erbprinzen von Augustenburg derart, daß seine Souveränitätsgelüste sich als wenig gefährlich darstellten. Er scheine ja auch selbst eingesehen zu haben, daß es besser sei, unter der Oberhoheit Deutschlands bezw. Preußens einen Thron zu besteigen als gar keinen einzunehmen. Der Großherzog von Oldenburg dagegen befinde sich in dieser Hinsicht in einer weit günstigeren Lage, da er bereits souveräner deutscher Bundesfürst wäre; überdies besitze er in dem Kaiser von Rußland einen mächtigen Bundesgenossen, wenn er als Herzog von Schleswig-Holstein die Zumutungen Deutschlands, seine Landesverteidigungsmittel der Führung Preußens unterzuordnen, zurückwiese. Schließlich gelangt aber die Zeitung[2]) zu dem Resultat, daß es im ganzen und großen Preußen gleichgültig sein könne, wer der künftige Herrscher in den Herzogtümern sein werde, da der Rechtstitel dafür nicht in seiner Hand gelegen sei. Es wäre vielmehr Sache der beiden Prätendenten, des Volkes der Herzogtümer und des gesamten Deutschen Bundes, diese Frage zur endgültigen Entscheidung zu bringen. —

Das Jahr 1864 hatte der Schlesischen Zeitung selbst wenig Vorteil gebracht — sie zählte im IV. Quartal nur 5351 Abonnenten[3]) — obwohl die Kriegsereignisse von einem früheren Generalstabs-

[1]) a. a. O. No. 259, 261, 263, 299, 303.
[2]) a. a. O. No. 333.
[3]) Bericht der Breslauer Handelskammer 1864, S. 139.

offizier, der nun in den Redaktionsstab der Zeitung eingetreten war, dem Oberstleutnant a. D. Blankenburg[1]) in äußerst gewandter, fesselnder Weise dargestellt wurden und damit eigentlich der Leseeifer des Publikums hätte angeregt werden müssen. Soviel des interessanten Unterhaltungsstoffs konnte das Jahr

1865

mit seinen von neuem anhebenden Verfassungswirren freilich nicht bieten. Des langen Streits überdrüssig, gab die Zeitung gleich zu Anfang der Session ihrer Friedenssehnsucht unverhohlen Ausdruck[2]) und glaubte dieses Gefühl, sowie die Neigung zu einer Verständigung jetzt auch bei dem Kabinett voraussetzen zu dürfen.[3]) Ein Kompromiß darf aber nach ihrer Ansicht die vielumstrittene jährliche Feststellung des Kriegsbudgets nicht ausschließen; eine Vereinbarung müßte sogar dahin führen, daß auch die numerische Stärke des Friedensheeres, sei es in absoluter oder relativer Zahl, von der Genehmigung des Abgeordnetenhauses abhängig gemacht würde. Es bedinge dies auch mit der Umstand, daß dauernd im Auge behalten werden müsse, ob nicht die allgemeine politische Lage und der Kulturfortschritt Europas eine Verminderung der Heeresstärke zulässig erscheinen lasse oder ob eine erhebliche Veränderung im Geldwert es nicht gebiete, den pro Kopf bewilligten Satz zu modifizieren. Abgesehen von diesen unerläßlichen Forderungen werde aber eine prinzipielle Einigung das Werk der jährlichen Vereinbarungen und die der Landesvertretung obliegende Revision der Rechnungslegung wesentlich vereinfachen; gleichzeitig schließe aber auch der Kompromiß ein gewisses moralisches Engagement in sich, der Regierung bezüglich der inneren Gliederung der Armee freiere Hand zu lassen und an dem von ihr aufgerichteten Werke möglichst wenig zu rütteln.

Daß diese gutgemeinten Vorschläge zu keinem greifbaren Resultat geführt und so die Militärfrage wieder unerledigt zu den Akten gelegt worden, erfüllt die Zeitung[4]) mit tiefem Bedauern. Die Schuld liegt nach ihrer Meinung jedoch bei der Regierung, die mit keinem, den Kompromiß ermöglichenden Angebot vor die Kammer getreten sei; die Virtuosität des Kriegsministers habe im Gegenteil recht eigentlich in der scharfen und bestimmten Betonung alles dessen bestanden, worauf die Regierung unerschütterlich bestehen müsse. Wenn man auch zugeben dürfe, daß Roon hinsichtlich der technischen Fragen mit Recht eine Art Unfehlbarkeit für sich beansprucht, so habe es doch mehrfach Gelegenheit gegeben, die Militärfrage von der Budgetfrage gänzlich abzulösen und den hauptsächlichsten Verfassungsstreitpunkt auf das Gebiet zurückzubringen, wo der Regierung keinerlei einseitige Auslegung und Entscheidung zugestanden. Die trotz der Sprödigkeit des Ministeriums aus dem

---

1) 150 Jahre Schles. Ztg., S. 262 ff.
2) Schles. Ztg. 1865, No. 5 u. 21.
3) Schles. Ztg. 1865, No. 91, 115, 125, 135, 143, 153, 157; vgl. auch 39, 43 u. 47.
4) a. a. O. No. 211.

Schoß der Kammer hervorgegangenen Ammendements hätten sich wenigstens sämtlich Mühe gegeben, diese Verschmelzung beider Gebiete möglichst zu verhindern.

Die Schuld am Scheitern der Marinevorlage ist dem Blatte zufolge[1]) hauptsächlich auf das persönliche Konto des Ministerpräsidenten zu setzen. Hätte Bismarck bei der Begründung der Marinefrage sich strikt nur an sein Thema gehalten, so wäre gewiß zwischen beiden gesetzgebenden Faktoren eine Annäherung angebahnt und ein Auskunftsmittel schließlich auch gefunden worden. Statt dessen habe er sich ganz ohne Grund auf einen viel generelleren Standpunkt erhoben, von dem er aus sehr ungerechtfertigt die Bedeutung der gesamten Kammermehrheit angegriffen und schließlich negiert. Dieser unnötigen Provokation und Verschärfung des Konflikts müsse folgerichtig nun auch die schroffe Verurteilung der schleswig-holsteinschen Politik seitens des Landtags zur Last gelegt werden.[2]) Von allen inneren Gründen abgesehen, dürfe hier überdies nicht der rein äußerliche übersehen werden, daß dieses ablehnende Votum des Hauses im letzten Augenblick einer höchst unerquicklichen, aufs äußerste abspannenden Session erfolgt sei. Zudem habe die Regierung anderthalb Jahre hindurch jede Einmischung der Kammer in die auswärtige Politik zurückgewiesen, und gegenüber der Haltung des Ministeriums in allen inneren Fragen, sowie der des Herrenhauses und der feudalen Landtagsminorität hätte das Abgeordnetenhaus auch sehr mit Grund Bedenken tragen können, in irgend welcher Weise der Regierungspolitik seine Billigung auszusprechen.

Als Resultat der ganzen Session darf unter diesen Umständen die Zeitung[3]) mit Recht, ganz abgesehen von der gestiegenen persönlichen Erbitterung, eine bedeutende Verschärfung des Konflikts feststellen; dazu hat nach ihrer Ansicht unzweifelhaft auch der von dem Herrenhause gestellte und von der Regierung akzeptierte Vorschlag mit beigetragen, der faktisch auf eine Oktroyierung des Etats hinausgelaufen, desgleichen die von Ministerium und Herrenhaus kundgegebenen Absichten, die Redefreiheit des Abgeordnetenhauses zu beschränken.

Mit den wachsenden inneren Schwierigkeiten nimmt nun auch das Mißtrauen des Blattes gegen Bismarcks äußere Politik wieder überhand, das sich in den Tagen vor der Gasteiner Konvention zu den ernstesten Besorgnissen steigert.[4]) Das Blatt stellt es als sehr fraglich hin, ob der mit den Februarforderungen[5]) Oesterreich gegenüber eingeschlagene Weg der richtige sei, da Bismarcks Politik zu einem beklagenswerten Aut-aut, Krieg oder Olmütz, geführt. Ein

[1]) a. a. O. No. 255, 257, 267.
[2]) a. a. O. No. 275.
[3]) a. a. O. No. 281.
[4]) a. a. O. No. 303, 307, 319, 327, 347.
[5]) „Die gesamte Militärhoheit geht an Preußen über, das den Bau und die Verwaltung des Nordostseekanals übernimmt; die Herzogtümer treten in den Zollverein und führen das preußische Zollsystem ein, Post- u. Telegraphenwesen werden mit dem preußischen verschmolzen.“

Krieg, in den Preußen ohne Deutschland zur Seite jetzt eintreten würde, wäre immer ein Uebel, Olmütz aber ein größeres. Wie jedoch eine Umschau in Europa lehre, könne man sich in Preußen die Beruhigung verschaffen, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine Schmach, wie die von 1850 keineswegs gerechtfertigt wäre.

Rußland in erster Linie sei mit seinen eignen Angelegenheiten vollauf beschäftigt; Sympathien und Interessen führten es aber keineswegs auf die Seite Oesterreichs. Der Undank, mit welchem der Kaiserstaat den Tag von Vilagos im Verlaufe des Krimkrieges gelohnt, erscheine durch die russischerseits in überraschend kurzer Frist erfolgte Anerkennung Italiens nicht voll gerächt. Die Haltung Oesterreichs während des polnischen Aufstandes habe die Erbitterung des Zaren nur mehr geschürt, während Preußen sich, obzwar sehr zum Mißfallen von Volk und Landtag, gerechte Ansprüche auf seinen Dank erworben. Habe das Kabinett des Zaren diesen Dank im Vorjahr durch seine Haltung in der schleswig-holsteinschen Frage schon abstatten wollen, wie es den Anschein erweckt, so werde es bei der endlichen Austragung derselben Preußen erst recht nichts in den Weg legen. Daß Rußland über Deutschland hinweg Frankreich die Hand reichen werde, scheine nach der antirussischen Politik des Pariser Kabinetts in letzter Zeit nicht wahrscheinlich; seine Neutralität sei also gesichert. Für den Fall eines Mißerfolges preußischerseits stehe aber sogar seine tatsächliche Unterstützung in Aussicht, da Preußen an der polnischen Grenze für Rußland einen stärkeren und zuverlässigeren Nachbar darstelle als Oesterreich. Schlesien müsse also in preußischer Hand bleiben. Bei glücklichem Ausgang werde aber ein Machtzuwachs Preußens Rußlands Pläne im Orient wenig berühren, während andererseits ein verstärktes Oesterreich derselben sehr hinderlich in den Weg treten könne.

England stünde seit Jahr und Tag sehr isoliert in Europa da. Seine Versuche zur Wiederherstellung der westmächtlichen Allianz seien bis jetzt an der kalten Zurückweisung von seiten Frankreichs gescheitert. Das letzte Gelbbuch beweise klar, daß Napoleon nur gegen sehr große Konzessionen geneigt sein werde, die große Schuld als getilgt anzusehen, welche Großbritannien durch sein Verhalten in der italienischen, polnischen und mexikanischen Frage auf sich geladen. Darum müsse das englische Kabinett auf dem Wege des Friedens beharren, der ihm durch manche Klippen zum Wahlsiege verholfen, und im Falle kriegerischer Verwicklungen auf dem Kontinent neutral bleiben. Vielleicht könnten Preußen und der deutsche Bund, nur freilich unter ganz ausnahmsweisen Verhältnissen, auf Englands Unterstützung rechnen, da es in einem siegreichen Oesterreich einen gefährlichen Konkurrenten für seine materiellen Interessen und seine Machtstellung zur See erblicken müßte. Keineswegs sei aber anzunehmen, daß die britische Regierung für ein Land eintreten werde, welches dem einzig sittlichen Grundzug der neueren Politik Englands, dem Nationalitätsprinzip, so diametral gegenüberstehe wie Oesterreich. Es bleibe also nur noch die voraussichtliche Haltung Frankreichs und Italiens zu erwägen. Beide für sich zu gewinnen liege in Oesterreichs Hand. Mit der Anerkennung Italiens und der

Abtretung Venetiens wäre dies geschehen, und dann stünde es schlimm um Preußen. Daß gegenwärtig aber eine einfache Anerkennung Italiens unter Forderung einer Garantie für Venetien den Kaiserstaat nicht zum Ziele führen könne, werde selbst von österreichischen Stimmen anerkannt. Es ließe sich zwar behaupten, daß die Habsburger Monarchie im Kampfe gegen Preußen dauernd in der Lage bleibe, je nach Umständen auf Venetien zu verzichten und sich dadurch mächtige Unterstützung zu sichern. Aber einen doppelten Preis werde das Ausland ja doch nicht zahlen wollen, entweder würde es Venetien mit Geld oder diplomatischer und militärischer Hilfe erstehen. Daher brauche man die Hoffnung nie aufzugeben, daß Oesterreich selbst im Kriegsfalle seinen italienischen Besitz festhalten werde.

Frankreich habe an den Zwistigkeiten zwischen Preußen und dem Kaiserstaat an und für sich kein großes Interesse. Das Hauptaugenmerk Napoleons richte sich auf Italien, und sähe er dort seine Aufgabe erfüllt, so würde er dies seinem Ruhm genügend erachten. Daß der französische Kaiser aus einem deutschen Kriege im Sinne der Eroberung Vorteil ziehen wolle, sei an sich nicht wahrscheinlich; vielmehr wäre anzunehmen, daß er den Rest seines Lebens der Befestigung der Dynastie widmen wolle. Ein solches Einschreiten würde überdies für beide deutschen Mächte fast gleiche Nachteile haben. Allerdings könne Frankreich eher ein Stück Preußen als ein Stück Oesterreich losreißen; in diesem Falle aber würde sich schließlich doch Deutschland auf die Seite von Preußen stellen und sogar England, das jeder Vergrößerung Frankreichs im Osten widerstrebt, aus seiner Reserve heraustreten. Was ferner sehr für Frankreichs Neutralität spreche, werde die wieder ernster hervortretende Bedrohung Mexikos durch die Union, weshalb es nach dieser Seite sein Interesse konzentrieren müsse.

Deutschland gegenüber aber sei Preußens Stellung eine viel ungünstigere als die Oesterreichs. Wenn auch nicht sämtliche Bundesmitglieder, so werde doch ein großer Teil derselben auf die Seite der Habsburger Monarchie treten, sei es nur moralisch, sei es, was wahrscheinlicher, durch reelle Beteiligung am Kriege. Obgleich Oesterreich, selbst wenn es Ungarn fester an sich gekettet haben sollte, nur einen Teil seiner Kriegsmacht gegen Preußen kehren könne, müsse letzteres doch darauf gefaßt sein, einer starken Uebermacht gegenüberzutreten. Seinen Landwehren den Schutz des Landes überlassend, wäre es ihm aber immerhin möglich, mit mehr als einer Viertelmillion Linientruppen offensiv vorzugehen. Eine solche Armee, ohne Zersplitterung auf den entscheidenden Punkt geführt, genüge aber allen Erfahrungen gemäß auch dem stärksten Feinde gegenüber den Sieg zu entscheiden. Sollten wirklich einzelne norddeutsche Staaten Preußen ihre Mitwirkung anbieten, so werde doch eine richtige Politik seinerseits erfordern, daß es die Hilfe zurückweise, denn es dürfe keine Dankespflichten kleinen Dynastien gegenüber sich auferlegen lassen; auch müsse es soweit als möglich den Vorwurf von sich fernhalten, im engeren Deutschland Deutsche gegeneinander in den Kampf geführt zu haben. Wer

auf Seiten Oesterreichs trete, tue dies auf eigne Verantwortung und Gefahr.

Im offnen Krieg also sieht die Zeitung nur noch den einzigen Ausweg. Nach Abschluß der Gasteiner Konvention[1]) gesteht sie aber freudig zu, daß Bismarck durch seinen meisterhaften Schachzug ihre politische Sehergabe sehr in den Schatten gestellt hat, und macht energisch Front gegen die Annexionisten, die durch Gegenüberstellung der Februarforderungen das Abkommen zu einer Niederlage der preußischen Politik stempeln wollten. Der einzige Weg, eine Annexion überhaupt zu ermöglichen, sei nur der jetzt durch die Konvention eingeschlagene. Auf dem Wege einer durchaus sittlichen Politik wäre sie aber nie zu erreichen gewesen. Schleswig befinde sich gegenwärtig bereits sehr fest in Preußens Hand, Holstein aber sei sehr unhaltbar und unter erheblichen Beschränkungen in österreichischem Besitz. Es wäre also nicht unwahrscheinlich, daß Oesterreich sich für seinen Besitz ebenso abfinden lassen werde, wie für seinen Anteil an Lauenburg. Damit würde aber auch die jetzt so sehr Anstoß erregende Trennung endgültig beseitigt sein. Ferner habe man auch die Zugeständnisse, die dem deutschen Bunde bezüglich Rendsburgs und des Kieler Hafens gemacht worden, als ein Zurückweichen gedeutet; dies träfe vielleicht für Bismarck zu, für Preußen aber gewiß nicht. Der Bund in seiner bisherigen Gestalt werde von diesen Rechten wenig Gebrauch machen können. Sollte er sich aber umgestalten und zu der Kraft gelangen, seine Flagge auf dem Meere wehen zu lassen, dann müsse ihm der Kieler Hafen selbstredend offenstehen. Diejenigen aber, die hierin jetzt eine Niederlage sähen, hätten der Opposition in der Kammer, die gleichfalls auf die deutsche Flotte hingewiesen, grade am lautesten zugestimmt. Nur Oesterreich gegenüber wäre dabei eine Konzession gemacht worden, die aber im Falle eines ernsten Konflikts nichts zu bedeuten habe, da Preußen ausschließlich Herr der Hafenbefestigung sei.

Wenn man also unbefangen die Lage betrachte, könne man nicht im Zweifel sein, daß die preußische Diplomatie über die österreichische einen bedeutenden Sieg davongetragen habe, der sich in seinen Folgen wahrscheinlich noch größer darstellen werde als in dem Augenblick der Bekanntgebung. Damit sei aber noch keineswegs entschieden, ob die Politik Bismarcks besser und richtiger sei als die des liberalen und deutsch-nationalen Programms. Vor seiner rücksichtslosen Energie und seiner Geschicklichkeit wichen wohl alle gegnerischen Elemente ständig zurück und täten ihre Ohnmacht zur Vereinigung und Initiative dar, aber noch nirgends sei es Bismarck gelungen, seinen Gegnern die Quellen zu rauben, aus welchen sie ihre Kraft schöpften, nirgends geglückt, ihnen eine entscheidende Niederlage beizubringen. Ja, nach Ansicht der Zeitung[2]) verändert sich diese Kampfgleichheit sogar recht bald zu Ungunsten des Ministerpräsidenten durch sein Werben in Biarritz

[1]) a. a. O. No. 387, 389, 393, 395, 397, 403, 405, 407.
[2]) a. a. O. No. 461, 471, 481, 531.

um die Gunst des Franzosenkaisers. Doch das Blatt muß schließlich zugeben, daß dieses an und für sich recht ärmliche Bestreben, bei Napoleon einen Vorsprung vor Oesterreich zu gewinnen, von vielen Zeitgenossen für ganz und gar nichts Gefährliches, sondern für einen Meisterzug der Bismarckschen Politik gehalten werde. Nach ihrem Kalkül laufe das ganze Werben um die französische Zustimmung darauf hinaus, in Wien den Widerstand gegen Preußens weitere Forderungen zu brechen durch die Aussicht auf eine eventuelle Isolierung Oesterreichs.

Im März[1]) des folgenden Jahres

1866,

wenige Monate vor Kriegsausbruch, leuchtet aber auch dem Blatte ein, wie richtig dieser Kalkül und diese Taktik Bismarcks gewesen, welche die Einkreisungspolitik Oesterreichs und der Mittelstaaten illusorisch gemacht. Zu welch verderblichen Folgen für Preußen dieses Treiben schließlich geführt hätte, dafür liefert ihr nun auch einen deutlichen Beweis die leidenschaftliche Aufregung der mittleren und kleineren deutschen Regierungen über den preußischen Bundesreformantrag,[2]) die aus bloßer Opposition gegen Preußen den Bund konservieren wollten. Die Zeitung begrüßt demgegenüber mit doppelter Genugtuung, daß Preußen jetzt, ohne eine fremde Intervention besorgen zu müssen, eventuell sehr energisch die Lebensunfähigkeit des Bundes demonstrieren und ihm neue Institutionen gegenübersetzen könne, die viel weniger Rücksicht nehmen würden auf die so ängstlich gewahrte volle Souveränität der Klein- und Mittelstaaten, als es der Reformantrag getan. Mit ihm habe freilich Bismarck dem deutschen Volke keine ganz freiwillige Gabe entgegengetragen, denn er sei jetzt auf dem Wege seiner gewagten Politik dahin gelangt, wo er der sonst von ihm kühn verschmähten Sympathien bedürfe. Seinen sonst anzuerkennenden Bemühungen um einen friedlichen Ausgleich werde aber schließlich doch kein Erfolg beschieden sein, weil die Ursachen zum drohenden Krieg zu tief lägen, als daß man ihn jedesmal für beseitigt halten könne, wenn eine seiner nächsten Veranlassungen aus der Welt geschafft sei.

Ebenso skeptisch sieht das Blatt den Erfolgen des von Napoleon vorgeschlagenen Kongresses entgegen, zumal da Oesterreich seine Zusage derart verklausuliert habe, daß die ursprüngliche Ursache des Zerwürfnisses gar nicht in Angriff genommen werden könne.[3]) Wenn es zwar teilnehmen, dagegen jede Beratung über Territorialveränderungen ausgeschlossen wissen wolle, so streiche es eben damit die venetianische und schleswig-holsteinische Frage vom Programm des Kongresses und mache ihn überhaupt illusorisch. Dies Verfahren trage aber nur dazu bei, daß jetzt selbst die größten Gegner des Krieges anfingen, die endliche Erlösung aus der steten

---

1) a. a. O. No. 134 u. 148.
2) a. a. O. No. 166, 170, 234, 268.
3) a. a. O. No. 232, 246, 254.

Ungewißheit herbeizuwünschen. Oesterreichs Absicht, den Krieg um jeden Preis herbeizuführen, um der andren deutschen Großmacht ans Leben zu gehen, trete durch seine dilatorische Politik nur immer klarer zutage, und wenn das erst allgemeine Ueberzeugung geworden, dann müsse sich das Kaiserreich darauf gefaßt machen, daß ganz Preußen ohne Unterschied mit ihm Abrechnung halten würde. Vereitele Oesterreich den Kongreß, dann könne es außerdem darauf rechnen, daß man sich an ihm wegen der Folgen des Krieges als am Urheber desselben halten werde, und so vielen Gegnern dürfte darauf der Kaiserstaat nicht gewachsen sein.

Daß er sich aber dieser Konsequenzen keineswegs bewußt, wird der Zeitung durch seine Berufung auf einen Bundesentscheid klar, liege doch darin ganz unverhüllt die Kündigung des Gasteiner Vertrags, ja des Wiener Friedens. Da nämlich Oesterreich die ihm dort gewährten Vollmachten jetzt auf den Bund übertrage, so habe diese Vollmacht für Preußen so gut wie keinen Wert mehr; halte es trotzdem jetzt an ihr fest, dann müsse es als renitentes Bundesmitglied nunmehr der Bundesexekution verfallen. Daß diese Perfidie aber ein Faustschlag ins Gesicht der leitenden preußischen Politik sei, könne sich nachgerade niemand mehr verhehlen. Lasse sich Bismarck diese Insulte gefallen, dann zerstöre er den ganzen Ruhm seiner politischen Laufbahn und verzichte auf sein System in der schleswig-holsteinischen und deutschen Frage.

Mit Genugtuung begrüßt daher das Blatt das Einrücken der Preußen in Holstein.[1]) Damit sei die österreichische Politik vor dem Kriege geschlagen und habe eine Niederlage erlitten, welche schwerer wiege als Olmütz. Nach diesem Vorgange und obendrein nach Bekanntgebung der preußischen Grundzüge zu einer neuen Bundesverfassung nehme Oesterreich jetzt eine wesentlich verschlechterte Position ein. Statt als entscheidende Macht Preußen vor seinen Richterstuhl zu fordern, müsse es nunmehr seine Legitimation zur Kompetenz in deutschen Sachen erstreiten und durch Erfolge dartun, die sehr wahrscheinlich wohl ausbleiben dürften. Gegenüber diesem Erfolge könne das Vorgehen des Bundestages[2]) gar nicht mehr in die Wagschale fallen. Seine Interpretation, daß die Majorität der Kurien ohne weitere vorhergehende Stadien die Exekution gegen ein Bundesglied verhängen dürfe, liefern nur den letzten schlagenden Beweis, daß die Bundesgesetzgebung sich überlebt habe und eine Handhabe geworden, um gegen den einzelnen im Namen aller Gewalt zu üben. Die Arbeit der Feder sei jetzt zu Ende; mit den Waffen müsse Preußen nunmehr um seine Existenz gegen diejenigen fechten, welche es von seiner ruhmreich erstrittenen Stellung herunterstoßen wollten.

Daß die gerechte Sache Preußen mit einem glänzenden Siege geendigt, findet die Zeitung in der unwandelbaren Gerechtigkeit der Weltgeschichte begründet. Nur quält sie die Sorge, wie sie

[1]) a. a. O. No. 270.
[2]) a. a. O. No. 274, 276, 282, 284.

bald nach dem Erfolg von Königgrätz betont,[1]) daß dämonische Mächte, erschienen sie auch im Gewande des Friedensengels, dem preußischen Heer den Weg zum Stephansturm verlegen würden. Napoleons Vermittlerrolle sieht daher das Blatt[2]) mit recht mißtrauischen Augen an und hofft, Preußen werde ohne spröde Zurückweisung gutgemeinter Ratschläge ohne herausfordernde Ueberhebung seiner militärischen Kraft an das Rechtsgefühl und die Billigkeit der europäischen Diplomatie appellieren.

Der Verlauf der Friedenspräliminarien veranlaßt die Zeitung[3]) jedoch ihr Mißtrauen aufzugeben und die große Mäßigung anzuerkennen, mit welcher Napoleon sein Verfahren gegen Preußen und dessen Ansprüche eingerichtet. Obgleich es ihm nicht schwer gewesen wäre, durch eine bewaffnete Demonstration sich populär zu machen, habe er weit entfernt davon die doppelte Aufgabe in Angriff genommen, einmal trotz der gewaltigen preußischen Erfolge in seinen Bemühungen für die Waffenruhe und die Friedenspräliminarien nicht nachzulassen und dann durch geschickte Einwirkung auf die französischen Meinungen und Urteile der Gerechtigkeit für Preußen Bahn zu machen.

Gleiche Anerkennung spendet die Schlesische Zeitung — um gleich bei dem Verhältnis Frankreichs zu Preußen zu bleiben — auch dem Verhalten des Kaisers nach der abschlägig beschiedenen Forderung auf Luxemburg und Landau.[4]) Napoleon ist nach Meinung des Blattes mit diesem Kompensationsverlangen wirklich Gefahr gelaufen, bloßgestellt zu werden, da es wenig zu dem von ihm vertretenen Nationalitäts- und Neutralitätsprinzip gepaßt. Preußen habe die aus jenem Verlangen resultierende gefährliche Krisis an sich herankommen lassen müssen, denn an Konzessionen für die Politik Drouyn de Lhuys' durfte es nicht denken, ohne seinen deutschen Beruf für immer aufzugeben. Doch seine ruhige Fassung, die trotzdem nicht unterlassen, den Gegner eines Besseren zu belehren, hätte es ermöglicht, den von der öffentlichen Meinung mehr als je bedrängten Napoleon wieder zum Herrn der Situation in Frankreich zu machen. Die Entlassung Drouyn de Lhuys' und das Rundschreiben des neuen Ministers Lavalette, welches den Frieden mit Preußen und Deutschland als eine Lebensbedingung Frankreichs bezeichnet, wären Erfolge, die das deutsche Volk nur der geschickten Politik Preußens verdanke.

Die Friedensschlüsse mit Oesterreich und den Mittelstaaten befriedigen hingegen die Zeitung[5]) gar nicht, da Preußen mit einer Mäßigung verfahren, wie sie durch die überaus günstige Lage kaum bedingt gewesen. Schon Oesterreich gegenüber sei man zu milde verfahren, und es gebe gewiß noch recht viele, welche in dem mit dem Kaiserstaat geschlossenen Frieden keine hinlänglichen Garantien gegen einen neuen Krieg sähen. Daß von

---

[1]) a. a. O. No. 307, 309, 311.
[2]) a. a. O. No. 313, 322.
[3]) a. a. O. No. 364.
[4]) a. a. O. No. 415 u. 442.
[5]) a. a. O. No. 401.

einer besseren, für Preußen zuträglicheren Regulierung der schlesisch-österreichischen Grenze abgesehen worden, bleibe überhaupt unverständlich; die vielen einspringenden Punkte der Landesgrenze seien umsoweniger günstig, als durch sie bisher keine freundliche Nachbarschaft hergestellt worden und davon in Zukunft keine Rede sein könne.

Sachsen[1]) habe seine Erhaltung und Schonung ja unverkennbar nur dem französischen Einfluß zu danken, der so einen Pfahl in das Fleisch des Norddeutschen Bundes getrieben. Doch bleibe immerhin noch zu hoffen, daß die Dinge in diesem Königreich anders und zwar besser sich gestalten würden, nachdem Oesterreichs Einfluß gebrochen und der Schwerpunkt Deutschlands nach Preußen verlegt worden; schon im Interesse des finanziellen Gewinns müsse der Anschluß an dieses Reich und damit an den Zollverein gesucht werden. Der von König Johann an die Landeskommission neuerdings ergangene Erlaß scheine diese Hoffnungen realisieren zu wollen. Die Bedenken über die Bundestreue Sachsens ließen sich leicht zerstreuen, denn fortan werde nicht nur die preußische Regierung allein, sondern das ganze deutsche Parlament als Ausdruck von zwei Dritteilen Deutschlands dafür sorgen, daß Bundesglieder infolge dynastischer Interessen und partikularistischer Sympathien nicht mehr aus dem Schwerpunkt des großen gemeinsamen Vaterlandes herausgedrängt würden.

Bayern und Württemberg[2]) sind nach Ansicht der Zeitung auch viel zu gut weggekommen, da sie in territorialer Hinsicht soviel wie gar nicht gekürzt und ihnen nur eine verhältnismäßig geringe Kriegsentschädigung auferlegt worden. Durch dieses milde Verfahren habe man aber die öffentliche Meinung auf eine nicht geringe Probe gestellt. Jedermann hätte sich doch sagen müssen, daß namentlich Bayern[3]) sich an Preußen schwer versündigt und ein gefährlicheres Doppelspiel getrieben als Hannover. Bayern hauptsächlich hätte Deutschland den Krieg ersparen können, wenn es eine Neutralitätserklärung in Wien abgegeben. Statt dessen habe man aber von München aus Hannover die Hand reichen wollen, um Preußen so recht ins Herz zu treffen. Letzteres habe aber dafür keine Rache bei den Friedensschlüssen zu nehmen gesucht, sondern in nicht hoch genug anzuschlagendem Edelmut dabei nur den Ausbau und die Stärkung Deutschlands im Auge gehabt. Das sollten sich alle diejenigen vor Augen halten, die bezüglich der Einverleibung Hannovers und Hessens[4]) von roher Gewalt sprächen und die alte napoleonische, so oft gemißbrauchte Phrase von der Volksabstimmung auffrischten. Preußen bedürfe als Eroberer erstens keinen besonderen Rechtstitel dafür, daß es im Namen und Interesse Deutschlands deutsche Brüder vor dem verhängnisvollen Hang zu einer undeutschen Politik bewahrt. Sodann sei doch unmöglich der

---

[1]) a. a. O. No. 358, 413, 456, 500, 544.
[2]) a. a. O. No. 356.
[3]) a. a. O. No. 387 u. 554.
[4]) a. a. O. No. 298, 331, 350, 411, 421, 429.

Verlust von Dynastien zu beklagen, deren Geschichte reich an Versündigungen gegen das Recht der deutschen Nation auf einheitliche Macht und Kraft gewesen. Als Hauptbrutstätten des Föderalismus, welcher dem gemeinsamen Vaterlande fast den Ruin gebracht, wäre gegen sie das Recht der Notwehr vollkommen begründet in Anwendung gekommen.

Die preußische Regierung werde sich nun vor allem klar zu machen haben, in welches Verhältnis die neuen Lande zum bisherigen Staatskörper zu treten hätten; das vorteilhafteste wäre das als Provinzen. Würde es durchgeführt, dann müsse aber auch möglichst bald die Verschiedenheit der Verfassungen in den eroberten Gebieten mit der preußischen Verfassung ausgeglichen werden. Dies werde am besten durch eine Verschmelzung der beiderseitigen Vorzüge geschehen. Sollte man sich aber, wie in Hannover[1]) bereits geschehen, dagegen sträuben, so sei es Preußens Pflicht, diese unverständigen, überlebtem Partikularismus huldigenden Deutschen einfach als Rebellen zu betrachten und gegen sie mit rücksichtsloser Energie vorzugehen.

Diese Entschiedenheit ergebe sich mit um so größerer Notwendigkeit, als der neue Bundesstaat und das deutsche Parlament schon von verknöcherter Kleinstaaterei eingegebene heftige Anfeindungen erführen;[2]) und doch sollte man allenthalben dankbar anerkennen, daß nur Preußens energische Politik mit diesen Institutionen den ersten realen Schritt zur Einigung Deutschlands ermöglicht. Daher liege auch ganz mit Recht die Führerschaft in seinen Händen; von ihm werde es wesentlich abhängen, ob Deutschland Bundes- oder Einheitsstaat werden würde, insofern es nämlich in seiner Macht liege, der Existenz einzelner Bundesstaaten noch soviel Selbständigkeit einzuräumen, daß nicht all ihre Souveränitätsrechte auf die neue Form der Einigung übergingen. Da es also die realen Machtmittel jedes zukünftigen deutschen Staatskörpers besitze, so müßten auch seine Vertreter in dem Reichstage darauf dringen, daß Preußen das Bestimmungs- und Verfügungsrecht über die militärische Kraft des Bundes erhalte und diese dem Organismus seines Heeres entsprechend gestalten, sowie mit letzterem in völliger Einheit führen dürfe. Die unbedingte Folge jener militärischen Prärogative werde die notwendige Identität aller Glieder des neuen Bundes in der diplomatischen Vertretung sein. Da aber außer Preußen niemand nach außenhin eine für sich allein durchsetzbare Existenz besitze und noch weniger für die Politik des neuen Staatskörpers bestimmend sein könne, so falle jeder vernünftige Grund zu einer besonderen diplomatischen Vertretung derjenigen Souveränitäten fort, welche Bestandteile des künftigen Bundes seien. Diese ganz außer allem Zweifel stehenden Punkte hätten die Vertreter Preußens im Reichstage erst gar nicht mehr eingehend zu erörtern. Eine Diskussion über diese Forderungen oder eine Opposition gegen sie wäre unmöglich, da sie die Grundlage für die Schöpfung des Parlaments bildeten. Die

[1]) a. a. O. No. 472, 560, 590.
[2]) a. a. O. No. 488 u. 522

Verpflichtung auf diese Punkte und damit die völlige Uebereinstimmung mit Bismarcks deutscher Politik müsse also auch das ausschlaggebende Moment für die Wahl der künftigen Reichstagsabgeordneten bilden.

Die Zeitung hatte wohl zu Anfang des Jahres bei Betrachtung der innerpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht geahnt, daß sie innerhalb kürzester Zeit die Bedeutung Bismarcks und seines Systems so rückhaltslos anerkennen würde. Als charakteristisches Merkmal des Konflikts Anfang 1866 glaubte sie vielmehr die resignierte Stimmung der Regierung hervorheben zu müssen, die sich nur noch auf die Macht der kleinen Mittel verlasse.[1]) Eine Zeitlang habe es wohl geschienen, als ob sie durch die Erfolge ihrer äußeren Politik die Gegner im Innern stumm machen würde. Man könne indessen diesen Versuch nunmehr als mißlungen betrachten. Zudem habe sich über den Gasteiner Vertrag das allgemeine Urteil vollständig geändert. Die Regierung würde schwerlich noch imstande sein, dieser Konvention im Landtag einen Achtungserfolg zu verschaffen. Der Triumph der liberalen Partei könnte aber viel imposanter sein, wenn nicht ein so großer Teil derselben sich vor jedem Erfolg gebeugt hätte und wenn sie statt dessen ruhig bei ihrem ceterum censeo geblieben wäre, daß Preußen die Einigung Deutschlands nur mit der Unterstützung des deutschen Volkes erreichen könne; das Kabinett hätte sich aber dann sehr wohl gesagt, daß es dazu vor allem erst des Friedens zwischen Regierung und Volk in Preußen bedürfe, und so wäre es auch nicht in der Folge zu derartig bedauerlichen Uebergriffen wie der gerichtlichen Verfolgung der Abgeordneten Twesten und Frentzel[2]) gekommen. Wenn derartige Eingriffe in die Immunität der Landesvertreter zur Tagesordnung würden, so werde in dem Rechtsbewußtsein des Volkes bald eine große Zerrissenheit entstehen; es sei nämlich unvereinbar, daß derselbe Mann, welcher mit den Gesetzen und den Gerichten bei Ausübung seines Amtes in Konflikt käme, dennoch die Eigenschaften besitze, um mit der Krone nötige Gesetze in ersprießlicher Weise zu vereinbaren und über die wichtigsten Staatsangelegenheiten eine entscheidende Stimme abzugeben. Als einziger Ausweg aus diesem Dilemma ergebe sich da nur die Geringschätzung des gerichtlichen Entscheides, wodurch aber wiederum das Rechtsgefühl, diese wichtigste Stütze des Staatsgebäudes, erheblich geschädigt würde. Die Staatsklugheit empfehle deshalb schon, das Mittel politischer Prozesse so selten wie möglich anzuwenden, und selbst in Zeiten gewaltsamer Erschütterungen hätten weise Regierungen ihnen sobald als möglich ein Ziel gesetzt. In Preußen hätten sich aber keine derartigen Erschütterungen ereignet, und daher wären auch politische Prozesse als angebliche Präventivmaßregeln aufs entschiedenste zu verurteilen.

Daß das Abgeordnetenhaus trotz solcher Repressalien und in so schwieriger Lage ausgeharrt und auch nicht das mindeste

1) a. a. O. No. 22.
2) a. a. O. No. 54, 56, 72, 82.

Recht des Volkes preisgegeben, rechnet ihm die Zeitung[1]) bei seiner im Mai erfolgten Auflösung zu ganz besondrem Lobe an. Im ausschließlichen Hinblick auf den Verfassungskampf gewählt, sei es seinem Mandat bis auf den letzten Augenblick treugeblieben. Was nun die zukünftige Kammer betrifft, so glaubt die Zeitung dem Ministerium mit voller Gewißheit voraussagen zu können, daß das Volk nur solche Vertreter wählen werde, welche trotz der Gefahr des Augenblicks doch zunächst auf seinem verfassungsmäßigen Recht bestehen würden.

Bei der inmitten des Krieges erfolgten Ausschreibung der Wahlen lenkt[2]) das Blatt jedoch ganz erheblich ein und gibt zu, daß in einer so verhängnisvollen Lage die Volksvertreter die unbedingteste Pflicht hätten, dem Vaterlande das zu bewilligen, was jeder Bürger zu seiner Erhaltung zu leisten vermöge. Darauf würden sie jedoch auch ihre Tätigkeit beschränken müssen, solange der Krieg nicht entschieden; ein weiteres wäre unter den alten Verhältnissen vom Uebel.

Diesen letzten Vorbehalt gibt aber die Zeitung unter dem Eindruck der glorreichen Siege bei Besprechung der Landtagseröffnung[3]) auch auf und meint, jetzt wäre nichts verfehlter, als wenn die Volksvertretung oder ein Teil derselben den Faden dort wieder aufnehmen wollte, wo er einst durch eine gewisse Notwendigkeit der Tatsachen durchschnitten worden. Die Abgeordneten stünden nun auf einem wesentlich veränderten Standpunkt, sowie man auch von der Regierung die Ueberzeugung hege, daß sie unmöglich ihre frühere Verfassunginterpretation aufs neue anwenden wolle.

Die Verwirklichung dieser Hoffnung durch die Indemnitätsvorlage[4]) und deren Annahme durch das Abgeordnetenhaus erfüllt das Blatt mit höchster Genugtuung. Daß der organische Zustand des Zusammenwirkens der Staatsfaktoren ohne das geringste Zugeständnis auf Kosten der verfassungsmäßigen Volksrechte wiederhergestellt worden, dünkt der Zeitung ein Resultat zu sein, umdessentwillen es sich wohl lohne, die alten Antipathien gegen die Personen fallen zu lassen und sich nur an den gewaltigen Fortschritt zu halten. Die Totalität der staatlichen Existenz Preußens fordere in der gegenwärtigen Periode so sehr ein Zusammenwirken aller Kräfte, daß die Volksvertretung bei Gefahr ihrer Isolierung verpflichtet sei, den untergeordneten Standpunkt jenes inneren Konflikts fallen zu lassen und getrost abzuwarten, ob nach diesen großen Erfolgen der preußischen Lebenskraft noch einmal ein Ministerium die Verfassung anzutasten wagen werde. Die Zeitung sieht es auch keineswegs als eine Schädigung der liberalen Sache an, daß während dieser bewegten Session die alte Parteigruppierung in der Kammer eine Veränderung erfahren; ja sie begrüßt den Versuch zur Neubildung

1) a. a. O. No. 216, 220.
2) a. a. O. No. 288 u. 293.
3) a. a. O. No. 367.
4) a. a. O. No. 419 u. 598.

einer nationalliberalen Partei als höchst erfreulich, weil er erstens konstatiere, daß die Landtagsopposition den für das Staatswohl in der Tat unfruchtbaren Boden des Prinzipienstreites verlassen und die wahre Bedeutung der Verfassung in einer richtigen Anpassung der Volksrechte an den Fortschritt im staatlichen Leben sehe. Sodann aber wäre es zu loben, weil er die praktischen Bedürfnisse des Staatslebens vor allem ins Auge fassen und der bisher nur gepflegten Theorie entsagen wolle.

Für die Zeitung selbst war das Jahr 1866 ein Zeitabschnitt gewaltigen Aufschwunges, wie am besten ein Vergleich mit der Leserzahl des Vorjahres dartut.[1])

	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
1865	7630	7420	7300	7510
1866	7630	7805	10005	8982

Zeitungssteuer 1865: 18662 Tlr. 15 Sgr., 1866: 21513 Tlr. 22 Sgr. 6 Pf. Allerdings wurden auch an die Opferwilligkeit der Presse in diesem Jahr sehr große Ansprüche gestellt, wie Th. Oelsner für die Schlesische Zeitung im Jahrgang 1866 der Schlesischen Provinzialblätter S. 731 in einer ganz detaillierten Schilderung dartut. Er schreibt: „Erwäge man nur, daß alle jene Legionen Berichte und Aufrufe von Vereinen, Komitees, Handelskammern, Lazarettverwaltungen und Einzelpersonen, jene Beschreibungen und Mitteilungen, welche die Verpflegung und damit Zusammenhängendes betreffen, von den Zeitungen gratis gedruckt worden sind, daß z. B. ein Bogen im Format der Schlesischen oder Breslauer Zeitung an Lohn für Setzer und Drucker sowie an Auslagen für das Papier bei einer Auflage von 11000 Exemplaren, wie sie die Schlesische Zeitung zurzeit des Krieges hatte, 75 Tlr. an Selbstkosten erforderte, so wird man ein Maßstäbchen bekommen, was eine Zeitung in dieser Periode bar und blank für jene vaterländische Angelegenheit bezahlt hat. Die Schlesische Zeitung z. B. hat bei obiger Auflage während der Kriegszeit $13\frac{1}{2}$ Bogen Gratis-Inserate von Aufrufen, Sammellisten und Rechenschaftsberichten betr. die Pflege der Verwundeten und die Unterstützung der Armen durch Lebensmittel gebracht (ungerechnet die Nachzügler in späteren Monaten). Im ganzen also hat sie für jene Mitwirkung zum Unterstützungszweck $13\frac{1}{2} \times 75 = 1012\frac{1}{2}$ Tlr. selbst gezahlt."

Daß die erste Arbeit des Jahres

1867

der Aufrichtung des Norddeutschen Bundes gewidmet ist, sieht die Schlesische Zeitung[2]) wiederum als einen Beweis hohen staatsmännischen Taktes seitens des Ministerpräsidenten an, auch müsse zu seinem Ruhm nachgesagt werden, daß er bei aller Tatkraft

[1]) Vgl. Bericht der Breslauer Handelskammer 1865, S. 172.
[1]) Vgl. Bericht der Breslauer Handelskammer 1866, S. 137.
[2]) Schles. Ztg. 1867, No. 1.

doch eine Selbstbeherrschung und ein Maßhalten an den Tag gelegt, wie man sie selten bei Staatsmännern fände, deren Plänen das Glück gelächelt. Dadurch aber habe er jeden Schritt auf der Bahn, die nunmehr vorgezeichnet und auch freigemacht sei, so sehr gesichert, daß er mit Festigkeit und Aussicht auf Erfolg getan werden könne. Dieser Norddeutsche Bund würde eine notwendige Vorstufe zur wirklichen Einheit eines Reiches deutscher Nation sein; demgemäß aber könnten sich die Fürsten, die sich der Führung Preußens als der Spitze dieses Bundes anvertraut, nicht verheimlichen, daß die Zeit kommen werde, wo das Deutsche Reich nicht der mit Souveränitätsrechten oder mit dem Scheine derselben ausgestatteten Partikularfürsten bedürfe, wo vielmehr Oberpräsidenten oder ähnliche Beamte denselben Dienst leisten könnten. Deshalb wäre es auch ein vollständig verfehlter Vorschlag, die dem Norddeutschen Bunde einverleibten Fürsten sollten, um sich vor der Mediatisierung ihrer aktiven Souveränitätsrechte zu schützen, ein Oberhaus[1]) bilden, eine Fürsten-Pairie, welche mit Rat und Tat in den Gang der Bundesregierung eingreifen könnte. Dies wäre nahezu ein Abbild der Fürstenbank im alten hl. römisch-deutschen Reich und würde in erster Reihe eine oberste Reichssouveränität und zweitens einen Reichsorganismus fordern, zu welchem ein Parlament nicht wohl passen möchte oder der gradezu ein Widerspruch zu dieser Institution wäre.

Mit ihrem Widerstande gegen die Bewilligung von Diäten[2]) habe aber die Regierung auch nicht zur Förderung der Sympathien für den Reichstag beigetragen, sondern dabei bedauerlicherweise den freien Standpunkt über den Parteien, welchen sie seit der Indemnitätsvorlage eingenommen, völlig verleugnet und sich wieder von schädlichen Parteieinflüssen bestimmen lassen, welche eine Konkurrenz des Norddeutschen Parlaments mit den einzelnen Landesvertretungen befürchteten. Diese Eventualität sei aber gar nicht denkbar, solange der Bund den Ausdruck und das Produkt eines Vertragsverhältnisses darstelle, möge es geartet sein, wie es wolle.[3]) Dem Parlament werde stets dieser Charakter anhaften; es müsse aber zu seinen Rechten und Befugnissen jene völlige Freiheit und Selbständigkeit verlangen, wie sie das preußische Abgeordnetenhaus in dem Recht der Bewilligung von Etat, Steuern und Abgaben besitze. Daß diese wesentliche Garantie parlamentarischen Einflusses in der Bundesverfassung nicht unberücksichtigt geblieben und an diesem Punkt das Einigungswerk nicht gescheitert ist, begrüßt die Zeitung[4]) nach dem Zustandekommen der Verfassung mit großer Genugtuung.

Als wirklich ausgebaut vermag sie jedoch die Konstitution nicht anzuerkennen, und verzeichnet es daher als einen um so höher zu bewertenden Akt politischer Klugheit, daß der preußische

---

[1]) a. a. O. No. 17 u. 19.
[2]) a. a. O. No. 67.
[3]) a. a. O. No. 184; vgl. auch 86, 88, 92, 94, 122.
[4]) a. a. O. No. 216 u. 252.

Landtag sich nicht ablehnend verhalten. Hätte er indes in eifersüchtiger Bewachung der ihm zustehenden verfassungsmäßigen Rechte gegen diese unvollkommene, jedoch die nationalen Bedürfnisse umfassende Bundesverfassung sich so spröde verhalten, um sie entweder zurückzuweisen oder sie völlig in seine Schablone zu pressen, dann wäre jedenfalls der Akt der nationalen Einigung viel gewaltsamer verlaufen und das deutsche Bewußtsein gradezu in den preußischen Partikularismus gezwungen worden. Ein organisches Aufwachsen des Einheitsstaates aus dem Norddeutschen Bunde hätte aber dann zu den Dingen der Unmöglichkeit gezählt.[1]) Alledem hätten Preußens Volksvertreter in lobenswerter Selbstverleugnung vorgebeugt, und so bleibe ihnen für den künftigen Reichstag nur die Pflicht, in der Verfassung manchen noch vorhandenen, dringenden Bedürfnissen abzuhelfen.[2]) Daß dies trotz der kurzen Session des Parlaments auch so befriedigend gelungen, schreibt die Zeitung[3]) einmal dem Entgegenkommen der Regierung zu, dann aber auch dem Umstand, daß mit den Gesetzen über die Freizügigkeit, das Paßwesen und über die Aufhebung der Wucherparagraphen Reformen eingeleitet wurden, die wegen ihrer schreienden Notwendigkeit auf Widerstand gar nicht stoßen konnten. Den Reichstag in dieser reformatorischen Tätigkeit zu schützen und zu unterstützen, bilde auch eine der Hauptaufgaben des neuen preußischen Landtags.[4])

Sehr korrekt spreche sich in diesem Sinne das Programm der nationalliberalen Partei aus, die trotz aller Verkennung und Verleumdung denjenigen Teil der Arbeit an den neuen Errungenschaften, welcher durch die Mitwirkung der parlamentarischen Körperschaften zu leisten gewesen, mit Selbstverleugnung und Aufopferung, mit praktischem Geschick und unermüdlichem Fleiß übernommen und redlich durchgeführt habe. Allerdings werde im neuen Landtag die Lage dieser Partei gegenüber der Regierung durchaus nicht so günstig sein wie im Reichstag. Hier wären die Nationalliberalen der Regierung unentbehrlich, und die Angelegenheiten, in welchen beide übereinstimmten, stünden da im Vordergrunde, während im Abgeordnetenhause das Gegenteil der Fall sei. Die Partei würde daher einen gefährlichen Irrweg einschlagen, wenn sie glaube, in der preußischen Kammer eine wesentlich andere Politik verfolgen zu können als im Norddeutschen Parlament. Glücklicherweise wäre aber die schwierigste und lohnendste Aufgabe der nächsten Session, die Feststellung der Gesetze bezüglich der inneren Einrichtungen in den neuen Provinzen und die Regelung des Verhältnisses zwischen Landes- und Bundesverfassung, eine solche, daß die Parteiinteressen sehr zurücktreten müßten. Mit dem Ausscheiden der Parteikämpfe würden diesen Maßnahmen auch nicht die Schwierigkeiten entgegentreten, wie sie sich der Zollgesetzgebung

---

[1]) a. a. O. No. 290.
[2]) a. a. O. No. 350 u. 368.
[3]) a. a. O. No. 518.
[4]) a. a. O. No. 499, 505 u. 574.

gegenübergestellt, bis sie endlich in der Neugestaltung des Zollvereins[1]) einen glücklichen Abschluß gefunden.

Die Zeitung sieht darin ein großes politisches Ereignis, weil diese Reform Hand in Hand gegangen mit dem Abschluß der Schutz- und Trutzbündnisse, die Preußen mit den außerhalb des Bundes stehenden Staaten abgeschlossen. Die nationale Bewegung habe hier schließlich doch über die Partikularisten und theoretischen Preußenhasser gesiegt und werde von jetzt ab in dem Zollparlament eine kräftige Stütze und einen Mittelpunkt finden, von welchem aus der weitere Entwicklungsprozeß nicht schwer sein könne. Die Verwandlung des vorläufigen Vertrages in ein auch formell unauflösliches Bündnis werde freilich einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. Der Eintritt der Südstaaten in den Norddeutschen Bund gehöre der Politik an und sei von gewissen Bedingungen abhängig, die jetzt noch nicht erfüllt wären oder sich nur um einen schweren Preis erfüllen ließen. Ob bis zur Eröffnung des Zollparlaments werde ein Weg gefunden werden, welcher zu einer Erweiterung seiner Kompetenz auf andere Zweige der Gesetzgebung führen würde, bleibe auch eine offne Frage. Die Verschmelzung der wirtschaftlichen Interessen durch das Zollparlament werde aber in absehbarer Zeit wenigstens das Bedürfnis nach einer einheitlichen Legislatur unabweisbar machen.

Das schon obenerwähnte Schutz- und Trutzbündnis Preußens mit den Südstaaten[2]) bedeutet nach Ansicht der Zeitung eine günstige Inaugurierung der äußeren Politik im Jahre 1867. Preußen und der Norddeutsche Bund hätten durch jene Bündnisse unbestreitbar eine bedeutende politische und moralische Stärkung erfahren, wobei man sich jedoch nicht verhehlen dürfe, daß von einem reellen Gewinn für die Defensivkraft Preußen-Deutschlands vorerst kaum die Rede sein könne. Rein militärisch betrachtet müsse sogar eher eine gewisse Schwächung der Position Preußens anerkannt werden; erstens könnten nämlich noch Jahre vergehen, bis Süddeutschland einen qualitativ gleichen und dem Zuwachs an Verteidigungsgebiet numerisch proportionalen Teil zu den deutschen Heereskräften stellen werde, und zweitens sei die strategische Stellung Preußens durch die Veränderung der bisherigen Wehrgrenze eine erheblich schwierigere geworden. Aber grade weil Süddeutschland zunächst militärisch mehr eine Schwächung als Stärkung darstelle, lege das Streben Preußens, sofort nach dem Friedensschluß ein Bündnis zu sichern, das beste Zeugnis dafür ab, daß es seine Siege in deutschem und nicht in großpreußischem Sinne erkämpft habe und zu verwerten gewillt sei. Es habe nicht nur ernste, schwere Pflichten auf sich genommen, sondern auch ein Vertrauen bekundet, das notwendig wieder Zutrauen erwecken und ihm die Herzen Süddeutschlands gewinnen müsse. So locker deshalb das formelle Band des Bündnisses auch sein möge, in diesem Sinne erfaßt wäre es eine schätzbare Gewähr gegen Allianzen der Südstaaten mit fremden

[1]) a. a. O. No. 501, 542, 572, 586.
[2]) a. a. O. No. 138 u. 162.

Mächten. Es sei nicht nur geeignet den Deutschen in Oesterreich die Ueberzeugung aufzudrängen, daß es mit allen Hoffnungen auf die Wiedergewinnung habsburgischer Machtstellung in Süddeutschland für immer vorbei sei;[1]) auch in Frankreich noch genährte Rheinbundideen sei es berufen zu zerstören, und daher auch seine Veröffentlichung grade in der Krisis der luxemburgischen Frage.[2])

Bismarck hatte Napoleon, so glaubt die Zeitung, damit zur Warnung zeigen wollen, daß das ganze nichtösterreichische Deutschland in der Hauptsache einig sei. Freilich könne es sich nicht darum handeln, Luxemburg in den Norddeutschen Bund hineinzuziehen; aber das vertragsmäßige, ein halbes Jahrhundert alte Besatzungsrecht Preußens festzuhalten sei in mehr als in einer Richtung von Wichtigkeit. Wäre Luxemburg nicht befestigt, so würde durch Aufgabe dieses Rechtes für Preußen kein großer militärischer Nachteil erwachsen, wofern nur das Herzogtum im Besitz der Niederlande bliebe; gingen aber Land und Festung in den Besitz Frankreichs über, so würde dieses eine 10 Meilen lange Fortsetzung der Linie Metz—Thionville erhalten und so die ganze Westgrenze fast flankieren können. Eine solche Umklammerung dürfe Deutschland aber unmöglich dulden und müsse energisch der Niederländischen Regierung klar machen, daß sie es nicht mehr mit dem schwachen Nachbarreich von früher zu tun habe und im Falle der Abtretung Luxemburgs die verhängnisvollen Konsequenzen ihrer deutschfeindlichen Haltung zu tragen haben werde. Vorläufig erscheint der Zeitung die Situation allerdings noch nicht bis zum offenen Ausbruch der Feindseligkeiten gediehen. Frankreich habe vor allem zu bedenken, daß es zurzeit keinen einzigen zuverlässigen Bundesgenossen besitze. England aber widerstrebe jeder Grenzerweiterung des Kaiserreichs nach Osten hin, und Rußland erwarte sehnsüchtig die Stunde, wo es gegen Konstantinopel vorrücken könne, ohne dort Napoleons Heeren zu begegnen. Zudem müsse Frankreich der gegenwärtig ihm militärisch überlegenen Macht des deutschen Nordens Rechnung und sich gewärtig halten, daß der erste Krieg nach außen Deutschland zu einer festen Masse zusammenschweißen werde. Darauf würde man es aber nicht so leicht ankommen lassen, denn es könnte damit nicht nur der chauvinistischen Idee von der Hegemonie Frankreichs der Garaus gemacht, sondern auch eine Krone zu Fall gebracht werden. Der erfinderische Geist Napoleons würde daher, wenn ihm ernster Widerstand begegne, jedenfalls nach andren Mitteln suchen, um die öffentliche Meinung Frankreichs zu befriedigen.

Die Zeitung hatte hiermit richtig die Vermittelungsvorschläge angekündigt, welche bald darauf der Londoner Konferenz[3]) unterbreitet wurden. Sie sympathisiert auch mit ihnen in dem Gefühl, daß für den Fall eines Krieges das Einigungswerk doch noch nicht weit genug fortgeschritten gewesen, um für alle Eventualitäten gesichert zu sein. Ueberdies sei Frankreich, wenn auch Preußen

[1]) a. a. O. No. 146.
[2]) a. a. O. No. 144, 150, 156, 160, 166, 176, 178, 190, 192, 194 u. 196.
[3]) a. a. O. No. 198, 202, 212, 214, 218, 220.

in die Räumung der Festung Luxemburg und in die Neutralisierung des Großherzogtums gewilligt, darum noch nicht einen Zollbreit näher gerückt und die Sicherheit der Grenzen Preußen-Deutschlands gefährdet; durch den Schutz der Garantiemächte würde dieselbe vielmehr jetzt erhöht. So sei der deutschen und speziell der preußischen Ehre nichts vergeben und höchst erfreulich sogar gezeigt worden, daß man sich in Berlin dem französischen Selbstgefühl für ebenbürtig erachte und nichts fürchten oder hoffen zu müssen glaube. Wenn Preußen fortan bei seiner Aktion in irgendwelcher Hinsicht durch Frankreich sich noch einmal beeinflussen lasse, so könne dies eben nur in Rücksicht auf die ganze Lage des Kontinents geschehen, der in seiner Solidarität der Zivilisation den Krieg verhindern müsse.

In der französischen Presse scheine man jedoch von der Erstarkung des National- und Selbstgefühls jenseits des Rheins noch nichts zu ahnen, sonst würde man sich nicht erdreistet haben, König Wilhelm und Bismarck bei ihrem Besuch der Pariser Weltausstellung[1]) gewissermaßen nur bedingungsweise einer freundlichen Aufnahme und Behandlung zu empfehlen. Wenn nun aber auch Napoleon dieses chauvinistische Geschrei der verdienten Nichtachtung gewürdigt und mit seinem königlichen Gast beim Abschied sogar die freundschaftlichsten Versicherungen ausgetauscht, so dürfe man darin doch kein neues Unterpfand für die Erhaltung des Friedens erblicken.

Diese Mahnung zur Vorsicht sieht die Zeitung[2]) bald darauf durch die Salzburger Zusammenkunft zwischen Napoleon und Franz Joseph gerechtfertigt und hegt die ernstesten Besorgnisse wegen der von den französischen Blättern angekündigten Entente cordiale mit Oesterreich, da diese doch nur darauf berechnet sei, auf Preußen einen dauernden Druck auszuüben. Daß diese Entrevue aber schließlich nur zu einer Verständigung der beiden Regierungen bezüglich der europäischen Angelegenheiten und nicht zu einem formellen Bündnis geführt, zerstreut wieder die Bedenken des Blattes. Die Aussichten auf eine vorteilhafte Allianz wären übrigens von vornherein nicht vorhanden gewesen, da Oesterreich sich jetzt nicht mehr in der Lage befände, eine Initiative weder in der deutschen noch in der orientalischen Frage ergreifen zu können. Daher hätte Frankreich bei einer Aufrollung dieser beiden Fragen von seinem Verbündeten nur eine moralische Unterstützung zu erwarten gehabt; auf diese wäre aber auch nur wenig Gewicht zu legen gewesen, wenn man Rußland und England berücksichtige, die offenbar auf der Seite Preußens und Deutschlands stünden und in der orientalischen Frage ihre ganz selbständigen Interessen besäßen.

So habe Napoleon schließlich ganz umsonst diesen gewagten Schritt getan und sich dabei eine Blöße gegeben, welche auch der Mantel des Mitleids mit dem unglücklichen Kaiser Maximilian[3]) nicht verdecken könne. Ja, wenn man das Geschick, welches dieser

[1]) a. a. O. No. 260 u. 300.
[2]) a. a. O. No. 356, 386, 394, 396, 400.
[3]) a. a. O. No. 254, 306 u. 310.

zum Durchführen einer so gefährlichen Rolle unerfahrene Fürst zu erleiden gehabt, mit dem Schlag vergleiche, der den geistigen Vater dieses ganzen Trauerspiels getroffen, so müsse man sagen, daß Maximilian noch besser gefahren sei; ihm ermangele wenigstens die Hoheit und Würde nicht, wodurch er sich das ungeteilteste Mitgefühl der Zeitgenossen und gewiß einen achtungsvollen Namen in der Geschichte erworben. Napoleon sei aber durch seine verunglückte Einmischung in die Verhältnisse eines anderen Staates in Frankreich wie in Europa der hohen Meinung verlustig gegangen, die man von seiner Klugheit und seinem scharfsinnigen politischen Kalkül gehegt; damit habe er jedoch bei seinen Untertanen einen großen Teil seiner Popularität eingebüßt. Das Schlimmste aber, was den erfahrenen und geschulten Politiker getroffen, sei die große Einbuße an Würde und Stolz, die er durch den nahezu schimpflichen Rückzug seiner Truppen aus Mexiko erlitten, eine Schlappe, welche noch lange wie eine brennende Wunde die französische Eitelkeit schmerzen werde. Die mexikanische Katastrophe komme eben grade zurecht, um die schon geraume Zeit im Stillen wachsende Unzufriedenheit in Frankreich nun auf den Gipfel zu treiben.

Europa werde sich unter diesen Umständen daher wohl im Neuen Jahre

1868

auch daran gewöhnen;[1]) die Entscheidung über Krieg und Frieden als nicht mehr ausschließlich von der Laune der Franzosen abhängig zu betrachten. Allerdings wäre es Torheit, die Möglichkeit gänzlich wegzuleugnen, daß Napoleon in der Hoffnung, auch Deutschland werde alleinstehen, schließlich einmal ohne jeden Bundesgenossen den Krieg über den Rhein tragen werde. Doch diese Möglichkeit würde von einer so geringen und sich täglich mindernden Wahrscheinlichkeit unterstützt, daß sie zu Befürchtungen weiter keinen Anlaß mehr gebe. Nicht mit Unrecht habe Thiers gesagt, daß die erste Schlacht entscheide; dies Wort treffe für das Napoleonische Frankreich völlig zu, denn der Thron des Kaisers könne nicht eine Niederlage überdauern. Diese wäre aber in einem Kriege gegen Deutschland schon allein vom Standpunkt des Stärkeverhältnisses aus betrachtet sehr wahrscheinlich. Ueberdies würde Italien den Moment nicht verpassen, in welchem Frankreichs Macht engagiert wäre, und als Preis für eine Allianz Rom und das Patrimonium Petri verlangen. Die Hergabe des Kirchenstaates werde dann aber für Napoleon nach dem Tage von Mentana und nach Rouhers „Jamais, jamais" eine neue moralische Niederlage darstellen. Auf Süddeutschland und Oesterreich[2]) könne jedoch gar nicht seitens des Kaisers gerechnet werden, denn Beust wisse zu gut, was er für sich und für sein neues Vaterland aufs Spiel setze, wenn er es an Frankreichs Seite gegen Deutschland engagiere. Seinen Ruhm, sich als Staatsmann auf dem Gebiet der inneren Politik bewährt zu

---

[1]) Schles. Ztg. 1868, No. 11.
[2]) a. a. O. No. 255, 407 u. 425.

haben, werde er jedenfalls durch Waghalsigkeiten nach außen hin nicht gefährden wollen. Es gehöre also eine keineswegs in naher Aussicht stehende Aenderung der politischen Lage Europas dazu, ehe ein Krieg wahrscheinlich würde.

Angesichts der Umwälzungen auf der Pyrenäenhalbinsel muß die Zeitung jedoch bald ihre Friedenshoffnungen als verfrüht bezeichnen und zugeben, daß durch den Sturz der spanischen Monarchie[1]) ein schlimmes Intriguengewebe der französischen Kriegspartei an den Tag gekommen, zu welcher leider auch das südliche Deutschland und Oesterreich ihr reichliches Kontingent gestellt. Der Kern dieses finsteren Machwerks sei aber der Krieg mit Preußen gewesen, welches von den deutschen Chauvinisten als Ursache zu dem in letzter Zeit über die Sache der Legitimität und der Kirche hereingebrochenen Unheil hingestellt werde. Jene Partei halte nämlich Oesterreich und das napoleonische Frankreich für die alleinigen Stützen Roms; da nun jetzt Spanien, welches in dem fein ausgesponnenen Kriege gegen Preußen eine wichtige Rolle spielen sollte, der chauvinistischen Liga verloren gegangen, so habe man das Märchen von der Beteiligung Preußens an dem Sturz Isabellas in Kurs gesetzt und damit namentlich in Bayern auf die Massen zu wirken gesucht. Diese Tendenzlüge könne jedoch nicht verschleiern, daß Frankreich der betrogene Betrüger sei, sollte doch ein spanisches Okkupationskorps im Kirchenstaat Napoleon freiere Hand lassen im Kriege gegen Deutschland. So aber habe die ganze kunstvolle Intrigue einen kläglichen Ausgang genommen, der den Franzosen ihre nunmehr vollkommene Isolierung und die Unzulänglichkeit ihrer eigenen Kräfte sehr deutlich demonstriere.

Der unabhängigen französischen Presse sei dies übrigens schon längere Zeit klar geworden; daher habe sie auch zu der Eröffnung des Zollparlaments[2]) eine möglichst wohlwollende Stellung einzunehmen gesucht, in dem richtigen Gefühl, daß jeder Schritt gegen Preußen fortan das gesamte Deutschland ins Feld führen werde und daß der Parteilärm in Süddeutschland keineswegs mit der Stimmung im ganzen Reich identisch sei. Wohl habe dieses Treiben einiger Fanatiker anfangs einen so schneidenden Mißton hervorgerufen,[3]) daß die Feinde der nationalen Einigung Deutschlands sich schon hämisch geäußert, das Zollparlament wäre keine Stätte zur einmütigen Betätigung der Liebe zu dem gemeinsamen Vaterland. Aber sehr bald hätte sich die Stimmung dieser dem Einigungswerk so widerstrebenden Süddeutschen wie mit einem Zauberschlage geändert. Von Tag zu Tag sei ihr Interesse an den gemeinschaftlichen Angelegenheiten gesteigert worden,[4]) und zuletzt wäre an die Stelle verknöcherter Kleinstaaterei bei jenen Partikularisten der Zug des Einverständnisses und der Liebe zum gemeinsamen Vaterland getreten, und zwar in solcher Stärke, daß das ganze

---

[1]) a. a. O. No. 447, 455, 461, 469, 473, 479, 481, 581.
[2]) a. a. O. No. 205.
[3]) a. a. O. No. 165, 197, 201, 215 u. 243.
[4]) a. a. O. No. 227, 233, 237.

Drama anders enden mußte als es angelegt gewesen, Jetzt bleibe nur noch zu wünschen, daß diese Sympathien in Süddeutschland in der großen Allgemeinheit Boden fänden;[1]) ein gewisses Rayon hätten sie ja bereis schon erobert, und die deutschnationale Partei sei sichtlich im Erstarken; ihre Organe bewiesen, daß es ihr an geistigen Kräften wie an sittlicher Grundlage nicht fehle, und wenn nicht alle Anzeichen trügten, beginne sogar bei den süddeutschen Regierungen die Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines einigen Deutschlands Platz zu greifen. Norddeutschland müsse ohne irgendwelches aktive Vorgehen diesem erfreulichen Keimen der Sympathien eine ungestörte Fortentwicklung gönnen, und durch Arbeit an der eignen staatlichen Vollendung fürs erste das deutsche Programm Bismarcks seiner Verwirklichung nahebringen. Der Bundeskanzler selbst scheine ja bereits schon vollständig in dem Gedanken eines einigen Deutschlands und einer allgemeinen deutschen Volksvertretung aufzugehen. Darauf lasse wenigstens der Umstand schließen, daß er den preußischen Parlamentarismus ganz ersichtlich nur noch als notwendiges Mittel für den höheren Zweck einer Volksrepräsentation Gesamtdeutschlands betrachte, ihm sonst aber anscheinend keinen Wert mehr beilege.[2])

Daher werde es wohl auch herrühren, daß die nationalliberale Partei, das eigentliche Lebenselement der preußischen Kammer, während der langen parlamentarischen Session von Landtag, Reichstag und Zollparlament seitens der Regierung mit so auffallend kühler Reserve behandelt worden. Die Regierung hätte aber doch unmöglich verkennen dürfen, daß sie im großen und ganzen immer auf diese Partei habe rechnen können und die eigentlichen prinzipiellen Entscheidungen, die Mehrzahl der parlamentarischen Leistungen, auf dem Konto der Nationalliberalen stünden. Der Grund für diese verletzende Dankbarkeit liege aber darin, daß es in Preußen immer noch nur eine von der Regierung anerkannte Partei gebe, die konservative, oder wenn man wolle, die gouvernementale. Eine andere Partei wie die nationalliberale und immerhin auch die freikonservative könne dann noch soviel leisten, an dem Tage, wo sie einmal nicht nach dem Wunsche der Regierung stimme, würde ihr „Regierungsunfähigkeit“ vorgeworfen. So aber werde nur Verbitterung erzeugt und ein kraftvolles Wirken des Parlamentarismus unterbunden, da es dazu eben notwendig einer maßvollen Opposition bedürfe.

Es sei fast überflüssig zu erklären, so schreibt die Schlesische Zeitung auch im Anfang des Jahres

1869,

daß die Beschwerden der nationalliberalen Partei gegen den Ministerpräsidenten und Bundeskanzler — er sei ja doch hauptsächlich oder ausschließlich unter dem Begriff „Regierung“ verstanden —

---

[1]) a. a. O. No. 295, 301, 433.
[2]) a. a. O. No. 89, 113, 291.

in vieler Beziehung begründet wären.[1]) Man brauche nur auf das letzte Ereignis zurückzugehen, bei welchem das gegenwärtige Verhältnis zwischen Bismarck und den Nationalliberalen einer ernsten Probe unterworfen worden, nämlich auf die Debatte über die parlamentarische Redefreiheit,[2]) um die allerbittersten Gefühle in der Partei erklärlich zu finden. Das Auftreten des Ministerpräsidenten im Herrenhause habe keineswegs den Erwartungen entsprochen, welche die Liberalen in dieser Beziehung zu hegen sich berechtigt glaubten; denn wenn Bismarck seine Mitwirkung zur Wiederherstellung der Redefreiheit zugesagt, so wäre es nicht Illusion, sondern ein Achtungsbeweis, wenn man annehme, daß damit eine das Ziel anweisende Mitwirkung gemeint sei. Die Partei hätte außerdem Ursache gehabt, gerade in diesem Punkt eine Genugtuung zu fordern, da sie grade hier höchst wesentliche Konzessionen gemacht, um den Streit aus dem Wege zu schaffen. Wenn man ihr nun auch nicht so entgegengekommen, wie allgemein erwartet, so brauche man doch wegen dieses Mißerfolges im Parlament nicht gleich für die Position der ganzen nationalliberalen Partei im Lande zu fürchten. Trotz aller immer noch vorkommenden Repressivmaßregeln und trotz der Verherrlichung der konservativen Prinzipien herrsche doch eine Fülle von freier und fortschreitender Bewegung in allen Kreisen. Selbst das Kultusministerium unter der Aegide Mühlers mache niemandem ernstlich bange; der täglich wachsende Einfluß des gedruckten Wortes in jeder Gestalt reiche hin, den Bestrebungen einer begünstigten, aber kleinen Partei das Gegengewicht zu halten. Ueberdies stünde der Reichstag vor der Tür, und dieser könne unmöglich vorübergehen, ohne die nationale Entwicklung wieder einen Schritt vorwärts zu bringen. Daher und damit könne man sich darüber trösten, daß die Landtagssession an greifbaren Resultaten ziemlich fruchtlos geblieben.

Im Juni[3]) muß aber die Zeitung konstatieren, daß der Reichstag sie gröblich enttäuscht habe. Anfangs hätte es wohl geschienen, als ob er die von dem ersten Zollparlament verabsäumte wesentliche Förderung des Einigungswerkes nachholen wollte, und es sei deshalb auch das Bestreben in ihm hervorgetreten, auf eine Pression hinzuwirken, welche seitens der politischen Macht auf Süddeutschland ausgeübt werden sollte. Doch bald sei die völlige Abneigung gegen einen derartigen Druck an maßgebender Stelle hervorgetreten und überdies von dieser Seite dem Partikularismus im Reichstage eine Schonung vindiziert worden, welche indirekt die rasche Einigung mit Süddeutschland als ebensowenig zeitgemäß erklärt habe, wie die schleunige Ausgestaltung des Norddeutschen Bundes zu einer bundesstaatlichen nationalen Existenz. So habe also auch im diesjährigen Reichstag das nationale Einigungswerk eine Niederlage

[1]) Schles. Ztg. 1869, No. 7 u. 11.

[2]) In der 5. Sitzung des Herrenhauses am 17. Dezember 1868 fand die Vorberatung statt über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Art. 84, Abs. 1 der Verfassung, welcher die parlamentarische Redefreiheit garantiert. Die Abänderung des Artikels wurde abgelehnt.

[3]) a. a. O. No. 259.

erlitten, weil alle darauf bezüglichen Wünsche und Forderungen vertagt worden. Unter solchen Umständen sei es auch nicht verwunderlich, wenn man den Zusammentritt des Zollparlaments in diesem Jahr kühl begrüßt habe. Nach den Erfahrungen des Vorjahres hätte sich überdies jeder kalt überlegende Politiker sagen müssen, daß das Zollparlament garnicht dazu angetan sei, qualitativ mehr zu leisten als in seiner ganzen organischen Anlage begründet wäre, daß es sich also nur auf Aufgaben beschränken könne, welche nicht über die Verkehrsangelegenheiten und Verhältnisse des Zollvereins hinausgingen.

Das den resultatlosen Abschlüssen des Landtags und Reichstags ähnliche Ende des Zollparlaments liegt nach Ansicht der Zeitung[1]) aber auch zum großen Teil an der deutlich zutage getretenen Unklarheit, die bezüglich der Rechtsabgrenzung aller drei Körperschaften zueinander herrsche; dadurch sei oft eine Verwirrung entstanden, die z. B. bei Feststellung der Petroleum-, Eisen- uud Zuckersteuer zu gar keinem Resultat geführt. Man könne daher unmöglich von dieser parlamentarischen Campagne ohne die zuversichtliche Hoffnung scheiden, daß im künftigen Jahr derartige Erscheinungen sich nicht zeigen würden; eine Wiederholung der diesjährigen Erfahrungen wäre aber gleichbedeutend mit der völligen Fruchtlosigkeit des repräsentativen Elements für die staatlichen und nationalen Bedürfnisse.

Die Reichstagssession des Jahres 1869 gibt der Zeitung[2]) auch Veranlassung, die neue Partei der Sozialdemokraten eingehender Betrachtung zu würdigen. Sie glaubt, daß diese Wortkämpfer, deren Debüt sehr kläglich ausgefallen sei, die soziale Frage nur als Werkzeug für ihre politischen Zwecke benutzten. Ihre Agitation unter der Arbeiterbevölkerung wolle nur ein allgemeines Mißbehagen gegen die bestehenden Zustände erregen und die bereits vorhandene Mißstimmung in eine bestimmte politische Richtung lenken, welche gegen die konkrete Form der gegenwärtigen nationalen Einigung Deutschlands im Norddeutschen Bund gerichtet sei. Aus diesem Grunde erkläre es sich auch, daß grade das Königreich Sachsen vier Vertreter dieser Partei aufweise. Bei ihrer Agitation verfolgten sie aber zugleich den sehr selbstsüchtigen Zweck, durch die zustimmenden Erklärungen von Volksversammlungen und durch ihre Wahl in den Reichstag ihrer eignen Person eine politische Bedeutung zu verschaffen, welche sie ohne ihre Beteiligung an der sozialen Bewegung niemals erlangt haben würden. Mit den Phrasen, die sie Marx abgelauscht und welche sie in endlosen Variationen wiederholten, hielten sie sich wie mit Schwimmblasen über Wasser. Wenn sie aber in Arbeiterversammlungen oder in der Presse mit andren sozialen Agitatoren zusammengerieten, würde von ihnen sofort der Intriguant herausgekehrt, der, weil selbst in allerlei obskure Verbindungen verstrickt, jeden Konkurrenten für ein „erkauftes Werkzeug" erkläre, sich selbst aber gegen die nämliche Unterstellung feierlich verwahre. Hätten jedoch die Arbeiter nur einmal soviel

1) a. a. O. No. 285, 287.
2) a. a. O. No. 178, 367.

Mut und Ernst, um von ihren Aposteln den geringsten praktischen Beweis für ihre Lehren zu verlangen, so würden sie sich allerdings sehr bald von deren Unhaltbarkeit überzeugen und von ihren selbstsüchtigen Führern ebenso abwenden, wie dies jetzt in Frankreich[1]) geschehen.

Die demokratischen Massen hätten dort nunmehr aufgehört in dem Imperator ihre zweite Vorsehung zu erblicken, seitdem das System der künstlichen Arbeiterbeschäftigung auf Staatskosten nicht mehr vorgehalten, seitdem der Freihandel eine neue Bewegung in das gewerbliche Leben gebracht und der Gedanke der Selbsthilfe durch freie Assoziation unter dem Schutze des Gesetzes den Arbeiterstand emanzipiert habe. Doch auch der Klerus, neben der Armee der stärkste Eckstein des Napoleonischen Fundamentbaues, beginne, wie die neuesten Wahlen gezeigt, seine Dienste zu versagen. Er sehe großenteils wieder seine Spitze in Rom, nicht mehr wie 1849 in Paris. Und die Bourgeoisie, die nach der Februarrevolution so fest sich an den Retter der Gesellschaft und Begründer des „Credit mobilier" geklammert, habe in den letzten Wahlen bewiesen, daß sie dem Kaisertum nicht nur indifferent, sondern feindselig gegenüberstehe, und nichts lasse erkennen, daß sie durch die Konzessionen vom August des Jahres 1869 versöhnt sei. Nur eine Säule scheine noch festzustehen, die Armee, obgleich auch in ihr sich schon ein anderer Geist zu regen beginne. Es sei eine traurige Tatsache, aber sie bestehe nun einmal, daß alle diejenigen, welche die Erhaltung des Kaiserthrones wünschten, ihre Hoffnungen auf die Armee setzten. Frankreich befinde sich also, wie dies auch alle großen Organe des Landes zugäben, in einer sehr kritischen Lage. Lange könne ein solcher Zustand nicht vorhalten, das werde auch der Kaiser erkennen. Es sei daher, wenn der „tiers parti" nicht wider Erwarten Staatsmänner mit neuen Ideen und schöpferischer Kraft ans Licht fördere, mehr als wahrscheinlich, daß Napoleon auf einen außerhalb des Gebietes der inneren Politik liegenden Ausweg denken werde; anderenfalls würde er sich zu Zugeständnissen bequemen müssen, bei denen er jedoch Gefahr laufe, von einem System zum andern geworfen und zum Spielball der Umstände gemacht zu werden. Dies verhindert und einen friedlichen Uebergang von dem autoritativen zum parlamentarischen Prinzip bewerkstelligt zu haben, rechnet die Zeitung[2]) im Anfang des Jahres

1870

zu den Hauptverdiensten des Ministeriums Ollivier. Freilich sei aber auch mit diesem Kabinett der Napoleonismus seines charakteristischen Wesens entkleidet worden, das er durch 18 Jahre zu entfalten und zu erhalten gesucht, und es bestünden berechtigte Zweifel, ob er sich nun in das reinkonstitutionelle Regime werde schicken können oder ihm zum Opfer fallen. Diese Bedenken

---

[1]) a. a. O. No. 83, 89, 151, 157, 279, 283, 483, 529.
[2]) Schles. Ztg. 1870. No. 11, 27, 29, 33, 139, 153.

erscheinen dem Blatt jedoch Anfang Juni[1]) behoben zu sein, und es fordert seine Bewunderung heraus, in welch kurzer Zeit Napoleon einem neuen politischen Leben Bahn gebrochen. Um dieses glückliche Werk aber nicht im letzten Augenblick der Vollendung zu zertrümmern, müsse er sich jetzt mehr wie je die Wahrung des Friedens angelegen sein lassen.

Die alte Erfahrung jedoch, daß es damit bei dem gallischen Nachbar noch immer recht übel bestellt gewesen, muß die Zeitung[1]) anläßlich der Thronkandidatur Leopolds von Hohenzollern wieder in ihrer vollen Berechtigung anerkennen; auch konstatiert sie, daß wie früher schon, so diesmal wieder das Kriegsgeschrei in Frankreich keine Berechtigung habe. Die Ueberzeugung müsse sich doch nämlich jedem aufdrängen, daß die präsumtive Besetzung des spanischen Throns weder ein Werk Bismarckscher Klugheit noch der preußischen Politik oder des deutschnationalen Interesses sei; auch eine Spekulation des preußisch-hohenzollernschen Hauses käme nicht in Frage, da dieses nicht die mindeste Solidarität mit dem in Leopold vertretenen Zweige der Hohenzollern habe. Dem preußischen Hofe, dem preußischen und deutschen Volke bleibe es also vollständig gleichgültig, ob und welch ein König auf den Thron Spaniens käme; darauf könne aber Frankreich sich verlassen, daß kein guter Deutscher einem deutschen Fürsten zu einem Unternehmen raten werde, welches leicht dem Schicksal des mexikanischen Kaiserstaates verfallen könnte, daß ferner von allen spanischen Thronkandidaturen keine für die Napoleoniden verhängnisvoller sein würde als die eines Orleans, welche auch in Deutschland nicht die geringste Sympathie besitze. Wenn man all diesen vernünftigen Erwägungen in Frankreich sich jedoch auch fernerhin verschlösse, so würde man dort eine Zuspitzung der ganzen Frage und damit schließlich den Krieg provozieren, an dem diesmal ein namhafter Teil Europas partizipieren müsse. Zwei Mächte vor allem würden in jenem Kampf eine bedeutende Rolle übernehmen, nämlich England und Oesterreich.

Was ersteres anlange, so könne es als ein Mißgeschick betrachtet werden, daß Lord Clarendon grade zu der Zeit gestorben, wo sein mäßigender Einfluß auf die Entschließungen Frankreichs so heilbringend gewesen sein würde. Unzweifelhaft wäre er für die Erhaltung des Friedens eingetreten und hätte sich dabei an die rechte Adresse gewandt, nämlich an Napoleon, und nicht, wie manche führende englische Blätter es gegenwärtig beliebten, an Preußen, das der ganzen Angelegenheit gleichgültig gegenüber stünde. Trotzdem könne man hoffen, daß man in England sich auf die Seite des gesunden Menschenverstandes stellen und der spanischen Nation das Recht zuerkennen werde, sich einen König nach ihrem Gefallen zu wählen, zumal die Briten grade in diesem Punkt ja anderen Völkern mit so gutem Beispiel vorangegangen.

---

[1]) a. a. O. No. 249.
[2]) a. a. O. No. 311, 313, 315.

Mit großer Genugtuung konstatiert die Zeitung die besonnene Haltung der österreichischen Presse in der spanischen Frage, daher man diesmal kaum zweifeln dürfe, daß die richtige Erkenntnis von dem wahren Interesse des Kaiserstaats endlich Platz gegriffen. Wer die gegenwärtigen Verhältnisse Oesterreichs[1]) aufmerksam betrachte, müsse sich ja auch sagen, daß diesem Reich nichts Nachteiligeres begegnen könnte als eine europäische Verwicklung, durch welche er zum Mithandeln genötigt oder auch nur in Mitleidenschaft gezogen würde. In Oesterreich beruhe ja im Augenblick nichts auf einer soliden Basis. Regierung und Gesellschaft befänden sich in einer totalen Umgestaltung und in wirtschaftlicher Hinsicht hätten seit Jahr und Tag tausend Wurzeln in dem Boden des Staates Platz gefaßt, von denen erst jetzt die Keime einer gesunden Vegetation zu erwarten stünden und welche nur durch die Pflege des Friedens gedeihen könnten; ein Krieg aber würde das künstlich und langsam aufgeführte Werk der Landesmelioration in Trümmer schlagen. Daß man sich dessen sehr wohl bewußt sei, beweise die zur entschiedensten Neutralität neigende Stimmung in Oesterreich; sie lehrt nach Ansicht des Blattes aber auch zugleich, daß die ruchlose, friedensbrecherische Politik Napoleons, die nun tatsächlich doch zum Kriege geführt,[2]) nirgends einen Verteidiger und Freund finde, während die Gerechtigkeit der Sache Preußens allgemein anerkannt würde. Auch der Widerstrebendste habe jetzt einsehen gelernt, daß mit den Franzosen nicht auf die Dauer in Frieden zu leben sei. Ein weiterer Beweis für dieses Axiom liege in den Enthüllungen über die Bestrebungen Frankreichs, seine begehrlichen Absichten auf Belgien und die Rheingrenzen mit preußischer Hilfe durchzuführen.[3])

Daß nach Aufdeckung dieses Planes Englands Neutralität einen völlig anderen Charakter annehmen muß, steht der Zeitung ganz außer Frage, da ja mit Belgiens Existenz die britische Seeherrschaft stehe und falle. Außerdem käme noch ein anderes Moment in Betracht. Das Bewußtsein, im Krimkriege nur der Schleppenträger Napoleons gewesen zu sein, Frankreich blinde, aber ruhmlose Heeresfolge geleistet zu haben, errege schon seit Jahren Beschämung und Erbitterung bei den Briten, und dieser Groll werde sich umsomehr steigern, nachdem sich erwiesen, welchem Freund man einst gedient.

Dasselbe werde in Oesterreich eintreten, dessen Botschafter in Paris sich stets wie der Repräsentant eines französischen Vasallenstaats geberdet und das nun nach Napoleons treulosem Plan wegen einer Gebietserweiterung am Rhein als wehrloses Opfer für Preußen bestimmt gewesen.[4]) Unter diesen Umständen könne Franz Joseph jetzt noch unmöglich in ein Bündnis mit Frankreich eintreten, und die Sympathien der Deutschen in Oesterreich seien nunmehr nicht

---

1) a. a. O. No. 59, 131, 179, 305.
2) a. a. O. No. 319, 323, 325, 327.
3) a. a. O. No. 339, 345, 351, 356.
4) a. a. O. Vgl. auch No. 360.

bloß sittlich, sondern auch politisch gerechtfertigt; selbst Beust werde dies erkennen und endlich der Friedenspolitik der deutschen Staatsmänner beitreten, welche stets die Interessen eines einigen Deutschlands und mächtigen Oesterreichs als solidarisch erachtet.

Für Preußen selbst liege in der Offerte Napoleons die denkbar größte Geringschätzung ausgedrückt; sie erhöhe aber jetzt nur die Siegesgewißheit durch das Bewußtsein, daß der Urheber einer solch verräterischen Politik keinen Boden mehr unter den Füßen besitzen könne und daher ein gewaltiger Schlag genügen werde, um das morsche Gebäude des zweiten Kaiserreichs in Trümmer zu legen. Wenn auch so sicher hier vorausgesehen, versetzt die Katastrophe von Sedan[1]) die Zeitung doch in einen wahren Freudentaumel, da sie eine Erfüllung ihrer Wünsche in diesem Umfange nicht erhofft. Gleichwohl sieht sie mit diesem Erfolge den Kampf nicht als beendet an, da der Krieg gegen Frankreich, nicht gegen eine Person noch auch gegen eine Dynastie oder Staatsform geführt werde. Napoleon möge der französischen Nation gegenüber Schweres zu verantworten haben, in einem Punkte wäre er doch der treueste Vollstrecker des öffentlichen Willens gewesen, in seiner Kriegserklärung gegen Preußen. Diesen öffentlichen Willen habe nicht er allein geschaffen, vielmehr wären in der Schürung jenes wahnsinnigen Kriegsgelüstes die Männer der neuen Republik seine Mitschuldigen; in ihren Wahlproklamationen hätte Sadowa dieselbe Stelle eingenommen wie in den Fanfaronaden des chauvinistischen Imperialismus.

Für die Aufrechthaltung der improvisierten Republik könne Deutschland daher kein politisches Interesse hegen, zumal eine Republik, welche Dauer und geordnete Zustände in Frankreich verspräche, gar nicht zu erwarten stünde; die ganze Natur des französischen Volkes, seine Geschichte und die Erfahrung der letzten Jahrzehnte spreche dagegen. Das deutsche Interesse müsse sich also darauf beschränken, in Frankreich eine von Europa anerkannte faktische Regierungsgewalt zu finden, mit der auf völkerrechtlichen Grundlagen unterhandelt werden könne. Die Garantien des Friedens müßten aus seinem realen Inhalt sich dann für Deutschland ergeben, denn ausreichende moralische Bürgschaften würde der betreffende Paziszent nicht zu gewähren vermögen, die allergeringsten aber jedenfalls eine Republik.

Die dem neuen Regime zugeschriebene Unfähigkeit sieht die Zeitung[2]) sehr bald durch die Zurückweisung des von Bismarck angebotenen Waffenstillstandes dargetan, ist aber mit diesem Faktum sehr zufrieden, weil nun eine Kürzung des deutschen Siegespreises wie vordem nicht mehr zu befürchten sei. Ueberdies müsse die europäische Diplomatie anerkennen, daß das Anerbieten Bismarcks nicht nur annehmbar gewesen, sondern daß es auch die Möglichkeit habe erkennen lassen, zu einem Frieden zu gelangen, bei dem die Oeffnung der Tore von Paris nicht conditio sine qua non gewesen. Wenn nunmehr der Angriff gegen die Hauptstadt Frankreichs ins

---

1) a. a. O. No. 416, 419, 429.
2) a. a. O. No. 536, 538.

Werk gesetzt und bestimmt erklärt würde, der Friede könne nur in Paris geschlossen werden, so vermöchte niemand zu behaupten, daß es sich dabei nur um Befriedigung des Ehrgeizes des Siegers und um Kränkung des Besiegten handle.

Der oben erhoffte Siegespreis, die während des Kriegsgetümmels zum Abschluß gebrachte Konstituierung des einigen deutschen Reichs, macht die Schlesische Zeitung aber nicht von Herzen froh.[1] Wenn Bayern und Württemberg unter den in den gegenwärtigen Verträgen vorliegenden Bedingungen in den Bundesstaat einträten, so fürchtet sie, daß das deutsche nationale Staatsrecht bis in seine Tiefen erschüttert und schließlich durch eine Komplikation von Sonderrechten ersetzt würde, die gradezu als ein Rückschritt gelten müsse. Als die schreiendste Anomalie erscheint dem Blatt vor allem die ausdrücklich anerkannte und in den Vordergrund gestellte Militärhoheit des Königs von Bayern, die trotz ihrer Beschränkungen im direktesten Widerspruch mit dem Begriff einer bundesstaatlichen Zentralgewalt stehe. Die letztere müsse unbedingt, wie immer sie auch gebildet sein möge, die ausschließliche Trägerin dieses Hoheitsrechtes sein, solle nicht statt des Bundesstaates ein lockrer Staatenbund geschaffen werden. Ebenso schlimm wie mit den Militärangelegenheiten stünde es aber auch mit der diplomatischen Vertretung, mit dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, den Bestimmungen über das Heimatsrecht, den Verfassungsänderungen und mit manchen anderen Punkten. Möge man nun immerhin einwenden, daß trotzdessen doch mehr erreicht sei, als man seither besessen — eine Behauptung, der vom politischen und staatsrechtlichen Gesichtspunkt noch keineswegs beizupflichten sei — so dürfe man nicht vergessen, daß mit der Annahme jener Verträge die Hoffnung auf einen organisch gegliederten Bundesstaat fast vollständig geopfert werde. Die einmal statuierten Sonderrechte seien ohne ausdrückliche Einwilligung ihrer Inhaber nicht aufzuheben; diese freie Einwilligung aber wäre unerreichbar, denn mit der Revolution wolle man doch nicht rechnen. Es würden also berechtigte Hoffnungen geopfert, um dagegen bittere Erfahrungen einzutauschen. Alles werde vom guten Willen der Einzelstaaten abhängig bleiben, zumal namentlich Bayern gegenüber die Ausübung des Rechts der Exekution einem Bürgerkrieg gleichkäme und darum wertlos sei. Lebte man im Frieden, dann könnte die einfache und unbedingte Verwerfung des Vertrages mit Bayern keinem Bedenken unterliegen. Jetzt aber während des Krieges würde durch einen derartigen Schritt die Stellung Bismarcks schwer erschüttert und so ein schweres nationales Unglück heraufbeschworen werden. Auch würde fernerhin die zurzeit tatsächlich bestehende deutsche Einigkeit ihre moralische Wirkung auf Frankreich und die Neutralen nicht mehr ausüben können, was wiederum eine große moralische Einbuße zur Folge haben würde mit nachteiligstem Einfluß auf die weitere Kriegsführung wie auf den Friedensschluß. Eine Scheineinigung dagegen,

---

[1]) a. a. O. No. 497, 584, 591.

wenn sie nur in einem feierlichen Gewande auftrete, habe den Fremden gegenüber fast dieselbe imponierende Wirkung, wie eine reale. Noch ein andres wichtiges Moment käme überdies hinzu: Elsaß-Lothringen könne nämlich zurzeit nur als unmittelbares Reichs- und Bundesgebiet erworben werden. Eine andere Form sei nach Lage der Verhältnisse nicht möglich, da die Erwerbung der eroberten Lande für den Norddeutschen Bund diesen von Bayern abhängig machen müßte, welches dann territoriale und finanzielle Aequivalente beanspruchen würde. Jede Gebietserweiterung und Stärkung eines außerhalb des Bundes stehenden Bayern sei aber im höchsten Grade bedenklich. Angesichts dieser wichtigen Gründe würde sich daher wohl auch mancher Patriot bestimmen lassen, den Verträgen beizupflichten trotz seiner inneren Ueberzeugung, daß mit ihnen eine Verschlechterung des Staatsrechts, ja sogar eine Schmälerung des auf dem Wege der politischen Einigung bereits Erreichten bewirkt werde. Genehmige der Reichstag diese Verträge, die selbst den Nationalgesinnten in Süddeutschland als ein klägliches Mittelding zwischen Staatenbund und Bundesstaat erschienen, dann würde eine neue Aera harter politischer Arbeit beginnen müssen, bis der festgegliederte Nationalstaat geschaffen sei.

Das einzige wertvolle Aequivalent für all die großen Konzessionen an die Südstaaten bestünde nur in der Uebertragung der Kaiserkrone an die Hohenzollern. Freilich sei auch noch dagegen manches eingewendet worden, so der römische Ursprung des Titels, die Erinnerung an das absolutistische Zäsarentum u. a. m., doch besäßen diese Bedenken kein Gewicht, da die jetzige deutsche Kaiserwürde eine völlige Neuschöpfung darstelle, welche nur geschichtlich an die erhebendsten und großartigsten Erinnerungen des deutschen Volkes anknüpfe. Eine etwa damit verbundene Auferweckung der mittelalterlichen theokratischen und kosmopolitischen Tendenzen werde kein Verständiger befürchten; der weltliche und nationale Charakter des neuen Kaisertums würde ja auch durch Weglassung aller veralteten mystischen Prädikate klar genug bezeichnet. Trotzdem würden die Namen „Kaiser und Reich“ im Süden und Westen Deutschlands ihren alten geheimnisvollen Zauber ausüben; denn so wenig man sich in den Reichsstädten von Franken und Schwaben, unter den Bauern des Schwarzwaldes und auf den Schlössern der Reichsritter für den abstrakten Titel eines Bundespräsidenten und für den König von Preußen begeistern könne, soviel Sympathien würde der deutsche Kaiser finden, und das Volk dort werde sich gern erinnern, daß die Stammburgen der Hohenstaufen und Hohenzollern nebeneinander liegen. Vor allem bedeutsam müßte aber die Kaiserwürde auf die Deutschen in Elsaß-Lothringen wirken, weil in jenen Landen alles, was noch Deutsch fühle, an Kaiser und Reich anknüpfe. Ebenso wichtig sei die Annahme des neuen Titels für die internationalen Beziehungen Deutschlands, da die noch fortbestehenden territorialen Unterschiede vor der imponierenden Machtstellung des neuen Reiches schwänden, und in dieser Gewißheit, daß die deutsche Flagge fortan in der Welt wieder

etwas gelten werde, begrüßt die Zeitung[1]) den denkwürdigen 18. Januar

1871

mit der herzlichsten Freude. Doch nicht allein als Markstein in der deutschen Geschichte, sondern auch als einen Vorboten für den künftigen Frieden glaubt sie ihn feiern zu müssen, zumal sich Frankreichs Aussichten auf ein Eintreten der Neutralen mehr und mehr verringert hätten.[2]) Thiers habe auch aus diesem negativen Resultat seiner Rundreise so wenig ein Geheimnis gemacht, daß seine Berufung an die Spitze der Regierung einem Verzicht der Nationalversammlung auf die Hilfe des Auslandes fast gleich zu achten sei. Ein Grund, dem völlig niedergeworfenen Frankreich einen tatsächlichen Beistand zu gewähren, welchen man dem noch kampffähigen, aber schon seines Schicksals gewissen versagt, liege auch gar nicht vor; dagegen wäre es keineswegs undenkbar, daß die europäischen Mächte bei einem letzten verzweifelten, aber gegen die gesunde Vernunft und die Menschlichkeit streitenden Widerstand der Franzosen um des Friedens willen für die Forderungen Deutschlands eintreten würden, mit denen sie sich im großen und ganzen ja bereits ausgesöhnt.

Daß unter die deutschen Friedensbedingungen[3]) die Abtretung Belforts nicht mit aufgenommen, dünkt der Zeitung keine allzu große Konzession gegen Frankreich zu sein. Wenn der strategische Wert dieser Festung nicht überschätzt, sondern richtig gewürdigt werde, so sei vor allen Dingen zu bedenken, daß die französischen Gebiete an den Grenzen der Schweiz auch in einem künftigen Kriege immer nur ein sekundäres Operationsgebiet bilden würden und aus diesem Grunde schon die Bedeutung Belforts mit derjenigen von Metz keineswegs verglichen werden dürfe. Und selbst wenn auch seine Entbehrlichkeit in dieser Beziehung nicht zugegeben werden sollte, so dürfte doch sein Besitz aus politischen Gründen kaum wünschenswert erscheinen, da die Germanisierung von Belfort und Umgegend oder auch nur die Versöhnung dieses Distrikts mit deutschem Wesen auf lange Zeit hinaus nicht zu erwarten stünde. Vielmehr müßte man sich in diesem fernen, außer allem Verkehr mit Deutschland belegenen Grenzgebiet auf eine Renitenz gefaßt machen, welche die der Polen und Nordschleswiger noch überbieten werde. Hinter den Renitenten würde aber dauernd das immer noch mächtige und zu Intriguen aller Art geneigte Frankreich stehen, und damit wäre eine Unbequemlichkeit geschaffen, die man, wenn nicht zwingende Rücksichten andere Maßnahmen erheischten, gewiß gern vermeiden werde. Das kleine Belfort durch materielle Interessen an Deutschland zu fesseln, wie es bei Metz voraussichtlich im Laufe der Zeit gelingen würde, wäre unmöglich, denn alle Vorteile eines Grenzhandelsplatzes müßten

---

[1]) a. a. O. No. 35, 43, 49.
[2]) a. a. O. No. 67, 89.
[3]) a. a. O. No. 81, 97, 99, 105, 107, 109, 117, 119, 223.

Mülhausen zufallen. Für die Ruhmes- und Machtstellung Deutschlands sei es also von keinem Belang, ob das Elsaß mit oder ohne den kleinen, über die südwestliche Sprachgrenze hinausgreifenden Landstreifen erworben würde.

Bezüglich der finanziellen Kriegsentschädigung müsse allerseits zugestanden werden, daß die erzielte Summe von fünf Milliarden die unbescheidensten Hoffnungen eher übertreffe als unerfüllt lasse. Wenn sich auch zuverlässige Berechnungen über die direkten und indirekten Schädigungen des deutschen Nationalvermögens durch den Krieg nicht aufstellen ließen, so würden diese aller Wahrscheinlichkeit nach einschließlich der eigentlichen Kriegskosten durch die französischen Milliarden reichlich gedeckt. Ein nicht zu unterschätzender Maßstab für die Höhe der finanziellen Kriegsentschädigung wäre auch darin zu erkennen, daß Frankreich sich einer dreijährigen Okkupation weiter Gebietsstrecken und mehrerer Festungen unterwerfen müsse, um eine Garantie für die Aufbringung dieses Betrages zu bieten; die Schwere der finanziellen Opfer des Besiegten werde durch dieses Zugeständnis unbedingt wesentlich erhöht. Deutscherseits dürfe dagegen in diesem Arrangement ein überaus belangreicher Erfolg erkannt werden. Einmal biete für Deutschland die Okkupation während ihrer Dauer eine materielle Friedensgarantie, da Frankreich bei einem etwa vorzeitig auftauchenden Kriegsgelüst von vornherein in strategisch ungünstiger Lage sein würde; dann aber trage diese Besetzung auch dazu bei, das Bewußtsein der Niederlage, der Strafe für frevelhaften Friedensbruch zu befestigen und die Illusionen zu zerstreuen, welche selbst in diesem Augenblick noch hier und da herrschten.

Diesen eitlen Selbsttäuschungen ein gründliches Ende zu bereiten, sei mehr noch als die deutsche Okkupation das schändliche Schauspiel der Kommune[1]) berufen, welches Paris der Verachtung Europas preisgebe. Den Ursprung dieser revolutionären Bewegung in dem Fehlen einer kommunalen Selbständigkeit zu suchen, erscheint der Schlesischen Zeitung als verfehlt, da die Ziele der Kommunarden doch auf nichts Geringeres gingen als auf die Emanzipation der französischen Metropole von der staatlichen Gewalt; hinter diesem Plan verberge sich jedoch die weitere Absicht, den Staat selbst in seine Atome zu zersprengen und dadurch der großen internationalen Föderativrepublik, dem Ideal der vaterlandslosen Demokratie, die Zukunft zu erschließen. Würde nun auch zugegeben, daß der Pariser Einwohnerschaft, soweit sie sich der Kommune angeschlossen oder ihrem Machtgebot unterworfen, nur solche republikanische Institutionen vorschwebten, die auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung beruhten, möge auch die Mehrzahl der Einwohnerschaft wirklich nur die sogenannte „blaue“ Republik wünschen, so dürfe ihr darum doch niemand auch nur einen Schatten von Berechtigung zugestehen, sich in dieser Tendenz dem Willen des Landes mit gewaffneter Hand zu widersetzen. Wenn die Bourgeoisie Paris nicht von Frankreich loslösen wolle, so trage

[1]) a. a. O. No. 135, 141, 145, 165, 173, 183, 211 u. 215.

sie sich eben mit der Absicht, Frankreich der Herrschaft von Paris zu unterwerfen. Diesem Plane gegenüber spiele das berechtigte Streben nach Selbstverwaltung tatsächlich auch nur eine untergeordnete Rolle; daß die so fast in Auflösung befindlichen staatlichen Verhältnisse durch die Bestätigung der Vollmachten Thiers und seine Ernennung zum Präsidenten der Republik eine Konsolidierung erfahren, sei geradezu als die Bewahrung Frankreichs vor dem sicheren Untergange zu begrüßen.[1]) Man müsse dabei auch den Franzosen den Ruhm lassen, daß sie sich wieder als Erfinder einer neuen Staatsform erwiesen; denn wie Napoleon III. das republikanische Prinzip in der Monarchie zu verwirklichen beabsichtigte, so wäre die französische National-Versammlung bestrebt gewesen, das konstitutionelle System des verantwortlichen Ministeriums in die republikanische Staatsform hineinzutragen. Augenscheinlich sei damit eine Brücke zur konstitutionellen Monarchie beabsichtigt; werde die eigne Verantwortlichkeit Thiers aus der eben zu Stande gekommenen Verfassung herausgenommen, so sei der Rahmen für ein neues Königtum völlig gegeben. Zur Wiederaufrichtung eines solchen würde jedoch jedem Prätendenten die Lust vergehen, wenn er die Geschicke Napoleons und Gambettas[2]) betrachte; auch würde die Bourgeoisie nach den letzten schlimmen Erfahrungen wenig Lust zeigen, von einem Abenteurer sich wieder in den wirtschaftlichen Ruin stürzen zu lassen, vielmehr mache sich bei ihr wie auch bei den anderen Ständen jetzt vor allem die Sehnsucht nach Frieden und Wiederkehr geordneter Verhältnisse geltend. Deutscherseits, des könnten die Franzosen versichert sein, werde man aber dieser Stimmung und diesem Streben nicht das geringste Hindernis bereiten, zumal man sich in einem sehr ähnlichen Zustand der Konsolidierung befinde.

Stärkung der Zentralgewalt und festere einheitlichere Gestaltung des Bundesstaates wären vor allem die Aufgaben, welche im neuen Deutschland der Lösung harrten. Sehr richtig habe ihnen deshalb die nationalliberale Partei in ihrem Zukunftsprogramm eine besondere Würdigung angedeihen lassen, vor allem aber auch in der Erkenntnis, daß die wünschenswerte Dezentralisation der Verwaltung und die dadurch bedingte Selbstverwaltung innerhalb der Einzelstaaten sich um so eher realisieren lassen werde je festere Wurzeln die Staatsidee im Deutschen Reich geschlagen.[3]) Gleichzeitig herrsche bei den Nationalliberalen die Ueberzeugung, daß auf dem jungfräulichen Boden des neuen Kaiserreichs sich die Gesetzgebung sowohl nach politischer wie nach volkswirtschaftlicher Seite hin fruchtbringender und freisinniger entwickeln werde, als es in den Einzelstaaten erwartet werden dürfe. Die Zeitung, welche hiermit den scharfen Gegensatz zu den Föderalisten betonen will, glaubt dabei die Beobachtung registrieren zu müssen, daß der bereits schon klar erkennbaren Neubildung zweier großen Parteien in Deutschland bis zur

[1]) a. a. O. No. 411.
[2]) a. a. O. vgl. auch No 261.
[3]) a. a. O. No. 71.

Stunde im allgemeinen weniger Beachtung zugewandt worden sei, als ės im Hinblick auf die Reichstagswahlen wünschenswert erscheine.

Diesen taktischen Fehler habe sich denn auch sofort die spezifisch klerikale Partei[1]) zunutze gemacht und zu Beginn der neuen Reichstagssession sich eine feste Position geschaffen in einer neuen Fraktion unter dem wenig gerechtfertigten Namen „Zentrum“ und „Verfassungspartei“, in welcher man den starken Kern zu einer Föderalistenpartei erkennen müsse. Es sei sogar fraglich, ob diese Fraktion sich nur darauf beschränken werde, jeder weiteren Entwicklung der Reichsverfassung im nationalen Sinn entgegenzuwirken, oder ob sie sich nicht vielmehr dem ganzen nationalen Einigungswerk von vornherein negierend, wo nicht feindlich gegenüberstellen werde. Das Programm, welches das Zentrum für die Reichstagswahlen veröffentlicht, mache wenigstens aus dieser Tendenz so geringen Hehl, daß man jenen Zweifeln sich sehr mit Recht hingeben könnte. Fürs erste freilich habe die föderalistische Idee noch zu wenig Boden in der Nation, als daß eine Propaganda für dieselbe gefährlich sei. Bedenken ernstester Art müsse es aber erregen, daß das Zentrum im Kampfe für sein politisches Prinzip sich auf den konfessionellen Boden stelle und von diesem aus seine nationalen Gegner befeinde. Dabei identifiziere es sich vollständig mit den Vorkämpfern der Infallibilität und befolge durch Bekämpfung der deutschen Staatsidee konsequent die für die römische Kurie Deutschland gegenüber seit acht Jahrhunderten traditionell gewordene Politik.

Aus diesen offen zutage tretenden Tendenzen lasse sich nun aber auch die sicherste Direktive für das Verhalten des Staates gegenüber den Neuerungen in der katholischen Kirche ableiten. Um die Macht der klerikalen Partei nicht zu stärken, ihren angemaßten Namen „Verfassungspartei“ nicht zu rechtfertigen und innerhalb der katholischen Bevölkerung nicht einen auf sittlicher Grundlage beruhenden Widerstand gegen diė Staatsgewalt wachzurufen, dürfe die katholische Kirche um keinen Preis durch eine Schmälerung ihrer Rechte in eine Ausnahmestellung gedrängt werden; Preußen und Deutschland müsse vielmehr zeigen, daß es ein paritätischer Staat sei. Doch müßten der Kirche — und um der Parität willen der evangelischen wie der katholischen — diejenigen Gebiete entzogen werden, auf denen ihre Dogmen den Staat und seine Angehörigen in der Ausübung von Rechten und Pflichten behindern könnten. Der Anfang wäre mit der Ehegesetzgebung zu machen; das Recht der infallibilistischen Geistlichen, Eheschließungen zu vollziehen, dürfe fernerhin nicht der Gefahr preisgegeben werden, daß es zu naheliegenden Pressionen mißbraucht oder nur bona fide benutzt werden könne. Die Zivilehe unter Ausschluß jeder Rechtswirkung der kirchlichen Trauung, also in obligatorischer Form, wäre mehr denn je unabweisbares Bedürfnis; ihre nur fakultative Einführung werde unbedingt zu sozialen Mißständen führen. Daß das religiöse Gefühl des Volkes durch die obligatorische Zivilehe

[1]) a. a. O. No. 71, 133, 153, 343, 345, 363, 367, 371 u. 387.

nicht verletzt würde, bewiesen die reichen Erfahrungen am Rhein. Während also im Punkte der Eheschließung die dem Staat gestellte Aufgabe auf legislatorischem Wege einfach gelöst werden könne, täten sich die Schwierigkeiten auf dem andren erheblich wichtigeren Gebiet der Schule, besonders der Volksschule, jedoch in hohem Maße häufen.

Daß der Staat das Recht und die Macht besitze, die Schule für sich zu beanspruchen, unterliege keinem Zweifel; als einziger Gesetzgeber mit vollziehender Gewalt könne er die Kirche, nicht diese ihn zulassen. Seine reformatorische Tätigkeit müsse nun vor allem zu einem Bruch mit jenen Regulativen führen, welche die Volksschule zu einer Katechismusstube für die Orthodoxie des 16. Jahrhunderts herabgedrückt; denn die Herrschaft, welche die katholische Geistlichkeit in der Volksschule übe, und die Ansprüche, welche sie bezüglich ihres Rechtes an dieselbe erhebe, seien nur die Konsequenz dessen, was in den auf Olmütz folgenden Tagen der Reaktion im Geiste Stahls für die evangelische Volksschule verordnet worden. Fortan dürfe es für die gesamte Volksschule nur ein Gesetz und ein Regulativ geben; so allein wäre ein prinzipiell richtiger, dem Prinzip der Parität entsprechender Standpunkt zu gewinnen. Fasse der Staat dieses Ziel klar ins Auge, dann dürfe er sich aber auch keineswegs verhehlen, daß sich die Reihen lockern würden, welche gegenwärtig gemeinsam gegen die Ausschreitungen der römischen Kirche ankämpften. Schon ein schwacher Versuch von Mühlers, dem Staat zu seinem Recht zu verhelfen, sei ja in der letzten Landtagssession auf den Widerstand einer zwischen der hochkonservativen Rechten und dem Zentrum geschlossenen Allianz gestoßen. Daraus könne man auf die Opposition schließen, welche die Realisierung so großer liberaler Prinzipien wie der vorerwähnten finden werde. Nicht allein das Herrenhaus, sondern der gesamte orthodoxe Protestantismus werde für die Aufrechthaltung der von der Kirche beanspruchten Gewalt in bürgerlichen Angelegenheiten eintreten. Dennoch läßt die Zeitung den Mut nicht sinken und glaubt von der Regierung am Ende doch die Einsicht erwarten zu dürfen, daß jeder Versuch, auf einem anderen Wege als auf dem einer gründlichen Reform den drohenden Schwierigkeiten zu begegnen, nur zu einer Verwirrung der staatlichen Ordnung, zu einer immer tiefer greifenden Störung des religiösen Friedens und schließlich zu einer Niederlage führen würde. Anscheinend habe Bismarck diese Ueberzeugung schon gewonnen; die sehr entschiedene Stellung, welche er der Zentrumspartei gegenüber eingenommen, deute wenigstens daraufhin. Vielleicht dürfe also bereits in nächster Zeit einer durchgreifenden, dem Geist der Verfassung und den alten preußischen Ueberlieferungen entsprechenden Lösung der schwebenden Frage entgegengesehen werden.

Bismarck sei nicht der Mann, eine Niederlage über sich ergehen zu lassen; stark durch seine Autorität und gestützt von allen aufgeklärten Patrioten würde er sich dem Herrenhause sowie dem Zentrum mit seinen Verbündeten, dem römischen Klerus und dem protestantischen Zelotentum gewachsen zeigen. Habe er doch



bisher in allen Fragen der äußeren und inneren Politik sich einen Einfluß verschafft, wie ihn seit den Zeiten Ottos des Großen kein Staatsmann in Deutschland besessen.[1]) Seine geistige Kraft vermöge nicht nur die auswärtigen Angelegenheiten zu leiten, Deutschland eine neue Verfassung zu geben, sowie die vielseitigen Geschäfte des Reichskanzleramtes zu dirigieren, sondern seine Autorität und Popularität werde auch genügen, um die widerstrebenden Interessen der deutschen Staaten, der politischen, kirchlichen und sozialen Parteien, des Bundesrates und Reichstages auszugleichen und sie zu harmonischer Arbeit an dem Werk der Errichtung eines nationalen Verfassungs- und Rechtszustandes zu vereinigen.

Seine unvergleichliche Persönlichkeit bilde gegenwärtig die stärkste Säule für den Neubau des Reichs und seiner Verfassung. Ob dieser letztere sich aber bei einem eventuellen Ausscheiden Bismarcks in seiner ursprünglichen Frische und Festigkeit erhalten werde, erscheint der Zeitung fraglich, ja sie glaubt sogar, daß dann die Mängel erst recht sich fühlbar machen würden, die vorläufig noch latent in der Reichskonstitution[2]) sich befänden und nun einmal nicht abzuleugnen seien. So z. B. stünde das Maß der dem Kaiser zugestandenen Hoheitsrechte in gar keinem Verhältnis zu seiner Würde. Man könne sich vielmehr nicht verhehlen, daß kein Fürst dem Reiche mehr an monarchischen Rechten zum Opfer gebracht als der preußische König durch Annahme des Kaisertitels. Sehr unangenehm fällt der Zeitung auch das Fehlen eines Verantwortlichkeitsgesetzes auf, welches die Fälle der Verantwortlichkeit, das Recht zur Anklage, das Verfahren, das zur Urteilsfällung kompetente Gericht und die zu verhängende Strafe bestimmen könnte. Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers sei vorläufig nur ein leerer Schall; solange sie aber nicht ein wirksames Rechtsinstitut geworden, würde sie dem guten Willen der Reichsregierung überlassen und so die Reichsverfassung ein unvollendetes Stückwerk bleiben, da es im Falle einer Differenz zwischen Reichskanzler und Bundesrat an der Möglichkeit einer abschließenden rechtlichen Lösung fehlen würde.

Dem Bundesrat gegenüber spricht das Blatt hinwiederum seine starken Zweifel aus, ob er wirklich geeignet sei, als Wächter für die Innehaltung der Reichsgesetze seitens der Landesregierungen zu dienen. Ueberdies erfolge die Stimmenabgabe seiner Mitglieder auf Grund von Instruktionen, nicht nach Ueberzeugung, und dies mache ihn zum geeigneten Medium der Rechtsfindung unfähig, da es hierbei auf Gesetzeskenntnis, Logik und Gewissenhaftigkeit ankomme, nicht aber auf spezielle Ansichten und Interessen einer einzelnen Regierung. Nicht minder unverträglich mit der Aufgabe des Bundesrates, de lege lata zu entscheiden, wäre der Satz, daß die Gesamtheit der zuständigen Stimmen jedes einzelnen Staates nur einheitlich abgegeben werden könne. Bei der Auslegung der Gesetze könne doch aber nur die individuelle, persönliche Ueberzeugung

[1]) a. a. O. vgl. auch No. 155.
[2]) a. a. O. No. 201, 291, 309, 315, 327, 331.

in Betracht kommen. Sodann fordere das durch eine jahrhundertlange Erfahrung gebildete Gefühl für jede richterliche Funktion die Unabsetzbarkeit des mit ihr betrauten Beamten, ein Bevollmächtigter am Bundesrat könne jedoch jeden Augenblick abberufen werden; er sei daher das gefügige Werkzeug seiner Regierung und müsse es auch seiner ganzen Stellung nach sein, wenn er als deren Vertreter brauchbar sein solle. Grade deshalb aber ergebe sich seine Unbrauchbarkeit, als Richter des öffentlichen Rechts zu dienen. Endlich sei für die Erledigung aller hier in Betracht kommenden Fälle die Innehaltung eines gesetzlich bestimmten Verfahrens und die Oeffentlichkeit der Verhandlung sowie der Entscheidung erforderlich, wenn die von dem Reich ausgeübte Kontrolle über die Beobachtung der Reichsgesetze vom Vertrauen des Volkes und der Regierungen getragen werden solle.

Die Schlußfolgerung der Zeitung geht deshalb dahin, daß neben dem Bundesrat die Errichtung eines obersten Reichsverwaltungsgerichtshofes ein unabweisbares Bedürfnis sei. Dessen Entscheidungen könnten die Autorität der Ministerien in den Einzelstaaten ebensowenig schädigen wie die Urteile des Reichsoberhandelsgerichts; die Einzelregierungen würden im Gegenteil von dem Druck, den die Majorität im Bundesrat ausüben könnte, emanzipiert und unter die Herrschaft, ebenso aber unter den Schutz des Gesetzes gestellt. Die Einsicht, daß es einer solchen Institution bedürfe, um die gleichmäßige Durchführung der Reichsgesetze zu sichern, wäre bei den Politikern aller Parteien weitverbreitet. Auf ihr zum Teil beruhe auch das Verlangen nach Reichsministerien. Diese Forderung ginge aber über das Ziel weit hinaus, da die Errichtung eines Reichsministeriums nicht nur die Kontrolle über die Verwaltung der Einzelstaaten, sondern die oberste Verwaltung selbst auf das Reich übertragen würde; die Ministerien der Einzelstaaten würden dadurch zu Unterinstanzen herabgedrückt oder ganz beseitigt werden. Solange man aber die Verwaltung der Handels- und Gewerbepolizei, der Eisenbahnen, der Zölle und Verbrauchssteuern, der Armenkontingente, der Rechtspflege u. a. m. den Einzelregierungen überließe, fehle es für Reichsministerien auf diesen Gebieten an einem Wirkungskreise. Sobald man dagegen die obere Leitung der Verwaltung Reichsbehörden übertrage, zerstöre man den föderalistischen Charakter des Reichs und schaffe einen zentralisierten Einheitsstaat. Die einzige Institution, welche den föderalistischen Grundzug wahren und doch zugleich über die gleichmäßige und gewissenhafte Anwendung der Reichsgesetze wachen könnte, sei also eben doch nur ein oberster Reichsverwaltungsgerichtshof.

Einen weiteren Mangel der Verfassung sieht die Zeitung in der Präponderanz des Reichstages, der innerhalb seines Wirkungskreises dieselbe Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit genieße wie der Souverän; er könne doch diese Macht sehr wohl einmal mißbrauchen und Recht und Verfassung, Sicherheit des Staates und Wohlfahrt der Bürger antasten. Sollten diese Güter also wirklich geschützt sein, so müsse dieser Schutz nicht nur der Krone, sondern auch dem Parlament gegenüber gewährleistet sein, und letzterem

dürfe nicht die Möglichkeit gegeben werden, den Staat zugrunde zu richten, um der Partei zum Triumph zu verhelfen. Dem Reichstag stünde aber vorläufig diese Macht noch zu Gebote, und dadurch werde mit am besten der diametrale Gegensatz zwischen ihm und den Volksvertretungen der Einzelstaaten, z. B. dem preußischen Landtag illustriert. Dieser stehe einer einheitlichen monarchischen Gewalt gegenüber, die über die gesamte physische Kraft des Staates verfüge; der Reichstag dagegen habe ein föderatives Kollegium zur Seite, in welchem bei einem Konflikt auch die vom Parlament verfolgte Tendenz Vertreter finden und somit die Energie und Entschlossenheit der Regierung gehemmt werden könne. Die preußische Krone besitze das unbeschränkte Recht zur Auflösung des Abgeordnetenhauses, während der Kaiser den Reichstag nur mit Zustimmung des Bundesrats auflösen dürfe.

Hinsichtlich des Budgetrechts aber besitze das deutsche Parlament eine Bewegungsfreiheit, die direkt für das ganze Reich bedenklich werden könne. In Preußen wäre das Nichtzustandekommen des Budgetgesetzes von keiner übergroßen Gefahr, da die Einnahmen des Staates auch ohne Etat sichergestellt seien. Das Reich dagegen habe nur unzulängliche eigne und feststehende Einnahmen; käme also kein Budget zustande, so könnten sich die Einzelstaaten nicht ohne Grund der in dem alljährlichen Etat festgesetzten Zahlung von Matrikularbeiträgen entziehen. Es sei sogar fraglich, ob die Regierungen zur Leistung solcher Zahlungen ohne Reichsbudget legitimiert seien und sie ihren Landtagen gegenüber verantworten könnten. Das Nichtzustandekommen des Reichsbudgets würde mithin zu sehr schlimmen Verwicklungen führen, und wirksame Abhilfe gegen einen derartigen Uebelstand könne nur dadurch geschaffen werden, wenn das Reich eigne und dauernde, von jährlicher Bewilligung unabhängige Einnahmen in solchem Umfange erhalte, daß wenigstens die Existenz des Reichs sichergestellt wäre.

Bezüglich des neuen Reichslandes[1]) preist es die Schlesische Zeitung als das nicht geringste Verdienst Bismarcks, daß er den verführerischen Ratschlägen auf Einverleibung der neuen Provinz in Preußen widerstanden und sich nicht auf den engherzigen großpreußischen, sondern auf den wahrhaft deutschen, das Gesamtreich umfassenden Standpunkt gestellt. Es ließe sich ja freilich nicht mit Sicherheit voraussehen, ob der Versuch, ein großes Land von Reichswegen vollständig zu regieren und zu verwalten, glücken werde und ob der Reichsverfassung die Einfügung eines so umfangreichen Apparates, wie er dazu erforderlich, gelingen würde. Ergebe sich aber eine glückliche Lösung des Problems, so wäre damit dem Partikularismus der Todesstoß versetzt und der fernere Entwicklungsgang der deutschen Verfassungsverhältnisse vorgezeichnet, eine der glänzendsten Perspektiven, wie sie in reicher Fülle die gegenwärtige Situation freilich auch neben großen Gefahren im Schoße berge. Letztere dürften leider nicht weggeleugnet werden,

[1]) a. a. O. No. 159, 197, 245.

denn Anzeichen verschiedenster Art, unter ihnen die Vorlagen, mit denen der Reichstag noch in den letzten Tagen der Frühjahrssession überrascht worden, deuteten darauf hin, daß die Regierung die günstige Stimmung sowie die lebendigen Dankes- und Vertrauensregungen benutzen wolle, um namentlich auf militärischem und finanziellem Gebiet[1]) Zugeständnisse zu erlangen, die sie unter anderen Verhältnissen zu fordern nicht gewagt haben würde.

So warteten des Reichstags finanzielle Vorlagen von so gewaltiger Tragweite, daß der Reichskriegsschatz von 40 Millionen fast unter die Nebendinge verwiesen werden könne; solle doch in erster Linie ein Kapital von nicht weniger als 240 Millionen Taler von der französischen Kontribution abgezweigt und der Regierung zur Sicherstellung der Kriegspensionen à fonds perdu überantwortet werden. Dieses Projekt unterliegt nach Ansicht der Zeitung so schweren finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Bedenken und entbehrt so vollständig jeder rationellen Begründung, daß sie für seine entschiedene Verwerfung eintreten zu müssen glaubt. Dem Reichstag werde voraussichtlich ferner die noch wichtigere Entscheidung über die generelle Verteilung der gesamten 5 Milliarden Frs. obliegen. So unbedingt es zu billigen sei, daß aus dieser Summe die zur Ergänzung und Vervollständigung des Defensivsystems und der Angriffsmittel nötigen Beträge bewilligt würden, ebenso entschieden wäre vor Bewilligungen zu warnen, deren unabweisbare Notwendigkeit nicht überzeugend nachgewiesen werden könne. Vor allem müsse angestrebt werden, daß möglichst große Summen den Einzelstaaten zugewiesen würden, denen sie einesteils zur Erleichterung der Steuerzahler, andernteils zur Erfüllung großer Kulturzwecke zu dienen hätten.

Der Reichstag werde ferner das Militärbudget des Reiches festzustellen haben. Würde das verfassungsmäßige Provisorium des Pauschquantums nicht erneuert und mache die Regierung von der Gunst der Situation Gebrauch, um sich schon in der gegenwärtigen Uebergangsepoche ein definitives Budget bewilligen zu lassen, so sei die höchste Vorsicht geboten. Erfolge die Bewilligung eines solchen Budgets ohne vorherige Vereinbarung eines grundlegenden Militärorganisationsgesetzes, so wäre die Zukunft engagiert; denn bis weit über die Mitte der liberalen Parteien bekenne sich die Nationalvertretung zu dem Grundsatz, daß einmal als gesetzlich feststehend zu betrachtende Etatspositionen des Ordinariums nur unter Zustimmung beider Faktoren geändert oder abgesetzt werden könnten. Der Reichstag würde sonach in der Erledigung der in Rede stehenden hochwichtigen und von staatsrechtlichen Kontroversen keineswegs freien Frage seine nächste und wichtigste Aufgabe zu erkennen haben.

Was die Aufgaben des preußischen Landtags beträfe, so umfaßten diese, wenn die Gunst des Augenblicks voll ausgenutzt werden solle, nichts Geringeres als eine völlige Reform der gesamten Verwaltungsorganisation auf ganz neuen Grundlagen. Jetzt, wo die

[1]) a. a. O. No. 447.

großartigsten Geldmittel als Provinzialfonds überwiesen werden könnten, sei die Zeit zur Schöpfung einer Autonomie der Provinzen bis in die untersten Gliederungen hinein. So allein könne den großen Kulturaufgaben des Staats genügt und die Gefahr paralysiert werden, welche die zentripetale Kraft der Reichshauptstadt grade für die preußischen Provinzen in sich berge. Untrennbar davon sei eine durchgreifende Steuerreform und Steuererleichterung. Die bereitstehenden Mittel dürften nur den Uebergang in eine neue Situation ermöglichen, müßten dann aber mittelbar oder unmittelbar in die Taschen des Volkes zurückfließen.

Von dem Uebergang zur Selbstverwaltung wären vor allem großartige Verbesserungen auf dem Gebiete des Volksschulwesens zu erwarten. Hier insbesondere gelte es, den Vorsprung vor anderen Staaten wiederzugewinnen, durch den Preußen sich zur Lösung seiner großen Aufgaben befähigt, den es aber leider unter von Raumer und von Mühler verloren. Die Grundlage für einen neuen Aufschwung habe ein Schulgesetz zu bilden, auf dessen Erlaß das Abgeordnetenhaus mit aller Entschiedenheit hinwirken müsse. Mit diesem Gesetz werde dann auch die konfessionelle Frage in einem ihrer wichtigsten Punkte zur Lösung kommen.

Diesen dringendsten Aufgaben stelle sich noch manche andere zur Seite, und um das gewaltige Reformwerk durchzuführen, müßten nun auch alle patriotischen Kräfte zusammenwirken. Dazu wäre aber vor allem notwendig, daß an die Stelle des bisherigen Fraktionswesens eine einfachere und den neugeschaffenen Verhältnissen entsprechende Parteibildung trete.[1]) Leider hätte sich bis jetzt die Bildung eines nationalen Zentrums als Kern der großen Ghibellinenpartei und Gegensatz zu der ultramontanen föderalistischen Partei immer noch nicht ermöglicht. Wer die bedeutende Stellung, welche sich die nationalliberale Fraktion trotz der in ihr vereinten Gegensätze bisher zu behaupten gewußt, gerecht gewürdigt, habe aus ihrer Mitte wohl am wenigsten die Initiative zu einer Verschiebung der seitherigen Parteiverhältnisse erwarten dürfen. Es wäre daher durchaus richtig und naturgemäß gewesen, daß die liberaleren Elemente der freikonservativen Partei den ersten Anstoß zu einer neuen Parteibildung zu geben gesucht hätten. Um den Preis, eine neue, echt nationale Mittelpartei auf freisinniger Grundlage ins Leben treten zu sehen, hätten sie sich geneigt erklärt, den Namen ihrer Fraktion zu opfern und dieselbe, selbst auf die Gefahr hin einige Freunde zu verlieren, in dieser neuen Partei aufgehen zu lassen. Freilich wären ihre Bemühungen fruchtlos geblieben, doch sei wenigstens das eine erfreuliche Resultat zu verzeichnen, daß die Freikonservativen sich bei jenem Versuch dem rechten Flügel der Nationalliberalen sehr genähert hätten und deshalb die Hoffnung auf das endliche Zustandekommen des nationalen Zentrums immerhin noch nicht so ganz vergeblich wäre. Vielleicht würde sich schließlich doch die Aufforderung Treitschkes in die Tat umsetzen:

---

[1]) a. a. O. No. 133 u. 157.

„Gegenüber dem radikalen und reaktionären Partikularismus bedürfen wir einer starken Mittelpartei, welche den Gedanken des Staates, der nationalen Monarchie in Ehren hält.“ —

Für die innere Geschichte der Schlesischen Zeitung wurde das Jahr 1871 bedeutsam besonders durch das Ausscheiden des langjährigen Chefredakteurs Möcke, der in beinahe vierundzwanzigjähriger Tätigkeit seinem Blatt eine weit über Schlesiens Grenzen gehende Bedeutung gegeben. Er gehörte zu den ersten, welche der schlesischen Publizistik nach 1840 Bahn brachen; rühmenswert an ihm war vor allem, daß er auch im politischen Kampf stets die Sache von der Person zu trennen wußte.[1]) Die politische Leitung der Zeitung übernahm nun Heinrich Blankenburg, Mitglied des Abgeordnetenhauses, während Christian Petzet gemäß § 7 des Preßgesetzes zeichnete.

Zum Schluß dieser Darstellung mögen noch die Auflageziffern der Schlesischen Zeitung während der Jahre 1867—1871 nachgetragen werden, um ein Bild von dem Aufschwung des Blattes zu geben.

	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Zeitungssteuer.
1867[2])	9465	9600	9385	9680	23830 Tlr. 18 Sgr. 9 Pfg.
1868[3])	9767	9700	9650	9910	24421 Tlr. 10 Sgr. 4 Pfg.
1869[4])	10100	9565	9475	9785	24393 Tlr. 22 Sgr.
1870[5])	9956	10015	11500	12430	27594 Tlr. 12 Sgr. 3 Pfg.
1871[6])	12390	11790	11460	11725	29603 Tlr. 3 Sgr. 9 Pfg.

[1]) Stein, Gesch. von Breslau, S. 654 und Breslauer Zeitung 1871, No. 157, S. 1166.
[2]) Jahresbericht der Breslauer Handelskammer 1867, S. 149.
[3]) dto. dto. dto. 1868, S. 150.
[4]) dto. dto. dto. 1869, S. 166.
[5]) dto. dto. dto. 1870, S. 131.
[6]) dto. dto. dto. 1871, S. 155.

B. Die politische Stellungnahme der Breslauer Zeitung während der Jahre 1861—1871.

„Die Verfassung vom 31. Januar 1850 wird wie bisher so auch fernerhin der Grund und Boden sein, auf welchem wir in allen inneren Fragen unsres Landes mit unseren Bestrebungen stehen", so beginnt die Breslauer Zeitung[1]) ihr Programm für das Jahr

1861.

Die bestehende Verfassung jedoch nicht nur in ihrem Sinn und Geist zu handhaben, sondern auch zu entwickeln, das neben der Verfassung Bestehende je länger je mehr mit ihr in den Einklang zu bringen, der ihm gegenwärtig noch mannigfach fehle, das ist nach Ansicht des Blattes die Hauptaufgabe der kommenden Monate. Eine Gewähr dafür sieht es bald zu Anfang des Jahres in der Proklamation[2]) und in der Thronrede[3]) des neuen Königs gegeben, die keine Umkehr, sondern den Fortschritt in der Entwicklung der verfassungsmäßigen Institutionen verkündet und der Kreuzzeitungspartei sehr deutlich dargetan, daß es mit allen Hoffnungen auf die Rückkehr einer Manteuffel-Westphalenschen Periode endgültig vorbei sei.

Die fast gänzliche Ignorierung dieser Thronrede durch den Adreßentwurf des Herrenhauses[4]) nennt die Zeitung einen Faustschlag ins Gesicht der öffentlichen Meinung; denn während das ganze Land mit vollem Vertrauen auf die Regierung blicke und nur den einen Wunsch hege, daß sie rascher und entschiedener auf dem betretenen Wege fortschreiten möge, liege in dem, was der Adreßentwurf sage und verschweige, eine Kritik der bisherigen Regierung des Regenten und gegenwärtigen Königs, wie sie nicht schneidender sein könne. Wenn man nun aber auch fast mit keinem Satze der Adresse sich einverstanden erklären könne, so sei doch anzuerkennen, daß sie den Mut der Meinung und die Festigkeit der Ueberzeugung in einer weit entschiedeneren Weise bekunde als die Adresse des Abgeordnetenhauses.[5])

Die klare, männliche und bestimmte Sprache der Thronrede habe eine andere Antwort verdient als diese umhüllende Paraphrase, welcher die Adressen des französischen Bürgerkönigtums als Original

1) Breslauer Ztg. Jahrgang 1861, No. 1.
2) dto. dto. 1861, No. 15.
3) dto. dto. 1861, No. 25.
4) dto. dto. 1861, No. 39.
5) a. a. O. No. 55, 59, 69. 79.

gedient zu haben schienen und die jede irgendwie klare Bezeichnung geflissentlich vermeide. Was ihr selbst an Entschiedenheit und Energie gefehlt, habe jedoch die Adreßdebatte reichlich ersetzt; in ihrem Verlauf wäre die Stellung vollkommen klar geworden, welche Regierung und Abgeordnetenhaus zu den allgemeinen Fragen der inneren und äußeren Politik Preußens einnähmen.

Die wichtigste dieser inneren Fragen, die Armeereorganisation[1]) anlangend, gibt die Zeitung im Verlauf der Session ihre Meinung dahin ab, daß der Landesvertretung es nicht mehr zustände, eine ablehnende Haltung zu der Militärreform einzunehmen. Die Reorganisation wäre gegenwärtig soweit vorgeschritten, daß, wenn man sie wieder rückgängig machen wollte, eine Verwirrung eintreten würde, die sich von einer völligen Desorganisation kaum um Haaresbreite unterscheiden dürfte; ja, dieses Rückgängigmachen wäre gradezu eine Tollkühnheit angesichts der gegenwärtigen Weltlage. Indessen würde die Landesvertretung ihre Pflicht nur halb erfüllen, wollte sie sich darauf beschränken, das Unvermeidliche mit der Bewilligung der für die Armee geforderten Summen zu tun. Die Abgeordneten müßten vielmehr zugleich auch dabei der alten Klagen über Mangel an Sparsamkeit im Militärressort gedenken und die Regierung auffordern, baldmöglichst eine Immediatkommission mit dem Auftrage einzusetzen, die bisherige Militärverwaltung in allen ihren Teilen der genauesten Prüfung und Untersuchung zu unterwerfen und nach Maßgabe der sich ergebenden Resultate ihre Vorschläge inbetreff möglicher Ersparungen an höchster Stelle vorzubringen. Der gedrückten Stimmung im Lande würde jedenfalls durch derartige Schritte ein neuer patriotischer Aufschwung gegeben werden.

Wie nach den vorigen Ausführungen erklärlich, begrüßt nun auch die Zeitung[2]) die Bewilligung der zur Armeereform notwendigen Mittel mit Genugtuung, desgleichen die damit in inneren Zusammenhang gebrachte Erledigung der Grundsteuergesetze, zwei so bedeutungsvolle Akte, denen gegenüber ihr am Schluß der Session die außerdem von diesem Landtag bewältigte gesetzgeberische Arbeit als Stück- und Flickwerk erscheint; denn weder in der teilweisen Erweiterung des Rechtsweges noch in der Novelle zur Städteordnung, noch auch in der Befreiung etlicher Gewerbe von den lästigen Konzessionen u. a. m. sei jener reformatorische Geist zu erkennen, der nach einer zehnjährigen Reaktionsperiode notwendig gewesen. Daß die feudale Partei unliebsame Erinnerungen an jene schwere Zeit wieder wachgerufen durch die Hartnäckigkeit, mit der sie auf dem zu einer konstitutionellen Verfassung ganz und gar nicht passenden Huldigungsakt[3]) bestanden, bedauert wohl das Blatt, legt aber dieser ganzen Zeremonie zu wenig Bedeutung bei, um an der deswegen tobenden Preßfehde teilzunehmen. Deren schnelles Ende durch die königliche Proklamation, welche die Krönung

---

1) a. a. O. No. 241.
2) a. a. O. No. 259.
3) a. a. O. No. 275 u. 311.

an die Stelle der Erbhuldigung gesetzt, sieht die Breslauer Zeitung jedoch immerhin als eine ganz entschiedene Niederlage der Feudalen an und gibt ihrer Freude darüber unverhohlen Ausdruck. Zudem schöpft sie aus der feierlichen Form, welche der König dabei gewählt, um seine volle Uebereinstimmung mit dem Ministerium nach einem unleugbar vorangegangenen Kampfe kundzutun, die Gewißheit, daß der Konstitutionalismus auch in den Kreisen festere Wurzeln gefaßt als von vielen und auch von der Zeitung selbst geglaubt worden. Indessen könne niemand bezweifeln, daß er in Zukunft dort doch noch manche Schwierigkeiten und vorgefaßte Meinungen zu überwinden haben werde.

Die hier hinzugefügte Einschränkung, ein Gebot der Vorsicht, sieht das Blatt nur wenige Monate später schon gerechtfertigt durch die in den Krönungsreden sehr unliebsam aufgefallene Betonung des Königtums „von Gottes Gnaden“ und der nur „ratgebenden“ Stellung des Landtags.[1]) Doch nicht aus Besorgnis vor irgendeiner Alterierung der Verfassung wünscht die Breslauer Zeitung, daß andere, das Wesen des Parlaments besser bezeichnende Worte in Anwendung gekommen wären, sondern weil geschickter gewählte Ausdrücke die Angriffe der zahlreichen Gegner der preußischen Verfassung unmöglich gemacht und jeglicher Mißdeutung vorgebeugt hätten. Erstere Befürchtung, nämlich die einer Verfassungsänderung, hält das Blatt für ganz unangebracht, da ja das Volk jederzeit den leichten Beweis führen könne, daß der Landtag nicht aus „Untertanen“ bestehe, welche nur zu gehorchen hätten, sondern die sich sehr wohl bewußt seien, daß zu jedem gesetzgeberischen Akt ohne Ausnahme ihre Zustimmung eine nicht zu umgehende und in der Verfassung begründete Notwendigkeit sei. Die bevorstehenden Wahlen würden es unzweifelhaft kundtun, ob diese Ansichten, die Grundsätze des Liberalismus, oder die in der preußischen Geschichte mehr als einmal verurteilten Prinzipien der Kreuzzeitungspartei gelten sollten. Um der liberalen Idee im Landtag zum vollständigen Siege zu verhelfen, hatte die Zeitung[2]) bereits im April dafür plaidiert, daß die Konstitutionellen und Demokraten zu einer großen Partei sich vereinigten, solange die feudale Fraktion als das einzige Hindernis aller Reformen noch zu bekämpfen sei. Sie hatte es deshalb damals als die entschiedenste Pflicht der gesamten freisinnigen Presse hingestellt, die auf beiden Seiten etwa noch vorhandenen Antipathien nicht noch aus alter Vorliebe für die eine oder die andere Partei durch ungerechte oder unbillige Urteile zu nähren. Dieser Vorschlag veranlaßte den Polizeipräsidenten von Kehler am 27. April 1861[3]) zu der Bemerkung: „Wie vor 3 Jahren, so bahnt sich auch jetzt mit Bezug auf die bevorstehenden politischen Neuwahlen eine Vereinigung der sog. verfassungstreuen und der demokratischen Partei an. Nicht bloß die entschieden demokratische Presse wirbt hierfür, sondern auch die Breslauer Zeitung, welche

[1]) a. a. O. No. 499 u. 509.
[2]) a. a. O. No. 187.
[3]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XLIII.

seit dem Einflusse Dr. Steins fast dieselben Tendenzen verfolgt und wenigstens in ihren Leitartikeln von den demokratischen Blättern sich kaum unterscheidet."

Die „demokratischen Leitartikel" der Zeitung hatten aber wenigstens den gewünschten Erfolg, den sie auch bei der Kritik des Wahlresultates im November mit vieler Freude konstatierte. Sie glaubte mit Recht das Kartell zwischen Konstitutionellen und Demokraten im Schoße des Volkes jetzt als vollständig vollzogen bezeichnen zu dürfen; der Gegensatz würde nur noch von den Führern der beiden Parteien aufrecht erhalten. Diese könnten sich bei ihrem Bestreben, die Differenzen zu konservieren, aber auch nicht mehr durch die Berufung auf die früheren Parteiunterschiede rechtfertigen, da das Programm des deutschen Fortschritts durchaus keine anderen Forderungen aufstelle wie das bekannte schlesische Neunerprogramm; die geheime Abstimmung sowie das allgemeine Stimmrecht, wirkliche Gegensätze, habe ja die Fortschrittspartei vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt. Es wären also lediglich Personenfragen, die in der neuen Session zum Austrag kämen; sie würden und müßten auch dann baldige Erledigung finden, damit die liberalen Parteien geeint in den großen Kampf um die Militärreorganisation bezw. um die Frage einer definitiven Annahme oder eines nochmaligen Extraordinariums gehen könnten. Die Zeitung hofft aber auch auf eine resultatreiche, schnelle Erledigung dieser Streitpunkte und zieht als einzigen Faktor für das Fehlschlagen jener Hoffnung nur das Herrenhaus in Betracht, welches sich ja bisher immer als retardierendes Element erwiesen. Eine endliche Beseitigung des Uebelstandes sieht das Blatt gegen Ende des Jahres[1]) zu seiner Genugtuung in dem neuen Reglement für die Zusammensetzung des Herrenhauses gegeben.

Nach seiner Ansicht liegt darin die Erklärung ausgedrückt, daß das preußische Oberhaus in seiner gegenwärtigen Beschaffenheit — das ganz besondere Angriffsobjekt der Breslauer Zeitung[2]) im Jahre 1861 — unvereinbar sei mit der fortschreitenden Entwicklung Preußens, aber auch unvereinbar mit dem Königtum von Gottes Gnaden, d. h. wie es der König selbst und nicht wie es die feudale Partei in ihrem eignen speziellen Interesse auffasse. Ohne für den Augenblick wirksam zu sein, versetze das Reglement der Macht der „kleinen Herren" einen so empfindlichen Stoß, daß sie ihn schwer überwinden werde. Vor allem wäre aber jene königliche Maßregel deshalb zu begrüßen, weil in ihr bereits die teilweise Erfüllung des Wunsches liege, den das Volk in dem Ausfall der Wahlen ausgesprochen, daß nämlich das Ministerium, getragen von der Majorität des Volkes, eine entschiedenere Haltung in seinen inneren Reformen wie insbesondere auch in der deutschen Politik einnehmen möge.

Ganz unzweifelhaft habe ja die deutsche Frage einen nicht geringen Einfluß auf die Wahlen ausgeübt, denn die Gründung einer einheitlichen deutschen Zentralgewalt sei für Preußen eine

1) a. a. O. No. 593.
2) a. a. O. No. 95, 127, 221, 365, 367, 371, 377, 419, 427, 435 u. 527.

Lebensfrage. Schon lange würde es durch die Entwicklung der Dinge der Entscheidung entgegengetrieben, ob es selbst oder Oesterreich und die Mittelstaaten die Führer und Herren in Deutschland sein sollten.[1]) Diese Wahl stünde nun hart vor der Tür, denn die Erfahrung der letzten Jahre habe unzweifelhaft gezeigt, daß auf dem bisherigen Wege mit den deutschen Bundesgenossen nicht vorwärts zu kommen sei. Die Nation bedürfe eines Führers, und solange Preußen nicht den Mut zeige, sich selbst als Führer aufzustellen, werde auch sie in ihrer Wahl schwanken und nicht wissen, in welche Wage sie sich zu werfen habe. Preußen solle daher nur wieder die deutsche Fahne aufpflanzen, in Frankfurt offen und rund erklären, daß es mit dem Bundestag nicht länger gehe, und von neuem der Nation die Union mit ihrem Parlament bieten. Wenn es indessen in seiner bisherigen Politik noch lange beharre und in allen wichtigeren Fragen, nur um Oesterreich entgegenzukommen und sich den Mittelstaaten gegenüber versöhnlich zu erzeigen, fortwährend seinen eignen besseren Ueberzeugungen die Spitze abbreche, wenn es auch fernerhin jeden Schritt und jede Maßregel ängstlich vermeide, welche als Hegemoniegelüste auch nur entfernt gedeutet werden könnten, dann wäre allerdings nicht abzusehen, welchen Ausgang die Bewegung nehmen werde, deren Vorhandensein und tägliches Anschwellen in der Nation niemand mehr in Abrede stellen könne.

Die Zeitung zweifelt nicht, daß die preußische Regierung auf diplomatischem Wege sich entschieden gegen die Würzburger Pläne ausgesprochen und von ihrer Verfolgung abgeraten haben werde. Nichtsdestoweniger hätten die Mittelstaaten aber doch die Konvention vom 5. August 1860 geschlossen und sie gegenwärtig als einen Reformvorschlag an den Bund gebracht. Dieser Vorschlag bedrohe jedoch nicht nur Preußens militärische, sondern seine ganze politische Stellung im Bunde; man könne sogar sagen, seine Realisierung werde Preußen entweder aus dem Bunde heraustreiben oder es dem Bunde d. h. den Mittelstaaten unterwerfen.

Deren kläglichem Treiben ist, wie die Zeitung[2]) glaubt, noch nie ein so praktisches und entschiedenes Mißtrauensvotum gegeben worden wie durch die Militärkonvention Preußens mit Sachsen-Coburg-Gotha, dessen Herzog mit einem kühnen Schritt den allein zur Einigung führenden Weg betreten, indessen die Minister der anderen Mittel- und Kleinstaaten andauernd von deutscher Einheit geschwatzt, insgeheim aber sehnsüchtig nach Frankreich geblickt. Folgenschwerer noch wegen Lage und Größe des Landes würde ein ähnlicher Vertrag mit Baden sein; mehr wie die erfreuliche Richtung, in welcher neuerdings die Regierung dieses Staates den gerechten Forderungen des deutschen Volkes entgegenkomme, spreche die im mittelstaatlichen Lager herrschende Erbitterung dafür, daß, wenn nicht schon der Abschluß einer Militärkonvention Badens mit Preußen erfolgt sei, so doch ernste

[1]) a. a. O. No. 5; vgl. auch No. 87.
[2]) a. a. O. No. 303.

Verhandlungen darüber schwebten. Gelänge Preußen auch diese Akquisition und hätte es so mit den Militärkonventionen denselben Erfolg wie mit dem Zollverein, dann bestünde allenfalls noch Aussicht, die Einigung Deutschlands zum gemeinsamen Handeln verwirklicht zu sehen.

Einen weiteren Schritt diesem Ziel entgegen sieht das Blatt in der Zusammenkunft Napoleons und König Wilhelms zu Compiègne,[1] die zur heilsamen Folge gehabt, daß die österreichische Presse in neuester Zeit auf eine Verständigung mit Preußen dringe, daß die Würzburger sich gefügiger zeigten und daß selbst Beust die Notwendigkeit erkannt und ausgesprochen, den berechtigten nationalen Wünschen Deutschlands Gehör zu schenken. Angesichts des schönen Erfolges gibt die Zeitung ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß sie wie die gesamte liberale Presse Deutschlands ihn vorausgesehen und deshalb die Zusammenkunft begrüßt hat, zumal letztere auch wichtige Friedensgarantien geboten, die mit dem Tode Cavours im Juni fast gänzlich geschwunden waren.

Daß der Verlust dieses einen Mannes so schwere Besorgnisse wachgerufen, hat nach Ansicht der Breslauer Zeitung[2]) an der europäischen Stellung Cavours gelegen; sie wäre ihm jedoch nicht allein durch jene Charakterfestigkeit geworden, welche geistige Ueberlegenheit in einer Zeit des Schwankens und der Schwäche verliehen, auch nicht durch die Vaterlandsliebe allein, welche die italienischen Patrioten zum Gehorsam gezwungen, sondern seine Stellung habe ihm vor allem die richtige Erkenntnis der Ideen geschaffen, welche seine Zeit und sein Volk bewegt, sowie das Erfassen des Augenblicks, die Entschiedenheit, mit welcher er den Ereignissen entgegengetreten, die Besonnenheit, welche es ihm gestattet, die Leidenschaften aufgeregter Parteien zu zügeln. Von seiner Entschlossenheit und von seiner Ueberzeugung der Notwendigkeit des Handelns könnten die preußischen Staatsmänner etwas lernen; denn so ehrenwert es auch sei, die Rechte aller heilig zu halten und so legitim es klingen möge, nur mit der Zustimmung aller Fürsten ein einiges Deutschland zu konstituieren, so gewiß sei es andererseits, daß diese Zustimmung durch Verhandlungen, Beratungen und diplomatischen Notenwechsel nie und nimmer zu erlangen wäre. Freilich dürfe man von Herrn von Schleinitz nicht verlangen, er solle mechanisch das Beispiel Cavours nachahmen; aber das schließe nicht aus, daß man endlich ein entschiedeneres Auftreten Preußens in der deutschen Einheitsfrage verlangen könne.

Als leuchtendes Beispiel für die Möglichkeit einer endlichen Lösung dieser Frage müsse immer wieder auf Cavours Erfolge hingewiesen werden, und die Zeitung betont, daß sie in diesem Sinne von Anfang an für den Kampf der italienischen Nationalität eingetreten, weil eben ein starkes, einheitliches Italien mit freisinnigen Institutionen unter einem konstitutionellen Könige recht eigentlich im Interesse Preußens und Deutschlands liege. Deshalb dürfe man

---

1) a. a. O. No. 389, 443, 467, 477.

2) a. a. O. No. 261; vgl. zu dem Thema „Italien“ auch No. 105, 157, 161, 243.

auch als Geringstes verlangen, daß Preußen alles vermeide, was auch nur den Anschein des Interesses für die nun einmal durch ihre eigene Schuld gefallenen italienischen Fürsten und mithin auch nur die geringste Abneigung gegen das neue Königreich bekunden könnte.

Das in Italien so glücklich durchgeführte Nationalitätsprinzip auch auf das gegenwärtig wieder einmal revoltierende Polen anzuwenden, hält die Breslauer Zeitung indessen für verfehlt, weil hier die wichtige Frage, ob eine Nationalität auch die notwendigen Vorbedingungen für ihr Leben und ihre Fortexistenz in sich trage, verneint werden müsse. Die Mittel, welche Polen zur Wiedererlangung seiner politischen Sonderstellung gegenwärtig wieder angewandt, lieferten nicht den Beweis, daß jene Vorbedingungen für die Erhaltung der polnischen Nationalität noch vorhanden seien. Deshalb hätten die Deutschen auch gar keine Ursache, sich in schwärmerischer Sentimentalität für Polen zu begeistern, zumal auch seine Wiederherstellung Preußen, Oesterreich und ganz Deutschland am Lebensnerv treffen würde.[1])

Dieses Urteil muß umsomehr verwundern, wenn man erfährt, daß die Zeitung unter ihren 3715 Lesern in diesem Jahre[2]) eine große Anzahl in Russisch-Polen, besonders in Warschau besaß, wo ihr durch die Intervention der preußischen Regierung[3]) auf Kosten der Schlesischen Zeitung einst Eingang verschafft worden. Das Blatt glaubte diesem Leserkreise nur durch rasche und ausführliche Orientierung über die polnischen Wirren in Leitartikeln[4]) und unter der Rubrik „Warschau" Rechnung tragen zu dürfen,[5]) nimmermehr aber durch eine Parteinahme für die Aufständischen und ein Abgehen von dem preußisch-deutschen Standpunkt.

Daß der Geist freiheitlicher Entwicklung, dessen Mißbrauch seitens der Polen die Zeitung so entschieden gerügt, sowie das Gefühl der Zusammengehörigkeit in Deutschland sich immermehr Bahn gebrochen, wird von dem Blatte Anfang

1862

als eine günstige Hinterlassenschaft des alten Jahres mit Genugtuung hervorgehoben und zugleich auch auf das allgemeine Erstarken des Gefühls hingewiesen, daß nicht in Frankfurt, sondern in Berlin die Geschicke Deutschlands entschieden werden würden.[6]) Diese Lösung der deutschen Frage oder auch die Frage an und für sich hat nach dem Dafürhalten der Breslauer Zeitung[7]) vielleicht an der Demission des Ministeriums Auerswald-Schwerin im März

1) a. a. O. No. 151.
2) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XLIV. 18. Mai 1861.
3) Vgl. das Schreiben Zedlitz-Trützschlers vom 9. November 1855, S. Aktenanhang
4) Breslauer Ztg. 1861, No. 135, 151, 161, 167, 415, 439.
5) Mitunter geschieht dies freilich in so epischer Breite, daß es auf das schles. Leserpublikum sehr ermüdend gewirkt haben muß. Vgl. auch Kehlers Urteil St. A. a. a. O. vol. XLIV, 27. April 1861.
6) Breslauer Ztg. 1862, No. 1.
7) a. a. O. No. 127, 129, 133, 137, 139, 149, 151, 153 u. 155.

größeren Anteil als das Votum des Abgeordnetenhauses über den Hagenschen Antrag, zumal dieser kein prinzipiell die Parteien scheidender, sondern ein Antrag der Zweckmäßigkeit gewesen. Die Herbeiführung einer Kabinettskrise durch ihn habe deshalb auch die allgemeinste Ueberraschung hervorgerufen. Notwendig wäre weder das Entlassungsgesuch des Ministeriums noch die Auflösung des Landtags gewesen; zwischen der Abstimmung über den Hagenschen Antrag und seiner Ausführung hätte es noch Mittelwege genug gegeben, welche das Kabinett beschreiten konnte, wenn es nicht eben eine Krisis herbeizuführen beabsichtigt. So sei nun gerade das Gegenteil von dem geschehen, was alle Welt von dieser Session erwartet. Statt mit einer Umformung des Herrenhauses[1]) durch Kreierung neuer Mitglieder die Sitzungsperiode zu beginnen, wäre sie mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses beschlossen worden; statt den Wünschen des Volkes, wie sie sich durch die Wahlen deutlich genug ausgesprochen, einigermaßen entgegenzukommen habe man die beiden wichtigsten Gesetze über die Ministerverantwortlichkeit und die Oberrechnungskammer nach den Wünschen des Herrenhauses umgemodelt, um sich nur ja nicht dem Abgeordnetenhause gegenüber etwas zu vergeben. Die Volksvertretung dürfe aber doch nicht nur dann willkommen sein, wenn sie allen Regierungsmaßregeln beistimme, sondern es könne doch auch einmal eine Frage vorliegen, bei welcher die Abgeordneten unbekümmert um alle Eventualitäten bei ihrer Ueberzeugung verharren müßten und wo es deshalb Pflicht der Regierung sei, einmal nachzugeben. Das wäre auch der Punkt, über welchen nunmehr die Wähler zu entscheiden hätten, denn darin und in nichts anderem bestünde der gegenwärtige Konflikt zwischen der Regierung und dem Volke. Sämtliche konstitutionellen Organe in- und außerhalb Deutschlands mit Ausnahme einiger weniger Blätter in Preußen betrachteten den Konflikt von demselben Gesichtspunkt und stünden auf der Seite der Majorität im Abgeordnetenhause, ein Beweis, daß letztere im Rechte sei, was die Zeitung auch durch das Wahlresultat[2]) bestätigt findet; denn eine so übergroße Majorität der Fortschrittspartei hätten selbst Sanguiniker nicht erwartet.

Und doch habe so eifrig wie diesmal sich noch kein preußisches Ministerium, auch das Manteuffel-Westphalensche nicht, der Wahlen angenommen; wenn deren Beeinflussung mit zu den Pflichten eines Ministeriums gehöre, so müsse man dem Kabinett Roon die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß es diese Pflicht im vollsten Maße getan. Auch soviel Konzessionen wie diesmal, und dazu kurz vor den Wahlen, wären noch niemals gemacht worden. Die Ueberraschungen hätten ja gar kein Ende genommen und die erfreulichen Meldungen von Steuererlaß, Verminderung des Militäretats und Ausführung des Antrag Hagen sich förmlich überstürzt; selbst die extremsten Mitglieder der Fortschrittspartei hätten nicht zu wünschen gewagt, was das Ministerium freiwillig mit vollen Händen aus-

[1]) a. a. O. vgl. auch No. 43.
[2]) a. a. O. No. 199, 207, 211, 219.

gestreut, und trotz alledem dieses negative Resultat. In ihm sieht die Zeitung eben die klare und einfache Antwort des Volkes gegeben, daß das Kabinett Roon keine Garantie für den gedeihlichen Ausbau der Verfassung in konstitutionellem Sinn und für die Entwicklung der deutschen Einheitsfrage liefere. Selbstverständlich würden nun die liberale und die Fortschrittspartei, welche jenen Gedanken bei dem Volke zum Durchbruch verholfen, mit der ihren Idealen würdigen Mäßigung und Besonnenheit den Sieg benutzen, den sie in gemeinsamer Arbeit und durch Ueberbrückung ihrer Gegensätze davon getragen.

In der künftigen Session wird diese Majorität nach Ansicht des Blattes[1]) sich vornehmlich mit dem Budget zu beschäftigen haben, das allein allmählich in die konstitutionelle Regierungsform hinüberführen könne. Doch dürfe die liberale Opposition nicht bei dieser Frage zu weit gehen und etwa das Steuerbewilligungsrecht dazu benutzen, um in der Militärfrage eine Rückkehr der Regierung zur früheren Organisation zu erzwingen. Sie habe vielmehr bloß ein Veto gegen die Richtung einzulegen, welche die Reform eingeschlagen, nämlich gegen die übergroße Friedensstärke der Armee, und dies Veto würde am praktischsten dadurch ausgeübt, daß vier bis sechs Millionen an den Titeln abgesetzt würden, welche die Geld- und Naturalverpflegung der Truppen beträfen. Die Initiative in der Reform selbst müsse aber der Regierung verbleiben, denn früher oder später werde sich doch schon ein Militärreformator finden, der die Heerorganisation unter den durch die gesamten Verhältnisse gebotenen Bedingungen durchführen würde. Die Hauptaufgabe der liberalen Mehrheit, vor allem der Fortschrittspartei könne also nur darin bestehen, den in der Reorganisation ursprünglich gelegenen großen und heilsamen Gedanken, der vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Dienstentlassung der Landwehrmänner, zur Verwirklichung zu verhelfen und durch eine zähe, mutige Opposition gegen die Roonschen Ideen dafür Sorge zu tragen, daß der volkstümliche Charakter der früheren Organisation in die neue hinübergenommen werde.

Im Verlauf der Session[2]) sieht sich jedoch die Zeitung in ihren Hoffnungen aufs bitterste enttäuscht und gerät darüber schließlich in eine solche Erbitterung, daß sie nach Verwerfung des Militäretats[3]) ungescheut die scharfe Warnung ausspricht, es dürfte für die Monarchie nichts gefährlicher sein als die Streitfrage zwischen den verschiedenen Gewalten dahin zuzuspitzen, ob der Wille des Regenten oder des Landes in letzter Instanz der maßgebende sein solle. Die Ueberspannung der Prärogative ende immer mit allzu großer Beschneidung. Das Veto der Könige dürfe in seinem Ansehen nicht dadurch gestärkt werden, daß man es gegen so tief begründete, einhellige und stetige Volkstendenzen wie die gegenwärtig in Preußen obwaltenden zu richten suche; das Recht der

1) a. a. O. No. 281, 293, 295, 329 u. 405.
2) a. a. O. No. 423, 435, 439 u. 441.
3) a. a. O. No. 447.

Krone, unter Umständen auch ohne die Mitwirkung der repräsentativen Versammlungen Verordnungen und Einrichtungen treffen zu dürfen, könne sich doch unmöglich dadurch Anerkennung verschaffen, daß dies in einer Ausdehnung geschehe, welche alle Rechte der Volksvertretung illusorisch mache.

Einen neuen Beweis für die von der Krone neuerdings beliebte Nichtachtung konstitutionellen Wesens sieht die Breslauer Zeitung in der Berufung des neuen Ministerpräsidenten gegeben, denn das Kabinett Bismarck[1]) bedeute vollständige Durchführung der Heeresorganisation, wie sie projektiert, energisches Auftreten im Innern mit oder ohne Budget, unter allen Umständen aber mit der verschwindenden Minorität, wie sie sich bei Verwerfung des Militäretats dargetan, gegen die erdrückende Mehrheit. In Bismarcks Programm[2]) sieht sich die Zeitung jedoch aus Gerechtigkeitsgründen veranlaßt als rühmlich hervorzuheben, daß er offener mit seinen Ansichten hervortrete, als es sonst je ein preußischer Staatsretter getan. Auch wolle er in sehr vorteilhaftem Gegensatz zur Bigotterie der Kreuzzeitungspartei keineswegs als Dolmetscher der Diktate einer überirdischen Macht gelten, sondern spreche wie ein Mann, der seine Erfahrungen auf dieser Welt gesammelt und der auch nur für irdische Zwecke zu wirken gedenke. Seine Freundschaft mit der Kreuzzeitungspartei werde deshalb jedenfalls nicht von langer Dauer sein. Um mit ihr zu harmonieren wäre er zu offen, zu sehr Weltmann, ein zu freier Kopf trotz seiner für die Entwicklung konstitutioneller Freiheit nicht allzuviel versprechenden Tatenlust. Es sei nur zu bedauern, daß er solange in der Fremde geweilt und seine Vorstellungen von dem gegenwärtigen Zustand Preußens durch das Medium der französischen Presse erhalten zu haben scheine. Bismarck scheine von Paris wirklich mit der Ueberzeugung herbeigeeilt zu sein, daß ihm die große Mission beschieden sei, Preußen vor den Bockum-Dolffs = Ledru-Rollin, Waldes = Barbes und Schulze = Blancqui zu erretten und den preußischen Parlamentarismus in ähnlicher Weise zu purifizieren, wie es Napoleon III. mit dem französischen getan. Die preußische Verfassung scheine ihm keineswegs etwas in seinen Grundelementen bereits Fertiges, zu Recht Bestehendes zu sein, sondern etwas durch Praxis und Präzedentien noch zu Bildendes, mehr Machtfrage als Rechtfrage, und er habe ganz die Miene, als wollte er durch eine sehr gründliche Praxis jene Ausbildung und jenes Anpassen der preußischen Verfassung vollbringen.

Kurz nach Landtagsschluß,[3]) bei dem der neue Ministerpräsident die Wahrheit der vorhergehenden Sätze zum erstenmal dargetan, nimmt die Zeitung jedoch Gelegenheit, ihr doch immerhin günstiges Urteil über Bismarck Satz für Satz zu widerrufen; sie bedauert es ausdrücklich in ihm einen Staatsmann gesehen zu haben, der im Kampfe gegen seine Gegner alle kleinlichen Mittel

[1]) a. a. O. No. 449.
[2]) a. a. O. No. 461.
[3]) a. a. O. No. 481 u. 511; vgl. auch 605.

verschmähen werde, denn der ganze Apparat der Manteuffel-Westphalenschen Periode tauche plötzlich wieder auf, die Strafversetzungen, die Zurdispositionsstellungen und Beschränkungen der Vereine, die polizeilichen Verbote und nicht in letzter Linie die Repressalien gegen die Presse.

Freilich müsse das Ministerium die Presse unterdrücken; da es nun einmal das Mißtrauen und die Unzufriedenheit der breiteren Bevölkerungsschichten nicht sehen wolle, wären die Konfiskationen die richtige Konsequenz. Für die Stellung, welche das Kabinett zum Volke einnimmt, findet das Blatt die bisher vorgenommenen 86 Beschlagnahmungen gar nicht zu zahlreich; man müsse doch einige billige Rücksicht darauf nehmen, daß mit Ausnahme der wenigen feudalen Blätter das Ministerium die ganze preußische Presse gegen sich habe. Es sei mit einem Worte eine Lage, wie sie in Preußen noch nie dagewesen, und die Hoffnung auf eine schnelle Beseitigung des Konflikts, die verschiedentlich noch nach Landtagsschluß genährt worden, wäre durch die Anwendung dieser kleinlichen Maßnahmen für immer zerstört. Ueberdies habe diese Erwartung etwas falsches vorausgesetzt, nämlich, daß das Ministerium Bismarck-Roon sich schließlich doch zu weitgehenderen Konzessionen verstehen würde.[1] Das wäre aber eine Unmöglichkeit, weil das Kabinett zu tief in die Reaktion hineingeraten sei, als daß ihm die völlige Umkehr auf den Weg der Verfassungsmäßigkeit noch freistünde. Im günstigsten Falle könnte man die Vorlegung eines Gesetzes über die Militärreorganisation, die faktische, nicht gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit, die Einbringung eines Indemnitätsgesuches für die pro 1862 geleisteten Ausgaben und das Versprechen einer künftig stets rechtzeitig erfolgenden Vorlage des Budgets erwarten, und vielleicht wäre dadurch der Streit über die Militärreorganisation beizulegen; dann aber bliebe immer noch der viel schlimmere Kampf um den Etat und der Streit über Artikel 99 der Verfassung, die angebliche Verfassungslücke.[2] Die Regierung habe hiermit die Konstitution interpretiert, statt nach ihr zu handeln; die so hervorgerufene Krisis könne nur dadurch endgültig beseitigt werden, daß ein den Artikel 99 deklarierendes Gesetz erlassen würde. In diesem wäre vor allem festzustellen, daß die Regierung zu keiner, nicht vom Abgeordnetenhaus vorher genehmigten Ausgabe befugt sei und jeder Etat mit Ablauf des Jahres seine Gültigkeit verliere. Damit aber ein derartiges Gesetz nicht illusorisch bleibe, müsse die Verantwortlichkeit der Minister angestrebt und auch wirklich durchgeführt werden. Ferner wäre ein unerläßliches Erfordernis die zeitgemäße Reform des Herrenhauses. Die letzten Beratungen dieser Körperschaft, welche als Resultat die Annahme der ursprünglichen Regierungsvorlage gezeitigt, hätten ihr das Volk vollends entfremdet. Sollte das Haus ein wirklich integrierender Teil der Volksvertretung werden, dann müsse es aber auch die Vertretung des ganzen Volkes, nicht einer bevorzugten Kaste übernehmen

[1] a. a. O. No. 555.
[2] Vgl. dazu auch a. a. O. No. 465.

und sich aus volkstümlichen Elementen rekrutieren. Solange es in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung verbleibe, werde seiner Stimme von der Nation nicht der geringste moralische Wert beigelegt werden und der Verfassung zuwider tatsächlich ein Einkammersystem bestehen. Leider bedürfe es aber weiter keiner Auseinandersetzung mehr, daß das jetzige preußische Kabinett auch diesem Minimum der Forderungen des Volkes nicht nachkommen werde, denn die Regierung habe es durch den von ihr heraufbeschworenen Loyalitätsadressensturm zur Unmöglichkeit gemacht, an maßgebender Stelle wesentliche Konzessionen zu erwirken, und so müsse man sich denn auf eine lange trübe Zeit der Staatskrisis gefaßt machen.

Als warnendes Beispiel dafür glaubt die Zeitung im Verlauf des Jahres genugsam auf die Vorgänge in Kurhessen[1]) hingewiesen zu haben. Sie erkennt hierbei an, daß nur durch das energische und konsequente Auftreten Preußens seit dem Jahre 1858 die endliche Wiederherstellung des Rechtes und Gesetzes in Kurhessen erzwungen worden sei, will aber diesen Erfolg nur auf das Konto des Ministeriums Auerswald schreiben. Hätte letzteres nicht durch seine in der Bundesversammlung gestellten Anträge entschieden mit der unglückseligen Politik von Olmütz gebrochen, so hätte weder der Bundestag noch Oesterreich je an die hessische Verfassung vom Jahre 1831 gedacht. Mit deren Anerkennung sei aber jetzt vom Bundestag zugestanden worden, daß er, als er sie im Jahre 1850 außer Wirkung gesetzt, die Willkür zur Richtschnur seiner Handlungsweise genommen, und so habe er der vielverketzerten Opposition, die sich damals in ganz Deutschland gegen diese Willkür erhoben, zu einem unbeabsichtigten Triumph verholfen und ein glänzendes Loyalitätszeugnis ausgestellt. Endgültig gelöst sei freilich damit die kurhessische Frage noch nicht, aber was die Verschleppung betreffe, so wäre man in deutschen Fragen daran ja schon hinreichend gewöhnt.

Auch in dem Delegiertenprojekt[2]) sieht die Zeitung nur wieder einen neuen Akt dieser Verzögerungspolitik, ist aber nach Ausbruch der Verfassungskrisis über die Ziele des vorher von ihr gutgeheißenen preußischen Protestes sich nicht mehr im klaren. Wie die Sachen jetzt lägen, bringe weder ein Sieg noch eine Niederlage Preußens im Bundestage dem Vaterlande Segen. Gäben die Würzburger nach, so bleibe die alte Bundestagsmisere; beharrten sie bei ihrem Projekt, so werde Deutschland in zwei Lager gespalten, deren kleinstes, das preußische, einer gefährlichen Isolierung preisgegeben und wegen seiner Erhaltung zu Allianzen genötigt sei, die dem deutschen Interesse direkt widerstrebten. In beiden Fällen könne aber ein Ministerium, das ein ganzes Volk zum Gegner und auch die Sympathien der Stammesgenossen und Nachbarländer sich verscherzt habe, unmöglich noch etwas für das Einigungswerk Ersprießliches leisten.

---

1) a. a. O. No. 19, 223, 239, 243, 289, 297 u. 547.
2) a. a. O. No. 11, 17, 55, 67, 71, 73, 79, 81, 99, 103, 597, 603.

Die Zeitung glaubt auch, daß diese Ueberzeugung von der Unfähigkeit des Kabinetts Bismarck den bedeutungsvollen Akt der Anerkennung Italiens[1]) in Preußen mit solcher Kälte hat aufnehmen lassen. Man habe eben besorgen müssen, daß die notwendige Ergänzung der Anerkennung durch jene deutschnationale und zugleich entschieden liberale Politik, welche diesen Akt allein fruchtbar für Preußen machen konnte und ohne die er zu seiner vollkommensten Isolierung führen mußte, ausbleiben werde; dann hätte sich aber die Anerkennung Italiens nur zu einem weiteren Widerspruch in der ohnehin so kontrastreichen Entwicklung Preußens gestaltet. —

In der Geschichte der Zeitung selbst bildet das Jahr 1862 einen bedeutsamen Merkstein. Vom 1. April an übernahm der alte „Achtundvierziger" Dr. Julius Stein[2]) offiziell[3]) das von ihm faktisch schon zwei Jahre innegehabte Amt eines Chefredakteurs. Als zweiten Redakteur engagierte er eine bewährte Kraft in Robert Schlehan, die leider der Zeitung nicht lange erhalten blieb, da Schlehan infolge eines unglücklichen Sturzes vom Pferde am 2. November 1862 starb.[4]) Wenige Wochen vorher, am 6. Oktober, hatte der frühere Besitzer der Breslauer Zeitung, Stanislaus Hermann Barth, im Alter von 51 Jahren das Zeitliche gesegnet,[5]) während sein Nachfolger Wilhelm Friedrich,[6]) der den Druck der Zeitung seit ihrem Gründungsjahr 1820 persönlich geleitet, das 50jährige Geschäftsjubiläum feierte. Abgesehen von diesen für den Fernerstehenden weniger wichtigen Interna der Zeitungschronik liefert das Jahr 1862 durch einen wider die Breslauer Blätter angestrengten Prozeß, in dem die Breslauer Zeitung mit eine Hauptrolle gespielt und über den sie am eingehendsten orientiert, sehr interessante Details zur Geschichte der Presse während der Konfliktszeit.

Wie bekannt, hatte man 1862 für die von der Regierung gemaßregelten liberalen Beamten[7]) einen Nationalfonds zu gründen beschlossen, und ein von Unruh u. a. unterzeichneter, vom 24. Oktober datierter Aufruf forderte zur Beisteuer dazu auf. Die Breslauer Zeitung, Schlesische Zeitung, Breslauer Morgenzeitung und das Schlesische Morgenblatt gaben nun die Namen der einzelnen, welche auf diesen Aufruf hin Beiträge an das Berliner Komitee eingesandt hatten, in ihrem Inseratenteil an, worauf den Redaktionen am 8. November[8]) unter Androhung unnachsichtlichen Einschreitens die Veröffentlichung von Beisteuern zu dieser Kollekte verboten wurde auf Grund des § 98 ff.[9]) der Polizeiverordnung vom 20. September 1852 für Breslau. In gleicher Weise wurde der Aufruf zu Sammlungen

---

1) a. a. O. No. 319, 321, 339, 393 u. 401.
2) Vgl. seine Vita in der „Schwarzen Liste", Aktenanhang.
3) Breslauer Ztg. 1862, No. 139, 23. März 1862.
4) dto. No. 514 u. 519.
5) dto. No. 469.
6) dto. No. 539.
7) Stein, Gesch. von Breslau, S. 584.
8) Breslauer Ztg. 1862, No. 525.
9) Betrifft „unbefugtes Kollektieren".

für die Verurteilten von Graudenz[1]) untersagt. Unter Berufung auf das Preßgesetz vom 12. Mai 1851 glaubten die Zeitungen jedoch ruhig das Vorgehen des Polizeianwalts abwarten zu können, das mit außerordentlicher Schnelligkeit erfolgte; denn am 9. November wurde schon Klage erhoben, und am 13. d. M. war bereits Termin anberaumt. Einer der Angeklagten erhielt die Klagezustellung gar erst am 12. November nachmittags, sodaß ihm nicht 24 Stunden zur Verteidigung blieben.[2]) Die Anklage, gegen die obengenannten vier Zeitungen wegen Veröffentlichung des Aufrufs für den Nationalfonds und außerdem gegen das Schlesische Morgenblatt noch wegen Publizierung der Graudenzer Kollekte gerichtet, erregte allgemeine Entrüstung in den preußischen und außerpreußischen Zeitungen. So schrieb die Nationalzeitung[3]):

„Wie hatte es geschehen können, daß die Breslauer Polizei auf den Gedanken kam, Sammlungen für den Nationalfonds entgegenzutreten? In der ganzen uns bekannten Welt wird man mit der Antwort auf diese Frage Mühe haben. — — — Eine Regierung kann in einem Nationalfonds eine Schranke ihrer Macht erblicken; nun gut, eine derartige Schranke soll sie finden und achten. Ein Nationalfonds vermag weiter nichts als den Verfolgten beizustehen; ist der Blick auf diesen Beistand wirklich geeignet, dem Verfolgungsgeist einen Zügel anzulegen, so hat der Fonds seinen Zweck desto vollständiger erreicht, und eine gesetzlich gesinnte Regierung hat keinen Grund, scheel zu sehen. Denn eine solche Regierung wird nichts derartiges unternehmen, daß jener Fonds ihre Absichten vereiteln kann. Wenn sie mißliebige Beamte aus dem Dienst entfernen will, so kann sie doch nichts dagegen haben, daß dieselben von der Nation schadlos gehalten werden. Will aber sie oder wollen ihre Parteigenossen noch außerdem mißliebige Staatsangehörige schädigen, so besteht zu einer solchen Parteilichkeit kein Recht, und das Dasein eines Unterstützungsfonds wird doppelt heilsam sein, wenn es bewirken kann, daß parteiische Verfolgungen in der Erwägung unterbleiben, daß sie ja doch vergütet werden würden. Man sollte es für unmöglich halten, daß das Gewissen einer Regierung sich gegen diese einfachen Wahrheiten verschließen könnte. Man sollte es für unmöglich halten, daß eine Regierung Sammlungen verbieten könnte, welche lediglich den Zweck haben, unschuldig Leidenden zu helfen."
Der empörten öffentlichen Meinung ward aber genuggetan durch das freisprechende Erkenntnis des Gerichtshofes[4]), der davon ausging,

1. daß die Aufforderung zu Beiträgen zum Nationalfonds nicht als „unbefugtes Kollektieren" im Sinne der Polizei-

[1]) Breslauer Ztg. 1862, No. 512 und Stein, Gesch. von Breslau, S. 598: In Graudenz hatte ein Hauptmann Becker — er wurde bald darauf irrsinnig — seine Kompagnie so gepeinigt, daß die Soldaten ihm passiven Widerstand entgegensetzten und eines Tages sein Kommando nicht ausführten. Die Unglücklichen traf die volle Macht des Kriegsgesetzes; einige der zu 12—18 Jahren Zuchthaus Verurteilten hatten Weib und Kinder, für die nun gesammelt wurde.
[2]) Breslauer Ztg. 1862, No. 535.
[3]) dto. dto. No. 539.
[4]) dto. dto. No. 533 und 549.

verordnung vom 20. September 1852 erachtet werden könne, selbst wenn dieselbe als rechtsbeständig erachtet werde;

2. daß der Polizeirichter die Rechtsgültigkeit der Polizeiverordnungen nach Maßgabe des § 6 Litt. a bis h des Gesetzes vom 11. März 1850 zu prüfen habe;
3. diese Verfügung aber im vorliegenden Falle dazu führe, die Polizeiverordnung vom 20. September 1852 und die deklaratorische Regierungsverfügung als die Grenzen des § 6 überschreitend, für rechtsungültig zu erklären;
4. daß endlich auch noch lediglich von dem Standpunkte des § 15 des Gesetzes vom 11. März 1850 aus die Verordnung rechtsungültig sei. Sie stehe nämlich im Widerspruche mit der Verfassungsurkunde und dem Preßgesetz. Jene gewährleiste das Recht der freien Meinungsäußerung und schreibe im Art. 27 ausdrücklich vor: „„Die Zensur darf nicht eingeführt werden, jede andere Beschränkung nur im Wege der Gesetzgebung."" Zur Beschränkung der Presse sei das Preßgesetz vom 12. Mai 1851 ergangen und darum jede dort nicht ausgesprochene Beschränkung der Preßfreiheit gesetzwidrig.

   Eine mit den vorliegenden Polizeiverordnungen übereinstimmende Vorschrift enthalte aber das Preßgesetz nicht; vielmehr bestimme es nur in § 23: „Oeffentliche Aufforderungen zur Aufbringung der wegen eines Preßvergehens oder Verbrechens verwirkten Strafen sind verboten."

Jede andre Aufforderung zum Zusammenbringen von Beiträgen wäre somit erlaubt und eine dagegen gerichtete Polizeiverordnung gesetzwidrig.

„Eine erste Niederlage des bisherigen Systems" nannte die Zeitung[1]) das in diesem Prozeß gefällte freisprechende Urteil. „Was aber mehr erreicht worden," fährt sie fort, „ist das durch solche und ähnliche Fälle immer kräftiger in den Bürgern sich entwickelnde Bewußtsein, daß es trotz alledem und alledem „„noch ein Kammergericht in Preußen gibt,"" mit anderen Worten, daß die preußischen Gerichtshöfe, allem Parteitreiben fremd, über allen Konflikten stehend und keinem Einfluß irgend welcher Art unterworfen, nichts als das Gesetz und nur das Gesetz vor Augen haben. Dieses Bewußtsein erhöht und kräftigt den bürgerlichen Mut, der uns sicher durch die jetzige Verfassungskrisis hindurchführt. Die öffentliche Gerichtsverhandlung, durch die Zeitungen unter viele Tausend verbreitet, nützt mehr, als alle noch so scharfen Leitartikel, die wir über die Gesetzlichkeit und Notwendigkeit des Nationalfonds schreiben könnten. Jede Behörde sollte es sich darum zehnmal überlegen, ehe sie es über eine alle Gemüter bewegenden Frage zu einem solchen Prozesse kommen läßt."

Daß bis zum Urteil der Berufungsinstanz die Polizeiverwaltung an das freisprechende Erkenntnis sich nicht kehren zu brauchen

---

1) a. a. O. No. 535.

glaubte, sollte die Zeitung schon am 23. Dezember 1862 erfahren, an welchem das Mittagblatt[1]) beschlagnahmt wurde, weil darin wieder die Spender für den Nationalfonds namentlich aufgeführt worden waren. Diese Konfiskation stand im krassesten Gegensatz zu der Freiheit, welcher sich die Berliner Blätter in dieser Hinsicht erfreuten, hatten doch am nämlichen Tage, wo die Beschlagnahme in Breslau erfolgte, Nationalzeitung und Volkszeitung[2]) für den Nationalfonds agitiert. An demselben Tage wurden in Potsdam Schulze-Delitzsch und Genossen ebenso freigesprochen, wie die Redakteure der Breslauer Blätter, und in einer ganzen Reihe anderer preußischer Städte z. B. in Elberfeld war ganz ungestraft diese Kollekte empfohlen worden. Das Vorgehen der Breslauer Polizei sah also sehr nach Chikane aus, doch sollte, was in Repressalien gegen die Presse noch geleistet werden konnte, erst das kommende Jahr, der Höhepunkt des Konflikts, beweisen.

In sehr pessimistischer Stimmung begann die Zeitung den Januar

1863.

„Unsere jetzigen Zustände," schreibt sie,[3]) „haben so manche Aehnlichkeit mit denen Preußens vor 50 Jahren. Auch jetzt ist das preußische Volk niedergebeugt; es erduldet auch jetzt schwere Verfolgungen und hat vielleicht noch härtere zu erwarten. Auch jetzt ist unsre Ehre verpfändet vor der ganzen Welt, und auch jetzt will kleinmütigen Seelen die Rettung von dem Druck unmöglich scheinen. Auch wir haben einen schweren Kampf vor uns, den Kampf mit den Waffen des Geistes, des Gesetzes, aber reif ist auch unsre Befreiung, denn das preußische Volk will die Freiheit und ist ihrer würdig. Doch der Kampf kann lange währen und harte Opfer erfordern."

In dieser letzteren Ansicht wird das Blatt durch die Thronrede[4]) bestärkt, die alles Beiwerks entkleidet vollständig dem reaktionären Programm des Rundschauers von der Kreuzzeitung entspreche und unter möglichst glatten Formen möglichst scharf den Wünschen des Landes und der Volksrepräsentation entgegentrete. Es liege zutage, daß Wilhelm I. über die Lage des Landes und die Handlungen des Ministeriums wie der Provinzialbehörden teilweise nicht, teilweise falsch berichtet sein müsse. So offen, so frei von jedem Hintergedanken, frei von jedem egoistischen Zweck der König zu seinen Ratgebern spreche, so offen und ehrlich, so frei von Eigennutz halte er jedes Wort seiner Berater, alle Beteuerungen der Loyalität, wie deren so viele in letzter Zeit an den Thron gelangt. Dies Gewebe von Unwahrheiten zu zerreißen, zu konstatieren, daß dem Willen des Königs zuwidergehandelt worden, das wäre nun die Aufgabe der Adresse des Abgeordnetenhauses.[5])

---

1) a. a. O. No. 600.
2) a. a. O. No. 601.
3) Breslauer Ztg. 1863, No. 1.
4) a. a. O. No. 25.
5) a. a. O. No. 39.

Kein Wort mehr, aber auch kein Wort weniger, als zu diesem Zweck notwendig sei; denn wären erst wieder verfassungsmäßige Zustände heraufgeführt, dann müßten die Früchte der Verfassung vielleicht spät, aber doch sicher den Liberalen zufallen. Lege man diesen Maßstab an den von Virchow und Carlowitz eingebrachten Adressenentwurf, so könne ihm uneingeschränkter Beifall gezollt werden. Frei von allem Nebenwerk, allen Redeblumen sage er in einfacher und doch ans Herz gehender Sprache die Wahrheit, und nichts als die Wahrheit; er reihe Faktum an Faktum, und diese bloße Aufzählung der Tatsachen rede laut für das gekränkte Recht des Volkes. Niemand, dem dieses Recht teuer sei, könne deshalb jener Adresse seine Zustimmung versagen, und der Ausgang der Adreßdebatte wäre so fast mit Sicherheit vorauszusagen.

Deren Verlauf schildert die Zeitung[1]) im Hochgefühl des Triumphes im ganz dithyrambischem Stil. „Auf der einen Seite Talent, Feuer, Hingebung, Mut der Ueberzeugung, auf der anderen Seite Schlangenwindungen und dann ohnmächtiges Verbergen in der eignen Schwäche; auf der einen Seite die unwiderstehliche Wehr des Rechts, auf der andren die Drohung mit der Macht und Gewalt. Solchen Kampf liebt kein edler Mann; hätte die Majorität der Volksvertretung die Adreßdebatte vermeiden können, sie hätte es getan. — — — — Und doch, trotz der Schwäche der einen Partei war der Kampf ein erhebender; wir dürfen stolz sein auf unsre Abgeordneten. — — — Sie sind nicht ihrem Drange gefolgt, sie haben nicht ihren Gedanken Ausdruck gegeben; sie haben gesprochen, was die ganze Nation fühlt und denkt.“

Die großartige Adreßdebatte habe nach allen Seiten hin einen gewaltigen Einfluß ausgeübt, das beweise am besten die Adresse des Herrenhauses, die ein Gegengewicht bilden sollte, wozu ihr freilich nicht mehr als alles gefehlt. Aber durch die Beantwortung, welche die beiden Adressen seitens des Königs gefunden und worin er ausdrücklich seine Uebereinstimmung mit dem Ministerium ausgesprochen, wäre man faktisch auch nicht einen Schritt weitergekommen, sondern der Konflikt bestünde in seiner ganzen Schärfe fort.[2]) Dem Abgeordnetenhause bleibe also nichts weiter übrig als in die Beratung der vorgelegten wenigen und nicht grade bedeutenden Gesetze einzutreten; es müsse den Etat für 1863 grade so behandeln, wie den für 1862 und es dabei dem Ministerium überlassen, wie weit es mit der sog. Lahm- und Trockenlegung des Abgeordnetenhauses kommen werde. Jedenfalls stünde fest, daß die Ereignisse für ein Parlament, welches sich trotz aller Passivität doch nicht „trockenlegen“ lasse, besser arbeiten würden als alle „Taten“, die jetzt eine Aenderung des Systems nicht bewirken könnten; die europäische Situation sei wahrlich nicht so rosenfarben, daß man der Hilfe des Parlamentes entbehren könne.

Die preußisch-russische Konvention und die Interpellation darüber in der Kammer[3]) hat nach Ansicht der Zeitung

[1]) a. a. O. No. 49 und 51.
[2]) a. a. O. No. 69.
[3]) a. a. O. No. 89, 95, 99 und 101.

dies sehr bald dargetan; denn das Ministerium, nicht das Abgeordnetenhaus, wäre durch die Polendebatte „trockengelegt“ worden, so daß es sich schließlich nur noch durch die Verdächtigung, die Abgeordneten nähmen Partei für die polnische Revolution, helfen zu können geglaubt. Und doch seien die Volksvertreter nur für die Ehre der preußischen Nation eingetreten; denn ein Staat, dessen Regierung sich ungebeten zum Diener eines anderen Landes mache, verliere die Achtung seiner Nachbarn. Das preußische Volk wolle auch nicht dazu mithelfen, daß eine Nationalität noch härter und schroffer unterdrückt werde, als sie es bereits sei; Preußens Volk wolle weder die Mitschuld übernehmen für das, was Rußland an Polen bisher gesündigt, noch was es ferner fehlen werde. Diesem Willen der Nation habe allein das Abgeordnetenhaus Ausdruck geben wollen und darum in einer zweitägigen Debatte von der ernstesten Bedeutung die ganze Konvention, und was damit zusammengehangen, förmlich zerpflückt. Dieses patriotische Verhalten, das der Kammer die Zustimmung ihrer Wähler wie die ehrende Anerkennung der englischen Staatsmänner aller Parteien gewonnen, habe aber seitens der „Staatsretter“ nur Würdigung in einem Schmähartikel des „Staatsanzeigers“ gefunden.[1]) Die unwürdige Herausforderung sei jedoch glücklicherweise eine verfehlte Spekulation gewesen, denn das Abgeordnetenhaus wäre mit bewundernswerter Ruhe und Mäßigung in seiner Arbeit fortgefahren. Ja, die Militärkommission habe sogar bewilligt, was dem Ministerium Auerswald-Schwerin nicht zugestanden worden; die Regierungsvertreter hätten aber dafür nur die einfache Erklärung gehabt, daß die zweijährige Dienstzeit nicht akzeptiert werden könne. Die Kommission wäre mit ihren Konzessionen bis an die Grenzen des Möglichen gegangen, das Ministerium habe sich einfach ablehnend verhalten,[2]) alles Brüskierungen, denen nun der Streit zwischen Roon und Bockum-Dolffs um die Disziplinargewalt im Abgeordnetenhaus schließlich die Krone aufgesetzt.[3])

Zwar habe hier das Kabinett einen schmählichen Rückzug antreten müssen; aber es wolle trotzdem, wenn auch nur dem Scheine nach, Recht behalten; daher suche es die Aufmerksamkeit von der Sache selbst abzuziehen und auf einen andren Gegenstand hinzulenken, daher auch die Forderung der Erklärung, daß dem Präsidenten keine Disziplinargewalt über die Minister, namentlich kein Ordnungsruf zustehe. Die Taktik des Kabinetts laufe also augenscheinlich auf ein Verschieben der Entscheidung hinaus. Das Abgeordnetenhaus müsse daher schleunigst seine günstige Position benutzen und sich schnell über eine Adresse einigen. Seit Monaten wundre sich schon ganz Europa über die unendliche Langmut der Kammer allen Provokationen gegenüber, und die Vorwürfe der Feigheit mehrten sich von Tag zu Tag. Noch mehr Mäßigung zeigen, als bisher geschehen, heiße die Ehre in die Schanze schlagen. Darum

---

1) a. a. O. No. 139.
2) a. a. O. vgl. auch 71, 75, 149.
3) a. a. O. No. 219, 225, 227.

wäre es die unaufschiebbare Pflicht des Hauses, in einer Adresse an die Krone sich ehrerbietig, aber unumwunden über die Politik des Ministeriums auszusprechen und auf eine Entscheidung zu dringen, die Rücktritt des Kabinetts oder Auflösung der Kammer laute.

Daß der Entscheid in der königlichen Botschaft die Uebereinstimmung der Krone mit dem Vorgehen des Ministeriums manifestiert, überrascht die Zeitung[1]) indessen nicht so sehr, wie die Tatsache, daß das Kabinett die Person des Königs in einen Konflikt hineingezogen, der, von welcher Seite auch immer betrachtet, einzig und allein aus der Interpretation über eine Form hervorgegangen sei. Wenn aber das Ministerium sich so energisch auf die Wahrung eines nur formellen Rechtes steife, so zeuge es doch wahrlich von einer außerordentlichen, ja übermäßigen Bescheidenheit, wenn die Kammer den Wunsch hege, daß ihre materiellen Rechte gewahrt würden. Man werfe ihr Uebergriffe in fremde Rechte vor, und dabei habe sie nicht einmal die Macht, die ihr durch die Verfassung garantierten Rechte zur Geltung zu bringen. Zwischen ihr und dem Ministerium wäre nunmehr ein Ergebnis der Verhandlungen nicht mehr abzusehen. Da die Krone aber dieses Ergebnis mit allem Recht verlange und das gesamte Volk sich mit diesem Verlangen in vollster Uebereinstimmung befinde, so sei menschlichem Ermessen nach die Auflösung des Hauses nicht länger zu vermeiden.

Daß statt dessen der Landtag geschlossen[2]) worden, hält das Blatt für den geschicktesten, wenn auch nicht verfassungsmäßigen Ausweg, den das Ministerium aus seiner Verlegenheit habe finden können. Die mit den Neuwahlen im Lande notwendig verbundene Aufregung und der Eindruck, den das Wahlresultat auf den Monarchen machen müßte, würden so vermieden. Es wäre aber sehr wünschenswert gewesen, wenn dem Hause noch Zeit geblieben wäre zu einer letzten Pflicht, nämlich in kurzer, kräftiger Resolution die Nichtigkeit aller Oktroyierungen auszusprechen, beträfen sie nun ein Militär-, Wahl- oder Preßgesetz.

Wie sehr dies nötig gewesen wäre, beweisen in den Augen der Zeitung am besten die Preßordonnanzen vom 1. Juni 1863, welche die Verwaltung zur Herrin über Leben und Tod der Presse gesetzt.[3]) „Wir waren auch bisher nicht auf Rosen gebettet“, schreibt sie am 5. Juni,[4]) „ein Notstand, auf dem die Oktroyierungen basiert sind, war wirklich vorhanden, nämlich der Notstand der Presse.[5]) Die Handhabung der Preßgesetze in dem letzten Jahr machte jeder aus vollem Herzen, aus Hingebung für das Wohl unsrer Mitbürger gesprochene Wort zu einer Gefahr für uns. Wir standen in dem großen Kampf auf Vorposten und hatten jeden Augenblick den tödlichen Streich des Feindes zu besorgen. Wir

1) a. a. O. No. 235.
2) a. a. O. No. 241, 243 und 245.
3) a. a. O. No. 252 und 253.
4) a. a. O. No. 255.
5) Vgl. auch No. 83, 133 und 143.

zagten nicht, denn nur uns, den Redakteuren drohte die Gefahr. Nach Erlaß der Preßverordnung aber trifft der schwerste Schlag den Verleger und die gesamte Zeitungsindustrie."

„Wir können und werden daher absichtlich die Bestimmungen der Verordnung vom 1. Juni nicht übertreten," schreibt die Breslauer Zeitung weiter im Leitartikel von No. 271, „aber noch verbietet sie nicht, innere Vorgänge, Maßnahmen und Anordnungen der Kritik, selbstredend auch der tadelnden Kritik zu unterwerfen. Wir werden also nach wie vor in unsren Leitartikeln die inneren Angelegenheiten des Staates besprechen und die Maßnahmen der Regierung tadeln, wo es angebracht, und loben, wo ein Lob gerechtfertigt ist." Zu den lobenswerten Maßnahmen nun rechnet das Blatt in der Folgezeit die Auflösung des Abgeordnetenhauses[1]), die wie ein Blitzstrahl die schwüle Luft gereinigt. Bei dem kommenden Wahlgange könnten die Zeitungen freilich dem Volke nicht in der Weise zur Seite stehen wie in früheren Jahren; inwieweit die Vereine, besonders die Wahlvereine, ihre Wirksamkeit würden entfalten dürfen, lasse sich auch nicht vorhersagen. Indessen wären Zeitungen und Vereine entbehrlich; sie hätten lange genug angestrengt gearbeitet, so daß die Frucht auch ohne ihr Zutun schließlich reifen würde. Das Volk brauche gegenwärtig weniger als je eine Leitung und Organisation, denn sein Leitstern sei die Verfassung, seine Organisation aber die Gemeinsamkeit seiner Gesinnung.

Mit Genugtuung nimmt die Breslauer Zeitung davon Notiz, daß dieses ihr Vertrauensvotum das Volk auch durch das Wahlresultat[2]) gerechtfertigt habe, da Fortschrittspartei und linkes Zentrum in der früheren Stärke wiedergekehrt und nur die Altliberalen eine Reihe Mandate an die Konservativen verloren. Der Gewinn der feudalen Partei stünde aber auch nicht in einem annähernden Verhältnis zu ihren Anstrengungen und dem Arsenal ihrer Mittel; er deute vielmehr darauf hin, daß die Wahlen eine Lösung des Konflikts nicht um Haaresbreite nähergerückt hätten, da das Ministerium eben immer noch nicht die Majorität auf seiner Seite habe. Aus diesem Grunde habe auch die Thronrede[3]) zu Beginn der neuen Session es vermieden, Wege der Vermittlung und Verständigung anzugeben, und doch hätte keine Partei Freude an der Fortsetzung des Konflikts. Die Abgeordneten aller Fraktionen würden vielmehr gern und freudig die Hand zur Beseitigung bieten, denn das ganze Volk fühle mit dem König, daß die Zeit ernst und bewegt sei, und daß dieser Ernst die Einheit zwischen König und Volk gebieterisch fordere. Jene Einheit könne und dürfe aber auch nicht dadurch herzustellen gesucht werden, daß die Volksvertretung die wenigen Waffen sich zerbrechen lasse, welche die Verfassungsrevisionen ihr gelassen und zu denen die freie Presse gehöre. Ohne sie sei das Parlament ohnmächtig, da sie jedes Wort der Kammer bis an die fernsten Grenzmarken des Landes trage; die

---

1) a. a. O. No. 415.
2) a. a. O. No. 509.
3) a. a. O. No. 527.

unterbrochene geistige Verbindung von Haupt und Gliedern lasse aber auch letztere sterben.[1]) Das Abgeordnetenhaus hat also nur in seinem eigensten Lebensinteresse gehandelt, wenn es der Preßverordnung vom 1. Juni die Genehmigung versagt.[2])

Die damit auch bewiesene Energie und feste Entschlossenheit, reaktionären Bestrebungen die Stirn zu bieten, sichere dem preußischen Volk, aber zugleich den übrigen deutschen Volksstämmen den Rest der Sympathie, um welche es zum großen Teil durch die Maßnahmen des Ministeriums Bismarck, vor allem durch dessen äußere Politik gebracht worden.[3])

Als Bismarck die Leitung der auswärtigen Politik übernommen, habe unter vernünftigen Leuten kein Zweifel geherrscht, daß er seine junkerlichen Gesinnungen in vollem Umfang bewahren werde; doch hätte auch niemand an seinem Patriotismus gezweifelt und eine Wiederholung des Tages von Olmütz gefürchtet, sondern jedermann habe von ihm eine selbständige und den Interessen des Landes entsprechende äußere Politik erwartet. Der polnische Aufstand[4]) wäre zum Prüfstein für die Richtigkeit dieser Ansicht geworden. Die ganze Nation hätte indes über des Ministerpräsidenten Interventionspolitik ebenso den Stab gebrochen wie über seine innere Politik, da sie, wenn mit Erfolg durchgeführt, nur eine Handlung in russischem Interesse und russischen Diensten gewesen wäre. Die größten Nachteile würden aber in der Demoralisation des preußischen Heeres gelegen haben, hätte man ihm zugemutet, in Gemeinschaft mit barbarischen Horden einem Volke die Banden fester zu schnüren, dem trotz seiner Fehler für sein namenloses Unglück, seine unbegrenzte Vaterlandsliebe kein preußisches Herz das Mitgefühl versagen könne. Was zu dem Ausbruch des polnischen Aufstandes mehr beigetragen, die Erbitterung des Volks über den blutigen Despotismus Rußlands und sein Freiheitsdrang oder die ruchlosen Hetzereien der englischen Diplomatie, welche die französisch-russische Allianz zu sprengen beabsichtigt, darüber ein Urteil abzugeben wäre sehr schwer. Eins aber stünde fest, daß das diplomatische Spiel den Aufstand beschleunigt und dann ausgebeutet. Seitdem das Londoner Kabinett sein Ziel erreicht, Napoleon III. wider seinen Willen durch die mächtig erregten Sympathien des französischen Volkes in die Feindschaft gegen Rußland zu drängen, seitdem sähe es mit empörender Gefühllosigkeit zu, wie Polen hingeschlachtet würde auf dem Altare jener Macht, die ihre weltumfassenden Pläne über den Leichen der Völker, über den Trümmern europäischer Bildung und Gesittung zur Ausführung bringen wolle. Noch kämpfe das unglückliche Nachbarvolk den Heldenkampf der Verzweiflung; bald aber werde es ausgekämpft, nicht ausgeduldet haben. Es sei ein entsetzlicher Anblick, ein ganzes Volk sterben zu sehen, und Polen sterbe langsam, Glied für Glied, verraten und

---

1) a. a. O. No. 533.
2) a. a. O. No. 547.
3) a. a. O. No. 77, 85, 113 und 203.
4) a. a. O. No. 81, 137, 145, 311, 319, 381, 409, 437, 443, 465, 499.

verkauft. Wie England, so hätten fast alle andren europäischen Staaten den polnischen Aufstand zu ihrem Vorteile auszubeuten gesucht, vor allem auch Oesterreich mit seiner perfiden Politik.

Keine Regierung habe mit so feiner Berechnung, mit so schamloser Zweideutigkeit und Heuchelei den Vorteil zur Triebfeder ihrer Handlungen gemacht wie die österreichische. Schritt für Schritt wäre diese Politik der Unehrlichkeit zu verfolgen gewesen, die in Polen den Brand geschürt, den Aufstand wenigstens passiv begünstigt und die Insurgenten durch rechtzeitige Denunziation ans Messer gebracht. Doch die Vergeltung dafür sei nahe. Napoleon, nicht imstande, durch einen Feldzug für Polen den Groll seines Volkes zu entwaffnen, müsse seinen ganzen Zorn gegen Oesterreich wenden, denn England sei ihm unnahbar. Italien rüste; ob Frankreich das Gleiche tue, sei noch nicht ganz sicher. Doch könne der Kaiser keinen besseren Ausweg aus den zahllosen Verlegenheiten finden, welche diplomatische Niederlagen und der Widerwille seines Volkes gegen den Despotismus ihm bereiteten, als es ein Krieg für Italien und die Einlösung seines Versprechens: „Frei bis zur Adria!" sei.[1]

Ja, Oesterreich sei bereits seine Perfidie vergolten worden durch die Antipathien, welche es sich mit dem Frankfurter Fürstenkongreß[2] in Deutschland zugezogen. Dieses Trugspiel, lediglich deshalb in Szene gesetzt, um den im deutschen Volk lebenden Drang nach Freiheit und Einheit auszubeuten für die Interessen des Hauses Habsburg, deutsches Blut zu gewinnen, um mit ihm den Bau der habsburgischen Macht zusammenzukitten, habe nur kurze Zeit den Süden und Westen Deutschlands Franz Joseph zujubeln lassen; denn allzubald seien die egoistischen Absichten Oesterreichs zutage getreten, und so trügen jetzt die Süddeutschen gegen das Wiener Kabinett einen glühenderen Haß, als er je gegen Preußen lebendig gewesen. Wären die Gesinnungsgenossen des Grafen Rechberg nicht mit Blindheit geschlagen, so müßten sie nun endlich einsehen, daß die Völker sich nicht mehr wie Trümpfe gegeneinander ausspielen ließen; verschlössen sie sich aber absichtlich dieser Einsicht, so würde ihnen die Bewegung für Schleswig-Holstein,[3] die das deutsche Volk in seinen tiefsten Tiefen aufgeregt, jene Wahrheit ad oculos demonstrieren.

So freudig aber auch das Blatt auf die Begeisterung allenthalben in Deutschland blickt, so sehr wünscht es doch, daß sie sich fernhalte von jeglicher romantischen Phantasterei und der Lage der Dinge, wie sie nun einmal sei, klar ins Auge schaue. Nur die deutschen Großmächte und vor allem Preußen könnten Schleswig-Holstein für Deutschland erhalten, aber allein durch Lossagung vom Londoner Protokoll, durch Anerkennung des Herzogs Friedrich und somit durch das vollständige Loslösen der Elbherzogtümer von Dänemark. Nicht in Fürstenkongressen und Bunedsreformprojekten,

---

[1]) a. a. O. No. 301, 303 und 607.
[2]) a. a. O. No. 371, 379, 383, 385, 391, 407, 411.
[3]) a. a. O. No. 163, 179, 321, 447, 463, 485, 489, 501, 507, 515, 539, 551, 555, 557, 567, 571, 575, 577, 579.

nicht in dem Wechsel des Vorsitzes oder im deutschen Parlament mit direkten Wahlen liege die Einheit Deutschlands, sondern in Schleswig-Holstein; wer dort einrücke, der besitze Deutschland. Das sei freilich, wie die Breslauer Zeitung zugibt, die Blut- und Eisentheorie; aber wenn Bismarck je einen richtigen Ausspruch getan, so wäre es dieser gewesen. Nur durch Blut und Eisen könne Deutschland geeinigt und Schleswig-Holstein für Deutschland erhalten werden. Das bedeute allerdings den europäischen Krieg, doch wer es auf diesen nicht ankommen lassen wolle, der möge in Zukunft schweigen von allen Reformprojekten, von Fürstendirektorium, Bundesrat und dergleichen Dingen, mit denen man nicht einen Dänen aus Schleswig vertreibe.

So stellt sich die Breslauer Zeitung am Schluß des Jahres ganz auf den Standpunkt des Mannes, dessen Feindschaft gegen die Presse ihr während der verflossenen 12 Monate genug Unannehmlichkeiten bereitet. Am 16. Januar 1863[1]) begann der Reigen der Preßprozesse und -beschränkungen durch die in zweiter Instanz geführten Verhandlungen betreffend den Nationalfonds. Das Urteil des Appellationsgerichts bestätigte lediglich das erste Erkenntnis in Bezug auf die Veröffentlichungen des von Unruh'schen Aufrufs und der Beiträge zum Nationalfonds, änderte aber bezüglich der Graudenzer Kollekte das Erkenntnis dahin ab, daß der Redakteur Weber vom Schlesischen Morgenblatt mit einer Geldbuße von 3 Tlr. zu belegen sei. Die im allgemeinen publizierten Erwägungsgründe[2]) erkannten sowohl die Polizeiverordnung vom 20. September 1852 wie die spätere Regierungsverordnung als rechtsgültig an, doch seien dieselben auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar, ebensowenig § 37 des Preßgesetzes, da derselbe eine Teilnahme an Uebertretungen nicht vorgesehen habe.

In Sachen des Nationalfonds wurde noch einmal dasselbe Urteil gefällt am 6. März 1863,[3]) wo wegen Veröffentlichung des von Unruh'schen Aufrufs in den deshalb konfiszierten Mittagblättern No. 600 die Breslauer und die Schlesische Zeitung vor den Schranken des Gerichts standen. Die Beschlagnahme der Blätter wurde für ungerechtfertigt erklärt und die saisierten Exemplare am 9. Mai 1863 den Expeditionen durch das Polizeipräsidium wieder zur Verfügung gestellt.[4]) So war nun endlich der leidigen Nationalfondsangelegenheit ein Ende gemacht worden; doch grade nur ein Vierteljahr sollte die Breslauer Zeitung von den Plackereien der Behörden verschont werden. Am 20. Juni[5]) machten sich bereits die Preßordonnanzen durch die erste Verwarnung fühlbar, welche folgendermaßen lautete:

> „Die in Ew. Wohlgeboren Verlage erscheinende „„Breslauer Zeitung““ hat auch nach Emanation der „„Verordnung betreffend das Verbot von Zeitungen und

---

1) a. a. O. No. 25, S. 127.
2) Vgl. a. a. O. No. 65, die Publikation des Urteils.
3) Vgl. a. a. O. No. 111, S. 573.
4) a. a. O. No. 215, S. 1163.
5) a. a. O. No. 283, S. 1531.

Zeitschriften““ vom 1. d. Mts. mehrfache Beweise einer Haltung gegeben, welche die öffentliche Wohlfahrt gefährdet. Beispielsweise ist in dem Eingange des „„Die Ordonnanzen““ überschriebenen Leitartikels der No. 253 vom 4. d. Mts. eine Verhöhnung der bezeichneten Königlichen Verordnung und des motivierenden Berichtes des Königlichen Staatsministeriums vom 1. d. Mts. zu erkennen; in dem Leitartikel zu No. 255 vom 5. Juni („„An unsre Leser““) wird „„das Volk““ aufgefordert, „„„sich seine Presse zu erhalten,““ was hier so viel bedeutet als gegen das Gesetz für die Maßlosigkeiten der Presse einzutreten. In No. 271 endlich vom (14. d. Mts.) berichtet ein Korrespondent aus Görlitz, der Abgeordnete Dr Paur habe gewußt, alle gegen das Abgeordnetenhaus gerichteten Anschuldigungen „„in das Nichts der Verleumdungen zu zerlegen““, eine Darstellung, welche gegenüber der Königlichen Botschaft vom 26. v. Mts. eine erhebliche Verletzung der Sr. Maj. dem Könige schuldigen Ehrfurcht enthält. Auf Grund der §§ 1 und 3 der oben bezeichneten Verordnung vom 1. d. M. erteilen wir daher Ew. Wohlgeboren als Verleger der Breslauer Zeitung hierdurch eine Verwarnung.

Breslau, den 20. Juni 1863.

Königl. Regierungspräsidium.

(gez.) von Schleinitz.

Trotz dieser Verwarnung glaubte die Zeitung aber doch nicht zu einem damals infolge der Preßordonnanzen beliebt gewordenen Auswege ihre Zuflucht nehmen zu dürfen, nämlich entweder bloß eine einfache historische Zusammenstellung der politischen Nachrichten zu bringen oder über indifferente Dinge zu schreiben; sie hielt es vielmehr für ihre Pflicht, zur Verteidigung ihrer Grundsätze den Raum und den Boden zu benutzen, welchen die Preßverordnung vom 1. Juni freigelassen.[1]) Ihre Leser gedachten ihr jedoch zu Hilfe zu kommen, wie folgende Korrespondenz aus Striegau[2]) beweist: „Um ferneren Verwarnungen der Breslauer Zeitung zu begegnen, beabsichtigen die hiesigen Abonnenten derselben unter Verzichtung auf die Lektüre von Leitartikeln über innere Staatsfragen der Redaktion dieser Zeitung die Erklärung resp. die Bitte zukommen zu lassen, für die ganze Dauer der Rechtsgültigkeit der Preßverordnung vom 1. Juni d. J. derartige Artikel gänzlich zu vermeiden.“

Wie nötig die hiermit ausgesprochene Mahnung zur Vorsicht war, bewies bald ein Preßprozeß. Am 29. September[3]) hatte sich nämlich der Redakteur Kilian gegen die Anklage zu verteidigen, in dem in No. 225 der Breslauer Zeitung enthaltenen Leitartikel —

---

1) a. a. O. No. 285 und 289.
2) a. a. O. No. 289, S. 1566.
3) a. a. O. No. 455, S. 2378.

er behandelte das Recontre Roons mit Bockum-Dolffs — Einrichtungen des Staates und Anordnungen der Obrigkeit durch Schmähung und Verhöhnung dem Hasse und der Verachtung ausgesetzt und in dem Leitartikel in No. 251 — er betraf den Erlaß der Preßordonnanzen — eine Ehrfurchtsverletzung gegen den König begangen zu haben. Dr. Stein, welcher beide Artikel erst nach ihrer Veröffentlichung eingesehen hatte, war auf Grund des § 37 des Preßgesetzes[1]) haftbar zu machen. Kilian wurde zu 40 Tlr., Dr. Stein zu 15 Tlr. Geldbuße verurteilt, und zwar unter Annahme mildernder Umstände, die darin gefunden wurden, daß die Rechtsbegriffe über die Beziehungen des Art. 63[2]) auf Art. 27[3]) der Verfassung im Publikum vielfach zweifelhaft seien. Von der Beschuldigung der Majestätsbeleidigung wurden die Angeklagten freigesprochen. In diesem Sinne entschied auch das Appellationsgericht am 13. Dezember 1863[4]), erhöhte aber wegen Beleidigung des Staatsministeriums die Strafe des Redakteurs Kilian auf 70 Tlr.

Die Preßprozesse setzten ihren Reigen auch im Jahre

1864

lustig fort, obwohl doch die Kriegsereignisse die scharfe Kritik der inneren Verhältnisse in den Hintergrund treten ließen und das fast ausschließliche Interesse der Breslauer Zeitung in Anspruch nahmen. Freudig hatte sie die Erstlingstat des Bundestages begrüßt, die Ablehnung des österreichischen, die Ausweisung des Herzogs Friedrich VIII. aus seinen Erblanden verlangenden Antrages.[5]) Wenn nunmehr die Anerkennung dieses Fürsten durch den Bund zur Tatsache würde, so meinte das Blatt, müßten Preußen und Oesterreich sich über einen der beiden Wege entscheiden, welche sie sich offengehalten, über den Krieg für oder gegen das Londoner Protokoll. Alsdann gebe es kein Schwanken mehr, und der preußischen Volksvertretung werde darauf die Entscheidung leicht werden, ob die geforderte Kriegsanleihe zu bewilligen, oder zu verwerfen sei. Man dürfe aber hoffen, daß die Landesvertreter mit gutem Gewissen die Zwölf-Millionen-Anleihe, ja noch höhere Nachforderungen

---

[1]) „Kann der Redakteur nach allgemeinen Grundsätzen als Urheber oder Teilnehmer nicht gestraft werden, so verfällt er, wenn in seinem Blatte ein Preßvergehen begangen worden ist, einer Geldstrafe bis 500 Tlr., wenn ein Preßverbrechen begangen worden ist, einer Geldstrafe bis 1000 Tlr.“ Vgl. dazu Berner, Lehrbuch des Deutschen Preßrechts, Leipzig 1876, S. 111.

[2]) „Nur in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentl. Sicherheit oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes es dringend erfordert, können, insofern die Kammern nicht versammelt sind, unter Verantwortlichkeit des gesamten Staatsministeriums, Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen werden. Dieselben sind aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen.“ Nach „die Verfassungsurkunde des preuß. Staats“, Breslau 1856, S. 16.

[3]) „Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift und Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Die Zensur darf nicht eingeführt werden, jede andre Beschränkung der Preßfreiheit nur im Wege der Gesetzgebung.“ Vgl. a. a. O. S. 9.

[4]) a. a. O. No. 583, S. 3092.

[5]) Breslauer Ztg. 1864, No. 7.

würden bewilligen können, denn König Wilhelm habe in seiner Antwort auf die Adresse des Abgeordnetenhauses erklärt, daß seine Beschlüsse von denen des Bundestages abhängig seien; auch wäre die preußische Anleihe „zur Erfüllung der Bundespflichten" beantragt worden. Ihre Bewilligung durch die oppositionelle Kammermehrheit würde freilich den Ingrimm der Feudalen erregen, da die Verweigerung der Anleihe der Punkt sei, an dem sie so gern ihre Hebel ansetzen möchten. Wäre diese ihre Hoffnung vereitelt, so würden sie jedenfalls auf nicht zu rechtfertigende Nachforderungen dringen, damit es schließlich doch noch zu Oktroyierungen oder zu einer Verfassungssuspension käme.[1])

Bald aber kommt die Zeitung[2]) zu der Einsicht, daß es in den Augen der Regierung erst gar nicht der feudalen Intriguen und des dadurch hervorgerufenen Widerstandes der Liberalen bedurft hätte, um einen solchen Ausnahmezustand herbeizuführen und zu rechtfertigen. Habe man doch schon an leitender Stelle, wie Bismarck in seiner Rede am Schluß der Session dargetan, zu den Uebergriffen des Abgeordnetenhauses, die energische Gegenmaßnahmen der Regierung erforderten, die Bedingungen[3]) gerechnet, welche die Kammer an die Bewilligung der Anleihe geknüpft; angeblich wäre damit der Versuch gemacht worden, „die auswärtige Politik einem verfassungswidrigen Zwange zu unterwerfen". Mit dieser Ansicht befände sich Bismarck jedoch sehr im Unrecht, da inbetreff jener Bedingungen und Forderungen unter allen Parteien Preußens und Deutschlands sowie mit den meisten deutschen Regierungen und Volksvertretungen Uebereinstimmung herrsche. Ja, Bismarck habe selbst gesagt, daß der vom Ministerium Manteuffel bewirkte Abschluß des Londoner Vertrages zu bedauern sei. Trotzdem werde aber, nach den Antworten Oesterreichs und Englands zu schließen, für das Festhalten am Londoner Protokoll der nunmehr tatsächlich ausgebrochene Krieg geführt.[4]) Und doch könnten die Fürsprecher dieses Vertrages sehr leicht eine schwere Enttäuschung erleben; denn selbst wenn er dahin erweitert würde, daß die Herzogtümer nur durch eine Personalunion mit Dänemark verbunden blieben, Rendsburg oder eine andere Stadt Bundesfestung und Kiel Bundeshafen werden sollten, so würden trotzdessen bei dem ganz natürlichen und auf beiden Seiten ganz gerechtfertigten Nationalhaß zwischen Dänen und Deutschen letztere dem Druck in politischer und sprachlicher Hinsicht ebenso unterliegen wie früher. Das Festhalten am Londoner Vertrag wäre demnach unmöglich, und der Kampf der preußischen Truppen vor Missunde habe diese Traktate schon vernichtet.

Es gebe nur einen Siegespreis, welcher den Krieg rechtfertige, das sei die vollständige Losreißung der Herzogtümer von Dänemark. Eine Einmischung des Auslandes wäre dabei nicht zu befürchten; es bleibe sogar gradezu unbegreiflich, daß von Rußland

---

1) a. a. O. No. 23.
2) a. a. O. No. 49.
3) Rücktritt vom Londoner Vertrag und Anerkennung des Augustenburgers.
4) a. a. O. No. 61.

eine derartige Intervention erwartet werde.[1]) Wer sich auch nur ganz oberflächlich mit Politik beschäftigt, sollte doch nun endlich die Ueberzeugung gewonnen haben, daß, wenn irgend ein Staat, so ganz besonders Rußland zufrieden sein werde, wenn man es unbehelligt lasse. Aber die Furcht vor der Einmischung fremder Staaten beweise am besten, wie unklug die deutschen Vormächte damit gehandelt, daß sie eine deutschnationale Angelegenheit zu einer europäischen gemacht und dadurch ganz Europa mit Ausnahme des Deutschen Bundes das Recht zuerkannt, über das Schicksal der Herzogtümer und über den Preis für das vergossene deutsche Blut ein Wort mitzusprechen.

Die notwendige Konsequenz dieser verfehlten Politik glaubt die Zeitung[2]) in der ihr sehr unerwartet gekommenen Londoner Konferenz zu sehen, und sie ist nur zufrieden, daß eine Einigung über diese Basis der Verhandlungen zu erzielen vorläufig noch nicht möglich sei. Eins wäre aber doch zu befürchten, nämlich, daß das ganze diplomatische Spiel während des Waffentanzes schließlich zu einem Zusammenstoß der Meinungen führen und so eine gütliche Verständigung unmöglich machen werde.

Zu ihrer Freude sieht die Zeitung diese Gefahr durch den von Napoleon ausgehenden Vorschlag einer allgemeinen Abstimmung in Schleswig-Holstein vorläufig abgewendet.[3]) Oesterreich und Preußen, so glaubt sie, könnten sich dem Plan des französischen Kaisers gegenüber unmöglich reserviert verhalten, da der von ihnen ausgesprochene Zweck des Krieges, die Befreiung der Herzogtümer, durch die allgemeine Abstimmung am besten und sichersten erreicht werde; von dem konstitutionellen England aber, das den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker stets anerkannt und sich in vollbrachte Tatsachen immer gefügt, verstehe sich die Zustimmung von selbst. Zugleich würde man mit Napoleons Vorschlag der Streitfrage entgehen, ob man zur Entscheidung die alten Stände der Herzogtümer oder die gemeinschaftliche Landesvertretung nach der vom Herzog Friedrich anerkannten Verfassung vom 17. September 1848 zusammenberufen solle. So spreche vieles für eine allgemeine Abstimmung. Allein die Zeitung ist nicht sanguinisch genug, um zu erwarten, daß Bismarck mit besonderem Eifer für diesen Vorschlag eintreten werde. Nur die Gefahr, in Deutschland ganz von der Bank gedrängt zu werden, könnte das preußische Ministerium zum Anschluß an Frankreichs Projekt treiben, der einem Bruch mit Oesterreich gleich käme. Das Blatt erwartet aber auch von dem vereinten Vorgehen Frankreichs und Preußens keine augenblicklichen Erfolge, obwohl beide, alliiert mit dem deutschen Volke, allmächtig seien. Dazu fehle auf beiden Seiten der ernste Wille, das Ziel zu erreichen; denn während Frankreich den deutschen nationalen Bestrebungen nie in uneigennütziger Absicht diene, werde sich Bismarck niemals aufrichtig mit diesen Bestrebungen versöhnen.

---

[1]) a. a. O. No. 99.
[2]) a. a. O. No. 103, 127, 133, 145 und 149.
[3]) a. a. O. No. 153, 155, 163, 167, 183, 193.

Als günstigsten Ausweg jedenfalls aus diesem ganzen Dilemma begrüßt das Blatt den Wiederbeginn des Krieges, zumal dadurch auch die auf der Konferenz zur Erhaltung des Friedens bereits gemachten Zugeständnisse nach seiner Ansicht annulliert werden und die Gefahr einer Teilung der Herzogtümer glücklich abgewendet ist.[1])

Als die Zeitung aber auch auf dem Wiener Frieden[2]) Schleswig-Holstein ungetrennt erhalten sieht, bezeichnet sie ihre kühnsten Hoffnungen sowie die Erwartungen des deutschen Volkes, der preußischen und österreichischen Minister als weit übertroffen. Nur ein Wermutstropfen trübt ihre Freude, nämlich die Uneinigkeit über die Art der gemeinsamen Regierung und wie dieselbe konstituiert werden solle. Das Blatt schlägt sich mit seiner Ansicht über diese Fragen auf die Seite der in Schleswig zahlreich vertretenen Partei, welche zuerst die Vereinigung und dann die Einsetzung eines Herzogs vollziehen will.[3]) Vom nationalen und liberalen Gesichtspunkt sei sie mit jener Meinung im Recht, denn das Interesse des Landes gehe dem des Fürsten vor. Zudem halte jede Verzögerung der endgültigen Entscheidung die Lust des Auslandes zur Einmischung wach. Sobald aber eine definitive Ordnung aller Angelegenheiten der Herzogtümer feststehe, so wäre eine Rückführung auf die alten unhaltbaren Zustände für immer unmöglich geworden. Das Einfachste natürlich bleibe die gleichzeitige Erledigung beider Fragen, doch daran lasse sich vorläufig bei der Menge von Hindernissen noch nicht denken. So z. B. könne, um deren hauptsächlichstes gleich anzuführen, Preußen unmöglich der sofortigen Inthronisierung des Augustenburgers zustimmen. Ehe der Erbprinz Friedrich[4]) nicht von seiner Kleinstaaterei und seinem Souveränitätsdünkel abgelassen und bevor er nicht die unerläßlichen Konzessionen in diplomatischer, militärischer und maritimer Hinsicht Preußen zugestanden, dürfe letzteres seine Einsetzung nicht zugeben. Schließlich werde es aber doch wohl, da die reine Annexion[5]) unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Preußen und durch das Ministerium Bismarck sich als unausführbar erwiesen, gegen die vorgenannten Zugeständnisse für den Augustenburger stimmen müssen. Doch da die beiden Herzogtümer im Laufe der Jahrhunderte mannigfache Schicksale erlebt, so wäre es auch leicht möglich, daß einzelne der nach Friedensschluß aufgetretenen Prätendenten größere und begründetere Ansprüche besäßen als der Herzog Friedrich. Daran schlösse sich aber die zweite Möglichkeit, daß, wenn dem juristischen Recht allein die Entscheidung anheimfalle, Schleswig-Holstein anstatt eines Mittelstaates drei oder vier Kleinstaaten bilden oder daß die einzelnen Stücke mit anderen Staaten verbunden würden.

Wären die Ansprüche des Augustenburgers grade so zweifelhaft wie die des Großherzogs von Oldenburg und diese so wenig

---

1) a. a. O. No. 295.
2) a. a. O. No. 367.
3) a. a. O. No. 365.
4) a. a. O. No. 107, 253, 257, 261, 273, 331.
5) a. a. O. No. 221 und 415.

begründet wie die der übrigen Prätendenten, so gestalte sich eben die Erbfolge zu einer Parteifrage. Die zur Entscheidung eingesetzten Gerichtshöfe würden dann urteilen je nach ihrer Parteienzusammensetzung, ganz abgesehen davon, daß ein so verwickelter Prozeß gleich denen des Reichskammergerichts wohl schwerlich ein Ende finden werde. Auf dem juristischen Rechtswege werde man also wohl kaum zu einem Resultat gelangen, und es trete immer deutlicher zutage, daß es in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit nur einen endgültig entscheidenden Gerichtshof gebe, nämlich die Bevölkerung der Herzogtümer und ihre gesetzliche Vertretung.[1]) Preußen dürfe keinen Augenblick zögern, diese Entscheidung auch endlich herbeizuführen, sonst werde Oesterreich ihm unzweifelhaft damit zuvorzukommen und so mit einem Schlage seine frühere Stellung in Deutschland wiederzugewinnen trachten,[2]) die es durch die beispiellose Niederlage in seiner Zollpolitik[3]) eingebüßt.

Der vergebliche Versuch Rechbergs, Oesterreich in den Zollverein zu lancieren, sei eine schwerere Schlappe als die Niederlage in Olmütz, da dieser Triumph auch für den Sieger verderblich gewesen. Der Sieg in der Zollfrage müsse aber den Einfluß Preußens in Deutschland erheblich stärken und im Verein mit den Siegen im Norden für ein künftiges liberales und deutschfreundliches Ministerium den Weg zur preußischen Suprematie bahnen. Sollten jedoch diese in Rücksicht auf den hartnäckigen Widerstand der Mittelstaaten[4]) doppelt rühmenswerten Erfolge nicht in Zukunft in Frage gestellt und nicht wieder jedem neuen beabsichtigten Fortschritt in der Handelsfrage dieselben Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, die der Handelsvertrag mit Frankreich gefunden, so müßte der Allianz mit Oesterreich ein Ende gemacht werden. Vom Beginn der schleswig-holsteinschen Bewegung an vermochte die Breslauer Zeitung[5]) in jenem Bündnis nichts weiter als einen Hemmschuh zu finden, da Oesterreich die aus der Aktion für seinen Alliierten etwa hervorgehenden Erfolge stets möglichst zu verhindern bestrebt gewesen. Glücklicherweise aber hätten die österreichischen egoistischen Tendenzen nur zu einem Teil Verwirklichung gefunden; denn die geographische Lage weise Preußen und die Herzogtümer doch zu eng aufeinander an, sodaß ein Anschluß Schleswig-Holsteins an den mächtigen Nachbar schließlich unvermeidlich bleibe. Doch selbst ein solcher Erfolg in der äußeren Politik würde noch nicht dazu angetan sein, um dem Ministerium Bismarck inbetreff der innerpolitischen Fragen irgend welche Konzessionen zu machen, wie jetzt nach dem überaus günstigen Friedensschluß es verschiedentlich lockende Stimmen mit ihren Versöhnungsvorschlägen anstrebten.[6])

---

1) a. a. O. No. 597.
2) a. a. O. No. 513.
3) a. a. O. No. 235, 263, 327 und 337.
4) a. a. O. No. 435 und 465.
5) a. a. O. No. 33, 35, 37, 211, 435, 493, 513.
6) a. a. O. No. 521, 581, 593.

Die **Reorganisationsfrage**[1]) werde gegenwärtig als die einzig noch Regierung und Kammer trennende hingestellt. Das wäre jedoch nur unter einem liberalen Ministerium richtig; unter einem Kabinett andrer Richtung aber trete der Streit um die Heeresverfassung in den Hintergrund gegen den Kampf um die Staatsverfassung. Ehe also nicht dem Budgetrecht des Abgeordnetenhauses Genüge geleistet, sei an keine Versöhnung zu denken, und weil die gegenwärtige Regierung nach den offenen Erklärungen der ministeriellen Presse in diesem Punkte nicht nachgeben wolle, müßten alle Ausgleichsversuche scheitern. Ob Ausgabenbewilligungsrecht oder nicht bedeute soviel wie Verfassung oder Absolutismus. Diese Frage könne nicht überbrückt, sondern nur ausgekämpft werden.

So beschloß die Zeitung in unversöhnlicher Gesinnung das Kriegsjahr 1864, in dessen Verlauf sie sich auch wieder verschiedentlich vor den Schranken des Gerichts hatte verantworten müssen. So wurden am 4. Mai[2]) zwei gegen Dr. Stein und den Verleger Friedrich erhobene Anklagen verhandelt, deren erste den Leitartikel in No. 27 unter der Ueberschrift „So weit sind wir gekommen" betraf, da in ihm eine beleidigende Kritik der preußisch-österreichischen Allianz enthalten sein sollte. Die andere Klage war wegen einer der Kölnischen Zeitung entnommenen Korrespondenz in No. 86 angestrengt worden, die über angebliche Ausschreitungen des 3. Garde-Grenadierregiments zu berichten wußte. Von der ersten Anklage wurden Verleger wie Redakteur freigesprochen, im zweiten Dr. Stein mit einer Geldbuße von 20 Tlr. belegt. Der Gerichtshof nahm im ersteren Falle an, daß ohne Bekanntmachung der preußisch-österreichischen Konvention diese nicht als Gesetz gelten könne; auch liege weder Beleidigung noch Schmähung einer obrigkeitlichen Anordnung vor, weil nicht falsche Tatsachen behauptet, sondern nur Urteile, sogar inbezug auf die Zukunft abgegeben seien. Was den zweiten inkriminierten Artikel beträfe, so habe Dr. Stein, wenn er auch von dem Inhalt keine Kenntnis gehabt, sich doch einer fahrlässigen Handlung schuldig gemacht. Das Appellationsgericht[3]) schloß sich nur dem letzteren Erkenntnis an, verurteilte dagegen wegen des Leitartikels Verleger und Redakteur zu einer Geldbuße von 10 bezw. 30 Tlr. In der Begründung wurde ausgeführt, daß die Kritik der faktisch bestehenden Uebereinkunft zwischen Preußen und Oesterreich nach § 101 des St. G. B.[4]) sich als strafbar erweise. Trotz dieser unaufhörlichen Schikanen verlor die Zeitung nichts in ihrer Ueberzeugungsstärke und Freude an der öffentlichen Kritik, ja sie wußte ihnen sogar noch eine gute Seite abzugewinnen.

---

[1]) a. a. O. vgl. dazu schon vorher No. 239, 265, 267.
[2]) a. a. O. No. 207, S. 1190.
[3]) a. a. O. No. 431, S. 2408.
[4]) „Wer durch öffentliche Behauptung oder Verbreitung erdichteter oder entstellter Tatsachen oder durch öffentliche Schmähungen oder Verhöhnungen die Einrichtungen des Staates oder die Anordnungen der Obrigkeit dem Hasse oder der Verachtung aussetzt, wird mit Geldbuße bis zu 200 Tlr. oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft." Strafgesetzbuch für die Preußischen Staaten, Berlin 1851, S. 43.

„So bitter wir, und grade wir in der Presse, die Strenge der Maßregeln fühlen“, schreibt sie am Beginn[1]) des Jahres

1865,

„so gestehen wir doch, daß darin die Achtung vor dem ernsten Bewußtsein des Volkes liegt. Fänden unsre Worte nicht Boden, Eingang und Verständnis im Volk, bestände nicht zwischen dem Volk und der liberalen Presse eine geistige Wechselwirkung, warum sollte man uns da nicht reden und schreiben lassen, was wir wollten?“ Während indessen bisher das Blut des Volkskörpers, der politische Gedanke, in den mit allen möglichen Hindernissen verstopften Kanälen der Presse immerhin nur sehr bedächtig hinzuschleichen vermochte, erwartet das Blatt bei Eintritt in die neue Landtagssession[2]), daß dieser Lebenssaft frischer und freier durch alle Adern strömen werde.

Nach allem, was in die Oeffentlichkeit gedrungen, würde freilich das Recht des Volkes und Abgeordnetenhauses, besonders in der Budgetfrage, noch nicht zur vollen Geltung gelangen. Doch die Volksvertreter sollten nicht im Kampf verzagen; denn die Erlebnisse des Vorjahres, der Sieg der liberalen Idee durch die Angliederung Schleswig-Holsteins an Deutschland, lieferten ihnen die Gewähr, daß auch in der Innerpolitik schließlich Erfolge erzielt werden würden. Doch wäre jetzt mehr denn je unerschütterliche Charakterfestigkeit ihrerseits und ein festes Vertrauen vonnöten, welches selbst durch einen so offenkundigen Abbruch aller Versöhnungs- und Vermittelungsbestrebungen, wie er in Roons erster Rede[3]) proklamiert, nicht ins Wanken gebracht werden dürfe. Nach den Worten des Kriegsministers handle es sich nämlich nicht mehr um einen Kompromiß, existiere kein Punkt mehr, bis zu welchem beide Gegner einander entgegenkommen könnten. Unterwerfung im vollsten Sinne des Wortes werde jetzt von der Kammer verlangt. Kontingentierung, Verminderung der Friedensstärke, zweijährige Dienstzeit bildeten keinen Streitpunkt mehr; Annahme der Reorganisation ohne irgend eine Aenderung, ohne Amendement, dazu werde die Zustimmung des Abgeordnetenhauses ohne Widerrede gefordert. Ministerium und Kammer würden jetzt nicht mehr durch einzelne Fragen, sondern durch zwei schroff einander gegenüberstehende Systeme getrennt, welche bei aller Nachgiebigkeit von der einen oder der andren Seite die schließliche Versöhnung doch unmöglich machen würden.[4]) Erst wenn Ministerium und Parlament in der Anerkennung der Verfassungsgrundlagen übereinstimmten, könne von Kompromissen die Rede sein. Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge aber könnten sie nichts andres als eine Verschiebung des Konflikts oder Uebertragung desselben auf ein andres Gebiet bedeuten, und da wäre es

---

1) Breslauer Ztg. 1865, No. 1.
2) a. a. O. No. 23.
3) a. a. O. No. 143.
4) a. a. O. No. 157.

doch entschieden besser, bei dem Konflikt in seiner ursprünglichen Gestalt zu bleiben und ihn vorerst durchzukämpfen.

In diesem Sinne nimmt die Breslauer Zeitung auch Stellung zur Marineanleihe.[1]) Zwar regt sich in ihr der Gedanke, ob es nicht unrecht sei, das Ministerium diesmal im Stich zu lassen, da die Erklärung, von dem Besitz des Kieler Hafens nicht abzugehen, eine kühne und energische sei; Kraft und Mut hätten aber immer etwas Bestechendes und Hinreißendes. Auch würden die Ziele, welche die Regierungspolitik mit jenem Projekt verfolge, im wesentlichen vom ganzen preußischen Volke gebilligt, während Oesterreich und die Mehrzahl der deutschen Kleinstaaten dieser Politik möglichst viel Hindernisse in den Weg legten. Durch Verwerfung der Anleihe werde sich das Abgeordnetenhaus also zu den Feinden des Landes schlagen. Zwar wäre es für den Ausgang der schleswig-holsteinschen Wirren ziemlich gleichgültig, wie groß die Wehrfähigkeit Preußens zur See sei; auch würde Oesterreich auf die mit preußischem Geld in Kiel anzulegenden Befestigungen vorläufig noch das Recht des Mitbesitzes haben. Preußen würde sich jedoch durch Etablierung in Kiel mehr und mehr in den Herzogtümern festsetzen, und je kräftiger es nach dieser Richtung vorgehe, desto leichter werde es den Widerstand der Partikularisten brechen. Auch könne ein andrer der Gründe für die im Sommer 1862 erfolgte Ablehnung der Marinevorlage nicht vorgebracht werden, da in der gegenwärtigen Session die Regierung die Mittel angegeben, aus welchen die zur Vergrößerung der Seemacht nötigen Summen beschafft werden sollten. Es könne ihr deshalb nicht wieder der Vorwurf gemacht werden, ins Blaue hinein Ausgaben zu machen, ohne Sicherheit für Eingang der erforderlichen Gelder geschafft zu haben. Aber der wichtigste der Gründe, welche vor drei Jahren die Zurückweisung der Novelle nötig gemacht, der budgetlose Zustand, bestünde noch in voller Kraft, ja, er sei seitdem erst der recht geltende und bestimmende für die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses geworden. Jeder Schritt der Volksvertretung müsse also dahinzielen, das Ministerium in eine Lage zu versetzen, in welcher ihm selbst an dem Zustandekommen eines Gesetzes über den Staatshaushaltsetat gelegen sein müsse; dazu würde aber am besten die Verwerfung der Marineanleihe dienen. Vor diesen Erwägungen müßten alle anderen schwinden, müsse schließlich auch der Hinweis auf die Machtstellung Preußens und den Stand der Herzogtümerfrage unbeachtet bleiben.[2])

Was den letzteren Punkt beträfe, habe die preußische Politik soviel gesündigt, daß ihr die scharfe Verurteilung im Abgeordnetenhause zu Recht widerfahren sei. Es bleibe geradezu unbegreiflich, wie die preußische Denkschrift über die schleswig-holsteinsche Frage die Annexion der Herzogtümer — für welche die Breslauer Zeitung von Anfang an eingetreten — als die „einfachste und

[1]) a. a. O. No. 169.
[2]) a. a. O. No. 185, 195, 233, 235, 257.

zweckmäßigste“ Maßnahme bezeichnen, sie aber in demselben Atemzuge wegen der Uebernahme der Kriegskosten und der Vermehrung der Staatsschuld als „bedenklich“ hinstellen konnte. Da die Frage über das Schicksal der Elbherzogtümer sich mit der Frage über die endliche Einigung Deutschlands identifiziere, mußte es im preußischen wie im deutschen Interesse kein Opfer, am allerwenigsten ein finanzielles geben, das gescheut werden durfte, um die Annexion herbeizuführen. Doch sie sei auch nicht an der Uebernahme der Kriegskosten gescheitert, sondern einfach unmöglich gewesen, weil Oesterreich und die Herzogtümer sie nicht gewünscht und Preußen wegen seiner inneren Lage dazu nicht imstande gewesen, also genau genommen, sie auch nicht gewünscht; denn es habe ja nur am Ministerium gelegen, diese innere Lage zu ändern und somit das „Imstandesein“ herbeizuführen. Den Widerstand Oesterreichs zu brechen und die Zustimmung Schleswig-Holsteins zur Aufnahme in den preußischen Staatsverband zu gewinnen, das vermöge eben nur die auf der Verfassung und der freien inneren Entwicklung beruhende Einigkeit zwischen Regierung und Volk. Wenn also wegen der inneren Zerrissenheit auch die preußischen Forderungen nicht mit dem gehörigen Nachdruck durchgesetzt werden könnten, so wäre es doch unrecht, deswegen gleich das Ministerium Bismarck in eine Parallele zu dem schwächlichen Kabinett Manteuffel zu stellen.[1]) So niedrig, wie damals Preußen gestanden, so hoch stehe es gegenwärtig. Damals ein Vasall Oesterreichs und des von diesem beherrschten Bundestages verfolge es jetzt seine Pläne wenigstens über den letzteren hinweg.

Wenn Energie und Entschiedenheit allein den Staatsmann ausmachten, so würde Bismarck zu deren bedeutendsten gehören. Seine entschlossene Zielbewußtheit könnte für Preußen und dessen Stellung in Deutschland sogar außerordentlich viel wirken, wenn er nur zugleich die Ueberzeugung gewänne, daß Großes und Dauerndes in Preußen allein im Verein mit dem seines Rechtes bewußten Volk erreicht und geschaffen werden könne. An dem Mangel gegenseitigen Vertrauens jedoch scheitere alles. Das habe auch neuerdings wieder die Nichtgenehmigung der Kriegskosten bewiesen, obwohl die Kammer, wie die Breslauer Zeitung zugibt, hiermit nicht recht gehandelt; denn die vorjährige Resolution des Hauses habe dem Ministerium weitestgehende Konzessionen eingeräumt, wenn es für die Befreiung Schleswig-Holsteins sorge, und somit wäre die Kammer zur Bewilligung der Kriegskosten ganz entschieden verpflichtet gewesen. Das Vorgehen des Parlaments ist aber nach Ansicht des Blattes[2]) eben auch nur wieder die Antwort auf die Unversöhnlichkeit der Minister, welche die Session von Anfang an zu einer durchaus fruchtlosen gestaltet.

Das Gefühl des Pessimismus und der Unbefriedigung, welches die Zeitung infolge der resultatlosen Landtagsperiode befallen, gibt sich nun nach Sessionsschluß in einer schonungslosen Kritik der

---

1) a. a. O. No. 273.
2) a. a. O. No. 283.

außerpolitischen Maßnahmen, vor allem des Gasteiner Vertrags[1]) kund. Bis zu seinem Abschluß hat man nach Ansicht des Blattes wenigstens der äußeren Politik Preußens noch das Wort reden können, weil in ihr eine gewisse Kühnheit und Energie gelegen, die fortgesetzt und nach Beseitigung des inneren Konflikts hätte zum Ziele führen müssen, d. h. zur Annexion und zur gründlichen Umwandlung der deutschen Verhältnisse. In Gastein und Salzburg sei aber diese Kühnheit brachgelegt worden, obwohl hier die Entscheidung auf der Spitze des Schwertes gestanden und der Augenblick gewesen, da das Definitivum unter allen Umständen hätte geschaffen werden müssen; das Provisorium aber, und wenn es Preußen noch mehr gewährt hätte als der Gasteiner Vertrag, bedeute, wenn nicht den Rückzug, so doch den Stillstand, und dieser sei mindestens der halbe Rückzug. In Gastein hätte es Preußen auf den Krieg ankommen lassen müssen, den Oesterreich damals doch nicht geführt haben würde, den es gegenwärtig aber nicht mehr scheue; denn wolle Preußen jetzt vorwärtsgehen, so habe es nicht weniger als alle europäischen Mächte gegen sich.

An diesem Faktum würde auch die Reise Bismarcks zu Napoleon nach Biarritz[2]) nichts ändern. Ueberdies wünschten wohl die wenigsten in Preußen die Annexion mit Hilfe der französischen Bajonette durchgeführt zu sehen. Die Hereinziehung fremder Mächte in eine innerdeutsche Angelegenheit gleiche aufs Haar der Politik des Rheinbundes und würde nicht minder verwerflich sein, wenn sie von einer Großmacht ausgeübt würde, als sie es gewesen, da die Kleinstaaten sie durchgeführt. Zudem existierten in Europa außer Preußen und Frankreich noch drei Großmächte, die denn doch nicht so ohnmächtig wären, daß sie vor einem Diktat in Biarritz die Flagge niederholen müßten. Die Breslauer Zeitung hält es deshalb für eine Anmaßung, die Entscheidung eines großen Krieges, dessen Herannahen für sie immermehr zur Gewißheit geworden, im voraus zu prophezeien, eine Selbstbescheidung, die für den Uebergang in das kommende Kriegsjahr mit seinen Ueberraschungen sehr angebracht war.

An eigenen Erlebnissen der Zeitung von Bedeutung ist das Jahr 1865 weniger reich; nur ein Preßprozeß verdient eine eingehendere Würdigung wegen einer Aeußerung, die im Verlaufe der Verhandlung von dem Staatsanwalt getan wurde. Dr. Stein und der Literat Gross waren nämlich beschuldigt, durch einen in No. 475 des Jahrgangs 1864 enthaltenen Artikel Maßnahmen der Obrigkeit verhöhnt zu haben.[3]) Dieser Artikel, „Ceres und Proserpina“ überschrieben, stellte in humoristischer Form Betrachtungen an, welche eine Anzahl Behauptungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Provinzial-Correspondenz“ über das Wesen und die Handhabung der preußischen Verfassung widerlegten. Im Verlauf der Verhandlung sah sich der Staatsanwalt genötigt zuzugeben, daß die

---

1) a. a. O. No. 387, 391, 393, 395, 423, 511, 527, 565, 601.
2) a. a. O. No. 479.
3) a. a. O. No. 53, S. 291.

in dem Artikel den beiden Zeitungen vorgehaltenen verfassungswidrigen Maßnahmen der Regierung in den Jahren 1863 und 1864 von der Breslauer Zeitung wahrheitsgemäß dargestellt worden seien. Er nahm daher auch den die „Entstellung der Tatsachen" betreffenden Teil der Anklage zurück, hielt aber sonst an der Strafbarkeit des Artikels fest, „da in ihm das ganze System der Regierung geschmäht sei, was um so evidenter erscheine, als die „„Provinzial-Correspondenz"" im Ministerium des Inneren redigiert werde und sich demnach als offiziöses Blatt charakterisiere".

Dr. Stein bemerkte darauf sehr richtig in seiner Verteidigung, daß der offiziöse Charakter der „Provinzial-Correspondenz" durchaus nicht dargetan sei, vielmehr Nachrichten dieses Blattes oft schon in wenigen Tagen von ministerieller Seite dementiert würden. Wenn überdies ein Angriff auf die „Provinzial-Correspondenz" gleichbedeutend sei mit einem Angriff auf das Ministerium, dann könne von einer freien Presse in Preußen auch nicht mehr die Rede sein.

Das ausführlich motivierte Erkenntnis sprach beide Angeklagte frei. Es wurde in den Gründen angenommen, daß Schmähungen der Obrigkeit nicht vorlägen, allgemeine Urteile über das System und einzelne Maßregeln der Regierung nicht strafbar wären. In zweiter Instanz[1]) wurden jedoch Gross und Dr. Stein zu 20 bezw. 40 Tlr. Geldbuße verurteilt und dies damit begründet,[2]) daß der Artikel in höhnender Weise Maßregeln bespreche, die ihrer Natur nach von der Regierung stammen müßten.

Diese unaufhörlichen Konflikte mit der Justiz verfehlten schließlich auch ihre lähmende Wirkung nicht. Die Zeitung legte sich immer mehr Zurückhaltung auf und nahm dafür oft bei hochwichtigen innerpolitischen Ereignissen eine lediglich referierende Haltung an. Besonders augenfällig trat dies bei der Landtagssession des Jahres

1866

zutage, in die sie schon ziemlich resigniert eingetreten war. „Wir können nicht leugnen", schrieb sie wenige Tage[3]) vor Eröffnung des Parlaments, „daß die Gewohnheit abstumpfend wirkt, daß die Budgetlosigkeit heute keine Aufregung mehr hervorruft, daß die Gefährdung mancher Artikel unseres Grundgesetzes keinen Sturm der Entrüstung mehr erzeugt und daß dadurch leicht das Unterscheidungsvermögen für Recht und Unrecht verloren gehen kann". Doch die Zeitung hofft noch, daß der höhere Mut des Beharrens, des Festhaltens am Rechte wenigstens den Abgeordneten nicht fehlen und schließlich mit Erfolg gekrönt sein werde. Dieser Wunsch verrät aber schon recht offenkundig eine gewisse Lethargie, welche das Blatt infolge der aufreibenden Kämpfe am Ende befallen und die sie den bedeutsamen Ereignissen der Session gegenüber vergebens abzuschütteln sucht.

---

1) a. a. O. No. 201 vom 29. April 1865, S. 1161.
2) a. a. O. No. 207, S. 1213.
3) Breslauer Ztg. 1866, No. 4.

Die Erklärung der Rechtsungültigkeit einer Vereinigung Lauenburgs mit der Krone Preußens, der Obertribunalsbeschluß gegen die Abgeordneten Twesten und Frenzel, der Antrag Hoverbecks, daß Art. 84[1] der Verfassung verletzt sei, finden in der Zeitung[2] nicht den geeigneten Resonanzboden. Hier und da zeigt sich wohl ein krampfhaftes Ansetzen zu der früheren schneidenden Kritik, aber es bleibt schließlich eben bei den Ansätzen. Erst am Schluß des Landtags bricht die alte Kampfeslust wieder hervor. „Was in den letzten Wochen in Preußen geschehen, ist mit brennenden Lettern eingeschrieben in aller Herzen“, schreibt sie in No. 92. „Solche Wunden, wie sie uns geschlagen worden, vernarben nicht in Jahren, viel weniger in kurzen Monaten. Solche Begeisterung für unsere Vertreter, wie sie von der Maas bis hin zur Memel heute hochaufflammt, kann nimmermehr verlöschen. — — — Erst jetzt haben wir die volle Größe unserer Abgeordneten kennen gelernt, erst jetzt haben wir das Recht, ihnen den Siegerkranz darzureichen in dem Geisteskampf. — — — Jede Anklage gegen die Abgeordneten, jedes Urteil, das über sie gesprochen wird, weil sie eingetreten sind für unser Recht, wird wie ein elektrischer Funke durch alle Seelen laufen und sie wachläuten. Heute gibt es in Preußen unter den Freunden des Fortschritts nur einen Stand, einen politischen Glauben, eine Partei: den Stand des Staatsbürgers, den Glauben an den kommenden Sieg des Rechtes, die Partei der Wiederwahl“.

Dieser dithyrambische Ton wird aber wieder erheblich herabgestimmt durch die infolge des drohenden Krieges bedingte Auflösung des Abgeordnetenhauses.[3] In trockener Resignation konstatiert das Blatt, daß dies Faktum, durch welches dem Volke indirekt wieder das Verständnis für diplomatische Fragen abgesprochen werde, nach vierjähriger Leidenszeit keine Ueberraschung mehr hervorrufen könne. Die Kammer stehe jetzt in der Stunde der Gefahr vor der einfachen logischen Notwendigkeit, einen Waffenstillstand zu schließen, und dürfe sich gegenwärtig nur die Bürgschaften sichern für die endliche Wiederherstellung und Anerkennung des Rechts nach erfolgtem Frieden. Unter diesen Garantien brauchen nach Ansicht der Zeitung solche für die Durchführung der Militärreorganisation im Sinne des Parlamentes nicht mehr in den Vordergrund gestellt zu werden, da die gegenwärtige Mobilmachung das Abgeordnetenhaus gerechtfertigt und eine künftige Verständigung in der Militärfrage als sicher hingestellt habe. Hauptsächlich käme es auf die Sicherstellung des Budgetrechts an, welches durch einen feierlichen Staatsakt nach Art der englischen Magna charta und der Bill of Right anerkannt werden müsse, sowie auf die Reorganisation des Herrenhauses, das nicht mehr fast ausschließlich nur einen Stand vertreten dürfe, sondern im rechten Verhältnis alle Volksklassen zu repräsentieren habe. Ohne Gewährung dieser beiden Garantien, welche nur einen Teil des verfassungsmäßigen Rechtes

[1]) Betrifft die Immunität der Abgeordneten.
[2]) a. a. O. No. 10, 26, 28, 54 und 86.
[3]) a. a. O. No. 218; vgl. auch 264.

umfaßten, könne das Ministerium unmöglich auf ein Aufleben des nationalen Geistes in der jetzigen Kriegslage rechnen. Vielmehr werde die Regierung, wie die Zeitung schon Anfang März[1]) schrieb, durch den zweifachen Kampf gegen Oesterreich und gegen den Liberalismus ihre Kräfte zersplittern und nicht imstande sein, die gesamte preußische Kraft wie ein Pfeilbündel zusammenzufassen und sie den Feinden Preußens ins Herz zu schleudern, wie sehr dies auch bald vonnöten sein würde bei der mehr und mehr zunehmenden Verschärfung der Gegensätze.

Die Interessen Preußens und Oesterreichs in Schleswig-Holstein und Deutschland stünden einander so entgegen, daß jedes neue Arrangement binnen weniger Wochen sich wieder als unhaltbar erweisen müsse. Endgültig werde die Frage doch nur erledigt werden können durch ein neues Olmütz, entweder für Oesterreich oder für Preußen. Der Vor- oder Nachteil, den eine der beiden Großmächte in den Herzogtümern erringen könnte, sei nur von untergeordneter Bedeutung gegenüber dem Gewinn oder Schaden, der durch die Austragung der schleswig-holsteinschen Frage in bezug auf ihre Stellung in Deutschland herbeigeführt werde. Der Schlag, den Preußen durch die Hinausdrängung aus den Elbherzogtümern erleiden würde, wäre gradezu tödlich; die Annexion der Herzogtümer durch Preußen wäre aber ein tüchtiger Schritt zur Einigung Deutschlands und zur Verdrängung Oesterreichs aus dem letzteren, d. h. zum Zerfalle Oesterreichs.

Wenig geschaffen, um dies erstrebenswerte Ziel zu erreichen, erscheint der Zeitung Bismarcks Reformantrag.[2]) Auch wäre es kein gutes Zeichen, daß ganz im Gegensatz zu dem österreichischen Verfahren im Jahre 1863 mit den preußischen Vorschlägen hinter dem Berge gehalten werde. Das Blatt weiß keine andre Erklärung für jene Zurückhaltung, als daß man nur wenig Positives zu bieten habe, darum das deutsche Parlament vorläufig als das einzig Faßbare der Forderungen in den Vordergrund stelle, um damit die Bevölkerung zu gewinnen, und durch diese einen Druck auf die Bundesregierungen zugunsten der preußischen Anträge zu üben suche. Deshalb könne das Volk der Bundesreform gegenüber sich nur passiv verhalten.

Nicht anders stünde es mit dem Vorschlage auf Einberufung eines deutschen Parlaments. Vorläufig wisse man nur von einem Gelegenheitsparlament, das für die Bundesreform nicht eine beschließende, sondern nur eine beratende Stimme haben solle, das ohne den festen Boden einer Bundesverfassung in der Luft schwebe. Es sei schwer zu glauben, daß das Parlament, wenn es einmal zusammengetreten, sich durch eigne Kraft eine Machtsphäre schaffen könne. Von den kleinstaatlichen Regierungen und Oesterreich, denen es ein Greuel sei, nicht unterstützt, würde es Preußen gegenüber ohnmächtig sein. Solange aber das Volk nicht die Sicherheit habe, daß dieser Körperschaft das unentbehrlichste Maß von Rechten

---

[1]) a. a. O. No. 114; vgl. auch No. 122, 130, 138 und 160.
[2]) a. a. O. No. 166, 182, 186 und 190.

zustehe und solange diese Rechte nicht vor Umgehung und Auslegung gesichert wären, solange dürfe man sich auch keinen Illusionen hingeben.

Gleich skeptisch wie dem preußischen Reformvorschlag steht die Zeitung der von Napoleon angeregten Idee eines europäischen Kongresses[1]) gegenüber, ja sie hält ihn überhaupt keiner besondren Beachtung für wert, da sein Zustandekommen zweifelhaft, das Scheitern der auf ihm gepflogenen Unterhandlungen aber selbstverständlich sei. Oesterreich, Preußen und Italien wollten nicht umsonst gerüstet haben, und selbst wenn die Regierung einer der drei Staaten zu der Ueberzeugung gebracht werden könnte, daß ihre Forderungen unrechtmäßige seien, würde ihr der Sieg auf dem Schlachtfelde leichter erscheinen als der Sieg über das eigne wahre oder falsche Ehrgefühl, dem jede Abrüstung ohne diplomatische oder militärische Erfolge widerspräche. Das säben auch die vermittelnden Mächte ein, und deshalb suchten sie den Ausgleich der Differenzen in Gebietskompensationen, unter denen immer wieder in erster Reihe der Verkauf Venetiens[2]) genannt werde. Die Abtretung dieser letzten unter der Fremdherrschaft seufzenden italienischen Provinz wäre für Oesterreich in bezug auf den bevorstehenden Krieg wirklich ein unermeßlicher militärischer, diplomatischer und moralischer Gewinn, so daß der schlichte Menschenverstand die Hartnäckigkeit des Wiener Kabinetts nicht begreifen könne. Glücklicherweise bürgten aber die italienischen Zustände dafür, daß die auf diese Weise verschuldete Kongreßpause nach Möglichkeit abgekürzt werde.

Italien[3]) könne nicht warten, jeder Tag Aufschub sei ihm eine Gefahr. Es habe alles darangesetzt und könne nur siegen oder untergehen. Die einmütige Erhebung des jungen Königreichs zu dem Entscheidungskampfe über Sein oder Nichtsein wirke auf jeden Freund der Freiheit begeisternd; danke Preußen doch die wenigen Sympathien, die sein Krieg gegen Oesterreich im Ausland finde, fast nur dem zufälligen Zusammentreffen der preußischen Interessen mit den italienischen. Wie auch die Würfel des Krieges fallen würden, wenn auch das schwerste Unglück über den kaum geschaffenen Staat hereinbräche, immer würde die gegenwärtige Erhebung Italiens eine der glänzendsten Seiten der Weltgeschichte bilden, ebenbürtig der Geschichte Preußens im Jahre 1813. Sie sei überdies infolge des unerträglichen Gegensatzes zwischen Oesterreich und Italien so logisch notwendig, wie der nunmehr[4]) tatsächlich ausgebrochene Krieg zwischen Preußen und der Habsburger Monarchie sich als die notwendige Konsequenz des auf der geschichtlichen Entwicklung beider Staaten beruhenden Gegensatzes darstelle.

Auf friedlichem Wege, durch Bundesreform und deutsches Parlament wäre nun einmal Oesterreich aus Deutschland nicht hinaus-

---

1) a. a. O. No. 240.
2) vgl. a. a. O. auch No. 208, 226, 268.
3) a. a. O. No. 240.
4) a. a. O. No. 284.

zudrängen gewesen. Trotzdem habe es Preußen nicht auf den Einheitsstaat abgesehen, wie die Zeitung[1]) bald nach den blutigen Siegen konstatiert. Sie glaubt im Gegenteil, daß der Bundesstaat, in welchem die einzelnen deutschen Völkerstämme ihrer individuellen Entwicklung folgen könnten, dem auf größtmöglichste Individualisierung und Dezentralisation gerichteten Charakter der deutschen Nation am angemessensten sei. Doch innerhalb dieses Bundesstaates müsse die militärische und diplomatische Oberleitung aller Einzelstaaten dem Auslande gegenüber in eine Hand, und zwar in die Preußens gelegt werden. Jeder Einzelstaat solle seine innere Verwaltung behalten, aber in den militärischen Institutionen, in der diplomatischen Vertretung, in der Handels- und Zollgesetzgebung, in der allgemeinen Freizügigkeit, in Presse, Heimats- und Vereinsrecht dürfe kein Nord- und Süddeutschland, sondern nur ein einiges Reich unter der Zentralgewalt Preußens und der des deutschen Parlamentes existieren. Das sei das einzige des Krieges werte Ziel und der Preis des Sieges. Nebenbei glaubt die Breslauer Zeitung keinen Widerspruch befürchten zu müssen, wenn sie die Behauptung aufstellt, die öffentliche Meinung verlange nichts so sehr als daß den Monarchen von Sachsen, Kurhessen und Hannover für immer Zeit und Raum gegeben werde, fern von ihren Staaten über ihre Vorliebe für Oesterreich und über ihre mit der Einheit Deutschlands unvereinbaren Sonderinteressen nachzudenken. Die Annexion dieser drei Länder sei unerläßlich, wobei man überdies bei ihren Bewohnern auf wenig Widerstand stoßen würde.

Auch die Verbindung Oesterreich-Schlesiens mit Preußen dürfte für die geistige und materielle Hebung jenes Landstrichs von außerordentlichem Vorteil sein. Inbezug auf Krakau aber, das diplomatische Unwissenheit einst leichtsinnig geopfert, hofft die Zeitung, daß die Bitte der Schlesier bei dem Friedensschluß nicht ungehört verhallen werde. Schließlich wäre das alles jedoch nur nebensächlich gegenüber dem großen und vor allem anzustrebenden Ziel, der Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland, dessen Einigung so überhaupt erst möglich würde. Mit jenem Akt müsse Preußen das mit der Niederwerfung der Habsburger Monarchie erst begonnene Werk des nationalen Zusammenschlusses unbedingt vollenden, wenn es mit seiner kühnen Tat nicht bloß für Franzosen und Italiener die Kastanien aus dem Feuer geholt haben wolle; denn durch Preußen wäre ja erst das kaiserliche Wort Napoleons eingelöst und sein Versprechen „Italien frei bis zur Adria“ zur Wahrheit gemacht worden. Dafür könne Frankreich aber doch unmöglich noch Dank und Kompensation[2]) verlangen. Wenn es aber auf der Forderung einer Abtretung deutschen Gebietes bestehen bleibe, so würde es Deutschland nur den größten Gefallen erweisen, da dann mit einem Schlage der Unterschied zwischen der Nord- und Südhälfte verschwinden würde. Keine süddeutsche Regierung, auch nicht die preußenfeindlichste, würde in diesem Falle dem Geist der deutschen

[1]) a. a. O. No. 332.
[2]) a. a. O. No. 404.

Nation zuwiderzuhandeln wagen. Um das preußische Banner würden dann alle Deutschen sich scharen, und so wäre die Nation mit einem Male staatlich geeinigt.

Daß dies kein leeres Phantasiegebilde sei, beweise die nach dem Prager Frieden immer mehr um sich greifende versöhnliche Stimmung in Süddeutschland;[1]) als deren bezeichnendstes Symptom könne wohl in der Adresse der württembergischen Kammer der Passus angesehen werden, „daß ein Angriff auf deutsches Gebiet die Nation zu einmütiger Abwehr bereitfinden werde". Für die Zeit der Gefahr würde also selbst die Volksvertretung des hauptpartikularistischen Staates dem deutschen Berufe Preußens sich unterordnen, ein Zugeständnis, mit dem letzteres sehr zufrieden sein könne, das es aber anspornen müsse, nach den glänzenden äußeren Erfolgen seine deutsche Aufgabe durch emsige, unverdrossene Arbeit im Inneren zur glücklichen Vollendung zu führen.

Das in der Thronrede[2]) sehr wohltuend zutage getretene Bewußtsein, daß für Preußen und Deutschland eine neue Zeit angebrochen und man für die Bedürfnisse der neuen Aera auch neue Mittel und neue Maßnahmen brauche, scheine sich aber leider im Abgeordnetenhause[3]) noch nicht Bahn gebrochen zu haben. Sonst müßte man doch dort zu der Erkenntnis gekommen sein, daß die neue Zeit auch für das Volk und die Kammer neue Parteigruppierungen verlange. Es wäre ja ganz unmöglich, daß Männer, welche sich noch bis vor kurzem für die seitherige Stellung Oesterreichs im Bund begeistert, mit anderen Männern, welche wie z. B. Waldeck die Annexionsvorlagen offen mit großer Freude begrüßt, noch länger ein und dieselbe Partei bilden und nach denselben Zielen streben könnten. Deshalb wäre eine Zersetzung der alten Fraktionen und eine Bildung neuer Parteigruppierungen nicht nur natürlich, sondern auch notwendig, und weit entfernt, die Auflösung der bisherigen Parteien, die ja überhaupt nur ein Uebergangsstadium dargestellt, zu beklagen, glaubt die Breslauer Zeitung vielmehr, daß aus und nach ihrem Verfall neues Leben sich entwickeln werde.

Gegenwärtig wäre es nun vor allem die Fortschrittspartei, welche als überlebt und der Auflösung wert angesehen werde. Damit würde ihr jedoch in mancher Hinsicht unrecht getan. Einerseits werde übersehen, daß eine Partei, welche nur die zur Negation auslaufende Opposition gegen die Regierung als Bindemittel besitze, unmöglich länger zusammenhalten könne als diese Negation vorhalte und nicht mächtig eintretende Tatsachen ein positives Mitwirken notwendig machten. Andererseits werde die gegenwärtige schiefe Stellung der Partei noch durch eine tiefer liegende Ursache bedingt. Diese wäre die unerhörte Mißregierung in den Jahren 1848—1858 und die Schwierigkeit für die Liberalen, den jetzigen Staatsmann Bismarck von dem Parteimann jener Zeit zu trennen. Bei der daraus resultierenden Stellungnahme zu ihm liege es dann ganz nahe,

1) a. a. O. No. 472, 492 und 504.
2) a. a. O. No. 362.
3) a. a. O. No. 388, 390, 392, 394.

daß der Ministerpräsident, der wirklich doch viel erreicht, der mit dem Kurfürsten von Hessen kurzen Prozeß gemacht und sich vor dem allgemeinen Wahlrecht nicht gefürchtet, vom Volke als ein unschuldiges Opfer der Liberalen angesehen werden müsse. Die verbissene Zurückziehung der fortschrittlichen Elemente in der Kammer erzeuge also nur Aerger und Erbitterung bei den Wählern. Das sei aber offenbar unverträglich mit so großartigen und umfassenden Maßregeln wie Indemnität und Amnestie,[1]) in denen für Preußens künftige Entwicklung die Ueberzeugung ausgesprochen liege, daß die politischen Parteien überallda in sich festgeschlossen und mit dem Aufgebot aller geistigen und moralischen Kraft auftreten müßten, wo es die Macht, die Ehre und die Selbständigkeit des Vaterlandes gälte.

Freudig begrüßt die Zeitung unter den Errungenschaften am Schluß des Jahres 1866 auch die größere Freiheit der Presse, unter deren lästigen Beschränkungen sie selbst während des Dranges der Kriegszeit zu leiden gehabt. Am 23. Juni 1866[2]) hatte das Blatt sich wieder einmal in einem Prozeß zu verantworten; Dr. Stein und sein Mitarbeiter Groß waren nämlich wegen Ministerbeleidigung resp. Teilnahme an diesem Vergehen angeklagt, die in den Artikeln der No. 26 vom 17. Januar, überschrieben „Die Thronrede" und der No. 4, unter dem Titel „Für den Landtag" enthalten sein sollten. Das Urteil lautete auf je 25 Tlr. Geldbuße. Diese Schikane zu einer Zeit, wo an die Tagesblätter die größten Ansprüche gestellt wurden, wurde von der Zeitung sehr bitter empfunden, und sie gab ihrer Entrüstung durch eine längere Expektoration in No. 286, S. 1602 auch unumwunden Ausdruck. Schon am 13. Juli[3]) hatten sich aber wieder Stein und der Feuilletonist Ludwig Habicht aus Berlin wegen eines in No. 46 der Breslauer Zeitung enthaltenen Feuilletonartikels „Berliner Spaziergänge" zu verantworten, in dem Anordnungen der Obrigkeit, — nämlich die Ordensverleihungen — verhöhnt sein sollten. Der Gerichtshof schloß sich jedoch dieser Ansicht nicht an und sprach beide Angeklagte frei. Das Appellationsgericht[4]) verurteilte jedoch Stein und Habicht zu 30 bezw. 20 Tlr. Geldbuße, weil die Ordensverleihung als eine unmittelbare Handlung des Regenten unter die obrigkeitlichen Anordnungen und staatlichen Einrichtungen falle und als solche in dem inkriminierten Artikel verhöhnt sei. Diesen in juristischer Beziehung sehr interessanten Entscheid, weil die Verhängung der Strafe mit dem Amnestieerlaß kollidierte, unterzog die Breslauer Zeitung in No. 496 einer ausführlichen Besprechung, die für eine künftige „Geschichte der Preßjustiz" sehr viel Beachtenswertes bietet.

Das Jahr 1866 ist auch noch in andrer Beziehung für die Geschichte der Breslauer Zeitung ein recht interessantes, doch überlassen wir hier am besten das Wort Heinrich Wuttke in seinem

[1]) a. a. O. No. 444.
[2]) a. a. O. No. 286, S. 1607.
[3]) Vgl. a. a. O. No. 322, S. 1797.
[4]) Vgl. a. a. O. No. 496, S. 2760.

Buch: „Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung. Ein Beitrag zur Geschichte des Zeitungswesens.“ Leipzig 1875, S. 324 ff.

„Der Krieg war kaum erklärt, als die Breslauer Zeitung einen aus Berlin ihr zugeschickten Heerbefehl Benedeks abdruckte, dessen übermütiger Ton den Kriegern Preußens ins Ohr gellen mußte. Die Ader des Zornes schwoll ihnen auch an. Nach dem Einmarsch in Böhmen auf dem ersten Halteplatz lasen die Anführer infolge erhaltenen Befehls ihn ihrer Mannschaft vor. Ein Befehlshaber von der Landwehr, seines Zeichens ein Richter, hat mir nachmals erzählt, daß ihm bei dem Vorlesen — es lag ihm ob — der Zweifel aufgestiegen sei, ob Benedek wirklich ein so unverständiges Machwerk herausgelassen habe. Der Mann war auf guter Fährte. Dieser Heerbefehl war eine Fälschung von der ersten bis zur letzten Zeile. Preußische Leser wollen den echten, maßvollen Heerbefehl Benedeks in Schulthess Europäischem Geschichtskalender 1866, S. 105, nachlesen. Selbst gutunterrichteten Oesterreichern blieb dieser Frevel unbekannt, weil während des Krieges ebensowenig als süddeutsche Blätter in den Bereich der preußischen Macht preußische Zeitungen nach Oesterreich drangen. Nach dem Kriege bekümmerten die Oesterreicher, die in ihrer bekannten Lässigkeit auf Nichtösterreichisches nicht achthaben, um das jenseits ihrer Grenzen Vorgegangene sich nicht recht. Oesterreichischen Lesern will ich darum ein Buch angeben, in welchem sie den untergeschobenen Heerbefehl abgedruckt finden: C. von Winterfeld, Geschichte des preußischen Feldzuges von 1866, Potsdam I. Aufl. 1867, S. 96.

I.

Der dem Benedek untergeschobene Armeebefehl. (Breslauer Ztg. 1866, No. 282, Morgenausgabe, Donnerstag, den 21. Juni.)

Olmütz, 18. Juni.

Der k. k. Feldmarschall-Leutnant von Benedek hat folgenden Armeebefehl erlassen:

Hauptquartier Olmütz.

Soldaten! Wir stehen am Vorabende ernster und blutiger Ereignisse. Ihr seid wie im Jahre 1859 zahlreich und mutig um unser Banner geschart! Soldaten, es gilt vor den Augen der Welt die Scharten von damals wieder auszuwetzen; es gilt einen übermütigen und gewissenlosen Feind aufs nachdrücklichste zu züchtigen! Ich hege das größte Vertrauen, daß Ihr Euch Eurer Aufgabe vollkommen bewußt und auch gewachsen zeigen werdet; schenkt auch mir dasselbe Vertrauen und seid versichert, daß von meiner Seite alles aufgeboten werden wird, den Feldzug zu einem schnellen und glorreichen Ende zu führen. Wir stehen einer Streitmacht gegenüber, die aus zwei Hälften zusammengesetzt ist: Linie und Landwehr.

Erstere bilden lauter junge Leute, die weder an Strapazen noch an Entbehrungen gewöhnt, niemals eine bedeutende Kampagne mitgemacht haben. Letztere besteht aus höchst unzuverlässigen, mißvergnügten Elementen, die lieber die eigene mißliebige Regierung stürzen als gegen uns kämpfen möchten.

Der Feind hat infolge langer Friedensjahre auch nicht einen einzigen General, der Gelegenheit gehabt hätte, sich auf dem Schlachtfelde heranzubilden. Veteranen vom Mincio und von Palestro, ich denke, Ihr werdet unter Euren alten bewährten Führern es Euch zur besonderen Ehre anrechnen, einem solchen Gegner auch nicht den leisesten Vorteil zu gestatten.

Am Tage der Schlacht wird die Infanterie die leichten Feldmützen aufsetzen und sämtliches Gepäck ablegen, um sich mit der größten Leichtigkeit und Schnelligkeit auf den schwerbepackten Feind werfen zu können. Jeder Soldat wird seine Feldflasche mit Wein und Wasser gemischt angefüllt erhalten, sowie eine leicht zu tragende Ration von Fleisch und Brot. — Die Offiziere legen ihre breiten Schärpen, sowie alle den Rang leicht kenntlich machenden unnötigen Abzeichen während des Gefechtes ab. Jeder Mann, ohne Unterschied von Namen und Stellung, wird, sofern er sich auf dem Schlachtfelde ausgezeichnet, sofort avancieren. Sämtliche Musikbanden haben hinter der Front geeignete Stellungen einzunehmen und uns zu dem Waffentanze unsere alten Heldenmärsche aufzuspielen.

Der Feind prahlt seit langer Zeit mit seinem schnelleren Kleingewehrfeuer; wir werden ihm wahrscheinlich dazu keine Zeit lassen, sondern ungesäumt mit dem Bajonett und Kolben auf den Leib gehen. — Sobald mit Gottes Hilfe der Gegner geschlagen und zum Rückzuge gezwungen sein wird, werden wir ihn auf dem Fuße verfolgen, und Ihr werdet in Feindesland Euch ausrasten und diejenigen Erholungen in reichlichem Maße in Anspruch nehmen, die sich eine siegreiche, heldenmütige Armee mit vollstem Rechte verdient haben wird.

gez. Benedek.

Soweit Wuttke. In seinem Eifer hat er aber übersehen, daß die Breslauer Zeitung schon am 25. Juni 1866 in No. 290, S. 1681 der Wahrheit die Ehre gegeben hat durch folgendes Dementi:

Oesterreich.

Wien, 21. Juni. Der wirkliche Armeebefehl des FZM. Benedek wird jetzt von der „Wiener Abendpost“ veröffentlicht und lautet:

II.

Der wirklich von Benedek erlassene Heerbefehl.

17. Juni.

Sr. Majestät der Kaiser verkündet mit dem Manifest vom heutigen Tage Seinen treuen Völkern, daß alle Anstrengungen, den Frieden zu erhalten, vergeblich waren, daß er gezwungen ist, für die Ehre, für die Unabhängigkeit und Machtstellung Oesterreichs und seiner edlen Bundesgenossen zum Schwerte zu greifen. Die Ungewißheit, die auf uns gelastet, ist somit behoben, unsere Soldatenherzen dürfen höher schlagen. Zu den Waffen ruft unser allergnädigster Kriegsherr, und mit Gottvertrauen gehen wir nunmehr einem gerechten und heiligen Kriege entgegen. Wohlan denn, Soldaten, unsere erhabenste Aufgabe beginnt. Mit freudiger Hingebung und Schnelligkeit habt Ihr Euch von nah und fern, der Deutsche wie der Ungar, der Slave wie der Italiener unter des Kaisers Fahnen geschart; sie sind nun aufs neue entfaltet für Sein gutes Recht, für Oesterreichs heiligste Interessen, für unseres Vaterlandes höchste Güter, und Ihr werdet diese Fahnen unter allen Umständen hoch und ruhmvoll halten, Ihr werdet mit Gottes Hilfe sie zum Siege tragen! Zu den Waffen also! Wie Ihr mit mir daran seid, Soldaten, was ich für Euch fühle, was ich von Euch fordere und erwarte, das wißt Ihr. Setze jeder nun seine besten Kräfte ein, damit wir das höchste Vertrauen unsres schwergeprüften Kaisers und Herrn mit jubelndem Todesmute rechtfertigen, damit ich Euch bald zurufen könne:

„Ihr habt Euch wacker gehalten, wie es Oesterreichs Söhnen geziemt, das Vaterland ist stolz auf Euch, der Kaiser ist mit Euch zufrieden!“

Die Schlesische Zeitung hatte von vornherein dem unter No. **I** angegebenen Armeebefehl Mißtrauen entgegengebracht, denn sie druckte ihn am 22. Juni 1866 in No. 284 mit folgendem Kommentar ab:

„In mehreren Zeitungen findet sich nachstehender Armeebefehl Benedeks, dessen Authentizität allerdings starken Bedenken unterliegt, solange derselbe nicht durch österreichische Blätter bestätigt wird.“ Am 26. Juni 1866 in der ersten Beilage zu No. 291 brachte sie denn auch schon das Dementi zugleich unter Abdruck des Armeebefehls No. II. Sie schreibt:

„In den Blättern ist unlängst eine angebliche Proklamation Benedeks veröffentlicht worden. Der Pariser „„Temps““ bringt jetzt die echte Proklamation.“

Wie die Breslauer Zeitung in ihrem Dementi stützte sich der „Temps“ auf die „Wiener Abendpost“ als Quelle, die Beilage

zur „Wiener Zeitung". Am 21. Juni 1866[1]) veröffentlichte nämlich die „Abendpost" den unter No. II angeführten Armeebefehl und knüpfte daran folgende Auslassung: „Dies der Wortlaut des Armeebefehls, der von preußischen Blättern in beispielloser, wahrhaft unerhörter Weise gefälscht veröffentlicht wurde. Der sittliche Charakter des ganzen Vorgehens der preußischen Machthaber und der ihnen dienstbaren Tagespresse spiegelt sich auch in diesem Zuge, den wir heute zu brandmarken Gelegenheit haben, wieder. Solche Infamien — wir finden keine gelindere Bezeichnung für Handlungen, die jedem ehrlichen Menschen das Blut zu Kopfe treiben — hatte bisher nur die Kriegskunst Piemonts zu verzeichnen. Es bedurfte wohl seit den letzten Wochen keines neuen Beweises, daß Preußen von dem preiswürdigen Ehrgeiz beseelt ist, es hierin seinem ehrenfesten Aliierten nicht bloß gleich-, sondern möglichst zuvorzutun. Und es ist auf dem besten Wege. Wenn man es wagen kann, einer ganzen „„Bevölkerung von Intelligenzen"" ein Machwerk, wie jenes Falsifikat es ist, als den Armeebefehl eines Feldherrn vorzugaukeln, der an der Spitze einer kaiserlichen Armee steht, zu der er im Auftrage des obersten Kriegsherrn spricht — welche Begriffe, so fragen wir, muß man dann im gegnerischen Lager von der Würde und dem feierlichen Ernst eines solchen Aktenstücks haben? Welcher Geist muß die Armee beseelen, die, sei es auch dem Gegner, mit dem sie sich im ehrlichen Kampfe messen soll, derlei Kundgebungen zumuten kann! Wir hegen die feste Ueberzeugung, daß die Empfindung des Abscheus, welche ein solches Treiben hervorruft, von jedem redlich Denkenden geteilt werden muß. Von kompetenter Seite geht uns über diesen Gegenstand folgende Note zu: „„Einige Abendblätter von gestern brachten nach Berliner Blättern einen Armeebefehl des FZM. von Benedek aus Olmütz. Wenn die Redaktionen dieser Blätter ein derlei Aktenstück ohne irgendeine Bemerkung oder Aeußerung von Zweifel über die Authentizität desselben veröffentlichen, so läßt sich dies nur insofern entschuldigen, daß sie voraussetzen mochten, es würde ohnehin niemand an der Unechtheit zweifeln können. Da wir jedoch uns nicht an Vermutungen, sondern an positive Tatsachen halten müssen, so finden wir es nötig, hiermit ausdrücklich zu erklären, daß ein solches Machwerk nicht aus dem Hauptquartier eines Feldherrn hervorgehen konnte, der auch im Feinde den Soldaten ehrt und dem es nie beifallen wird, die gegenüberstehenden Kräfte selbst zu unterschätzen oder mit so lügenhaften Vorspiegelungen bei der ihm unterstehenden Armee eine so unrichtige Beurteilung geltend zu machen. Die k. k. Armee kennt ihren Feind und kann nicht zweifeln, daß sie es mit einem mächtigen Gegner zu tun haben wird. — Wir sind daher ermächtigt, diesen angeblichen Armeebefehl als eine tendenziöse, verachtenswerte Lüge zu bezeichnen.""

Dieses offizielle Dementi wird durch ein Schreiben des k. k. Kriegsarchivs zu Wien bestätigt, welches mir am 11. Februar 1907

---

[1]) No. 141.

zuging und worin es heißt: — — — — „Der Abdruck im Werke Winterfelds (Seite 96)[1]) stellt jene Fälschung dar, die von der „Wiener Abendpost" (Beilage zur Wiener Zeitung) No. 141 von Donnerstag, 21. Juni 1866, gebrandmarkt wurde. Um jeden Zweifel über die Echtheit des in der genannten Ausgabe der Wiener Abendpost vom 21. Juni 1866 wörtlich abgedruckten, vom FZM. Benedek wirklich ergangenen Armeebefehles No. 29 vom 17. Juni 1866 zu beheben, wird Ew. p. p. beiliegend ein authentisches, den Akten des k. und k. Kriegsarchivs entnommenes (entbehrliches) Exemplar dieses vielgenannten Armeebefehls zur Verfügung gestellt.[2]) — — Aus den hier erliegenden Akten über den Feldzug 1866 gegen Preußen läßt sich der Ursprung dieser Fälschung nicht feststellen."

Indirekt bestätigt wird das Schreiben des Wiener Kriegsarchivs durch einen mir zugegangenen Bericht der Kriegsgeschichtlichen Abteilung II. des Preußischen Großen Generalstabs, datiert vom 29. Juni 1906. Es heißt da: „In den Akten des Kriegsarchivs (sc. des preußischen) befindet sich als erste Erwähnung des Armeebefehls Benedeks in einem am 14. Juni 1866 eingelaufenen Bericht eines Agenten der nach dem Gedächtnis fast wortgetreu wiedergebene Text dieses Befehls.[3]) In den Akten der Kommandobehörden sind ferner Umdrucke des Wortlauts vorhanden. Sie sind zwischen dem 25. und 27. Juni an die unterstellten Truppen zur Vorlesung versandt worden. Eine Andeutung, daß man den Text für gefälscht gehalten habe, ist nirgends zu finden, auch nicht aus späterer Zeit."

In diesem Bericht überrascht vor allem, daß der Agent am **14.** Juni 1866 schon von dem Armeebefehl Benedeks berichten kann, den der Feldzeugmeister erst am **17.** Juni erlassen hat. Da liegt doch der Verdacht sehr nahe, daß der Armeebefehl, den der Agent wiederzugeben weiß, schon vorher fabriziert war.

Die Kritik über einige andere befremdenden Umstände in dem Bericht der Kriegsgeschichtl. Abt. II. will ich aber Herrn Dr. Heinrich Friedjung, dem Verfasser von „Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859—1866", überlassen. Er übt sie in einem mir zugegangenen Schreiben vom 8. Februar 1907, für das ich ihm an dieser Stelle noch einmal meinen herzlichsten Dank ausdrücken möchte, mit folgenden Worten: — — — Man könnte noch überlegen, wie man auf preußischer Seite dazu kam, sich des Falsifikates zu bedienen. Die Ihnen von der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabs in Berlin erteilte Auskunft besagt, daß für den Generalstab als Quelle ein Bericht eines Agenten gilt, der „„den nach dem Gedächtnis fast wortgetreu wiedergegebenen Text"" gemeldet hatte. Wie jemand imstande ist, ein so langes Schriftstück wortgetreu im Gedächtnis zu behalten und mit allen rhetorischen Formen wiederzugeben, ist unerfindlich. Ob nun der Agent für die Stilübung selbst verantwortlich ist oder den Auftrag von dem preußischen Preßbureau hatte, ein solches Schriftstück zu verfertigen, bleibe dahingestellt.

---

1) Also der Armeebefehl in der Fassung No. I.
2) Er ist nebenstehend angefügt.
3) Gemeint ist der bei Winterfeld abgedruckte Armeebefehl in der Fassung No. I.

k.k. Feldzeugmeister Benedek

Armee-Befehl Nr. 29.

Hauptquartier Olmütz am 17ten Juni 1866

Seine Majestät der Kaiser verkündet mit dem Manifeste vom heutigen Tage Seinen treuen Völkern, daß alle Anstrengungen den Frieden zu erhalten vergeblich waren, daß Er gezwungen ist, für die Ehre, für die Unabhängigkeit und Machtstellung Oesterreichs und seiner edlen Bundesgenossen, zum Schwerte zu greifen.

Die Ungewißheit, die auf uns gelastet, ist somit behoben; unsere Soldatenherzen dürfen höher schlagen, zu den Waffen mit unserer altgewohnter Tapferkeit, und mit Gottvertrauen gehen wir nunmehr einem gerechten und heiligen Kampfe entgegen.

Wohlan denn, Soldaten! unsere erhabenste Aufgabe beginnt!

Mit freudiger Hingebung und Schnelligkeit habt Ihr euch — von nah und fern — der Deutsche wie der Ungar, der Slave wie der Italiener, unter des Kaisers Fahnen geschaart; sie sind nun aufs Neue entfaltet zum Kampfe für Sein gutes Recht, für Oesterreichs heiligste Interessen, für unseres Vaterlandes höchste Güter: — und Ihr wißt, daß diese Fahnen unter allen Umständen hoch und siegreich zu halten, Ihr werdet mit Gottes Hilfe sie zum Siege tragen!

Zu den Waffen also! — Wie Ihr mit mir daran seid, Soldaten! was ich für euch fühle, was ich von euch fordere und erwarte, das wißt Ihr; setze Jeder nur seine besten Kräfte ein, damit wir das höchste Vertrauen unseres schwergeprüften, vielgeliebten Kaisers und Herrn mit jubelnder That rechtfertigen, damit ich euch bald freudig zurufen könne:

„Ihr habt euch wacker gehalten, wie es Oesterreichs Söhnen geziemt; — das Vaterland ist stolz auf euch — der Kaiser ist mit euch zufrieden!"

Benedek
FZM

Anm.: Die teilweise verwischten Schriftzüge sind getreu dem Original nachgeahmt.

Am 21. Juni erklärte die „Wiener Zeitung" den Armeebefehl für gefälscht, trotzdem aber wurde er zwischen dem 25. und 27. Juni vom preußischen Generalstab an die unterstellten Truppen zur Vorlesung versendet. Man wollte eben eine gegen die Oesterreicher gereizte Stimmung erzeugen und war vielleicht des Glaubens, daß die Sache noch ungeklärt sei. „La guerre comme à la guerre" mag hier die Losung gewesen sein. Die im April und Mai 1866 veröffentlichten Nachrichten der „„Nordd. Allg. Zeitung"" über die Rüstungen der Oesterreicher waren viel willkürlichere Erfindungen als das harmlose Papier, über das sich die „„Wiener Abendpost"" aufregte. Endlich noch ein Wort über den angeblichen Heerbefehl. Es ist richtig, daß der Ton der Benedekschen Befehle geschickt nachgeahmt ist. Einiges darin aber ist doch unmöglich. Benedek wird sich nicht an die „Veteranen von Mincio und Palestro" gewendet haben, da Palestro (Gefecht vom 31. 1859) eine Niederlage der Oesterreicher war. Es befindet sich am westlichen Ufer des Ticino. Ausgeschlossen ist, daß Benedek seine Soldaten auffordert, das Gepäck vor dem Angriff abzuwerfen, da er im Gegenteil die strengsten Verfügungen zur Einhaltung der Ordnung traf und auch den Offizieren nicht gestattete, die Merkmale ihrer Stellung vor dem Kampfe zu verhüllen. Er war darin eher kleinlich und pedantisch, wie seine zahlreichen, zum Teil recht unglücklichen Erlässe beweisen. Ich verweise darüber auf den „„Kampf um die Vorherrschaft"", I. Band S. 462 (6. Aufl.)."

Somit steht unzweifelhaft fest, daß die Breslauer Zeitung mit ihrem Bericht vom 21. Juni 1866 das Opfer einer tendenziösen Fälschung geworden ist.

Mit den Auspizien des Jahres

1867

ist die Breslauer Zeitung[1]) wohl zufrieden. Zwar brenne es noch an manchen Orten und Ecken des nach neuen Gestaltungen ringenden Europa, aber nirgends wäre die Krisis eine so gewaltige, daß schon jetzt ein Ausbruch zu befürchten stände. Allem Anschein nach würde also das neue Jahr einen friedlichen Verlauf nehmen, und als gutes Omen dafür sieht das Blatt die von dem Norddeutschen Parlament begonnene Arbeit der friedlichen Einigung durch die Beratung des Verfassungsentwurfs[2]) an.

Sehe man davon ab, daß der Entwurf eine „Verfassung" im gewöhnlichen Sinne des Wortes nicht darstelle, sondern eher eine Regelung oder Organisation der militärischen Angelegenheiten, des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnwesens usw., so müßte in allen darauf bezüglichen Punkten ein außerordentlicher Fortschritt gegen die Buntheit, Schwäche, Zerrissenheit und Kleinlichkeit der früheren Zustände erkannt werden. Wie der Entwurf einheitsstaatliche, bundesstaatliche und staatenbundliche Elemente miteinander vermische, sei neu und anerkennenswert. Auf dem Gebiete des Wehr-

1) Breslauer Ztg. 1867, No. 1.
2) a. a. O. No. 85, 87, 89, 99 und 113.

wesens zu Lande und zur See wäre der Einheitsstaat beinahe durchgeführt; nur der bescheidene, das Gefühl der Fürsten schonende Titel der Bundesfeldherrnschaft erinnere an den föderalen Ursprung. Auf volkswirtschaftlichem Gebiete herrschten bundesstaatliche Maximen in der Gesetzgebung; die Exekutive wäre aber anders gestaltet als in den eigentlichen Bundesstaaten. Der Bundespräsident lasse es sich nämlich gefallen, majorisiert zu werden, und die Großmachtstellung des preußischen Staates werde tatsächlich auch nicht darunter leiden, wenn er einmal in einer belanglosen Frage überstimmt würde. In Zoll-, Münz- und Postfragen komme es wesentlich darauf an, daß Beschlüsse schnell, sicher und gleichmäßig ausgeführt würden; wem sie zuständen, wäre verhältnismäßig gleichgültig. Ein Hauptübelstand, das liberum veto, sei nun auch endlich glücklich beseitigt; bei welchen Stimmen die Majorität liege, bleibe demgegenüber von untergeordnetem Belang. Auf dem Gebiet des diplomatischen Verkehrs habe man dem Souveränitätsbewußtsein der Kleinstaaten Schonung widerfahren lassen; die daraus etwa entstehenden Verwicklungen würden aber Zeremonienmeister und Hofmarschälle mehr beschäftigen als Staatsmänner.

Daß die Verfassung so, wie sie aus den Beratungen[1]) hervorgegangen, den vollen politischen Ausdruck des norddeutschen Volkes darstelle, will die Breslauer Zeitung freilich nicht behaupten; denn auch diejenigen, welche für sie gestimmt, hätten mancherlei noch an ihr auszusetzen. Daß aber durch die Verfassung die Einigung herbeigeführt worden und die Abgeordneten so nicht resultatlos auseinandergegangen, das habe sicher im Willen des norddeutschen Volkes gelegen. Dafür spreche außer den Voten der Landtage auch die Haltung der norddeutschen Presse, die mit Ausnahme sehr weniger Blätter sich für die Annahme der Verfassung erklärt. In der Betonung der durch sie hervorgerufenen Zweiteilung liegt nach Ansicht des Blattes auch eine starke Uebertreibung; daß aber die Verfassung durch ihre Mängel die Süddeutschen abstoße, sei einfach nicht wahr, vielmehr erfolgten in Bayern, Baden, ja selbst in Württemberg immermehr Kundgebungen für den deutschen Bund. Ja, das drängende Bedürfnis, teilzunehmen nicht nur an der durch die gegenwärtige Verfassung geschaffenen materiellen Einheit, sondern auch an der materiellen Entwicklung des Nordens, würde sich schließlich im deutschen Süden so intensiv geltend machen, daß man seine Vertreter jedenfalls recht bald auch im deutschen Reichstag würde begrüßen können.

Die außergewöhnliche Sympathie des Blattes für die ebenerwähnte Körperschaft[2]) spricht wohl nicht wenig bei jener Hoffnung mit. Zwar gibt die Zeitung zu, daß beide Reichstage des Jahres 1867 nicht alle Hoffnungen der Liberalen hätten. Ihre ungemeine Arbeitslust habe aber allgemein frappiert. Gewiß wären auch einzelne Gesetze besser zustande gebracht worden, hätte man langsamer gearbeitet. Allein nach Lage der Dinge sei es wichtiger

[1]) a. a. O. No. 133, 191 und 217.
[2]) a. a. O. No. 379 und 525.

gewesen, daß erst eine große Anzahl erträglicher Gesetze fertiggestellt wurden als wenige meisterhafte Entwürfe, die als schätzbares Material von Geschlecht zu Geschlecht sich vererbt hätten. Einen Grund zu dauernder Unzufriedenheit könne man jedenfalls aus der etwas handwerksmäßigen Arbeit des Reichstages noch lange nicht entnehmen.

Nur seine Parteiengestaltung[1]) wäre geeignet, Mißbehagen hervorzurufen, doch auch nur in den Reihen der Fortschrittspartei, die hier wie im Landtag trotz des allgemeinen direkten Stimmrechts in der Minorität geblieben und damit ein Mißtrauensvotum erhalten. Sollte der Partei wieder ihre alte Bedeutung verschafft werden, so müsse man vor allem auf Beseitigung eines ihrer Hauptfehler dringen, nämlich ihrer fortdauernd negierenden Haltung. Auch früher, im vierjährigen Verfassungskampf, habe es schon Momente gegeben, wo die Kammer aus der Negation hätte heraustreten müssen, insbesondere damals, als die Aktion des Ministeriums in der auswärtigen Politik klarere Umrisse anzunehmen begonnen. In diesem Augenblick hätte das Abgeordnetenhaus mit seiner oppositionellen Mehrheit das Kabinett nicht allein handeln lassen und dulden dürfen, daß in dem Volke der Gedanke Platz gegriffen, es könne in Preußen auch Großes geschehen ohne die Kammer. Hier hätte es eingreifen müssen und können, ohne dem Budgetrecht auch nur das mindeste zu vergeben. Das Haus aber habe sich selbst alles Einflusses auf die auswärtige Politik und vor allem auf die künftige Entwicklung der deutschen Frage beraubt; so sei die Bedeutung der Majorität in der Kammer, der Fortschrittspartei, durch eigne Schuld verloren gegangen, nicht weil das preußische Volk des Kampfes für die innere Freiheit, sondern weil es des unaufhörlichen Nörgelns und Mäkelns müde geworden in Angelegenheiten, wo nur der nationale Sinn hätte sprechen sollen. Eine Partei dagegen, die in nationalen Fragen ein positives Programm festhalte und auf den gegebenen Grundlagen in liberalem Sinne weiterbaue, werde mit der Zeit auch in den Süddeutschen schätzenswerte Alliierte gewinnen; einer nur negierenden Opposition würden sie aber keine Kräfte zuführen.[2]) Vielmehr dürfte dann auch der erste Schritt zu einer segensreichen Angliederung des Südens an den Norden durch die Schutz- und Trutzbündnisse[3]) wirkungslos bleiben, wiewohl er die günstigste Perspektive eröffnet und gezeigt, daß die süddeutschen Regierungen rascher als ihre Völker sich in die neue Lage der Dinge eingelebt und die Notwendigkeit eines einheitlichen Oberbefehls erkannt.

Damit hätten sie aber auch zugegeben, daß sie aller Illusionen, die Einigung Deutschlands anders als unter Preußens Führung herbeiführen zu können, sich endgültig entschlagen. Es käme jetzt nur noch die eine Frage in Betracht, ob der nationale Zusammenschluß schnell oder langsam, ungestört oder unter fortdauernder Belästigung

[1]) a. a. O. No. 259, 271, 345, 463 und 471.
[2]) a. a. O. No. 455.
[3]) a. a. O. vgl. dazu auch No. 147.

seitens des Auslandes durchgeführt werden sollte. Habe doch eben erst wieder der Nachbar im Westen durch seine geheimen Intriguen bei den süddeutschen Höfen gegen den Zollanschluß an den Norddeutschen Bund[1]) ein lehrreiches Beispiel von jener feindlich gesinnten retardierenden Einmischungspolitik gegeben. Man müsse indes gerechterweise den dunklen Machinationen des französischen Kabinetts einen hohen Grad von Klugheit zusprechen, weil ihnen eine sehr richtige Bewertung der politischen Tragweite eines Zollparlamentes[2]) zugrunde gelegen. Ganz im Gegensatz zu der kurzsichtigen Verbissenheit der deutschen Radikalen, welche mit Verachtung auf eine nur für Zollangelegenheiten bestimmte parlamentarische Körperschaft herabsähen, erkenne man in Frankreich sehr wohl, daß im Zollparlament der Keim zu dem heißersehnten Parlament der gesamten deutschen Nation liege und daß es nur noch des guten Wetters bedürfe, diesen Keim zur Entfaltung zu bringen.

Sobald ein Parlament das gemeinsame Zollwesen, einen Teil des gemeinsamen Steuerwesens verschiedener Staaten zu behandeln habe, bleibe ja auch ganz natürlich die auswärtige Politik derselben gewissen gemeinsamen Direktiven unterworfen und die Möglichkeit gegenseitiger Befehdung erschwert; denn das Parlament könne keine Steuern bewilligen zu einem Kriege, den die in derselben Körperschaft vertretenen Staaten gegeneinander zu führen beabsichtigten. Zur vollständigen Einigung bedürfe es also eigentlich weiter nichts mehr als die Kompetenz des Zollparlamentes zu erweitern und in ihm den Reichstag allmählich aufzulösen. Gingen die Bestrebungen dahin vom Süden selbst aus, so würde jeder fremde Einspruch hinfällig werden. Jeder weitere Schritt aber, der in dieser Hinsicht von seiten Preußens erfolge, würde in Frankreich als Akt einer den Westen Europas bedrohenden Expansionspolitik angesehen werden. Belege dafür habe ja die Luxemburger Frage[3]) genug geliefert.

Preußen-Deutschland konnte damals das Recht als auf seiner Seite befindlich konstatieren, und doch wäre es in einen Krieg hineingezogen worden, hätte es nicht die Erhaltung des Friedens erstrebt durch das Einverständnis mit der Neutralisierung Luxemburgs. Freilich ist diese, insofern der König von Holland sein Souveränitätsrecht über das Herzogtum behalten und Preußen die Festung geräumt, nicht ganz im Sinne der Zeitung präzisiert worden. Noch vor Beginn der Konferenz[4]) hatte nämlich das Blatt seine Stellungnahme, wie folgt, dargetan: „Bleibt Luxemburg bei Holland, oder wird es an Belgien gegeben, so ist es eben nicht neutralisiert, sondern mehr oder minder bei künftigen Konflikten ein Kompensationspunkt für Frankreich. Luxemburg ist ein deutsches Land und muß deutsch bleiben, das ist die erste Bedingung, die seitens der vermittelnden Mächte anerkannt werden muß, ehe von einem Ausgleichsvorschlag die Rede ist. Als solch ein deutsches Land mag es neutralisiert

---

1) a. a. O. vgl. dazu auch No. 367.
2) a. a. O. vgl. auch No. 261 und 309.
3) a. a. O. vgl. auch No. 149, 159, 163, 175, 183, 185, 187, 191, 193, 197, 201, 203, 209, 267 und 285.
4) a. a. O. No. 197.

d. h. als ein besonderer, für sich bestehender, weder zu Holland noch zu Belgien in irgendeiner Beziehung stehender Staat von den europäischen Staaten anerkannt werden, sodaß jeder Angriff auf Luxemburg als Angriff auf die vermittelnden Staaten selbst betrachtet wird. Deutschland bleibt der natürliche Protektor des neutralen Staates; nur deutsche Truppen haben das Recht, in Luxemburg zu sein". Daß also nach diesen Ausführungen Preußen auf der Konferenz ein unbestritten wohlverbürgtes Recht geopfert, ist der Breslauer Zeitung unzweifelhaft. Nur weil es sich bewußt gewesen, so ohne Schädigung seiner Ehre und seiner nationalen Interessen willfährig sein zu können, habe es sich zu diesen Konzessionen verstanden, sei damit aber zugleich bis an die Grenzen der Nachgiebigkeit gegangen. Erneute Versuche Frankreichs, in deutsche Angelegenheiten hineinzureden, würden aber energischen Widerspruch und härteste Verurteilung finden.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet spricht sich nach Ansicht der Zeitung[1]) die Salzburger Zusammenkunft selbst ihr Verdammungsurteil, da sie gleichfalls nichts anderes bezweckt als eine Einmischung Napoleons in deutschnationale Interessen unter Protektion und auf Veranlassung der Habsburger Monarchie; der Tod Maximilians[2]) in Mexiko lasse aber diese unwürdigen Intriguen gradezu als eine Schmach für Oesterreich erscheinen, da es so für den Verrat an dem unglücklichen Kaiser gleichsam Napoleon sich noch erkenntlich zeigen wolle. Doch würde auch dadurch die Niederlage, welche der französische Imperator in Mexiko sich zugezogen, in ihren verderblichen Konsequenzen nicht abgeschwächt werden. Ja, Maximilian wäre dagegen noch glücklich zu preisen, weil er seinem Irrtum, ein Okkupationsheer von einigen Armeekorps genüge zur wirklichen Kultivierung eines dafür ganz unfähigen Landes, nichts geopfert als sein Leben. Napoleon aber habe vielmehr eingebüßt, nämlich den Wohlstand seines Landes, den Anschein der Unfehlbarkeit, der die kaiserliche Politik umgeben, und höchstwahrscheinlich auch die Zukunft seiner Dynastie. „Sein Zurückweichen vor dem Machtspruch der Vereinigten Staaten mag eine Notwendigkeit gewesen sein, aber nichtdestoweniger war es so unrühmlich, daß das französische Volk es kaum je verzeihen wird."[3])

„Seit der Blutschuld in Mexiko fällt Schlag auf Schlag auf den Cäsar an der Seine", so charakterisiert die Breslauer Zeitung[4]) am Ende des Jahres

1868

die Lage Napoleons, „wankend und schwankend von einem Plane zum andern, vom Frieden zum Krieg und umgekehrt, will ihm nichts mehr gelingen; alle Intriguen scheitern, und wenn er eine neue angeknüpft zu haben glaubt, entschwindet sie ihm, wie

---

1) a. a. O. No. 369, 393 und 395.
2) a. a. O. No. 249 und 317.
3) a. a. O. No. 317.
4) Breslauer Ztg. 1868, No. 447.

von einer unsichtbaren Macht hingerissen, unter den Händen. Und dazu die immer stärker anpochende Opposition im Innern; die Schläge, die ihm der beißende Hohn und die schneidende Satire der „„Lanterne““ versetzt — selbst wenn er sie verwinden wollte, das französische Volk wird sie nicht vergessen. Auch der letzte Versuch ist ihm mißlungen, denn es ist der letzte, die Annäherung an Spanien. — — — — Mit einem Schlage ist aber alles (sc. durch die spanische Revolution) vereitelt, was solange geplant und so klüglich ausgedacht worden ist; die ganze Weisheit des Kaisers ist zuschanden geworden, seine letzte Hoffnung vernichtet. Er hat alle Traditionen seines Hauses geopfert, bis zu den Bourbonen sich erniedrigt und einer vom eignen Volk wie von allen, denen Sittlichkeit nicht ein leeres Wort ist, verachteten Frau die Hand zur Allianz gereicht, nur um Frankreich nicht die Freiheit geben zu müssen — aber alles vergeblich. Seine Niederlage ist furchtbar; isolierter wie je steht Frankreich da. Die Situation unter Louis Philipp ist ein Glanzpunkt gegenüber der Schmach, welche diese versuchte Allianz mit den in Frankreich wie überall verachteten Bourbonen auf das Kaiserreich geworfen hat.“ Für Deutschland aber wie für den Frieden Europas, meint die Zeitung, habe nichts gelegener kommen können als die spanische Revolution, insofern die ermüdenden Fanfaronaden und unaufhörlichen Kriegsdrohungen Frankreichs, die während des Vorjahres 1867 den beklemmenden Alp der Kriegsfurcht von Europa nicht weichen ließen, nun eine sehr erhebliche Dämpfung erfahren hätten. Und dies wäre sehr von Wert; denn Deutschland habe sich nun schon zwei Jahre hindurch in der wunderlichen Lage befunden, daß sich fast alles politische Interesse um die Frage gedreht, ob Frankreich ihm den Krieg erklären werde. Dabei hätte aber niemand den Grund und die Veranlassung zu diesem Schritt entdecken können. Das Treiben der französischen Presse sei eben so frivol gewesen, daß, falls es zum Kriege geführt, die Sympathien der ganzen zivilisierten Welt auf seiten Deutschlands sich befunden hätten. So wäre der langbefürchtete Kampf aber auch nur dem Einigungswerk zustatten gekommen, dessen wären sich die Anhänger des Norddeutschen Bundes und selbst die Einsichtigen unter seinen Gegnern sehr wohl bewußt; denn abgesehen von einigen Fanatikern des Welfentums, einigen Schwärmern für das absolutistische Regiment und wenigen süddeutschen Ultramontanen würde sonst niemand bei Kriegesausbruch auf seiten Frankreichs gestanden haben.[1]) Die meisten Führer der süddeutschen Volkspartei hätten ja sogar mit Entrüstung die Verdächtigung abgewiesen, daß sie einen Bund mit dem Ausland angestrebt, und so töricht sie sich auch oft gebärdeten, so liege doch keine Veranlassung vor, die Aufrichtigkeit dieser Versicherung in Zweifel zu ziehen. Von den Fürsten Süddeutschlands wären zudem die Monarchen in Bayern und Baden als deutsch gesinnte Männer bekannt; mehr aber als die Stimmung einzelner Fürsten und Parteiführer würde die Haltung des Volkes in Betracht kommen, derjenigen großen Masse, die zu apathisch sei, um sich

[1]) a. a. O. No. 433; vgl. auch No. 13, 301, 417, 423 und 429.

dauernd an dem politischen Leben zu beteiligen, der aber durch eine fremde Invasion die Einsicht in die Bedeutung des Augenblicks geöffnet werden würde. Keinem Zweifel könne es also unterliegen, daß der künftige Krieg sicher und schnell zur Einheit Deutschlands führen und allen Klagen über die Teilung des Reichs sowie über die Mainlinie ein Ende bereiten werde. Doch dürfe er darum nicht heraufbeschworen werden, weil der Friede zu demselben Ziele, wenn auch langsam, führen würde.

Eine Garantie dafür biete das Zustandekommen des Zollparlaments,[1]) von dem die Zeitung bald zu Anfang des Jahres[2]) geschrieben, daß es sich, wenn erst einmal konstituiert, als ein unwiderstehlicher Motor zur endlichen Einigung erweisen werde. Den Deutschen habe es bisher an einem Mittelpunkt gefehlt, an welchem sie sich gegenseitig hätten kennen und schätzen lernen, ihre Vorurteile gegeneinander, ihre Unkenntnis voneinander würden haben überwinden können; kurz gesagt, es habe ihnen eine Hauptstadt gefehlt. Hätten aber erst einmal hundert süddeutsche Abgeordnete in Berlin mit ihren norddeutschen Landsleuten zusammen getagt, so würden vernünftigere Ansichten über den Norddeutschen Bund und das Zoll-Parlament auch über den Main dringen.

Nach Schluß der Session konstatiert die Zeitung[3]) mit vieler Genugtuung, daß sie nicht zu kühn prophezeit. Sei auch das erste Zollparlament noch ohne positive Resultate auseinandergegangen, so habe sich doch ein innigeres Zusammenwirken zwischen Nord und Süd angebahnt, und bessere Resultate blieben für die Zukunft in Aussicht gestellt. Der verbitterte Partikularismus aber, der nur erschienen, um zu verneinen, sei, wie ihm prophezeit, in Schall und Rauch zerflogen. Die Sympathien für Preußen hätten jedoch noch schneller und kräftiger Fuß fassen können, wenn nicht in demselben Preußen sich Einrichtungen vorfänden, die nicht einmal die eignen Landeskinder befriedigen, geschweige denn die Süddeutschen anlocken könnten. „Hier ist das Jahr 1866 ziemlich spurlos vorübergegangen," schreibt die Zeituug in ihrem „„Rückblick"" auf das scheidende Jahr 1868.[4]) „Wohl vermochte es alt und tief gewurzelte Anschauungen zu erschüttern, aber nicht zugleich uns von den Institutionen zu befreien, die aus diesen Anschauungen hervorgegangen. Die großen Reformen, die sonst gewaltigen Ereignissen zu folgen pflegen, haben wir Oesterreich überlassen; wir selbst mußten uns mit Flickwerk begnügen, und in der wichtigsten Frage, die grade das deutsche Volk in jeder Epoche und am tiefsten immer ergriffen hat, in der Frage des Unterrichts und der Bildung, hat uns das Flickwerk im Stich gelassen. Wir haben auf diesem Gebiet keinen Fortschritt zu verzeichnen, im Gegenteil, der letzte parlamentarische Kampf gegen die Prinzipien des Unterrichtsministeriums hat in uns nur die Ueberzeugung befestigt, daß

---

[1]) a. a. O. No. 15, 107, 127, 147, 211, 225 und 243.
[2]) a. a. O. No. 15.
[3]) a. a. O. No. 243.
[4]) a. a. O. No. 611.

die Rückschritte, die in den vierziger Jahren mit Eichhorn begonnen und in den fünfziger Jahren durch Raumer konsequent fortgesetzt würden, ihr Ende noch nicht erreicht haben."

Die Maßregeln des gegenwärtigen Kultusministers v. Mühler[1]) ließen überdies die Befürchtung zu, daß sie auf den Volksgeist einen sehr nachteiligen Einfluß ausüben würden, dessen unheilvolle Wirkungen nie mehr würden beseitigt werden können, wenn das gegenwärtige System noch lange andauere. Diesen Wirkungen aber vorzubeugen, erheische das über jeder Parteitaktik und jedem Fraktionsinteresse stehende Interesse des Volkes. Deshalb befürwortet das Blatt[2]) auch eine Annäherung der Fortschrittspartei an die Nationalliberalen, um gemeinsam Bresche zu schießen in die regulierende und kommandierende Bureaukratie, die in Sachen des Schul- und Gemeindewesens mächtiger als je das Haupt erhebe. „Schwerer ist freilich," so fährt die Zeitung in der Erörterung dieses Problems fort,[3]) „wir verkennen es nicht, jene Annäherung, solange die nationalliberale Partei selbst noch aus einer Linken und einer Rechten besteht, erstere mehr zur Fortschrittspartei, letztere mehr zu den Freikonservativen neigend. Wir denken nicht gering von den Freikonservativen, meinen im Gegenteil, daß in ihnen das Zeug zu einer englischen Torypartei steckt, die bei allem Konservatismus doch treu an den verfassungsmäßigen Rechten des Volkes hält, und vor allem nicht zurück zu unhaltbaren Zuständen will. Wird sie verstärkt durch die Rechte der Natinonalliberalen, und bildet deren Linke, wenn sie nicht sofort mit der Fortschrittspartei sich zu vereinigen vermag, ein der letzteren nahestehendes Zentrum, so scheint uns diese Gliederung der parlamentarischen Parteien die natürlichste und dem im Volke selbst herrschenden politischen Anschauungen am meisten entsprechende zu sein. Vor allem aber vermeide man von allen Seiten persönliche Anfeindungen und Verdächtigungen; denn diese haben jeden Boden im Volke verloren. Es gibt vieles, was noch gemeinsam zu erreichen ist; breche man auch gemeinsam den mächtigen Widerstand, der sich dem, was im Interesse des Volkes erstrebt und erreicht werden soll, entgegengestellt."

Dasselbe Programm mit fast gleichem Wortlaut ist der Breslauer Zeitung auch im nächsten Jahr

1869

maßgebend.[4]) Das unbefriedigende Resultat der im März geschlossenen Landtagssession[5]) hinsichtlich der Verhandlungen über Kirche und Schule gibt nach ihrer Ansicht ihr umsomehr Berechtigung, als Parole für die im Oktober zusammentretende Kammer den Kampf

1) a. a. O. No. 597; vgl. auch 399.
2) a. a. O. No. 501; vgl. auch No. 37 und 337.
3) a. a O. No. 501.
4) Breslauer Ztg. 1869, No. 443.
5) a. a. O. vgl. No. 117.

bis aufs Messer gegen das System Eulenburg-Mühler zu proklamieren. Hätte das preußische Volk allein unter den reaktionären Bestrebungen der beiden Minister zu leiden, so würde man nicht derartig bis an die Grenzen des Aeußersten zu gehen brauchen; denn wie über so viele Hemmnisse seiner geistigen und staatlichen Entwicklung würde es mit der Zeit wohl auch über den Berg der Mühlerschen Orthodoxie kommen. Die Wichtigkeit des Kampfes liege vielmehr in seiner schweren Bedeutung für den Fortschritt Preußens in Deutschland. Möge man die nationale Frage noch so hoch stellen, so könne es doch beim besten Willen den Süddeutschen nicht verdacht werden, wenn sie keine Sehnsucht empfänden nach solchen Zuständen, wie sie unter Eulenburg-Mühler immermehr in Flor kämen. Der unter der Autorität des Staates gegen die Konfessionslosigkeit der Gymnasien geführte Kampf, die Ausschließung des Protestantenvereins aus den evangelischen Kirchen und dergleichen Akte mehr täten der Einigung Deutschlands weit mehr Eintrag als alle Schritte und Maßregeln des Grafen Beust und Napoleons III. Dieses Bewußtsein wäre in den Nationalliberalen ebenso lebendig wie in den Reihen der Fortschrittspartei, und darin stimmten beide Fraktionen vollständig miteinander überein. Der gegenseitige Hader habe also keinen andren Zweck als das Volk irrezuführen und den Konservativen einen Genuß zu bereiten. Noch selten aber wäre ein festes Zusammenhalten aller liberalen Parteien so notwendig gewesen als in der bevorstehenden Landtagssession. Daß ihrem Wunsche schönere Erfüllung geworden, als sie selbst geahnt, konstatiert die Zeitung[1]) am Schluß des Jahres mit aufrichtiger Freude und glaubt daher auf ein günstigeres Resultat des Landtags rechnen zu dürfen, als es z. B. das Zollparlament in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht diesmal gezeitigt.[2])

„Je unerwünschter jener Sachverhalt uns ist,“ schreibt das Blatt dazu, „desto notwendiger ist es, denselben offen einzuräumen, desto notwendiger, den Gründen dieser Erscheinung nachzuforschen. Wir wünschen die Einigung ganz Deutschlands und wünschen, daß sie ohne neuen Krieg auf friedlichem, wenn auch langsamem Wege erfolge. Die allmähliche Ausdehnung der Kompetenz des Zollparlaments erscheint uns als der Weg, das Ziel zu erreichen. Auf diesem Wege läßt sich eine Föderation schaffen, welche alle deutschen Staaten umfaßt und dennoch das besondre Stammesbewußtsein, soweit es den Staatsaufgaben gegenüber unschädlich ist, schont. In dieser Auffassung stimmen, soweit wir sehen können, alle diejenigen überein, welche der neuen Ordnung der Dinge von vornherein hold waren oder sich nachträglich mit ihr befreundet haben. Von den Konservativen bis zu den Mitgliedern der Fortschrittspartei, soweit sie in die angedeuteten Kategorien gehören, ist niemand, welcher wünscht, daß der Main dauernd eine Grenzlinie bilde, aber auch niemand, welcher Waffengewalt anwenden möchte, um denselben zu überschreiten. Alle rechnen auf einen nach und nach sich vollziehenden

1) a. a. O. No. 603 und 611.
2) a. a. O. No. 275 und 289.

Umschwung der Gemüter, alle rechnen darauf, daß das Zollparlament das Ferment sein soll, welches diesen Gährungsprozeß einleitet. — — — — Wenn die große Menge des süddeutschen Volkes erst die Ueberzeugung gewinnt, daß Preußen es durchführen werde, Deutschland die Einheit und Freiheit zu geben, so wird es seinen Widerstand aufgeben, und das Zollparlament wird eine reelle Potenz in unsrem nationalen Leben werden."[1])

Dann würde sich auch der Haß gegen die preußische Hegemonie überlebt haben oder nur noch von so unverbesserlichen Doktrinären und Illusionisten genährt werden wie den Sozialdemokraten,[2]) die ihn nun einmal, wie bei der Konstituierung dieser Partei zu Eisenach[3]) klar hervorgetreten, als notwendigen Hausrat und willkommene Lockspeise nicht gut entbehren könnten; müßte doch so ein Aequivalent geboten werden für die zahlreichen Schwächen und Lücken des in wirtschaftlicher Beziehung völlig unhaltbaren sozialdemokratischen Programms. Daß es aber ehrlich gemeint und, sofern es die Aufklärung der Arbeiter sich zum Ziel gesetzt, ein konsequentes sei, erkennt die Zeitung gern an und betrachtet es deshalb auch als einen wesentlichen Fortschritt gegenüber der verlogenen Diktatorenwirtschaft und des Komödiantentums der Lassalleaner. Im großen und ganzen sympathisiert aber die Zeitung nicht mit dem Eisenacher Programm und faßt höchst bezeichnend ihre Schlußkritik in den Worten Johann Scherrs zusammen:[4]) „Die soziale Frage hat höchst tiefsinnige Untersuchungen und sehr lärmende Debatten veranlaßt. Der gelehrten Erörterungen wirklicher und der langen Reden kurzer Sinn ist dieser: „„Der vierte Stand will die Privilegien der drei bevorrechteten Stände mitgenießen. Ist er in diesen Mitgenuß eingesetzt, so wird auch er seinen weißen Nigger haben wollen und gegen einen fünften Stand tapfer Front machen, wie der fünfte unter gleichen Verhältnissen gegen einen sechsten, und so weiter ins Unendliche"".

Das im gegenwärtigen Moment überraschende energische Zusammenfassen aller Kräfte in der unzufriedenen Arbeiterpartei, welches mit einem Schlage die frühere Zersplitterung beseitigt, erklärt die Zeitung sich vornehmlich durch die Macht des Beispiels, welches Frankreich mit seinem jüngsten, in total revolutionärem Sinne ausgefallenen Wahlresultat geliefert.[5]) Die einzigen Parteien, mit welchen im französischen Kaiserreich jetzt überhaupt nur noch zu rechnen sei, wären die sozial-kommunistische und die revolutionär-demokratische, so genannt zum Unterschied von denen, welche durch Reformen eine demokratische Verfassung zu erreichen glaubten. Beide seien jeden Augenblick und insbesondere nach dem Tode des Kaisers zur Revolution bereit, und von der Erregung dieser schon längst befürchteten Erschütterungen würden sie sich auch keineswegs durch die in letzter Zeit aus der Initiative Napoleons und des

1) Vgl. auch a. a. O. No. 171, 421 und 437.
2) Vgl. auch a. a. O. No. 73, 299.
3) Vgl. auch a. a. O. No. 369, 373, 383.
4) a. a. O. No. 383.
5) a. a. O. No. 419.

Senates hervorgegangenen politischen Reformen abhalten lassen; denn sie wären eben nichts wert und gäben nur das notwendige Maß von Freiheit, welches Preußen, Oesterreich und alle halbwegs konstitutionellen Staaten schon längst besäßen.[1]) Bonapartismus und Parlamentarismus stünden sich überdies so unversöhnlich gegenüber, daß man sogar zu der Frage berechtigt sei, ob es Napoleon wirklich ernst meine mit seinen konstitutionellen Reformen und ob Ollivier tatsächlich der Mann sei, der die Freiheit des Volkes mit der Ordnung des Kaisers zu verbinden und zu versöhnen verstünde. Das blieben zwei der interessantesten Fragen, welche das Jahr

1870

in sich aufnähme und deren Entwickelung sowie allmähliche Lösung jeder Politiker mit nicht geringer Aufmerksamkeit verfolgen müsse.

Im April dieses Jahres[2]) glaubt die Zeitung die Experimente Napoleons und Olliviers auch wirklich als gelungen bezeichnen zu dürfen. Letzterer besonders habe mit der Verfassungsänderung, die gegenwärtig dem Senate zur Beschlußfassung vorliege, einen in der Tat erstaunlichen Erfolg davongetragen, und seinem Mut, mit dem er auf die Durchführung der neuen freieren Konstitution gedrungen, wäre alle Anerkennung zu spenden. Durch den glücklichen Beginn mit den Arbeiten und Reformen im Innern ist der Zeitung auch zugleich die Gewähr gegeben, daß unter dem neuen Ministerium Frankreich von dem verhängnisvollen Streben nach äußeren Erfolgen abkommen und ein Friedensprogramm fortan verfolgen werde. In dieser als so sicher hingestellten Voraussicht sieht sich das Blatt anläßlich der spanischen Königswahl[3]) freilich arg enttäuscht, und es vermag sich das Gewährenlassen der chauvinistischen Orgien seitens des französischen Ministeriums nur durch die Annahme zu erklären, daß Ollivier sein waschechtes Franzosentum beweisen wolle, während er bisher in dem Rufe gestanden, mit billigerem Urteil als die Mehrzahl seiner Landsleute die Ansprüche anderer Völker abzuwägen.[4]) Nur scheine die Gelegenheit zu diesem Beweise eine recht unglücklich gesuchte zu sein, da in Preußen und Deutschland niemandem einfalle, die unsinnigen Konsequenzen aus der Wahl Leopolds von Hohenzollern zu ziehen, wie es der französische Paroxysmus beliebe. Allgemein werde sie vielmehr als eine Angelegenheit angesehen, die Frankreich mit dem spanischen Volke und dem Prinzen von Hohenzollern regeln müsse, während Preußen-Deutschland Gewalt weder über das eine oder den anderen besitze. „Wird ein Angriff gegen Spanien gemacht, wird ein Druck auf den Prinzen Leopold ausgeübt, so können wir uns über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit dieses Schrittes ein Urteil bilden, allein wir hätten weder die Macht noch den Willen Hilfe zu leisten. — — — Wir stehen da, nicht recht verstehend,

[1]) a. a. O. vgl. auch No. 329.
[2]) Breslauer Ztg. 1870, No. 157; vgl. auch No. 13.
[3]) a. a. O. 1870, No. 313, 315 und 319.
[4]) a. a. O. 1870, vgl. auch No. 381.

was man von uns verlangt. Wir werden ruhig bleiben, solange man sich begnügt, uns zu beschimpfen; der Gewalt werden wir die Gewalt entgegensetzen. — — — Es gibt diesmal nicht wie bei der Luxemburgaffäre einen Mittelweg. Jeder Schritt des Entgegenkommens würde eine Selbsterniedrigung sein, die nur auf schiefer Ebene zu weiteren Erniedrigungen führen kann", dahin präzisiert die Zeitung[1]) ihren und des ganzen Volkes Standpunkt.

Die Zumutung, Preußen solle nach dem Rücktritt Leopolds von der Thronkandidatur noch weitere Garantien geben, daß der Prinz von Hohenzollern nicht spanischer König werde, stellt nach Ansicht des Blattes aber das Menschenmöglichste an Uebermut und Widersinn dar. Preußen könne sich doch unmöglich zu einem Schritte herbeilassen, der von Mißtrauen gegen den Prinzen zeuge; denn es würde durch jede derartige Maßnahme an den Tag legen, daß es Leopold für einen zweideutigen Charakter halte, während er zu einer solchen Meinung über seine Person keine Veranlassung gegeben. Es läge also ein offenbarer Widersinn darin, wenn Preußen die von ihm verlangte Erklärung abgäbe. Mehr aber verletze noch der Uebermut, der aus der französischen Forderung spräche. Preußen habe, wie jetzt aktenmäßig erwiesen, die gegenwärtige Situation nicht geschaffen noch an derselben mitgearbeitet. Kein Staat von einigem Selbstbewußtsein würde sich aber herbeilassen, einem anderen Staat Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die er ihm nicht bereitet. Frankreich habe demnach in keiner anderen Absicht an Preußen diese Forderung stellen können als in der, es zu demütigen. Kein Schatten des Vorwurfs, den Krieg herbeigeführt zu haben, träfe somit die preußische Regierung. Der Kampf wäre ihr als eine traurige, unvermeidliche Notwendigkeit aufgedrungen worden, und das preußische Volk werde ihn aufnehmen aus strengem Pflichtgefühl, nicht aber mit Freude.[2])

Die Zeitung legt auf die letzteren Worte großen Nachdruck und gibt nach den vernichtenden Niederlagen im August[3]) den Kommentar dazu. „Wir kannten die Franzosen sehr gut," schreibt sie, „wir wußten, daß sie uns Widerstand leisten würden bis aufs Messer; wir haben vorausgesehen und vorausgesagt, daß wir leichten Kaufes nicht davonkommen würden, und darum haben wir trotz aller Gewißheit des endlichen Sieges diesen Krieg zu vermeiden gewünscht, dessen Greuel uns mit Wehmut erfüllen. Sie aber kannten uns nicht und gaben sich keine Mühe uns zu verstehen, obwohl es ihr eignes Interesse war, uns kennen zu lernen, obwohl die Pflicht es ihnen gebot und obwohl es ihnen so leicht geworden war."

Diese schweren und großen Fehler des zweiten Kaiserreichs haben auch, wie das Blatt glaubt, mehr als der Zusammenbruch von Sedan mit dem Gedanken aufgeräumt, daß man in Napoleon III. es mit einem weitausschauenden, alle Umstände sorgfältig

---

1) a. a. O. No. 319.
2) a. a. O. No. 323; vgl. auch No. 335.
3) a. a. O. vgl. auch No. 393.

erwägenden Manne zu tun gehabt, der zur rechten Zeit zu schlagen verstanden.[1]) Jetzt trete klar zutage, daß in ihm nur eine höchst mäßige Begabung, in welcher blinder Trotz die Stelle der Energie, die Kunst des Verzettelns die Stelle der Vorsicht vertreten, von unglaublichem Glück begleitet gewesen. Nur der tiefe Verfall Frankreichs erkläre die lange Herrschaft Louis Napoleons. In einem gesunden, aufstrebenden Volke wäre ein solcher Herrscher unmöglich gewesen. An der Ausmerzung des Bonapartismus würde es sich zeigen, ob Frankreich auf dem Wege der Genesung begriffen sei.

Gegen Ende des Jahres[2]) gesteht die Breslauer Zeitung gern zu, daß dieser Genesungsprozeß über alles Erwarten schnell vor sich gegangen. Die Männer des 4. September hätten überaus Großes geschaffen, obwohl die Hälfte der Regierung eingeschlossen, die andre Hälfte auf der Flucht, nirgends aber eine Autorität vorhanden gewesen, und deutscherseits müsse dies unbedingte Anerkennung finden. Doch stünden auch die nunmehrigen Diktatoren in Frankreich im Begriff, einen schweren Vorwurf auf sich zu laden, nämlich durch die Fortsetzung des Kampfes bis zum äußersten das Vaterland ihrer Willkür, von ihnen Republik genannt, zu opfern und dazu dieselben Mittel zu gebrauchen, die sie unter dem Kaisertum verdammt. Solange es noch eine Nord-, eine West- und Loire-Armee gegeben, wäre der Widerstand begreiflich gewesen; jetzt aber nach den wiederholten vernichtenden Schlägen den Krieg noch fortsetzen, heiße aus Selbstsucht und Fanatismus das Volk opfern und Frankreich bis zur Vernichtung ruinieren. Durch einen derartigen tollen Widerstand würde man auch deutscherseits direkt dazu gezwungen, dem westlichen Nachbar das Messer tiefer ins Herz zu stoßen, als je beabsichtigt worden;[3]) alle jene Ausbrüche eines unbezähmbaren Trotzes drängten den Deutschen die Empfindung auf, daß sie ihren eignen Untergang besiegeln würden, wenn sie nicht mit starker Hand fortführen auf der Erfüllung ihrer Forderungen zu bestehen, unter denen die Abtretung von Elsaß-Lothringen obenan figuriere.

Gleichzeitig wirft die Zeitung[4]) die Frage auf, durch welche Regierungsform nach geschlossenem Frieden ein engerer Anschluß dieser Länder mit Deutschland herbeigeführt werden könnte. Sie gelangt dabei zu dem Schluß, daß die Personalunion mit Preußen und Reichsunmittelbarkeit unter der Autorität des Deutschen Kaisers der beste Ausweg sei. Vom Kaiser resp. vom Reichskanzler, dem ein Ausschuß des Bundesrates geschäftlich zur Seite stehen müsse, unmittelbar regiert, würden diese Territorien eine zunächst ihren eignen Interessen angemessene Entwicklung erfahren, die schließlich mit dem materiellen und nicht bloß formellen Aufgehen derselben in dem Deutschen Reiche enden werde. Doch auch für Gesamtdeutschland würde jene Regierungsform der annektierten Länder heilsam sein; denn sie würde beweisen, daß die neuen

[1]) a. a. O. No. 417.
[2]) a. a. O. No. 579.
[3]) a. a. O. No. 597.
[4]) a. a. O. No. 599; vgl. auch No. 391 und 451.

Namen „Kaiser und Reich“ nicht ganz bedeutungslos oder nur dafür bestimmt seien, über die fehlgeschlagenen Hoffnungen auf eine wahrhaft einheitliche Verfassung zu trösten. Würde sich der Nutzen dieser wiedererweckten Titel des deutschen Gesamtstaates in der vorerwähnten Weise zeigen, so könne man damit als Ersatz für die neue lückenhafte Verfassung[1]) zufrieden sein.

Einen Teil gäbe es dann in dem deutschen Vaterland, der in einem Verhältnis zu dem Reichsoberhaupte stehe, wie es mit ganz Deutschland eigentlich der Fall sein sollte. Doch auch ein auf die gegenwärtigen Verhältnisse einwirkender Vorteil werde sich dann ergeben. Das durch die neue Verfassung allzustark ausgebildete förderative Element würde nämlich hierdurch ein Gegengewicht erhalten, da Preußen, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich eine Verstärkung und damit einen Ersatz für die gegenwärtige Verminderung seiner bisherigen Präsidialbefugnisse im Norddeutschen Bunde erlange. Ernst und lebhaft beklagt die Zeitung, daß die Macht der Einzelstaaten nicht um einige Grade weiter herabgesetzt worden, obwohl dazu eine Handhabe sich geboten in der Möglichkeit, die Zollverträge zu kündigen. Daß dieser Talisman aus den Händen gegeben und dieser Gesichtspunkt bei den Debatten im Reichstage vollständig aus den Augen gelassen worden, bleibe unverzeihlich. Nach Ansicht der Zeitung wäre es selbst besser gewesen, die Verträge abzulehnen, als ihre Annahme durch die Aufgabe des Kündigungsrechts zu erkaufen. Trotzdessen will sich jedoch das Blatt nicht zu einer pessimistischen Haltung hinreißen lassen, nachdem seine Meinung unterlegen. Aber es ist überzeugt, daß infolge der Verfassungsmängel künftig sich ebensolche Parteikämpfe der allerheftigsten Art abspielen würden, wie sie auf kirchlichem Gebiet die Infallibilitätsfrage wachgerufen.

Die Breslauer Zeitung, welche in dem Unfehlbarkeitsstreit eine führende Rolle in der schlesischen Presse eingenommen, und mit dem infallibilistischen Organ der bischöflichen Kurie, den „Breslauer Hausblättern“, deshalb während des Jahres 1870 in erbittertster Fehde gelegen,[2]) huldigt in ihren zahlreichen Aufsätzen über das Konzil und seine Konsequenzen[3]) der Ansicht, daß der Unfehlbarkeitslehre gegenüber Sorglosigkeit seitens des Staates gleichbedeutend mit Pflichtvergessenheit sei. Es dürfe ihm schon nicht gleichgültig sein, wenn Millionen seiner Bürger eine veraltete Weltanschauung und eine Lebensweise unter dem Gepräge der Göttlichkeit von Kindheit auf eingeimpft werde, welche sie hindere, an der heutigen, Ehre und Wohlstand in der Gesellschaft bedingenden Kultur ihren vollen Anteil zu gewinnen. Wenn aber unter der religiösen Hülle eines Dogmas eine staatsgefährliche Lehre Millionen Untertanen unter Motiven, welche stärker wären als jede Strafgewalt des Staates, systematisch beigebracht werden solle, wenn Geistliche in

---

1) a. a. O. No. 573, 583, 591.

2) Vgl. No. 85, No. 89, S. 638; No. 93, S. 665; No. 103, S. 750; No. 115, S. 855; No. 149, S. 1146; No. 207, S. 1651.

3) No. 83, 125, 131, 137, 161, 197, 433, 443, 515, 541, 547 und 555.

ihren unmittelbaren Staatsämtern von den Bischöfen angegriffen, in ihren Funktionen gehindert, mit Zensuren zur Schädigung ihres Ansehens belegt, und an ihrem Einkommen benachteiligt würden, wenn auf diese Weise also auch um den materiellen Besitz und die materiellen Rechte der Kirche gestritten werde, so könne der Staat demgegenüber sich unmöglich passiv verhalten. Vielmehr müsse er aus der strikten Neutralität heraustreten, die er angesichts eines seine internsten Angelegenheiten gar nicht berührenden Ereignisses wie der Okkupation des Patrimonium Petri mit gutem Recht beobachtet. Was die Frage der Zivilisation beträfe, so würde Preußen — Deutschland als einer der ersten Kulturstaaten sogar die Zertrümmerung dieses Papstkönigtums begrüßen können; denn ohne übertriebene Anschauungen von der Kulturmission der gegenwärtigen italienischen Regierung zu hegen, wäre es nach Ausweis untrüglicher statistischer Ziffern so traurig wie mit der Regierung des Kirchenstaates mit keiner anderen in Europa bestellt gewesen. Das Ansinnen einer Anzahl von Katholiken, Preußen solle zugunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes intervenieren, verrate daher eine überraschende Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, ganz abgesehen davon, daß ein wahrer Patriot doch wirklich die Aufrichtung eines längst morsch gewordenen Thrones im Ausland dem herrlich begonnenen Einigungs- und Friedenswerk im eignen Vaterland hintenansetzen müßte. Freilich heiße das starke Ansprüche an Leute stellen, die bezüglich des Mangels an patriotischem Gefühl würdig den Sozialdemokraten zur Seite träten. Als das beste Beispiel dafür glaubt die Zeitung im folgenden Jahr

1871

das Mäkeln und Deuteln von Bebel und Genossen an den Friedensbedingungen[1]) ins Treffen führen zu können, obwohl es doch feststünde, daß der Reichskanzler dem deutschen Ansehen nichts vergeben habe. Die von ihm herbeigeführte schnelle Entscheidung stelle vielmehr einen dem ruhmreichen Kriege wahrhaft würdigen Abschluß dar. Das einzige, was vielleicht zu bemängeln bleibe, sei das zu milde Ausmaß der Kontribution, da ja ganz unzweifelhaft 5 Milliarden nicht ausreichen würden, um den ganzen durch den Krieg verursachten Schaden zu ersetzen.[2]) Aber der rigorose Standpunkt, vom Gegner „den letzten Pfennig herauszuschlagen", um den er einen gebracht, lasse sich im politischen Leben so wenig durchführen wie im bürgerlichen. Und da die Kontribution von dem durch den Kampf geschwächten Frankreich doch nur mit äußerster Mühe würde aufgebracht werden, so erfülle sie ja wenigstens ihren Hauptzweck, nämlich als Warnung vor einem künftigen Angriffskrieg zu dienen. Deshalb könne man mit ungeteilter Freude den 10. Mai als Friedenstag feiern; von ihm werde hoffentlich zugleich die neue Epoche datieren, in welcher Frankreich mit der inneren

---

[1]) Breslauer Ztg. 1871, No. 219.
[2]) a. a. O. No. 109.

Arbeit zum Wiedererwerb seines früheren Wohlstandes, seiner materiellen und geistigen Kultur beginnen würde, vorausgesetzt freilich, daß es von anderen Männern sich leiten lasse, als sie bisher in Versailles und noch kläglicher in Paris aufgetreten. Wären doch größtenteils durch deren Unfähigkeit jene kommunistischen Wirren[1]) hervorgerufen worden, die eine der widerlichsten Erscheinungen dargestellt, denn nirgends sei dabei ein Zug hervorgetreten, der auch nur einen Funken von Sympathie zu erregen vermocht. Selbst die entschiedensten Sozialisten wie Louis Blanc, die fanatischsten Revolutionäre wie Ledru-Rollin, alle alten Freiheitshelden hätten sich ja voll Abscheu von diesem im großen angelegten Raubzug zurückgezogen.

Daß es der Nationalversammlung doch endlich noch gelungen, die Kommunarden niederzuwerfen, verdankt sie nach Ansicht der Zeitung auch nur der Hilfe des eisernen Kanzlers, der ihr durch seine energische und schnelle Beendigung der Friedensverhandlungen den Rücken freigemacht und anscheinend ihr etwas von seiner rücksichtslosen Tatkraft eingeflößt. Vordem aber hätte man den Eindruck gehabt, als ob Frankreichs Kraft erloschen sei,[2]) ein Beweis, daß Thiers zu dem hohen Amt eines Regenerators nicht die Befähigung besitze. Ja, daß das Regime Thiers überhaupt bestünde, wäre gewissermaßen die amtliche Bescheinigung, daß in dem gegenwärtigen Frankreich es keinen Raum für einen Stein und einen Hardenberg gäbe. Nicht die persönlichen Eigenschaften des nunmehrigen Präsidenten der französischen Republik oder etwa die in ihm vermutete große staatsmännische Befähigung und Energie wären ja für die Nationalversammlung der Grund gewesen, ihn an die Spitze des Staates zu stellen, sondern weil er das unverfälschte Prototyp des eitlen, der Eitelkeit seiner Landsleute schmeichelnden, bramarbasierenden französischen Nationalcharakters dargestellt.[3]) Gegenwärtig noch wie zurzeit, als er die Großtaten der ersten Republik und Napoleons I. in ihrem ganzen Ruhmesglanz verherrlicht, lebe Thiers in seinem Innersten der Ueberzeugung, daß der französischen Nation die Hegemonie Europas gebühre und es ihre oberste Pflicht sei, sich in die Angelegenheiten andrer Staaten einzumischen und dadurch das französische Uebergewicht zu begründen. Gleichwohl besitze er doch noch so viel praktisch-politischen Sinn, daß er die Möglichkeit eines sofortigen Rachekrieges gegen Deutschland weit von sich weise, weil niemand besser als er wisse, wie furchtbar entkräftet und gesunken Frankreich sei. Daß aber die Republik unentwegt eine antideutsche Politik verfolgen und darnach streben werde sich soweit zu kräftigen, um künftig in Verbindung mit einer andren Macht Deutschland zu bekriegen, bedürfe keiner weiteren Erörterung.[4]) Indessen wären diese Perspektiven zu einer Koalition nicht allzu günstig für Frankreich.

---

1) a. a. O. No. 145; vgl. auch No. 149, 151, 161, 205 und 229.
2) a. a. O. No. 335.
3) a. a. O. No. 525.
4) a. a. O. No. 585.

So z. B. käme England[1]) in erster Reihe für eine derartige Allianz gar nicht in Betracht, da Gründe zu einem Zerwürfnis zwischen Großbritannien und dem neuen Kaiserreich nicht existierten; denn infolge seiner geographischen Lage könne Deutschland durch Verfolgung eigner Interessen den englischen Seeverbindungen nie gefährlich werden. Sollten aber wirklich einmal durch besondere Umstände die Handelsinteressen beider Staaten einander gegenüberstehen, so wäre es nur durch friedliche Arrangements möglich, einen erfolgreichen Ausgleich zu schaffen. Sodann biete die Existenz des Deutschen Reiches an sich England eine nicht zu unterschätzende Garantie für die Erhaltung des europäischen Friedens. Weder Rußland noch Frankreich, die nach ihren bisherigen Bestrebungen zu urteilen eine Eroberungspolitik befolgten, könnten für sich allein, selbst wenn die Republik sich gehörig erholt haben würde, an gewagte Unternehmungen denken in dem Bewußtsein, daß sie eine so bedeutende Macht als Grenznachbar hätten. Das würde genügen, um ein stetes Interesse der englischen Regierung für den Fortbestand des Deutschen Reichs zu erhalten.

Positive Grundlagen wären aber für die Annahme einer russisch-französischen Allianz[2]) vorhanden. Die Interessen Frankreichs und Rußlands kollidierten am wenigsten, und deshalb betrachteten sich beide Staaten schon seit langer Zeit als natürliche Alliierte. Zu einem festen Engagement wäre es nur deshalb nicht gekommen, weil seit dem Krimkrieg Frankreich mit England eng liiert gewesen und letzteres als natürlicher Gegner Rußlands an einem solchen Einvernehmen nicht hätte teilnehmen können. Dagegen stünden die Bestrebungen Rußlands in einem natürlichen Gegensatz, der ersteres zur geeigneten Zeit veranlassen könnte, in Vereinigung mit Frankreich gegen das Nachbarreich vorzugehen. Diese Eventualität stehe freilich fürs erste nicht zu befürchten, da infolge des diplomatischen Sommerfeldzuges des Fürsten Bismarck im Jahre 1871 und infolge der Besprechungen zu Gastein und Salzburg Rußland nur in einer friedlichen Politik seinen Vorteil erblicken dürfe. Sollten aber die bestehenden Verhältnisse eine Aenderung erfahren, dann würde freilich Frankreich alle Mittel für recht halten, um die freundlichen Beziehungen zu Rußland zu ganz intimen zu gestalten und darauf gestützt seine eigentliche Politik hervortreten zu lassen.

Die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland, welche im Laufe des Jahres 1871 mit vieler Mühe zu freundschaftlichen gestaltet worden, haben gegen Ende desselben Jahres, wie die Zeitung mit lebhaftem Bedauern feststellt,[3]) durch die Entlassung des Grafen Beust einen gewaltigen Stoß erlitten, und es bedürfe einer hohen Kraft, sie wieder zu befestigen und zu einer gedeihlichen Entwicklung zu führen. Das Verhältnis zwischen den beiden Kaiserreichen habe bisher noch nicht auf materiellen Interessen, sondern nur auf Verabredungen basiert und Graf Beust daher bislang gleichsam den Kitt

[1]) a. a. O. No. 467.
[2]) Vgl. a. a. O. auch No. 129.
[3]) a. a. O. No. 541; vgl. auch No. 379, 507, 535 und 595.

gebildet. Kaiser Franz Josef hätte es sich also unmöglich verhehlen können, daß es dem Ansehen seines Reichs im europäischen Konzert nur zum Schaden gereichen könne, wenn der Urheber des deutsch-österreichischen Arrangements zu Gastein und Salzburg, der dadurch die auswärtigen Verhältnisse Oesterreichs nach langjährigem Schwanken in eine geregelte Bahn gebracht, einige Wochen nach diesem bedeutenden Resultat seiner Politik entlassen würde. Wenn der Kaiser trotzdem den Schritt getan und den Einflüsterungen der Gegner Beusts Gehör geschenkt, so könne man auch nicht der Schwarzseherei beschuldigt werden, falls man einer Zukunft entgegensähe, welche den Wert der Bemühungen zu Gastein und Salzburg als einen vorübergehenden kennzeichne. Freilich werde allgemein erwartet, daß Beusts Nachfolger, Graf Andrassy, schon in spezifisch ungarischem Interesse eine Aufrechthaltung der bestehenden Beziehungen zu Deutschland anstreben und jeder andren Strömung am Wiener Hofe, besonders der von klerikaler Seite ausgehenden, entgegentreten werde. Doch wäre damit noch nicht gesagt, daß die Coterie, welche Beust zum Sturz gebracht, ebenfalls für die Erhaltung der freundschaftlichen auswärtigen Beziehungen Oesterreichs eintreten werde; vielmehr wäre es gar nicht ausgeschlossen, daß sie, den bestehenden politischen Anschauungen des größeren Teiles der Bevölkerung Rechnung tragend, den Grafen Andrassy nur als Schild benutzen werde, bis sie offen mit ihren eignen Bestrebungen hervortreten könnte. Bei den unberechenbaren Verhältnissen in Oesterreich sei eine solche Annahme nicht unberechtigt. Indessen brauche man von derartigen Intriguen noch nichts für die Erhaltung des Friedens zu befürchten.

Deutschland stünde ja auf dem Gipfel seiner Macht, und bis in die Zeit der Ottonen müsse man zurückgehen, wolle man einen Augenblick finden, in dem es gleich geachtet und vor allem gefürchtet dagestanden.[1]) Doch in der Fülle seiner Macht habe es sich erfreulicherweise den Geist der Besonnenheit und Nüchternheit gerettet, der für die Dauer des Glücks eine Gewähr biete, und als eine heilsame Fügung der Vorsehung wäre es zu preisen, daß sie noch so vieles zu wünschen und zu erstreben übriggelassen bezüglich des freiheitlichen Ausbaus der Verfassung, der Beseitigung partikularistischer Reste und der Bekämpfung der sozialistischen Agitation. Desgleichen müsse an der Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Nord und Süd eifrig weitergearbeitet werden, wenn auch bereits die Annahme der deutschen Kaiserkrone[2]) durch die Hohenzollern im großen und ganzen das richtige Verhältnis zwischen den deutschen Bruderstämmen wiederhergestellt und die gegenseitigen Mißverständnisse und Vorurteile zum größten Teil behoben habe.

An Stelle der bisherigen preußischen Politik werde von nun an eine wahrhaft kaiserliche, deutsche bei der höchsten Bundesleitung maßgebend werden; das Streben, die Grundlagen der neuen Würde

1) a. a. O. No. 611.
2) a. a. O.

in einer Weise zu befestigen und zu stärken, wie sie nach modernen Anschauungen ihr angemessen, würde nun ganz naturgemäß die Politik der Hohenzollernschen Dynastie ausmachen. Und in dieses Streben werde der Reichstag wie bisher einstimmen, alle Interessen, die einer gemeinsamen Regelung bedürften, würden allmählich, gemäß der immer mehr hervortretenden Solidarität zwischen allen Stämmen Deutschlands eine einheitliche Regelung erfahren, bis das Ziel erreicht und Deutschland ein einheitliches Staatswesen darstellen werde.

Vom Standpunkt des Einheitsstaates aus opponiert die Zeitung jetzt auch gegen die Reichsunmittelbarkeit Elsaß-Lothringens,[1] ganz im Gegensatz zu ihren Anschauungen im Vorjahr 1870.[2] Sie hält es für eine Pflicht der nationalen Partei im Reichstage, offen zu gestehen, daß die Begründung eines unmittelbaren Reichslandes ihr nicht gefalle, daß sie die Einverleibung des Elsaß in Preußen vorziehe und demgemäß den Gesetzentwurf betr. das staatsrechtliche Verhältnis des eroberten Landes zu ändern wünsche; daß die gesetzgebende Gewalt für die inneren Angelegenheiten des Elsaß direkt durch den Reichstag ausgeübt werden solle, hält die Zeitung gradezu für ein Unding. Eine gemeinsame Arbeit der elsässischen Provinzialstände in Straßburg mit dem Bundesrat in Berlin erscheint ihr gleichfalls als sehr eigentümlich, da letzterer nicht dazu konstruiert sei, eine kleine Provinz zu verwalten, wenn auch seine Befugnisse im Reiche außerordentlich große seien. Die Konservativen würden diese Kompetenzerweiterung überdies gleich als eine unzulässige Stärkung der Rechte des Bundesrats auffassen und mit größerem Nachdruck noch als bisher die Umwandlung des Bundesrates in ein Oberhaus[3] verlangen, das die Regierungsgewalt dem Reichspräsidium allein überlassen und sich darauf beschränken müsse, mit dem Reichstag gleichmäßig die gesetzgebende Gewalt zu teilen; den Konservativen wäre es damit aber nicht um eine für die Entwicklung des deutschen Staatswesens an sich heilsame Einrichtung zu tun, sondern sie spekulierten nur darauf, in diesem neuen Organ eine Stütze ihrer Bestrebungen und Anschauungen zu haben, um den preußischen Konservativen mit ihrem mächtigen Rückhalt im Herrenhause nicht nachzustehen. Deshalb wäre es unumgänglich notwendig, daß die liberalen Parteien in ihrer Gesamtheit gegen jenes sich immer bestimmter geltend machende Streben der Konservativen aufträten.

Ebenso geboten wäre eine energische Stellungnahme des Liberalismus gegen die Herrschgelüste der Ultramontanen, die von Tag zu Tag kecker und in unerhört aggressiver Weise gegen den modernen Staat vorgingen.[4] Die liberalen Parteien würden also gradezu gezwungen, ihre Position zu der kirchlichen Frage jetzt genau zu präzisieren.

---

1) a. a. O. No. 33 und 47.
2) Vgl. S. 275.
3) a. a. O. No. 277.
4) a. a. O. No. 157, 167, 309, 417, 457, 501 und 591.

Im Namen ihrer Fortschrittspartei fordert nun die Breslauer Zeitung als erstes, daß der Staat weder darnach forsche, noch Notiz davon nehme, zu welchen religiösen Ueberzeugungen der einzelne Staatsbürger sich bekenne, und daß er dem gemeinsamen Ausdruck dieser religiösen Ueberzeugungen kein Hindernis in den Weg lege. Der katholischen Kirche solle auch in Deutschland ihr ganzer Besitzstand, ihre Macht über die Schule andre durch die historische Entwicklung begründete Rechte zugestanden werden. Dagegen müsse aber entschieden Front gemacht werden, daß eine Schar von Fanatikern in der katholischen Kirche, die Ultramontanen, die Rolle der Welfen des Mittelalters wiederaufnähme und gegenwärtig noch die Herrschaft der Kirche über den Staat beanspruche, wie es in den gewundenen Reden der Reichensperger und Mallinckrodt so klar zutage trete. Solange der Staat der Kirche sein Schwert leihe, solange blieben diese Welfen die besten Untertanen und Staatsbürger. Sobald aber die Staatsideen gegenüber den Mißbräuchen der Kirche sich Geltung verschafften und sobald der Staat Miene mache, sich vor den Gefahren, die ihm aus den Herrschaftsgelüsten der Kirche erwüchsen, zu schützen, dann würde die ganze Staats- und Reichsfeindlichkeit der Ultramontanen offenbar. Demgegenüber müsse der altkatholischen Bewegung, wie sie in München nunmehr feste Gestalt gewonnen, ein durchaus nationaler Geist zugesprochen werden, und die Wahl, die sie zwischen Rom und dem Vaterlande getroffen, sei in echt protestantischem Sinne entschieden worden.

Die Zeitung wünscht daher auch der neuen Strömung im Katholizismus weiteste Verbreitung, nicht um ihres dogmatischen, sondern um des nationalen Inhalts willen, der ein dreihundertjähriges Ringen des deutschen Volkes zum Abschluß bringe. Der aus eigener Initiative hier in München von den Altkatholiken vollzogene Bruch der römischen Fesseln erscheine gradezu als die notwendige Ergänzung der Abwehr französischen Uebermutes, und so beginne jetzt eine Friedensära, in der politische und geistige Freiheit würden zum Wohle des Landes ungehindert wirken können. —

In der inneren Geschichte der Breslauer Zeitung seit dem Jahre 1866 ist vor allem das Ableben der beiden aufeinanderfolgenden Besitzer des Blattes, Karl Zäschmar und Eduard Trewendt, hervorzuheben. Letzterer starb am 23. Juli 1868[1]), nachdem seine liberale Gesinnung und seine Gewissenhaftigkeit der Breslauer Zeitung in wenigen Jahren eine weite Verbreitung verschafft, so daß er sich des nicht ohne Sorgen übernommenen Werkes freuen konnte.

Karl Zäschmar starb am 25. Oktober 1869[2]), also grade 10 Jahre nach Aufgabe des Verlags der Breslauer Zeitung, die auch nachher noch seine alte Liebe blieb. Seine Beteiligung an den Redaktionsgeschäften und seine mit rastlosem Eifer durchgeführte Leitung der Expedition wurden nach seinem Tode recht schmerzlich vermißt, da das Blatt in stetigem Wachsen begriffen war. So hatte grade

1) Breslauer Ztg. 1868, No. 339.
2) Breslauer Ztg. 1869, No. 501, S. 3403.

im Jahre 1869[1]) die Zeitung in der Woche vom 12. bis 18. Dezember den gewaltigen Umfang von 26½, im Monat Dezember überhaupt von 104½ Bogen, eine Zahl, die seit dem Bestehen der Zeitung noch nicht erreicht worden war. Das folgende Kriegsjahr 1870 stellte aber noch mehr Ansprüche an das Blatt, so daß es sich bis Ende des Jahres genötigt sah, selbst des Sonntags ein Mittagsblatt herauszugeben, um seine Abonnenten zu befriedigen. Dieser rege Eifer war aber erfreulicherweise keine verfehlte Spekulation, wie die Statistik der Auflageziffern seit dem Jahre 1861, welche noch zum Schluß angefügt sein möge, beweist.

	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Zeitungssteuer.
1862[2])	ca. 3200	—	—	—	—
1863[3])	ca. 5500	—	Gesamtumsatz inkl. Steuer 44000 Tlr.		
1864[4])	ca. 5800				
1865[5])	5043	5146	5001	5042	12 645 Tlr.
1866[6])	5197	5484	7022	5783	14 678 Tlr. 22 Sgr.
1867[7])	5690	5709	5478	5715	14 120 Tlr.
1868[8])	5926	5921	5751	5815	14 675 Tlr. 8 Sgr.
1869[9])	5832	5886	5887	5982	14 757 Tlr. 2 Sgr. 10 Pf.
1870[10])	6019	6029	7275	7312	16 646 Tlr. 26 Sgr.
1871[11])	7249	6790	6372	6432	16 776 Tlr. 26 Sgr.

1) Breslauer Ztg. 1. Januar 1870.
2) Deutscher Zeitungskatalog, Leipzig 1862, S. 81.
3) Jahresbericht der Breslauer Handelskammer 1863, S. 95.
4) dto. dto. dto. 1864, S. 139.
5) dto. dto. dto. 1865, S. 172.
6) dto. dto. dto. 1866, S. 137.
7) dto. dto. dto. 1867, S. 149.
8) dto. dto. dto. 1868, S. 150.
9) dto. dto. dto. 1869, S. 166.
10) dto. dto. dto. 1870, S. 131.
11) dto. dto. dto. 1871, S. 155.

IV. Teil.

Die übrige Breslauer Presse
während der Dekade 1861—1871.

I. Die Provinzialzeitung für Schlesien.

Wie vor 10 Jahren hatte die Schlesische Zeitung auch in der Dekade 1861—1871 ihre oppositionelle Haltung durch die Gründung eines gegen sie gerichteten Konkurrenzunternehmens zu büßen, hinter welchem aber diesmal nicht die Regierung, sondern die schlesischen Tories standen. Ueber die Gründung selbst gibt eine Korrespondenz der Breslauer Zeitung vom Jahre 1862[1]) näheren Aufschluß: „Wie aus Glatz gemeldet wird, will der dortige Buchdruckerei-Besitzer Frommann, bisheriger Inhaber des „„Volks-Blattes"", das aus Mangel an Abonnenten dem Erlöschen nahe ist, hierher übersiedeln, um die Offizin für die vom 1. Oktober ab erscheinende neue Zeitung zu errichten. Dieselbe wird den Titel führen „„Provinzialzeitung für Schlesien"", und zum Inhaber der Firma ist Stadtrat Grabowski erwählt. Ein Verwaltungsrat aus neun Personen leitet das Unternehmen im Namen und Auftrage der mit Zeichnungen und Geldbeiträgen beteiligten stillen Teilnehmer. Es ist die Bestimmung getroffen, daß von dem durch die Bilanz festgestellten Reingewinn zur Bildung eines Reservefonds 10% solange abgezogen werden, bis dieser den Betrag von 10 000 Tlr. erreicht, und wenn dieser Fall eingetreten, so werden 5% des Reingewinns für den Reservefonds solange abgesetzt, bis dieser im ganzen die Summe von 20 000 Tlr. erreicht hat. Der nach Abzug dieser Beträge bleibende Reingewinn wird von dem Firmeninhaber an die offenen und stillen Gesellschafter nach Verhältnis ihrer Einlagen verteilt. Uebersteigt die Dividende den Betrag von 5%, so steht dem Verwaltungsrat die Befugnis zu, von dem Mehrbetrage Gratifikationen für den Firmeninhaber, die offenen Gesellschafter, das Redaktions- und Expeditionspersonal auszusetzen. Den Verwaltungsrat bilden Professor Dr. Friedlieb, Stadtgerichtsrat Fürst, Rittergutsbesitzer Lösch auf Stephansdorf, Appellations-

---

[1]) 1. August 1862, No. 353, S. 1846, Spalte 2.

gerichtsrat von Prittwitz, Rittergutsbesitzer Major a. D. von Ravenstein, Konsistorialdirektor von Roeder, Baron von Rothkirch-Panthen, Provinzialschulrat Dr. Scheibert, Rittergutsbesitzer von Scheliha auf Zessel."

Das Projekt dieser Provinzialzeitung trat aber auf Kosten der konservativen Provinzpresse ins Leben, wie eine weitere Korrespondenz der Breslauer Zeitung des Jahres 1862[1]) beweist, deren Eindruck geschwächt würde, wenn man sie gekürzt wiedergäbe. Sie lautet:

„Enthüllungen aus dem eigenen Lager."

„Der Redakteur der in Liegnitz erscheinenden „„Katzbach-Zeitung"",[2]) Ernst Zander, richtet an der Spitze seines Blattes folgende Ansprache an die Leser: „„Es liegt uns heute die Pflicht ob, Sie zu ersuchen, vom 1. Oktober d. J. ab Ihr Abonnement der »Provinzialzeitung für Schlesien« zuzuwenden. Auf dieses Organ wird die Kaution unseres Blattes übertragen, sodaß dessen Weitererscheinen unmöglich ist. — In der Tat vermögen wir aber auch aus unseren eigenen Kämpfen zu ermessen, daß die konservative Lokalpresse vorläufig alsdann noch nicht existieren kann, wenn die Interessen der Konservativen in dem Mittelpunkte der Provinz eine würdige Vertretung finden. — Wir selbst waren es, die die Idee der Gründung einer Provinzialzeitung anregten. Mit unserer Kaution wurde die Zeichnung der Geldbeiträge eröffnet und wir glaubten einen Augenblick, es würde uns möglich sein, auch an dem neuen Organ zu wirken. Die desfallsigen Verhandlungen haben jedoch zu keinem Resultat geführt, und das Komitee hat in seiner Weisheit vorgezogen, neue billigere und offenbar auch tüchtigere Kräfte zu gewinnen. — Es beginnt seine Tätigkeit mit einem Durchgänger, der des Zügels bedarf,[3]) und mit einem Neuling in der Tagesliteratur, der 14 Lehrtage bei der „„Kreuzzeitung"" absolviert hat.[4]) Von dem dritten schweigen wir besser.[5]) Gutes vermöchten wir ohnehin nicht von ihm zu sagen. — Damit soll indes nicht gesagt sein, daß die Zeitung nicht dennoch prosperieren werde. Mängel der Redaktion wird das Komitee ausgleichen, das so viele höchst brauchbare Kräfte in sich birgt. — Schon deshalb ist es gut, daß wir zu einer näheren Verbindung mit dieser Zeitung nicht gelangt sind, da wir uns einer so vielgliedrigen Vormundschaft nicht würden gefügt haben. — Sehr hochgestellte und sehr konservative Schlesier wollten übrigens das Unternehmen als im Zuschnitt verfahren erachten. — — Wenn unsere verehrten Leser uns das Zeugnis geben können, daß wir von der ersten bis zur letzten Stunde treu und konsequent an den konservativen Prinzipien festgehalten haben, so wird uns das

---

[1]) No. 445, S. 2301.

[2]) Anfragen bei dem Liegnitzer Stadtarchiv und dem Verein für Geschichte und Altertum Schlesiens zu Liegnitz ergaben leider, daß von diesem Blatt kein Jahrgang mehr vorhanden ist und daher nähere Angaben über diese Zeitung nicht möglich sind.

[3]) Gemeint ist von Böhm, der Chefredakteur.

[4]) Dr. Boegekamp, der zweite Redakteur.

[5]) Wer damit gemeint ist, konnte nicht festgestellt werden.

der kostbarste Lohn für unsere Tätigkeit sein und es wird uns verziehen werden, was wir heute über das Komitee sagen mußten. — Seine erste konservative Tat bestand darin, uns brotlos zu machen, und wenn uns darüber bittere Worte entfielen, die dennoch nichts als Wahrheit enthalten, so möge man sie damit entschuldigen, daß auch der Tagesschriftsteller zuletzt immer nur Mensch bleibt."

Bei dem sich hier offenbarenden hohen Grad der Erbitterung im eigenen Lager darf die ablehnende Haltung der Schlesischen Zeitung gegenüber dem neuen Unternehmen nicht weiter verwundern. Nach dem vor 10 Jahren beliebten Modus ignorierte sie ihre Konkurrentin völlig, ja ging hierin soweit, daß sie sich sogar weigerte, die Ankündigung der Provinzialzeitung in ihrem Inseratenteil aufzunehmen.[1]) Als gelesenstes Blatt in Schlesien unterband sie so sehr wirksam die Propaganda für ihre Konkurrentin, und in richtiger Würdigung dieser Maßnahme wandte sich nun der Verwaltungsrat der Provinzialzeitung an den Breslauer Regierungspräsidenten von Prittwitz mit der Bitte, daß er die Landräte veranlasse, die Ankündigung der neuen konservativen Zeitung, wenn möglich kostenfrei, in ihren Kreisblättern aufzunehmen oder doch wenigstens die Provinzialzeitung in einer kleinen Notiz mit Angabe des Preises und des täglichen Erscheinens ihren Kreisinsassen zu empfehlen.[2]) Der Regierungspräsident reagierte auf diesen Wunsch aber nur mit einem recht kurzen, kühlen Bescheid und empfahl, ganz im Gegensatz zu dem Eifer Zedlitz-Trützschlers vor 10 Jahren, die Propagierung des neuen Blattes, „soweit dies angemessen und zulässig erscheinen möchte".[3]) Vom Regierungs-Vizepräsidenten wurde am 18. Dezember 1862[4]) diese Verfügung an die Landratsämter noch einmal wiederholt, und jetzt mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, der Provinzialzeitung „zur Gewinnung neuer Abonnenten, unentgeltlicher Korrespondenzen und namentlich auch möglichst vieler Inserate jeden zulässig und angemessen erscheinenden Vorschub zu leisten."

Der Landrat von Lieres in Strehlen[5]) glaubte daraufhin dem Regierungspräsidenten den Vorschlag machen zu müssen, daß den Landräten seitens der Regierung ein Verzeichnis der Abonnenten auf die Provinzialzeitung zugesandt werde. „Es würde den Landräten sodann möglich sein, die Persönlichkeiten aufzusuchen, von deren Opferwilligkeit und Patriotismus sie überzeugt sind, daß sie bereit sind, durch bare Zuschüsse oder doppelte Abonnements die Ausfälle zu decken, und somit das Fortbestehen dieser Zeitung wenigstens noch auf ein Jahr zu sichern, deren politische Bestrebungen derartig sind, daß sie das wahre Wohl unseres teuren Vaterlandes nur befördern können." Sehr richtig bemerkte der Regierungs-Vizepräsident zu diesem Vorschlag: „Eine so detaillierte

---

1) Vgl. Breslauer Zeitung 1862, 26. August, No. 395, S. 2044.
2) St. A. Rep. 14. P. A. IX. 49d. III. 2. September 1862.
3) a. a. O.
4) a. a. O.
5) St. a. a. O. dat. vom 19. Januar 1863.

Verfolgung kann nicht für entsprechend gehalten werden, daher V. zu den Akten."[1])

Wie aus dem Bericht des vorgenannten Landrats hervorgeht, hatte die Provinzialzeitung also schon im Januar 1863 mit Abonnentenmangel zu kämpfen. Die 1860 Abonnenten, welche sie in diesem Jahre besaß und zu denen 1400 Leser außerhalb Breslaus[2]) gehörten, entsprachen freilich auch sehr wenig den Plänen des Verwaltungsrates von Dividendenverteilung und Gründung von Reservefonds. Eine Korrespondenz in der Breslauer Zeitung des Jahrgangs 1863[3]) aus Namslau illustriert recht treffend, wie sehr die schlesischen Tories mit ihren Hoffnungen sich verspekuliert hatten. Es heißt da:

Namslau, 29. November.

„Daß es der Provinzialzeitung an Abonnenten und Berichterstattern fehlen mag, wird gern geglaubt. In Namslau zählt dieselbe z. B. drei Abonnenten, von denen noch der eine, die Schneiderinnung, seit Jahr und Tag ein Freiexemplar bezieht. Um einen Berichterstatter hat sie bereits mehrfach das hiesige Landratsamt angegangen, doch mag sich ein solcher nicht finden."

Die Ansicht, daß die Provinzialzeitung im Grunde ein verfehltes Unternehmen sei, welches man nur ehrenhalber noch unterstützen müsse, hatte sich übrigens auch schon wenige Tage vor Erscheinen der obigen Korrespondenz bei der Generalversammlung der Konservativen Schlesiens[4]) in einem Schriftstück geltend gemacht, das „auf die Forderung der konservativen Sache in Schlesien durch die Presse" Bezug nahm. Es heißt dort unter anderem: — — — Man ging dabei (sc. bei Gründung der Provinzialzeitung) von der richtigen Ansicht aus, daß dem verderblichen Wirken der demokratischen Presse in Schlesien nur durch eine in Schlesien selbst befindliche konservative Presse erfolgreich und nachhaltig begegnet werden könne und daß es hohe Zeit sei, dies zu tun. Der Bestand dieses Blattes wurde durch einen von 462 Teilnehmern beschafften Betriebsfonds nach damaliger Berechnung auf 2 Jahre gesichert, wobei man voraussetzte, daß dasselbe bis dahin durch Abonnement und Inserate einen dauernden Bestand gewinnen dürfte. Dem neugegründeten Blatt hat es an sofortiger Wirksamkeit nicht gefehlt. Nicht nur wurde die demokratische Presse mit Energie und Erfolg bekämpft, es wurden auch die konservativen Interessen direkt durch richtige und sachgemäße Darstellung der politischen und sozialen Verhältnisse gefördert. Daß dieses Wirken sowie das Erscheinen dieser Zeitung überhaupt unsren politischen Gegnern sehr unerwünscht sein werde, war zu erwarten und hat sich auch in dem Maße erfüllt, daß der Verbreitung dieses Blattes hier in Breslau und in der Provinz in jeder Weise von Anfang an bis jetzt entgegengewirkt wird. In öffentlichen Lokalen wird auf die Abschaffung

[1]) a. a. O.
[2]) Bericht der Breslauer Handelskammer zu Breslau 1863, S. 95.
[3]) Breslauer Zeitung 1863, No. 561, S. 2957.
[4]) Am 27. November 1863. Vgl. Breslauer Zeitung 1863, No. 557, S. 2929.

der Zeitung gedrungen und selbst die Kolporteure auf den Bahnhöfen eingeschüchtert. Diesen Bemühungen der Demokratie einesteils, aber auch der noch nicht hinlänglich beseitigten Indifferenz der Konservativen ist es zu danken, daß die Provinzialzeitung, welche im ersten Quartal ihres Bestehens 2026 Abonnenten zählte, sich bis jetzt nicht gehoben, vielmehr im Laufe von 5 Quartalen um fast 300 Nummern gemindert hat. Auch die Inserate haben sich noch nicht in dem Maße gehoben, als erwartet werden durfte. Es zeigt die bisher gemachte Erfahrung, daß die Wichtigkeit, ein eignes Preßorgan zu besitzen, von der konservativen Partei noch keineswegs genugsam erkannt und gewürdigt, daß der Indifferentismus noch nicht überwunden, die konservative Partei in Schlesien nicht so gesammelt und zu gemeinsamem Wirken geweckt ist, um durch Abonnement und Inserate die selbständige Existenz einer konservativen Zeitung zu sichern. Unter den verschiedenartigsten Vorwänden und Schwierigkeiten sucht man zu erklären, warum man die demokratische Presse nicht entbehren und warum man die konservative Presse nicht lesen und durch Abonnement nicht unterstützen könne. Während Verdrehung der Wahrheit, Verdächtigung und Schmähung aller Art in demokratischen Blättern mit Gleichmut und Resignation hingenommen wird, ist man gegen jede Unachtsamkeit, jeden Mangel und Verstoß in der konservativen Presse, gegen jeden mißfällig gefärbten Artikel sehr empfindlich, man beschließt die Zeitung abzuschaffen und ist ganz unbekümmert darum, ob bei diesem Verhalten eine konservative Presse überhaupt möglich sei oder nicht. Diese Erscheinung ist unsres Erachtens ein Beweis, daß eine große Zerfahrenheit der konservativen Partei in Schlesien leider noch immer vorhanden ist und daß es noch bedeutender und nachhaltiger Anstrengung bedarf, um dieselbe zu beseitigen. Bis dies geschehen, wird sich auch eine größere konservative Zeitung für Schlesien aus eignen Einnahmen, aus Abonnement und Inseraten nicht erhalten können, sondern eines bedeutenden jährlichen Zuschusses zum Betriebsfonds bedürfen. Es wird zur sicheren Erhaltung und Hebung der Provinzialzeitung zunächst für das Jahr 1864 nach einer auf die bisherige Erfahrung gegründeten Berechnung darauf ankommen, die Summe von p. pr. 12000 Tlr. aufzubringen und spätestens um die Mitte Dezember d. J. verfügbar zu stellen, widrigenfalls es nicht ratsam sein würde, das Unternehmen über das Jahr 1863 hinaus fortzusetzen und zu einem Abonnement auf das 1. Quartal 1864 einzuladen. Im Jahre 1865 würde die erforderliche Summe in dem Maße sich vermindern, als es im Jahre 1864 gelingt, durch zweckentsprechende Maßnahmen eine Vermehrung des Leserkreises der Zeitung herbeizuführen. Zu diesen Opfern und Anstrengungen wird die konservative Partei in Schlesien sich entschließen müssen, wenn nicht auch diesesmal die konservative Presse in Schlesien genötigt sein sollte, ihre Tätigkeit wieder einzustellen und der demokratischen Presse das Feld zu räumen."

Die Diskussion[1]) in der Generalversammlung über diesen Bericht

[1]) Vgl. Breslauer Zeitung wie vorher.

konnte nur die Wahrheit der in ihm hervorgehobenen Uebelstände feststellen und lieferte dazu noch interessante Einzelheiten zur Charakterisierung der Notlage, in der die Provinzialzeitung sich befand. So konstatierte von Lieres auf Stephanshain, daß die Zeitung bis zum 1. Januar 1864 nur noch über 3300 Tlr. zu verfügen habe. 14356 Tlr. seien die bisherigen Einnahmen, während man 29531 Tlr. verbraucht habe. Jeder also, der sich konservativ nenne, müsse es durch hilfreiche Tat beweisen. Es seien Komitees zu errichten, und jeder müsse wenigstens 20 Abonnenten zu verschaffen suchen. — Pastor Guballe stellte den Antrag, es sollten sich alle Anwesenden das Wort geben, nirgends anders zu inserieren als in der „Provinzialen“. — Divisionsprediger Simon fand die Hindernisse, die der Zeitung bisher störend in den Weg getreten und ihre Zukunft zu gefährden drohten, in ihr selbst begründet. — Pastor Besser hatte die Erfahrung gemacht, daß die Konservativen alle andren Blätter läsen, nur nicht die „Provinzialzeitung“. Assessoren und andre studierte Leute müßten es sich zur Ehrensache machen, unentgeltlich für das konservative Organ Artikel zu liefern. — Rittmeister von Scheliha schlug vor, eine Kollekte, ähnlich wie zur deutschen Flotte, für die Provinzialzeitung zu veranstalten und ihr so aufzuhelfen. — von Krüwell beantragte, daß alle, die über 15 Tlr. an Geldbeiträgen gezeichnet, als Aktionäre in das Zeitungsunternehmen einträten. — Professor Friedlieb wünschte, daß auf einer jährlichen Generalversammlung die Aktionäre einen Redakteur wählen. — Der Vorsitzende, Graf Pückler, überreichte der Versammlung gedruckte Formulare, worauf jeder beliebig zeichnen konnte. Der vom Grafen Pfeil gestellte Antrag, Beiträge nach Verhältnis der Einkommensteuer zu sammeln, fiel.

Der merkwürdige Antrag des Professor Friedlieb wird erst verständlich, wenn man erfährt, daß die Provinzialzeitung bis Anfang 1864 nicht weniger als dreimal mit ihren Chefredakteuren gewechselt hatte;[1]) auf von Böhm war Dr. Boegekamp[2]) und auf diesen Dr. Melzer gefolgt. An dessen Stelle trat, als die Zeitung am 1. April 1864 in den Verlag von M. Siemon überging, Dr. Robolsky, der bisher in der Nordd. Allgem. Zeitung beschäftigt gewesen war.[3]) Das Blatt erfuhr durch die Veränderung in Redaktion und Verlag aber keineswegs eine Aufbesserung seiner Abonnentenzahl; denn diese betrug bis zum 4. Quartal 1864 nur insgesamt 1385 Leser.[4]) Im Jahre 1865[5]) war aber ein merkliches Steigen zu konstatieren; die Auflageziffern für die einzelnen Quartale stellten sich folgendermaßen dar:

I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
1825	1875	1787	1791

Im Anfang des Jahres 1866 hatten sich die Verhältnisse der Provinzial-

1) Schles. Morgenblatt, 2. April 1864, No. 77.
2) Breslauer Zeitung, 26. Oktober 1863, No. 500.
3) Schles. Morgenblatt, 2. April 1864, No. 77.
4) Bericht der Handelskammer zu Breslau 1864, S. 130.
5) Bericht der Handelskammer zu Breslau 1865, S. 172.

zeitung derart verschlechtert, daß am 28. Februar in einer Generalversammlung der Aktionäre über das fernere Bestehen des Blattes ernstliche Bedenken erhoben wurden.[1]) Als letzten Ausweg schlug man den ein, den Grafen Clemens Pinto[2]) auf Mettkau provisorisch mit dem Kuratorium der Zeitung zu betrauen. Die Zahl der Abonnenten blieb jedoch in stetem Sinken begriffen — sie betrug im Jahre 1866[3]) für das

I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
1785	1782	1738	1691

— und so erschien am 30. Dezember 1866 die Zeitung zum letztenmal mit einem Abschiedswort aus der Feder Robert Bürkners, des letzten Chefredakteurs, das die ganze Tendenz der Zeitung zu trefflich charakterisiert, um nicht teilweise wiedergegeben zu werden.

— — — — „Die Provinzialzeitung entstand in der Blütezeit des Konflikts, und wer die damalige Disposition der Geister hier in Schlesien und der Nähe beobachtet hat, wird eingestehen, daß ebensoviel Mut dazu gehörte, eine Zeitung wie die unsrige zu gründen, als sie nicht bloß im Interesse der Partei, sondern im wohlverstandenen öffentlichen Interesse ein dringendes Bedürfnis war. Eine dreiste und mit ebensoviel Rührigkeit wie Geschick operierende Agitation, welche sich der Presse, der Vereine, der Korporationen bemächtigt hatte und mit einem Ruck Hunderte von leitenden Fäden in Bewegung setzte, bearbeitete die sog. öffentliche Meinung im Interesse einer Gesellschaftsklasse, welche zur Herrschaft drängte und mittels der Forderungen eines sog. „„konstitutionellen Systems"" das preußische Königtum und die preußische Verfassung zu untergraben versuchte. So stark ging die Strömung, daß die Opposition eine notwendige Spekulation für diejenigen ward, welche um die Gunst der Massen zu buhlen hatten, und daß ihr auch alle diejenigen folgten, welche ihr innerlich antipathisch gegenüberstanden, aber gewohnt sind, stets mit den anderen zu gehen. Es darf nicht vergessen werden, um einen Beweis von der Stärke dieser Strömung zu geben, daß selbst die Schlesische Zeitung wenige Tage vor Königgrätz einen System- und Personenwechsel verlangte, weil ihrer Meinung nach die Wahlen gegen dieses Ministerium ausgefallen waren.

Dieser so starken und scheinbar so einmütigen „„öffentlichen Meinung"" trat unsere Zeitung entgegen und gab den in ihrer

---

[1]) Provinzialzeitung für Schlesien, 25. Dezember 1866, No. 601.

[2]) Vgl. Breslauer Zeitung 1864, No. 27. Berliner Federskizzen: „Es war am 18. März 1855, als die erste Nummer der „„Berliner Revue"" unter Redaktion des Grafen Clemens Pinto erschien, der inzwischen als Majoratsherr ein besseres Los gefunden hat. Freiherr von Hertefeld, damals auch Abgeordneter in der 2. Kammer, hatte diese Wochenschrift begründet und bestimmte in dem Vorworte deren Tendenz dahin, „„eine zusammenfassende, gedrängte und populäre Darstellung der Arbeiten, in denen die (sc. konservativen) Gesinnungsgenossen ihren Kampf gegen die Prinzipien der Revolution verfolgen"", zu bieten. Mit Graf Pinto scheint der Herausgeber zufrieden gewesen zu sein.

[3]) Handelskammerbericht 1866, S. 137.

Vereinzelung ohnmächtigen Anhängern und Bekennern eines königlichen Preußens, d. h. eines Preußens, welches sich aus seiner historischen Grundlage heraus zu entwickeln habe, ihren gemeinsamen Ausdruck. Die Feinde Preußens haben jetzt die Waffen gestreckt; niemand will mehr daran erinnert werden, daß auch er einst zu jenen inneren Feinden Preußens gehörte, welche durch leidenschaftliche Bekämpfung und Erniedrigung unseres Vaterlandes es zu erheben gedachten; alle kommen in der Verheißung überein, die Regierung in ihrer jetzt erkannten Politik und in Erreichung ihrer großen Ziele unterstützen zu wollen. — Ganz Preußen ist jetzt gouvernemental oder doch königlich geworden.

Bei diesem Umschwung der Gemüter, auf welchen hinzuwirken unsere Aufgabe, unser rastloses Bestreben gerichtet war, könnten wir ruhig vom Schauplatze abtreten, ohne zu untersuchen, ob und wieviel wir selbst zu diesem Erfolge beigetragen haben; genug, daß er eingetreten ist. Wenn wir nur überzeugt wären, daß die so bewegte öffentliche Meinung, sobald sie nur den ersten unwiderstehlichen Eindruck großer Tatsachen überwunden, in dem Zustand verbleiben würde, in welchen sie jetzt getreten ist. Schon die gewöhnliche Erfahrung widerstreitet einer solchen Voraussetzung, ganz abgesehen davon, daß Preußen grade jetzt vor seine schwierigste Aufgabe gestellt wird, vor eine Aufgabe, welche alle Leidenschaften von neuem beleben, alle Theorien zum Versuch ihrer Durchsetzung vertreiben, alle Phantasien entflammen muß. Wir zweifeln daher nicht, daß unsere Parteigenossen gar bald unsere Zeitung schmerzlich vermissen werden; wenn wir demungeachtet vom Schauplatz abtreten, so geschieht es in der Erkenntnis, daß wir unsere Aufgabe mit dem rechten Erfolg doch nur erreichen können, wenn unsere Freunde ihr Verhältnis zur Zeitung richtig begriffen, wenn sie sich klargemacht haben, daß die Existenz nicht allein durch großmütige Gewährung mehr oder minder bedeutender Fonds gegründet und gefördert wird, sondern durch die unausgesetzte persönliche Teilnahme der Parteigenossen in den verschiedenen Richtungen, in welcher jeder einzelne ihr förderlich sein kann."

Le roi est mort, vive le roi! Zwei Monate nach dem Eingehen der Provinzialzeitung erging an die Mitglieder der konservativen Partei in Schlesien[1]) folgendes Zirkularschreiben:

„Euer pp. beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich die Absicht habe, die mit Ende vorigen Jahres eingegangene „„Provinzialzeitung für Schlesien"" unter dem Titel

„„Schlesische Presse""

vom 1. April d. J. an in Breslau erscheinen zu lassen, und zwar dergestalt, daß

1. diese neue Zeitung dieselbe Tendenz haben wird wie die frühere,

[1]) Breslauer Zeitung 1867, 26. Februar, No. 95, S. 560.

2. der regelmäßige Abonnementspreis von 6 auf 8 Tlr. erhöht wird, und endlich
3. die Zeitung einmal, und zwar am Nachmittag ausgegeben wird.

Für Geistliche, Lehrer und überhaupt für solche, die ausdrücklich bei der Redaktion darum einkommen, soll der Abonnementspreis auf 6 Tlr. resp. auf 4 Tlr. ermäßigt werden.

Gern würde ich bereit sein, die etwaigen Zuschüsse, welche das Bestehen der Zeitung erfordert, die ersten Einrichtungskosten und überhaupt die Opfer, welche der Zeitung im ersten Jahre zu bringen sind, selbst bestreiten, wenn sie nicht so bedeutend wären, daß sie meine Kräfte übersteigen. Unter diesen Umständen und weil ich voraussetzen darf, daß Ew. p. p. für die Wiederbelebung einer konservativen Zeitung als eines Zentralorgans der Konservativen Schlesiens sich lebhaft interessieren werden, glaube ich keine Fehlbitte zu tun, wenn ich Sie ersuche, mir einen Ihren Kräften angemessenen Beitrag für das erste Jahr zu übermachen. Ich werde sofort unter Zuziehung der geeigneten Persönlichkeiten mit der Organisation der Zeitung vorgehen, erstlich weil meine persönlichen Ermittlungen ergeben haben, daß für das erste Jahr ein Zuschuß von höchstens 6000 Tlr. erforderlich ist und weil ich sodann der festen Ueberzeugung bin, daß meine Gesinnungsgenossen mich in meinen Bemühungen für die konservative Sache nicht alleinstehen und nicht ohne Unterstützung lassen werden. Der eingezahlte Beitrag soll, falls die Zeitung, wie ich fest vertraue, Ueberschüsse ergibt, pünktlichst zurückgezahlt werden.

Mit dem ergebensten Ersuchen, dieses mein Schreiben so schleunigst als möglich geneigtest zu beantworten und Einzahlungen an den Schlesischen Bankverein zu Breslau für meine Rechnung unter der Bezeichnung für die „„Schlesische Presse““ einzahlen zu wollen, zeichne ich etc.

Hugo Graf Reichenbach, Obererbjägermeister,

Schönwald (Kr. Poln.-Wartenberg), den 23. Februar 1867.“

Das Projekt schien auch wirklich der Verwirklichung entgegenzugehen; denn in dem „Hirschberger Boten“ vom 9. März 1867 erschien ein mit „Redaktion und Expedition der Schlesischen Presse, Albrechtsstr. 29, Parterre“ unterzeichneter Aufruf „An die Konservativen Schlesiens“, worin das Erscheinen der Zeitung am 1. April d. J. in Aussicht gestellt und ihre Tendenz, wie folgt, charakterisiert wurde: „Die Schlesische Presse wird stets eingedenk sein dessen, daß die Freiheit, wie sie unsre Zeit zu fordern berechtigt ist, weder unter der Regierung der unumschränkten Monarchie noch unter der Konventsregierung des Parlamentarismus zu gedeihen vermag. Was insbesondere den preußischen Staat anlangt, so wird sie stets im Auge behalten, daß derselbe begründet und im Laufe der Jahrhunderte groß und mächtig geworden ist durch seine ruhmreichen Herrscher und daß deshalb die Errungenschaft der Neuzeit, die wir in der

konstitutionellen Verfassung besitzen, niemals die Erbschaft, die wir in dem geschichtlichen Preußen von der Vergangenheit überkommen haben, beeinträchtigen oder gar vernichten darf. Die konstitutionelle Verfassung wird ihr für das Wachstum Preußens die Bedeutung haben, die der Jahresring für das Wachstum der Pflanzen hat. — Auf dem Gebiete der Gesetzgebung wird sie, solange sich nicht zwingende Gründe für ein andres Verfahren einstellen, die Revision und Verbesserung der bestehenden Gesetze der Kodifikation vorziehen. In Bezug auf die preußische Verfassungsurkunde insbesondre wird sie die Ansicht vertreten, daß es endlich hohe Zeit ist, das Wohl des Landes nicht so sehr in fein ausgeklügelten Bestimmungen der Verfassung als vielmehr in einer tüchtigen, den tatsächlichen Verhältnissen gerecht werdenden Verwaltung zu suchen. Nicht durch seine Verfassung, sondern in erster Linie durch seine Verwaltung ist Preußen groß und mächtig geworden."

Die „Schlesische Presse" ist indessen nicht erschienen; noch in den letzten Tagen scheint sich vielmehr das ganze Unternehmen zerschlagen zu haben und so desselben Schicksals teilhaftig geworden zu sein, das im Jahre 1863 bereits die als ganz sicher hingestellte Gründung der

„Schlesischen Volkszeitung"

getroffen.[1]) Diese war als eine kleine konservative Zeitung, gewissermaßen als Volksausgabe der „Provinzialzeitung" gedacht und sollte sich deshalb mit der Politik höchstens auf einer Seite beschäftigen. Die Provinzialzeitung stellte aber an die finanziellen Kräfte der schlesischen Konservativen zu große Ansprüche, als daß noch ein kleineres Parteiorgan hätte über Wasser gehalten werden können.

[1]) Vgl. Breslauer Zeitung 1863, No. 393, S. 2065.

II. Die Breslauer Morgenzeitung.

Mit 5500 Lesern[1] nahm die Morgenzeitung zu Anfang der Dekade 1861—1871 mit Recht den Namen „der gelesensten Zeitung in Breslau" für sich in Anspruch. Leopold Freund hatte freilich nicht mühelos einen derartigen Erfolg seines Unternehmens erreicht, vielmehr manche Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten überwinden müssen, zu denen unter andrem auch das Verhältnis zu den Redakteuren einigemale führte. So verschärften sich die Differenzen zwischen Freund und Robert Schlehan im Jahre 1861 derartig, daß letzterer aus der Redaktion der Morgenzeitung ausschied. Schlehan ist eine merkwürdige Persönlichkeit unter der Breslauer Journalistenwelt gewesen. Deshalb, und da wir ihm schon wiederholt begegnet sind, seien hier einige Daten aus seinem Leben angeführt.

Am 15. Januar 1826 zu Neurode geboren als Sohn eines Obersteuerkontrolleurs kam er 1846 nach Breslau, um Geschichte und Philosophie zu studieren.[2] Wegen seiner Teilnahme am Maikampf 1849 wurde er zu 5¾ Jahren Einstellung in eine Strafabteilung verurteilt, später aber die Strafe in Festungshaft zu Silberberg umgewandelt. Zwei unglückliche Fluchtversuche bestrafte das Militärgericht mit weiteren 7 Jahren Festung, bis endlich der unglückliche Vater 1858 die Begnadigung seines Sohnes von dem Prinzregenten erlangte und jener nach neunjähriger Haft am 7. März desselben Jahres entlassen wurde. „Bei allen praktischen Berufsarten, die einzuschlagen ihm nun geraten worden, stellten sich ihm so viele Hindernisse und Schwierigkeiten, daß er sich endlich genötigt sah, seine Wirksamkeit der Publizistik zu widmen. Es war dies ohnehin auch dasjenige Feld, zu dessen Bebauung ihn die auf der Festung gemachten Studien am meisten befähigten. Doch war auch hier der Anfang recht schwer. Man sah ihn scheu von der Seite an, man fürchtete sich."[3] Endlich nahmen Semrau und Leopold Freund sich seiner an. Letzterer berichtet darüber in „Eine Lebensgeschichte", Breslau 1867, S. 37:

„Teils weil Schlehan als Gesinnungsgenosse unterstützungswürdig war, teils um die Arbeitskräfte zu mehren, unterzog sich Semrau der Aufgabe, Schlehan als Literaten auszubilden, und ich engagierte ihn auf Semraus Empfehlung. Von kleinen Sachen ging Schlehan zu größeren über, bis er unter Semraus Leitung und Rat die Leitartikel für die Zeitung schrieb. Je mehr aber Schlehan Fortschritte im Schreiben machte, je mehr trat seine Ueberschätzung

---

1) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53 i. vol. XLIV. 18. Mai 1861.

2) „Robert Schlehan, sein Leben und Wirken", von Peter-Petery. Herausgegeben von Th. Rohmann, Breslau 1862.

3) a. a. O. S. 72 ff.

und seine unleidliche Herrschsucht hervor. Durch ungerechtfertigtes, gehässiges Benehmen vertrieb er unter andern einen unsrer gediegensten Mitarbeiter, den damaligen Referendar Friedländer,[1]) welcher nicht nur die Gerichtsverhandlungen schrieb, sondern auch sonst erfolgreich für die Zeitung tätig war. Trotzdem ließ sich Semrau als Redakteur ebenso wie ich, der Verleger der Zeitung, manche Unbill von ihm gefallen. Seine Arroganz und Selbstüberschätzung nahmen aber endlich doch so überhand, daß wir beide uns gegenseitig gestanden, mit Schlehan wäre kein ewiger Bund zu flechten."

Die Entlassung des augenblicklich sehr populären Schlehan erregte aber in der Fortschrittspartei viel böses Blut und schuf der Morgenzeitung zahlreiche Widersacher,[2]) obwohl Semrau sein Blatt nach wie vor so tüchtig und umsichtig redigierte, daß der Polizeipräsident von Kehler auch in diesem Jahr mit seiner Anerkennung nicht zurückhalten konnte. „Obwohl die Morgenzeitung bekanntlich demokratisch ist," schreibt er am 30. März 1861,[3]) „kann man ihr weder vorwerfen, daß sie ihren Standpunkt nicht entschieden festhalte, noch auch, daß sie schlecht redigiert sei. Im Gegenteil ist sie sehr geschickt geschrieben, und es wird ihr nicht gleich ein andres Blatt gleichkommen."

Die ihr im April 1861 gewordene Konkurrenz durch die Gründung des Schlesischen Morgenblattes veranlaßte die Morgenzeitung zu noch entschiedenerem Vorgehen in ihrer fortschrittlichen[4]) Richtung, wofür z. B. der Leitartikel in No. 77, „An die Abgeordneten in der Heimat" überschrieben, typisch ist. Im neuen Jahr 1862 brachte es die Zeitung auf 9300,[5]) 1863 auf 12000[6]) Abonnenten, wovon 2300 außerhalb Breslaus. Am 1. Januar dieses Jahres übernahm Dr. Moritz Elsner die Redaktion des politischen Teiles der Morgenzeitung, die nunmehr „Breslauer Morgenzeitung" geheißen ward. Elsner, der Nestor der Breslauer Publizisten, hat den größten Teil seines Lebenswerkes an diesem Blatt verrichtet und seine Journalistenlaufbahn hier beschlossen. Deshalb dürfte ein kurzer Abriß seines tatenreichen Lebens am besten an dieser Stelle gegeben werden, und zwar nach der „Breslauer Gerichtszeitung" vom 16. April 1893, No. 31:

„Dr. Moritz Elsner, der Veteran der Breslauer Stadtverordneten, wurde am 20. November 1809 in Kortnitz bei Sprottau geboren und nach Absolvierung seiner Studien am Maria-Magdalenen-Gymnasium als Lehrer angestellt. Die Bewegung des Jahres 1848 veranlaßte ihn zur regen öffentlichen Tätigkeit im Sinne der Demokratie, so daß man ihn zum Vorstandsmitgliede des demokratischen Klubs wählte. Dr. Elsner war aber nicht bloß ein beliebter Redner in Versammlungen,

---

[1]) Vgl. die „Schwarze Liste" im Aktenanhang, desgl. „Geschichte der Oderzeitung" S. 104ff.
[2]) Elsneriana Fasc. 12, B4 Nachtrag.
[3]) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53i. vol. XLIV. 30. März 1861.
[4]) a. a. O. 6. April 1861.
[5]) Deutscher Zeitungskatalog, Leipzig 1862, S. 81.
[6]) Jahresbericht der Breslauer Handelskammer 1863, S. 95.

sondern beschäftigte sich auch mit Preßangelegenheiten. Das neue Programm der Breslauer Zeitung, mit welchem im Jahre 1848 das bisher konservativ redigierte Blatt den Uebergang zum demokratischen Standpunkt vollzog, stammte aus seiner Feder. Bei den Wahlen zur Berliner Nationalversammlung wurde Dr. Elsner als Abgeordneter gewählt, legte aber das Amt nieder, als ihn zugleich der Kreis Hirschberg in die Nationalversammlung entsandte. Bei der Nachwahl im Jahre 1849 kandidierte er vergeblich für den Landkreis Breslau, siegte aber wiederum für Hirschberg.

Die Zeit der Redaktion führte bekanntlich zu einem blutigen Aufstande in Breslau im Mai 1849. Unter den Angeklagten befand sich auch Dr. Elsner, den das hiesige Gericht für schuldig fand, durch seine politische Tätigkeit den Aufstand provoziert zu haben. Das Schwurgericht bestrafte den Angeklagten „wegen Erregung eines Aufruhrs aus grober Fahrlässigkeit" mit zwei Jahren Festungsarrest; doch Elsner verließ in sicherer Verkleidung Breslau und begab sich nach London. Auf die von seinem Verteidiger eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde sprach das Obertribunal ihn frei, „da das Verbrechen einer intellektuellen Urheberschaft aus Fahrlässigkeit nirgends existiere." Dr. Elsner kehrte nun nach Breslau zurück, wurde aber jetzt im Disziplinarwege seines Amtes entsetzt, weil er Breslau ohne Urlaub verlassen hatte. Er widmete sich darauf ausschließlich der publizistischen Tätigkeit, anfänglich als Redakteur der demokratischen „Neuen Oderzeitung" und nach deren Eingehen als politischer Chefredakteur der „Breslauer Morgenzeitung." Durch seine Tätigkeit und die Mitarbeiterschaft des Redakteurs Semrau wurde die Morgenzeitung vom Standpunkte eines Lokalblattes zum Range eines bedeutenden politischen Organs erhoben."

Elsner wurde ob seines Eintrittes in die Dienste Freunds stark angefeindet[1]), aber das Unabhängigkeitsgefühl des alten Achtundvierzigers hat sich um derartige politische Antipathien wenig bekümmert. Dieses Gefühl für unumschränkte Freiheit gibt sich auch deutlich kund in dem historischen Rückblick der Morgenzeitung auf ihr 25jähriges Bestehen im Jahre 1870.[2]) Mit Genugtuung schreibt sie:

„Die Breslauer Morgenzeitung" ist, obwohl der Demokratie huldigend, niemals Parteiorgan gewesen und hat sich die Freiheit ihres Verhaltens und Urteils wahrend, nicht selten das Mißfallen von Gesinnungsgenossen in einem Grade auf sich gezogen, als wäre sie bestimmten Verpflichtungen nicht nachgekommen, während sie andrerseits zu den Gerichten häufig in mehr oder minder intime, aber niemals freundschaftliche Beziehungen trat, in welchen ihr der wackere, dieses Jahr leider verstorbene (sc. Redakteur) Weber treu zur Seite zu stehen pflegte.

Durch die Gründung eines seit einigen Jahren wieder eingegangenen Konkurrenzblattes zu erhöhten Anstrengungen veranlaßt, hat die Breslauer Morgenzeitung nach und nach mit ihrem Umfange, welcher sie zur übersichtlichen Mitteilung aller wichtigen

1) Elsneriana Fasc. 12, B_4 Nachtrag.
2) No. 239.

Zeitereignisse und zur Besprechung öffentlicher Angelegenheiten aus den verschiedensten Gebieten befähigt, einen so bedeutenden Leserkreis gewonnen, daß sie in dieser Tatsache wohl eine Aufforderung erblicken darf, in der bisherigen Weise und Richtung fortzufahren.

Von tüchtigen, kenntnisreichen und ehrenwerten Mitarbeitern, deren sich keine noch so große Zeitung schämen dürfte, unterstützt, wird die Breslauer Morgenzeitung wie bisher, so auch fernerhin zwar keine hohe Politik treiben und auch auf das Bewußtsein unmittelbarer Beeinflussung der Machthaber und Staatsmänner verzichten müssen, aber ihre Befriedigung in der Ausführung der bescheidenen Aufgabe suchen, ihre Leser, deren sie in allen Kreisen der Gesellschaft, von dem Arbeiter bis zu dem höchsten Beamten und größten Geschäftsmann, von der Kellerwohnung bis unter das Dach in fast jedem Hause Breslaus so zahlreiche hat wie nicht viele andre Zeitungen, so rasch und zuverlässig als möglich mit den wichtigsten Ereignissen und Vorfällen auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens bekannt zu machen und instand zu setzen, sich über dieselben ein Urteil zu bilden."

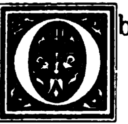
Der Hinweis in dieser Ausführung auf ihre große Leserzahl ist der Zeitung keineswegs als bloße Phrase zu deuten; dafür liefert eine Statistik der Auflageziffern seit dem Jahre 1864 den besten Beweis.

Im 4. Quartal 1864 verschickte die Zeitung, abgerechnet die Stadtauflage, nach dem Inland 2653, nach dem Ausland 5, nach dem Vereinsland 13 Exemplare.[1])

	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Steuer.
1865[2])	13 000	13 000	13 000	13 500	17 226 Tlr. 7 Sgr.
1866[3])	13 800	14 600	14 800	13 600	17 511 Tlr. 6 Sgr.
1867[4])	13 200	14 000	13 600	15 200	20 644 Tlr. 24 Sgr.
1868[5])	14 800	15 200	15 100	15 500	22 479 Tlr. 18 Sgr.
1869[6])	15 600	15 500	15 450	16 800	25 487 Tlr. 22 Sgr.
1870[7])	16 600	16 676	16 850	18 150	26 757 Tlr. 6 Sgr.
1871[8])	16 250	14 700	14 250	15 000	24 469 Tlr. 17 Sgr.

1) Jahresbericht der Breslauer Handelskammer 1864, S. 139.
2) dto. dto. dto. 1865, S. 172.
3) dto. dto. dto. 1866, S. 137.
4) dto. dto. dto. 1867, S. 149.
5) dto. dto. dto. 1868, S. 150.
6) dto. dto. dto. 1869, S. 166.
7) dto. dto. dto. 1870, S. 131.
8) dto. dto. dto. 1871, S. 155.

III. Das Schlesische Morgenblatt.

bwohl hiernach kein Bedürfnis vorhanden ist, noch ein zweites Blatt in derselben Richtung (sc. wie die Breslauer Morgenzeitung) zu gründen, so hat dies doch der Literat Doulin übernommen, indem er die Herausgabe des „„Schlesischen Morgenblattes"" auf dieselben Prinzipien gestützt und die Redaktion Schlehan übertragen hat. Doulin gehört nicht zur radikalen Partei. Ihm kommt es nur auf den Erwerb, auf die Beschäftigung der ihm gehörigen Druckereien an. Es ist daher leicht möglich, daß er sein neues Blatt in gemäßigtere Bahnen lenken wird, wenn er sieht, daß er mit einem bloßen Abklatsch der Morgenzeitung nicht durchkommt."

So lautet der Bericht des Polizeipräsidenten von Kehler[1]) über das Unternehmen, welches Robert Schlehan im Jahre 1861, bald nach seinem Austritt aus der Redaktion der Breslauer Morgenzeitung in Gemeinschaft mit dem Privatdozenten Dr. Max Karow ins Leben rief und das im Geiste seines Begründers die ganzen sechs Jahre seines Bestehens sich als erbitterter Gegner der Morgenzeitung gerierte,[2]) obwohl das neue Blatt dieselbe politische Richtung einschlug. Nur wenige Tage nach seinem Erscheinen konnte von Kehler eine gewisse Mäßigung an dem Schlesischen Morgenblatt konstatieren.[3]) Schon Mitte Mai 1861[4]) mußte er es aber zu den ganz linksstehenden Organen der Fortschrittspartei rechnen und wurde in seiner Meinung durch die radikale Haltung der Zeitung im Juli und August bestärkt,[5]) die sie Ereignissen gegenüber wie dem Attentat Oskar Beckers auf König Wilhelm[6]) und der auf die Krönung bezugnehmenden Proklamation vom 6. Juli annahm. Auch in der Folgezeit behielt das Schlesische Morgenblatt diese Tendenz bei, infolgedessen seine verschiedenen Redakteure und Herausgeber in fast ständigem Konflikt mit den Gerichten lagen. Letztere verhängten in 7 großen Prozessen, am 9. Januar[7]) und 9. Juli[8]) 1863, 23. Januar[9]) (2 Prozesse) und 28. September[10]) 1864, März 1865[11]) Januar und Februar 1866[12]) über Redaktion und Verlag des Morgenblattes die für ein so kleines Blatt immerhin recht bedeutenden Strafen von insgesamt 195 Tagen Gefängnis, 290 Taler Geldbuße, zweimalige Konfiskation

---

1) St. A. Rep. 14. P. A. III. 531. vol. XLIV. 30. März 1861.
2) Elsneriana, Fasc. 12, Nachtrag.
3) St. A. a. a. O. 6. April 1861.
4) St. A. a. a. O. 18. Mai 1861.
5) St. A. a. a. O. 3. August 1861.
6) Am 14. Juli 1861 in Baden.
7) Breslauer Zeitung 1863, No. 13, S. 68.
8) dto. dto. 1863, No. 313, S. 1693.
9) dto. dto. 1864, No. 39, S. 214.
10) dto. dto. 1864, No. 457. S. 2549.
11) Schles. Provinzialblätter, neue Folge, „Rübezahl", Jhrg. 1865, März, S. 246.
12) dto. dto. dto. Jhrg. 1866, S. 118 u. 181.

und in einem Falle Entziehung der Gewerbekonzession. Die Anklagen erfolgten zumeist wegen Verletzungen der §§ 75 (Majestätsbeleidigung) 100—102 (Schmähung oder Verhöhnung von Staatsinstitutionen und obrigkeitlichen Anordnungen) und 135 (Vergehen wider die Religion) des Strafgesetzbuches.

Der von diesen Strafen am meisten Betroffene war der Redakteur Theodor Rohmann, welcher an die Stelle des seit 1861 zur Breslauer Zeitung übergegangenen Schlehan getreten war und seit Anfang Juli 1863[1]) das Morgenblatt im eignen Verlage herausgab. Vom 1. Januar 1866 an übernahm der Buchdruckereibesitzer Neumann die Herausgabe des Blattes, Theodor Oelsner wurde Redakteur des auf Lokal-, Kommunal-, Gewerbe- und Arbeitersachen bezüglichen Teiles,[2]) während Redakteur Bräuer als verantwortlicher Redakteur den politischen Teil redigierte. Im Dezember 1866[3]) stand aber die Zeitung bereits schon wieder zum Verkauf annonciert und wurde jetzt von Lessenthin erworben. Auch unter den neuen Verhältnissen wurde das Blatt in der bisher befolgten entschieden freisinnigen Tendenz redigiert, deren eingehendere Präzision in der Nummer vom 1. Januar 1867 erfolgte. Es heißt dort:

— — — „Das Schlesische Morgenblatt akzeptiert im allgemeinen das von der Fortschrittspartei bei ihrer Begründung aufgestellte Programm und wird mit dieser Partei in bezug auf die innere Politik eintreten für das verfassungsmäßige Recht des Volkes. Bezüglich der deutschen Frage erkennen wir die durch die Ereignisse herbeigeführte Notwendigkeit der Begründung eines Norddeutschen Bundes an, können jedoch nur denjenigen Bestrebungen unsere Zustimmung erteilen, welche bei der Neugestaltung Deutschlands das große Gesamtvaterland und die Wiedervereinigung des Nordens mit dem Süden im Auge behalten, und werden bei den bevorstehenden Wahlen zum Norddeutschen Parlament die Aufmerksamkeit der Urwähler auf solche Männer zu lenken suchen, von denen wir überzeugt sind, daß sie die von dem ersten deutschen Nationalparlament geschaffene deutsche Reichsverfassung soweit, als es unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, in der Verfassung des Norddeutschen Bundes zu verwirklichen und dem deutschen Volke insbesondere das allgemeine, gleiche und direkte Stimmrecht auf die Dauer zu erhalten und die „„Grundrechte““ als Grundlage seiner Freiheit wiederzubringen bemüht sein werden. — — — — — In bezug auf die äußere Politik werden wir dem Anschlusse Preußens an diejenigen Nationen das Wort reden, welche in der friedlichen Entwicklung der Kulturinteressen und in der allgemeinen Wohlfahrt der Völker die Aufgabe der modernen Staaten sehen. Insbesondere wünschen wir die dauernde Freundschaft mit der jugendlich aufstrebenden, die Ueberlieferungen des Mittelalters mehr und mehr von sich abstreifenden italienischen Nation. — — — — — Endlich wollen wir auch das umfangreiche Gebiet des volkswirtschaftlichen

[1]) Breslauer Zeitung 1863, No. 313, S. 1693.
[2]) dto. dto. 1865, No. 597, S. 3421.
[3]) dto. dto. 1866, No. 564, S. 3042.

Lebens von unseren Besprechungen nicht ausschließen, sondern Sorge tragen, die tüchtigsten Kräfte zur Mitarbeit auf diesem Gebiete zu gewinnen. Namentlich aber werden wir dem deutschen Genossenschaftswesen, das einer großen Zukunft entgegengeht, und den Verhältnissen und Interessen des Arbeiterstandes im Schlesischen Morgenblatt gern den Raum vergönnen, den sie durch ihre Bedeutung für das allgemeine Wohl in Anspruch zu nehmen haben."

Alle Punkte dieses Programms konnten jedoch seitens der Zeitung nicht mehr durchgeführt werden, da sie am 1. Oktober 1867 einging, jedenfalls aus Abonnentenmangel. Kurz nach seiner erstmaligen Ausgabe, im Mai,[1]) zählte das Morgenblatt 2700 Abonnenten, im Jahre 1864[2]) deren 4500, die sich aber bis zum Jahre 1867 ständig reduzierten, wie folgende Tabelle beweist:

	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
1865[3])	3800	3300	3200	3200
1866[4])	3000	2800	2900	2150
1867[5])	2500	2120	2000	—

Die Zeitungssteuer betrug für die letzten drei Jahre 2643 Tlr. 5 Sgr., 2007 Tlr. 10 Sgr. 11 Pfg., 1627 Tlr. 7 Sgr. 6 Pfg.

1) St. A. Rep. 14. P. A. III. 53i. vol. XLIV. 18. Mai 1861.
2) Jahresbericht der Breslauer Handelskammer 1864, S. 139.
3) a. a. O. 1865, S. 172.
4) a. a. O. 1866, S. 137.
5) a. a. O. 1867, S. 149.

IV. Die Breslauer Hausblätter und die Schlesische Volkszeitung.

Daß in einer Zeit, wie in der Dekade 1861—1871, wo schweres, düsteres Gewittergewölk am politischen Himmel Europa ständig in ängstlicher Spannung hielt, eine Wochenzeitschrift, wie das „Schlesische Kirchenblatt", wenn auch in politicis noch so gut redigiert, nicht imstande war, über die täglich wechselnde Konstellation in der Innen- und Außenpolitik die Leser zu orientieren, lag auf der Hand.

Die großen katholischen Blätter des Westens waren auch zu wenig hierorts verbreitet, um unter den Katholiken Schlesiens das Gefühl der politischen Solidarität erstarken zu lassen. Ein Artikel in No. 25, Jahrgang 1863 des „Schlesischen Kirchenblatts", „Die katholische Presse in Schlesien" überschrieben, gibt uns ein Bild von der Gleichgültigkeit der schlesischen Katholiken gegenüber der Presse ihrer Farbe. Darnach waren die „Kölnischen Blätter", die heutige „Kölnische Volkszeitung", in nicht mehr als 235 Exemplaren in Schlesien verbreitet, die sich folgendermaßen verteilten:

Breslau . . . . . . 18 Exempl.
Kreis Oppeln . . . . 13 =
Kreis Beuthen . . . 12 =
Kreis Neisse . . . . 11 =
Kreis Neustadt, Glatz u. Habelschwerdt je . 10 =
Kreis Frankenstein . 9 =
Kr. Neurode u. Sagan je 7 =
Kreis Pleß, Gleiwitz, Leobschütz, Kosel, Reichenbach u. Neumarkt . . . . . je 6 =
Kreis Rybnik, Falkenberg, Löwenberg u. Glogau . . . . . je 5 Exempl.
Kreis Ratibor, Rosenberg, Grottkau, Grünberg, Schweidnitz, Hirschberg, . . . je 4 =
Kreis Ohlau, Namslau Strehlen Wohlau, Guhrau, Sprottau je 3 =
Kreis Brieg, Trebnitz, Goldberg . . . je 2 =

In die übrigen Kreise ging je 1 Exemplar. Ferner waren in unserer Provinz verbreitet

der „Liter. Handweiser" in 76 Expl.
die „Kath. Literaturztg." = 4 =
der „Katholik" . . . . = 50 =
das „Archiv für kathol. Kirchenrecht" . . . . in 20 Expl.
der „Kirchenschmuck" = 14 =

Die Abonnentenzahl der „Historisch-politischen Blätter" und von „Natur und Offenbarung" sind nicht angegeben; rechnen wir sie aber ganz hoch zusammen als 75 Exemplare, addieren dazu die ca. 1000 Abonnenten des „Schlesischen Kirchenblattes" (vgl. Jahresbericht der Breslauer Handelskammer 1864, S. 140), und vielleicht die Auflage der beiden Blätter der Grafschaft Glatz, des „Wanderers" und des „Gebirgsboten", mit ca. 500 Exemplaren, so erhalten wir für die Gesamtverbreitung der katholischen Presse in Schlesien vor Gründung der „Breslauer Hausblätter" die Anzahl von rund

2000 Exemplaren, die sich auf 2104887 (nach der Volkszählung vom 3. Dezember 1864), sagen wir rund 2000000 Katholiken verteilten. Auf 1000 Katholiken kam also immer nur ein Abonnent irgend eines katholischen Organs. Angesichts solcher Indolenz hätte jeder andere den Mut zur Gründung eines katholischen Blattes verloren. Dr. Wick, der Pfarrer von St. Maria auf dem Sande in Breslau, baute aber auf den guten Klang, den sein Name seit den Revolutionsjahren 1848/49 unter den schlesischen Katholiken besaß, desgleichen auch auf seine unzweifelhaft große journalistische Befähigung, und so erschienen denn am 1. Januar 1863 die

„Breslauer Hausblätter für das Volk;“

damit wurde die moderne katholische Tagespresse im deutschen Osten inauguriert.

Wie schon gesagt, war der überraschend nachhaltige Erfolg der neuen Zeitung nicht zum geringsten Teil in dem Charakter ihres Schöpfers und seiner Auffassung von den Aufgaben der Publizistik begründet. Lorinser besaß auch ein großes publizistisches Talent, benutzte es aber leider fast ausschließlich zur Polemik, die, wie eine alte journalistische Erfahrung lehrt, auf die Länge der Dauer dem Publikum nicht zusagt, und das betreffende Blatt entfremdet. Er hatte in diesem Charakterzuge viel Aehnlichkeit mit seinem französischen Kollegen Veuillot, dem berühmten Chefredakteur des tonangebenden katholischen Blattes in Frankreich, dem „Univers“, und wenn Gabriel Hanotaux[1]) über diesen Mann das Urteil fällt: „Ein heftiger, brutaler Journalist, dessen Verve und Lebhaftigkeit von Rabelais uud Voltaire über Joseph de Maistre auf ihn gekommen sind, ist Louis Veuillot zugleich ein ganz hervorragender Journalist und ein heftiger Christ“, so haben wir damit zugleich die beste Charakteristik Lorinsers und auch den Schlüssel dazu gegeben, daß seine Publizistik ihren eigentlichen Beruf nicht erfüllte d. h. wahrhaft volkstümlich wurde.

Wick war ein ganz anders gearteter Charakter, „Herr seiner Polemik, höflich, einschneidend, aber immer zweckmäßig und exakt“, so wie der Orleanist Edouard Hervé nach dem Urteil desselben Hanotaux.[1]) In ihm vereinigte sich Alban Stolz' glücklicher Instinkt für das Volkstümliche und Hansjakobs knorrige Eigenart, welche die „Hausblätter“ nicht allzu volkstümlich werden, d. h. auf das Niveau der Sensationspresse sinken ließen, sondern ihnen ein individuelles Gepräge verliehen. Wenn nach F. Mamroth die Kunst des Redakteurs in den Fingerspitzen liegt, in dem Gefühl für die Bedürfnisse des Leserpublikums, für das Aktuelle, Ziemliche und Mögliche, in der Fähigkeit, die hunderterlei Klänge, die sein Ohr treffen, wie ein Kapellmeister zu orchestraler Wirkung zu verbinden, und mit nie versagender Geistesgegenwart das stündlich wechselnde,

[1]) Geschichte des zeitgenössischen Frankreich. Autorisierte Uebersetzung. Berlin 1902, Band 2. Teil 1, Seite 476.

[2]) a. a. O.

musivische Bild der Tagesereignisse in die seinen politischen und literarischen Ueberzeugungen entsprechende Form zu bringen, so besaß Wick diese Fähigkeiten in ausgeprägtester Weise, wie ein Blick gleich in die ersten Jahrgänge der „Hausblätter" dartut.

Bis in den Oktober des Jahres 1863 eröffnet Wick sein kleines Blatt mit einem kurzen Leitartikel, der allen den Anforderungen entspricht, die man an dies „Rückgrat der Zeitung" stellt; knapp, um nicht zu ermüden, im Lapidarstil eine Uebersicht über die jeweilige Tagesfrage bietend, mit unbarmherziger Konsequenz auf ihre Folgen und Tragweite hinweisend, sowie gegebenenfalls durch Ironie und bitteren Spott oder durch den Ton herber Entrüstung im Leser den Stachel hinterlassend, der zu eigner, nachhaltiger Gedankenarbeit anregt. Der Papst und seine Stellung zu Italien, die Polen und die deutsche Frage stehen im Vordergrunde, das Toben des preußischen Verfassungsstreites findet lebhaftesten Widerhall. Mit dem Anfang des vierten Quartals 1863 verschwindet indessen der ständige Leitartikel und taucht erst im September (No. 74) des Jahres 1865 wieder sporadisch auf; noch war das katholische Publikum für das öffentliche Leben zu wenig geschult, um die Tagespolitik in Extraktform, wie sie der Leitartikel bietet, mit gutem Erfolge verarbeiten zu können. Die schlesischen Katholiken mußten in politischer Hinsicht erst sehen und lesen lernen, und zu diesem Zweck schuf Wick, der treffliche Menschenkenner, die Rubrik „Stand der Welthändel", ein merkwürdiges Mittelding zwischen Leitartikel, Depeschen- und kommunalpolitischem Teil, in dem auf ca. 60—70 Druckzeilen eine orientierende Uebersicht über sämtliche Ereignisse der inneren und äußeren Politik geboten wurde, bisweilen im geistreichen Aphorismenstil eines Maximilian Harden gehalten, bisweilen mit der derben Originalität eines Abraham a Santa Clara, der beißenden Satire eines Rabelais dreinfahrend, oder mit dem herben Ton des Bußpredigers aus dem hastenden Tagestreiben heraus das „Sursum corda" in die Ohren donnernd.

Auch der belletristische Teil — ein besonderes Feuilleton besaßen die „Hausblätter" nicht — wurde von Wick mit glücklicher Hand redigiert. Die Romane und Novellen, meist à la Sherlock Holmes und im Genre der Luise Westkirch gehalten, sind zwar für den Magen eines literarischen Feinschmeckers heute eine recht schwer bekömmliche Kost; die Effekte sind zu stark aufgetragen, und dazu beeinträchtigt recht oft eine sehr aufdringliche spezifisch katholische Tendenz den Eindruck. Aber sie sind spannend, aufregend geschrieben und somit traf Wick ganz ausgezeichnet den im Zeichen des Nervenkitzels stehenden literarischen Geschmack der sechziger Jahre, in denen Dumas Vater und Sohn, Eugen Sue und Bresziani mit seinem „Juden von Verona" die Lieblingsschriftsteller der breiteren Massen waren. Nur der Inseratenteil ließ sehr oder vielmehr alles zu wünschen übrig, obwohl die „Hausblätter" gleich im ersten Quartal ihres Bestehens eine Auflage von 2080 Exemplaren hatten (Jahrgang 1863, No. 13), die im Juni (a. a. O. No. 48) auf 2220 und im Oktober (a. a. O. No. 86) auf 2300 Exemplare stieg. Bei dieser Auflage oft nur 2—3 Annoncen von je 2

bis 3 Zeilen in manchen Nummern zu finden beweist, welche Schwierigkeiten und Vorurteile damals von den schlesischen Katholiken das eigens zu ihrer Interessenvertretung geschaffene Organ zu überwinden hatte; ging doch der neuen Zeitung gegenüber die Sparsamkeit in den bemittelten katholischen Kreisen oft so weit, daß vier und fünf Familien zusammen ein einziges Exemplar der „Hausblätter“ hielten. (Vgl. Jahrgang 1863, No. 95, S. 918.)

Sie wußten eben noch nicht den Wert eines unabhängigen Organs der eigenen Farbe zu schätzen, obwohl sie allen Grund hatten, sich zu dem energischen Freimut Wicks, wie gleich in seinem Programm (Jahrgang 1863, No. 1 „Die Tagespresse“) sich dartat, zu gratulieren. „Die Breslauer Hausblätter für das Volk“, heißt es dort, „werden dem wirklichen Volkswohle dienen. Ihr Herausgeber bedarf ihrer eben nicht notwendig, um sich sein Brot zu erschreiben, ist also auch nicht in der unglücklichen Lage, sich Parteiknechtschaft gefallen lassen zu müssen, um nicht aus dem Dienst entlassen zu werden, und als literarischer Proletarier sich anderweit anwerben zu lassen, wo grade Bedarf ist, obgleich da schwarz angestrichen werden soll, was in der früheren Werkstatt himmelblau gefärbt werden mußte. Nein, Gott sei Dank, das ist nicht meine fatale Situation, und ich bin daher auch gar nicht willens, mich unter irgend welche politische Koterie zu beugen und mit ihr durch dick und dünn zu gehen, sondern das Gute und Wahre anzuerkennen, wo ich es nach meiner Einsicht und Ueberzeugung finde, und das Schlechte zu bekämpfen, wo es mir begegnet. Unter allen Umständen aber werden unerbittlich bekämpft werden als schlecht und verderblich die leider in gewissen Blättern so häufigen schändlichen Angriffe gegen die katholische Kirche und ihre Einrichtungen, ebenso Revolution, Verrat und Treubruch, Lüge, Unsittlichkeit und Ungerechtigkeit. — — — Wenn die „„Hausblätter““ denen Feindschaft ankündigen, so werden sie dagegen bemüht sein, allen als heilsam anerkannten Verbesserungen und Reformen im staatlichen und bürgerlichen Leben das Wort zu reden und den Fortschritt zu begünstigen, der in den wirklichen berechtigten Staats- und Volksbedürfnissen begründet, die Abstellung unleugbarer Mängel und die Ersetzung abgelebter Einrichtungen durch bessere und zweckmäßigere als die sicherste Gewähr gegen revolutionäre Verführung und Verblendung betrachtet.“ So allgemein gehalten das Programm für den ersten Blick erscheint, verbirgt sich doch darin bereits eine entschiedene Stellungnahme, und zwar zu der brennendsten der Tagesfragen, zum preußischen Konflikt.

Getreu der Haltung des „Kirchenblattes“ zu Beginn des Verfassungsstreites traten auch die „Hausblätter“ für die Krone ein und hielten sich im übrigen als unparteiische Zuschauer abseits vom Kampf. Wick glaubte so der katholischen Sache am besten zu nützen. „Die Katholiken sind die Genarrten“, lautete sein Urteil in No. 16 („Zur Situation der katholischen Preußen in der Gegenwart“), „wenn sie als solche ihre Hoffnungen auf eine der gegenwärtigen Parteien setzen; denn abgesehen davon, daß sie insgesamt eine Menge nur feindlicher Elemente bergen, so können wir auch füglich in

Preußen nicht bezüglich der Vergangenheit durchweg konservativ sein, wir haben im Gegenteil das höchste Interesse, alte Mißbräuche nicht zu konservieren. Wir können aber ebensowenig dem alten Liberalismus oder der Fortschrittspartei uns verschreiben, weil sie ihre feindliche Haltung gegen uns nur selten überwinden und zudem Grundsätzen im Staat huldigen und Gesetze erstreben, die der Christ und Katholik als verderblich bekämpfen muß. Unter die Decke dieser Parteien hat sich namentlich das versteckte und offene Antichristentum geborgen und führt nicht bloß einen politischen, sondern auch einen religiösen Krieg, besonders gegen die katholische Kirche. Die Namen „„Konservativ““, „„Liberal““ und „„Fortschritt““ sind heut verfälschte Devisen, indem die Parteien dahinter oft das Gegenteil von dem sind, was sie ausgehängt. Der Konservative, welcher im staatlichen Gebiet zäh am Alten hängt, aber in der Religion und im Leben verlumpt ist, ist der beste Mitarbeiter an der Revolution. Der Liberalismus, der alles Recht unter seine Willkür beugt und unfähig ist, ein anderes, als sein eigenes anzuerkennen, ist purer Despotismus; der Fortschritt, der uns mit einem heidnischen Staat beschenken und die christliche Wahrheit womöglich noch weniger beachtet als das Judentum, ist echte Reaktion und Rückschritt.... Die katholische Fraktion hat daher einen zweifachen Sinn für uns und ihre gute Bedeutung. Sie bildet eine gebotene Opposition gegen die von der alten Bureaukratie in die Landesvertretung übergegangene Kirchenknebelungssucht bei den verschiedenen Parteien, sodann hat sie auf politischem Gebiete die Mission, ohne Rücksicht auf den Parteiursprung, die einzelnen Gesetzesvorlagen und Vorschläge zu unterstützen oder bekämpfen zu helfen, ohne an die Tyrannei einer Koterie gebunden zu sein. — — — — In der angedeuteten freien Stellung kann die katholische Fraktion auch bei der gegenwärtigen leidenschaftlichen Erregung sich von dem vielfach künstlich gemachten Parteifieber vollständig frei erhalten. — — — Sie hat absolut kein Interesse, die Abgaben für das Volk drückender zu machen, sie hat auch kein Interesse, dem preußischen Staate die Mittel zu verschließen, um seine Weltstellung zu behaupten, sie hat kein Interesse, das Ministerium Bismarck aufs Trockene zu setzen, das ihr gewiß nicht ans Herz gewachsen ist, und die Altliberalen auf den Stuhl zu heben, und sie hat ebensowenig das spezielle Interesse, nach demokratischer Volksherrschaft hinzusteuern und darnach ihre Maßnahmen zu treffen. Sie kann also ohne Voreingenommenheit sachlich prüfen und das Gute wählen."

Im Verlaufe des Konflikts geriet die Zeitung zum Agens in diesem Streit, der Fortschrittspartei, in immer entschiedenere Opposition (vergl. No. 33, 36, 40, 46 und 94), die auch im folgenden Jahre 1864 (S. 33, 49, 73 und 633) nur noch stieg und sich schließlich in einem erbitterten Stoßseufzer über „das leere Strohgedresche" Luft machte, „das für das Land keinen Nutzen habe, aber viel Geld koste; das Land habe aber wahrlich keine Freude daran, seine Kräfte zugunsten von Parteitendenzen abzapfen zu lassen."

Ein Remedium gegen die „Tyrannei" der nachgerade „zur Landeskalamität" (Jahrg. 1865, No. 17) gewordenen Fortschrittspartei

sieht die Zeitung (Jahrg. 1864, No. 99) schließlich nur in einer Revision des Wahlgesetzes, in direkten Wahlen nach Ständen, gesondert in Stadt und Land. Sie prophezeit (Jahrg. 1866, No. 17) die Revolution als sicheres Ende des Konflikts, wenn „die Landeskonstitution ihr Fundament auf die Kopfzahl stellt und damit keine Vertretung der Stände, sondern die Vertretung jedesmal der Partei verschafft, welche die große Masse an ihren Triumphwagen zu spannen versteht“.

Die Aufrollung der schleswig-holsteinschen Frage ließ allerdings bald die innerpolitischen Ereignisse aus dem Vordergrunde des Interesses zurücktreten. Es steht für die „Hausblätter“ (Jahrg. 1863, No. 96 und 102) ganz außer Zweifel, daß Schleswig-Holstein-Lauenburg für Deutschlands Entwickelung und Machtstellung zur See von unberechenbarer Wichtigkeit sind, daß die auf eine Angliederung der Herzogtümer hinzielenden Bestrebungen in einem wahrhaft deutschen Interesse eine Unterlage haben. Um so kläglicher erscheinen in diesem ernsten Augenblick der Zeitung jene preußischen „Volkschoragen“, „welche wohl wünschen, daß Preußen bis an die Zähne bewaffnet sich als „deutsche Spitze“ hier bewähre, dabei aber im Grimm über die häuslichen Händel gleichzeitig ihre Abneigung gegen das Ministerium Bismarck spielen lassen und diesem, käme es auf sie an, keinen Pfennig und keinen Soldaten bewilligen möchten, damit nur unter ihm nicht diese deutsche Angelegenheit zu einem für Deutschlands Interessen günstigen Austrag komme“. Die hier ausgesprochene und nach dem Siege bei Düppel und Alsen (Jahrg. 1864, No. 33, 34 u. ff.) noch einmal in ihrer ganzen Wärme betonte Sympathie für Bismarcks tatkräftiges Auftreten schwindet aber in den „Hausblättern“ zusehends, als der preußische Ministerpräsident mit dem Gedanken der Annexion Schleswig-Holsteins zugleich die deutsche Frage anschneidet.

Wick will Preußen nicht in ein deutsches Piemont verwandelt sehen und glaubt, daß, wenn es mit Oesterreich und dem übrigen Deutschland breche, es seine deutsche Mission aufgebe und seinen Stützpunkt dann nur im Ausland suchen könne. (Jahrg. 1865, No. 13.) Er hofft aber, daß, solange König Wilhelm regiere, Preußen wenigstens nicht die „Perfidie“ begehen werde, das „revolutionierte und mit Schmach überdeckte italienische Regiment“ gegen deutsches Land und Volk zu Hilfe zu rufen. Oesterreich aber wünscht er nicht die Kurzsichtigkeit, daß es sich auf die kleinen, deutschen Vaterländer stütze, von welchen es stets im Stich gelassen worden und die nur gewohnt wären, sich an die Rockschöße bald der einen, bald der anderen Großmacht zu hängen, um sich zu salvieren (Jahrg. 1865, No. 65). Das gerade Gegenteil von dem, was Wick gehofft, trat indessen ein; doch „sobald der Krieg wirklich beginnt, hört von selbst jede Diskussion auf, welche nur geboten war, so lange noch Hoffnung auf friedliche Austragung des Streites vorhanden“, so lautet seine Parole für die Katholiken. (1866, No. 48; vergl. auch No. 45.) „Jeder Untertan, welches auch immer seine Ansicht von den Ursachen des Krieges, hat dann ferner nur den Gesichtspunkt im Auge zu behalten, wie er seiner Gewissens- und vaterländischen

Pflicht im ganzen Sinne genüge. Alle Anreizungen gegen die im Gesetz Gottes begründete Untertanenpflicht müssen entschieden zurückgewiesen werden. Der katholische Soldat auf dem Schlachtfelde, wie der katholische Bürger im Staate dürfen es an sich nicht fehlen lassen, Gott zu geben, was Gottes, und dem König, was des Königs. Desertion wie Verrat behaften mit gleicher Schande und Makel."

Die beim Frieden vorgenommene Dreiteilung Deutschlands muß nach Ansicht der Zeitung (No. 61 und 99), nachdem Oesterreich sich in die ihm aufgedrungene Abschließung von Süddeutschland gefügt, letzeres Preußen zutreiben, so daß dieses bald werde sagen können: „Die Mainlinie ist nicht meine Linie," wie Napoleon in fehlerhaftem Kalkül angenommen und sich ausbedungen, um in Süddeutschland den Protektor zu spielen. Sein „Stern" habe ihn hier ebenso verlassen, wie in Mexiko und Rom.

Das Jahr 1867 stand im Zeichen der Wahlen, und zwar zunächst für den ersten Norddeutschen Reichstag, wobei die schlesischen Katholiken auf die von den „Hausblättern" (S. 29, 65-66, 73, 86, 93, 101, 106, 109 und 114) ausgegebene Parole hin ihre eignen Kandidaten aufstellten und den anderen Parteien die bisher geleisteten Handlangerdienste aufkündigten. Für Neisse wurde katholischerseits als Kandidat aufgestellt der General Vogel von Falkenstein, für Grottkau-Falkenberg Fred Graf von Frankenberg, für Beuthen-Süd der Geh. Ober-Regierungsrat Ulrich in Berlin, für Frankenstein-Münsterberg der Dekan der Breslauer Juristenfakultät Professor Dr. Gitzler, für Neurode-Reichenbach der Geistliche Rat Müller in Berlin, für Schweidnitz-Striegau der Schweidnitzer Stadtpfarrer Simon und für Glatz-Habelschwerdt der Domherr Dr. Künzer. Die Erfolge dieses politischen Selbständigkeitsversuches waren ganz überraschende. Bei der Wahl erhielten („Hausbl." S. 146):

Künzer	6765	Stimmen.
Ulrich	5720	"
Gitzler	4445	"
Vogel v. Falkenstein	4144	"
Simon	1624	"
Müller	1246	"

Gewählt wurden Künzer, Ulrich, Graf Frankenberg, Gitzler, in Oppeln der Herzog von Ratibor und in Beuthen-Nord brachten die Katholiken ihren Kandidaten Hans Ulrich Graf Schaffgotsch durch. „Das katholische Volk Schlesiens hat bei den Reichstagswahlen fast allgemein kundgegeben, daß es sich fernerhin nicht mehr zu der erniedrigenden Rolle herzugeben willens ist, die ihm die Widersacher seiner heiligsten Interessen bisher angedeihen ließen, indem sie es für sich einfingen, um auf seinen Schultern emporzusteigen," schrieb Wick nach den Wahlen voller Genugtuung (S. 141). „Das katholische Volk hat sich ermannt und von seinem Wahlrecht zum Schutze seines Rechts Gebrauch gemacht, nachdem es wahrgenommen, wie die bestehenden politischen Parteien es durch so viele Jahre zumeist an der Nase herumgeführt, um hinterher die „dummen Katholiken"

auszulachen und über sie als „privilegierte Dummköpfe“ zur Tagesordnung überzugehen.“ —

In Breslau selbst („Hausbl.“ S. 66, 86, 93, 153—154 u. 162—163) hatte die vorwiegend demokratische und fortschrittliche Grundfärbung aufweisende liberale Partei als Kandidaten anfgestellt die Justizräte Simon und Bouneß, die Königs- und Verfassungstreuen den Grafen Bismarck und den ehemaligen Breslauer Oberbürgermeister Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Elwanger, die Katholiken aber in dem die Pfarreien St. Adalbert, St. Mauritius, St. Vinzenz, St. Maria, Dom und St. Michael mit zirka 30 000 katholischen Bewohnern umfassenden östlichen Wahlkreis den Geh. Justizrat v. Görtz und für den westlichen Wahlbezirk den Geheimrat Prof. Dr. Elvenich. Wie vorauszusehen war, siegten die Liberalen in beiden Wahlkreisen. Die katholische Volkspartei, deren ganze Wahlvorbereitungen auf eine öffentliche Versammlung am Vorabend des Entscheidungstages und auf die Ausgabe von Stimmzetteln sich beschränkten, die dazu noch wegen Zeitmangel nur sehr ungenügend und ohne nähere Anweisungen an die nächstbekannten Katholiken gegeben werden konnten, mußte sich vorherhand damit begnügen, daß sie ein Lebenszeichen von ihrem tatsächlichen Bestehen gegeben.

Die Selbständigkeitsregung war aber nach den Wahlen unverkennbar im Wachsen begriffen und führte schließlich unter Wicks Aegide zur Konstituierung des „Katholischen Wahlvereins“ in Breslau („Hausbl.“ 1867, S. 165 und 168), dem die künftige Wahlpropaganda hier und in der Provinz oblag. Indessen hatte nach einer ausdrücklichen Erklärung seiner Mitglieder die katholische Wahlbewegung in Schlesien nicht den spezifischen Zweck, im Reichstag eine sogenannte katholische Fraktion den schon bestehenden zuzufügen, da sich zu einer solchen entschieden gesinnte Parlamentsmitglieder nur dann zusammenschließen müßten, wenn die politischen Fraktionen eine feindliche Haltung gegen die katholisch-konfessionellen Bevölkerungsinteressen annähmen. Der oberste Zweck der katholischen Volkspartei in Schlesien gehe nur darauf hinaus, daß in allen Verhältnissen die staatsgrundgesetzliche Gleichberechtigung auch in praktische rücksichtslose Ausübung käme und vom Papier ins Leben trete in Stadt und Land.

Da später von dem Wahlverein nichts mehr verlautet, so kann man wohl annehmen, daß er in dem „Katholischen Volksverein“ aufgegangen.

Nachdem der Norddeutsche Reichstag sein Verfassungswerk beendet und sich aufgelöst, würdigten die „Hausblätter“ in einem Rückblick (S. 371) noch einmal die „Phrase“, mit der man vor den Wahlen die katholische Wahlbewegung zu dämpfen gesucht, nämlich daß der Reichstag mit religiösen Dingen nichts zu schaffen habe, mithin die Katholiken keine Ursache hätten, ihre Farbe so intensiv herauszukehren. Der Verlauf der Session hat nach Ansicht der Zeitung indessen gezeigt, daß die Religion und die katholische Geistlichkeit sehr bald Gegenstand öffentlicher Besprechung gewesen, da die Frage um Aufnahme der Verfassungsgrundrechte über die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche und der öffentlichen Religions-

übung in die Norddeutsche Reichsverfassung sehr energisch zur Debatte gebracht worden. Die Phrase von der gänzlichen Beziehungslosigkeit kirchlicher Fragen zur Tätigkeit des Parlaments habe sich also als ein übles Parteimanöver entpuppt, das für die bevorstehenden Reichstagswahlen hoffentlich den Katholiken einen ernsten Fingerzeig gegeben.

Der „Katholische Volksverein“ in Breslau, der sich Anfang Juni konstituiert („Hausbl.“ 1867, S. 453), trat diesmal mit einem eignen Wahlprogramm auf (a. a. O. S. 598), dessen einzelne Punkte folgendermaßen lauteten:

1. Wir können keinem Kandidaten unsere Stimme geben, welcher, dem erblichen Königtum in Preußen grundsätzlich abhold, Bestrebungen unterstützen möchte, die mit dem Bestande und der gedeihlichen Entwicklung der konstitutionellen preußischen Monarchie unverträglich sind.
2. Wir halten dafür, daß die gegenwärtige Zersplitterung Deutschlands weder für seine Sicherheit gegen äußere Feinde noch für seinen weltgeschichtlichen Beruf und sein inneres Gesamtgedeihen zuträglich ist, und erwarten, daß unsere Vertreter alle rechtlichen Bestrebungen mit Ernst unterstützen, die eine Versöhnung und Einigung unseres Gesamtvaterlandes bezwecken.
3. Die Grundrechte der preußischen Staatsverfassung wie die gesetzlichen Bestimmungen über die Freiheit und Selbständigkeit der katholischen Kirche können durch die Reichsverfassung in keiner Weise in Frage gestellt werden. Sollte früher oder später im Interesse des Norddeutschen Bundes eine Verfassungsrevision erfolgen müssen, so wird doch festzuhalten zu sein, daß die wesentlichen Grundrechte der preußischen Verfassung sowie die der katholischen Kirche verbürgten Freiheiten nicht preiszugeben, sondern zum Gemeingut des gesamten Bundesgebietes erhoben werden.
4. In der inneren Politik darf der katholische Abgeordnete mit gutem Gewissen eine freiheitliche Entwicklung unterstützen, welche wohlbegründete Rechte und Glaubensgrundsätze nicht verletzt und gefährdet . . . Auf die Parteinamen „Konservativ“, „Liberal“ und dergl., selbst auf den der „Katholischen Fraktion“ legen wir keinen Wert. . . . Unabhängigkeit der Stellung eines charaktervollen Abgeordneten, die ihn nach bestem Wissen und Gewissen zu sprechen instand setzt, gilt uns mehr als alle Parteinamen. . . .

Die Wahlen fielen diesmal allein für die Nationalliberalen günstig aus, und Wick (a. a. O. No. 78) mußte wiederum Klage führen, daß die Katholiken, statt selbständig aufzutreten, sich in das Schlepptau ihrer Gegner hätten nehmen lassen. Von den seit früher schon bekannten katholischen Kandidaten wurden Ulrich in Beuthen-Süd, Künzer in Glatz-Habelschwerdt-Landeck und Gitzler in Frankenstein-

Münsterberg gewählt. In Breslau selbst, das der Fortschrittspartei anheimfiel, waren vom Volksverein Elvenich, v. Görtz und der Professor Kutzen aufgestellt worden, die zusammen in Breslau-West 1407, in Breslau-Ost 1825 Stimmen erhielten. (Vergl. „Breslauer Morgenzeitung" 1. September 1867.)

Die katholischen Wahlkreise, „welche sich in den Reichstagswahlen stark bloßgestellt" („Hausbl." 1867, No. 84), erhielten im Oktober bei den durch die Auflösung des Abgeordnetenhauses (vergleiche auch No. 79) notwendig gewordenen Landtagswahlen Gelegenheit, die Scharte wieder auszuwetzen. In den Kreisen, wo die katholische Bevölkerung nur einen namhaften Bruchteil bildete, sollten nach Wicks Parole (No. 84) soviel katholische Wahlmänner als möglich durchgebracht werden, die dann später auf Kompromisse eingehen könnten, wenn ihnen Deputiertenkandidaten proponiert resp. konzediert würden, welche die sittliche Bürgschaft gäben, daß sie im Landtage nicht als Feinde der katholischen Kirche und Landesinteressen aufträten. „Man muß ihnen gewisse unerläßliche Bedingungen zum ausdrücklichen Akzept vorlegen und ihr öffentliches Ehrenwort verlangen, daß sie in diesen Punkten im Sinne der katholischen Wähler stimmen wollen, damit man sie nötigenfalls, wenn sie ihr Ehrenwort brechen sollten, mit dem rechten Namen benennen kann. Dahin gehört in kirchlicher Beziehung vorerst die Aufrechterhaltung der Verfassungsrechte, welche die preußische Verfassungsurkunde der katholischen Kirche in ihrer Freiheit und Selbständigkeit und in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten gewährleistet. Ferner darf keiner eine katholische Stimme erhalten, der für konfessionslose Schulen eingenommen, Kirche und Schule trennen und so die Gefahr einer kirchenfeindlichen oder gar antichristlichen Erziehung katholischer Kinder in der Schule befördern helfen will. Dagegen soll der Kandidat sich verpflichten, für eine bessere Normierung der Lehrergehälter miteinzustehen und desfallsige Vorlagen nach bestem Gewissen zu unterstützen. In politischer Hinsicht wird man wesentlich darauf Rücksicht nehmen, daß Männer von Charakter in die Landesvertretung gelangen, die, gegen die Regierung nicht verbittert, gleichwohl Urteil und Selbständigkeit genug besitzen, um nicht bloß „„Ja"", sondern nach Befinden auch „„Nein"" zu sagen."

Der Erfolg dieser Ratschläge war wie bei den Reichstagswahlen ein geradezu kläglicher; die Katholiken besaßen eben immer noch nicht politische Reife genug. Klassische Beispiele, so u. a. aus den reinkatholischen Wahlkreisen Ratibor, Pleß-Rybnik, Neisse und Beuthen („Hausbl." S. 879, 905 und 918) illustrierten das aufs lebhafteste.

Angesichts dieser Indolenz und seiner vergeblichen Liebesmühe wandte sich Wick voll Erbitterung von den innerpolitischen Vorgängen ab und wieder mehr den Fragen der hohen Politik zu, deren wichtigste, die von Napoleon beabsichtigte Erwerbung Luxemburgs, beinahe schon in diesem Jahre zum Kriege zwischen Frankreich und Deutschland geführt hätte. (Vergl. S. 301, 341 und 361.) In richtiger Voraussicht der durch die Londoner Konferenz herbeigeführten Lösung der Verwicklung suchte die Zeitung der wieder

wachgewordenen Kriegsfurcht den Grund durch den Hinweis darauf zu nehmen, daß Napoleon unmöglich es auf einen Krieg ankommen lassen könne, weil er keine Bundesgenossen habe und befürchten müsse, daß, wenn er sich hier eingelassen, die seit dem Pariser Frieden anno 1856 akute orientalische Angelegenheit ernstlich auf die Tagesordnung gebracht würde. Daß bei einem eventuell ausbrechenden Kriege die sogenannte „süddeutsche Staatengruppe", welche Napoleons Politik recht eigentlich geschaffen, in die nächsthöchste Gefahr kommen würde, ist für die Zeitung allerdings ausgemachte Sache, und sie begrüßt deshalb im Jahre 1868 das Zollparlament (S. 241, 386 und 441) als eine willkommene Gelegenheit, die Südstaaten durch engeren Anschluß an den Norddeutschen Bund zum Aufgeben ihrer gefährlich isolierten Stellung zu bringen. Als Resultat des Zollparlaments glaubt die Zeitung die in weitesten Kreisen unzweifelhafte Ueberzeugung konstatieren zu dürfen, daß die Stellung Süddeutschlands nur bis zu einem großen, Deutschland bedrohenden Ereignisse haltbar sei und sich dann ein bedeutender Schritt zur weiteren Einigung Deutschlands vollziehen werde. Der Krieg 1870/71 bewies den Seherblick Wicks auch in diesem Falle.

Die Erbschaft, die Lorinser Wick hinterlassen, hatte sich bald als ein Danaergeschenk entpuppt. Wohl hatten die „Hausblätter" eine recht bedeutende Verbreitung gefunden, wie nachfolgende Tabelle[1]) beweist:

	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
1864:	2700	2870	—	2180
1865:	3100	3203	3214	3210
1866:	3210	3260	3180	3260
1867:	3550	3770	3770	3770
1868:	4007	4060	3956	4044

Seit dem Jahre 1866 erschienen sie in vergrößertem Format und Druck, und vom November 1866 ab konnte Sonnabends eine ständige Unterhaltungsbeilage im Umfange von ½ Druckbogen zugegeben werden, deren Kosten sich vierteljährlich allein auf 1300 Tlr. beliefen.[2]) So erfreulich dies alles war, so unangenehm waren die vielen Anfeindungen, welche die neue katholische Zeitung erfuhr, und zwar merkwürdigerweise sogar aus dem eigenen Lager seitens der „Kölnischen Blätter" (heutigen „Kölnischen Volkszeitung") und ihres schlesischen Korrespondenten, des Kaplans Majunke,[3]) späteren Pfarrers von Hochkirch. So wurde in der Nummer vom 31. Dezember 1866 in naiver Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse Klage darüber geführt, daß die „Hausblätter" sich nicht in eine täglich erscheinende Zeitung verwandeln wollten.[4]) Im Jahre 1867, gelegentlich der Reichstagswahlen, warf das Kölner Blatt in No. 218, II. Teil, der Breslauer Kollegin vor, daß sie fortwährend „katholisch"

1) Vgl. die diesbezüglichen Jahresberichte der Breslauer Handelskammer.
2) Hausbl. 1867, S. 426.
3) a. a. O. 1868, S. 857.
4) a. a. O. 1867, S. 13 u. 67.

mit „reaktionär“ identifiziere und sich so um alles Vertrauen beim Volke bringe.[1]) Auf die geharnischte Entgegnung Wicks erklärte Majunke in No. 292 der „Kölnischen Blätter“ vom 22. Oktober ganz offen, daß er „noch niemals mit der Haltung der „Hausblätter“ im großen und ganzen einverstanden gewesen sei“, und die Redaktion des rheinischen Blattes verschwor sich, fortan den Namen der „Hausblätter“ und ihres Redaktenrs nicht mehr zu nennen.[2])

Zu derartigen ärgerlichen Zwistigkeiten kamen als unerwünschte Zugabe ein paar Preßprozesse. So wurde er am 8. Mai 1867 auf die Klage des Neisser Landrats Freiherrn von Seherr-Thoß, der sich durch einen Artikel der No. 22 vom 16. März d. J. für beleidigt und bedingungsweise verleumdet hielt, zu 10 Tlr. Strafe und Vernichtung der No. 22 verurteilt.[3]) Am 11. November 1868[4]) wurde er auf die Klage des Magistrats zu Frankfurt a. O., der sich durch den Abdruck eines Artikels aus einem andren Blatte über die Frankfurter katholische Schulangelegenheit für beleidigt erachtete, gleichfalls zu 10 Tlr. Strafe verurteilt.

Diese beim Redakteurberuf nicht zu vermeidenden Mißhelligkeiten nahm Wick jedoch gern in Kauf um der guten Sache willen, und ihr zuliebe brachte er zuletzt auch das große persönliche Opfer, von der politischen Bühne, auf der er so erfolgreich gewirkt, abzutreten. Das Verlangen nach einem täglich erscheinenden katholischen Organ war immer dringender geworden, der Begründer der „Hausblätter“ lehnte es aber entschieden ab, sie zu einem Tagesblatt umzuwandeln, da die bisher nur zweimal in der Woche erfolgende Herausgabe der Zeitung am Mittwoch und Sonnabend schon die auf ihm allein ruhenden Redaktionssorgen und -pflichten ins Ungemessene steigerten.

So traten denn am 20. September 1868 eine Reihe angesehener Katholiken zusammen, der Geheimrat Prof. Dr. Elvenich, Prof. Dr. Gitzler, Konsistorialrat Schuppe, prakt. Arzt Dr. Rosenthal, Schuleninspektor Pfarrer Kliche und der Buchhändler Görlich, um die Gründung des neuen Organs in Angriff zu nehmen. Weder der Hinweis der „Breslauer Morgenzeitung“[5]) auf das Schicksal der einstigen „Allgemeinen Oderzeitung“ noch die Indignation der „Kölnischen Blätter“, die aus dem Schreiben eines Komiteemitgliedes die beabsichtigte nationalliberale Tendenz der künftigen Breslauer katholischen Zeitung ersehen haben wollten und deshalb von vornherein dem noch im Embryonalstadium befindlichen Unternehmen ihre Unterstützung aufkündigten,[6]) beirrten das Zeitungskomitee. Nach fruchtlosen Verhandlungen mit mehreren Verlegern und Druckereien kaufte man Wick die „Hausblätter“ für den Preis von

1) Hausbl. 1867, S. 658 u. 676.
2) a. a. O. 1868, S. 857.
3) a. a. O. 1867, No. 37.
4) a. a. O. 1868, S. 897 u. 905.
5) a. a. O. 1868, S. 845 u. 878.
6) a. a. O. 1868, S. 857.

6200 Tlr. ab, mußte sich aber verpflichten, den alten Zeitungstitel beizubehalten.

Am 19. November 1868 konstituierte das Komitee sich zu einer „Gesellschaft zur Begründung und Herausgabe einer neuen Zeitung“. Der mir gedruckt vorliegende Gesellschaftsvertrag ist unterzeichnet von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Elvenich, Kaufmann Gebhardt, Prof. Dr. Gitzler, Buchhändler F. Goerlich, Kaufmann Groeger, Pfarrer und Schuleninspektor Kliche, Buchhändler G. Porsch, prakt. Arzt Dr. Rosenthal, Geistl. Rat Pfarrer Dr. Wick. Nachdem zahlreiche Zeichnungen auf die Anteilscheine à 12 Tlr. 15 Silbergr. und 25 Tlr. erfolgt waren, wurde das Programm festgelegt.[1]) Es lautete:

„Die Zeitung soll sich mit allem beschäftigen, was andere Zeitungen bringen, und zwar speziell: Telegramme, Leitartikel, Land- und Reichstagsbericht, Korrespondenzen aus allen Ländern, Tageschronik von Breslau, Provinzialnachrichten, Börsen- und handelspolitische Nachrichten, Kurszettel, Referate über Kunst und Wissenschaft, Feuilleton. Dabei werden folgende Grundsätze maßgebend sein: In Religion und Religionspolitik strenge Katholizität. In der auswärtigen Politik werden die Ehre und die Interessen Preußens vorangestellt, aber mit Liebe und Gerechtigkeit gegen Oesterreich und Süddeutschland; die Solidarität der Interessen des Nordens und Südens muß festgehalten und betont werden, Uebergriffen soll nicht das Wort geredet werden. Die Richtung der süddeutschen Blätter fände hier keinen Boden; die streng katholischen Männer im Volksverein spenden den lebhaftesten Beifall jedem zum Lobe und Ruhme Preußens gesagten Worte, und die Provinz hat nach unsrer Kenntnis gleiche Anschauungen; übrigens würde eine unpreußische Haltung das Blatt jeder Aussicht auf behördliche Inserate berauben. In der inneren Politik muß das Blatt wahrhaft freisinnig sein, aber nicht nach der liberalen Schablone; Sparsamkeit im Staatshaushalt, Beobachtung der Verfassung, Freiheit des Verkehrs müssen gefordert, Zuwiderhandlungen, Wahlbeeinflussungen und dergleichen offen gerügt werden. Strenge Sittlichkeit in allen Punkten, anständige Formen verstehen sich von selbst.“

Als Chefredakteur wurde der bisherige Redakteur der „Essener Volkszeitung“, Winand Virnich, gewonnen, und so erschien im Verlag von G. P. Aderholz (G. Porsch), freilich noch unter dem alten Titel der „Hausblätter“, am 1. Januar 1869 die erste Nummer der heutigen

„Schlesischen Volkszeitung“.

„Dank der Opferwilligkeit der schlesischen Katholiken ist es möglich geworden, daß vom heutigen Tage ab auch die östlichen Provinzen des preußischen Staates in den „Breslauer Hausblättern“ ein täglich erscheinendes Organ besitzen, welches mit Gottes

[1]) Vgl. für das Vorstehende und das Folgende vol. I. der im Verlagsarchiv der „Schles. Volksztg.“ befindlichen „Akta betreffend die Gründung einer neuen Zeitung“.

Hilfe für die katholischen Interessen im Gemeinde- und Staatsleben mutig einzustehen gedenkt. Die „Breslauer Hausblätter" sind früher dieser Aufgabe schon durch die sechs Jahre hindurch, während welcher sie nur zweimal wöchentlich erschienen, wacker nachgekommen, und daß sie dies mit Geschick und Erfolg getan, davon zeugt das neuerwachte katholische Bewußtsein in Schlesien und die große Zahl ihrer bisherigen Abonnenten. Die Aufgabe der neuen Redaktion wird es sein, jetzt, wo die „Breslauer Hausblätter" in ihrem siebenten Jahrgange sich in ein Tagesblatt umgewandelt haben, ihrer Vorgängerin nicht unwürdig zu werden und so dem Vertrauen ihrer Leser zu entsprechen.

Die „Breslauer Hausblätter" werden daher vor allem auch ferner ein katholisches Blatt sein, welches die katholischen Interessen mit Entschiedenheit vertritt. Ja, wir wollen den katholischen Zeitungen des übrigen Deutschlands die Bruderhand reichen zum gemeinsamen Kampfe und dabei das siegesverheißende Banner des Kreuzes, welches uns unser heiliger Vater in Rom voranträgt, nicht außer Augen lassen. Wir wollen mutig eintreten für die unwandelbaren, ewigen Grundsätze der Wahrheit und des Rechtes, für Religion und Sittlichkeit. Wir werden dabei die Ueberzeugungen der Andersdenkenden achten, aber nicht dulden, daß unsern Rechten zu nahe getreten wird.

Wir wollen die Parität in Staat und Gemeinde ehrlich durchgeführt wissen, die wir besonders in den östlichen Provinzen des preußischen Staates noch so schmerzlich vermissen. Die Katholiken sollen nicht ferner mehr von gewissen Leuten als Heloten und Parias betrachtet und behandelt werden, denen man alles, auch das Ungerechteste und Schändlichste bieten kann. Wir verlangen nur unser gutes Recht und nichts als unser Recht, und wir hoffen zuversichtlich, daß, wenn die Katholiken endlich einmal energisch für ihr Recht eintreten, wir es auch erkämpfen werden.

Dem wahren Fortschritte werden wir Freund sein, aber ebenso Feind dem falschen Fortschritte, der sich heutzutage unter dem erlogenen Namen des Liberalismus spreizt. Der Maßstab, welchen wir bei Beurteilung der Tagesereignisse anlegen, wird derjenige sein, welchen wir in der ewigen Gesetzgebung vorgezeichnet finden, denn wir gehören zu denjenigen, welche dafür halten, daß die zehn Gebote sowohl für den einzelnen Menschen, wie für Staat und Gemeinde Geltung haben.

Die deutsche Fahne werden wir immer hochhalten, und wenn wir uns auch auf den Boden der vollzogenen Tatsachen stellen, so wollen wir doch die Hoffnung nicht aufgeben, daß unser armes, in drei Teile zerstückeltes Vaterland dereinst sich wieder friedlich einigen werde. Wir werden daher den Bestrebungen, die den traurigen Riß in unserem deutschen Vaterlande erweitern oder gar einen neuen Bürgerkrieg oder eine Einmischung des Auslandes möglich machen, feind sein. Das ganze Deutschland soll es sein! Dem engeren Vaterlande und speziell den provinziellen Interessen werden wir dabei die gebührende Berücksichtigung schenken und besonders hier für die Rechte unserer heiligen Kirche eintreten.

Die soziale Bewegung, welche gegenwärtig die Welt in Atem hält, werden wir nicht außer Augen lassen und unsererseits dazu beitragen, daß die soziale Frage im christlichen Sinne gelöst wird.

Auch auf dem kaufmännischen Gebiete werden wir unsere Leser zu orientieren versuchen und nicht weniger den Bedürfnissen der Unterhaltung durch Auswahl eines gediegenen Feuilletons gerecht werden. Dies sind im ganzen und großen die Gesichtspunkte, von welchen wir bei der Redaktion unserer Zeitung ausgehen werden."

Eine so entschiedene Sprache dieses Programm der neuen katholischen Breslauer Tageszeitung in manchen Punkten auch führt, so läßt es doch bezüglich eines prononcierten Parteistandpunktes viel oder vielmehr alles an Klarheit zu wünschen übrig; es ist daher nicht zu verwundern, daß das Programm gleich von vornherein irrtümlich interpretiert wurde und die „Breslauer Morgenzeitung"[1]) in dem katholischen Organ zugleich auch ein „konservatives" erblicken zu müssen glaubte. „Wenn hier unter „„konservativ"" das verstanden werden soll, was man heutzutage in Preußen unter diesem Parteinamen gewöhnlich versteht, so müssen wir uns gegen diese Bezeichnung entschieden verwahren", dahin präzisiert die Zeitung ihre politische Stellung[2]), „wir sind kurz gesagt ein katholisches und doch in politischer Beziehung ein freisinniges oder wenn man will ein „„liberales"" Blatt, und die Zukunft wird beweisen, daß wir dies gut miteinander zu vereinen wissen. Die Redaktion unserer Zeitung ist vollkommen unabhängig, und mit der ehemaligen „„Allgemeinen Oderzeitung"", der „„Konservativen Zeitung"" und der „„Provinzialzeitung für Schlesien"" steht sie in gar keinem Zusammenhang. Die uns erteilten guten Ratschläge hätte sich die „Breslauer Morgenzeitung" also sparen können, denn wir denken keinen Menschen vor den Kopf zu stoßen, wollen uns aber auch nicht vor den Kopf stoßen lassen. Wir werden wenigstens ebenso entschieden unsere Farbe bekennen, wie dies die „„Breslauer Morgenzeitung"" für ihre Partei tut".

Winand Virnich, der Chefredakteur, ahnte beim Niederschreiben dieser letzten Worte gewiß nicht, was für einen gefährlichen Sturm gegen seine Person und das junge Zeitungsunternehmen er mit dem „Farbebekenntnis" heraufbeschwören würde, waren diese Farben doch noch das alte „Schwarz-Rot-Gold". Schon aus dem eingangs erwähnten Programm ist der großdeutsche Standpunkt Virnichs klar zu ersehen, dessentwegen er anfangs überhaupt auf ein Engagement bei den „Hausblättern" verzichten zu müssen geglaubt hatte, wie ein Passus seines vom 12. Oktober 1868 datierten Briefes[3]) beweist. Er schreibt dort: „ . . . Hochbeehrt durch das Vertrauen . . . bedaure ich umsomehr, den an mich ergangenen so ehrenvollen Ruf ablehnen zu müssen. Als Großdeutscher vom reinsten Wasser glaube ich nämlich den Teil des Programms (sc. des bei Konstituierung der „Gesellschaft zur Herausgabe der Breslauer Hausblätter" auf S. 313

---

1) 2. April 1869.
2) Jhrg. 1869, 3. April.
3) Verlagsarchiv der Schles. Volksztg. (im folgenden unter der Chiffre V. A. zitiert) vol., I.

erwähnten), der eine entschieden preußische Farbe und Gesinnung verlangt, nicht akzeptieren zu können, da ich mich wohl nie mit der aggressiven, alles Recht und Gesetz mit Füßen tretenden Bismarckschen Politik versöhnen werde. Es mag sein, daß die schlesischen Verhältnisse eine solche Farbe verlangen, wenn man das Unternehmen nicht von vornherein zugrunde richten will, aber es würde mir bei meinem offenen Charakter schwer fallen, mich selbst indifferent zu halten, da nur leider allzuoft sich die Gelegenheit bieten wird, auf die Ereignisse des Jahres 1866 zurückzukommen und so über den traurigen Bruderkrieg ein Zeugnis abgeben zu müssen. Immerhin würde ich die vollbrachten Tatsachen akzeptieren müssen, da ich ein Feind der Rachepolitik wegen des eventuell aufs neue fließenden Bruderblutes bin; aber wer bürgt dafür, ob Bismarck nicht wieder mit neuem Unheil für unser armes deutsches Vaterland schwanger geht? Wird er nicht, um zu seinen Zwecken zu gelangen, eventuell selbst gegen den heiligen Vater und sein Besitztum Pläne schmieden, er, der 1866 mit Garibaldi und Kossuth Hand in Hand gegangen ist?"

Und im Januar 1869[1]) betont er noch einmal: „Was die politische Farbe des Blattes betrifft, so werde ich freilich die politischen Ueberzeugungen der schlesischen Katholiken berücksichtigen, jedoch dürfte diese Rücksichtnahme noch immer die großdeutsche Farbe der Redaktion durchblicken lassen. Mit der Künzerschen Politik[2]) kann und werde ich mich nie einverstanden erklären . . . ."

Auf Grund des ersteren Schreibens hatten auch einige Komiteemitglieder von der Besetzung des Redakteurpostens durch Virnich abstrahieren zu müssen geglaubt; da zeigte sich aber zu allgemeiner Ueberraschung, daß eine Reihe der Gesellschafter im Komitee ebenfalls gut großdeutsch gesinnt war. „Ich bin noch gar nicht damit einverstanden," fügte der Dr. med. Rosenthal einem Memorandum des Konsistorialrats Schuppe[3]) hinzu, „daß von allen Verhandlungen mit Herrn Virnich abzusehen sei; der Ausdruck „entschieden preußisch" ist für ein katholisches Blatt entschieden zu stark; es ist immer nur davon die Rede gewesen, daß das Blatt keine prinzipielle Opposition treiben dürfe, also nicht prinzipiell antipreußisch sei. Das ist noch sehr wesentlich verschieden von entschieden preußisch, oder was dasselbe ist, entschieden bismarckisch; gegen eine solche Auffassung verwahre ich mich und protestiere auch ich. Schwerlich dürften wir bei solchen Voraussetzungen außerhalb Schlesiens einen Redakteur finden." Dieser Ansicht stimmten der Schuleninspektor Pfarrer Kliche, der Professor Dr. Gitzler und der Regierungsrat Paschke ausdrücklich bei. Wie unangebracht aber diese politische Ueberzeugung hierorts war, sollte sich bald zeigen.

In der ersten Hälfte des April[4]) gerieten bereits die „Hausblätter" wegen ihrer großdeutschen Färbung mit der „Breslauer

---

1) V. A. vol. I Brief an Elvenich vom 22. Januar 1869.
2) Darauf wird später noch zurückgekommen werden.
3) V. A. vol. I. Blatt 48 und 51.
4) Hausbl. 1869, 13. und 15. April.

Zeitung" in eine kleinere Polemik, und am 18. April teilte die „Breslauer Morgenzeitung" ein Gerücht mit, wonach in der Redaktion der „Hausblätter" ein Wechsel bevorstünde, da die großdeutsche Richtung des bisherigen Redakteurs, wenn auch nicht gemißbilligt, so doch für inopportun gehalten zu werden scheine. „Die Redaktion der „„Breslauer Hausblätter"" ist in der Lage, mit Bezug hierauf zu erklären," entgegnete Virnich,[1]) „daß sie in jeder Beziehung unabhängig dasteht, daher auch niemand das Recht hat, nur inbetreff der politischen Richtung unserer Zeitung etwas vorzuschreiben." Er sollte bald eines anderen belehrt werden. Am 14. Mai 1869 bekam die Redaktion einen Protest[2]) zu Gesicht, der 38 Unterschriften trug, zu denen die Träger der angesehensten Namen gehörten, wie der Herzog Viktor von Ratibor, die Grafen Friedrich Frankenberg, Hans Ulrich Schaffgotsch, C. Saurma auf Tworkau, Georg Henckel von Donnersmarck, Gustav Saurma-Jeltsch auf Jeltsch, Fr. Ballestrem, der Rektor Moder, Leutnant Moder, die fürstbischöflichen Konsistorialräte Schuppe und Dittrich u. a. m. Verfaßt von dem Fürstbischöfl. Konsistorialrat Ferdinand Schuppe, enthält der Protest eine Menge höchst interessanter Einzelheiten über die Gesamthaltung der „Breslauer Hausblätter", daß er trotz seiner Länge hier ungekürzte Wiedergabe finden möge. Er lautet:

„An die Gesellschaft zur Herausgabe der Breslauer Hausblätter!

Mit Freuden haben wir, die Unterzeichneten, das Unternehmen einer katholischen Zeitung begrüßt, weil wir hofften, ein Organ entstehen zu sehen, welches wir mit Befriedigung lesen könnten, welches unser — der Katholiken — Recht wahren und sich die, wenn auch widerwillige, Anerkennung der Andersgläubigen erringen würde. Wir finden uns aber durch die Gesamthaltung des entstandenen Blattes, der Breslauer Hausblätter, schmerzlich getäuscht, wir haben ein Organ erhalten, welches in religiösen Dingen zwar katholisch ist, auch in der Schulfrage einige anerkennenswerte Artikel gebracht hat, in politischer Beziehung aber auf einem falschen und verderblichen Standpunkte steht, indem es in Preußen und für preußische Staatsbürger geschrieben, nur fortwährend Feindseligkeiten gegen dieses unser Vaterland enthält, ein Organ, welches an der Isar oder an der Donau seine Erklärung finden mag, unser patriotisches Bewußtsein aber, wie verschieden auch sonst unsere politischen Anschauungen sein mögen, gleichmäßig aufs tiefste verletzt. Um nicht des Gebrauchs der bloßen Phrase geziehen zu werden, wollen wir diese Behauptung erklären. Wir schicken voran, daß wir, wie wir als Preußen niemals vergessen können, daß wir Katholiken sind, ebensowenig als Katholiken aufhören können oder wollen, Preußen zu sein, und uns als Süddeutsche zu fühlen vermögen. Die Hausblätter aber haben eine entschieden preußenfeindliche, also un-

1) Hausbl. 1869 20. April.
2) Hausbl. 1870, No. 89, S. 610 u. V. A. vol. I. Bl. 141 ff.

patriotische Richtung; das zu beweisen, wollen wir aus den bisher erschienenen Nummern nur das Wichtigste herausheben.

Schon die Einteilung des Blattes, welche den Norddeutschen Bund nicht kennt und Oesterreich nach wie vor unter Deutschland rubriziert, markiert den Kampf gegen die gegenwärtigen Verhältnisse, welche für Preußen güustiger sind als die vor 1866 bestandenen. Bezeichnend ist ferner für die Richtung des Blattes, daß die Nachrichten vom Königl. Hofe, das sog. Hofjournal, fehlen, welche sonst wohl kein anderes Blatt seinen Lesern vorenthält. Dagegen fehlt es nicht an positiven Angriffen auf Preußen. Schon in den ersten Nummern begannen die Hausblätter ohne alle Veranlassung den Krieg von 1866 als den „unseligen Bruderkrieg“ zu erwähnen; die Bedeutung dieser Phrase ist klar, besonders wenn man erwägt, daß der für drohend gehaltene Krieg mit Frankreich als eine Folge dieses Krieges mit den Worten: „„Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortwährend (soll heißen: fortzeugend) Böses muß gebären““, bezeichnet wurde. Die Meinung ist unzweifelhaft. Wenn die Redaktion auch wirklich glaubte, daß alles Unrecht bei jenem Kriege auf seiten Preußens gewesen sei — eine Ansicht, die wir nicht teilen — so hatte sie doch keinen Grund, diese Ansicht ihren Lesern aufzudrängen und ohne äußere Veranlassung damit hervorzutreten. Nur im Sinne Oesterreichs, im Sinne unserer Feinde ist es, jenes Kriegsjahr in dieser Weise zu erwähnen, das können wir wohl als bekannt voraussetzen. Die spätere Verteidigung machte es schlimmer als vorher, nach derselben ist übrigens jeder Krieg ein Bruderkrieg; die Redensart hat also als spezielle Bezeichnung dieses Krieges nicht einmal einen vernünftigen Sinn. Beiläufig bemerken wir, daß die in No. 4 gebrachte Kriegs- und Cholerastatistik bei kundigen Lesern ihren Zweck verfehlen und deshalb umsomehr verstimmen mußte, da die Cholera bekanntlich schon vor Beginn des Krieges in Stettin ausgebrochen war und sich in den friedlichen Zeiten ebenso schnell verbreitet und so verheerend gezeigt hat wie 1866.

Es ist unleugbar und wird wohl auch nicht bestritten werden, daß die Hausblätter für unser Vaterland und dessen Institutionen nie ein Wort der Anerkennung haben, in allen Artikeln aber, wo sich irgend die Gelegenheit finden läßt, gegen beide angreifend verfahren in einer Weise, welche von bloßer Opposition gegen die aktuelle Staatsregierung durchaus verschieden ist. Namentlich auswärtige Korrespondenzen, in welchen Preußen verdächtigt und geschmäht wird, werden mit Vorliebe und ohne irgend eine entgegnende Bemerkung abgedruckt, und zwar großenteils bei Reproduktion aus andren Blättern, zwar mit Angabe der Quelle, aber ohne die üblichen Anführungszeichen, so daß recht ersichtlich wird, wie die Hausblätter jene feindlichen Deduktionen und Anführungen zu den ihrigen machen. Wir verweisen in dieser Beziehung des Beispiels halber auf die Korr. der Augsburger Allgemeinen Zeitung aus Berlin in No. 29, wo eine Hinweisung auf den österreichisch-bayrischen Vertrag von Olmütz sehr an-

gebracht gewesen wäre, auf die aus derselben Zeitung entnommenen Korrespondenz „„Hannover und April““ und das „„Eingesandt““ aus dem „„Bürger- und Bauernfreund““ in der nämlichen Nummer. Mit Vorliebe werden die Angriffe der protestantischen, aber österreich-freundlichen „„Augsburger Allgemeinen Zeitung“ aufgenommen, z. B. in Nr. 27 ein Artikel „„von der oberen Donau““, welcher die Sachlage ganz falsch darstellt; in dieselbe Kategorie gehörte die unmittelbar nachfolgende Erfindung der Stuttgarter „„Demokratischen Korrespondenz““ und anderes, z. B. in No. 29. Ueberall wird nur Haß und Verachtung gegen Preußen gesät. Groß ist in dieser Richtung die No. 28, wo z. B. von der „„Kainsunruhe““ der nationalliberalen Blätter seit drei Jahren gesprochen wird, ein Ausdruck, der nicht erst erläutert zu werden braucht und dessen Verbindung grade mit den nationalliberalen Blättern unerheblich ist; aus dem „„Bruderkriege““ wird mit Offenherzigkeit der Brudermord gemacht. Das ist keine Politik der Versöhnung, welche grade geboten wäre, wenn die Redaktion Preußen im Unrecht glaubte, da der Angriffe und Beschuldigungen mehr als genug von Süddeutschland und Oesterreich ausgehen, das ist reine Hetzerei gegen Preußen, also gegen unser Vaterland. Die Krone der No. 28 ist der Artikel „„Aus Westfalen““ mit höhnisch-verdächtigenden Bemerkungen, über die künftige Erwerbung eines arrondierten Gebietes um die Enklave Hohenzollern herum und der nicht mißverständlichen Hinstellung des „„Faktums““ „„daß das spezifisch preußische Gefühl nach langen 54 Jahren, also seit fast zwei Menschenaltern bei uns (in Westfalen) durchweg noch keinen fruchtbaren Boden gefunden hat.““ Wir wollen annehmen, daß dieses Faktum nur im Kopfe des Referenten existiert.

Als charakteristisch ist noch zu erwähnen, daß dieses Blatt sich dazu hergegeben hat, in Inseraten einen hochgestellten Geistlichen der Diözese[1]) wegen seiner im Reichstage getanen Aeußerungen in keineswegs geziemenden Formen angreifen zu lassen, ein Verfahren, welches dem katholischen Zwecke der Zeitung nicht entspricht und wofür die Redaktion verantwortlich gemacht werden muß, da sie, wenn die Inserate ohne ihr Wissen Aufnahme gefunden hätten, bald darauf sich hätte entschuldigen müssen, wie von anderen Zeitungen bei solchen Gelegenheiten geschieht.

Die Korrespondenz über die Sekundizfeier in Rom rührt von unserem Landsmann, Herren Grafen von Frankenberg, her; in derselben sind die vom Referenten gemachten versöhnlichen Bemerkungen unterdrückt worden, was ebenfalls als bezeichnend zu erwähnen ist.

Alles dies ist weniger gegen die nationalliberale Partei als vielmehr gegen Preußen selbst gerichtet. Ein einziges Mal brachte eine Korrespondenz aus Baden eine kleine Anerkennung der kirchlichen Zustände Preußens, dieselbe wurde aber durch

[1]) Gemeint ist Künzer; bei der Darstellung des Jahres 1870 und 1871 wird darauf näher eingegangen werden.

eine Redaktionsbemerkung schon abgeschwächt; dieselbe paßte zwar nicht zu der Korrespondenz, weil die angedeuteten Beschwerden der Katholiken mit der in dem Referat erwähnten kirchlichen Freiheit nichts zu tun haben, sondern mehr vermögensrechtlicher Natur sind. Aber gerade daß demungeachtet die Redaktion diese Abschwächung vornahm, charakterisiert die Haltung des Blattes. Die vorgetragenen Tatsachen würden genügen, um einen Protest gegen die politische Richtung der „Hausblätter“ zu rechtfertigen, den wir hierdurch aussprechen; leider aber hat die katholische Zeitung sich auch dem Wort des Programms: „Religion, Ehre, Wahrheit und Recht sei unser Wahlspruch“ nicht treu gezeigt. In Nr. 5 wird der Satz „Macht geht vor Recht“ als „geflügeltes Wort“ dem Grafen Bismarck in die Schuhe geschoben, obgleich derselbe gar nicht von diesem herrührt, sondern eine Rede Bismarcks in der Konfliktszeit vom Grafen Schwerin in dieser Weise interpretiert worden war. Vielleicht mag sich aber die Redaktion in einem Irrtum befunden haben.

Ganz geeignet, die Katholiken zu täuschen und ihre Ansichten zu verwirren, ist die Behandlung der Sekundizfeier des Hl. Vaters.

Das Verbot des Aufzuges[1] in Elberfeld wird in eine höchst gehässige Verbindung mit der Gratulation seiner Majestät des Königs an den Hl. Vater gebracht und letzterer auf Grund dieses Verbotes, welches doch sonst nirgends vorgekommen, aller Wert abgesprochen. Die Darstellung des Sachverhalts ist unwahr, weil unvollständig. Es mußte erwähnt werden, daß bei der fanatisch protestantischen Majorität der Elberfelder-Wupperthaler Bevölkerung ein Konflikt zu befürchten stand, welchen die Behörde vermeiden mußte; wenn auch Polizei und Militär eingeschritten wären, so wäre der Skandal nur unterdrückt, aber nicht verhindert worden; dies letztere wäre bei den dortigen Zuständen nur möglich gewesen, wenn man unsere Glaubensgenossen von der bewaffneten Macht hätte eskortieren lassen; wo wäre aber dann die Festlichkeit geblieben? Diese immerhin traurigen Verhältnisse zu erwähnen, nicht aber die Behörde einfach des Religionshasses zu beschuldigen, wäre Sache eines Blattes gewesen, welches Wahrheit und Recht auf seine Fahne geschrieben hat.

Bei Referierung des in Osnabrück geschehenen Verbots, die päpstlichen Fahnen auszuhängen, ist auch ein wesentlicher Teil der Wahrheit unterdrückt worden. Die Polizei hatte bekanntlich gewünscht, daß die Häuser auch mit preußischen Fahnen geschmückt würden; dies war verweigert worden. Nun weiß aber alle Welt, daß weiß und gelb auch die welfischen Farben sind, und es bedarf keines Nachweises, daß die Demonstration mit diesen Farben, auch bei Gelegenheit eines kirchlichen Festes, unter Ausschluß der preußischen Fahnen einer Welfendemonstration so ähnlich sieht, wie ein Ei dem anderen. Ein Blatt,

1. Der Aufzug sollte von seiten der Katholiken zu Ehren des Papstjubiläums stattfinden.

welches der Wahrheit dienen will, durfte dies nicht zum Nachteil der preußischen Verwaltung verschweigen, und ein preußisches und katholisches Blatt durfte der Welfenagitation nicht unter Benutzung eines kirchlichen Festes Vorschub leisten.

Die Redaktion wurde von derselben Seite, welche den Bericht über die Sekundizfeier in Rom beschafft hatte, auf eine im gleichen Sinne inspirierte Korrespondenz für die Süddeutsche Presse über die Sekundizfestlichkeiten in Rom aufmerksam gemacht, erklärte aber, der Artikel stände ihr nicht zur Disposition. Nachdem der Artikel jedoch in der Schlesischen Zeitung erschienen war, wurde er in den Hausblättern vom 1. Mai (München, den 28. April) heftig angegriffen, indem die nicht zu erweisende Behauptung aufgestellt wurde, daß die preußische Regierung die Schuld an den traurigen kirchlichen Zuständen Badens trage. Wahrheit und Recht werden durch ein solches Gebahren nicht gewahrt, sondern bloß der entschiedenste Antagonismus gegen Preußen wird dadurch ausgesprochen.

In gleicher Weise ist mit der jüngst in dem österreichischen Generalstabswerk veröffentlichten Bismarckschen Depesche vorgegangen worden; dieselbe ist bekanntlich in diesem Werke verfälscht wiedergegeben worden, indem u. a. die Erklärung Bismarcks, daß ohne Italien nicht verhandelt werden könne, weggelassen wurde. Die „„N. A. Z.““ hat das Original des bekanntgewordenen Bruchstückes veröffentlicht; in den „„Hausblättern““ wird dazu einfach bemerkt, daß die Abweichungen den Inhalt des Schriftstückes nicht abschwächen könnten. Die Redensart ist so bedeutsam als unwahr; denn grade auf jenen Passus kommt es an, durch dessen Weglassung Preußen verdächtigt wurde, Italien, das mit ihm verbündet war, im Stiche lassen zu wollen. Alles übrige ist Nebensache. In demselben Sinne sind die späteren Korrespondenzen und abgedruckten Artikel über diese Angelegenheit; das einzig Wesentliche, die Falschheit der Anschuldigung der Untreue gegen den Bundesgenossen, wird dabei verschwiegen, der Haß gegen Preußen aber bei jeder Gelegenheit genährt. Wir haben dies hervorgehoben, um den Nachweis der vaterlandsfeindlichen Richtung der „„Hausblätter““ zu führen; die Grundsätzlichkeit dieser Richtung wird durch die Erklärung der Redaktion, Breslau, den 19. April, festgestellt.

Wir wiederholen unseren Protest gegen die Haltung des Blattes. Die gerügte Behandlung der politischen Angelegenheiten hat nicht nur den traurigen Erfolg, daß mancher brave Katholik, welcher nicht in der Lage ist, sich noch anderweitig informieren zu können, dadurch irregeleitet werden kann, sie widerstrebt auch unserer und vieler guten Katholiken gewissenhaften Ueberzeugung und muß unsere andersgläubigen Mitbürger wie die Behörden zur Annahme führen, daß die Katholiken, die ein solches Organ halten, das feindliche Ausland dem Vaterlande vorziehen. Wir erachten diese Grundsätze des Blattes für falsch, die Richtung

desselben in der hier besprochenen Beziehung für verderblich. Wir wissen, daß wir Katholiken noch manches in Preußen zu wünschen und zu erstreiten haben, auf diesem Wege wird aber nicht unser berechtigtes Ziel erreicht, sondern das direkte Gegenteil herbeigeführt.

Auf die Gefahr großer Unbequemlichkeit, ja sogar einer Stockung in der Herausgabe des Blattes hin, welche wir für ein geringeres Uebel halten als das Forterscheinen in der geschilderten Weise müssen wir bitten,

die Richtung der „„Hausblätter““ vollständig und ausdrücklich in eine preußenfreundliche, patriotische zu ändern.

Die begütigenden Worte des Eingesandt von Dr. Ipsissimus[1]) nützen den vorliegenden Tatsachen gegenüber gar nichts; noch unerheblicher sind die Auslassungen im Sprechsaal von No. 34 und 35 sowie das Inserat „„per aspera ad astra““ in der letzteren Nummer. Nicht Hyperloyalität oder Servilismus wird von uns verlangt, sondern nur protestiert gegen die nachgewiesene Feindseligkeit gegen Preußen; nicht wegen wechselnder politischer Ansichten erheben wir unseren Widerspruch gegen die politische Richtung des Blattes, sondern wegen seines Gegensatzes gegen das dauernde Gefühl, gegen die stetigen Ueberzeugungen, welche mit dem Worte „„Patriotismus““ bezeichnet werden. Es handelt sich nicht darum, daß uns oder einigen von uns „„Dies oder Das““ nicht gefiele, über Abweichungen in der inneren Politik, über Versehen und Irrtümer würden wir alle der katholischen Gesinnung des Blattes zu Liebe gern hinwegsehen, namentlich da wir selbst keine einheitliche politische Partei bilden, es handelt sich um ein hochwichtiges Prinzip, um die Frage, ob wir als Preußen ein offenkundig antipreußisches Blatt haben wollen und ohne Gefährdung andrer großer Interessen noch länger dulden können. Hierüber schweigt der Sprechsaal wie das Inserat, wir aber müssen es verneinen.

Ohne Agitation, ohne Aufwand von Kräften sind wir zusammengekommen, um uns zu diesem Proteste und zu diesem Verlangen zu einigen.

Sollte unserem Antrage nicht deferiert werden und insbesondere uns nicht binnen 10 Tagen zu Händen des mitunterzeichneten Konsistorialrates Dittrich eine völlig beruhigende Antwort zugehen, so würden wir uns genötigt sehen, diese unsere Erklärung zu veröffentlichen und die Katholiken Preußens vom Abonnement auf dieses Blatt abzumahnen.

Breslau, den 14. Mai 1866.“

Noch während dieser Protest zur Unterschrift kursierte, hatten die „Hausblätter“ dazu Stellung genommen, aber in einer Weise, die dem Begriff „widerliche Selbstbeweihräucherung“ sehr nahekam. So ließ in der Nummer vom 25. April, der „Dr. Ipsissimus“

[1]) Darauf wird gleich zurückgekommen werden.

— dem Stil nach zu urteilen ist es Virnich — einen fulminanten Dithyrambus auf die „Hausblätter“ los, der indessen die schwerwiegende Anklage des Protestes auch nicht aus der Welt schaffen konnte. Am 12. Mai 1869 finden wir unter der Rubrik „Sprechsaal“ eine andere Lobrede auf Virnich, aus der einige markante, die politische Gesinnung mancher Katholiken doch in einem recht bedenklichen Lichte erscheinen lassenden Passus hier wiedergegeben werden mögen. Es heißt da u. a.: — — — „Die Gründung der „Breslauer Hausblätter“ als politische Zeitung hatte zunächst und vor allem anderen den Zweck, ein Blatt ins Leben zu rufen, in welchem die katholischen Interessen verteidigt und die katholischen Grundsätze und Anschauungen zur Geltung gebracht werden. Die besondere politische Farbe dieses Blattes war dabei Nebensache. Da nun aber eine Zeitung nicht ohne eine solche füglich bestehen kann, so hielten es die Katholiken für angemessen, die Wahl derselben lediglich der Farbe des Redakteurs zu überlassen, vorausgesetzt, daß sich dieser nur als ein wahrer und treuer Sohn der katholischen Kirche bewähre. — — — Es lag zudem nahe, daß, nachdem frühere Versuche, den katholischen Charakter eines Tageblattes mit der sog. streng-konservativen Richtung zu verbinden, kläglich gescheitert waren, man um so weniger Bedenken trug, Ihnen (sc. Virnich) völlig freie Hand inbetreff der in Ihrem Blatte vertretenen politischen Richtung zu lassen. — — — Wenn es die Hyper-Loyalität gewisser Herren nicht über sich zu gewinnen vermag, sich über die ihnen nicht zusagende politische Haltung ihres Blattes hinwegzusetzen, wenn sie ihre persönlichen politischen Neigungen noch höher als ihre religiösen Ueberzeugungen anschlagen, so bleibt es ihnen unbenommen, sich eine mit ihren politischen Grundsätzen — — — übereinstimmende Zeitung zu gründen (welche wir nicht halten werden); wir müssen aber auch entschieden verlangen, daß sie die Forderung aufgeben, unser katholisches Volksblatt in ein hochtoristisches Parteiblatt umwandeln zu wollen.“

Aehnlich gehalten sind die am 13. Mai, 21. Mai und 29. Juni geäußerten Ansichten aus Leserkreisen. Auch eine Reihe von Zustimmungserklärungen aus Glatz-Ullersdorf vom 18. Mai, Striegau vom 19. Mai, Groß-Strehlitz und Jauer vom 22. Mai, sowie aus Königshütte vom 24. Mai[1]) bewiesen, daß die großdeutsche Gesinnung mehr als man geahnt im katholischen Schlesien Wurzel gefaßt.

Am 20. Mai entgegnete Virnich selbst in seinem Blatt auf den Protest. Die Erwiderung ist recht matt und läßt sich auf eine sachliche Widerlegung überhaupt nicht ein. Sie lautet:

„In eigener Angelegenheit.

Es gibt eine Zeit zum Schweigen, aber auch eine Zeit zum Reden. Bis jetzt haben wir für die kindischen Agitationen und Verdächtigungen, welche von seiten der schlesischen Feudalen und Nationalliberalen gegen die Redaktion der neuen Hausblätter ins

---

1) V. A. vol. I.

Werk gesetzt wurden, nur ein mitleidsvolles Lächeln gehabt, trotzdem es uns schier wunderte, daß diese Anfeindungen nicht allein bei den Katholiken unserer Provinz vielfachen Anklang fanden, sondern sogar von gewissen schlesischen Katholiken mit Rührigkeit betrieben wurden, die einer besseren Sache würdig wäre. Durch das Studium der Kreuzzeitung wäre es uns noch allenfalls erklärlich, wenn es die schlesischen Feudalen allein wären, die alles aufbieten, um die ihnen unbequemen „„Hausblätter"" mundtot zu machen; daß es aber auch unter den übrigen schlesischen Katholiken Nationalliberale geben würde, die ihre politische Farbe über ihr religiöses Bekenntnis setzten, dies schien uns eine solche Ungeheuerlichkeit und ein solches Unikum im ganzen katholischen Deutschland, daß wir einfach gar nicht daran glauben wollten. Und doch ist es so!

Und was wirft man uns vor? Man verdächtigt die Redaktion der „„Hausblätter"" als eine preußenfeindliche, als eine österreichfreundliche. Als ob wir als Katholiken überhaupt Feinde der von Gott gesetzten Obrigkeit, Freunde der augenblicklich kirchenfeindlichsten Regierung der ganzen Welt sein könnten. Könnte man nicht mit mehr Recht unsere preußischen Fortschrittsleute und sog. Liberalen Oesterreicher nennen, da ja gerade im gegenwärtigen Oesterreich das Eldorado aller ihrer antichristlichen Bestrebungen, als da sind konfessionslose Schule, Knechtung der Kirche, liberaler Parteidespotismus usw. zu finden ist. Ja, aber die Redaktion der „„Hausblätter"" ist doch nach ihrem eigenen Geständnis eine großdeutsche, und ein Großdeutscher kann doch nichts anderes, wie uns von einem sonst sehr wertgeschätzten Herrn geschrieben wurde, als ein Preußenfeind sein! Das heißt doch die Dinge auf den Kopf stellen. Grade als Großdeutsche erkennen wir Preußen nicht allein wie jedem deutschen Staate seine Existenz, sondern auch seine berechtigte Stellung in Deutschland zu; wir wollen Deutschland, zu dem auch das deutsche Oesterreich gehört, auf friedlichem Wege geeinigt wissen, wir müssen uns aber gerade darum gegen das nach unserer Ansicht verbrecherische Treiben der Nationalliberalen wenden, die nicht nur Preußen allein als berechtigten Staat in Deutschland anerkannt wissen wollen, sondern die auch selbst einen neuen Bruderkrieg nicht scheuen würden, um zu ihrem Ziele zu gelangen, und deren provokatorisches Treiben nur täglich neuen Zwiespalt und schließlich eine Einmischung des Auslandes statt friedliche Einigung der deutschen Stämme hervorruft. Ist doch selbst Graf Bismarck, wie aus den letzten Reichstagsverhandlungen hervorgeht, ein Anhänger unseres föderalistischen Programms geworden.

Die letzte Beschuldigung, daß wir aus purem Preußenhaß sogar Freunde des italienischen König-Ehrenmannes seien, ist zu abgeschmackt, als daß wir darauf nur eine Zeile der Erwiderung hätten. Dann wird uns noch vorgeworfen, daß wir in der inneren Politik „„illoyal"" seien. Freilich sind wir nicht so servil, daß wir mit der jeweiligen Regierung durch Dick und Dünn gehen. Mit deutschem Freimut haben wir bisher die wohlberechtigten Forderungen

des Volkes vertreten, haben das verworfen, was nach den Gesetzen der christlichen Moral zu verwerfen ist und werden unbeirrt durch alle Anfeindungen und Verdächtigungen es auch ferner tun. Man widerlege unsere Ansichten, wenn man kann, aber man verleumde und verdächtige uns nicht. Dies können wir als Mensch und Christ besonders von Leuten verlangen, die sich Katholiken nennen. Wir sind bisher dem in unserer ersten Nummer veröffentlichten Programm nachgekommen, und wir werden es auch ferner tun."

Im Schoße des Komitees hatte der Protest insofern eine tiefeinschneidende Veränderung hervorgerufen, als Geh. Rat Prof. Dr. Elvenich, der, wie wir später noch sehen werden, mit den 38 Unzufriedenen harmonisierte, den Vorsitz niederlegte und aus der Gesellschaft ausschied.[1] Die Komiteeleitung übernahm an seiner Stelle der Schulinspektor Pfarrer Kliche, der am 26. Mai[2] den Protestlern ein Antwortschreiben zugehen ließ mit der darin enthaltenen bemerkenswerten Stelle, „daß bereits vor Eingang des Protestes einzelne der darin hervorgehobenen Beanstandungen in Erwägung gezogen und der Redaktion zur Beseitigung empfohlen worden wären". Daraufhin machten die Unzufriedenen noch einmal am 10. Juni d. J.[3] ihrem gepreßten Herzen folgendermaßen Luft:

„Die Breslauer Hausblätter bilden eine allgemeine Angelegenheit der schlesischen Katholiken, wir halten uns daher — der gefälligen Antwort vom 26. v. Mts. ungeachtet — für vollkommen berechtigt, der geehrten Gesellschaft unsere Wahrnehmungen über Mängel und Fehler des Blattes mitzuteilen. Einer ungeeigneten Form sind wir uns nicht bewußt. Gern würden wir unseren Protest vermieden haben, wenn schon vorher seitens der Redaktion die Beanstandungen der Gesellschaft beachtet worden wären.

Im Interesse der Sache bedauern wir, daß die Gesellschaft uns die eingehende Erörterung unsrer Beschwerden verweigert. Der Schlußsatz unsrer Zuschrift hätte unsres Ermessens nicht befremden können, wenn er der Gesellschaft unverständlich gewesen wäre; auch befremdlich jedoch schien er nicht zu lauten, da, wenn die Gesellschaft nicht eingriff oder uns keine Antwort zuteil werden ließ, der öffentlichen Haltung des Blattes gegenüber uns kein andres Mittel zu Gebote stand, als öffentlich uns gegen die von nah und fern beklagten politischen Grundsätze des Blattes zu verwahren. Wir hätten es vor unserem katholischen Gewissen unverantwortlich gefunden zu schweigen. Die Verantwortlichkeit für die Richtung des Blattes wird die Gesellschaft nicht voll ablehnen können.

Die bitteren Unbilden, welche wider Anstand, Sitte, Diskretion, Klugheit, Recht, Wahrheit und Christenpflicht uns und namentlich einzelnen aus uns durch die „„Hausblätter"" und in zweifellosem Zusammenhange mit diesen durch den Westfälischen Merkur u. a. öffentlich zugefügt worden sind, waren von uns nicht verschuldet, zumal wir in keiner Weise, auch nicht durch den entferntesten

[1] V. A. vol. I. Protokoll vom 23. Mai 1869.
[2] V. A. a. a. O.
[3] V. A. a. a. O.

Auftrag zu Sammlung von Unterschriften, den Weg der Oeffentlichkeit betreten haben. Die geehrte Gesellschaft hat uns gegen alle jene maßlosen Angriffe nicht zu schützen beliebt, ja nicht ein Wort der Genugtuung ist uns zuteil geworden. Wir lassen aber jede persönliche Rücksicht auf sich beruhen und begnügen uns mit der tatsächlichen Aenderung, welche die Hausblätter in politischer Beziehung nach unserem Proteste einzuschlagen begonnen haben. In der Hoffnung, daß dieser Beginn sicheren Fortgang behalten wird, sehen wir zunächst von weiteren Schritten ab."

Damit ruhte die leidige Angelegenheit für dieses Jahr.

Das Verhältnis der „Hausblätter" zu der übrigen Breslauer Presse war ein recht kühles, mit der „Breslauer Morgenzeitung" lag aber das katholische Organ in ständiger Fehde, die — man kann es wirklich nicht anders bezeichnen — in einem wahren „Sauherdentone", geführt wurde.[1]) Das Demokratenorgan bezeichnete liebenswürdigerweise seine katholische Kollegin als „faules, geistloses, schmutziges Pfaffenblatt", worauf die „Hausblätter" die prompte Entgegnung hatten, daß die „Morgenzeitung", das „Organ für Hering und Quark," „in welchem sich Gemeinheit und Lüge die Hand reichten," ein „Saublatt" sei.

Diese heutzutage ganz und gar unmögliche Form einer Preßfehde verschlug indessen den „Hausblättern" bei ihren Lesern nichts, denn das junge Unternehmen fristete besser sein Dasein, als man von vornherein zu hoffen gewagt; nach den Kassenabschlüssen[2]) endete das 2. Quartal 1869 mit einem Kassenbestande von 6666 Tlr. 6 Sgr., das 3. Quartal mit 6726 Tlr. 18 Sgr. und einem Reingewinn von 36 Tlr. Die Aufstellung der Posten bietet einen so interessanten Einblick in den damaligen zeitungstechnischen Betrieb, daß ich mir nicht versagen kann, die Abschlüsse für die beiden Quartale hier wiederzugeben:

2. Quartal 1869.

Einnahme.

	Tlr.	Sgr.	Pf.
1. für 688 Darlehnsscheine à 25 Tlr. . . .	17 200 Tlr.	— Sgr.	
2. für 5 halbe " à 12½ " . . .	62 "	15 "	
3. kleine Beiträge durch Dr. Wick abgelief.	16 "	10 "	
4. Bankzinsen	41 "	25 "	
5. Kautionszinsen	87 "	15 "	
6. 3278 Debitexemplare bei der Post mit 93 Ueberweisungen	3 576 "	28 "	
7. 1060 Ex. bei der Expedition mit 74 Postüberweisungen	904 "	8 "	7 Pf.
8. Inserate (bezahlte)	745 "	21 "	3 "
Gesamteinnahme	22 635 Tlr.	2 Sgr.	10 Pf

[1]) Vgl. Hausbl. 1869, S. 243, 261/262, 270, 274, 288.
[2]) V. A. vol. II. Protokoll vom 25. November 1869 u. Blatt 4—5.

Ausgabe.

1. Kaufgeld der Hausblätter	5 500 Tlr.[1]	— Sgr.	— Pf.
2. Kaution	4 208 =	18 =	6 =
3. Inventarienstücke	248 =	— =	9 =
4. Steuer für 5000 Exemplare	1 147 =	6 =	8 =
5. Papier 793 18/20 Ries	1 720 =	10 =	— =
6. Druck der Zeitung	1 728 =	16 =	9 =
7. Kurs- und Depeschenabonnement	60 =	— =	— =
8. 2 Novellen fürs Feuilleton	100 =	— =	— =
9. Gehälter	409 =	20 =	— =
10. Lokalmiete	17 =	15 =	— =
11. Korrespondenzhonorar	385 =	12 =	19 =
12. Einrichtungskosten, Inserate, Druck und Porto	443 =	16 =	3 =
Gesamtausgaben	15 968 Tlr.	26 Sgr.	8 Pf.

Bleibt ultimo Juni 1869 **Kassenbestand**	6666 Tlr.	6 Sgr.	2 Pf.
Der Vertrieb der Zeitung ergab Einnahme	5226 =	27 =	10 =
Die Ausgaben No. 4—12	6012 =	7 =	5 =
Fehlen zur Kostendeckung	785 Tlr.	9 Sgr.	7 Pf.

Für unbezahlte Inserate bleiben offen	483 Tlr.	13 Sgr.	6 Pf.
Vorrat an Druckpapier ca.	200 =	— =	— =
	683 Tlr.	13 Sgr.	6 Pf.
Bleiben ganz ungedeckt	101 Tlr.	26 Sgr.	1 Pf.

3. Quartal 1869.

Einnahmen.

1. Bestand ultimo 1869 bar	6666 Tlr.	6 Sgr.	2 Pf.
2. Dahrlehnsschein No. 689	25 =	— =	— =
3. 3110 Exemplare bei der Post	3496 =	8 =	— =
4. 1044 = = = Expedition. inkl. 89 Ueberweisungen	888 =	11 =	6 =
5. Bezahlte Inserate für Juli	428 =	5 =	1 =
dto. für August	291 =	4 =	4 =
dto. für September	335 =	8 =	3 =
Gesamteinnahme	12130 Tlr.	13 Sgr.	4 Pf.

Ausgaben.

1. Steuer für 4500 Exemplare	1072 Tlr.	15 Sgr.	— Pf.
2. Papier: 652 Ries 5¾ Buch	1426 =	2 =	9 =
Übertrag	2498 Tlr.	17 Sgr.	9 Pf.

[1]) Die restierenden 700 Tlr. wurden später in Raten abgetragen.

	Übertrag	2498	Tlr.	17	Sgr.	9	Pf.
3.	Druck	1715	„	6	„	—	„
4.	Kurs, Depeschen und Handelskammerbericht	67	„	—	„	—	„
5.	Gehälter	495	„	20	„	—	„
6.	Lokalmiete	17	„	15	„	—	„
7.	Korrespondenzhonorar	432	„	28	„	9	„
8.	Porto, Inserate, Bureaubedürfnisse	163	„	20	„	—	„
9.	annullierter Anteilschein	12	„	15	„	—	„
10.	Inventarienstücke	—	„	22	„	6	„
		5403	Tlr.	25	Sgr.	—	Pf.
	bleibt ultimo September 1869 Saldo	6726	Tlr.	18	Sgr.	4	Pf.

Der Vertrieb der Zeitung ergibt als Einnahme unter Hinzuziehung der teilweise eingegangenen, im vorigen Quartal in Rest gebliebenen Inserate	5349	Tlr.	7	Sgr.	2	Pf.
Die Ausgaben 1.—9. betragen	5403	„	2	„	6	„
Ueberschuß	36	Tlr.	4	Sgr.	8	Pf.

Gehen wir nach Würdigung der inneren Geschichte der Zeitung an ihre Stellungnahme den politischen Ereignissen gegenüber, so ist es natürlich zunächst von Interesse festzustellen, ob die in dem Protest festgenagelte antipreußische Gesinnung tatsächlich in den Spalten des Blattes sich so aufdringlich bemerkbar gemacht, wie gerügt worden. Es muß leider festgestellt werden, daß die Protestler nur zu recht hatten und die Zeitung sowohl nach dem unfreundlichen Ton der Korrespondenzen Preußen gegenüber zu urteilen wie der geringen Berücksichtigung preußischer Verhältnisse nach zu schließen bis tief in den November hinein völlig den Eindruck eines der preußenfresserischen süddeutschen Organe erweckt. Typisch dafür ist z. B. die Haltung des Blattes gegenüber den Bismarckschen Bestrebungen, durch das Zollparlament die Einigung Deutschlands herbeizuführen. Die Zeitung benutzt die Gelegenheit[1]) zu einem Ausfall gegen die Nationalliberalen und konstatiert mit unverkennbarer Freude, daß es deren „stillem Wühlen“ nicht gelingen werde, „mit der Zeit Süddeutschland als reife Frucht in den Schoß des Norddeutschen Bundes fallen zu sehen.“ Durch das von seiten des badischen Volkes dem Ministerium Jolly abgegebene Mißtrauensvotum und insbesondere durch den Ausfall der bayrischen Kammerwahlen sei diese Illusion gründlich zerstört worden, und in Württemberg wäre das Volk nicht minder gegen die Annexion an den Norden gestimmt. So habe das süddeutsche Volk in seiner Mehrheit aufs energischste gegen die Bestrebungen der Nationalliberalen protestiert.

Die Antipathie gegen den Liberalismus ist es auch erst, welche gegen Ende des Jahres dem Blatte angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen[2]) ein Interesse für innerpreußische Angelegenheiten abzwingt. Der Zeitung ist der Liberalismus nur „das Feigen-

[1]) S. 345.
[2]) S. 977, 1419 u. 1443.

blatt, hinter welchem der freiheitsfeindliche Mastbürger seine volksfeindliche Natur versteckt.“ Darum müsse man vor allem auf die gesetzliche Beseitigung des Klassenwahlmodus dringen. „Es ist ein Irrtum“, schreibt das Blatt[1]) — angesichts der heutigen Bestrebungen, das Klassenwahlrecht zu beseitigen, eine sehr interessante Reminiszenz — „wenn viele wähnen, daß durch die direkten Wahlen die sogenannte Gassendemokratie das Uebergewicht erhalten würde. Das kann vielleicht in einzelnen Großstädten der Fall sein, wo der „„Bummel““ sich seit der schrankenlosen Freizügigkeit konzentriert. Aber da ändert sich wesentlich ja nichts; denn auch jetzt schon hat hier bei der massenhaften Ansammlung des Proletariats dieses bereits die Ueberhand. Anders aber wird es im Lande sein. Hier wird durch direkte Wahlen die Herrschaft einer Partei gebrochen und wenn auch nicht immer, so doch im allgemeinen eine wahrheitsvollere Volksrepräsentation gewonnen. Der moralische Fonds liegt überhaupt grade in den Volksklassen, die jetzt nur zu einer sehr ungenügenden Aktion kommen, und selbst pure vom christlichen Standpunkt betrachtet, ist die Herrschaft des gesinnungsfaulen Liberalentums die schlechteste.“ „Die Pflicht, der Glaubensgleichgültigkeit und Glaubensfeindschaft möglichst entgegenzuwirken haben, wie die Katholiken, so alle christgläubigen Protestanten. Ein Zusammenwirken ihrerseits bei allen nächsten Wahlen in die staatlichen und städtischen Vertretungen ist angezeigt.“[2])

Dem Liberalismus gibt die Zeitung auch die Schuld, daß das Ministerium Beust in dem Nachbarstaat Oesterreich, der bei Virnich sich mehr als eines Alltagsinteresses erfreut,[3]) soviel Antipathien begegnet. „Dadurch daß die Regierung die katholische Majorität Oesterreichs verletzt, dadurch, daß sie die Staatsomnipotenz auf das Gewissensreich ausgedehnt hat, bedarf es eines gewaltigen Rückschlags, um die beunruhigten Gemüter wieder zu versöhnen. Dieses Ministerium ist aber, ohne seinem eignen Programme untreu zu werden, diese Aufgabe zu vollenden nicht imstande. Die soziale Frage, welche in Oesterreich seit dem neuen Regime ... schon soviel Blut gekostet hat, ist nur eine Konsequenz des Afterparlamentarismus, in welchem das Ministerium seine festeste Stütze finden zu können vermeinte.“[4])

Es ist interessant zu beobachten, daß die „Hausblätter“ selbst bei dieser Gelegenheit auf ein Thema zu sprechen kommen, welches sie das ganze Jahr 1869 sehr intensiv beschäftigt und das sie in sehr gediegenen Artikeln behandelt, die soziale Frage und die Sozialdemokratie.[5]) Die Zeitung gesteht freimütig zu, daß Lassalle „ein Mann von nicht gewöhnlichen Fähigkeiten“ gewesen und gibt den sozialdemokratischen Führern vollkommen Recht, wenn sie die Arbeiter auffordern, „die Verteidigung ihrer Interessen selbst in die Hand zu nehmen mit Uebergehung aller etwa durch Ehrgeiz oder Eigennutz

---

1) S. 977.
2) S. 1443.
3) Vgl. z. B. S. 551, 559, 577, 871 u. 1021.
4) S. 577.
5) S. 451, 615, 623, 670, 677, 683, 703 u. 891.

dazu angetriebenen Personen.“ Dagegen sei es falsch, wenn man sozialdemokratischerseits von Vorzeichen rede, die in allen Kulturstaaten auf eine baldige mächtige Umgestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse deuteten, und darauf seine Hoffnung setze. „Eine solche Umgestaltung ist nichts anderes als eine Revolution, und durch revolutionäre Bewegungen wird dem Arbeiterstande sicherlich nicht gedient. Die im allgemeinen allerdings beklagenswerte Lage dieses Standes, für den wir, beiläufig bemerkt, das größte Mitgefühl haben und dem wir jedes mögliche Gedeihen wünschen, kann nur verbessert werden auf dem Wege einer ruhigen, geordneten Entwicklung, durch eine weise, die Bedürfnisse aller Volksklassen gleichmäßig berücksichtigende Gesetzgebung und besonders durch den Einfluß des Christentums.“[1]) Die „Hausblätter“ begrüßen es deshalb auch aufs wärmste, daß alsbald nach Akutwerden der sozialen Frage seitens des Episkopats in der Person des Bischofs von Mainz, Freiherrn von Ketteler, zur Arbeiterfrage Stellung genommen worden und widmet seiner Broschüre „Die Arbeiterfrage und das Christentum“[2]) eingehendste Besprechung.[3]) Auch das Buch des Grafen von Paris „Die Gewerkvereine in England (Trades-Unions)“[4]) benutzt die Zeitung als eine willkommene Gelegenheit, sich über die soziale Frage des eingehenderen zu verbreiten.[5])

Hatte das Jahr 1869 für die „Hausblätter“ vorwiegend im Zeichen des Großdeutschtums und der Sozialpolitik gestanden, so nahmen die weltbewegenden kirchlichen Fragen, denen sie nur vorübergehend Beachtung geschenkt,[6]) sie im Jahre

1870

fast völlig in Anspruch. Eins der wichtigsten religiösen Probleme hatte noch vor Beginn des Konzils im Dezember des Vorjahres 1869 bekanntlich die Janusbroschüre „Der Papst und das Konzil“ angeschnitten. Die Schrift wandte sich zunächst gegen die behauptete Göttlichkeit des absolutistischen Papsttums und wollte zeigen, auf welch hohler Basis es sich gründe und mit welchen Mitteln es sich ausgebildet habe. Nicht minder wurde durch historische Tatsachen darzutun gesucht, wie untatsächlich die Unfehlbarkeit sich erweise, und wie unzulässig und unrecht es sei, dieselbe zum Dogma zu erheben.[7]) Als intellektueller Urheber des Janus galt der Stiftspropst Döllinger, als Bearbeiter Professor Huber in München. Die „Hausblätter“[8]) stellen sich bei Beurteilung dieser soviel Staub aufwirbelnden Schrift auf den Boden des von Hergenröther 1870 herausgegebenen „Anti-Janus“ und sehen mit ihm in der Janusbroschüre „einen regellosen Wirrwarr willkürlich gruppierter, historischer

[1]) S. 454.
[2]) Mainz: Kirchheim, 1869.
[3]) S. 703.
[4]) Aus dem Franz. übers. von Dr. Emil Lehmann, Berlin: J. Springer 1870.
[5]) Vgl. S. 1253, 1259, 1267 u. 1297.
[6]) S. 129, 309, 409, 511, 825, 989, 1339 u. 1375.
[7]) Vgl. Friedberg, Sammlung der Aktenstücke zum 1. vatikanischen Konzil usw. Tübingen 1872, S. 17.
[8]) S. 29 u. 67.

Data und daraus eigenmächtig gezogener Konsequenzen, einen Protest nicht allein gegen Syllabus, Mariendogma und päpstliche Unfehlbarkeit, sondern gegen den Primat des apostolischen Stuhles, wider die Autorität der allgemeinen Konzilien, wider das Dogma von der Kirche selbst". Damit war die Zeitung mitten hinein in den Kampf gegen Döllinger und seinen Kreis geraten, den sie im weiteren Verlauf des Jahres mit einer Erbitterung sondergleichen führte. Mitte Februar[1]) zog sie aufs neue vom Leder, und zwar wandte sie sich diesmal gegen den von den Konzilsgegnern erhobenen Vorwurf, es sei ein schweres Unrecht, daß auf dem Vaticanum ein Bischof, der 1½ Millionen Gläubige repräsentiere, nicht mehr Geltung besitze als der, dessen Diözese kaum einige Tausend zähle, und daß die nichtromanischen, namentlich die deutschen Bischöfe, obwohl die Repräsentanten größerer Intelligenz, dennoch die ihnen zukommende Bedeutung auf dem Konzil nicht besäßen. Gegen den ersten Teil dieser Anklage wendet das Blatt ein, daß ihm fälschlich die Anschauung der heutigen Staatsrechtslehre zugrunde gelegt sei, daß der Bischof auf dem Konzil nicht den Repräsentant seiner Diözesanen, nicht den Vertreter seines Bistums darstelle, sondern den Nachfolger der Apostel, der von dem ihm überlieferten Glauben Zeugnis ablege. Von diesem Standpunkt aus sei es aber völlig gleichgültig, ob sein Bistum mehr oder weniger Gläubige zähle. Den zweiten Vorwurf, die Bevorzugung der romanischen Nationen auf dem Vaticanum betreffend, hält die Zeitung wegen der offensichtlichen universalen Tendenz der Kirche und des Konzils für unberechtigt; außerdem stünde der Heroendienst des Missionars über dem Dienst der Wissenschaft und der Intelligenz, und da die romanischen Länder das weitaus größere Kontingent zur Sendbotentätigkeit stellten, die vielgerühmte deutsche Wissenschaft aber nicht in dem gewünschten Maße die Kraft besitze, zum Heroendienst der Kirche zu erziehen, so sieht die Zeitung absolut keinen Grund dazu vorhanden, die Deutschen über die Romanen zu stellen.

Kurz nachdem das Blatt so diesen Vorstoß der Konzilsgegner glaubte pariert zu haben, war es ihm mit zuerst möglich, aus dem Döllingerkreise eine interessante Entdeckung ans Tageslicht zu fördern, nämlich bezüglich der Autorschaft der in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" erschienenen „Römischen Briefe", die für die gesamte deutsche Presse wegen des in ihnen enthaltenen reichen Materials zur Infallibilitätsfrage und der verblüffenden Kenntnis auch der sekretesten Vorgänge an der Kurie ein unerschöpfliches Arsenal zur Polemik gegen Rom boten. Die Zeitung wies auf den in Neapel weilenden Döllingerschüler Dr. Pichler als den Verfasser dieser „mit giftgeschwollener Wissenschaftlichkeit, tendenziöser Leidenschaftlichkeit, Verbissenheit und Schmähsucht"[2]) geschriebenen Enthüllungen und begrüßt bald darauf deren Widerlegung durch Bischof Kettelers Broschüre „Die Unwahrheiten der Römischen Briefe vom Konzil in der Augsburger Allgemeinen Zeitung" mit lebhaftester

[1]) S. 255. u. 261.
[2]) S. 269.

Genugtuung:[1]) „Das jüngste Wort, das der Bischof von Mainz in den Konzilssturm hineingeredet, ist wie ein zweischneidiges Schwert, das die Lüge von der Wahrheit scheidet. Lange genug hat die Hexe von Endor, die Alte drunten am Lech, die „Augsburger Allgemeine“, ihr Gaukelspiel getrieben; der Samuel, von dem sie soviel geredet, ist nun wirklich erschienen, und vor der ganzen Nation hat er sie des Luges und der Nichtigkeit überführt.“ Eine ziemlich gepreßte Stimmung verrät dagegen der Artikel, der sich mit den 21 Anathematismen befaßt,[2]) welche als Anhang zu dem Schema „von der Kirche Christi“ am 4. Februar 1870 von der Augsburger Allgemeinen Zeitung veröffentlicht und als ein Teil des in positive Form gegossenen Syllabus bezeichnet wurden. Die Kanones kamen aber bekanntlich nicht zur Beratung, da die Konzilverhandlungen durch die Zeitereignisse gestört wurden.[3]) Die Zeitung läßt sich auf eine eingehendere Begründung der 21 Thesen, die ihrer eigenen Meinung nach, „der heutigen Weltströmung entgegen sind,“ nicht ein, sondern wendet sich nur mit einer weitläufigen Untersuchung über die Bedeutung des Wortes „Anathema“ gegen den „Schrei des Entsetzens in der deutschen Presse über das Unterfangen des Konzils, die ganze Welt zu verfluchen.“ Enragierter entgegnet das Blatt[4]) auf Döllingers Kritik der revidierten Konzilsgeschäftsordnung in Nr. 70 der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 9. März 1870, in welcher er die Gültigkeit des Konzils als eines ökumenischen von der Anerkennung der Gesamtkirche abhängig machte.[5]) „Der unglückliche Mann macht Riesenschritte auf der Bahn nach abwärts,“ urteilt die Zeitung. „Vor anderthalb Monaten begnügte er sich, die päpstliche Unfehlbarkeit zu bestreiten, jetzt greift er die Unfehlbarkeit der lehrenden Kirche an, oder vielmehr er zerstört die ganze lehrende Kirche und wirft die Lehrautorität unter dem Namen von Zeugenschaft in die Massen, unter das Volk.“ Mit Ungeduld sieht deshalb das Blatt[6]) als bestem Remedium gegen die „Minierarbeit“ der deutschen Febronianer der endgültigen Entscheidung in der Infallibilitätsfrage entgegen, „weil Priester und Laien, Katholiken und Andersgläubige zu lange schon Gespenster am hellen Tage umgehen sehen. Die Furcht ist, wie oft im Leben, schlimmer als der Gegenstand der Furcht, das läßt sich in diesem Falle mit Bestimmtheit behaupten; denn nicht die Willkür, sondern die feststehenden Normen der positiven Heilsordnung werden den Ausschlag geben.“ Eine Vertagung der Infallibilitätsfrage erscheint dem Blatt so gut wie deren Verneinung, ihre schleunige Lösung also für dringend notwendig, zumal auch dem Bestreben Oesterreichs und Frankreichs gegenüber, auf

---

1) S. 447 u. 455.
2) S. 275.
3) Vgl. Rolfus Hermann: Kirchengeschichtliches in chronologischer Reihenfolge. Mainz 1877. S. 76.
4) S. 415, 416, 491 u. 523.
5) Vgl. Rolfus, a. a. O. S. 93 ff.
6) S. 727.

das Konzil in ihrem Sinne einzuwirken. An die Einmischung Preußens in die Konzilsangelegenheiten — wie sie bereits tatsächlich erfolgt war durch die seitens Bismarcks an den preußischen Gesandten in Rom, Grafen von Arnim, ergangene Weisung, die deutschen Bischöfe dahin zu verständigen, daß die Regierung sie unterstützen werde, wenn sie den Mut hätten, für ihre Ueberzeugung einzustehen und für ihr Handeln die natürlichen Folgerungen daraus zu ziehen — vermögen die „Hausblätter" nicht zu glauben, „da damit eine seit den Tagen Friedrich Wilhelms III. in Preußen unbekannte, der katholischen Kirche feindliche Politik inauguriert würde, die den Traditionen und der sprichwörtlich gewordenen politischen Klugheit Preußens durchaus nicht entsprechen würde."[1])

Durch die Proklamierung des Unfehlbarkeitsdogmas am 18. Juli sehen die „Hausblätter"[2]) endlich ihre heißesten Wünsche erfüllt. Etwaige nachteilige Folgen der Infallibilitätserklärung befürchtet die Zeitung nicht, vielmehr schaut sie sehr wohlgemut in die Zukunft. „Ein Schisma, ein allgemeiner Abfall vom Glauben wird nicht eintreten. Alle Katholiken, welche noch an die Unfehlbarkeit der Kirche glauben und in den Konzilien ein Organ derselben verehren, werden sich dem Ausspruche des vatikanischen Konzils rückhaltslos unterwerfen. Auch die gefürchteten Konflikte mit den weltlichen Regierungen werden nicht eintreten. Diese werden die Ueberzeugung gewinnen, daß durch die Dogmatisierung der Unfehlbarkeit des Papstes in der Stellung der Kirche zum Staat nichts geändert wird, daß Uebergriffe der Kirche dem Staat gegenüber nicht zu fürchten sind."

Die Okkupation des Kirchenstaates belehrte indessen die Zeitung bald recht eindringlich, daß sie bezüglich der Stellung des Papsttums sich doch in allzu großer Sicherheit gewiegt. Das Blatt verliert denn auch vor Schrecken über das ganz unerwartete Ereignis der Einnahme Roms fast völlig die Fassung. „Rom ist für den Augenblick nicht mehr die geistige Hauptstadt der Welt, die Metropole der katholischen Christenheit, sondern die Hauptstadt des neuen Italiens und der Mittelpunkt all des politischen, literarischen und sozialen Unflats, mit dem die Revolution und die mit ihr verbündete Freimauerei bereits das übrige Italien überzogen hat. Wir sagen: für den Augenblick, denn daß die himmelschreiende Gewalttat für die Dauer sich behaupten könne, das können wir nicht glauben, wir müßten sonst an der sittlichen Weltordnung, an einem ewigen Hüter des Rechts und Rächer des Unrechts, an dem besonderen göttlichen Schutze, der über der Kirche wacht, verzweifeln," also ertönt der laute Jammerruf der „Hausblätter".[3]) Der Schrecken der Zeitung wandelt sich aber in hellen Zorn, als sie sieht, daß auch im Patrimonium Petri die Geschichte ehernen Schrittes und unbekümmert ihren nach ewigen Gesetzen bestimmten Weg geht, daß vor dem Ansturm einer neuen Zeit überlebte, wenn auch ehrwürdige

1) S. 711.
2) S. 1109.
3) S. 1527.

Traditionen schwinden müssen. Die Entrüstung des Blattes[1]) wendet sich vor allem gegen die moderne Völkermoral mit ihrem Prinzip der Nichtintervention, die durch nichts schlagender karikiert werden könne als durch das „erschlichene, erkaufte und erzwungene“ Plebiszit. Aber noch eine Hoffnung lebt der Zeitung, die Hoffnung, daß Preußen schließlich doch noch als Anwalt des Papstes auftreten werde.[2]) Die „Hausblätter“ bauen zunächst auf eine Zusage, die König Wilhelm seinerzeit wiederholt im Jahre 1868 einer Deputation aus Kulm und Ermland gegenüber geäußert, nämlich daß er „durch die Politik Preußens bei sich darbietenden Veranlassungen das Interesse seiner katholischen Untertanen an der Würde und Unabhängigkeit des Papstes wahren wolle.“ Außerdem appellieren die „Hausblätter“ an Bismarcks staatsmännischen Scharfblick, der unmöglich übersehen könne, daß seine Intervention zugunsten des Hl. Stuhles Preußen die ungeteiltesten Sympathien in Süddeutschland sichern und zugleich den Tod für alle noch etwa lebenden Neigungen für Oesterreich bedeuten müsse. „Als Staatsmann muß zudem König Wilhelms Reichskanzler wissen, daß es seit dem Bestehen des Christentums in jeder Zeitepoche ein Kaiserreich gegeben hat und daß keines derselben zugrunde gegangen ist, ohne sich vorher von der geheiligten Sache Roms abgewendet zu haben. Wer je zur Einsicht gelangt war, daß Italien der Sockel der politischen Größe und das Papsttum ihre Krönung ist, der ist groß geblieben, so lange er diese Wahrheit nicht aus den Augen verloren hat.“

Es war das dieselbe Ansicht, wie sie auch in der Versammlung des Breslauer katholischen Volksvereins vom 9. Oktober[3]) zu Tage trat und wie sie sich auch kundgab in der vom 11. November 1870 datierten, mit 17 277 Unterschriften[4]) bedeckten Adresse an König Wilhelm, worin die katholischen Bewohner Schlesiens den Monarchen baten, zugunsten des bedrängten Oberhauptes der katholischen Kirche seine mächtige Stimme zu erheben.[5])

Der Appell an den protestantischen Träger der preußischen Krone und an seinen die Reinkultur des Lutheraners repräsentierenden Kanzler zugunsten des Papstes bewies indessen wenig politische Sehergabe; wie geringe Aussichten er besaß, darüber hätte die unheimliche Gährung unter einem beträchtlichen Teil der preußischen Katholiken, die mit jedem Tage des Jahres 1870 unter ihnen zunehmende Opposition gegen Rom belehren sollen, darauf hätte der Umstand hinweisen müssen, daß selbst in Breslau die Kurie Monat um Monat bedenklich an Terrain verloren in Kreisen, wo man es nicht hätte erwarten sollen. Der erste Sturmvogel, der für die katholische Kirche in unsrer Heimatprovinz schwere Wetter am Horizont ankündigte, war die am 23. Januar 1870 von Breslauer katholischen Dozenten an Döllinger gerichtete Zustimmungsadresse zu seinem

---

[1]) S. 1613.

[2]) S. 1655 u. 2247; vgl. auch S. 1305.

[3]) Vgl. Hausbl. 1870, S. 1667; nach Schles. Ztg. 1870, No. 512, fand in Neisse eine ähnliche Versammlung am 24. Oktober statt.

[4]) Mehr als 150 Ortschaften Schlesiens hatten sich der Adresse angeschlossen.

[5]) Vgl. Hausbl. 1870, S. 1905 u. Rolfus a. a. O., S. 399.

in No. 21 (Jhrg. 1870) der Augsburger Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Artikel „Einige Worte über die Unfehlbarkeitsadresse“, der sich gegen die an den Papst von einer Anzahl von Bischöfen gerichtete Petition um Erhebung der Unfehlbarkeitslehre zum Dogma richtete. Die Breslauer Adresse,[1]) welche auch für andre Städte das Signal zu zahlreichen derartigen Kundgebungen gab, lautete:

„Hochwürdiger Herr Stiftspropst!
Hochwürdiger Herr Professor!

Genehmigen Sie den Ausdruck unsrer unbedingten Hochachtung und unsres Dankes für Ihre erleuchtete und männliche Tat, welche wir in der Veröffentlichung ihrer ernsten und wissenschaftlich unwiderleglichen Bemerkungen (Allg. Ztg. v. 21. d.) über die Infallibilitäts-Petition einer großen Zahl der in Rom gegenwärtig versammelten Bischöfe freudig begrüßen. Wir hoffen von solchen Taten eine glückliche Wendung zum Heil der katholischen Kirche, deren Recht und Stärke in der historischen Kontinuität erkannt wird. Wir stehen mit unsrer Ueberzeugung und Gesinnung fest zu Ihnen und werden nicht wanken. So gewiß die Wahrheit am Ende siegen wird, so gewiß wird auch der Dank und die Anerkennung der christlichen Nachwelt Ihnen gesichert sein.“

Unterzeichnet waren von der theologischen Fakultät die Professoren Domkapitular Dr. Baltzer, Reinkens, Friedlieb und der Religionslehrer am St. Matthiasgymnasium, Privatdozent der philosophischen Fakultät Dr. Weber; außerdem hatten noch unterschrieben die Professoren Dr. Elvenich, Schmölders, Reifferscheid, Nehring und der resignierte Professor Dr. Kutzen, der Geh. Regierungs- und Provinzialschulrat Dr. Dillenburger und der Weltpriester Dr. theol. Baltzer. Gegen den hierdurch inaugurierten Adressensturm sprach sich das Breslauer Domkapitel in einem amtlichen Reskript Anfang Februar 1870[2]) sehr scharf aus, und schon vorher, am 4. Februar,[3]) hatte der Namslauer katholische Stadtklerus, mit Pfarrer Dr. Smolka an der Spitze, dem Professor Reinkens eine Protesterklärung zugehen lassen, worin den Unterzeichnern der Döllingeradresse u. a. bemerkt wurde, daß ihre Erklärung weder Interesse für die Wissenschaft, noch für die bisherige Glaubenseinigkeit der Diözese beweise. Am 11. Februar gab desgleichen der Breslauer Professor der katholischen Theologie, Dr. Bittner, die Erklärung[4]) ab, daß er alle für wie gegen die päpstliche Unfehlbarkeit gerichteten Privatadressen mit dem einem Generalkonzil gebührenden Respekt nicht vereinbar finde. Dieser Erklärung schloßen sich eine ganze Reihe schlesischer Magnaten an, am 14. März,[5]) Freiherr von Grimmenstein, am 15. März, Alexander Graf Wrschowetz

[1]) Vgl. Breslauer Hausblätter, S. 166 u. Schles. Ztg. No. 50.
[2]) Hausbl., S. 226.
[3]) a. a. O., S. 218, 226 u. 323.
[4]) a. a. O., S. 235.
[5]) a. a. O., S. 419.

Secerka von Sedczicz[1]) und am 10. März,[2]) Anton Graf Harbuval et Chamaré, Oskar Graf Clairon d'Haussonville, Lazy Graf Henckel von Donnersmarck, Hans Karl Graf Hoverden-Plencken, Anton Graf Pfeil, Traugott Graf Pfeil, Friedrich Graf zu Stolberg-Stolberg, Franz Graf zu Stolberg-Wernigerode. Die Sprache der „Hausblätter" (S. 201, 215 und 221) gegenüber der Breslauer Döllingeradresse klingt eigentlich recht matt, der Zeitung ist es ein Rätsel, wie katholische Professoren der Theologie einem Schriftstück beitreten konnten, welches nicht nur gegen die Infallibilisten, sondern gegen den gesamten Episkopat das Konzil von Florenz als ökumenisch verwerfe, und sucht dann in langer gelehrter Auseinandersetzung, gestützt auf das Florentiner Kanonikus Eugenio Cecconi Werk „Studii storici sul Concilio di Firenze", die in dem obengenannten Artikel enthaltene Anklage Döllingers zu entkräften, die 400 Bischöfe hätten in ihrer Adresse an den Papst das Dekret von Florenz als Zeugnis für den Primat nur verstümmelt angeführt, da nämlich jene Worte, welche eine Beschränkung des Primates enthielten, ausgelassen worden wären, um den Konzipienten der Adresse nicht in Verlegenheit zu bringen.

Der Sturm, den der Protest der Breslauer Professoren wachgerufen, hatte sich noch nicht ordentlich gelegt, als Reinkens, Baltzer, Elvenich, Schmölders und Weber am 15. März 1870 abermals mit einer zu der vorangegangenen Adresse in engster Beziehung stehenden aufsehenerregenden Erklärung[3]) an die Oeffentlichkeit traten, die sich diesmal gegen den Freiherrn von Loë und seinen Aufruf[4]) richtete. Da sie heute ganz vergessen zu sein scheint und ihrer selbst nicht einmal in der Reinkensbiographie[5]) gedacht wird, so möchte ich sie hiermit, weil zum mindesten wegen ihrer Unterzeichner von Lokalinteresse, der Vergessenheit entreißen. Sie lautet:

„Der Vizepräsident des Zentralkomitees der Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands, Felix Freiherr von Loë, veröffentlicht mit Wiederholung der bekannten Resolution der Düsseldorfer Versammlung im September 1869 eine vom 7. März d. J. datierte „„Erklärung tiefster Entrüstung"" über ein „„unbefugtes Parteitreiben,"" welches er mit folgenden Worten näher bezeichnet: „„Und nun, trotz dieser Verurteilung (in jener Resolution) müssen wir mit Schmerz sehen, wie nicht nur die kirchenfeindlichen Zeitungen es sind, welche in lügenhafter Gehässigkeit das Konzil, die Bischöfe und den hl. Vater verdächtigen und verleumdet, nein, auch an unseren Hochschulen finden sich Männer, welche es wagen, unter dem Deckmantel der Wissenschaft das Banner des Aufruhrs offen zu erheben gegen Rom, die Mutter und Lehrerin aller Kirchen und aller Völker."" Diese Erklärung resp. Anklage ist an die „„Katholiken Deutsch-

[1]) Hausbl., S. 425.
[2]) a. a. O., S. 391.
[3]) a. a. O., 1870, S. 427 u. Breslauer Ztg. 1870, Nr. 127.
[4]) a. a. O., a. a. O. S. 387.
[5]) Joseph Hubert Reinkens. Ein Lebensbild von seinem Neffen Jos. Martin Reinkens. Gotha 1906.

lands"" gerichtet und durch die Zeitungen veröffentlicht worden. Demgemäß fordern wir Unterzeichneten den Herrn Vizepräsidenten Felix Freiherrn von Loë, bei seiner Ehre und bei seinem Gewissen auf, einfach uns zu erklären, ob er mit dem Ausdruck „„Männer an unsern Hochschulen"" diejenigen Universitätslehrer gemeint habe, welche die Zustimmungsadressen an Herrn von Döllinger erlassen haben, und in diesem Falle fordern wir zugleich, daß er die Anklage der „„lügenhaften Gehässigkeit"" und des „„offenen Aufruhrs gegen Rom"" zurücknehme. Wir fordern den Herrn Vizepräsidenten ferner auf, einmal den Schleier von den katholischen Vereinen hinwegzuheben und gewissenhaft und authentisch die Zahl der Katholiken, welche diesen Vereinen aktiv angehören, in ihrer Gesamtheit sowohl als gesondert nach Stand und Berufstätigkeit zu bezeichnen, damit wir das Mandat eines solchen Zentralkomitees richtig schätzen können und wissen, wie wir es eingliedern in den Rechtsorganismus der Kirche. Wir fordern ihn drittens auf, die schweren Anklagen zu widerlegen, welche ein deutscher Bischof, der Bischof von Passau, Dr. von Hoffstätter, in seinem ernsten, wahrhaft apostolischen Schreiben vom November v. J. gegen die katholischen Vereine Deutschlands erhoben hat und die als ein düsterer Schatten bis jetzt auf denselben liegen. Wir erklären die Worte: „„Und nun, trotz dieser Verurteilung müssen wir mit Schmerz es sehen"" für eine in sich lächerliche Anmaßung, insofern sie die Prätension insinuieren, als hätten die Millionen Katholiken Deutschlands der Resolution einer zu Düsseldorf versammelten, von ihnen nicht beauftragten kleinen Schar sich in ehrfurchtsvollem Schweigen unterwerfen müssen, einer Resolution, die überdies auf gänzlicher Unkenntnis der Kirchengeschichte beruht. Wir haben hinsichtlich der katholischen Vereine Deutschlands noch manches zu erklären, aber wir wollen die Antwort des Freiherrn von Loë abwarten, die er ja als Ehrenmann nicht schuldig bleiben wird. Schließlich noch die Bemerkung, daß wir im Sinne vieler Freunde handeln.

Breslau, 15. März 1870."

Winand Virnich, der leitende Redakteur der „Hausblätter", entgegnete hierauf in einer sehr geharnischten Erklärung[1]), wonach Loë aus dem Herzen des katholischen Volkes gesprochen und worin es als eine Anmaßung sondergleichen bezeichnet wurde, „wenn ein Häuflein deutscher Professoren seine „„unfehlbaren und unwiderleglichen"" Ansichten denen der Katholiken Deutschlands unterschiebe und das katholische Volk zu Komplizen seiner verwerflichen Agitationen gegen Rom machen wolle." Diesen Artikel, „Deutsche Antwort" überschrieben, sandte Virnich an Loë zur Meinungsäußerung, worauf von letzterem unterm 20. März an Virnichs Adresse eine Entgegnung an die fünf Breslauer Professoren einlief, die, weil in vielen Punkten sehr interessant, ich ebenfalls in extenso mitteilen möchte: . . . „Zu der die katholischen Vereine Deutschlands

[1]) Hausbl. S. 427.

betreffenden Aufforderung geht den Herren Professoren und zwar ihnen ganz besonders, alle und jede Berechtigung ab. Es ist bekannt, die fünf Breslauer Gelehrten können es wissen und Herr Professor Dr. Baltzer insbesondere muß sich dessen erinnern, daß im vergangenen Jahre viele Professoren deutscher Hochschulen eingeladen wurden, der Düsseldorfer Generalversammlung beizuwohnen und bei den Verhandlungen tätig mitzuwirken. Wenn dieser Einladung keine Folge geleistet wurde, wenn überhaupt die Vertreter „„der deutschen Wissenschaft"" sich systematisch in den letzten Jahren von den katholischen Generalversammlungen ferngehalten haben, so mögen die fünf katholischen Gelehrten Breslaus ihre in der Erklärung vom 15. März d. J. zur Schau gestellte Unwissenheit über die katholischen Vereine Deutschlands nicht einem Schleier zuschieben, der nicht existiert; denn das Wirken der katholischen Vereine liegt vor aller Augen, sondern in den Gründen suchen, welche ihnen den Besuch der katholischen Generalversammlungen abgeraten haben. 2. Es ist mir nicht bekannt, daß die fünf Fragesteller die Mandatare des Hochwürdigsten Herrn Bischofes von Passau seien. Ihre persönlichen Wünsche dürften aber kaum gewichtig genug sein, um auf die Maßnahmen des Zentralkomitees einen Einfluß auszuüben. 3. Es handelt sich um die Lehrautorität des Römischen Stuhles. Die Unfehlbarkeit des Papstes, wenn er als solcher in Sachen des Glaubens und der Sitten Lehrentscheidungen für die ganze Kirche erläßt, wird von der großen Mehrzahl der auf dem vatikanischen Konzil versammelten Bischöfe in einem Postulate behauptet, in welchem dieselben die Dogmatisierung dieser Lehre beantragen, von keinem Bischofe ist ein Widerspruch gegen die Substanz dieser Lehre von dorther bekannt geworden; ein „„Münchener Gelehrter"" aber, der Stiftspropst von Döllinger, erkärt in seinem Manifest vom 27. Januar d. J. diese Lehre für einen Irrtum, dessen Annahme eine radikale Revolution in der Kirche bewirken würde und will daher die Väter des vatikanischen Konzils noch „„bevor die Würfel gefallen sind"" vor der Annahme dieses Irrtums warnen. Er bekämpft diese Lehre mit einer grenzenlosen Impietät, welche eine tiefe Abneigung gegen die Autorität Roms überhaupt bekundet, er tut dies in agitatorischer Weise, indem er sich an die Zeitungen und die öffentliche Meinung wendet, die er so zum Richter über das Konzil macht. Das ist Aufruhr, offener Aufruhr gegen Rom. Dem Manifeste Döllingers und seinem Auftreten haben, sobald seine Worte in Deutschland bekannt wurden, viele „„Männer an unseren Hochschulen"" beigestimmt, indem sie sein Auftreten „„eine männliche Tat"" und seine Gründe wissenschaftlich „„unwiderleglich"" nannten, sie haben zugestimmt unbedingt und ohne jeden Vorbehalt, sie haben ihre Zustimmung der Oeffentlichkeit übergeben. Das ist offene Teilnahme an dem Auftreten Döllingers, das ist offene Teilnahme an dem offenen Aufruhr gegen Rom, sei es bewußt oder unbewußt. 4. Die Herren Deklaranten fordern von mir Zurücknahme der Anklage der „„lügenhaften Gehässigkeit""; ich habe diesen Ausdruck auf die kirchenfeindlichen Zeitungen angewandt, ich habe in meinem Aufrufe die „„Männer

an unseren Hochschulen" " nicht mit den Korrespondenten dieser kirchenfeindlichen Zeitungen identifiziert. 5. Dem Ausdruck „ „lächerliche Anmaßung" " gebührt meinerseits keine Antwort. Wenn die Breslauer Gelehrten jedoch sagen, die Düsseldorfer Resolution beruht auf gänzlicher Unkenntnis der Kirchengeschichte und sich damit auf das hohe Pferd der Wissenschaftlichkeit schwingen, so will ich dieselben nur darauf aufmerksam machen, daß die sich selbst anpreisende Wissenschaftlichkeit, ganz besonders die „ „deutsche" ", in letzter Zeit gar arg in Mißkredit gekommen ist. Diese Antwort möge den Breslauer Gelehrten und ihren „ „vielen Freunden" " ein für allemal genügen."

Vom Boden der reinwissenschaftlichen Erörterung spielte also, wie voraufgehendes Beispiel lehrt, die Kontroverse über die Infallibilität schon ins rein Persönliche über, mehr und mehr galt es, nicht nur mit der Feder, sondern mit der ganzen Persönlichkeit für das Pro oder das Contra einzutreten. In dieser sehr richtigen Erkenntnis erklärte sich in No. 189 der Schlesischen Zeitung vom 24. April 1870 der Kaplan Karl Jentsch in Liegnitz offen gegen die „Infallibilität und das gesamte kirchenpolitische System, wie es im Syllabus und in der denselben begleitenden Enzyklika hervortrete." In No. 191 derselben Zeitung erklärte der Striegauer Stadtklerus, bestehend aus dem Erzpriester Lic. theol. Hermann Welz, dem Schulpräfekt Hermann Nakel und dem Kaplan Otto Hassler, in No. 199 der Ortsgeistliche von Schmellwitz, Bernhard Jänsch, seine Uebereinstimmung mit der Ansicht des Liegnitzer Kaplans, der, unterm 24. April[1]) vergeblich zum Widerruf aufgefordert, am 1. Mai 1870 ob seiner Aeußerungen vom Generalvikar Neukirch suspendiert wurde. 3 Tage vorher, am 27. April, hatte bereits das Generalvikariatamt in einem Zirkular an die Diözesangeistlichkeit des Breslauer Bistums zu der beginnenden Abfallsbewegung unter dem schlesischen Klerus Stellung genommen.[2]) Es heißt daselbst:

„Als Se. Fürstbischöflichen Gnaden der Hochwürdige Herr Fürstbischof Dr. Heinrich unterm 8. Januar 1865 die Enzyklika des Heiligen Vaters nebst dem Syllabus durch uns dem Ehrwürdigen Diözesanklerus mitteilten, geschah es mit der ausdrücklichen Weisung, „ „sich nicht nur selbst die Ueberzeugung zu verschaffen, daß sowohl in der Enzyklika als in dem beigegebenen Syllabus nichts enthalten sei, was von dem Heiligen Stuhle nicht schon früher in einzelnen Allokutionen und Breven verkündet worden und im Grunde aus der katholischen Glaubenslehre überhaupt zu entnehmen wäre, sondern damit Wohlderselbe den darüber herrschenden irrigen Meinungen oder geflissentlichen Entstellungen, wo es nötig erscheint, in geeigneter Weise entgegenzutreten vermöge." " Dieser Anordnung und einem früheren Verbote, nach welchem kirchliche Angelegenheiten in politischen Zeitungen nicht besprochen werden sollen, gegenüber sind in jüngster Zeit Gegenstände, worüber die Kirche noch

[1]) Vgl. Jentsch, Wandlungen, Bd. 1, Leipzig 1896.
[2]) Breslauer Ztg. 1870, S. 1582 u. Hausbl., S. 671.

keine Entscheidung getroffen, namentlich die Infallibilität in in einer Weise zur öffentlichen Diskussion von einigen Diözesangeistlichen gebracht worden, die nicht mehr bloß differierende Meinungen, sondern so vermessene Urteile enthalten, wie sie mit der der höchsten kirchlichen Autorität schuldigen Ehrfurcht schlechterdings unvereinbar sind. Diese Erfahrung hat uns mit umso größerem Schmerze erfüllt, als der Schlesische Klerus in seiner Gesamtheit bisher den Ruhm des unbedingten Gehorsams und der Treue gegen die Kirche auch in den trübsten Zeitströmungen unbefleckt bewahrt hat. Die beklagenswerten Verirrungen Einzelner, von denen wir hoffen, sie werden bald wieder der besseren Einsicht Raum geben, zumal sie uns sonst als unbescholtene, gewissenhafte und berufseifrige Männer bekannt sind, vermögen unser Vertrauen zum Ehrwürdigen Diözesanklerus nicht zu erschüttern, und darum glauben wir von seiner Liebe zu seinem Bischofe erwarten zu dürfen, er werde ihm die Freude des Wiedersehens nicht durch den Schmerz unseliger Spaltungen verbittern. Unser aller Pflicht ist es, in schweigender Ehrfurcht die Entscheidungen des unter dem Beistande des heiligen Geistes versammelten Konzils abzuwarten."

Die unmittelbare Folge dieses Erlasses war eine sehr heftig gehaltene Abfertigung Jentschs und der drei Striegauer Geistlichen durch den Gleiwitzer Pfarrer Kühn im Inseratenteil von No. 98 der „Hausblätter", die lebhafte Indignation erregte, wie der Protest einer ganzen Anzahl von Striegauer Honoratioren[1]) und des Pfarrers von Hohenfriedeberg, Freiherrn von Richthofen,[2]) beweist. Auch das Generalvikariatamt sprach Kühn sein Mißfallen aus, weil sein Vorgehen „unbefugt" und „beleidigend" gewesen.[3]) Inzwischen hatten auch schon die Geistlichen von Striegau und Schmellwitz am 5. Mai revoziert,[4]) und am 13. Mai[5]) bequemte sich desgleichen Jentsch nach voraufgegangenen Verhandlungen mit dem Generalvikar[6]) zum Widerruf, indem er „die Entscheidungen eines als ökumenisch rezipierten Konzils als im Gewissen verbindend" anerkannte und sich bereit erklärte, zu „verwerfen, was die Kirche verwirft, und zu glauben und lehren, was die Kirche glaubt und lehrt."

Dieser Rückzug konnte aber den einmal ins Rollen gebrachten Stein nicht mehr zum Stillstand bringen und die gegen die Maßnahmen der Breslauer Dominsel sowie wider die „Breslauer Hausblätter", gerichtete Agitation, deren leidenschaftlicher Motor die „Breslauer Zeitung" war, nicht zum Einschlagen des Weges der Mäßigung veranlassen, Neukirchs Verfügung hatte die bei den Konzils- und Infallibilitätsgegnern schon lange währende Gährung

1) Schles Ztg. 1870, No. 211.
2) a. a. O. No. 209.
3) a. a. O. No. 223.
4) a. a. O. No. 209.
5) a. a. O., 1. Beil. von No. 219.
6) Vgl. Jentsch a. a. O., S. 264—271.

in helle Flammen der Entrüstung ausbrechen lassen. Besondere Erbitterung erregte der in seinem Erlaß befindliche Passus, wonach Gegenstände, über welche die Kirche noch keine Entscheidung getroffen, in politischen Zeitungen von Geistlichen weder besprochen noch über sie irgend ein Urteil gefällt werden sollte. „Nun leben aber die „„Breslauer Hausblätter,““ so schrieb man der „Breslauer Zeitung“,[1]) seit Jahr und Tag nur von solchen, meist von Geistlichen ausgehenden Besprechungen kirchlicher Angelegenheiten. Die Zumutung, diese Nahrung preiszugeben, wäre freilich hart; denn jene neukatholischen Blätter für antipreußische Politik würden, wenn sie von dem ihnen zur Verfügung gestellten politischen Stoffe ihr armes Leben fristen sollten, sicherlich in drei Tagen den Hungertod sterben. Aber das geistliche Amt hätte doch, wenn es jenes Verbot — die Zweckmäßigkeit desselben soll hier nicht geprüft werden — nicht aufgeben wollte, längst die Pflicht gehabt, einzuschreiten, da in der erwähnten politischen Zeitung Geistliche bei Besprechung kirchlicher Angelegenheiten, sogar in ihren amtlichen Eigenschaften z. B. als „Pfarrgeistlichkeit“ oder „Konvent“ aufgetreten sind.“ Diese Inkonsequenz suchte man sich nun dadurch zu erklären, daß man den Generalvikar als ein Werkzeug der „Breslauer und Liegnitzer Ultramontanen“ hinstellte, das nur auf deren Andrängen, aber gänzlich im Widerspruch zu seiner als Pfarrer von Falkenhain (bei Liegnitz) einst so oft bewiesenen toleranten Gesinnung gehandelt. „In jener Zeit lebte Herr Neukirch,“ berichtete ein Korrespondent aus Schönau der „Breslauer Zeitung“[2]) mit dem jetzt noch dort wirkenden evangelischen Geistlichen, Herrn Pastor Rabitsch und dem benachbarten Pastor Ulbrich in engster Freundschaft, nahm oft teil an den Zusammenkünften evangelischer Geistlichen hiesiger Gegend und war wegen seines milden Sinnes und seiner Toleranz allgemein beliebt. Seine einstigen engen Beziehungen zu dem berühmten Verfasser des aufsehenerregenden Werkes „Die katholische Kirche Schlesiens,“ Dr. Theiner,[3]) sind hinlänglich bekannt, so daß viele sehr erstaunt darüber sind, ihn so plötzlich im Eifer für die Infallibilisten zu sehen und sich fragen, ob der Herr Generalvikar Neukirch noch den einst getanen Ausspruch: „Die evangelische Kirche ist die Kirche der Zukunft“ als seine Meinung gelten läßt.““

Einen anderen Widerspruch glaubte man zwischen der Suspension Jentschs und der Haltung des Breslauer Fürstbischofs Förster auf dem Konzil konstatieren zu dürfen. „Die von dem Generalvikar Neukirch verhängte schwere Kirchenstrafe der Suspension trifft einen Priester“, so äußert sich die Breslauer Zeitung[4]), „der in Uebereinstimmung mit seinem Bischof die päpstliche Infallibilität,

---

[1]) S. 1611; vgl. auch S. 1669.

[2]) S. 1699; die Entgegnung darauf im Schles. Kirchenblatt, Jahrg. 1870, S. 237, ist recht dürftig, und vermag die angeführten Tatsachen nicht zu widerlegen. Vgl. auch Jentsch a. a. O., S. 250: „Neukirch hatte stets der kirchlich-liberalen Richtung angehört und in jüngeren Jahren viel weiter links gestanden als ich“.

[3]) Ueber Theiner und sein Werk, vgl. S. 11 ff. meiner Broschüre: Die Publizistik und das kathol. Leben in Breslau und Schlesien während des 19. Jahrhunderts, Breslau 1908.

[4]) S. 1611; vgl. auch S. 2161.

und das davon unzertrennliche, kirchenpolitische System des Syllabus mit altkatholischer Ueberzeugungstreue bekämpft. Hier sehen wir also den Bischof und seinen Generalvikar, das Ego und sein alter Ego, d. h., wir sehen den Bischof in seiner amtlichen Zweiheit mit sich selbst im Konflikt. Der Bischof ist, wie man mit Grund annehmen darf, durch seine in Rom gemachten Erfahrungen zu einem Ghibellin geworden und will von der infallibilistischen Syllabuskirche der jesuitischen Welfen nichts mehr wissen. Ihm gegenüber sehen wir in Breslau seinen welfisch gewordenen Generalvikar für die verhängnisvolle jesuitische Neuerung eintreten." Denselben Widerspruch glaubte auch der Verfasser des „Römischen Briefes" in der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 13. Mai 1870 feststellen zu müssen, wo es heißt: . . . „So meinen sie (sc. die Infallibilisten auf dem Vatikanum) denn, für jeden dieser Ruhestörer (sc. die antiinfallibilistischen Bischöfe) gebe es einen Köder, jeder könne entweder durch Konzessionen gewonnen werden oder durch Furcht mürbe gemacht werden. Das Beispiel des Fürstbischofs von Breslau, welcher bekanntlich einen Priester suspendierte, weil er sich gegen die Lehren des Syllabus erhob, ist in dieser Hinsicht sehr interessant. Wenn der Papst die Gegner seiner Unfehlbarkeit durch eine Bulle mit Zensuren belegte und es mit andren Lehren auf dieselbe, oder was leicht möglich wäre, auf eine noch feierlichere und härtere Weise machte, als es durch die Enzyklika von 1864 geschehen, so würde wohl der Fürstbischof Förster jeden Dawiderhandelnden wenigstens ebenso streng bestrafen müssen, als er den Verächter des Syllabus bestraft hat. Trotz alledem aber ist er ein Mitglied der Opposition, und die Mehrheit glaubt, daß dieselbe wahrscheinlich schnell zusammenschmelzen würde, wenn der Papst sich entschließen könnte, zu diesem Mittel zu greifen." Am 3. Juni dementierte er allerdings selbst diese Aeußerung: „In einem früheren Briefe habe ich über das Verhalten des Fürstbischofs in der Angelegenheit des Kaplans Jentsch in Liegnitz, durch die Angaben römischer Blätter irregeführt, ein unrichtiges Urteil gefällt. Der Wortlaut der von dem Kaplan ausgestellten Erklärung, welche dem Bischofe genügte, zeigt, daß damit kein Prinzip aufgegeben oder verleugnet wurde. Er selbst äußerte auch, daß er im wesentlichen mit Jentsch einverstanden sei." Die Glaubwürdigkeit des Verfassers der „Römischen Briefe" vorausgesetzt, würde diese letzte Aeußerung allerdings in direktestem Gegensatz stehen zu der ausdrücklichen Bemerkung im Offiziosus des Breslauer Generalvikariatsamtes, im „Schlesischen Kirchenblatt" Jhrg. 1870, No. 19, S. 221, daß Förster Jentschs Suspension von vornherein gebilligt. Daß letzterer Version allein Glauben beizumessen, beweist auch der in Jentschs Wandlungen Bd. 1. S. 265 ff. in extenso mitgeteilte, aus Rom vom 7. Mai datierte Brief Försters, worin der Bischof dem Liegnitzer Kaplan seine schmerzliche Verwunderung über dessen Vorgehen ausdrückt und das Verfahren des geistlichen Amtes durchaus billigt. Ein Passus in dem Schreiben frappiert allerdings: . . . „Es handelt sich in Ihrer Sache nicht sowohl darum, welche Ansicht Sie über die Unfehlbarkeit des Papstes haben; denn die Meinung darüber ist zur Stunde in

der Kirche noch frei. Es handelt sich auch nicht darum, ob Sie Ihre Anschauungen mit den Sätzen und Lehren in Uebereinstimmung gebracht, welche der Heilige Vater vor fünf Jahren den falschen Ideen der gegenwärtigen Zeit entgegenzustellen für notwendig erachtet hat; denn diese Sätze und Lehren sind noch keine Dogmen." Diese Auslassung sieht allerdings einem Sympathisieren mit dem Standpunkt Jentschs in etwa ähnlich und paßt im übrigen auch zu der oppositionellen Haltung, die Förster auf dem Konzil eingenommen.

Am 2. Januar 1870 unterzeichnete er mit die von 25 deutschen und österreichischen Bischöfen an den Papst gerichtete Adresse, worin eine größere Berücksichtigung des Bischofskollegiums bezüglich Punkt 2 der Konzilsgeschäftsordnung verlangt wurde, der das Recht und die Weise, Vorschläge zu machen, betraf.[1] Sein Namen stand auch unter den 136 Unterschriften jener, vom Kardinal Schwarzenberg unterbreiteten Petition, welche sich gegen die Behandlung der Unfehlbarkeitsfrage auf dem Konzil aussprach.[2] An demselben Tage, an welchem die Minorität der 136 mit ihrem vorerwähnten Antrage unterlag, am 9. Februar, figurierte Förster desgleichen unter den 39 deutschen und österreichischen Bischöfen, die bei der Beratung der dogmatischen Konstitution „von der Kirche Christi" deren Dreiteilung und die allgemeine Beratung über ein Schema von der speziellen getrennt wünschten, damit sowohl ersterer wie letzterer eine eingehendere Aufmerksamkeit geschenkt werden könne.[3] Am 8. Mai[4] legte er mit Verwahrung dagegen ein, daß aus dem Schema „von der Kirche Christi" das von dem Primat und der Unfehlbarkeit handelnde Kapitel herausgenommen und vor den übrigen Kapiteln sowie getrennt von ihnen behandelt werde, und am 4. Juni protestierte er mit der Minorität gegen den Schluß der Generaldebatte über den Primat.[5] Nach alledem darf es wohl nicht wunder nehmen, wenn Förster am 13. Juli 1870 bei der Abstimmung über das Infallibilitätsdogma mit den andren 87 der Minorität gegen die Unfehlbarkeit stimmte.[6] Auf die Gründe, von denen er sich bei der Abstimmung mochte haben leiten lassen, wirft ein helles Licht der in den „Acta et decreta sacrorum conciliorum recentiorum. Collectio Lacensis", Freiburg i. B. 1890, tom. VII, Sp. 1609 abgedruckte, vom 1. Juli 1870 datierte Bericht des preußischen Gesandten, Grafen von Arnim, an König Wilhelm I.,[7] der bisher viel zu wenig berücksichtigt worden und zuviel des Interesses bietet, um nicht wörtlich mitgeteilt zu werden.

---

[1]) Vgl. Rolfus Bd. 1, S. 57, Friedberg a. a. O. S. 412 u. 414. Acta et decreta sacr. conciliorum recentiorum. Collect. Lacensis. Freiburg i. B. 1890. tom. VII. Sp. 920 a.

[2]) Rolfus a. a. O., S. 71 ff., Friedberg a. a. O., S. 474. Acta Sp. 945 b.

[3]) Rolfus S. 80, Friedberg S. 751, Acta Sp. 951 d.

[4]) Rolfus S. 115, Friedberg S. 756, Acta Sp. 983 c.

[5]) Friedberg S. 771, Acta Sp. 987 d.

[6]) Friedberg S. 147, Acta Sp. 1000 a.

[7]) Warum Brück, Geschichte der kathol. Kirche in Deutschland im 19. Jhrhd.: Mainz 1901, Bd. 4, S. 31, die Glaubwürdigkeit gerade dieses Berichts in Zweifel zieht, ist mir nicht klar geworden; über die Gründe dazu schweigt er sich aus.

. . . „Mit dem Fürstbischof von Breslau habe ich vor einigen Tagen eine längere Unterredung gehabt über die Folgen, welche die Verkündigung des Infallibilitäts-Dogmas, oder mit anderen Worten, der vollständige Sieg des Romanismus in Bezug auf die Zustände in Deutschland haben wird. Der Fürstbischof äußerte zunächst die Meinung, daß die königliche Regierung die Publikation des betreffenden päpstlichen Dekretes wohl untersagen würde. Ich erwiderte ihm, daß einerseits die Regierung nach den bestehenden Gesetzen wohl nicht berechtigt sein würde, die Publikation zu verhindern, andrerseits aber auch die Katholiken, namentlich die Geistlichkeit, durch eine Regierungsverordnung gewiß nicht abgehalten werden würden, päpstliche Konstitutionen für verbindlich zu erachten, wenn sie keine Gewissens- und materiellen Bedenken gegen dieselben hätten. Der Fürstbischof gab beides zu, blieb aber doch dabei, daß die Intervention der Regierung immerhin eine Schwierigkeit mehr für die Akklimatisierung des Dogmas sein würde. Weiterhin bemerkte er, daß vor der Hand wohl alles beim Alten bleiben würde. Aber man dürfe und könne sich nicht verhehlen, daß die Regierungen im allgemeinen, und namentlich auch die preußische, vollständig berechtigt seien, sich gegen die römischen Tendenzen zu wehren, welche nach dem Konzil mit noch größerer Energie sich geltend machen würden als bisher. Er persönlich könne der Regierung nicht verdenken, wenn sie unter dem Eindruck der Konzilsresultate ihre Stellung zu Rom und der von Rom abhängigen Kirche ändere. Auf diesem Wege würde sie ohne Zweifel Proteste der Bischöfe und leidenschaftliche Erregung unter den Katholiken hervorrufen, aber mit den Prinzipien, welche von hier aus verkündigt und gelehrt und von der nach römischer Schablone erzogenen Geistlichkeit verbreitet würden, könne keine Regierung sich vertragen.

Schon bei einer früheren Gelegenheit hatte ich dem Fürstbischof die Vermutung geäußert, daß wahrscheinlich die nächste Rückwirkung des Konzils ein Sturm gegen die Jesuiten — welche von Laach aus die Lehren der Civiltà Cathoiica verbreiten — und gegen die Ausbildung der Geistlichen in Rom sein würde. Der Fürstbischof gab damals wie in unserer letzten Unterredung zu, daß es so kommen müsse, meinte aber, daß namentlich die Ausschließung aller Geistlichen, welche in Rom studieren wollten, eine ganz nützliche Maßregel sein würde. Dies beunruhige ihn nicht. Viel tiefgreifendere Veränderungen würden ohne Zweifel im Landtage zur Sprache kommen, wie sie auf dem Protestantentage schon besprochen worden seien, und er mache sich keine Illusionen darüber, daß die königl. Regierung auf die Dauer diesen Tendenzen nicht werde widerstehen können oder wollen. Schließlich will ich nicht unterlassen zu erwähnen, daß mir gleichfalls bei einer früheren Gelegenheit der Fürstbischof aussprach, daß das notwendige und logische Resultat der päpstlichen Anmaßungen die Kündigung und Unverbindlichkeit aller Konkordate und Verträge mit Rom sein werde.

Ich habe nicht unterlassen wollen, Euere Königliche Majestät von den Aeußerungen des Fürstbischofs ganz untertänigst zu unterrichten, damit Allerhöchstdieselben die Meinung dieses Kirchen-

fürsten kennen, wie sie sich unter dem frischen Eindrucke der hiesigen Vorgänge gestaltet hatte. Denn wenn der Fürstbischof auch, wie er mir sagte, mit Euerer Königlichen Majestät ganz offen zu sprechen beabsichtigt, so ist doch möglich, daß seine Aeußerungen in einiger Zeit schon wieder etwas mehr von dem natürlichen Wunsche beeinflußt sein werden, nicht als Widersacher seiner eigenen Kirche zu erscheinen."

Am 19. Juli traf der Fürstbischof aus Rom wieder in Breslau ein, von wo aus er sich zur Herstellung seiner angegriffenen Gesundheit bald darauf nach Johannesberg, und von da nach Bad Landeck begab. Seine Gemütsstimmung war eine äußerst deprimierte. „So wahr ich an Gott glaube, bin ich mit dem festen Willen von Rom abgereist, unmittelbar nach der Ankunft aus meinem bisherigen Wirkungskreise zu scheiden, und mich an irgend einem stillen Orte als Pfarrer niederzulasssen," schrieb er bald nach der Rückkehr an seinen alten Freund Karl von Holtei[1]), und in einem vom 23. August 1870 aus Bad Landeck datierten Brief[2]) klagte er ihm: . . . . . . „Dagegen habe ich Ihnen von mir sehr unerfreuliches zu melden; nicht nur weil fortdauernd Sturm, Regen und bittere Kälte jede günstige Einwirkung des Bades unmöglich machen, sondern weil noch viel schlimmere Leiden mich quälen: Der Gram um meine Kirche, der Tag und Nacht an meinem Leben zehrt, und die Zustände in meiner Diözese, die sich bis zur Unerträglichkeit steigern. Bin ich doch soweit, daß ein nicht unbedeutender Teil meines Klerus und meiner Gläubigen mich fast wie einen Abtrünnigen betrachtet, der in den Fluten der Ketzerei zu versinken droht."

Försters Klage in dem Vorstehenden über das Benehmen von Klerus und Laien ihm gegenüber wird verständlicher, wenn wir noch schnell einen Blick auf die Agitation werfen, wie sie z. B. im Wiener „Vaterland" in versteckter, aber darum nicht minder verletzender Form gegen den Kirchenfürsten betrieben wurde. Die erste Rüge holte sich der Fürstbischof durch seine Beteiligung an der Adresse, welche sich gegen die Behandlung der Unfehlbarkeitsfrage auf dem Konzil richtete. Das „Vaterland" brachte bei dieser Gelegenheit eine vom 30. Januar 1870 aus Breslau datierte Zuschrift, die sich anscheinend gegen die Augsburger Allgemeine Zeitung, welche zuerst die Nachricht von Försters Teilnahme an der Erklärung gebracht, richtete und sie eines Irrtums überführen wollte, in Wirklichkeit aber offenbar dem Kirchenfürsten die angebliche Inkonsequenz und Verwerflichkeit seines Beginnens vorhalten wollte. Es heißt u. a.: „Se. Fürstliche Gnaden haben im Jahre 1859 an dem Kölner Provinzialkonzil teilgenommen, welches den Glauben an diesen Vorzug (sc. der Unfehlbarkeit) der Nachfolger des St. Petrus laut und feierlich bekannt hat und darum in dem Antrage auf Definition des Dogmas durch das vatikanische Konzil wörtlich allegiert worden ist. Hochdieselben haben überdies im Jahre 1856 schon einen „„Römisch katholischen Katechismus für die Schulen

[1]) Vgl. dessen Broschüre „Fürstbischof und Vagabund", Breslau 1882, S. 46.
[2]) a. a. O., S. 48.

der Breslaner Diözese"" amtlich herausgegeben, welcher S. 76 lehrt: *34. „„Kann der Papst in Irrtum verfallen?"" „„Für seine eigene Person kann er in Irrtum verfallen, nicht aber, wenn er als höchster Lehrer der Kirche spricht; denn dann steht ihm der Beistand des heiligen Geistes zur Seite."" — In dem vorgedruckten Hirtenbriefe vom Feste des heiligen Philippus Neri wird S. 4 verordnet, „„daß der vorliegende, zum Diözesanschulbuch bestimmte Katechismus von nun an mit Ausschließung jedes anderen Handbuches oder Katechismus in den sämtlichen Elementarschulen eingeführt und beim Religionsunterricht zu Grunde gelegt werde."" Der Glaube der heiligen Kirche von Breslau stimmte stets mit diesem Bekenntnis und dieser Vorschrift ihres derzeitigen Hirten überein, welcher auch in der Tat die Unfehlbarkeit des Papstes Pius IX. hinsichtlich des Güntherianismus ebenso frei anerkannt hat, wie seinerzeit ein Andreas von Sorin hinsichtlich der neuen Lehren von Wiklif, Huß, Luther und Calvin. Seit Jahrhunderten Gegenstand der Angriffe und Vorwürfe seitens der Andersgläubigen ist die Unfehlbarkeit des hl. Stuhles in Sachen des Glaubens und der Moral stets hier geglaubt, verteidigt, ja bis zum Martyrertode glorreich von den Katholiken bekannt worden."

Die Schles. Ztg. No. 83 wußte darauf eine der „Neuen Preußischen Zeitung" zugegangene Erwiderung mitzuteilen, wonach „erstens das Kölner Konzil sich nicht für die päpstliche Unfehlbarkeit, sondern nur für die Unumstößlichkeit päpstlicher Entscheidungen ausgesprochen, zweitens der Breslauer Diözesankatechismus nur besage, daß Aussprüche des Papstes nicht häretischer Natur sein könnten, während die Unfehlbarkeit ausdrücklich nur der ganzen Kirche zugeschrieben werde, drittens auch hinsichtlich des Güntherianismus die Irreformabilität der päpstlichen Entscheidung mit der Unfehlbarkeit dieser Entscheidung verwechselt sei." „Worauf beruht hiernach die ganze hämische Anklage?" so schloß die „Kreuzzeitung" ihre Ausführungen. „Die Antwort lautet: „„Nur auf ababsichtlicher Entstellung und Verschweigung der Wahrheit. Diese aber gibt Zeugnis davon, daß auf die gewissenhafte Glaubenstreue unseres Fürstbischofs auch kein Schatten von Tadel fällt und daß die jetzt so geschäftige Verleumdung nicht imstande gewesen ist, etwas andres als die eigne Verkehrtheit an den Tag zu bringen.""

Dieser Vorstoß der Feinde Försters hatte also augenscheinlich nichts gefruchtet, darum erschien in No. 77 des „Vaterlands" eine zweite Breslauer Korrespondenz, vom 30. März datiert, die offenbar eine Denunziation der Breslauer Bischofskurie involvierte, weil letztere noch nicht in eine amtliche „Untersuchung über das Gebahren der Döllingerianer" Reinkens, Baltzer und Weber getreten. Die Hauptpointe der Expektorationen des als „Laicus" zeichnenden Einsenders lag in den Sätzen: „Diese Herren (sc. die Vorerwähnten) nun wollen Katholiken sein, amtieren als Priester, Religionslehrer und Professoren der „„Katholischen"" Theologie! und trotz des rühmlichen Vorganges so vieler Bischöfe — „„hier"" geschieht „„Nichts"", um diesem gradezu auf massenhafte Apostasie hinarbeitenden Treiben ein Ende zu machen." Die Denunziation fand eine jedenfalls ganz unerwartet scharfe Verurteilung, zuerst in No. 81 (Jhrg. 1870) der

„Kölnischen Volkszeitung" und dann in No. 14 des „Schlesischen Kirchenblattes" vom 2. April 1870 S. 162: „Wenn der Herr Laicus seine Klage an die gehörige Adresse bringt und zu substantiieren imstande ist, so wird den Kirchengesetzen gemäß verfahren werden; sein Auftreten im „„Vaterland"" trägt das Gepräge der Impertinenz und Verblendung an sich. Eingedenk des 4. Gebotes Gottes sollte er im Gewissen sich verbunden erachten, die gegen seine geistliche Obrigkeit in einem Zeitungsblatt geschleuderten Vorwürfe in demselben Organ zu retraktieren."

Die Abfuhr fruchtete aber nichts; denn dieselben Verdächtigungen wurden in einer vom 7. Mai aus Breslau gezeichneten Korrespondenz des „Vaterlands" wiederholt: „Es ist wirklich auffallend, daß das Generalvikariatamt... sich noch immer nicht entschließen kann, diejenigen „„Unwiderleglichen"", die seiner Kompetenz unterstehen, für die Theologen der Diözese unschädlich zu machen und insbesondere den mit Gift und Galle gegen Rom und den heiligen Stuhl erfüllten Professor Dr. Reinkens endlich einmal zur Verantwortung zu ziehen; denn in diesen Professoren liegt die ganze Quelle der Dinge, die dieser Tage hier vorgegangen sind. (sc. die Erklärungen Jentschs und seiner Confratres.) Diese Langmut des Generalvikariats gegen Professor Dr. Reinkens ist umso auffallender, als es gleich bei der Hand war, dem hochverdienten Erzpriester und fürstbischöflichen Kommissarius Kühn in Gleiwitz ... nach der Schles. Ztg. „„sein ernstes Mißfallen über dessen unbefugten und beleidigenden Angriff"" auf jene Geistlichen (sc. Jentsch usw.) auszusprechen ... Hatten wir also nicht recht, als wir am 28. April schrieben, daß wirklich komische Zustände in der Breslauer Diözese existierten." Reinkens legte in einer Zuschrift an die Schles. Ztg. No. 223 vom 15. Mai scharfe Verwahrung gegen diese Anrempelung ein, und auch von der Dominsel aus erfolgte in derselben Nummer der Zeitung wieder ein sehr energisch gehaltenes Dementi.

Man kann es verstehen, daß jene Treibereien in Verbindung mit stetem Kränkeln dem Fürstbischof die Bistumsleitung schließlich zur unerträglichen Bürde werden und in ihm den Entschluß zur Resignierung reifen ließen. „Längst haben Wir uns mit diesem Vorsatze getragen, davon werden alle Zeugnis geben können, welche in täglichem engeren Verkehr mit Uns stehen, wobei Wir allerdings nicht leugnen wollen, daß schmerzliche Erfahrungen, die Wir in der letzten Zeit haben machen müssen, daß namentlich ein ungestümes, vorgreifendes, aufregendes Eifern auf der einen und ein unfrommes, hochmütiges, auflehnendes Vorgehen auf der anderen Seite Unseren Entschluß zur Ausführung gebracht haben, weil unter solchen Verhältnissen eine heilvolle Verwaltung unmöglich gemacht wird," so schrieb er in dem Hirtenbrief vom 8. September 1870.[1]) Am 17. August übersandte er von Bad Landeck aus die Resignationsschrift an Gasner, den Rektor der Anima, zur unmittelbaren Ueberreichung an den Papst.[2]) In seinem obenerwähnten Briefe an Holtei vom

[1]) Hausbl. 1870, S. 1497 u. 1510.
[2]) Kirchenblatt 1870, Nr. 37, S. 441.

23. August 1870 äußert er sich auch über diesen seinen Schritt: „Ich habe daher (sc. wegen der Anfeindungen von Klerus und Gläubigen) bereits dem Papste meine Abdikation eingereicht und würde sicher sein, sie zu erhalten, wenn nicht das Domkapitel Schritte dagegen getan hätte. Erhört der Papst gleichwohl meine Bitte, dann weiß ich freilich noch nicht, wo ich mein Haupt niederlegen soll; denn in Breslau werde ich nicht bleiben können. Dennoch sehne ich mich unaussprechlich nach Ruhe und Abgeschiedenheit. Man zeige mir eine Gemeinde, die im Glauben und in der Liebe Christi ihr Heil sucht auf dem Wege, den die Kirche ihr zeigte nach dem einfachen klaren Worte des Evangeliums — dort will ich leben und sterben. Aber des theologischen Wortgezänks der Schriftgelehrten und Pharisäer bin ich müde bis zum Ekel!" Die Nachricht von Försters Resignationsabsichten erregte in den katholischen Kreisen der Provinz die größte Bestürzung, und es regnete Petitionen an die Kurie, dem Wunsche des Fürstbischofs nicht zu willfahren.[1]) Besonderes Interesse erweckt ein Passus der von der Breslauer Pfarrgeistlichkeit an Förster gerichteten, vom 30. August datierten Zuschrift[2],) worin besonders folgender sehr peremtorisch lautende Passus interessiert: „Unsererseits könnten wir auch ein Motiv nicht auffinden," so äußern sich die Pfarrer, „das Ew. Fürstl. Gnaden zu einem die Diözese so tief erschütternden und betrübenden Rücktritt veranlassen müßte. Denn sollten Hochdieselben glauben, daß Ihnen infolge der mit vielen Bischöfen gemeinsam eingenommenen Stellung zu der bis vor kurzem noch offenen Frage über die Infallibilität des sichtbaren Oberhauptes der Kirche Gottes das zur Diözesanleitung erwünschte Vertrauen in der Diözese fehle, so glauben wir versichern zu können, daß dies um so weniger der Fall ist, als wir der Ueberzeugung leben, daß Ew. Fürstl. Gnaden nach dem Spruch der Kirche mit uns allen die bis dahin schwebende und der Meinung freigegebene Frage als entschieden erachten."

Dem Wunsche der zahlreichen Petitionen wurde von Rom aus auch nachgegeben und durch Breve vom 29. August dem Fürstbischof mitgeteilt, daß man in seine Resignation nicht einwillige, „weil der gegenwärtige Moment voll politischer und kirchlicher Wirren ein ganz ungeeigneter für einen solchen Schritt sei."[3])

In die Zeit der schwebenden Resignationsverhandlungen war die Abfassung des Fuldaer Hirtenbriefes gefallen, worin die Mehrheit der deutschen Bischöfe ihre Unterwerfung unter die Beschlüsse des Vaticanums anzeigte.[4]) Daß Försters Unterschrift

---

[1]) Vgl. Hausbl. 1870, S. 1376, 1385, 1433, 1441 u. 1504; Kirchenblatt 1870, S. 454.

[2]) Hausbl. 1870, S. 1397.

[3]) Hausbl. 1870, S. 1518; vgl. auch S. 1551 u. Kirchenblatt S. 466.

[4]) Am Tage nach der Versammlung ging den Bischöfen in Fulda eine Zustimmungsadresse dreier Theologieprofessoren aus Breslau zu, folgenden Inhalts: „Der heute zu Fulda feierlich tagenden hochverehrlichen Versammlung beehren sich die ganz ergebenst Unterzeichneten, die Versicherung ihres vollen römisch-katholischen Consenses hiermit schriftlich und öffentlich auszusprechen." (gez.) Dr. **Bittner**, Dr. **Probst**, Dr. **Scholz**. O. A. M. D. G; vgl. dafür Rübezahl, Jahrg. 1870, S. 574.

unter dem Schreiben fehlt,[1]) ist nur auf seine Abdankungsabsichten zurückzuführen; denn sein vorerwähnter Hirtenbrief verrät deutlich, daß der Fürstbischof seine Opposition aufgegeben. „Das alles erscheint so einfach und klar," schreibt er, „daß es bei einigem guten Willen gewiß nicht nötig gewesen wäre, dem Schritte, welchen wir getan, (sc. der Resignierung) Beweggründe unterzulegen. die einen Schatten nicht nur auf Unsere Liebe zur Kirche und zu Unserer Diözese, sondern selbst auf Unsere Glaubenstreue werfen. Wir werden uns dagegen nicht verteidigen, wie Wir uns schon früher bei ähnlichen Verdächtigungen nicht verteidigt haben. Wem Unser 45 jähriges Wirken in der Kirche und für die Kirche in einer schweren, gewaltigen, oft gefahrvollen Zeit keine Bürgschaft für Unsere kirchliche Liebe und Treue geben kann, dem haben Wir eine andre nicht zu geben."

Die offene, rückhaltslose Einräumung seiner Unterwerfung unter die vatikanischen Beschlüsse erfolgte aber erst Ende Oktober 1870. Die Veranlassung dazu gab die von dem Breslauer Universitätsprofessor Dr. Hertz in No. 313 der Schles. Ztg. an Förster gerichtete „Protestantische Frage an einen katholischen Kirchenfürsten," in der u. a. darauf hingewiesen wurde, daß der Fürstbischof „in Rom notorisch zu den Gegnern der Infallibilität gehört" und auch nicht den Fuldaer Hirtenbrief unterzeichnet habe. Der Fürstbischöfliche Konsistorialrat Dittrich erließ darauf in No. 522 desselben Blattes die offiziöse Erklärung „daß der Herr Fürstbischof, solange die Frage über die Infallibilität des Papstes eine freie war, allerdings dagegen gestimmt habe, daß, nachdem die Kirche darüber entschieden, er sein Privaturteil dem Gesamturteil der Kirche — wie es dem Katholiken gezieme — unterworfen und daß er sich der Beteiligung an den Fuldaer Beschlüssen enthalten, weil er damals im Begriffe gestanden von seinem Amte zurückzutreten."

Wie entschieden Förster auf Seiten der Kurie getreten und er zu ihren Dekretierungen sich bekannte, bewies bald sein energisches Einschreiten gegen die drei Breslauer Döllingerianer Baltzer, Weber und vor allem Reinkens. Dessen Stellung in Breslau war eigentlich schon seit Mitte März d. J. eine völlig unhaltbare geworden, wo seine Schrift „Papst und Papsttum, nach der Zeichnung des heil. Bernhard von Clairvaux" erschienen war. Reinkens suchte darin den Beweis zu führen, „daß das Ideal eines Papstes, wie Bernhard es zeichnet, weit verschieden ist von der Wirklichkeit des zwölften, noch mehr aber des neunzehnten Jahrhunderts."[2]) Das Buch von den Konzilsgegnern mit lebhafter Freude begrüßt, wie z. B. in der Breslauer Zeitung No. 239 und 241 die Artikelserie „Die honigsüße Stimmung des hl. Bernhard gegen Rom" beweist, erregte naturgemäß in infallibilistischen Kreisen bitterböses Blut; so faßte eine längere Kritik der Schrift in No. 110 der „Hausblätter", S. 758, ihr Urteil in die wenigen, die Stimmung aber so vielsagend charakterisierenden Zeilen zusammen: „Wenn wir dem Buch schöne Ausstattung, der

---

[1]) Friedberg a. a. O., S. 155 u. Rolfus a. a. O., S. 320.
[2]) Vgl. S. 109 der Reinkens-Biographie.

Uebersetzung fließende Sprache, den Kapitelüberschriften große Willkürlichkeit, den beigefügten Noten bitteren Murmurantengeist nachreden, der sehr schlecht den Sinn des honigsüßen hl. Bernhard erfaßt, das gewählte Motto: „„Ut audeam, domina charitas fecit““ Lügen straft, so haben wir beiläufig alles gesagt, was darüber sich sagen läßt.“ Gegen diese Rezension legte Reinkens in einer geharnischten Erklärung vom 17. Mai[1]) energisch Verwahrung ein, worin es u. a. sehr schmeichelhaft für den Kritiker heißt: „Jeder Mensch mit gesundem Sinn, welcher den in Rede stehenden Artikel der „„Breslauer Hausblätter““ liest und dann mein Buch, oder umgekehrt dieses und darauf jenen, wird den anonymen Berichterstatter für einen Irrsinnigen oder für einen Bösewicht halten.“ Die derbe Abfuhr fruchtete denn auch etwas; denn in No. 124 der „Hausblätter“ S. 849 ff. erfolgte nun seitens desselben Rezensenten eine streng sachliche Kritik des Reinkensschen Buches, die für den Theologen sehr viel Interessantes bietet.

Parallel zu der Zeitungsfehde ging gleichzeitig die vom Fürstbischof Förster aus Rom eingeleitete Maßregelung Reinkens wegen seiner Schrift. Die Reinkens-Biographie, S. 112 ff., berichtet über den Gang des Verfahrens eingehend, und man ersieht daraus, daß Reinkens Maß in den Augen seiner Gegner bereits ein gerüttelt und geschüttelt volles gewesen; am 25. August brachte er es dadurch zum Ueberlaufen, daß er mit Baltzer und Weber, sowie mit 11 anderen Professoren den bekannten Nürnberger Protest gegen die Beschlüsse des Vaticanums unterzeichnete. „Vor der Hand wollen wir nur bemerken,“ entgegneten die „Hausblätter“ in No. 206, S. 1403 hierauf, „daß, falls diese (sc. Erklärung) wirklich in dem Sinne und Wortlaute ausginge, wie sie in diesen Blättern mitgeteilt wurde, selbstverständlich diese Theologen dem Anathem unterlägen und deshalb von den betreffenden Diözesanordinarien sofort ab officio et beneficio suspendiert werden müssen.“ Die Zeitung sollte bald eine große Ueberraschung erleben; denn das Beispiel der drei hiesigen Theologen steckte auch ihre Kollegen von den andern Fakultäten der Breslauer Alma mater an, und so erklärten in der außerordentlichen Beilage der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 7. September die Mehrzahl der katholischen Dozenten der hiesigen Universität ihre Zustimmung zu dem in No. 223 desselben Blattes veröffentlichten Protest von 44 katholischen Dozenten der Münchener Universität gegen die vatikanischen Beschlüsse. Außer den als Unterzeichner der Breslauer Döllinger-Adresse bekannten Professoren Elvenich, Schmölders, Reifferscheid, Nehring und Kutzen hatten noch unterschrieben: Dr. Th. Polek, Professor der Pharmazie, Dr. Jul. Zupitza, Privatdozent für deutsche Philologie, Dr. E. F. Baumgart, Lehrer am königl. akadem. Institut für Kirchenmusik und Dr. C. A. Scherner, Privatdozent der Philosophie. „Wir legen diese Erklärung, welche hier schon vor Wochen zirkulierte, keine besondere Bedeutung bei“, so fanden sich die „Hausblätter“ in No. 210, S. 1431,

---

[1]) Hausbl. 1870, S. 772.

mit diesem Faktum ab. „Die Herren sind sämtlich in einer solchen Frage inkompetent. Man kann sich eines Lächelns nicht erwehren, wenn man sich vorstellt, wie die Herren Scherner, Zupitza, Baumgart, Nehring, Kutzen, Polek, die kaum je Gelegenheit genommen, sich mit theologischer Wissenschaft zu befassen, sich auf den Stuhl Moses schwingen und als Gottesgelehrte ihr Verdikt gegen das Konzil abgeben und den Papst und die Bischöfe der katholischen Welt des Irrtums bezichtigen. Es gehört dazu mehr als Naivetät."

Der Ton dieser Erklärung verrät eine gewisse gekünstelte Sorglosigkeit, welche die Zeitung aber aufgeben mußte als die antiinfallibistische Bewegung nun auch auf die katholischen Gymnasien unsrer Provinz übergriff. Den Reigen eröffnete der Direktor des St. Matthiasgymnasiums in Breslau, Dr. Reisacker, mit einer von 11 Lehrern seines Gymnasiums — darunter auch der im Vorangegangenen schon öfters erwähnte Religionslehrer und Privatdozent Dr. Weber — unterzeichneten Erklärung in No. 492 der Schles. Ztg. vom 15. Oktober folgenden Inhalts: „In Erwägung, daß die im Vatikan gehaltene Versammlung nicht mit voller Freiheit beraten und wichtige Beschlüsse nicht mit der erforderlichen Uebereinstimmung gefaßt hat, erklären die unterzeichneten Lehrer am Königlichen katholischen Matthiasgymnasium hierselbst, daß sie die Dekrete über die absolute Gewalt des Papstes und dessen persönliche Unfehlbarkeit als Entscheidungen eines ökumenischen Konzils nicht anerkennen, vielmehr dieselben als eine mit dem überlieferten Glauben der Kirche in Widerspruch stehende Neuerung verwerfen." Dieser Erklärung schlossen sich an in No. 485 der Breslauer Zeitung, S. 3735, 6 Philologen vom Oppelner Gymnasium, in No. 487 derselben Zeitung, S. 3751, 6 Lehrer des Beuthener Gymnasiums mit ihrem Direktor Dr. Kayser, mit deren Meinung sich auch 6 angesehene Juristen vom Kreisgericht derselben Stadt identisch erklärten. Auch am Gymnasium zu Neustadt O.-S.[1] traten der Direktor von Raczek mit 5 seiner Kollegen und am Gleiwitzer Gymnasium[2] 4 Philologen der Reisackerschen Erklärung bei, während die Direktoren des Patschkauer und Neisser Gymnasiums[3] sowie 4 Oberlehrer des Beuthener Gymnasiums[4] sich gegen dieselbe aussprachen.

„Wer die Jugend auf seiner Seite hat, dem gehört die Zukunft," daher ein allgemeiner Entsetzensruf, als an den Hochburgen des schlesischen Katholizismus die Lehrerschaft größtenteils ins gegnerrische Lager abschwenkte, daher ein Entrüstungssturm gegen die Urheber der Bewegung der in den „Hausblättern"[5] brausenden Widerhall fand. „Die Katholiken Breslaus . . . . werden es sich nicht gefallen lassen," heißt es in dem Leitartikel der No. 250, „Die antikatholische Bewegung am St. Matthiasgymnasium" überschrieben, „daß ihr einziges Gymnasium durch die Apostasie seines Direktors

1) Vgl. Hausbl. 1870, No. 257, S. 1773.
2) a. a. O.
3) a. a. O.
4) a. a. O., No. 253, S. 1745.
5) Vgl. S. 1717, 1730 u. 1761.

und einer Anzahl Lehrer ihnen entfremdet werde. Es ist damit nicht geholfen, daß womöglich katholische Eltern ihre Kinder aus der Anstalt nehmen und sie einer anderen zuverlässigeren anvertrauen werden, es sind eben nicht alle Katholiken das zu tun imstande, sie haben das auch nicht nötig, sie haben ihre unveräußerlichen Rechte an dem St. Matthiasgymnasium, sie werden sie nicht aufgeben, sie werden den Kampf aufnehmen und sie werden siegen, mag Herr Direktor Reisacker seine Stellung auch für noch so gesichert erachten.“ Unverhüllter ist die Drohung im Leiter der No. 256 ausgesprochen: „Die katholischen Eltern, welche ihre Söhne seiner Obhut übergaben, müssen mit Grund für deren Seelenheil besorgt sein und werden mit allen Mitteln dahinstreben müssen, daß diesen Gefahren gesteuert werde Sie werden dabei an dem Diözesanoberhirten eine energische Unterstützung finden, der nimmermehr dulden wird, daß sich am katholischen Gymnasium ein Dissidententum etabliere, welches den Glaubenszwiespalt in den katholischen Jünglingen grundlege.“

Der Appell der Zeitung zunächst an die katholischen Eltern fiel nicht auf unfruchtbaren Boden; eine Reihe schlesischer katholischer Magnaten, so der Graf Viktor Matuschka,[1]) der Graf Sierstorpff auf Endersdorf[2]) und mit besonderer Heftigkeit der Graf Karl Hoverdèn-Plenken[3]) sprachen im Inseratenteil der „Hausblätter“ Reisackers Vorgehen gegenüber ihre Entrüstung aus[4]) und in einer sehr stürmisch verlaufenen Versammlung des Breslauer katholischen Volksvereins kam es zu einem heftigen Protest gegen die abtrünnigen Philologen.[5]) Auch der Fürstbischof war inzwischen nicht untätig

---

1) Hausbl. 1870, S. 1716.
2) Hausbl. a. a. O., S 1776.
3) Hausbl. S. 1784, 1791, 1792 u. 1800.
4) Nach Augsb. Allg. Ztg 1871, No. 42 und Friedberg a. a. O., S. 162, erhielten sie auf eine Beschwerde beim Ministerium zu Bescheid; „Soweit es sich um Handhabung der dem Staate zustehenden Disziplin über die Lehrer handelt, kann ich Ew. . . . und den Mitunterzeichnern eine Kompetenz zur Einmischung in die Angelegenheit nicht zugestehen.“ Die Augs. Allg. Ztg. a. a. O. weiß außerdem noch von einer anderen geplanten Präservativmaßnahme der schlesischen katholischen Magnaten in der ihr eigenen, polemisierenden Weise zu berichten: „Es ist stark daran gedacht worden, ein eigenes Gymnasium mit frommen Vätern der Gesellschaft Jesu, ein schlesisches „„Feldkirch““ zu gründen, um die Kinder „„besorgter Eltern““ vor den miasmatischen Einflüssen widerspenstiger Ueberzeugungstreue zu schützen; aber ob dies ausführbar? Zwar würde es bei dem Jahreseinkommen des Fürstbischofs von etwa 150000 Talern an materiellen Mitteln zur Gründung nicht fehlen, aber wir fürchten, daß die Zahl der „„besorgten““ Eltern noch zu gering ist, um die frommen Väter auch nur einigermaßen zu beschäftigen. Wenigstens haben wir noch nicht gehört, daß infolge der antiinfallibilistischen Gesinnung der Lehrer, die Zahl der Schüler an den Gymnasien zu Breslau, Beuthen, Gleiwitz, Neustadt usw. abgenommen hätte, glauben sogar vernommen zu haben, daß das Vertrauen zu den Anstalten gestiegen ist. Sodann aber müßten sich die frommen Väter, wenn das neue Kollegium staatliche Rechte, z B. des einjährigen Freiwilligendienstes und des für die Universitätsstudien gültigen Abiturientenexamens erlangen wollte, der durch ein Statut geregelten Oberlehrerprüfung vor einer königl. wissenschaftlichen Prüfungskommission unterwerfen, die schwerlich geneigt sein dürfte, den stärksten Infallibilitätsglauben als Kompensation für wissenschaftliche Leistungen anzunehmen.
5) Hausbl. a. a. O., S. 1845.

geblieben. Am 21. Oktober[1]) hatte er den Zöglingen seines Knabenseminars den weiteren Besuch des Matthiasgymnasiums untersagt, und am 30. Oktober, einem Sonntag, ließ er in den Breslauer Kirchen von der Kanzel herab einen Erlaß verlesen, in welchem er unter Hinweis auf die Erklärung Reisackers und seiner Kollegen seine Ueberzeugung dahin aussprach, daß sie jenen Schritt nicht in böser Absicht getan und auf ihre reuige Umkehr zu hoffen sei.[2]) Dieser Wunsch ging denn auch insofern in Erfüllung, als Reisacker, wie es in den diesbezüglichen Zeitungsnotizen[3]) heißt, „genügende Erklärungen" dem Fürstbischof abgab, durch welche die ihm drohende Exkommunikation beseitigt und worauf den Knabenseminaristen der Besuch des Gymnasiums wieder gestattet wurde. Der Religionslehrer Dr. Weber blieb indessen hartnäckig bei seiner Meinung, ebenso seine beiden Kollegen von der theologischen Fakultät, und so wurden sie denn, als Förster nach dem Beispiel des Kölner Erzbischofs Melchers von ihnen vergeblich die Ausstellung eines ihre Zustimmung zum Unfehlbarkeitsdogma enthaltenden Reverses verlangt,[4]) am 20. November 1870[5]) ab officiis suspendiert; Reinkens wurde auch der Gehalt als Kanonikus genommen. „Es ist diese Maßregel lange schon erwartet worden", schreiben die „Hausblätter", „allein der kanonische Prozeß hat einen langsamen Verlauf, und zudem wollte der hochwürdigste Herr Fürstbischof den Verblendeten immer noch Zeit zur Besinnung und Einkehr in sich selbst gewähren. Für das größere katholische Publikum ist vorzugsweise die Suspension des Herrn Dr. Weber . . . von Wichtigkeit, da mit diesem Akt den gegen die Autorität der Kirche rebellierenden Lehrern der Anstalt eine Hauptstütze entzogen ist. Denn bisher wurden alle Anfragen besorgter Eltern mit dem Hinweis auf die seitens der geistlichen Behörde unbehinderte Seelsorgstätigkeit des mitschuldigen Religionslehrers abgefertigt. Das hat nun ein Ende."[6])

Daß aber damit für Schlesien das Anfangssignal zu den unseligen konfessionellen Wirren der folgenden Jahre gegeben wurde, wollte die Zeitung nicht zugeben, obwohl die ungewöhnlich heftige Preßfehde, die Försters Maßnahmen gezeitigt, sie auf ein herannahendes Unwetter hätte hinweisen müssen. Bereits das Vorgehen des Fürstbischofs gegen Reisacker erfuhr eine auffallend scharfe Verurteilung; die in der übrigen Breslauer Presse enthaltenen zahlreichen Meinungsäußerungen von Katholiken und Nichtkatholiken[7]) deckten sich im Wesentlichen mit der Aeußerung des Breslauer Universitätsprofessors Hertz in No. 523 der Schles. Ztg. vom 31. Oktober: „Der Herr Fürstbischof hat die

[1]) Hausbl. a. a. O., S. 1745.
[2]) Vgl. Kirchenblatt 1870, S. 537; Schles. Ztg. 1870, No. 522.
[3]) Hausbl. a. a. O., S. 1977 u. 2001; Schles. Ztg. 1870, No. 564.
[4]) Baltzer und Reinkens war dazu eine Frist von 8 Tagen, Weber eine solche von nur 3 Tagen gelassen worden.
[5]) Hausbl. a. a. O., S. 1969; Vgl. auch die Reinkensbiographie, S. 120.
[6]) Hausbl. a. a. O., S. 1969.
[7]) Vgl. z. B. Schles. Ztg. 1870, No. 525, 529, 531, 533, 541; Breslauer Ztg. 1870, No. 513, S. 3943 u. No. 535, S. 4107.

Macht und nach seiner Ansicht sicher auch die Pflicht, seinen Standpunkt auf kirchlichem Gebiete zur Geltung zu bringen. Professoren aber an der königlichen, nicht päpstlichen oder bischöflichen Universität und Lehrer an den königlichen Gymnasien sind teils garnicht, teils wenigstens nur teilweise Diener der Kirche, vielmehr ausschließlich, beziehungsweise nicht minder Diener des Staates. Sollten daher die . . . weiteren Schritte des Herrn Fürstbischofs dahin zielen, die Stellung dieser ehrenwerten und überzeugungstreuen Männer als Staatsbürger und Staatsbeamte und die jedem Preußen verfassungsmäßig gewährleisteten Freiheiten anzutasten, so wird sicherlich auch der Staat dem Organ des infalliblen Papstes gegenüber es als seine Aufgabe erkennen, diese seine Beamten gegen jeden Ein- und Uebergriff in ihre Rechte zu schützen." Hertz war bei Abfassung dieser Erklärung offenbar schon von dem beabsichtigten Vorgehen der Regierung unterrichtet; denn der Schluß eines offiziösen Artikels in der „Kreuzzeitung" vom 23. November, „Bischöfliche Repressivmaßregeln" überschrieben, bestätigte Hertzs Ausführungen Wort für Wort. „Seit mehreren Wochen", so schrieb der Offiziosus, „werden in hiesigen und auswärtigen Zeitungen tendenziöse Gerüchte verbreitet und mit Hartnäckigkeit kolportiert, daß der Kultusminister Herr von Mühler sich für die hiesigen Infallibilisten engagiert habe. Nach den zuverlässigsten Quellen bin ich imstande, diese Gerüchte als Parteimanöver zu bezeichnen. Bezüglich der Gymnasiallehrer ist Herr von Mühler überhaupt noch nicht in der Lage gewesen zu intervenieren, da das hiesige Provinzialschulkollegium denselben seinen Schutz angedeihen läßt. Auf die ohnehin nur mündlich und schüchtern gestellte Anfrage wegen Beseitigung der protestierenden Lehrer ist auf das Bestimmteste entgegnet worden: Zur Absetzung eines Gymnasiallehrers gehöre die Entscheidung des Disziplinargerichtshofes, die Staatsregierung werde aber schwerlich eine Untersuchung beantragen und der Gerichtshof werde, wenn ein Antrag gestellt würde, die betreffenden Lehrer freisprechen, da sie nicht gegen die Statuten des Gymnasiums gefehlt. Das Provinzialschulkollegium hat dem Fürstbischof die Weisung zugehen lassen, daß es nicht erlaubt sei, die Schüler beliebig der Schule zu entziehen, ohne sich Unannehmlichkeiten auszusetzen. Gegenwärtig wird von seiten des Fürstbischofs eine Anklage gegen die Lehrer bei dem Herrn Kultusminister beabsichtigt. Bezüglich der Professoren Dr. Reinkens und Baltzer kann ich die bündigste Versicherung geben, daß sie von seiten des Herrn Kultusministers allen Schutz genießen, d. h. in ihren Universitätsämtern und Rechten, namentlich auch in ihrem Einkommen belassen werden."

Die Entgegnung der „Hausblätter"[1]) auf diese Auslassung begnügte sich mit bloßem Schimpfen; die Zeitung glaubte zudem überzeugt zu sein, daß Försters Klage bei den Behörden Erfolg haben werde. In No. 321, S. 2260 mußte sie aber bereits der Kreuzztg. vom 30. Dezember 1870 die Notiz entnehmen,

---

[1]) No. 289, S. 2009.

daß die Beschwerde des Fürstbischofs gegen diejenigen katholischen Religionslehrer an schlesischen Gymnasien, die dem Infallibilitätsdogma sich nicht unterworfen, vom Kultusminister abschlägig beschieden worden sei. Daß der Entscheid von Mühlers so ausfallen würde, hatte bereits die in der Kreuzzeitung vom 5. Dezember 1870 enthaltene Nachricht von seiner Verfügung voraussehen lassen, derzufolge Dr. Weber, der inzwischen gegen seine Suspension in No. 571 der Schles. Ztg. und in No. 555 der Breslauer Ztg. feierlichen Protest eingelegt hatte, in seiner Stelle am Matthiasgymnasium erhalten und ihm der Unterricht im Hebräischen sowie in anderen Fächern belassen wurde.

Aehnlich war sein Entscheid in der Reinkens'schen Angelegenheit. Auf eine Anfrage der Mehrheit in der katholisch-theologischen Fakultät verfügte er,[1]) „daß ein von dem Fürstbischof wegen des neuen Dogmas ab ordine suspendierter Professor nicht bloß seine sämtlichen bisherigen Rechte behalte, sondern auch an den Fakultätsverhandlungen z. B. Habilitationen und Examina, bei welchen er als wissenschaftlicher Fachmann ein maßgebendes Urteil abzugeben, teilzunehmen habe; er untersagte ferner der katholisch-theologischen Fakultät jede Immediatkorrespondenz mit dem Fürstbischof, indem er auf Grund der Statuten anordnete, daß von jetzt an wieder aller Fakultätsverkehr mit dem Bischof durch das Kuratorium, bezw. Ministerium zu gehen habe." In der Antwort auf die Beschwerde des Breslauer Universitätssenats, worin nach dem Beispiel des Senats der Universität Bonn um Schutz für die Professoren petitioniert wurde, denen die missio canonica entzogen, betonte Mühler noch einmal die Präponderanz des Staates gegenüber der Kirche.[2])

Das Eintreten des Kultusministers für Reinkens konnte indessen nicht verhindern, daß letzterer, der trotz der Suspension seine Vorlesungen fortsetzte,[3]) das Kolleg wegen Mangel an Hörern schließlich einstellen mußte. Diejenigen Zöglinge des theologischen Konvikts, welche nach seiner Suspension weiter bei ihm hörten, erhielten nämlich vom Konviktspräfekten einen Revers vorgelegt, durch welchen sie sich bei Strafe der sofortigen Ausweisung aus der Anstalt verpflichten mußten, sich des weiteren Besuchs zu enthalten. Bezüglich der Vorlesungen des Dr. Weber wurde denselben Zöglingen eröffnet, daß es katholischen Theologen nicht erlaubt sei, die Vorlesungen eines mit schweren kirchlichen Zensuren belegten Dozenten zu hören.[4]) So wußte die fürstbischöfliche Kurie den Döllingerianern trotz des mächtigen Schutzes seitens der Regierung ihre Stellung in Breslau auf die Dauer zu einer unhaltbaren zu machen und den Erfolg in dem Konflikt mit dem Staat wenigstens zur Hälfte auf ihre Seite zu ziehen.

Der Kritiker dieses Buches wird sich vielleicht befremdet fragen, warum dieser zum Thema anscheinend so wenig passende kirchen-

---

1) Friedberg a. a. O., S. 58.
2) Augsburg. Allg. Ztg. 1870, No. 292; Friedberg a. a. O., S. 59 u. Rolfus, S. 347 u. 361.
3) Hausbl. a. a. O., S. 1994.
4) Augsburg. Allg. Ztg. 1871, No. 43; Friedberg a. a. O., S. 162 u. Rolfus S. 361.

geschichtliche Exkurs? Ich habe mich indessen auch hierbei von preßhistorischen Prinzipien leiten lassen, wollte ich doch an diesem Beispiel wiederum beweisen, daß der Neuhistoriker bei Darstellung vieler Epochen der modernen Geschichte, wie z. B. der vorliegenden, geradezu aufs Studium des diesbezüglichen Zeitungsmaterials angewiesen ist, weil bei der gerade in so weltbewegenden Geistesfragen mehr und mehr üblichen Flucht an die Oeffentlichkeit in der Presse allein die vielen kleinen wertvollen Mosaiksteinchen zu finden sind, aus deren Aneinanderreihung sich die lebhaft bewegten Züge des bunten Bildes jener Tage ergeben. Außerdem dürfte gerade durch diesen Exkurs die Wichtigkeit der „Hausblätter" für die ganze Infallibilitätsbewegung in Schlesien erhellt haben. Auch liefert die vorangegangene eingehende Schilderung der kirchlichen Bewegung allein den zum Verständnis notwendigen Hintergrund für die Ereignisse, die sich in dem Leben der Zeitung während dieses Jahres begeben.

Daß sie sich für Konzil und Unfehlbarkeitsbewegung so intensiv engagiert, wurde für die „Hausblätter" zunächst ein Gegenstand heftigster Kontroversen, vor allem mit der Breslauer Zeitung[1]), die jedoch nur für den Theologen von Interesse sind; die in No. 35, S. 240 u. No. 36, S. 251 der katholischen Zeitung enthaltenen „Glossen zum Manifest Döllingers in der Unfehlbarkeitsfrage und den Zustimmungsadressen deutscher Gelehrten" gaben sogar Anlaß zu einer theologisch-fachwissenschaftlichen Gegenschrift aus der Feder eines katholischen Seelsorgspriesters, „Die Unfehlbarkeitsfrage. Eine Beleuchtung der in den „„Breslauer Hausblättern"" enthaltenen Glossen zum Manifest Döllingers in der Unfehlbarkeitsfrage und den Zustimmungsadressen deutscher Gelehrter" Breslau: J. Max & Co. 1870, die ihrerseits wiederum zu heftigen Entgegnungen in den „Hausblättern", No. 63, S. 468 u. Nr. 72, S. 493 führte. Die Art der Kontroversen trug den „Hausblättern" im Februar einen ganz ungeahnten Gegner ein in der Person des früheren Zeitungskomiteemitgliedes, Geh. Rat Professor Dr. Elvenich, der in No. 75 der Schles. Ztg. jede Identifizierung seiner Ansichten mit denen des Blattes durch die Erklärung von sich weisen zu müssen glaubte, „daß er an der Redaktion der „„Hausblätter"", deren Tendenz in politischer und kirchlicher Beziehung er mißbillige, nicht den geringsten Anteil habe." Auf die Anfrage des angegriffenen Blattes[2]) ob es denn nicht einmal mehr eine Oppositionsstellung einnehmen dürfe, äußerte er sich in No. 89 der Schles. Ztg. und Breslauer Ztg. dahin, daß die Veranlassung zu seiner Erklärung in „der fortdauernden Art und Weise" der Opposition gelegen. „Oder ist es, um das Politische zu übergehen, nicht wahr, daß diese Blätter seit Monaten katholische Männer, die in kirchlichen Dingen nicht von ihrer Farbe sind, der Katholizität wegen verdächtigen, als Auch-Katholiken, als Byzantiner, als Gegner oder Feinde der Kirche bezeichnen d. h. ihnen womöglich den kirchlichen guten Namen abschneiden? Ist es ferner nicht wahr,

[1]) Vgl. z. B. Hausbl. S. 353, 411, 417 u. 423; Breslauer Ztg., No. 77, 89 u. 93: „Die Breslauer Hausblätter und das Konzil".
[2]) No. 41, S. 285.

daß dieselben „„Hausblätter““ über die Wissenschaft, über deutsche Gelehrte mit Spott sich auslassen und sogar den Handlungen hochgeachteter Personen in der willkürlichsten Weise schlechte Triebfedern unterlegen und so den sittlichen Charakter derselben antasten?“

Virnich, der leitende Redakteur, auf den diese Vorwürfe gemünzt waren, wich nun aus und entgegnete in Nr. 44, S. 304, die Redaktion wolle einer Polemik mit einem Manne aus dem Wege gehen, den sie persönlich hochachte und verehre.

Wenige Wochen später war es dem journalistischen Heißsporn nicht so gut möglich, unangenehmen Erörterungen aus dem Wege zu gehen. Die Veranlassung dazu war wieder eine großdeutsche, höchst provokatorische Demonstration Virnichs; er hatte nämlich in No. 66 vom 22. März auch nicht mit einem Worte die Bedeutung dieses Tages als Geburtstag des Königs erwähnt. Zwei Tage später erhielt er ob seiner antipreußischen Haltung, die auf die Dauer dem jungen Zeitungsunternehmen das Grab bereiten mußte, schon das erste scharfe Monitum und zwar von Seiten des Breslauer Domkapitels in einem von dem Generalvikar Neukirch und dem Weihbischof Wlodarski unterzeichneten Schriftstück[1]) folgenden Inhalts:

„Die Breslauer Hausblätter haben in der am 22. d. M. erschienenen No. 66 nicht die geringste Erwähnung von dem Geburtstage Sr. Majestät gebracht, während auf Anordnung Sr. Fürstlichen Gnaden unseres Hochwürdigsten Herrn Fürstbischofs bekanntlich der Tag in allen Kirchen der Diözese mit Hochamt und Tedeum gefeiert wird und die anderen Zeitungen der verschiedensten politischen Richtungen in Kundgebungen der Teilnahme und Anhänglichkeit für den Gefeierten des Tages zu wetteifern pflegen. Jenes Schweigen der „„Hausblätter““ war desto bezeichnender und unverkennbar absichtlicher, da es übereinstimmt mit der sehr bebeharrlichen Nichtachtung, welche auch sonst dem Walten des Königs und der königlichen Familie von Seiten der Redaktion des Blattes zuteil wird. Der Gesinnung der Katholiken Schlesiens entspricht die extreme politische Richtung der Hausblätter keineswegs. Die Redaktion verkennt zugleich vollständig, daß den katholischen Staatsangehörigen Pflichten und Rücksichten für den Landesherrn obliegen, und setzt durch ihre unbeugsame eigenwillige Auffassung der bestehenden Verhältnisse die kirchlichen Behörden und die Diözese insgesamt in ein sehr schiefes, vielfach nachteiliges Licht. Von anderen Punkten abgesehen hat die erwähnte Haltung der „„Hausblätter““ längst eine tiefe Verstimmung zahlreicher Leser herbeigeführt, so daß auf die Dauer die Abonnentenzahl und das Fortbestehen des Blattes sehr in Frage zu ziehen sein dürfte. Namentlich hat die Erfahrung, welche wir zu unserer Beschämung und Verdächtigung nach außenhin am 22. d. M. machen mußten, den Unwillen von Geistlichen und Laien in weitesten Kreisen erregt und bedauern wir,

---

[1]) V. A. vol. II.

uns zu dem Ausdrucke unseres entschiedensten Mißfallens über den vorliegenden neuen Anlaß genötigt zu sehen."

Am 31. März erhielt Virnich wegen seiner groben Unterlassungssünde auch in der Sitzung des Breslauer katholischen Volksvereins ein sehr unzweideutiges Mißtrauensvotum;[1]) der Vorsitzende, der Fürstbischöfliche Konsistorialrat Schuppe, erklärte nämlich, daß es ihn und gewiß alle schmerzlich berührt, zu sehen, wie das spezielle Organ der Katholiken den Tag einer besonderen Erwähnung nicht werteraachtet habe. Während selbst die „Zukunft", das Organ ausgesprochener Republikaner, es für angemessen gehalten habe, den Tag auszuzeichnen, hätten die „Hausblätter" einzig und allein am Tage darauf einige Festberichte gebracht. Er halte sich überzeugt, daß alle Leser der „Hausblätter" gute Patrioten seien; die katholische Bevölkerung Schlesiens habe dies im Jahre 1866 bewiesen. Wenn nun das von ihnen gegründete Blatt den Geburtstag Sr. Majestät des Königs vollständig unerwähnt lasse, so müsse dies den Feinden der Katholiken, die ohnehin geflissentlich jede Gelegenheit dazu ergriffen, zu neuen Verdächtigungen eine Handhabe bieten. Sei nun das Geschehene ein Mißgriff oder solle es eine Demonstration sein, die Katholiken hätten alle Ursache, ihre Teilnahme an einer solchen zurückzuweisen.

Virnich entgegnete darauf,[2]) er habe für Schuppes „Verdächtigungen" nur ein „mitleidiges Lächeln" und halte es unter seiner Würde, darauf zu antworten. Die Folge dieser neuen Herausforderung war das von Virnich umsonst bespöttelte[3]) Zustandekommen einer dem Protest vom Jahre 1869 sehr ähnlichen Erklärung, die 24 den besten Kreisen Breslaus angehörige Katholiken unterschrieben hatten und am 6. April dem Komitee übermittelt wurde. „Je freudiger wir die Gründung einer katholischen Zeitung hierselbst begrüßt haben", heißt es darin, „und je wichtigere Dienste sie der katholischen Sache auf kirchlichem Gebiete bereits geleistet hat, desto mehr müssen wir fort und fort ihre politische Haltung und das Fehlschlagen der am 10. Juni v. J. Wohlderselben ausgesprochene Hoffnung beklagen. Während die seit mehr als 100 Jahren bestehende Schlesische Zeitung nur eine Gesamtauflage von 10526 Exemplaren hat, erreichten die „„Breslauer Hausblätter"" in der kurzen Zeit ihres Bestehens fast die Hälfte jener Zahl von Subskribenten; es geht daraus hervor, welche Zukunft der Zeitung bevorsteht, wenn diese in entsprechender Weise geleitet wird. Vorab begegnen wir auch dem Einwande, daß, wenn nur die kirchliche Haltung eine korrekte sei, auf die politische nicht etwas ankomme; die „„Hausblätter"" bilden nicht ein Kirchenblatt für bloß kirchliche Angelegenheiten, sondern eine politische Zeitung, welche der Verteidigung der kirchlichen Rechte gewidmet und für die Katholiken zugleich andere Zeitungen zu ersetzen und zu erübrigen bestimmt ist. Jedoch:

[1]) Vgl. Hausbl. S. 512 u. 518; Schles. Kirchenblatt S. 175.
[2]) Hausbl. a. a. O.
[3]) Hausbl., S. 534, 540 u. 547.

1. stimmt die politische Haltung der „„Hausblätter““, welche in Schlesien, durch schlesische Mittel und zunächst für Schlesien gegründet sind, nicht mit der politischen Richtung der größten Mehrzahl der schlesischen Katholiken überein. Es liegt nichts näher als der Wunsch, daß dieser Richtung gebührende Rechnung getragen werde, damit nicht die Mehrzahl der Gründer und Erhalter der Zeitung in ihrer politischen Ueberzeugung verletzt und das dadurch beständig genährte Mißvergnügen Anlaß zur Verminderung des Leserkreises werde.
2. Die „„Hausblätter““ sind sehr unduldsam gegen unsere politische Auffassung. Wir hatten an der gänzlichen Nichtbeachtung des königlichen Geburtstages in der Zeitung vom 22. März d. J. neuen Anstoß genommen; diese Nichtbeachtung war auffallend als eine Abweichung von der Uebung anderer, namentlich der schlesischen Zeitungen und erschien in vieler Augen bedeutungsvoll gerade seitens der „„Hausblätter““ in Betracht ihrer sonstigen politischen Richtung. Bei nur einigem Entgegenkommen und bei geringer Mäßigung würde die Redaktion aus Anlaß der patriotischen Verwahrung, welche in der Versammlung des katholischen Volksvereins vom 31. März d. J. eingelegt wurde, leicht ein Wort zur Begütigung und Aufklärung gefunden haben. Anstatt dessen umgeht die Redaktion die Hauptsache, den Landesherrn und unser Verhältnis zu demselben, vollständig und begnügt sich mit Ausfällen gegen den Redner und dessen Gesinnungsgenossen, ja die Nummern 75, 76 und 78 verhöhnen von neuem den 38er Protest vom 14. Mai 1869, nennen uns „kindisch“ und eine „nationalliberale Sippe“ — obgleich wir garnicht der nationalliberalen Partei angehören — halten wiederholt „„mit mitleidigem Lächeln““ es „„unter der Würde““ der Redaktion, uns zu antworten und stellen unser katholisches Gewissen in Frage, ja wir werden unter verschiedenen Verleumdungen als „„Pharisäer““ und „„Auch-Katholiken““ voll „„Erbärmlichkeit““ und „„Servilismus““ bezeichnet, von denen gegenwärtig wieder „„gemeine Agitationen““ ins Werk gesetzt seien. Noch von keiner andren Seite ist uns bisher soviel Unbilde geboten worden — — —
3. Durch die politische Haltung der Zeitung wird die Gesinnung der Katholiken Schlesiens in unrichtiges Licht gestellt. Aus heiliger Schrift, Katechismus, Predigten und Hirtenbriefen hat sich uns die Ehrfurcht für den Landesherrn eingeprägt. Das Reich der Kirche ist nicht von dieser Welt, ohne staatliche Ordnung würde die Wirksamkeit der Kirche vielfach gehemmt und gelähmt sein. Durch Herz, Verstand und Gewissen werden wir zur Treue und Anhänglichkeit für die bestehende Obrigkeit, mit dem Könige an der Spitze, gedrängt. Wie außerordentlich vieles uns auch noch zu wünschen bleibt, so wissen wir doch, daß es hinieden rings-

um nur Unvollkommenheit gibt, und daß in anderen Staaten die Stellung der Kirche weit ungünstiger ist, wir aber in Preußen uns noch manchen willkommenen gesetzlichen Schutzes erfreuen. Mit politischen Theorien und Antipathien ist den kirchlichen Rechten wenig geholfen. Das gute Einvernehmen der Kirche mit dem Staate pflegt beiden zum Heile zu gereichen. In kirchlichem Interesse wünschen wir diese unsere Auffassung durch die katholische Zeitung nicht beeinträchtigt, sondern zu offenem Ausdruck gebracht zu sehen. Die Verletzung des politischen Anstandes kann nur zu Mißdeutungen führen. Sogar der bloße Schein einer katholischen Abneigung, passiven Widerstandes oder geringschätziger Gleichgültigkeit gegen die geltende Staatsordnung erschwert nach allen Seiten hin die Ausübung unserer staatsbürgerlichen Rechte, welche in zahllosen Beziehungen von den Behörden abhängt, und gibt dem Staate den Vorwand zu mißtrauischer Behandlung und Zurücksetzung der Katholiken. Eine Verteidigung kirchlicher Rechte vermögen wir in der Nichtachtung des Königs nicht zu finden, unseres Ermessens ist letzteres und jedes ähnliche Auftreten der Zeitung nicht gerechtfertigt, wir wollen uns gegen den Verdacht stillschweigender Zustimmung und gegen die nachteiligen Folgen der politischen Tendenz der „Hausblätter" verwahren und sichern.

4. Die politische Haltung der Zeitung schadet der katholischen Sache überhaupt. Jene Haltung sät Uneinigkeit und Zwietracht unter den Katholiken und entfremdet uns viele Gemüter andersgläubiger Mitbürger. Die Bitterkeit, mit welcher die Zeitung ihre politische Haltung wahrt, erachten wir für unkatholisch; sie ist wenig erbaulich und tröstlich, für den minder einsichtigen Leser wenig lehrreich und gibt uns Katholiken dem Spotte der Gegner preis. Aus der politischen Haltung der Zeitung drohen uns große Gefahren für die Zeit der herannahenden politischen Wahlen, bei denen wir selbstverständlich nicht werden gemeinsame Sache machen können mit denjenigen politischen Parteien, von welchen christliche Obrigkeit, christliche Ehe, christliche Schule keine Stütze zu hoffen haben.

Lange genug ist versucht, experimentiert, zugewartet und geduldet worden. Das Vertrauen sehr vieler Katholiken Schlesiens zur dermaligen Redaktion der „Hausblätter" mußte nach obiger Ausführung tief erschüttert sein, auch wenn nicht, wie soeben zu unserer Kenntnis gelangt, die Redaktion im vorigen Herbste sich bis zu der ohne zweites Beispiel anmaßlichen und lieblosen Aeußerung verirrt hätte, der Katholizismus Breslaus sei nur ein abfaulender Misthaufen.[1])

---

[1]) Vgl. dazu folgenden Passus in der Erklärung des Präfekten Meer (Schles. Ztg. 1870, No. 171); „Herr Redakteur Virnich wußte den Katholizismus Breslaus mir gegenüber vor bald einem halben Jahr nicht anders als mit einem „„Misthaufen"" zu vergleichen".

Eine geehrte Gesellschaft ersuchen wir teils als Aktionäre teils als Vertreter vieler gleichgesinnter Katholiken um baldgeneigte Aenderung der Redaktion."

Nun war am Komitee die Reihe sich zu äußern, was auch durch eine in No. 82 der „Hausblätter" veröffentlichte Erklärung vom 10. April geschah. Virnichs faux pas wurde darin entschuldigt mit seiner „Unkenntnis der schlesischen Sitte, den Geburtstag Sr. Majestät mit einem Festgedicht zu illustrieren." Auch wurde dagegen protestiert, daß man den „Hausblättern" „destruktive Tendenzen" unterschiebe und ihre Hintermänner „zu roten Männern stempeln" wolle.[1]) In einem unmittelbar unter der Erklärung befindlichen Aufsatz „Die Hausblätter und ihre Gegner" wurde sodann gegen die Agitation Stellung genommen, auf welche die Zeitung bald nach ihrem Erscheinen gestoßen. Der Artikel deckt sich im wesentlichen mit dem Rechtfertigungsschreiben des Komitees an den Fürstbischof[2]), worin letzterer um seine Intervention zugunsten der Zeitung angegangen wird. Da das hochinteressante Aktenstück schon durch das Vorhergehende Bekanntes enthält und außerdem darin noch gegenwärtig am Leben befindliche Personen angegriffen werden, so gebietet mir schon allein die Diskretion, nur die allgemeines Interesse bietenden Partien daraus zu zitieren.

Zunächst ist von Interesse, wie die großdeutsche Richtung des Blattes unter Virnichs Redaktion entschuldigt wird: „Bei der Aufstellung des Programms für die zu gründende Zeitung ward in Anbetracht der politischen Verhältnisse und inneren Zustände unseres Vaterlandes eine freisinnige politische Richtung als selbstverständlich vorausgesetzt und auch von hochkonservativen Gliedern des provisorischen Komitees als unerläßlich erachtet, weil eine Zeitung, die für die Wahrung und Verteidigung von Rechten einzustehen sowie für die Erlangung der verfassungsmäßig garantierten, in praxi bis jetzt nicht zur Ausführung gebrachten Parität zu kämpfen berufen war, voraussichtlich und notwendig in eine gewisse oppositionelle Stellung geraten mußte."

Auch über die Vorgeschichte des Protestes von 1869 und die politische Stellungnahme der Zeitung finden sich wertvolle Angaben. Zu den Gründen, aus denen heraus man damals die „Hausblätter" angefeindet, rechnet nach Angabe des Komitees auch der sehr gewichtige Umstand, „daß das so entschieden kirchenfeindliche Auftreten des bayrischen Ministers Hohenlohe, des Bruders des Herzogs von Ratibor, von der Zeitung auf gebührende Weise beleuchtet und gewürdigt wurde." „Das Bestreben des genannten hohen Herrn, die neue Zeitung zu selbstischen Zwecken auszubeuten, und als dies nicht gelang, durch alle Mittel seines großen Einflusses in Berlin zu vernichten, ist bekannt." „Der Sturm beruhigte sich, ... die „„Hausblätter"" aber nahmen zu an Abonnenten und erwarben sich die allgemeinste Achtung durch

[1]) Aehnlich verwahrte sich das Komitee in der vom 8. April datierten Antwort ans Domkapitel; vgl. V. A. vol. II.
[2]) V. A. vol. II.

die Energie, mit der sie die katholischen Interessen förderten und wahrnahmen. Wir erlauben uns an die Krakauer Kloster-Affäre zu erinnern, in welcher unsere Zeitung allein von sämtlichen katholischen Blättern Deutschlands und Oesterreichs einen konkreten und festen Standpunkt, der durch den Ausgang gerechtfertigt wurde, vom ersten Anfang an einnahm; wir erinnern ferner an den Gneistschen Kommissionsbericht[1]) über die Klosterfrage. Es ist bekannt, daß derselbe nur ein Fühler war, dem die leitenden Kreise nicht ganz fernstanden, wie weit man jetzt schon gegen die katholische Kirche vorgehen und was man den Katholiken Preußens zu bieten wagen dürfe. Daß der Sturm zunächst wenigstens abgeschlagen und der Kampf bis nach den Neuwahlen vertagt wurde, ist ein unbestrittenes und allseitig anerkanntes Verdienst der Hausblätter. Man hätte meinen sollen, daß vor allen die schlesischen Katholiken sich ihres Organs hätten erfreuen müssen, welches so mannhaft für die Rechte der Kirche und ihrer Einrichtung focht, welches die Gegner in Schach hielt und selbst in den leitenden Kreisen Berlins die Beachtung auf sich zog.

Da kam das Konzil; mit einem Schlage verwandelten sich die politischen Zeitungen aller Farben und Glaubensbekenntnisse in theologische Journale, jeder Laie ward zum Fachmann. Daß eine katholische Zeitung einen festen, konkreten Standpunkt einnahm und auf die Luftgebilde der Spekulation und sogenannten freien Wissenschaft nicht fußen dürfe, ohne die religiösen Gefühle der weitaus größten Majorität ihrer Leser zu verletzen, war selbstverständlich. Niemals haben die „„Hausblätter““ sich herausgenommen und herausnehmen können, die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes als definiertes Dogma zu erklären, aber sie haben für das Recht der auf dem Konzil versammelten Väter gekämpft, nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung zu sprechen und zu handeln, und allerdings sich auf seiten jener gestellt, die jener Lehre zuneigten, wobei sie wiederum der Ueberzeugung der weitaus größten Majorität der Katholiken Schlesiens, des Klerus sowohl wie der der Laien, entsprach. Da brach der Sturm abermals los; die Männer der „„freien Wissenschaft““ eröffneten den Kampf in der Breslauer Zeitung als ihrem Organe, wobei sie sich nicht scheuten, die Majorität der Bischöfe als abhängige unselbständige Männer, als revolutionäre Neuerer unter dem Drucke eines ehrgeizigen Papstes hinzustellen. Sie erlitten jedoch durch eine Reihe glänzender Artikel in den Hausblättern, die selbst im Auslande, in Frankreich wie in Italien,[2]) Aufsehen machten und verdiente Würdigung fanden, die entschiedenste Niederlage. Wissenschaftlich besiegt leiteten sie den Kampf auf ein anderes Feld, indem sie, die katholischen Männer der Wissenschaft in einem

---

[1]) Darauf wird im folgenden noch zurückgekommen werden.

[2]) Vgl. Hausbl. 1870, S. 579: „Die „„Unità Cattolica““ äußert sich dahin, daß das „„Mainzer Journal““ und die „„Breslauer Hausblätter““ immer „„die gesunde Lehre verteidigen““, der „„Univers““ aber stellt die „„Breslauer Hausblätter““ als Modell für katholische Zeitungen hin.“

wiederum in der Breslauer Zeitung niedergelegten Artikel die katholischen Hausblätter als staatsgefährlich, preußenfeindlich denunzierten .....

Eine allgemeine Entrüstung gab sich in unzähligen Adressen und Zuschriften kund,[1]) eine Entrüstung, die um so größer war, als der Kampf wiederum von fürstbischöflichen Beamten ausging und das Volk nicht glauben mochte, daß nicht eine höhere, mächtigere Hand hinter ihnen stünde.... Rechnen wir hierzu die offen betriebenen Agitationen bei den Abonnenten der Hausblätter, um dieselben von weiterem Halten derselben abzumahnen, was aus verschiedenen Ursachen auch bei vielen gelang, so lag der Gedanke an eine allgemeine planmäßige Verschwörung gegen die einzige katholische Zeitung Schlesiens und des Nordens unseres Vaterlandes nahe. Dieser Gedanke lag um so näher, als der Zeitpunkt der Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus heranrückte, die diesmal für die Geschicke der Kirche in Preußen entscheidend sein dürften und wo es den Gegnern der Kirche vor allem daran gelegen ist, ein Organ zu unterdrücken, dessen unberechenbaren Einfluß auf die katholische Bevölkerung sich in dem Gneistschen Vorkampfe so deutlich und unwiderleglich kund gegeben. Daß sich Katholiken dazu hergeben konnten, in unseliger Verblendung den Gegnern unserer heiligen Kirche die Bruderhand zu bieten, das, Hochwürdigster Herr Fürstbischof, ist es, was unsere Seele mit tiefstem Schmerz erfüllte und noch erfüllt......"

Am 3. Mai erfolgte aus Rom darauf die Antwort des Fürstbischofs, die eine ungemein scharfe Verurteilung von Virnichs Verhalten darstellt.[2]) Es heißt darin u. a.: „Da Wir Uns nicht der günstigen Lage erfreuen, Uns bei allem, was das Schreiben vom 28. April cr. mitteilt, in voller Uebereinstimmung mit dem ver-

---

[1]) Solche anerkennende Zuschriften waren den Hausblättern zugegangen aus Bromberg (Hausbl. S. 559), aus Westpreußen, Wormditt und vom Elbe- und Havelstrande (sämtlich auf S. 602), aus Jauer (S. 567), Neisse und Habelschwerdt (S. 585), Trebnitz (S. 593), Kattowitz (S. 579), Königshütte und Deutsch-Rasselwitz (V. A. vol. II.); desgleichen hatten die Geistlichen der Archipresbyterate Naumburg (S. 641), Habelschwerdt (S. 654), Münsterberg (S. 673), Költschen (S. 697), Striegau (S. 698), Myslowitz (S. 631), Lublinitz, Zülz, und Groß-Dubensko (sämtlich in V. A. vol. II.) der Redaktion ihre Sympathien ausgesprochen.

[2]) **An dieser Stelle erlaube ich mir noch einmal dem Verlage der Schlesischen Volkszeitung und seinem Direktor, Herrn Josef Boenigk, den herzlichsten Dank auszusprechen für die liebenswürdige Kulanz und die gütige Liberalität, mit der man mir die Benutzung der Verlagsakten gestattet, in der sehr richtigen Ansicht, daß ein Zeitungsunternehmen, das auf eine bald 50jährige rühmliche Vergangenheit und Tätigkeit zu des Vaterlandes Besten zurückblicken kann, im Interesse der Klarstellung lokalhistorisch wichtiger Momente selbst vor der Veröffentlichung einer Reihe gegen das Unternehmen sich richtender Aktenstücke nicht zurückzuschrecken braucht. Jeder Historiker auch im gegnerischen Lager wird dem Verlag für diese Großzügigkeit des Denkens sicher die verdiente Anerkennung zollen. Die aus meiner Feder demnächst erscheinende bis zum Jahre 1890 fortgeführte Geschichte der Schlesischen Volkszeitung wird überdies beweisen, daß selbst in der ärgsten Hitze des Kulturkampfes das Blatt an Loyalität der Gesinnung es getrost mit jedem hochkonservativen Organ aufnehmen konnte und die hier geschilderte Episode ein ganz vereinzeltes Faktum in der Geschichte der Zeitung darstellt.**

ehrlichen Comité zu befinden, so möchten Wir Uns gern gegen eine naheliegende Verkennung, soweit dies in unserer Zeit überhaupt möglich ist, verwahren, indem Wir erklären, daß Wir die Verdienste der Hausblätter um die Verteidigung der Kirche nach außenhin nie verkannt, denselben vielmehr immer und überall ein offenes Zeugnis gegeben haben, daß Wir ferner den politischen Verstößen, deren man die Hausblätter angeklagt, nie eine solche Bedeutung beigelegt haben, um die Bewegung gerechtfertigt zu sehen, die daraus entstanden ist, daß Wir endlich selbst den größten Wert auf die Erhaltung eines politischen Blattes legen, welches für Unsere große Diözese ein unabweisbares Bedürfnis ist . . . .“ Förster verspricht, der Agitation seiner Beamten Einhalt zu tun, läßt aber durchblicken, daß diese durch Virnichs Verhalten dazu gereizt worden sind. „Mögen sie mit Uns sich in der Geduld üben, mit welcher Wir es seit langem ertragen, daß Wir nach einem 45jährigen Wirken, Kämpfen und Dulden für unsere heilige Kirche von denselben Blättern als unkatholisch, als Feinde der Autorität, als Gegner des Papstes, als Förderer einer ungezügelten freien Wissenschaft verschrien werden, die mit dem positiven Christentum aufräumen will. Denn obwohl die Frage über die Infallibilität des Papstes in der Kirche noch frei ist, wird in den Hausblättern jeder für unkatholisch und für einen Feind der Autorität erklärt, der nicht für die Infallibilität des Papstes eintritt. In fortwährenden Artikeln der Hausblätter und erst wieder in dem uns übersandten Blatte No. 82 vom 10. April cr. ist dies in dem Artikel „Die Hausblätter und ihre Gegner“ klar ausgesprochen.

. . . . . Was die Redaktion der „Hausblätter“ anlangt, so wollen Wir sie in ihrer Anschauung über die päpstliche Infallibilität und in der freien Aussprache derselben nicht stören, wenn schon Wir gegründete Zweifel darüber haben, ob eine politische Zeitung und ein Laienredakteur das Recht haben, bei einer rein kirchlichen Frage in solcher Weise Partei zu nehmen, wie die „Hausblätter“ es tun. Auch werden Wir der Redaktion niemals zumuten, für Uns und Unser Amt bei verdächtigenden und ungerechten Anklagen, wie sie in dem Wiener „Vaterland“[1]) und andren Blättern vorgekommen sind und noch vorkommen, jemals in die Schranken zu treten. Es hat sich ja noch immer, wenn auch in fremden Diözesen,[2]) ein katholisches Blatt gefunden, welches im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit Unsere Verteidigung übernommen, ohne daß Wir damit zu protestantischen Blättern hätten Unsere Zuflucht nehmen müssen.“ —

Während dieses Schriftwechsels tobte unter der katholischen Gemeinde Breslaus ein heftiger Kampf für und wider die „Hausblätter“.[3]) In No. 171 der Schlesischen Zeitung legte der Präfekt des fürstbischöflichen Knabenseminars, Meer, energischen Protest ein

---

1) Vgl. dazu im Vorhergehenden S. 345 ff.

2) Damit ist angespielt auf den Artikel in der Kölnischen Volkszeitung Jahrg. 1870, No. 81; vgl. dazu im Vorstehenden S. 346/347.

3) Vgl. auch Breslauer Ztg. No. 179, S. 1397.

gegen „Virnichs geistiges Lynchsystem,“ mit dem er gegen jeden verfahre, „der, sei es in politischer oder religiöser Beziehung, eine entgegenstehende Meinung zu äußern sich die Freiheit nehme“; der Verein Breslauer katholischer Lehrer erklärte ebenfalls in einer Versammlung am 11. April[1]) seine Divergenz mit Virnichs Anschauungen, wogegen der hiesige Katholische Volksverein bei einer Sitzung am 13. April[2]) in seiner überwiegenden Mehrheit für die Redaktion der „Hausblätter“ sich aussprach[3]) und in der Versammlung vom 2. Mai[4]) den Frieden zwischen den beiden Lagern in der katholischen Gemeinde wiederherzustellen suchte.

Die beiden Hauptmatadoren, Schuppe und Virnich, hatten sich inzwischen in spaltenlangen, recht derben Erklärungen gegeneinander ergangen[5]) — da bereitete der plötzliche Ausbruch des großen deutsch-französischen Krieges „dem Sturm im Wasserglase“ ein jähes Ende, und mit ihm verschwand einer der Hauptkämpfer, nämlich Virnich, aus der Arena. Die Kriegserklärung schwebte noch in der Luft, als er ganz unvermittelt bei dem Komitee um einen außerordentlichen Urlaub, angeblich wegen Regulierung seiner Vermögensverhältnisse, nachsuchte. Er wurde ihm am 15. Juli auf die Frist von höchstens 8 Tagen bewilligt, ihm aber zugleich bedeutet, daß die Anwesenheit des Chefredakteurs unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen dringend notwendig sei.[6]) Als nun nach der am 19. Juli erfolgten Kriegserklärung Guido Porsch, der Verleger der „Hausblätter“, Virnich ersuchte, baldigst auf seinen Platz zurückzukehren, antwortete letzterer dem 2. Redakteur Joseph Blum,[7]) daß er nach Ablauf seiner „Ferien“ zurückkommen werde, aber bloß um der Gesellschaft zu kündigen,[8]) da er „des Sklavenlebens überdrüssig“ sei. Darauf kam ihm das Komitee zuvor und kündigte ihm am 28. Juli; an seine Stelle trat als Chef Joseph Blum, als zweiter Redakteur wurde Dr. Ludwig Pöppelmann engagiert.

Der Wechsel in der Schriftleitung macht sich beim Durchblättern des Jahrgangs 1870 der „Hausblätter“ sofort fühlbar durch eine wohltuende Mäßigung im Ton, die besonders gelegentlich der Landtagswahlkampagne sehr angenehm auffällt. Die Zeitung betrachtete es diesmal für die preußischen und insbesondere die schlesischen Katholiken als bestes, ausschließlich vom konfessionellen Gesichtspunkt aus bei der Wahl zu verfahren, „da die im Reichstage sowohl wie in der preußischen Kammer vorkommenden nicht nur

---

1) Hausbl. S. 601.

2) a. a. O., S. 577.

3) Schuppe legte infolgedessen seine Stellung als Vorsitzender des Vereins nieder; vgl. Hausbl. S. 661 u. 675.

4) Hausbl. S. 695.

5) Schuppe in No. 177 u. 193 der Schles. Ztg., deren Separatabzüge nach Hausbl. S. 609 in der Provinz verteilt worden waren; Virnich und die Komiteemitglieder in Hausbl. S. 591, 601, 621 u. 651.

6) Vgl. Protokoll der Komiteesitzung vom 15. Juli 1870. V. A. vol. II.

7) Er war nach V. A. vol. II. am 6. Oktober 1869 als zweiter Redakteur engagiert worden.

8) Vgl. Protokoll der Komiteesitzung vom 26. Juli 1870; V. A. vol. II.

kirchlichen, sondern auch streng konfessionellen Fragen Abgeordnete erheischen, die in dieser Hinsicht würdig und wahrhaftig die Ansichten ihrer Wähler vertreten."[1]) „Einige 50 katholische Abgeordnete, welche mehr noch durch ein echt katholisches Bewußtsein als durch bloße Fraktionsparagraphen geeinigt, als echt katholische Männer immer auf der Wacht stehen, um an erster Stelle überall — also auch in der Kammer oder im Reichstage — ihr höchstes Gut gegen jedweden ungerechten direkten oder indirekten Angriff zu verteidigen, könnten wie zu andren Zeiten auch jetzt noch einen wesentlichen und entscheidenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen in den politischen Staatskörpern ausüben und auch noch in unseren Tagen sich große Verdienste um Staat und Kirche sammeln."

Die Zeitung stellt sich damit völlig auf den Boden des bekannten Peter Reichenspergerschen Artikels in der „Kölnischen Volkszeitung" vom 11. Juni 1870, überschrieben: „Zu den nächsten Wahlen", der den Anstoß zur Gründung der Zentrumsfraktion gab[2]) und gegen den die Schlesische[3]) sowohl wie die Breslauer Zeitung[4]) sehr energisch Stellung nahmen. Die erstere äußerte ihre Meinung dahin, daß die Aufstellung katholischer Wahlprogramme eine Sonderbarkeit sei und der Verfassung gegenüber keine innere Berechtigung besitze. Eine katholische Fraktion sei nicht notwendig, es habe genug katholische Abgeordnete gegeben, die sich von einer solchen ferngehalten und nicht eingesehen, welcher spezifische Charakter des „Katholisch" einer politischen Partei der Verfassung gegenüber noch zukommen müsse. Die „Schlesische Zeitung" ist mit einem Worte der Meinung, daß das katholische Bekenntnis in Preußen nicht in der Lage sei, eine politische Sonderstellung darauf zu gründen und daß die Katholiken der Verfassung gegenüber nicht Rechte zu bekämpfen hätten, die ihnen verfassungsmäßig vorenthalten würden. Reichensperger, Windthorst und Mallinckrodt würden sich sicherlich bedenken, in die Schablonen dieses Programms ihre politische Tätigkeit einzuzwängen.

Die „Breslauer Zeitung' findet die Forderungen des Reichenspergerschen Wahlprogrammes bis zu einem gewissen Grad berechtigt, in ihnen gleichzeitig aber unberechtigte Ansprüche auf Bevorzugung seitens des Staates versteckt. Als nächsten Erfolg des Programms und der auf ihm basierenden Agitation bezeichnet das Blatt eine höchst wahrscheinliche Vermehrung der katholischen Abgeordneten, es bezweifelt jedoch, daß jene jemals im Abgeordnetenhaus oder Reichstage die Majorität erhalten würden. „Trotzdem wird der Einfluß dieser Fraktion nicht gering anzuschlagen sein... Können die Katholiken auch nur verhindern, daß eine der andren Parteien die absolute Majorität erhält, so sichern sie sich immerhin einen erheblichen Einfluß."

---

[1]) S. 397; vgl. auch die in demselben Sinne gehaltenen Auslassungen auf S. 357, 488, 719, 751, 797, 1695, 1709 u. 1860.

[2]) Vgl. Hüsgen: Ludwig Windthorst. Köln 1907, S. 81 u. 103.

[3]) Jahrg. 1870, No. 307; vgl. dazu Hausbl. S. 1033.

[4]) Jahrg. 1870, No. 309; vgl. dazu Hausbl. S. 1052.

Die „Hausblätter“ entnahmen den Aeußerungen der beiden Breslauer Kolleginnen nur eine neue Bestätigung ihrer Ansicht von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Katholiken bei den Wahlen, der vor allem auch dazu dienen solle, den „mit der Freimaurerei identischen Nationalliberalen“,[1]) „die sich als die stets bereiten Handlanger der Großkapitalsmacht erwiesen“,[1]) den Einfluß auf die Regierung zu nehmen. „Alle Anhänger dieser politischen Fraktion müssen daher ganz von der katholischen Wahlmänner- und Deputiertenliste gestrichen werden. Ein Kompromiß zugunsten der Wahl eines von ihnen heißt einem Feind der katholischen Religionsinteressen die Macht geben, die Freiheit und Rechte der Kirche mit größerem Erfolg, als ihm sonst möglich, zu bekämpfen.“

Einen nicht unwichtigen Faktor spielte diesmal bei den Wahlen der katholische Volksverein,[2]) und auch Fürstbischof Förster griff in das Wahlgeschäft ein, indem er in einer „Ermahnung an Unseren vielgeliebten Klerus“, — vom Feste Allerheiligen 1870 datiert, von den „Hausblättern“ im Jahre 1871, No. 46, aber erst kurz vor den Reichstagswahlen bekannt gegeben — den katholischen Geistlichen es zur heiligen Pflicht gemacht wurde, „daß in die gesetzgebenden Versammlungen Vertreter des Volks gesandt würden, deren Ueberzeugung und Charakter die Sicherheit gäben, daß sie jeder Schädigung der religiösen Interessen mannhaft entgegenträten und in den vorkommenden religiösen Fragen ihr Votum im Sinne und zur Verteidigung der Kirche abgeben würden.“ „Wir wünschen nicht, daß Ihr Euch zu diesem Zwecke in stürmische Wahlagitationen einlaßt, am wenigsten, daß die Kanzel gemißbraucht werde, um die ohnehin mit jedem Wahlakt verbundene Aufregung von heiliger Stätte noch zu erhöhen; Wir ermahnen Euch aber, in der besonnenen und würdigen Weise, welche dem Seelsorger ziemt, durch Belehrung Eurer Mitbürger auf Erzielung von Wahlen in dem vorbezeichneten Sinne hinzustreben.“ Dank dieser Intervention zogen denn aus Schlesien 6 katholische Abgeordnete[4]) in den Landtag.

Das Gesamtergebnis der Wahlen bezeichnen die „Hausblätter“ in No. 288 als ein für die Interessen der katholischen Bevölkerung nicht ungünstiges; manches bleibe freilich noch auszusetzen. So hätte im Lublinitzer Kreise ohne Schwierigkeit statt des Landrats Prinzen Hohenlohe ein Katholik durchgebracht werden können. Man scheine sich damit getröstet zu haben, daß der neben dem katholischen Kandidaten aufgestellte protestantische auch Garantien für die Wahrung der katholischen Interessen biete.

---

1) S. 1777.

2) S. 1009; vgl. auch S. 955 u. 1003.

3) Vgl. z. B. seine eifrige Agitation im Kreise Neumarkt unter der Leitung des Grafen Lazy Henckel von Donnersmark, Hausbl. S. 939, 992, 1747, 1823 u. 2260; für seine Wahlpolitik in Breslau vgl. Hausbl. S. 1823.

4) Ihre Namen nach Hausbl. S. 1870, 1935 u. 1871, S. 85, Schles. Ztg. 1871, No. 19 wie folgt: Stadtpfarrer Schaffer (Ratibor), Erzpriester Schumann (Pleß-Rybnik), Erzpriester Funke (Kreuzburg-Rosenberg), Graf Lazarus Henckel von Donnersmark (Beuthen), Kreisgerichtsrat Maiß (Beuthen) und Graf Praschma (Neustadt-Falkenberg).

Solche Erwägungen, die übrigens nicht einmal überall zuträfen, könnten aber in einer so eminenten Zeitkrise nicht maßgebend sein, weil es darauf ankomme, eine geschlossene, kompakte Phalanx von Verteidigern des verfassungsmäßigen Rechts katholischerseits in das Haus der Abgeordneten zu schicken. . . „Im Kreuzburg-Rosenberger Wahlkreise hätte der in der Schul- und Klosterfrage durchaus unzuverlässige und seiner nationalliberalen Tendenzen wegen suspekte freikonservative Graf Bethusy unbedingt, nötigenfalls durch Kompromiß mit den Konservativen beseitigt werden müssen, da er das Vertrauen der Katholiken verloren hat. Auch die katholische Grafschaft Glatz[1]) hat sich noch nicht ermannt, vielmehr im alten Schlendrian des Kompromisses fortgewählt, so daß ein Schutz für die katholischen Interessen von da nur in sehr geringem Grade zu erwarten ist. Im 5. Breslauer Wahlbezirk, Kanth, hätten die im Breslau-Neumarkter Kreise vorhandenen zahlreichen Katholiken alles aufbieten müssen, um wenigstens den wegen seiner antikonziliarischen Tätigkeit in Rom bekannten Grafen Limburg zu werfen. . . . Dessenungeachtet unterschätzen wir das Erreichte nicht . . . vorausgesetzt, daß die gewonnenen Kräfte auf dem Landtage ihre richtige taktische Verwendung finden. Dies ist nur möglich in der Vereinigung . . . das hat sich gelegentlich der Debatte in der Klosterfrage . . . evident herausgestellt, wo es allein durch die Zersplitterung der Katholiken in verschiedene Fraktionen möglich gewesen ist, diese eminent wichtige Sache, die als Probierstein für die Verfassungstreue der Abgeordneten auch in katholischen Fragen betrachtet werden konnte, gegen die wohlbegründeten Anträge der alten Vorkämpfer katholischer Interessen, Reichensperger und Mallinckrodt, von der Tagesordnung dergestalt hinweg zu eskamotieren, daß ihre Verhandlung durch den inzwischen eingetretenen Schluß der Sitzung unmöglich wurde."

Man sieht, die Entrüstung der Zeitung über die bekannten Ausfälle des Berichterstatters Professor Dr. Gneist[2]) gegen die Katholiken und ihr Ordenswesen in der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses am 17. Dezember 1869 ist am Schluß des Jahres 1870 noch ebenso heftig, wie sie sich im Januar und Februar desselben Jahres kundgetan.[3]) Aus den Demonstrationen, deren Gegenstand bald nach dem Moabiter Klostersturm die dortigen Diakonissinnen gebildet, entnahm damals das Blatt zudem die Ueberzeugung, daß es nicht bloß auf das katholische, sondern auf jedes positiv-christliche Bekenntnis abgesehen sei. „Darum sollten die gläubigen Protestanten sich recht vorsehen, die antikatholische Agitation aus konfessioneller Antipathie irgendwie gutzuheißen und sich erinnern, daß es eine Zeit gegeben, wo die Alt-Lutheraner als eine höchst gefährliche Sekte drangsaliert wurden. . . . Wiederholt fordern wir aber die Katholiken auf, gegen die klosterfeindlichen Bestrebungen und An-

---

[1]) Hier waren die Freikonservativen Kanonikus Dr. Künzer und Staatsanwalt Thilo, sowie der Nationalliberale, Vorwerksbesitzer Bach gewählt worden.

[2]) Siehe im Vorhergehenden S. 362.

[3]) Vgl. Hausbl. 1870, S. 9, 23, 76, 151, 202 u. 238.

träge bei dem Abgeordnetenhause Protest einzulegen und die Respektierung der vollen Freiheit für die religiösen Vereine und Genossenschaften zu fördern." Der Appell der Zeitung an ihre Leser verhallte nicht ungehört; denn aus ca. 52 schlesischen Ortschaften[1]) gelangten Proteste gegen die Klosteraufhebungsordonnanzen an den Landtag, und so glaubte auch der Berliner Korrespondent der „Hausblätter" einen Hauptanteil an dem „Sieg", den nach seiner Ansicht Mallinckrodt, Reichensperger und Windthorst durch ihre Darlegungen in der Sitzung vom 9. Februar 1870 über die Klosterstürmer davongetragen, „dem wackeren katholischen Volke in Schlesien" beimessen zu dürfen, „das nicht allein zuerst Alarm geschlagen, sondern auch mit Hunderten von Adressen, Protesten und Petitionen mit Unterschriften von unabhängigen Männern aller Stände und Berufsklassen zuerst auf den Kampfplatz geeilt ist."[2])

Das große Ereignis des Jahres 1870, der Krieg, läßt seit dem 19. Juli die konfessionelle Polemik in der Zeitung mehr in den Hintergrund treten. Typisch für die Stimmung der „Hausblätter", die nun fast auf jeder Seite ausführlich den folgenschweren Schritt Napoleons kommentieren,[3]) ist eine Auslassung Wicks in dem Leitartikel der No. 160: „Der Angreifer ist Napoleon," schreibt der katholische Preßveteran, „das stärkt unser moralisches Bewußtsein. Wenn Oesterreich nicht aus seiner Neutralität gegen uns feindlich heraustritt, so sind wir Frankreich vollständig gewachsen. Die Franzosen kämpfen für ihre nach ihrer Meinung bedrohte Machtstellung und soldatische Ehre, wir für das wirklich in Gefahr gestellte Vaterland. In Gottes Hand liegt der Sieg; wir hoffen ihn für uns."

Der durch die glänzenden Siege vorbereiteten Einigung Deutschlands stehen die „Hausblätter"[4]) aber voll Antipathie gegenüber, weil „die rührigen, zungengewandten Nationalliberalen" zu diesem Werke die Initiative ergriffen und dabei „jeden historisch berechtigten Partikularismus der süddeutschen Völkerstämme aus dem Wege räumen sowie einen Einheitsstaat aufbauen wollten, der nach einer Schablone in strammer Weise regiert werde." „Ohne faktische Veranlassung den süddeutschen Staaten Opfer ihrer staatlichen Selbständigkeit auferlegen hieße dem allverschlingenden zentralistischen Einheitsstaat zutreiben, der die Keime seines Zerfalls bei seinem Entstehen in sich trüge."

---

[1]) Nach dem Provinzteil der Hausblätter S. 33—266 aus Arnsdorf (Kr. Hirschberg), Bogutschütz, Breslau, Brieg, Bunzlau, Kamenz, Deutsch-Piekar, Falkowitz (Kr. Karlsruhe O/S.), Frankenstein, Gleiwitz, Glogau, Görlitz, Groß-Peterwitz, Groß-Strehlitz, Hennersdorf, Jauer, Kaltenbrunn, Königshütte, Koppinitz, Krappitz, Kunersdorf, Kynau, Langenbielau, Leschnitz, Liegnitz, Löwenberg, Münsterberg, Naumburg, Neisse, Neumarkt, Neustadt O/S., Pakosc, Parchwitz, Patschkau, Pitschen, Reichenbach, Rosenberg, Sagan, Schmottseifen, Schoenberg, Schwiebus, Städtel-Leubus, Strehlen, Striegau, Trebnitz, Tworkau, Wiese-Pauliner, Wischwitz, Zülz.

[2]) S. 238.

[3]) S. 981, 1041, 1063, 1069, 1087, 1090, 1109, 1131, 1159, 1223 u. 1229.

[4]) S. 1571, 1635 u. 1643.

In der zweiten Woche[1]) des neuen Jahres

1871

muß die Zeitung anläßlich einer Erörterung über die Wahlen zum neuen deutschen Reichstag allerdings schon zugeben, daß die Einigung der deutschen Fürsten und Lande, wenn sie auch für letztere größere Belastungen herbeigeführt, für Deutschlands Sicherheit und Frieden mehr bürgt, als selbst die in Aussicht genommene Grenzregulierung auf Kosten Frankreichs. „Wir erachten diese deutsche Einigung um so mehr für die beste Frucht des Kampfes, als sie auf dem Wege der Vereinbarung und nicht durch revolutionäre Gewalttaten zustande gekommen ist, so daß den Bundeseigentümlichkeiten billig Rechnung getragen werden konnte. Grade, daß die Unifikation nicht gewaltsam mit den geschichtlich entwickelten deutschen Länderzuständen aufräumt, sondern sie respektiert, ist ihr Vorzug und verheißt ihr Dauer und Weiterentwickelung.“ Aus katholischen Motiven hätte niemand den die Einigung Deutschlands herstellenden Verträgen seine Zustimmung versagen können, und Dr. Jörgs sowie seiner Genossen Opposition habe nur auf spezifisch bayrischen Intentionen und nicht auf ultramontanen Tendenzen basiert. Nur müsse man es als einen bedenklichen Mangel beklagen, daß den preußischen Katholiken garantierte religiöse Grundrechte weder in der norddeutschen Bundesverfassung noch in den Reichsverträgen eine Stelle gefunden. Der Gefahr, welche daraus eventuell entstehen könnte, müßten die Katholiken nun dadurch zuvorzukommen suchen, daß sie im deutschen Reichstage sich die ihnen entsprechende Vertretung verschafften und sich nicht zur Schleppenträgerei für andre Parteien mißbrauchen ließen.

Das waren dieselben Gedanken, die auch dem von den „Hausblättern“ in Nr. 19 vom 19. Januar abgedruckten Wahlaufruf der Zentrumsfraktion zugrunde lagen, und wie sie sich die Zeitung zu eigen gemacht, bewies wenige Tage später[2]) ein Anerbieten der Redaktion, „bei der in so manchen Wahlkreisen sich kundgebenden Verlegenheit betreffs der Personenfrage im Einverständnis mit dem Wahlausschuß der Zentrumsfraktion und unterstützt durch ein Komitee mit den Verhältnissen Schlesiens vertrauter Männer auf diesbezügliche Anfragen geeignete Persönlichkeiten sofort nachzuweisen.“ In Breslau brachte die Zentrumsparole bei Nominierung der Kandidaten einen argen Riß in den katholischen Volksverein, dessen Vorstand in seiner größeren Hälfte, mit Professor Gitzler an der Spitze, ein Vorgehen mit den Konservativen und deren Organ, dem königs- und verfassungstreuen Verein sowie die Wahl der Kompromißkandidaten Oberpräsident Graf zu Stolberg (für Breslau-West) und des Geh. Regierungsrats von Görtz (für Breslau-Ost) vorschlug.[3]) Eine Wahlversammlung der beiden Parteien am 17. Februar

---

[1]) No. 10, S. 57.
[2]) S. 173.
[3]) Vgl. den Bericht über die Sitzung des kath. Volksvereins vom 12. Februar in Hausbl. S. 307 u. 316.

führte aber zu keiner Verständigung; denn der größte Teil der im Volksverein organisierten Katholiken folgte der Parole der „Hausblätter“[1]), die diesmal ein Zusammengehen mit den Konservativen für unmöglich erklärten, „weil auf dem Reichstage tief in das katholische Leben einschneidende Fragen zur Diskussion kommen würden, für die einzustehen, ja bloß für sie sich zu erwärmen man einem gläubigen Protestanten nicht zumuten könne.[2]“) Anstatt des Oberpräsidenten wurde also für Breslau-West — Görtz war bereits Kandidat der Katholiken — der Graf Hoverden als Kandidat des Volksvereins aufgestellt.

Diese Betätigung politischer Selbständigkeit nützte aber nicht viel, da Ziegler und Kirchmann, die Kandidaten der Fortschrittspartei, mit bedeutender Majorität siegten, wogegen für die katholischen Kandidaten in Breslau-Ost 1284, in Breslau-West gar nur 86 Stimmen abgegeben wurden.[3]) Insgesamt hatte das Zentrum in Schlesien beim ersten Wahlgange 60309 Stimmen erhalten, wovon auf die 13 Wahlkreise des Regierungsbezirks Breslau 26169 auf die 10 Wahlkreise des Regierungsbezirks Liegnitz 4511 und auf die 12 Wahlkreise des Regierungsbezirks Oppeln 29969 Stimmen entfielen.[4]) Als Zentrumskandidaten zogen für Frankenstein-Münsterberg der Ministerialdirektor Dr. Krätzig (mit 5447 Stimmen gewählt)[5]) und für Pleß-Rybnik der Geistliche Rat Müller aus Berlin (im 1. Wahlgang mit 9117, nach der Ungültigkeitserklärung bei der Nachwahl mit 9146 Stimmen gewählt) in den Reichstag ein.[6]) Mit dem Gesamtresultat ist die Zeitung[7]) ganz zufrieden. „Die Katholiken in Preußen,“ so äußert sie ihre Genugtuung, „dürfen mit gerechtem Stolze auf die Früchte ihrer Anstrengungen hinblicken, und wenn unsre Brüder, die Süddeutschen, nicht denselben Triumph feiern können, so haben sie dies, wie wir mit Bedauern konstatieren müssen, zum Teil der Uneinigkeit im eignen Lager, zum Teil einer Wahlbeeinflussung zu verdanken, die mit nicht sehr wählerischen Mitteln betrieben wurde. . . . Die Gefahr einer Beeinträchtigung der Rechte unserer Kirche und der vertragsmäßig gewährleisteten Rechte der Einzelstaaten ist aber jedenfalls durch den Ausfall der Wahlen glücklich abgewendet.“ Auch über das Wahlresultat in Schlesien

---

[1]) S. 348/349.

[2]) Wenige Wochen später, in No. 60 vom 2. März, drückten sich die „Hausblätter“ schon wesentlich schärfer aus: „Daß wir Katholiken von den Konservativen als politischer Partei nichts zu erwarten haben, das lehren vor allem deren Organe, die „Kreuz-“ und „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, welche in der Katholikenhetze und in der Begünstigung der wider ihre Kirche in Auflehnung begriffenen Katholiken das möglichste geleistet haben.“

[3]) Vgl. Specht, Fritz: Die Reichstagswahlen von 1867—1897. Berlin 1898, S. 161.

[4]) Berechnet nach Specht a. a. O.

[5]) Vgl. Specht a. a. O., S. 166.

[6]) Vgl. Specht a. a. O., S. 177; die Hausblätter S. 183 u. 508 rechnen zu den Zentrumskandidaten auch den Grafen Saurma-Jeltsch auf Lorzendorf (Wahlkreis Kattowitz-Zabrze) und Graf Strachwitz auf Stubendorf (Wahlkreis Oppeln). Nach Specht S. 176 u. 466 gehörte ersterer aber zur Reichspartei, letzterer nach S. 174 u. 482 zu den Konservativen.

[7]) S. 495.

klagen die „Hausblätter"[1]) nicht, ja den Sieg der Fortschrittspartei über die Nationalliberalen in Breslau begrüßen sie sogar mit Genugtuung, „denn in unserer Zeit ist für Halbheiten kein Raum mehr, und deshalb ist uns ein ehrlicher konservativer Protestant, ja selbst ein Fortschrittsmann wie Hoverbeck lieber als ein nationalliberaler oder freikonservativer Katholik."

Als Exemplar der letzteren Gattung mußte sich auch der Breslauer Domherr Dr. Künzer — er gehörte im neuen Reichstag bis zu seiner Mandatsniederlegung der deutschen Reichspartei an — von der Zeitung[2]) wieder ein scharfes Mißtrauensvotum ausstellen lassen. „Glatz-Habelschwerdt hat abermals Dr. Künzer zu seinem Vertreter erkoren.[3]) Wir wollen hier nur soviel bemerken, daß nicht nur im Kreise Beuthen O/S. die antikatholische Partei in ihren Wahlmanifesten gegen die Grafen Schaffgotsch und Saurma aus dem Namen und den Reden des Herrn Dr. Künzer Kapital zu schlagen gesucht hat, sondern daß selbst im Wahlkreise Lippstadt-Brilon die Protestanten und sog. liberalen Katholiken aus Lippstadt sich auf Künzer berufen haben, um die Wahl des Kandidaten des Zentrums, des Rechtsanwalts Schröder zu Beuthen O/S. zu hintertreiben . . . Merkwürdig war es, daß die Regierung den Herrn Kanonikus Künzer in Koblenz-St. Goar dem Wirkl. Geh. Rat von Savigny und im Landkreise Aachen dem Dr. jur. Bock gegenüberstellte; obschon sich in letzterem Wahlkreise die Juden für den katholischen Domherrn außerordentlich interessiert haben sollen, so brachte er es doch nur auf 306 Stimmen, während er es in Koblenz-St. Goar durch den Eifer der protestantischen Gemeinden im Kreise St. Goar auf 1420 Stimmen gegen 7300 des Herrn von Savigny brachte."

Künzer war durch seine Zugehörigkeit zur freikonservativen Partei im Landtag und Norddeutschen Reichstag schon lange das Schmerzenskind der „Hausblätter" geworden. Bereits Anfang März 1870[4]) hatte der Glatzer Korrespondent der Zeitung seiner Entrüstung Ausdruck gegeben über die Voten Künzers gegen die Diäten, die Abrüstung, die Unterdrückung der Unsittlichkeit durch die Polizei, über seine Uebereinstimmung mit den Gneistschen Vorschlägen zu dem Unterrichtsgesetzentwurf und sein im Verein mit Lasker erfolgtes Auftreten gegen die Todesstrafe. Zum Sturm gegen ihn und seine Fraktionsgenossen bliesen die „Hausblätter" aber erst nach der Landtagssitzung vom 16. Januar 1871. Bei der Vorberatung des Entwurfs zum Staatshaushaltsetat für das Jahr 1871 war nämlich bei dem Kapitel 62 „Kultusministerium" zwischen Windthorst und von Kardorff bezüglich des konfessionellen Moments

---

1) S. 507.

2) a. a. O.

3) Er war nämlich schon im J. 1867 Vertreter dieses Wahlkreises im Nordd. Reichstag; vgl. Rübezahl (Schles. Provinzialblätter) 1871, S. 195; „Breslauer Hausblätter hatten verkündet, Dr. Künzer wird nicht wieder in der Grafschaft Glatz gewählt; Dekanatsamtszirkular dekretierte: darf nicht wiedergewählt werden.

4) No. 53, S. 363.

in der Schulgesetzgebung eine scharfe Polemik entstanden, dessen entschiedene Betonung, wie sie von dem Zentrum beliebt, letzterer unter mehrfachen Angriffen auf die katholische Kirche schroff ablehnte.[1]) Windthorst glaubte nun Kardorffs Stellungnahme gegen die konfessionelle Schule als programmatisch für die ganze freikonservative Partei hinstellen zu dürfen, gegen welche Verallgemeinerung sich Künzer[2]) entschieden verwahren zu müssen meinte, da sein Parteikollege „nicht im Namen der Fraktion und nicht im Namen seiner politischen Freunde überhaupt gesprochen, sondern er sich bei seinen Ausführungen nur auf einige seiner Freunde bezogen habe und er somit für seine Rede ganz allein einstehe.“ „Wenn wir auch von der Inkonsequenz der Folgerung absehen,“ bemerken die „Hausblätter“[3]) bissig, „so sieht man sich unwillkürlich nach der moralischen Nötigung um, bei solchen Ansichten einer bestimmten Fraktion beizutreten. Wir finden keine. Und doch erklärt Herr Künzer nicht ohne Pathos, daß er dieser Fraktion stets mit vollem Herzen angehört habe und ihr auch angehören werde, solange er parlamentarisch tätig sein werde; es ist dies ein innerer Widerspruch, dessen Lösung wir ihm und den übrigen Fraktionsgenossen gern überlassen, doch geben wir uns der Ueberzeugung hin, daß er kaum noch einmal in die Lage kommen dürfte, überhaupt einer Fraktion beizutreten.“

Unmittelbar nach dieser unverhüllten Drohung macht die Zeitung ihrem Groll darüber Luft, daß die Freikonservativen der katholischen Zentrumsfraktion in Schlesien sehr hinderlich im Wege standen. „Der freikonservativen Fraktion gehören, wie es scheint, vorzugsweise schlesische Abgeordnete an, vornehme Herren, Fürsten, Grafen und Edelleute, darunter nicht wenig Katholiken, aber auch Geistliche und andere katholische Abgeordnete. Man sollte fast meinen, daß die Katholiken eine ganz besondere Vorliebe für diese Fraktion besäßen und von ihr auch eine ganz besondere Vertretung ihrer Interessen zu hoffen hätten. Leider ist dem nicht so. Wenn schon die bloßen Namen einzelner durch ihre Stellung hervorragender katholischer Mitglieder jeden Katholiken von vornherein mißtrauisch machen mußten, so ist das bisherige Wirken der gesamten katholischen Mitglieder ohne Ausnahme in der Tat ein für die katholische Kirche nichts weniger als vorteilhaftes, ist vielmehr geradezu ein nachteiliges gewesen. Wir nehmen in der Tat auch Dr. Künzer nicht aus, seine Abstimmung in der Schulfrage in der letzten Kammersaison mag als Beleg dienen, obwohl darin noch nicht der Hauptnachteil liegt. Die Freikonservativen aber — wir sprechen natürlich nur von den katholischen — widerstreben aus allen Kräften der Bildung einer katholischen Fraktion und machen durch ihren Einfluß viele neu eintretende Mitglieder teils unschlüssig, teils ziehen sie dieselben zu sich herüber. Und hier

---

[1]) Vgl. seine Rede in Stenogr. Ber. über die Verhandl. des Hauses der Abgeordneten. Berlin 1871. S. 280 ff.
[2]) Vgl. seine Rede a. a. O., S. 291.
[3]) S. 197.

zeigt sich abermals der nachteilige Einfluß, den speziell der Abgeordnete Künzer vermöge seiner Stellung als Domkapitular ausübt. Derselbe hatte im Habelschwerdter „Gebirgsboten" sich unumwunden gegen die katholische Fraktion erklärt und bei dieser Gelegenheit die optimistische Meinung ausgesprochen, die Katholiken hätten von diesem Abgeordnetenhause nichts zu besorgen. Die Rede vom 16. Januar dürfte jedoch für die Katholiken, und zwar nicht bloß für die der Grafschaft Glatz, einen genügenden Maßstab für die Beurteilung des Künzerschen Standpunktes gegeben haben."

Nach seiner großen Rede im Landtag vom 4. Februar 1871 hatte Künzer in den Augen der „Hausblätter" aber vollständig ausgespielt. Bei der auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehenden Beratung über den Entwurf eines Gesetzes betr. die Uebertragung der Verwaltung und Beaufsichtigung des Volksschulwesens in der Provinz Hannover von den Konsistorien auf die Landdrosteien und das Provinzialschulkollegium hatte Windthorst[1]) auf diesen Gesetzentwurf als auf einen neuen Beweis für das Bestreben hingewiesen, die Schule um jeden Preis zu „entkirchlichen", und es deshalb unbegreiflich gefunden, „wie in Mißverständnis des (sc. zur Beratung stehenden) Gesetzes der Domkapitular Künzer sich habe für das Gesetz (sc. als Redner in die Liste) einschreiben lassen können." „Dem Abgeordneten Künzer und allen denen, welchen die Aufrechterhaltung der jetzigen Zustände auf Grund des Artikels 112 am Herzen liegt, mache ich bemerklich, daß, wenn sie diesen Einbruch in das Recht der Kirche in Hannover machen, auch für sie keinerlei Garantie mehr ist; sie werden dann mit ihren Schulen der Regierung auf Gnade und Ungnade übergeben sein, und wer das Reglementieren kennt, der weiß, was das bedeutet," so apostrophierte Windthorst den Breslauer Domkapitular.

Künzer[2]) verwahrte sich in seiner Replik dagegen, daß man seitens des Zentrums im Landtage Mißtrauen ausspreche und säe, „als ob die katholische Kirche Gefahr liefe, auf allen Punkten überrannt zu werden." „Einmal läßt sich die katholische Kirche in dieser Weise nicht überrennen, und ein andresmal wird jeder Katholik auf dem Platze sein. Aber ohne Grund und Ursache immer nur Mißtrauen hören und Mißtrauen predigen, und zuletzt noch Männer, die einen kirchlichen Charakter bekleiden, die ihr Leben hindurch sich der Kirche geweiht haben, als unentschiedene Katholiken hinzustellen, nein, das kann ich nicht gelten lassen," wehrte er sich gegen Windthorsts versteckte Verdächtigungen. Bezüglich seiner Stellung zu dem Verhältnis von Kirche und Staat auf dem Gebiete des Schulwesens gipfelten seine Ausführungen aber in der sehr bemerkenswerten Auslassung: „Ich begreife gar nicht, wie man sich feindlich gegenüberstellen kann der Schulverwaltung, wie sie in Preußen gewesen ist und noch ist. Wenn nicht der Staat mit solcher ungeheuren Konsequenz das Volksschulwesen in die Hand genommen hätte, dann hätten wir jetzt noch bei uns Zustände, wie wir sie in

---

1) Vgl. seine Ausführungen im Stenogr. Berichte a. a. O., S. 448.
2) Vgl. seine Rede im Stenogr. Bericht a. a. O., S. 450 ff.

Italien, in Frankreich, in Spanien usw. sehen. Unsere katholischen Schulen aber stehen hinter keiner evangelischen zurück, aber nur deshalb, weil ein und dieselbe Leitung und Verwaltung in der Hand einer wohlwollenden Regierung ist und weil die Regierung eben die nächste Leitung der katholischen Schulen einem katholischen Schulmanne anvertraut, ob Geistlicher, ob Laie . . . Wenn die Kirche ihre Aufgabe erfüllen und die Lehren, die sie für Wahrheit hält, überall nachdrücklich und kräftig verkünden will, dann bleibt ihr nicht die Zeit übrig, um sich in diese spezielle Leitung und Verwaltung der Schulangelegenheiten besonders einzulassen. Und daher, ich wiederhole es, habe ich nirgends eine Stelle gefunden, welche die Organe der Kirche verpflichtet, zu protestieren gegen eine Vorlage, wie wir sie gegenwärtig von dem Ministertische erhalten haben."

Naturgemäß erregte die Rede in der Presse gewaltiges Aufsehen, die Breslauer Blätter brachten sie in extenso, und die Schlesische Zeitung[1]) erachtete sie „für eine der bedeutendsten und aufklärendsten," welche in der Session gehalten worden. „Vom Standpunkt der Kirche und ihrer Verfassung aus stellte sie den Frieden mit dem Staat und seiner Verfassung wieder her, den Frieden, den eine andre Partei jetzt so schwer bedroht, und grade vom kirchlichen Standpunkt aus war sie ein vernichtender Schlag gegen Bestrebungen, die sich spezifisch kirchlich nennen, aber nur zum Unheil der Kirche wie des Staates beitragen werden."[2])

Die „Hausblätter" enthielten sich über eine Woche jeglichen Kommentars zu der Rede; offenbar wollten sie erst das Einschreiten der geistlichen Behörde abwarten. Dies geschah auch mehrere Tage nach dem 4. Februar durch ein an Künzer gerichtetes Schreiben des Domkapitels,[3]) worin seine geäußerten Ansichten aufs entschiedenste gemißbilligt wurden und man besonders die Art und Weise rügte, „in welcher er von seinen amtlichen Erfahrungen auf der Rednerbühne des Abgeordnetenhauses Gebrauch gemacht."[4]) Am 16. Februar machte auch Fürstbischof Förster dem Domkapitular Vorstellungen über sein Verhalten, und nun erst fällten auch die „Hausblätter"[5]) ihr Urteil, „daß die Wähler der Grafschaft Glatz sich

[1]) 1. Beil. zu No. 63.

[2]) Auch in der Folgezeit, für die Reichstagswahlkampagne, bot sie den Nationalliberalen und Freikonservativen wertvolles Agitationsmaterial; so wurde sie von ihnen nach Hausbl. 1871, S. 507, im westfälischen Industriebezirk in mehreren 1000 Exemplaren unter dem Volke verbreitet.

[3]) Hausbl. S. 315 u. 324.

[4]) Dies kann sich nur auf 2 Stellen in seiner Rede beziehen: „Ich bin durch meine amtliche Stellung oft in der Lage gewesen, säumige Priester anzuhalten, die Schulen zu besuchen, den Religionsunterricht zu erteilen, und eine Stelle in den kanonischen Bestimmungen aufzusuchen, vermöge deren ich den Antrag stellen könnte, daß ein solcher Geistlicher, der lässig darin gewesen, zu strafen sei", und „Wir (sc. beim Generalvikariatsamt in Breslau) haben allerdings noch ein besonderes Recht über die Hilfslehrer oder die sog. Adjuvanten. Aber seien Sie überzeugt, es wird sich das Vikariatsamt in Breslau nicht allzu sehr sträuben, wenn man ihm diese Kleinigkeit noch abnimmt, die ihm unendlich viel Arbeit macht."

[5]) S. 311; vgl. auch S. 343.

mit der Wiederwahl Künzers gegen die Kirche versündigen würden, da er, bewußt oder unbewußt, an der Ausführung des Programms Miquel, die katholische Kirche durch Katholiken zu verderben, arbeite." In der Grafschaft verwahrte man sich freilich sehr energisch gegen die Verurteilung Künzers durch die „Hausblätter", wie zwei äußerst schroff gehaltene Zuschriften an die Breslauer Zeitung[1]) und Schlesische Zeitung[2]) dartun. Ein Teil seiner Wähler konnte es sich indessen nach seiner Rede nicht versagen, von ihm alsbald die Angabe der Gründe zu verlangen, „die ihn bestimmt, dem katholischen Zentrum im Abgeordnetenhause nicht beizutreten."

Künzer äußerte sich darauf in einer für das Parteileben des Jahres 1871 viel zu charakteristischen und interessanten Ansprache,[1]) als daß sie nicht zum größeren Teil hier Wiedergabe finden sollte. „Man hat öffentlich und geheim, unter Versprechungen und Drohungen von oben und von unten her wiederholt an mich die Zumutung gestellt, entweder mein Mandat niederzulegen oder in das neugebildete Zentrum einzutreten. Ich mußte solche Zumutungen ablehnen und bin der Fraktion der Freikonservativen treu geblieben, nicht als ob ich diese Fraktion für die vollkommenste hielte, sondern weil sie meinen politischen Neigungen, die allem Schroffen, Uebertriebenen und Extremen, namentlich auf einem so freien Gebiete, wie die Politik es ist, abhold sind, am meisten zusagt. Mehr als 20 Glaubensgenossen, deren Namen einen guten Klang haben, teilen meine Ansichten in dieser Beziehung und haben sich derselben Fraktion angeschlossen, während andere katholische Abgeordnete teils in den Reihen der Konservativen, der Alt- und Nationalliberalen oder des Fortschritts und der Polen sitzen, teils zu den sogenannten „Wilden" gehören. Niemand hat an dieser Verteilung der Katholiken unter den übrigen Abgeordneten Anstoß genommen, und keiner aus uns hatte Ursache, sich über den persönlichen Verkehr mit den nichtkatholischen Kollegen zu beschweren; im Gegenteil haben wir oft mit Vergnügen konstatieren können, daß dieser freimütige Verkehr viele Vorurteile beseitigt, gegenseitige Anerkennung und Gerechtigkeit gefördert, versöhnliche Ansichten und kollegialische Zugeständnisse ausgetauscht wurden usw. Seit dem vorjährigen verhängnisvollen Bericht der Petitionskommission in der Klosterangelegenheit und seit der Wiederbildung einer katholischen Fraktion im Zentrum des Hauses scheint dieses anders werden zu sollen und schon spitzen sich außer anderen auch die religiösen Gegensätze hier und da in einer Weise zu, wie es der Vaterlandsfreund bedauern muß. Niemals haben in dem Schoße der politischen Fraktionen der Volksvertretung konfessionelle Reibungen stattgefunden, eben weil die verschiedenen Konfessionen darin gleichberechtigt waren. So leben auch in der Fraktion der Freikonservativen Protestanten und Katholiken friedlich miteinander; die einen wie die andren stimmen frei nach ihrer innersten Ueberzeugung, ohne jemals beeinflußt oder gedrängt zu

---

[1]) No. 83, S. 582.
[2]) No. 88.
[3]) Schles. Ztg. No. 69.

werden. Daß die protestantischen Mitglieder ihren protestantischen Standpunkt bei Beurteilung gewisser Fragen innehalten, darf ebensowenig befremden, als daß die Katholiken ihrer religiösen Ueberzeugung treu bleiben; gefordert kann nur werden, daß beide Parteien einander mit Achtung und Gerechtigkeit behandeln und einander mit jener Rücksicht und jenem Wohlwollen begegnen, wie es deutschen Männern geziemt. . .

Als sich daher zu Beginn der damaligen Landtagssession eine katholische Fraktion unter dem Namen „Zentrum“ bildete, und zwar aus ganz entgegengesetzten politischen Elementen, hatte ich umsoweniger Veranlassung, dieser Partei sofort beizutreten, als wenige Wochen vorher einer der gegenwärtigen Führer derselben offen und bestimmt erklärt hatte, die Bildung einer katholischen Fraktion in unserer Zeit würde vom größten Nachteile sein.[1]) Ist das Zentrum eine katholische Partei, so fordert sie mehr oder weniger die Bildung einer protestantischen heraus, und die Folgen dieser konfessionellen Scheidung in der Volksvertretung wären verhängnisvoll für ganz Deutschland; ist es aber eine politische Partei, so muß es doch den katholischen Abgeordneten freistehen, wie es tatsächlich den Protestanten und Katholiken in allen Ländern freisteht, sich einer politischen Richtung anzuschließen, die ihrer Ueberzeugung entspricht. Unmöglich kann man es ihnen zum Vorwurf machen wollen, daß sie in politischen Dingen nicht immer mit Windthorst, Mallinckrodt und Reichensperger stimmen, die beispielsweise sich gegen die Bundesverfassung und teilweise in neuester Zeit gegen die Verträge mit Süddeutschland erklärten.[2])

[1]) Künzer spielt hier an auf die ersten Erörterungen über die Bildung der Zentrumsfraktion gelegentlich eines Diners im Hause von Savignys, wo er auch zugegen war. Peter Reichensperger bezeichnete bei dieser Gelegenheit die Gründung einer konfessionellen Partei geradezu als „ein Unglück“. (Vgl. Hüsgen, Windthorst a. a. O., S. 87 u. 104).

[2]) Aehnlich äußerte er sich in einem Briefe vom 27. Februar 1871 (Vgl. Hausbl. S. 474), worin er für den Wahlkreis Düren anstatt des Kandidaten der Katholiken, Pfarrer Decker, den Obertribunalsrat Weyers empfahl: „. . . Das geheime Wühlen gegen katholische Abgeordnete, als seien diese laue, unentschiedene und schlechte Katholiken, weil sie nicht der katholischen Fraktion im Abgeordnetenhause beigetreten, ist leider an der Tagesordnung und beweist, wie wenig diese katholischen Wühler und Richter von der katholischen Nächstenliebe besitzen . . . Noch ist es die Majorität der katholischen Abgeordneten, welche der katholischen Fraktion des Zentrums nicht angehört. Ob die Bildung einer solchen konfessionellen Fraktion unserem Vaterlande und unserem Volke und speziell uns Katholiken zum Heile gereicht, wird die Zukunft lehren. Auf jeden Fall ist es ein sehr bedenkliches Zeichen unter uns Katholiken selbst, wenn wir treue und untadelhafte Glaubensgenossen nur deshalb verdächtigen und von der Wählbarkeit ausschließen, weil sie nicht jener Fraktion angehören wollen, als ob diese Angehörigkeit an sich schon eine Garantie echter Katholizität wäre.“ Im Jahre 1872 präzisierte er noch einmal seine ablehnende Haltung dem Zentrum gegenüber in dem vielbesprochenen Briefe, in welchem er die Einladung zum Beitritt zu der inzwischen konstituierten schlesischen Zentrums-, oder wie sie hier genannt wurde, „christlich-konservativen“ Partei zurückwies. Das Schreiben lautet nach Majunke „Geschichte des Kulturkampfs in Preußen-Deutschland, Münster 1886, S. 152:

„Ein hochvehrlicher Vorstand hat den ergebenst Unterzeichneten unter Beifügung des Programmes und der Statuten des sogenannten christlich-konservativen Wahlvereins für Schlesien mit der Aufforderung beehrt, dem genannten Verein nicht nur mit seiner Person beizutreten, sondern auch

„Der Mann ist unheilbar," entgegneten darauf die „Hausblätter"[1]), „mit solchen Anschauungen wird dem nivellierenden Liberalismus in die Hände gearbeitet, wird aus dem festen Gebäude der Kirche ein Stein nach dem andren abgebröckelt." —

Im April begannen die „Hausblätter" die Preßfehde gegen Künzer und die Freikonservativen von neuem in einer Artikelserie, „der Reichstag und die freikonservative Reichspartei" überschrieben.[2]) Die Veranlassung dazu bot in den Augen der Zeitung zunächst die Zustimmung dieser Fraktion zu der Adresse, die als Beantwortung auf die Thronrede an den neuen Kaiser gerichtet war und den unter deutlichem Hinweis auf Italien eingefügten, das Prinzip der Nichtintervention proklamierenden Satz enthielt: „Die Tage der Einmischung in das innere Leben der Völker werden, so hoffen wir unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkommen."[3])

---

mittelst seiner ausgebreiteten Personalkenntnis und weitreichende Einfluß die Zwecke des Vereins im Allgemeinen, besonders aber die Gewinnung von Mitgliedern sowie die Bildung von Kreis- und Lokalvorständen zu fördern. Der Unterzeichnete bedauert, dieser Aufforderung in keiner Weise entsprechen zu dürfen, weil der genannte Verein nicht sowohl die „christlich-konservativen" Interessen des Volkes wahrnehmen zu sollen scheint, sondern nach § 1 seiner Statuten hauptsächlich Propaganda für die Zentrumsfraktion der gesetzgebenden Versammlungen machen will, also unter dem „christlich-konservativen" Deckmantel einseitig politische Zwecke erstrebt. So leicht sich der Unterzeichnete im wesentlichen mit den sehr allgemein gehaltenen und elastischen Programme des Vereins befreunden könnte, so sehr widerstrebt es ihm, die unheilvolle Politik der Zentrumsfraktion fördern zu helfen. Er ist ein Feind von der Vermischung der Religion mit Politik und nimmt für die Katholiken in politischen Dingen ebenso die vollste Freiheit in Anspruch, wie er in religiösen Dingen die rückhaltlose Unterwerfung unter die von Gott bestellte Autorität vertritt. Aber die zu wählenden Abgeordneten zwingen, der Zentrumsfraktion beizutreten, ihnen also die Politik, welche die genannte Fraktion befolgt, vorschreiben und sie in eine partikularistische Richtung hineinnötigen: das ist ein ebenso unkluges als gewalttätiges Unternehmen, das sich kein wahrhaft unabhängiger, auch kein „christlich-konservativer" Mann gefallen lassen darf und gegen das ein jeder protestieren muß, der noch nicht gelernt hat, seine politischen Ansichten nach Ordre und Parole zu formen. Ueberdies ist die politische Haltung der Zentrumsfraktion gerade für uns Katholiken verhängnisvoll geworden, und es wird die Zeit kommen, da es den meisten klar sein wird, daß die Bildung der Zentrumsfraktion ein politischer Fehler und die Anklammerung der Katholiken an dieselbe ein Unglück gewesen, wie Herr Peter Reichensperger nicht lange vor jener Fraktionsbildung im Hause des Herrn von Savigny bei Tische in Beziehung auf die von dem Geistl. Rat Müller vorgeschlagene Bildung einer katholischen Fraktion sehr richtig vorhergesagt hat. Dann aber wird die bessere Erkenntnis wahrscheinlich zu spät kommen. Weit entfernt also, daß der Unterzeichnete dem Ansinnen, die Bestrebungen des sog. christlich-konservativen Wahlvereins zu fördern, entspricht, wird er vielmehr vor solcher Vermischung der Religion mit Politik und vor dem unheilbringenden Weiterschreiten auf den kirchlich politischen Bahnen der Zentrumsfraktion alle warnen müssen, die nach einer Versöhnung der Gemüter, nach wirklichem Gedeihen der Religion und nach dem Frieden der Kirche mit dem deutschen Reiche verlangen und streben. Die bisherige Haltung der Zentrumsfraktion und der meisten ihrer Freunde und Verehrer hat den Interessen der Religion, des Vaterlandes und des Friedens unendlich mehr geschadet als genützt . . .

1) S. 274.

2) S. 671, 695 u. 709.

3) Vgl. Hüsgen, Windthorst a. a. O., S. 111 und Brück a. a. O., Bd. 4, S. 63.

Eine zweite Ursache zur Bekämpfung der Reichspartei glaubten die „Hausblätter" zu erblicken in deren ablehnenden Haltung gegenüber dem am 1. April 1871 von Peter Reichensperger eingebrachten Antrag, die Artikel 12, 15, 27 und 30 der preußischen Verfassung, welche die Preßfreiheit, Vereinsfreiheit, die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und die Selbständigkeit der Religionsgenossenschaften garantieren, in die Verfassung des Reiches aufzunehmen. Die Zeitung macht zuvörderst ihrer Entrüstung über die Partei im allgemeinen Luft, nennt sie ein „schwächliches Anhängsel der Nationalliberalen" und nimmt dann die katholischen, freikonservativen schlesischen Abgeordneten unter die Lupe.

„Es sind deren acht",[1]) expektoriert sie sich,[2]) „mit Ausnahme des katholischen Priesters und Domkapitulars Dr. Künzer samt und sonders Malteserritter und schon als solche verpflichtet, für die Interessen ihrer Kirche einzustehen, ganz abgesehen von den Verpflichtungen, die sie als Vertreter durchweg katholischer Wahlkreise ihren katholischen Wählern gegenüber eingegangen sind. Daß wir einen Würdenträger der katholischen Kirche von dieser Verpflichtung nicht ausnehmen können, ist selbstredend. Wie sind sie nun diesen ihren doppelten Verpflichtungen nachgekommen? Zunächst haben sie sämtlich, die Malteserritter und der Domkapitular, sämtlich jene Adresse der Majorität unterschrieben, in welcher durch das mit ganz besonderem Nachdruck betonte Prinzip der Nichtintervention eine Sanktionierung der am Papste und der katholischen Kirche verübten Gewalttaten ausgedrückt werden sollte. Und doch hatten dieselben Malteserritter kurz zuvor durch den Herzog von Ratibor dem Kaiser eine Petition überreichen lassen, in welcher sie seinen Schutz für das vergewaltigte Oberhaupt der Kirche erbitten. Im Reichstage aber stimmen sie für das Gegenteil. Noch schlimmer aber ist ihr Verhalten gegenüber dem Reichenspergerschen Antrag ... Von den katholischen Abgeordneten katholischer Wahlkreise nun, Malteserrittern zumal und Priestern, durfte man erwarten, daß sie für die allererste Grundbedingung einer gedeihlichen Existenz, die religiöse und kirchliche Freiheit ihrer eignen Kirche streiten würden. Statt dessen beantragt Graf Johannes Renard, Abgeordneter des durchweg katholischen Wahlbezirks Kosel-Groß-Strehlitz, über den Antrag Reichenspergers zur Tagesordnung überzugehen und dieser sein desfallsiger Antrag wird von den Schlesischen Malteserrittern, Fürst Lichnowski, den Grafen Frankenberg, Saurma, Schaffgotsch, und selbstverständlich auch von dem Domkapitular Künzer unterstützt, weil die „Unabhängigkeit und die Freiheit des religiösen Bekentnisses zwar von hervorragender staatlicher und nationaler Bedeutung," die Verfassungsbedingungen aber in ihrer Allgemeinheit ungenügend seien, das angestrebte Ziel zu sichern, und es dem

[1]) Es waren dies: Graf von Renard (Gr. Strehlitz-Kosel), Herzog von Ujest (Lublinitz-Tost-Gleiwitz), Graf Schaffgotsch (Beuthen-Tarnowitz), Graf Saurma von der Jeltsch (Kattowitz-Zabrze), Fürst Lichnowski (Ratibor), Graf von Oppersdorf (Neustadt O/S.), Graf von Frankenberg-Ludwigsdorf (Falkenberg-Grottkau) und Dr. Künzer (Glatz-Habelschwerdt).

[2]) S. 695.

weiteren Ausbau der Reichsverfassung vorbehalten bleibe, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu regeln."

Die Zeitung wendet sich dann zu der Tatsache, daß einzelne katholische schlesische Mitglieder der Reichspartei vor ihrer Wahl das bindende Versprechen abgegeben, grade für den Art. 15 oder doch zum mindesten nicht gegen seine Uebertragung auf die Reichsverfassung stimmen resp. sprechen zu wollen, daß zu diesen auch der Abgeordnete von Grottkau-Falkenberg, der Graf Fred von Frankenberg, gehört, und zieht nunmehr gegen diesen vom Leder:

„Es scheint denselben doch noch ein Zweifel überkommen zu sein, ob sein Verhalten mit dem foi de gentilhomme vereinbar sei, und hat er sich deshalb für bemüßigt gehalten, seine Abstimmung zu rechtfertigen. Er sagte deshalb, daß er sich seinen Wählern gegenüber allerdings damit einverstanden erklärt habe, daß die §§ 12—16 aus der preußischen Landesverfassung in die allgemeine Reichsverfassung hinübergenommen werden, damit auch die kirchliche Freiheit unseren Süddeutschen zugute komme. „„Meine Herren"", sagte Graf Frankenberg, „„ich erkenne das vollkommen an, aber den Zeitpunkt, den Sie gewählt, die Art und Weise, wie Sie den Antrag gebracht, bestimmen mich etc. . . ."" Mit Zeitpunkt also und Art und Weise, glaubt Graf Frankenberg, könne ein Wortbruch gerechtfertigt werden."

Hatten die „Hausblätter" mit ihrer Artikelserie die Absicht verfolgt, die katholischen Freikonservativen in Schlesien bei ihren Glaubensgenossen gründlich zu diskreditieren, so konnte man diesen Zweck als ziemlich erreicht betrachten. In den Wahlkreisen der Abgeordneten Grafen Schaffgotsch, von Frankenberg u. a. wurden von den Katholiken Mißtrauensvoten kolportiert,[1]) und Fürstbischof Förster erklärte, das Auftreten der vorgenannten Magnaten im Reichstage mache es ihm unmöglich, in ihrer Gemeinschaft Mitglied der schlesischen Maltesergemeinschaft zu bleiben. Erst eine besondere Deputation, bestehend aus dem Herzog von Ratibor, Graf Oriola und Graf Praschma[2]), sowie eine in No. 97 der „Hausblätter" lancierte, von 17 schlesischen katholischen Magnaten unterzeichnete Erklärung, worin letztere sich durch das Auftreten von Frankenbergs und Genossen als „tiefverletzt" bezeichneten[3]), vermochten ihn von seinen Austrittsabsichten abzubringen.

---

[1]) Rübezahl (Schl. Provinzialbl.) Jahrg. 1871, S. 251; vgl. z. B. das dem Grafen von Frankenberg ausgestellte Mißtrauensvotum der 46 Grottkauer Katholiken vom 13. Mai 1871 in Schles. Ztg. 1871, No. 237.

[2]) Rübezahl a. a. O., S. 251/252.

[3]) Die Schles. Ztg. expektorierte sich darauf in No. 181, 1. Beil. „man wundere sich hauptsächlich darüber, daß sich zu diesem provozierenden Schritte gegen die nationalgesinnten katholischen Vertreter schlesischer Wahlkreise eine kleine Anzahl von Staatsbürgern berufen glaubte, unter denen 4 Konvertiten, 3 österreichische Offiziere und 3 bei den Wahlen durchgefallene Kandidaten der klerikalen Partei sich befänden. Der Beruf dieser Herren, sich gewissermaßen als Wortführer der schlesischen Katholiken zu gerieren . . . . . erscheine jedenfalls überaus zweifelhaft." In der Generalversammlung des schlesischen Malteservereins zu Breslau am 6. Juni 1871 bildete Frankenbergs Verhalten im Reichstag, vor allem sein

Bald hatte auch der Feldzug der „Hausblätter" ein Opfer zu verzeichnen: Künzer legte nämlich am 15. Juni sein Mandat nieder, angeblich aus Gesundheitsrücksichten und weil er für sein Amt als Domprediger während der Session keinen Stellvertreter gefunden; die „Hausblätter" geben aber in dem Artikel von No. 188, „Kuenzerus redivivus" überschrieben, selbst zu, „daß seinem Entschlusse, sich von der politischen Bühne zurückzuziehen, noch andre Motive zugrunde gelegen und diese ihnen sehr wohl bekannt seien." In einem Abschiedswort an seine Wähler, das der „Neue Gebirgsbote"[1]) brachte, gab er, mit einer deutlichen Spitze gegen das Zentrum, noch einmal seiner Ueberzeugung Ausdruck, „daß das Wohl des Vaterlandes nur auf dem Wege des Verständnisses zwischen Regierung und Volksvertretung, der Mäßigung der politischen Parteien, der Gerechtigkeit gegen alle und auf dem Wege der Milde und Schonung gegen Andersdenkende zu fördern sei." Aehnlich polemisierte er wenige Wochen später gegen das Zentrum in einem Schreiben, worin er als seinen Nachfolger den Wählern des Glatz-Habelschwerdter Kreises angelegentlichst den Gesandschaftssekretär Baron Anton Saurma empfahl, weil dieser wohl „Achtung, Schonung und Gerechtigkeit für jede religiöse Ueberzeugung" als erforderlich erachte, „aber nicht wolle, daß man Religion und Politik vermenge und unter dem Deckmantel der einen die andre schädige."[2]) Die „Hausblätter"[3]) bezeichneten letztere Aeußerung als eine Phrase, die aber im Munde eines Katholiken, zudem eines Priesters unter den gegenwärtigen Verhältnissen gradezu als ein Verrat an seiner Kirche erscheine, „wenn schon, wie wir gern zugeben, nur in beklagenswertester Verblendung begangen. Denn Herr Künzer übersieht gänzlich, wie sehr er unter „„dem Deckmantel der Politik"" die Interessen derjenigen Religion geschädigt, deren Würdenträger er ist und deren Glaubenssätze er allsonntäglich von der Kanzel herab verkündigt; er übersieht oder will übersehen, daß sich an seinen Namen alle die geschworenen Feinde der Kirche geklammert, daß sie ihn auf ihre Fahnen ge-

---

Polemisieren gegen das Unfehlbarkeitsdogma, noch einmal den Gegenstand der Erörterung, und es wurde beschlossen, dem Grafen eine Rüge zu erteilen; vgl. Hausbl. S. 1095 und Bresl. Ztg. No. 267. Für Frankenbergs Ansicht über dies Vorgehen, vgl. von Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier. Breslau 1895, Bd. 2, S. 159: „Meine Jungfernrede im ersten Reichstag wurde entscheidend für meine ganze politische Stellung in den kommenden Jahren des Kulturkampfs. Die Leidenschaft, mit welcher ich sofort von meinen Malteser-Konfratres in Breslau angegriffen wurde, deren statutarische Pflichten ich soeben während 7 Monaten als Armeedelegierter so ganz schlecht nicht vertreten zu haben glaubte, zeigte mir, wohin die Dinge getrieben werden sollten! Meine Taten galten nichts gegen meine Abstimmung zugunsten einer Adresse, aus welcher die Klerikalen eine Abweisung ihrer Ansprüche auf Wiedereinsetzung des Papstes in sein weltliches Königreich herauslasen und meinen Widerstand, die Verfassung Deutschlands durch Einführung von Grundrechten gefährden zu lassen. Die Hetze ging los, und ein Jahr darauf waren nicht nur ich, sondern der uns von Rom gegebene Bailli Herzog von Ratibor aus dem Vorstande herausgedrängt und der Verein schlesischer Malteser gesprengt."

[1]) Vgl. Hausbl. S. 1230.

[2]) Schles. Volksztg. 1871, No. 186, S. 3.

[3]) a. a. O., No. 188.

schrieben und, daß sie mit Schadenfreude den Breslauer Domkapitular als einen der Ihrigen gepriesen haben. Wir hätten gemeint, es wäre das die härteste Strafe für ihn gewesen, härter als das einstimmige Verdammungsurteil, das die gesamte katholische Presse über sein Auftreten fällte und härter als die unzweideutigen Beweise des Mißtrauens und der Entrüstung seitens seiner Amtsgenossen und Mitpriester. Er hat leider nichts daraus gelernt."

Noch einmal bildete Künzer in diesem Jahre den Gegenstand der Polemik für die „Hausblätter" anläßlich der bekannten Desavouierung des Zentrums durch den Kardinal-Staatssekretär Antonelli.[1]) Die ganze Angelegenheit war angeschnitten worden durch das schon oben erwähnte Mißtrauensvotum der Wähler von Grottkau-Falkenberg für ihren Abgeordneten, den Grafen von Frankenberg; dieser hatte darauf, von Bismarck dazu ermächtigt,[2]) am 17. Mai 1871 in einem Rechtfertigungsschreiben seinen Wählern u. a. erklärt: „Kardinal Antonelli hat Gelegenheit ergriffen, um seine Mißbilligung des Vorgehens der Zentrumspartei im deutschen Reichstage[3]) auszudrücken. Dem Ausspruche des berühmten Ministers Seiner Heiligkeit habe ich natürlich nichts hinzuzufügen." Der Unwahrheit geziehen, richtete der Graf unterm 12. Juni eine Zuschrift an den Fürsten Bismarck um Deculpierung und erhielt am 17. Juni zu seiner Rechtfertigung von dem Reichskanzler ein Schreiben, worin versichert wurde, Antonelli habe dem bayrischen Gesandten in Rom und interimistischen Geschäftsträger des deutschen Reichs, Grafen Tauffkirchen, „seine Mißbilligung über die „Haltung der Zentrumspartei" ausgesprochen und „damit auch der persönlichen Gesinnung Sr. Heiligkeit Ausdruck gegeben."[4]) Die „Hausblätter"

[1]) Vgl. dafür von Poschinger: Fürst Bismarck und die Parlamentarier. Breslau 1892. 2. Bd. S. 159ff; Siegfried, Nikolaus: Aktenstücke betr. den preuß. Kulturkampf. Freiburg i. Br. 1882. S. 91ff; Brück, Heinrich: Geschichte der kath. Kirche in Deutschland im 19. Jhrhdt. Mainz 1896. Bd. 3, S. 280; Majunke, Geschichte des Kulturkampfs in Preußen-Deutschland. Paderborn und Münster 1886. S. 170ff; Hüsgen: Windthorst a. a. O. S. 93/94; Rolfus a. a. O. S. 514.

[2]) Vgl. Poschinger a. a. O. S. 159.

[3]) Nämlich bei der Adreßdebatte. Antonelli wollte, wie aus dem Folgenden ersichtlich, die Verwahrung des Zentrums gegen die Interpolierung der Nichtinterventionsphrase mißverständlich als einen Antrag Windthorsts und Genossen auf Intervention Deutschlands zugunsten des Papstes aufgefaßt haben.

[4]) Nach Siegfried S. 91 lautet der Bismarcksche Brief in extenso: „Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich auf die von Ihnen unter dem 12. d. Mts. an mich gerichtete gefällige Zuschrift zu erwidern, daß die von Ihnen angeführte Tatsache einer Unterredung des Grafen Tauffkirchen mit dem Kardinal Staatssekretär und einer von letzterem dabei ausgesprochenen Mißbilligung des Vorgehens der sogen. Fraktion des Zentrums begründet ist. Diese Mißbilligung ist mir nicht unerwartet gewesen, da die Kundgebungen, welche Sr. Majestät dem Kaiser nach Herstellung des deutschen Reiches von Sr. Heiligkeit dem Papste zugegangen waren, jederzeit den unzweideutigsten Ausdruck der Genugtuung und des Vertrauens enthalten haben. Ich hatte deshalb gehofft, daß die Fraktion, welche sich im Reichstage unter dem Namen des Zentrums bildete, in gleichem Sinne zunächst die Befestigung der neuen Institution und die Pflege des inneren Friedens, auf dem sie beruht, sich zur Aufgabe stellen werde. Diese Voraussetzung traf nicht zu. Der parlamentarische Einfluß der Fraktion des Zentrums fiel tatsächlich in derselben Richtung ins Gewicht, wie die parlamentarische Tätigkeit der Elemente, welche die von Sr. Heiligkeit dem Papste mit Sympathie begrüßte Herstellung des Deutschen Reiches prinzipiell an-

äußern sich anfänglich garnicht zu dieser aufsehenerregenden Enthüllung, sondern begnügen sich vorläufig, die vom Zentrum erfolgte Dementierung einer ähnlich lautenden Nachricht, welche die „Deutsche Reichs-Korrespondenz" gebracht, abzudrucken.[1]) Am 7. Juni aber brachte die Zeitung als erstes der katholischen Organe — die „Germania" teilte erst am 23. Juni inhaltlich den Brief Antonellis

---

fechten und negieren. Ich habe von dieser Wahrnehmung die Gesandtschaft des deutschen Reiches in Rom unterrichtet, damit sie Gelegenheit habe, sich zu überzeugen, ob die Haltung dieser Partei, welche sich selbst als den speziellen Verteidiger des Römischen Stuhles bezeichnet, den Intentionen Sr. Heiligkeit entspreche. Den Wortlaut der Aeußerungen Sr. Eminenz bin ich nicht berechtigt, ohne spezielle Erlaubnis des Herrn Kardinals wiederzugeben; ich darf aber hinzufügen, daß Aeußerungen von Vertretern anderer Mächte in Rom mir die Bestätigung geben, daß der Kardinal in seiner gegen den Grafen Tauffkirchen ausgesprochenen Mißbilligung der Haltung der Zentrumspartei auch den persönlichen Gesinnungen Sr. Heiligkeit Ausdruck gegeben habe."

[1]) Nach Hausbl. Nr. 127, S. 980 lautete das Dementi der Zentrumsfraktion folgendermaßen: „Die „.D(eutsche) R(eichs) C(orrespondenz)"" bringt unter dem 17. d. Mts. folgenden Artikel: „„Dieser Tage ist bei dem Vorstande der Zentrumsfraktion ein Schreiben des Kardinals Antonelli aus Rom eingetroffen, in welchem derselbe den deutschen Katholiken, speziell der Fraktion seinen Dank ausspricht für das große Interesse und die gute Absicht, von welcher sie sich in ihren (sc. der „Germania") Agitationen zugunsten des hl. Vaters habe leiten lassen, gleichzeitig aber auch die Bitte hinzugefügt, für die Folge derartige Agitationen zu unterlassen, die leicht das Gegenteil von dem erzielen könnten, was man beabsichtigte. Es könne dem Papste durchaus gar nicht daran gelegen sein, bei der Regierung des deutschen Reiches, die am Ende in den Glauben versetzt werden könne, die Regierung des Papstes stehe hinter diesen Agitationen — eine Mißstimmung hervorzurufen; vielmehr sei es der päpstlichen Regierung vornehmlich daran gelegen, mit der Regierung Kaiser Wilhelms im besten Einvernehmen zu verbleiben. Eine solche wohlwollende Gesinnung bei der deutschen Regierung zu erhalten, wie sich bis dahin die päpstliche Regierung zu erfreuen hatte, dazu sei aber die Agitation der deutschen Katholiken durchaus gar nicht angetan, und darum bittet Kardinal Antonelli, von einer Fortsetzung derselben Abstand zu nehmen. Schließlich bittet der Kardinal, von diesem Schreiben an den Fraktionsvorstand dem Reichskanzler Fürsten Bismarck eine Abschrift zugehen zu lassen."" Zwar trägt dieser Artikel das Gepräge phantasiereicher Erfindung an der Stirne, indessen sei zum Ueberfluß folgendes erklärt: 1. die „Germania" ist ein selbständiges und insbesondere von uns ganz unabhängiges Blatt. Wir sind für deren Inhalt genau ebensowenig verantwortlich wie die Redaktion des Blattes für unsere Haltung im Reichstage. 2. Die Mitteilung, daß bei dem Parteivorstande ein Schreiben des Kardinal Antonelli eingetroffen sei und alle daran geknüpften Bemerkungen sind von Anfang bis zu Ende unwahr. Wir dementieren dieselben ausdrücklich und vollständig. Berlin, den 20. Mai 1871. Namens der Fraktion des Zentrums. (Gez.) von Mallinckrodt."

Die „Deutsche Reichs-Correspondenz" vom 23. Mai 1871 erklärte (nach Hausbl. S. 994) darauf: „Wir haben gestern den Wortlaut der Erklärung gegeben, welche seitens des Schriftführers der Partei des Zentrums mit der Unterschrift des Abg. v. Mallinckrodt ergangen ist. Trotzdem nun die genannte Fraktion in dieser Erklärung unsere Mitteilung bezüglich der Mißbilligung des Vorgehens der Klerikalen durch Antonelli ausdrücklich und vollständig dementiert, müssen wir unsere früheren Angaben der Sache nach vollständig aufrecht erhalten. Das Dementi der Fraktion des Zentrums scheint auf jesuitische Silbenstecherei hinauszugehen, und wir wollen die Möglichkeit zugeben, daß das in Rede stehende Schreiben Antonellis nicht an die Fraktion als solche, sondern nur an einzelne oder eine Person gerichtet war, welche der Fraktion nahesteht. An der Tatsache selbst aber läßt sich nicht rütteln, ebensowenig auch an unserer Mitteilung, daß dem Fürsten Bismarck von diesem Schreiben Kenntnis gegeben ist."

Darauf erfolgte seitens Mallinckrodts im Namen des Zentrums am 25. Mai (nach Hausbl. S. 1009) ein weiteres Dementi: „Ich habe kraft Ermächtigung aller

an Ketteler mit, der Frankenbergs und Bismarcks Behauptungen dementierte — eine von „hervorragender Seite“ herrührende authentische Darstellung des Sachverhalts mit, auf die bisher merkwürdigerweise in keiner diese Desavouierungsaffaire streifenden Darstellungen hingewiesen worden ist. Dabei erweckt sie umsomehr Interesse, weil darin ganz im Gegensatz zu der Version des Antonellischen Briefes an Ketteler,[1]) er, der Kardinal-Staatssekretär, habe die Absicht des Zentrums, den Reichstag zu einer Meinungsäußerung über eine Intervention zugunsten des heiligen Stuhles für „verfrüht“ (précoce) erachtet, nach der Darstellung des offenbar sehr gut unterrichteten Gewährsmannes der „Hausblätter“ Antonelli die vorerwähnte Absicht der Zentrumsabgeordneten als „nicht opportun“, „nicht vorsichtig“ erachtet hat, ein seitens des Kardinal-Staatssekretärs tatsächlich erfolgter Tadel der Fraktion, wenn auch in abgeschwächter Form, also doch zugegeben wird.[2]) Die Darstellung der „Hausblätter“[3]) lautet:

„Einer hervorragenden Persönlichkeit, die Gelegenheit hatte, mit dem Herrn Kardinal-Staatssekretär über die beregte Angelegenheit sich zu unterhalten, sagte Se. Eminenz: „Er habe in einer vertraulichen Unterredung mit dem Grafen Tauffkirchen diesem gesagt, es sei nicht opportun oder nicht vorsichtig, wenn die Katholiken im Reichstage gleich in den ersten Tagen einen Antrag (Motion) auf Intervention in Rom stellten oder gestellt hätten. Uebrigens habe er nicht im entferntesten die Zentrumsfraktion desapprouviert, im Gegenteil: ich bewundere sie (je l'admire).““[4]) Als der Kardinal den Wortlaut der am 30. März im Reichstage diskutierten Adresse des Zentrums las und Gewißheit darüber erhielt, daß letzteres nichts weiter beabsichtigte, als der im Entwurf Bennigsen enthaltenen Aufstellung des Prinzips der Nichtintervention im allgemeinen entgegenzutreten, andererseits auch die Ueberzeugung schöpfte, daß die Spitze gegen Rom im Adreßentwurfe der Gegenpartei und im Antrage der freikonservativen Reichspartei (Renard, Frankenberg, Künzer etc.) gekehrt war, erklärte er bei einer zweiten Unterredung unsrem Gewährsmann: „„Er billige durchaus die Haltung der Zentrumsfraktion. Wenn er zu dem Grafen Tauffkirchen sich in andrer Weise geäußert habe, so rühre es daher, weil er aus den Berichten der römischen Journale

---

hier anwesenden Mitglieder des Zentrums die Mitteilung der „„D. R. C.““ vom 17. d. Mts. „„vom Anfang bis zum Ende““ vollständig und ausdrücklich dementiert. Noch vollständiger als vollständig zu dementieren ist an und für sich unmöglich. Um jedoch dem ebenso unhöflichen als unbegründeten Verdachte der Silbenstecherei zu begegnen, füge ich die Versicherung hinzu, daß wir von dem fraglichen Schreiben überhaupt nichts, gar nichts wissen. Wissen andre Personen mehr, dann wäre es ja wohl am einfachsten, daß dieselben das Schreiben veröffentlichten.“

[1]) Vgl. Siegfried a. a. O. S. 92.

[2]) Die „Hausblätter“ kommen in Nr. 154, S. 1210 noch einmal darauf zurück: . . . „Es ergibt sich — — —, daß der anfangs schlecht oder gar falsch unterrichtete Kardinal-Staatssekretär das Vorgehen der Zentrumsfraktion als ein übereiltes bezeichnet, jedoch keineswegs förmlich getadelt hat.“

[3]) Nr. 139, S. 1075.

[4]) u. [5]) Das ist ein sehr mühsam angetretener Rückzug des Kardinals, der grade durch seine Dithyramben aufs Zentrum den Eindruck erweckt,

und aus der Unterredung mit dem Grafen Tauffkirchen den Eindruck gehabt, als sei man etwas unvorsichtig bei der Adresse vorgegangen; aber nachdem er sich die gehörige Aufklärung verschafft, könne er der Zentrumsfraktion nur seine vollste Anerkennung aussprechen. Es sei ihm überhaupt niemals eingefallen, dieselbe tadeln zu wollen.[5]) Er fügte noch hinzu: „„Wie wäre das möglich, wo so viele ausgezeichnete Männer zusammenwirken? Ich bin ihnen ja zum vollsten Danke verpflichtet und kann ihnen nur meine vollste Anerkennung aussprechen.““

„So der Kardinal, wir haben nichts weiter zuzufügen“, beschließen die „Hausblätter“ ihre Darstellung. „Wir hoffen, die Deutsche Reichs-Correspondenz[6]) und ihre Patrone, zu denen ja auch der Graf Frankenberg auf Tillowitz gehört, werden endlich die undankbare Mühe aufgeben, die Fraktion des Zentrums anzuschwärzen; die katholischen Wähler, besonders Schlesiens, werden die Ueberzeugung gewinnen, daß es nicht gut getan war, anstatt entschiedener Katholiken solche zu wählen, die nicht den Mut besitzen, zur Zeit des Wortes zu sprechen, und lieber schweigen oder beim Buffet des Reichstages sich gütlich tun und nicht die Entschlossenheit haben, zur Zeit der Tat zu handeln und eine noble Passion darin suchen, die Männer der Tat zu verdächtigen.“

„Drei Wochen später benutzt die Zeitung[7]) noch einmal die Affäre zu einem Ausfall gegen die Freikonservativen: „Der Vorsatz des Fürsten Bismarck die Fraktion des Zentrums mit der Kurie in Widerspruch zu setzen, klärt sich jetzt als diplomatischer Coup auf, welcher in der falschen Voraussetzung, die Fraktion und die römische Kurie bildeten eine förmliche Allianz, diese Allianz sprengen sollte, damit der Krieg getrennt gegen beide geführt werden könne. Gegen die Kurie dient die Italia una, gegen die heimischen Katholiken die freikonservative Reichspartei als Hilfskorps. Erinnern wir uns noch der Aeußerungen der Grafen Renard und Frankenberg im Reichstage, so wird unsere Vermutung zur Gewißheit; ebenso müssen wir nunmehr annehmen, daß die sog. Reichspartei um den Kriegsplan bereits damals gewußt hat. Später kam die Erklärung der inspirierten Blätter dazu, daß der Brief des Reichskanzlers auch in Florenz eine gute Aufnahme finden werde.“

Anfang September[8]) nahm Künzer in der „Neuen Gebirgszeitung“ Bismarck gegen die oben erhobene Anklage in Schutz und gab für das Vorgehen Frankenbergs und des Reichskanzlers eine anscheinend auf autoritativer Quelle beruhende Erklärung: „Man

---

als müsse er viel dadurch gut machen. Außerdem genügen im diplomatischen Verkehr wohl schon Bezeichnungen wie „nicht opportun“, „nicht vorsichtig“, „etwas unvorsichtig“ für die Handlungsweise parlamentarischer Kapazitäten und Veteranen, wie es die Reichensperger, Mallinckrodt und Windthorst gewesen, um einen Tadel auszusprechen und eine Fraktion in aller Form zu desavouieren.

[6]) Vgl. Anmerkung 5.

[7]) No. 157, S. 1236.

[8]) Vgl. Hausbl. No. 214, S. 4.

war mit der schroffen religiös-politischen Stellung der Zentrumsfraktion in Regierungs- wie in Abgeordnetenkreisen unzufrieden. Im Reichstag schrieb man dieser Stellung den schrillen Mißton zu, der sich in den unerquicklichen Debatten wiederholt geltend machte und die Freudigkeit über das endliche Gelingen des Einigungswerkes wesentlich dämpfte. Die Zeitungen waren voll von diesen Dingen und brachten die Nachrichten davon auch nach Rom. Bei dem Verkehr der Gesandten mit Kardinal Antonelli war es natürlich, daß auch diese Dinge gelegentlich, und nicht auf einen Anklageakt des Fürsten Reichskanzlers hin, zur Sprache kamen. Kardinal Antonelli äußerte seine Unzufriedenheit über die Haltung der Zentrumsfraktion — warum und wie ist in der Hauptsache gleichgültig; Noten wurden deshalb nicht gewechselt. Der deutsche Gesandte hatte von diesen mißbilligenden Aeußerungen über die Haltung der genannten Fraktion seitens des Herrn Kardinals dem Fürsten Reichskanzler Meldung getan, und dieser, der allem Vorgehen seitens jener Partei gegenüber strenges Stillschweigen beobachtet, äußerte nur gelegentlich zu Graf Frankenberg und anderen Abgeordneten, die anfragten, ob denn Rom bei dem gegenwärtigen Zustand der Dinge in Italien zu solcher Opposition gegen das Deutsche Reich unter dem Vorwande der Religion schweige, daß man in Rom nichts weniger als zufrieden sei und daß sich Kardinal Antonelli im höchsten Grade mißbilligend darüber geäußert habe. Auf diese gelegentlichen Mitteilungen des Reichskanzlers bezog sich Graf Frankenberg in seiner Antwort auf das Mißtrauensvotum eines Teiles seiner Wähler und erbat sich mit seinen Freunden, als die Gegenpartei die römische Mißbilligung leugnete, eine authentische Erklärung über die Aeußerung des Kardinals Antonelli. Diese Erklärung gab Fürst Bismarck in seinem Briefe vom 17. Juni. Diesem Briefe nun eine Unterstellung zu geben, wie oben angedeutet, ist ebenso töricht als ungerecht und muß im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden."

„Wir bedauern," entgegneten die „Hausblätter" in No. 214 hierauf, „daß dieser Mann, den wir trotz seines grundverschiedenen Standpunktes zu achten gewohnt waren, auf eine solche Weise von sich reden macht, die ihm unfehlbar eine Gloriole von den wütendsten Feinden der Katholiken eintragen muß. In der Sache selbst kann uns die Erklärung des Herrn Künzer über die Genesis des Frankenbergschen Briefes ebensowenig eines besseren belehren als die ähnlichen Versuche seines früheren parlamentarischen Gesinnungsgenossen . . . Mögen Herrn Künzer als Gegenleistung für seine Haltung im Land- und Reichstage offizielle Quellen noch so freigebig fließen, wir sind einmal so schwach, daß wir in allem, was Rom angeht, nur aus jenen Quellen schöpfen, die ultra montes entspringen." Die hier geführte Sprache der Zeitung verrät bereits, daß ihre oppositionelle Haltung gegen das Kabinett und die Majorität in den beiden Parlamenten eine bedenkliche Verschärfung erfahren. Schon zu Beginn des Jahres hatte sich bei ihr eine hochgradige Erregtheit bemerkbar gemacht. Damals war es der Kultusminister

von Mühler, gegen den sie Sturm lief.[1]) Die Zeitung kann allerdings nicht umhin, ihm vorher noch ein Lob zu spenden: „Der Kultusminister von Mühler hat als Konservativer und als gläubiger Protestant bisher das konservative Element im Staate, hat das christliche in der Schule aufrechterhalten, hat das Autoritätsprinzip festgehalten. Insoweit konnten die „„klerikalen Katholiken““ mit ihm gehen und ihn unterstützen; denn hierin treffen ihre Wege zusammen. Herr von Mühler hat ferner auf Grund seiner christlichen Anschauungen auch versucht, den religiösen Interessen der Katholiken gerecht zu werden, und dafür waren ihm die Katholiken dankbar.“ Nun kommt indes der Pferdefuß zum Vorschein: „Der Kultusminister Herr von Mühler hat aber seinen Standpunkt geändert . . . Er hat gegenwärtig durch seine Parteinahme für die gegen die Autorität der Kirche sich empörenden Lehrer und Geistlichen selbst Hand an das Autoritätsprinzip gelegt und der Gesamtmasse der preußischen Katholiken, die in treuem Gehorsam um den heiligen Stuhl geschart sind, gradezu ins Gesicht geschlagen. Ob er hierdurch Gnade bei seinen Gegnern finden werde, wissen wir nicht, soviel aber wissen wir, daß die Wege des Herrn von Mühler nicht die Wege der „„klerikalen Katholiken““ sind, daß die letzteren kein Interesse daran haben, ob ihr angeblicher „„Liebling““ sein Portefeuille behalte oder nicht; von Sympathien kann da keine Rede mehr sein. Die nächsten Reichstagswahlen schon werden das bekunden. Ob der eine oder der andere katholische Abgeordnete anderer Ansicht ist, tut nichts zur Sache; er vertritt dann nur seine Ueberzeugung, nicht die des katholischen Volkes. Ceterum censeo: Wir müssen einen eignen Kultusminister haben.“

Erneute Berechtigung zu ihrer kategorischen Forderung glaubte die Zeitung bereits im April[2]) in Mühlers Verhalten beim sog. „Braunsberger Schulstreit“[3]) zu erblicken. Die Vorgeschichte dieser Affäre war folgende: Zwei in Braunsberg amtierende katholische Theologen, der Gymnasialreligionslehrer Dr. Wollmann und der Seminardirektor Dr. Treibel, welche sich den vatikanischen Beschlüssen nicht unterwarfen, hatten auf Veranlassung des Provinzialschulkollegiums in Königsberg trotz der über sie verhängten Exkommunikation fortgefahren, den Religionsunterricht, der obligatorischer Unterrichtsgegenstand blieb, zu erteilen. Als nun Dr. Krementz, der Bischof von Ermland, aus eignen Mitteln zwei andere Religionslehrer anstellen wollte, erhielt er von Mühler den Bescheid, daß dies von Staats wegen nicht genehmigt werden könne, da jene beiden Religionslehrer „heute noch dasselbe lehrten, was sie vor dem 18. Juli 1870 mit Zustimmung der Kirche gelehrt.“ Auf die Replik des Bischofs lehnte von Mühler jedes weitere Eingehen auf „Erörterungen über die Berechtigung und Angemessenheit“ seines Ent-

1) Hausbl. S. 19, überschrieben: „Sind wir Katholiken mit Herrn von Mühler solidarisch?“ Vgl. auch S. 43.

2) S. 787; vgl. auch S. 797.

3) Vgl. dafür Siegfried a. a. O., S XXIII ff.; Rolfus a. a. O., Bd. 1, S. 518 ff.; Brück a. a. O., Bd. 4, S 138 ff.; Majunke a. a. O., S. 180.

scheides ab; seine Verfügung hielt er aber aufrecht. Diese neueste Praxis des Kultusministers, dazu genommen die Einstimmigkeit, mit welcher sämtliche konservative Reichstagsmitglieder gegen den Reichenspergerschen Antrag[1]) Front gemacht, sowie die Art und Weise, wie die Wahlprüfungen vor sich gingen, „das aus letzteren unwiderleglich hervorgehende Bestreben, der Geistlichkeit jeden auch gesetzlichen Einfluß auf die Wahlen zu entziehen und das katholische Volk so mundtot zu machen" — das alles läßt nach Ansicht der Zeitung[2]) auf einen wohlorganisierten einheitlichen Feldzug gegen die katholische Kirche in Deutschland schließen. „Herr von Mühler dürfte sich, indem er sich zum Vollstrecker des liberalen mot d'ordre macht, seinen Ministerstuhl für den Augenblick allerdings gesichert haben. Wir bemerken in der Tat, daß die Angriffe gegen ihn fast ganz aufgehört oder doch ihre frühere Schärfe ganz verloren haben. Es ist das sehr begreiflich; denn ein Minister aus ihrem eigenen Lager dürfte den Nationalliberalen kaum so bequem sein, als ein Konservativer, der sich ihnen auf Gnade und Ungnade ergeben hat."

Ihren Kassandraruf von einem geplanten Feldzug gegen die Katholiken sieht die Zeitung[3]) bestätigt durch den bekannten von Bismarck inspirierten Leitartikel der „Kreuzzeitung" vom 22. Juni 1871, in dem das Zentrum als eine reichsfeindliche Partei hingestellt und seinen Angriffen gegenüber künftighin auch von seiten der Regierung mit einer „Aggression, und zwar gleichmäßig nach außen und nach innen" gedroht wurde.[4]) Die „Hausblätter" verwahren sich entschieden dagegen, daß die katholische Fraktion der Einheit Deutschlands entgegen sowie eine Feindin des Deutschen Reiches sei, und behaupten, es habe mit dem Programm des Zentrums nichts zu tun, wenn einige süddeutsche Mitglieder der Fraktion wider die Versailler Verträge gesprochen und gestimmt, wenn einige andere den Ereignissen von 1866 gegenüber bedenklich und zweifelhaft gewesen. Die angedrohte Aggression irritiert deswegen die Zeitung nicht. „Mögen andere Parteien sich dem eisernen Willen des Reichskanzlers mit großer Selbstverleugnung gebeugt haben, die Zentrumsfraktion wird jedenfalls bis ans Ende ihrer Tage mehr Festigkeit beweisen und dem Berufe der Volksvertretung die Achtung zu erhalten wissen, ohne welche letztere keiner Regierung eine nachhaltige Unterstützung gewähren kann."

Es verrät sich aber doch eine gewisse Depression im Ton der Zeitung, als die von Bismarck angedeutete „Aggression" mit der Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium eingeleitet wurde. Die „Hausblätter"[5]) sehen in diesem Akt die Proklamation der Rückkehr des alten absoluten Regiments für die

---

[1]) Vgl. im Vorhergehenden S. 379.
[2]) Hausbl. S. 787.
[3]) No. 152, S. 1189 u. 1190.
[4]) Nach Majunke a. a. O., S. 173 u. 184 wurde durch diesen Artikel „der Kulturkampf eingeläutet."
[5]) No. 178.

Katholiken und ihre Kirche. Man stehe gegenwärtig also nicht mehr einer von Schlupfwinkeln aus geleiteten Katholikenhetze gegenüber, sondern einer ziemlich offenen Kriegserklärung der Staatsregierung. Bei aller Achtung vor dem Genie und der Wissenschaft des Fürsten Bismarck könne man aber doch nicht glauben, daß er der Schwierigkeiten Herr werden würde, die er durch ein so rücksichtsloses Vorgehen gegen die katholische Kirche heraufbeschwöre.

Wenn die Zeitung in der Beseitigung der „katholischen Abteilung" das Kampfsignal gesehen, so rechtfertigt in ihren Augen der Lutzsche Kanzelparagraph[1]) ihr divinatorisches Vermögen. Dies Gesetz bedeutet seinem Ursprunge nach für das Blatt nichts anderes als ein Machtmittel in der Hand des bayrischen Ministers, eine politische Waffe gegen die patriotische Kammermehrheit in Bayern. Seiner Bestimmung nach stelle es aber einen „Knebel" dar, „um in entscheidenden Momenten dem katholischen Klerus den Mund zu stopfen, ein Strick, um ihm die Hände zu binden, eine Schraube, um ihn zwischen Kerker und Pfarrhaus zu pressen." Es sei aber in seiner politischen Bedeutung kein im ehrlichen Kampfe errungenes Machtmittel, sondern eine parlamentarische Intrigue, in Gesetzesform gekleidet. Zugeben müsse man ja, daß das Gesetz begrifflich mit den Tendenzen des abstrakten modernen Staates zusammentreffe, des sog. Rechtsstaates, der sämtliche öffentliche Beziehungen der Mitglieder der Staatsgemeinschaft durch Gesetze regele, der mithin keine Lebensgemeinschaft mit selbständigen, seiner Tutel nicht unterworfenen Zwecken dulde; daher rühre ja auch, daß sämtliche Staaten, die sich nach der Doktrin des Rechtsstaates konstituiert, sich gedrungen fühlten, derlei Präventivgesetze gegen die Kirche als selbständige, in ihrem inneren Wesen und Zwecke dem Staate nicht unterworfene Lebensgemeinschaft zu erlassen. Doch die Verteidigung des Gesetzes seitens seines Fabrikanten habe mehr als zur Genüge dargetan, daß Herr von Lutz seinem Gesetze die Prinzipien des Rechtsstaates nur als Folie untergelegt. „Lutz und Genossen machen aber ihre Rechnung ohne das katholische Volk, welches in ihnen nicht die Befreier erkennt, für welche sie selbst sich halten, sondern Feinde und Verfolger der Kirche und ihrer ihm teuren Institutionen. Das katholische Volk steht in diesem Kampfe zu seinen Priestern, wie diese trotz des Strafenparagraphen zu ihren Bischöfen, und das revolutionäre Geschrei einer Anzahl von Protestkatholiken wird die gewaltigen Grundfesten der Kirche nicht erschüttern."

Die Zeitung glaubt sehr notwendige Veranlassung zu haben, das Verhältnis zwischen Episkopat und Klerus in den Vordergrund zu rücken, da nach ihrer Ansicht[2]) das neue Mühlersche Schulaufsichtsgesetz nur einen Köder für den Klerus darstellt, damit er sich von seiner bischöflichen Behörde emanzipiere. Der Redensart, es solle mit dem neuen Gesetze eine Trennung der Kirche von der Schule nicht bezweckt werden, traut die Zeitung nicht. Vindiziere

[1]) No. 281, 282, 284 u. 310.

sich der Staat das selbständige unabhängige Ermessen über die Leitung der Erziehung, so könne dieses Ermessen auch in dem Gegensatz zur christlichen, von der Kirche und den christlichen Eltern verlangten Erziehung fußen. Dann wäre aber die Trennung nicht bloß der Kirche und der Schule, sondern auch der christlichen Eltern und ihrer Kinder eingetreten.

Pessimistisch und resigniert, wie diese Betrachtung ausklingt, ist auch schließlich die Bilanz gehalten, welche die Zeitung am Ende des Jahres zieht. „In Deutschland begrüßen viele Katholiken mit Begeisterung die Kaiserkrone, welche damals aus den Wolken des Pulverdampfes hervortrat, um sich auf die ruhmreiche Stirn des königlichen Siegers niederzusetzen. Sie hegten die Ueberzeugung, daß die Kaiserkrone christliche Verpflichtungen auferlege und ihnen ein Schirmvogt des Rechts erstehe, welcher der fortschreitenden Revolution in Italien wenigstens Einhalt gebieten würde durch die Macht seines Wortes; aber sie irrten sich. Selbst die Voraussicht derer unter den Katholiken, welche von einem Zentralparlamente ein heilsames Gegengewicht gegen die Nörgeleien der kleinstaatlichen Landtage erwartet haben — denn es hat wirklich solche Katholiken gegeben — ist gründlich zuschanden geworden. Seit die Einheit Deutschlands wieder hergestellt ist und die wichtigsten Reichsangelegenheiten in Berlin entschieden werden, hat die Verfolgung der Kirche früher nie gekannte Dimensionen angenommen, und wenn in diesem Kampfe gegen den Katholizismus Bayern den Avantgardendienst übernommen hat, stellt sich immer deutlicher heraus, daß der leitende Generalstab anderswo zu suchen ist. Der ganze Haß scheint entfesselt, um alle katholischen Institutionen gewaltsam zu beseitigen.“

Um dem wie hier, so im Laufe des Jahres wieder und wieder prophezeiten heraufziehenden schweren Unwetter einigermaßen wenigstens Paroli bieten zu können durch ein in jeder Beziehung auf dem Tagesniveau stehenden Preßorgan, hatte das Zeitungskomitee rüstig auch an der technischen Vervollkommnung des Blattes gearbeitet. Schon aus dem Vorjahre 1870 rührten einige Verbesserungen her; noch als der Protest der 38 in Vorbereitung war, hatte man, um die Rubrik „Deutschland“ mehr ins Auge fallen zu lassen, für ihren Druck den Korpussatz gewählt und damit diesen Schrifttyp endgültig für die Zeitung eingeführt. No. 87 vom 17. April 1870 wies zum erstenmale jene Neuerung auf. Vom 1. Juli 1871 ab erschien die Zeitung in dem heutigen Format; desgleichen hatte sich ihr Name in „Schlesische Volkszeitung“ geändert, während die bisherige Bezeichnung „Breslauer Hausblätter“ als Untertitel beibehalten wurde. Um die durch die Verbesserung in Papier und Druck bedingten Mehrkosten zu decken, wurde der Abonnementspreis von Neujahr 1872 ab von 1 Tlr. 5 Sgr. auf 1 Tlr. 15 Sgr. erhöht. Die bisherigen Jahreserträgnisse stellten sich nach den in V. A. vol. III enthaltenen Bilanzen, wie folgt, dar:

1869

Einnahme	Tlr.	Sgr.	Pf.
An 694 Darlehnsscheinen	17 350	—	-
„ 4 halben Darlehnsscheinen	50	—	—
„ kleinen Einnahmen	16	10	—
„ Zinsen	413	7	6
„ Erlös aus dem Zeitungsvertrieb	13 389	4	7
„ Inseraten	2 995	7	11
Sa. Tlr.	34 214		

Ausgabe	Tlr.	Sgr.	Pf.
Kaufgelder	5 700	—	—
Kautionspapiere	4 208	18	6
Zeitungssteuer	3 458	14	2
Druck der Zeitung	5 453	3	8
Druckpapier	5 468	12	3
Depeschen, Gehälter, Mieten	1 883	27	3
Korrespondenzhonorar	1 209	24	9
Einrichtungskosten, Porto, Bureaubedürfnisse	816	20	5
Inventarium	252	20	3
Kassenbestand ultimo Dezember 1869	5 762	8	9
Sa. Tlr.	34 214		

1870

Einnahme	Tlr.	Sgr.	Pf.
Kassenbestand ult. Dez. 1869	5 762	8	9
Kautionspapiere	4 168	22	6
Dahrlehnsscheine	50	—	—
Erlös aus dem Zeitungsvertrieb	19 991	12	9
Inserate inkl. Reste pro 1869	4 285	7	3
Zinsen	470	18	6
Extraordinaria	63	14	7
Sa.	34 791	24	4

Ausgabe	Tlr.	Sgr.	Pf.
Kaution	4 168	22	6
Zeitungssteuer	4 634	25	3
Druck der Zeitung	8 332	12	11
Druckpapier	4 024	15	3
Depeschen, Gehälter, Mieten	3 660	27	—
Korrespondenzhonorar, Bureaubedürfnisse	2 964	12	9
Inventariumzugang	65	5	—
Dispositionsfonds	500	—	
Dividende, Amortisation, Reservefonds	784	—	—
Kassenbestand ult. Dez. 1870	5 656	23	8
Sa.	34 791	24	4

1871

Einnahme	Tlr.	Sgr.	Pf.
Erlös für Zeitungen	17 724	—	11
Inserate	5 617	5	1
Erlös für Zinsen und Extraordinaria	416	7	5
Sa.	23 757	13	5

Ausgabe	Tlr.	Sgr.	Pf.
Zeitungssteuer	4 738	18	5
Druck der Zeitung	8 672	21	2
Druckpapier	5 241	5	—
Depeschen	1 343	26	3
Gehälter	2 700	—	—
Mieten	340	—	—
Korrespondenzhonorare	2 746	28	9
Sa.	27 092	10	7

Die Auflageziffern hatten sich nach den in V. A. vol. II. u. III. enthaltenen Erträgnisaufstellungen für die einzelnen Quartale der 3 Jahre folgendermaßen verteilt:

	I.	II.	III.	IV. Quartal.
1869	4200	4412	4243	4473
1870	4465	3942	3741	3862
1871	3900	3650	3524	3445

Schematische Uebersicht über die Breslauer

Nachstehende Tabelle ist ein Versuch, die aus den vorangegangenen Einzeluntersuchungen
Weise mehr zur schnellen Orientierung verholfen zu haben als durch eine Zusammenfassung
Die jährlichen Auflageziffern erheben bis zum Einsetzen der Kehlerschen Polizeirelationen

Jahr	Ohne spezifisch parteipol. Färbung	Aufl.	Gouvernemental	Aufl.	Gemässigt-konservativ	Aufl	Liberal-oppositionell	Aufl.	Freikonservativ	Aufl.	Nationalliberal	Aufl.
1742	Schles. Ztg. Le Courier du Cabinet des Princes	? ?										
1774	Schles. Ztg. Gazette Politique et Littéraire	? ?										
1789/90	Schles. Ztg. Schlesische Volksztg z. Nutz u. Vrgn.	? 43200										
1800	Schles. Ztg. Schlesische Volksztg. z. Nutz u. Vrgn. Schl. merk. Anzeiger	12 bis 1300 43200 ?										
1802-03	Schles. Ztg. Schlesische Volksztg. z. Nutz u. Vrgn. Schles. priv. Gewerbs- u. Handlgsztg.	? 43200 ?										
1809	Schles. Ztg. Vaterlandsfreund	? ?										
1813	Schles. Ztg. Breslauische Ztg. (französ.)	? ?										
1820-34			Bresl. Ztg.	500 im Jhr. 1820			Schl. Ztg.	?				
1835			Bresl. Ztg.	?			Schl. Ztg.	?				
1836-41			Bresl. Ztg. Schl. Chronik	? ?			Schl. Ztg.	?				
1842-44			Bresl. Ztg.	?			Schl. Ztg. Schl. Chron.	? ?				
1845	Bresl. Anz. (heut: Bresl. Morgenztg.)	?	Bresl. Ztg.	4000			Schl. Ztg. Schl. Chron.	3000 1500				
1846-47	Bresl. Anz.	?	Bresl. Ztg.	?			Schl. Ztg. Schl. Chron.	? ?				

politische Presse und ihre jeweilige Richtung.

gewonnenen Resultate zu einem übersichtlichen Bilde zusammenzustellen. Ich glaube auf diese im Texte, die doch nur eine ermüdende Wiederholung des schon Gesagten darstellen würde. im Jahre 1848 auf Exaktheit keinen Anspruch, sondern liefern nur ungefähre Werte.

Fortschrittlich	Aufl.	Demokratisch	Aufl.	Eigentlich-konstitutionell	Aufl.	Sozialdem. bezw. auf der äussersten demokrat. Linken	Aufl.	Religiös-politisch katholisch	Aufl.	Religiös-politisch christkatholisch	Aufl.
								Schlesisch. Kirchenblatt	?		
								Schlesisch. Kirchenblatt	?		
								Schlesisch. Kirchenblatt	?		
								Schlesisch. Kirchenblatt	?		
		Bresl. Volksspiegel	1000					Schlesisch. Kirchenblatt Allgemeine Oderzeitung	? 1200	Christkath. Ressourcenblatt	?

Jahr	Ohne spezifisch parteipol. Färbung	Aufl.	Gouvernemental	Aufl.	Gemässigt-konservativ	Aufl.	Liberal-oppositionell	Aufl.	Freikonservativ	Aufl.	Nationalliberal	Aufl.
1848 seit April	Bresl. Anz.	?	Schles. Ztg. Wurst wider Wurst	4000 ?								
1849	Bresl. Anz.	?	Schles. Ztg. Wurst wider Wurst	ca. 7000 ?								
1850	Bresl. Anz.	?			Schl. Ztg.	ca. 7000						
1851	Bresl. Anz.	?			Schlesische Zeitung			7-8000				
1852	Bresl. Anz.	?	Konserv.Ztg. für Schles.	1410-910	Schlesische Zeitung			4000?				
1853	Bresl. Anz.	1420	Konserv.Ztg. für Schles.	?	Schl. Ztg.	5400						
1854			Schles. Ztg.	5600								
1855			Bresl. Ztg. (seit April)	3700	Schl. Ztg.	6200						
1856			Bresl. Ztg.	3700	Schl. Ztg.	6500						
1857			Bresl. Ztg.	?	Schlesische Zeitung			?				
1858			Bresl. Ztg.	?	Schlesische Zeitung			?				
1859					Schl. Ztg.	8620	Bresl. Ztg.	3300				
1860					Schl. Ztg.	?	Bresl. Ztg.	?				
1861					Schlesische Zeitung			9000				
1862			Provinzialzeitg. f. Schl.	2000			Schl. Ztg.	9000				

Fortschrittlich	Aufl.	Demokratisch	Aufl.	Eigentlich-konstitutionell	Aufl.	Sozialdem. bezw. auf der äussersten demokrat. Linken	Aufl.	Religiös-politisch: katholisch	Aufl.	Religiös-politisch: christkatholisch	Aufl.
		Breslauer Zeitung Schl. Chronik Allgemeine Oderzeitung Bresl. Volksspiegel	 ? ? 1000	Landbote	? 4000	Breslauer Kreisbote Der Staatsbürger Das Blatt des Volkes Flieg. Blätter Satan Entfesselte Teufel Spitzkug. u. kaltes Eisen Michelleben Kartätschen Putsch Geissel	? ? ? ? ? ? ? ? ? ? ?	Schlesisch. Kirchenblatt	?	Christkath. Ressourcenblatt Schlesisch. Volksztg.	? ?
		Bresl. Ztg. (bis Oktober) Schles. Chronik Allgemeine Oderzeitung (seit März: Neue Oderztg.)	? ? Juli: 2000 Nov. 900	Bresl. Ztg. (seit Oktbr.) Allg. Schles. Sonntagsbl. Schles. Volksblatt	? ? ?	Putsch Geissel	? ?	Schles. Kirchenbl.	?	Christkath. Ressourcenblatt Schles. Volksztg.	? 476
				Bresl. Ztg. Allg. Schles. Sonntagsbl. Schles. Volksblatt	? ? ?	Neue Oderztg.	?	Schles. Kirchenbl.	?	Ztg. für freie Gemeinden Schles. Volksztg.	? ?
				Bresl Ztg.	4-5000	Neue Oderztg.	2000	Schles. Kirchenbl.	?	Ztg. für freie Gemeinden	?
				Bresl. Ztg.	3200	Neue Oderztg.	2200	Schles. Kirchenbl.	?	Ztg. für freie Gemeinden	?
				Bresl. Ztg.	3500	Neue Oderztg.	2200	Schles. Kirchenbl.	?		
		Kleine Morgenztg. (früher Breslauer Anzeiger)	1400	Bresl. Ztg.	3700	Neue Oderztg.	2200	Schles. Kirchenbl.	?		
		Kleine Morgenztg.	1600			Neue Oderztg.	1900	Schles. Kirchenbl.	1500		
						Kleine Morgenztg.	2000	Schles. Kirchenbl.			
						Kleine Morgenztg.	?	Schles. Kirchenbl.	?		
						Kleine Morgenztg.	?	Schles. Kirchenbl.	ca. 1000		
						Kleine Morgenztg.	4100	Schles. Kirchenbl.	ca. 1000		
						Kleine Morgenztg.	5000	Schles. Kirchenbl.	ca. 1000		
Bresl. Ztg.	3715	Schlesisches Morgenblatt	2700			Kleine Morgenztg.	5500	Schles. Kirchenbl.	ca. 1000		
Bresl. Ztg.	3200	Schlesisches Morgenblatt	?			Breslauer Morgenztg.	[illegible]800	Schles. Kirchenbl.	ca. 1000		

Jahr	Ohne spezifisch parteipol. Färbung	Aufl.	Gouvernemental	Aufl.	Gemässigt-konservativ	Aufl.	Liberal-oppositionell	Aufl.	Freikonservativ	Aufl.	Nationalliberal	Aufl.
1863			Provinzial-zeitg. f. Schl.	3260								
1864			Provinzial-zeitg. f. Schl.	?								
1865			Provinzial-zeitg. f. Schl.	1810								
1866			Provinzial-zeitg. f. Schl.	1740	Schl. Ztg. (seit Juni)	8600					Bresl. Ztg. (seit d. Indemnitätsvorlage)	5870
1867											Bresl. Ztg.	5640
									Schlesische Zeitung			9530
1868									Schlesische Zeitung			9750
											Breslauer	
1869									Schlesische Zeitung			9730
											Breslauer	
1870									Schlesische Zeitung			10970
											Breslauer	
1871									Schlesische Zeitung			11840
											Breslauer	

Fortschrittlich	Aufl.	Demokratisch	Aufl.	Eigentlich-konstitutionell	Aufl.	Sozialdem. bezw. auf der äussersten demokrat. Linken	Aufl.	Religiös-politisch katholisch	Aufl.	christkatholisch	Aufl.
Schles. Ztg. Bresl. Ztg.	8000 5500	Schlesisches Morgenblatt	ca. 2700			Breslauer Morgenztg.	12000	Schles. Kirchenbl. Breslauer Hausblätter	? ?		
Schles. Ztg. Bresl. Ztg.	? 5800	Schlesisches Morgenblatt	ca. 4500			Breslauer Morgenztg.	?	Schles. Kirchenbl. Breslauer Hausblätter	? ca. 2500		
Schles. Ztg. Bresl. Ztg.	7440 5000	Schlesisches Morgenblatt	3125			Breslauer Morgenztg.	13120	Schles. Kirchenbl. Breslauer Hausblätter	1000 3230		
		Schlesisches Morgenblatt	2210			Breslauer Morgenztg.	14200	Schles. Kirchenbl. Breslauer Hausblätter	900 3220		
		Schlesisches Morgenblatt Breslauer Morgenzeitung	1660 14000					Schles. Kirchenbl. Breslauer Hausblätter	900 3715		
Zeitung	5850	Breslauer Morgenzeitung	15150					Schles. Kirchenbl. Breslauer Hausblätter	900 4010		
Zeitung	5690	Breslauer Morgenzeitung	15840					Schles. Kirchenbl. Breslauer Hausblätter	ca. 1000 4550		
Zeitung	6650	Breslauer Morgenzeitung	17060					Schles. Kirchenbl. Breslauer Hausblätter	ca. 1000 4100		
Zeitung	6710	Breslauer Morgenzeitung	15050					Schles. Kirchenbl. Schles. Volksztg. (früher Breslauer Hausblätter)	ca. 1000 3615		

Aktenanhang.

Zu S. 30, Anm. 1.

St. A. Rep. 14. P. A. IX. 551 vom 24. Januar 1819.

„Vielfach ist schon seit geraumer Zeit in Breslau und Schlesien das Bedürfnis gefühlt und der Wunsch geäußert worden, ein politisches Blatt zu besitzen, welches den Anforderungen der Zeit vollkommen entspricht, als die einzige in der volkreichen Hauptstadt der Provinz bisher erscheinende Zeitung, veraltet in der äußeren und inneren Form, gegen alle fremde Zeitungen auf eine den Einheimischen sehr unangenehme Weise zurücksteht. Nur aus wenigen, und zwar aus den bekanntesten und gelesensten Blättern liefert sie wörtliche Auszüge, meist ohne Wahl, Plan und Umsicht und oft in so gedankenloser Zusammenstellung, daß es eine allgemeine Rüge geworden ist, ihre Redaktion einem kenntnislosen Abschreiber beizumessen. Kurz, sie genügt auf keine Weise den Ansprüchen, welche auch der gewöhnliche Leser an eine gute Zeitung macht.

Durch eignen Antrieb und mannigfache Aufforderungen bewogen, glaube ich mir den Beruf und die Fähigkeiten zu trauen und solche hiesige und auswärtige Mitwirkungen erhoffen zu dürfen, um einem lebhaft gefühlten Mangel abzuhelfen und meinen schlesischen Landsleuten eine neue Zeitung zu geben. Das Bild eines solchen Blattes, wie ich es schriebe, wenn mir die allergnädigste Erlaubnis dazu erteilt würde, schwebt mir mit Klarheit vor den Augen. Studium und Erfahrung, sowie eine vielfache Beschäftigung mit Geschichte und Politik haben mich gelehrt, auf wie seichtem und schlechtem Grund das Meiste von dem gebaut ist, was viele in unsrer Zeit mit trügerischem Anschein lockt, was sie nicht genug übereilen zu können glauben. Ich würde nichts so sehr verabscheuen als die gemeinen und niedrigen Künste derer, welche kein andres Mittel kennen ihren Blättern Leben und Reiz zu geben, als wenn sie dem verderblichen Kitzel, alle Schritte der Regierung zu meistern, Nahrung geben und dem Geiste der Unzufriedenheit zu schmeicheln. Ich würde die Schranken, welche so zarte Verhältnisse als die politischen durchaus erfordern, stets ehren, die Schritte derer, die nur darauf ausgehen, bei der Menge blinden Fanatismus zu erregen, soweit es der geziemende, ruhige Ton und parteilose Ruhe erlauben, in ihrem wahren Lichte zeigen und die so oft gegen Preußen gerichteten Sophismen zu entkräften suchen. Sollte es mir hierdurch gelingen, Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht Aufmerksamkeit auf diesen Punkt

zu lenken, sollten Hochdieselben, deren glorreiche Verwaltung keinen auch noch so unbedeutenden Zweig der Staatsbedürfnisse ohne die wohltätigsten Verbesserungen gelassen hat, auf die politischen Blätter Schlesiens den Blick zu richten würdigen, so würde ich die untertänigste Bitte wagen:

mir die Erlaubnis zur Herausgabe einer neuen, eigentlich politischen, jedoch sowohl mit literarischen und artistischen als auch besonders mit einem Intelligenzblatt versehenen Zeitung allergnädigst zu erteilen und die oberen und unteren Behörden Schlesiens aufzufordern, sich dieser Zeitung bei ihren öffentlichen Bekanntmachungen so wie der älteren zu bedienen.

Ich nenne mich mit tiefster Ehrfurcht etc.

Carl Schall.

Breslau, den 24. Januar 1819.

Zu S. 30, Anm. 3.

St. A. Rep. 14. P. A. IX. 55 i.

Breslau, den 9. März 1819.

An des

Königl. Staats-Kanzlers Herrn Fürsten von Hardenberg Durchlaucht in Berlin.

Betr. die Vorstellung des Carl Schall hierselbst um Erlaubnis zur Herausgabe einer neuen politischen Zeitung.

— — — — Eine gute politische Zeitung ist allerdings hier schon lange allgemeiner Wunsch geworden, und in einem wohlbestellten Staate sollte wohl in den vorzüglichsten Städten eine solche vorhanden sein. Die hiesige Kornsche Zeitung ist aber schlecht und hat wirklich die in der Schallschen Eingabe gerügten Mängel. Schon früher haben daher die Verwaltungsbehörden diesem Bedürfnis abzuhelfen gewünscht, und als das Privilegium des Buchhändlers Korn deshalb kein Hindernis mehr war, indem solches mit Einführung der Gewerbefreiheit aufgehört, ist im Jahre 1815 von dem hiesigen Buchdrucker Scholz die Erlaubnis zur Herausgabe einer politischen Zeitung nachgesucht, aber von der 2. Sektion des Hohen Ministerii der auswärtigen Angelegenheiten durch den Erlaß vom 3. Juli ei. a. unser Antrag nicht genehmigt worden, weil die Vermehrung politischer Blätter dem Staatsinteresse gänzlich entgegen sei. Es scheint auch nach Erscheinung der Allgemeinen Preußischen Staats-Zeitung ein politisches Blatt von der Tendenz des p. Schall kein Bedürfnis zu sein, und es könnte wohl gar das Erscheinen seiner Zeitung eine Gefährdung des allgemeinen Staatsinteresses werden; denn um öffentliche Begebenheiten und Maßregeln zu würdigen und Betrachtungen und Urteile darüber beizufügen, um überhaupt dem Ziele, das sich der p. Schall gesteckt hat, nahezukommen, um besonders, wiewohl es nottut, die Schatten des Irrtums in politischen Dingen zu verdrängen, widersprechende Ansichten zu würdigen, den öffentlichen Handlungen und ausgesprochenen Staatszwecken

von außenher mit entgegengesetzten Momenten alle Realität zu nehmen und durch geschickt hineingeschobene Berichtigungen und eigne Gedanken der öffentlichen Meinung eine bessere Richtschnur zu geben, muß ein solcher Unternehmer der Quelle nahestehen, weil in ersterer Beziehung historische Auslegung und Nachweisung, wie etwas entstanden und zur Wirklichkeit gelangte, nicht zu vermitteln vergönnt ist und solches oft unmöglich wird, weil nicht selten unangemessene Urteile und gewalttätige Erklärungen den Staatsabsichten untergelegt und endlich leicht gegen selbständiges Auffassen einer Begebenheit oder irgend einer Sache vorgreifend aufgetreten werden möchte, wenn besonders Leidenschaft, Vorurteil oder unlautere Absichten dabei mitwirken.

Ew. Durchlaucht höherem Ermessen als höchster Behörde müssen wir ganz gehorsamst anheimstellen, ob eine nur politische Zeitung nach der von dem p. Schall zu nehmenden Richtung zu gestatten ist; wir müssen aber hier noch ehrerbietigst anführen, daß Publikanden und Bekanntmachungen der Königl. Staatsbehörden, nachdem indirekt das Exclusivum des p. Korn auf die Breslauer politische Zeitung noch fortdauert, herkömmlicher Verbindlichkeit zufolge unentgeltlich in dieser Zeitung abgedruckt werden, wir also diesen Behörden, wie p. Schall verlangt, nicht zumuten können, sich zu ihren öffentlichen Bekanntmachungen der neuen Zeitung zu bedienen, welches auch umsoweniger nötig ist, als Schlesien ein eigenes Intelligenzblatt hat und bei den Amtsblättern der 4 schlesischen Regierungen sich zu diesem Behufe besondere Anzeigen befinden. — — — — Der Vater des p. Schall ist hier Kaufmann gewesen, welcher Veranlassung fand, seine Handlung, in welcher der Sohn gestanden, einzustellen. Der Sohn hat eine wissenschaftliche Erziehung genossen und besonders in neueren Sprachen Unterricht erhalten. Er ist ein Mann von Geist, von vielem Leserfleiß, mancherlei Wissen und geselliger Bildung, grade nicht von ausgezeichneten Talenten; er ist auch nicht vielseitig in fruchtbarer Anwendung seiner Kenntnismasse, denn er hat bald frühe und fortgesetzt eine besondere Vorliebe für das Theater gefaßt und in Lustspielen (mehr Produkte der jetzigen Zeit und von Personen abgezogen, mehr witzig als von komischer Kraft), in dramaturgischen Leistungen und andren ästhetischen Kompositionen sich versucht.

Ein besonderes Schriftwerk von ihm oder Aufsätze, worin er den ernsten Geist politischer Betrachtungen gezeigt, oder Ergebnisse des nach seiner Anzeige als in Hinblick auf Vorbereitung zu diesem Geschäft getriebenen Studiums der Geschichte dargelegt und wo er überhaupt bekundet hätte, daß er die Zeit in ihrer Allgemeinheit begriffen, sind uns nicht bekannt. Er steht mit mehreren Theatern in Verbindung, hat Umgang mit hiesigen Gelehrten und hat von einem kleinen, jetzt aufgezehrten Vermögen, das ihm seine Mutter hinterlassen, und von dem Ertrage seiner theatralischen Arbeiten bisher gelebt.

Sein öffentliches bürgerliches Leben ist nicht fest begründet, und seine Unangesessenheit gewährt keine besondere Sicherheit für dieses Unternehmen. Er ist etwa 40 Jahre alt, unverheiratet, ohne

Amt, ohne ein bestimmtes Geschäft und ohne eine andere Richtung der Tätigkeit als eine selbstgewählte, wie Umstände, Zeit, Lese- und Schreibbeschäftigung eine solche geboten. Von patriotischer Einseitigkeit ist er unseres Wissens frei, hat mehr in der Erscheinung gelebt, ohne persönliche Bedeutung, ohne im einzelnen oder ganzen für das Ganze nützlich tätig gewesen zu sein oder für Vaterland, Gemeinwohl und Erkräftigung seiner Mitbürger und Zeitgenossen mitgewirkt zu haben, unterhaltend für die Theaterwelt, anziehend für die Gesellschaft, nicht verschmähend die Genüsse lustigen Lebens, dies mit bürgerlichen Ehren und mit äußerer Anständigkeit verbunden.

Wenn zu dem anziehenden und schwierigen Geschäft eines politischen Zeitungsschriftstellers genug wäre, das Publikum lehrreich und angenehm, wie in gelesenen Journalen geschieht, zu unterhalten, dabei einen durch Welt und Geschäftsleben nicht verleideten Ton über Menschen, Begebenheiten etc. zu nehmen, durch Satire, Ironie und muntre Schwänke zu wirken, so würde es dem p. Schall damit gelingen. Er wird also den Nebeninhalt der politischen Zeitung, insofern dieser von wissenschaftlichem, belletristischem und artistischem Interesse ist, zu besorgen sehr wohl geeigenschaftet sein. Wenn aber zur Abfassung einer solchen Zeitung erfordert wird ein geschickt vergleichender, scharf reflektierender und tief vorschauender Geist, der das Wesentliche aus politischen Nachrichten ergre ft, der sich nicht verleiten läßt, verdeckte, arge und gefährliche Ansichten zu verbreiten, gegen lebendige, in Contestation stehende Interessen des Staates Widerstreit zu erregen und die feindselig sich einander berührenden staatspolitischen Ideen mehr hervorzuheben, dem dabei ein Vorrat von Betrachtungen und aus vorgetragenen Tatsachen geflossenen Ansichten über Staatsverfassung, öffentliche Handlungsweise und den Charakter der handelnden Personen und vorkommenden Ereignisse zu Gebote steht, der den düstern Nebel fremder, öffentlicher, nachteiliger Urteile durch eingemischte, erläuternde, lichte Bemerkungen zerstreut und neue Gedanken aufstellt, aus welchen für öffentliches und Gemeinwohl Nutzen zu ziehen ist, wenn mit seinen Worten „allgemeine Gerechtigkeit, reine Auffassungsgabe und tüchtiges, praktisches Wiedergeben, glühend für den Ruhm, das Gedeihen und die Wohlfahrt des schützenden Staates“ die schwierige Aufgabe ist, die ein solcher Zeitungsschreiber zu lösen hat, so können wir dem p. Schall den Besitz einer solchen Tüchtigkeit nicht zugestehen.

Es scheint uns ungewiß, ob der p. Schall die Bedeutung des öffentlichen Lebens in unsren Tagen ganz zu würdigen versteht und die Gaben sowie den feinen Schicklichkeitssinn besitzt, inländische Ereignisse, Verhältnisse und Veränderungen mit Behutsamkeit und dennoch mit Freimut zu behandeln. Selbst den zu einem Unternehmen derart reichlich erforderlichen Mechanismus dürfte er sich erst erwerben müssen.

Königl. Regierung.

(gez.) von Bothe. von Merkel.

Zu S. 32, Anm. 3.
St. A. Rep. 14. P. A. IX. 55 1.

„Auf das von Ew. Wohlgeboren unter dem 24. Januar d. J. an mich gerichtete Schreiben bin ich bereit Ihnen die Erlaubnis zu erteilen, eine neue politische, mit literarischen und artistischen Zusätzen sowie auch mit einem Intelligenzblatt versehenen Zeitung in Schlesien herauszugeben und werde nach ihrem Wunsche die Behörden Schlesiens auffordern, sich Ihrer Zeitung bei öffentlichen Bekanntmachungen sowie der älteren zu bedienen.

Ich ersuche Ew. Wohlgeboren, durch die Wahl der Gegenstände, durch die in Ihrem Blatt auszusprechenden Gesinnungen, die Kritik, mit welcher Sie in der Aufnahme und Verbreitung von Nachrichten zu Werke gehen, und vorzüglich durch den Ton und die Weise der Darstellung sich des Vertrauens würdig zu machen, das ich durch diese Befugnis in Ihren Charakter, Ihren Patriotismus und Ihre Talente zu setzen mich bewogen fühle. Bleiben Sie stets dem Parteigeist fremd, in welcher Gestalt er auch die unbefangene Betrachtung für einseitige Zwecke zu gewinnen strebe, und suchen Sie durch eine würdige, besonnene Darstellung, frei von aller Polemik, das Gemälde der Welt auf eine dem gebildeten Verstand genügende Art zu entwerfen und die Gefühle des Patriotismus in den Herzen Ihrer Mitbürger lebendig zu ernähren.

Berlin, den 29. Juni 1819.

von Hardenberg.

An den Herrn Carl Schall, Wohlgeboren, zu Breslau.

Zu S. 35, Anm. 5.
St. A. Rep. 14. P. A. IX. 55 1.

„Aus eigener Kenntnis weiß ich über den von Vaerst keine Auskunft zu geben, da ich erst seit wenig Tagen, wo er sich selbst mir als Herrn von Vaerst nannte, seine persönliche Bekanntschaft machte. Ich muß mich daher auf dasjenige beschränken, was ich durch polizeiliche Organe über ihn, wie folgt, habe in Erfahrung bringen können.

Herr von Vaerst ist in seiner frühesten Jugend in das Kadettenhaus zu Berlin gekommen, welches die alleinige öffentliche Anstalt ist, wo er Unterricht genossen hat. Zirka im Jahr 1809 ist derselbe in das 6. Königl. Infanterieregiment und bei Organisation des Grenadierregiments Kaiser Alexander in dieses aufgenommen worden, in welchem letzteren er bis in das Jahr 1819 als Leutnant gestanden und dann auf sein Ansuchen als Hauptmann entlassen worden ist. Seit einigen Jahren hält sich derselbe abwechselnd hier auf, wo seine blinde Mutter, eine geborene von Wolframsdorff, Schwester des hiesigen Platzmajors gleichen Namens, wohnt.

In der hiesigen öffentlichen Meinung gilt der von Vaerst für einen Lebemann von einer feinen Bildung und einen glücklichen

Spieler. Dem Vernehmen nach wird von ihm selbst nicht geleugnet, daß er vor einigen Jahren bei einem großen Spiel in Dresden interessiert gewesen sei, bei welchem ein russischer Fürst über 100000 Rubel verloren und wovon der von Vaerst 30000 Rubel gewonnen habe und hiervon ca. noch 20000 Rubel besitzen soll. Sein hiesiger Umgang ist verschiedener Art; er ist während dieses Karnevals viel in den Privat-Tanzassembleen, verkehrt außerdem viel mit dem Zeitungsredakteur Schall, dem Professor Witte, einem gewissen Epstein und den übrigen zu diesem Zirkel gehörigen Individuen, ist ferner genauer Freund von dem bekannten Baron von Glöden, welcher als einer der bedeutendsten hiesigen Spieler angesehen werden darf. Beide verkehren jetzt vorzüglich viel in der Familie der Schauspielerin Madame Kupfer. Bei den nun fast aus allen öffentlichen Häusern vertriebenen allgemeinen Spielgelagen ist der von Vaerst nie mitbetroffen worden; dem Vernehmen nach aber soll derselbe an verbotenen Spielen in Privatzimmern teilnehmen, sobald eine Gelegenheit, viel zu gewinnen, vorhanden ist, wie denn auch seine Besuche zu Dobrau, Pyrmont und Carlsbad vorzüglich dem Spiel gelten sollen. Beweise hierüber liegen jedoch nicht vor. Ueberall, wo der von Vaerst öffentlich auftritt, zeigt er den Ton der feinen Welt. Nur im Juni 1823 hat derselbe einmal die öffentliche Ordnung gestört, indem er und Baron von Glöden samt dem Studenten Grafen Domsky die Häupter der mehrtätigen Unruhen waren, welche gegen die Sängerin Dittmarsch im Theater vorfielen und worüber die polizeilichen Akten erforderlichenfalls eingereicht werden können.

Einen literarischen Ruf hat sich der von Vaerst noch nicht erworben; wenigstens sind keine anderen literarischen Produkte von ihm in Erfahrung zu bringen gewesen als einige unter dem Namen Lilli in die hiesige Schallsche Zeitung eingerückte Theaterartikel und Sonette. Dem Vernehmen nach soll aber derselbe in der neueren deutschen, französischen und englischen Literatur wohl bewandert sein, auch die letzteren beiden Sprachen fertig sprechen.

Zu einem Zeitungsschreiber in der Art, wie unsre Zeitungen geschrieben werden, d. h. politische Artikel aus fremden Zeitungen ohne Auswahl zum Abdruck anzustreichen, soweit zu vermuten ist, daß sie die Zensur passieren werden, literarische und sonstige Neuigkeiten, Curiosa aus Journalen aufzunehmen und Theaterkritiken und Gelegenheitsgedichte dazu zu liefern, halte ich ihn unbedenklich für fähig. Ob er aber geeignet sei, als ein selbständig handelndes, wünschenswertes Organ der Regierung aufzutreten und durch das ihm anvertraute öffentliche Blatt für die höchsten Zwecke einer edlen Regierung auf den öffentlichen Geist zu wirken, ist eine andere Frage. Meines Erachtens wäre es für den Staat von höchster Wichtigkeit, die Zeitungsredaktionen auch in die Hände gediegener, allgemein geachteter und geistreicher Männer von Ruf zu vergeben, weil er sich sonst des einflußreichsten Mittels zur Verbreitung und Aufrechthaltung seiner zweckentsprechenden Ideen und Ansichten und zur Bekämpfung des Gegenteils begibt.

Da übrigens der Nachsuchung des Miteigentums der qu. Zeitungsredaktion wahrscheinlich eine Absicht zugrunde liegt, die dem Prinzip des Staates, keine erbliche oder veräußerliche Gewerbsprivilegien zu erteilen, entgegensteht, so stelle ich gehorsamst anheim, vorzuschlagen:

Das qu. Miteigentum vor der Hand auf die Dauer der Schallschen Redaktionszeit zu beschränken, damit aus der von Vaerstschen Mitarbeit ersehen werden kann, ob und inwieweit er sich bei einem etwaigen, dem Vernehmen nach nahe bevorstehenden Abgange des p. Schall der von Vaerst sich zum alleinigen Zeitungsredakteur eigne oder nicht.

Breslau, den 9. Februar 1825.

Heinke.

Zu S. 58, Anm. 1.
Schles. Oberpräs.-Registratur a. a. O.

Breslau, den 17. April 1855.

An den Königl. Minister Herrn von Westphalen, Exzellenz, zu Berlin.

Ew. Exzellenz darf ich nicht versichern, daß die bessere Haltung der Breslauer Zeitung, welche Gegenstand der Erörterung in dem verehrlichen Erlasse vom 14. d. Mts. ist, meine volle Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt und alle konservativen Kreise mit Genugtuung erfüllt. Ich bin deshalb mit dem jetzigen Eigentümer der Zeitung, Zäschmar, in Verbindung getreten. Er hat mir die bestimmtesten Versprechen gegeben, daß die Haltung der Zeitung in Zukunft eine durchaus konservative und den Wünschen der Staatsregierung entsprechende sein solle, und ich habe ihm dagegen alle nur mögliche Unterstützung zugesagt. Ich wünsche angelegentlichst, daß es ihm möglich bleiben möge, sein Wort zu erfüllen, wie er zurzeit gewiß den Willen dazu hat. Ich werde den Gegenstand im Sinne Ew. Exzellenz Intention fortgesetzt im Auge behalten und behalte mir vor, seinerzeit etwaige zur Aufmunterung dienende Anträge zu formieren, wovon selbstredend jetzt noch nicht die Rede sein kann. Insbesondere mache ich schon jetzt auf den Drucker der Zeitung, den Buchdruckereibesitzer W. Friedrich, der gleichfalls zur Familie gehört, aufmerksam. Derselbe hat von jeher den konservativen Kreisen angehört, und ich bin deshalb schon verschiedentlich von den achtbarsten Seiten angegangen worden, ihm eine Auszeichnung zu erwirken, die er wegen seiner persönlichen Eigenschaften vollkommen verdient hätte. Ich habe dies indessen solange von der Hand gewiesen und weisen müssen, als er Drucker einer Zeitung von der Tendenz der Breslauer Zeitung war, so wenig er selbst an der Redaktion beteiligt und auf dieselbe Einfluß zu üben imstande war. Aendert sich diese permanent, so werde ich nicht unterlassen, bei Ew. Exzellenz die erforderlichen Anträge zu stellen; dem Eigentümer der Zeitung, Zäschmar, wird zunächst am meisten gedient sein,

wenn sich der Leserkreis in den konservativen Zirkeln vermehrt, und es wird sich mir vielleicht Gelegenheit bieten, bei dem in einigen Tagen zusammentretenden landschaftlichen Generallandtage, zu dem sich Männer aus allen Teilen der Provinz ansammeln, im Interesse des p. Zäschmar wirksam zu sein. Ew. Exzellenz dies vorläufig gehorsamst anzuzeigen habe ich nicht ermangeln wollen.

von Schleinitz.

Zu S. 58, Anm. 2 u. S. 222, Anm. 3.
Schles. Oberpräs.-Registratur a. a. O.

Ew. Exzellenz Aufmerksamkeit ist die loyale und zufriedenstellende politische Haltung, welche die Breslauer Zeitung seit ihrem Uebergange in die Hände des jetzigen Redakteurs, des Buchhändlers Zäschmar, eingenommen und in der sie sich immer mehr zu befestigen gemüht gewesen ist, nicht entgangen; insbesondere ist diese Haltung zurzeit der Wahlen für das Haus der Abgeordneten eine durchaus ehrenwerte gewesen. Diese Aenderung der Tendenz hat nicht fehlen können, ihr in den Reihen der Gegenpartei die heftigsten Anfeindungen zuzuziehen, die sich besonders in hiesiger Stadt dadurch manifestiert haben, daß ihr eine große Anzahl Abonnenten abtrünnig geworden sind, die gegenwärtig durch das Mehr ihrer Abonnenten in der Provinz noch nicht vollständig ausgeglichen ist. — Sie steht in der Zahl ihrer Abonnenten gegen die Schlesische Zeitung, deren Haltung auf das Prädikat eines im wahrhaft konservativen Sinne redigierten Blattes nicht Anspruch machen kann, noch wesentlich zurück. Nächst den für die letztere Zeitung agitierenden Parteizwecken ist es aber besonders in der Provinz die Macht der Gewohnheit, die der wohlverdienten Weiterverbreitung der Breslauer Zeitung hindernd im Wege steht. — Ein großer Teil des lesenden Publikums hat sich an die Schlesische Zeitung, die in Ermangelung eines besseren Blattes geraume Zeit hindurch notgedrungen für das beste Provinzialblatt gelten mußte, gewöhnt und bedarf eines Impulses, um von dieser Gewohnheit sich freizumachen. Ein solcher Impuls dürfte von Erfolg sein, wenn es Ew. Exzellenz gefallen wollte, im amtlichen Wege sämtliche Landräte der Provinz auf die befriedigende Haltung der Breslauer Zeitung und auf den Umstand, daß die letztere gegenwärtig allein das Recht, für konservativ und regierungsfreundlich zu gelten, für sich in Anspruch nehmen darf, aufmerksam zu machen und durch diese Organe auf eine weitere Beteiligung des konservativ gesinnten Publikums an dieser Zeitung hinzuwirken.

Indem Ew. Exzellenz besserer Erwägung ich diesen unmaßgeblichen Vorschlag zu unterbreiten mir erlaube, gestatte ich mir gleichzeitig gehorsamst zu bemerken, daß, nachdem dieser Zeitung in Anerkennung ihrer befriedigenden Haltung der Eingang in das Königreich Polen in neuerer Zeit gestattet worden ist, eine Interzession bei dem preußischen Konsul von Wagner in Warschau wohl geeignet sein möchte, die Aufmerksamkeit des dortigen Publikums, welches die diesseitigen Nachrichten aus der Schlesischen Zeitung, von der eine ziemlich bedeutende Anzahl von Exemplaren dort

abgesetzt werden soll, zu schöpfen gewohnt ist, auf die Breslauer Zeitung zu lenken.

(Vermerk von der Hand des Oberpräsidenten: Ist geschehen.)

Der Königl. Regierungs-Präsident.

Graf von Zedlitz-Trützschler.

Zu S. 58, Anm. 3.

Breslau, den 21. November 1855.

An die sämtlichen Herren Landräte der Provinz.

Es wird Ew. Hochwohlgeboren nicht entgangen sein, daß die Breslauer Zeitung seit ihrem Uebergange in die Hände des jetzigen Redakteurs und Eigentümers, des Buchhändlers Zäschmar, eine durchaus loyale und zufriedenstellende politische Haltung angenommen hat. So wie dies Allerhöchsten Orts und bei dem Königl. Ministerio ganz besondere Befriedigung erzeugt hat, so werden Ew. pp. die Freude mit mir teilen, daß die Provinz jetzt wieder ein ganz konservatives Organ besitzt, das entfernt, sich in Extremen zu bewegen, darauf hinwirkt, Liebe und Treue zum Allerhöchsten Königshause und zum Vaterlande zu stärken und zu befestigen. Pflicht der konservativen Partei dürfte es nun aber auch sein, diesem, jetzt ihrem Organe die erforderliche Unterstützung nicht zu versagen, sondern dasselbe im Gegenteil mittragen zu helfen. Es hat nicht ausbleiben können, daß bei dieser Aenderung der Tendenz der Breslauer Zeitung sie sich in den Reihen der Gegenpartei die heftigsten Anfeindungen zugezogen hat, die sich besonders in hiesiger Stadt dadurch manifestiert haben, daß sie eine große Anzahl Abonnenten verloren hat, die bisher durch das Mehr ihrer Abonnenten in der Provinz nicht ausgeglichen ist.

Es wird diese Andeutung genügen, Ew. pp. von der Notwendigkeit zu überzeugen, im wahren Interesse der konservativen Partei die Interessen der gedachten Partei zu fördern, und ich wende mich daher vertrauensvoll an Sie mit dem ergebensten Ersuchen, für die Verbreitung der Breslauer Zeitung nach Kräften zu wirken und den Kreis ihrer Leser zu erweitern. Daß dies nicht etwa durch Veröffentlichungen und Aufforderungen im Kreisblatte, sondern im privaten Wege erfolge, darf ich wohl nicht erst besonders befürworten.

Wenn Ew. pp. mir das Resultat Ihrer Bemühungen gelegentlich anzuzeigen die Güte hätten, würde ich zu besonderem Danke verpflichtet sein".

Zu S. 58, Anm. 4.

Schles. Oberpräs.-Registratur a. a. O.

Neurode, den 1. Dezember 1855.

Der Landratsamt-Verweser des Neuroder Kreises berichtet ehrerbietigst in Angelegenheiten betr. die Breslauer Zeitung ad hohem Erlaß vom 21. November:

Infolge des Hohen Erlasses beehre ich mich Ew. Exzellenz ehrerbietigst mitzuteilen, daß die Breslauer Zeitung schon seit geraumer Zeit in den konservativen Zirkeln des Kreises Neurode gehalten wird, und die konservative Partei es sich wahrhaft angelegen sein läßt, diesem Blatte überall Unterstützung und Ausbreitung zu verschaffen. Wenn nun die wahrhaft konservative Partei, d. h. diejenige des gouvernementalen Prinzips ohne Unterlaß tätig ist, zwar meist nur aus dem Adel und den Rittergutsbesitzern des Kreises besteht, so existiert doch auch noch eine zweite Partei, welche, obschon an sich untätig, sich dennoch konservativ und konservativen Anregungen zugänglich zeigt, und bei ihr hoffe ich vorzugsweise auf Unterstützung der Breslauer Zeitung hinwirken zu können. Ich werde daher gewiß nicht verfehlen, nach Kräften den Bestimmungen des Hohen Erlasses vom 21. v. M. nachzukommen.

Der Landratsamt-Verweser.
Graf Pfeil.

Ew. Exzellenz

beehre ich mich im Verfolg Ihrer Zuschrift vom 21. v. M. ganz gehorsamst zu benachrichtigen, daß ich auf meinen Dienstreisen und auch gestern bei Gelegenheit des hier abgehaltenen Kreistages mich bemüht habe, der Breslauer Zeitung neue Abonnenten zu werben. Da indessen fast überall, namentlich bei den Rittergutsbesitzern, die Breslauer Zeitung als ein ihnen wertes und ihrer politischen Richtung entsprechendes Tageblatt von mir bereits vorgefunden wurde, werden meine Bemühungen große Erfolge nicht haben können. Der Rustikalstand hält fast gar keine Zeitungen, und wenn er dergleichen hält, beschränkt er sich auf kleine Blätter, die grade nur für seinen Wohnort und dessen nächste Umgebung einiges Interesse haben.

Sprottau, den 12. Dezember 1855.

von Schkopp, Königl. Landrat.

Striegau, den 20. Dezember 1855.

Ew. Exzellenz

verfehle ich nicht in Verfolg des verehrlichen Reskripts vom 21. v. M. gehorsamst zu berichten, daß nach Anzeige der hiesigen Postexpedition pro IV. Quart. 1855 in Striegau 18 Ex. der Breslauer Zeitung bezogen und verteilt werden. Die Zahl der Abonnenten für das künftige Jahr hat sich infolge meiner Aufforderung gemehrt.

Der Königliche Landrat.
von Rohrscheidt.

Brieg, den 25. Dezember 1855.

Ew. Exzellenz

beehre ich mich ganz gehorsamst anzuzeigen, daß mir mehrere Rittergutsbesitzer des Brieger Kreises, einige Geistliche und Beamte die Zusicherung erteilt haben, vom 2. Januar 1856 ab die Breslauer Zeitung zu halten.

von Rohrscheidt,
Landrat.

Ew. Exzellenz

hochgeehrten Auftrag vom 21. November c. a. gemäß verfehle ich nicht ganz gehorsamst anzuzeigen, daß, wenngleich ich mir die Empfehlung der gedachten Zeitung in geeigneter Weise habe angelegen sein lassen, ein bedeutender Debit derselben im hiesigen Kreise doch darum schwer zu erzielen sein möchte, weil wegen der schnelleren Ankunft die Berliner Zeitungen mehr gelesen werden; dessenungeachtet hat sich aber nach einer Mitteilung des hiesigen Königl. Postamtes das Abonnement der Breslauer Zeitung gegen das letzte Quartal 1855 um zwei vermehrt.

Grünberg, den 20. Januar 1856.

von Bojanowsky,
Landrat.

Pleß, den 27. Januar 1856.

Der Landratsamt-Verweser Freiherr von Seherr-Thoss berichtet wegen Verbreitung der Breslauer Zeitung im Kreise Pleß.

Ew. Exzellenz beehre ich mich in Erwiderung auf das hochgeschätzte Schreiben vom 21. November zunächst meinen ehrerbietigsten Dank auszusprechen. — — — Ich muß offen bekennen, daß ich auf die Veränderung der Tendenz der Breslauer Zeitung erst durch Ew. Exzellenz hochverehrliches Schreiben aufmerksam geworden bin, da ich vorher dieser Zeitung in Rücksicht auf ihre frühere Haltung meine Aufmerksamkeit entzogen hatte. Wenn ich aber seit längerer Zeit während meines früheren Aufenthaltes in der Mark Brandenburg neben der „Neuen Preußischen Zeitung" die „Schlesische Zeitung" gehalten habe, so bin ich einerseits nur durch den Wunsch, mit den Heimatsverhältnissen in Verbindung zu bleiben, andrerseits durch die besondre Vorliebe bewogen worden, welche gedachte Zeitung wegen ihrer zahlreichen Inserate bei den Frauen sich zu erringen gewußt. Als politische Zeitung mußte die Schlesische Zeitung seit dem Jahre 1848 die Nichtachtung Wohlgesinnter in um so höherem Grade auf sich ziehen, als sie unter dem Deckmantel treuer Gesinnung bei jeder neuen politischen Konstellation ihre

Farbe wechselnd das politische Rechtsbewußtsein in dem oberflächlich Gebildeten wesentlich beeinträchtigt und in dem großen Kreise ihrer Leser meines Dafürhaltens bei weitem gefährlicheren Einfluß als die radikalsten Blätter geübt hat. Ich konnte daher als von ganzem Herzen meiner Heimatsprovinz anhängend nur mit der aufrichtigsten Freude wahrnehmen, daß jetzt in der Breslauer Zeitung nach mehrjähriger Entbehrung wiederum ein konservatives Organ für die Provinz gewonnen ist. Soweit ich das Resultat meiner Bemühungen, dieser Zeitung auch hier im Kreise eine möglichst ausgedehnte Aufnahme zu verschaffen, jetzt schon übersehen und gemachten Versicherungen Glauben schenken kann, haben mit dem Beginn des neuen Quartals mindestens 20 Exemplare der Breslauer Zeitung mehr als früher in dem Kreise, und zwar unter den fürstlichen Beamten, einigen Gutsbesitzern und in den Städten Pleß und Nicolai Aufnahme gefunden. Ich würde vielleicht ein noch günstigeres Resultat haben erzielen können, wenn nicht der Mangel an zuverlässiger Personalkenntnis mir die größte Vorsicht hätte rätlich erscheinen lassen.

In der nachfolgenden Zusammenstellung erlaube ich mir mitzuteilen, welche und wieviele der Provinzialzeitungen bei den einzelnen Postexpeditionen im letzten Quartal des Jahres 1855 von Bewohnern des Plesser Kreises gehalten worden sind.

I. Bei der Postexpedition in Pleß:

Breslauer Zeitung . . .	23	Exempl.
Schlesische Zeitung . .	20	„
Neue Oderzeitung . . .	3	„

II. Bei der Postexpedition in Nicolai:

Breslauer Zeitung . . .	10	Exempl.
Schlesische Zeitung . .	24	„
Neue Oderzeitung . . .	—	„

III. Bei der Postexpedition in Berun:

Breslauer Zeitung . . .	3	Exempl.
Schlesische Zeitung . .	7	„
Neue Oderzeitung . . .	—	„

IV. Bei der Postexpedition in Sohrau:

Breslauer Zeitung . . .	1	Exempl.
Schlesische Zeitung . .	8	„
Neue Oderzeitung . . .	1	„

V. Bei der Postexpedition in Myslowitz:

Breslauer Zeitung . . .	—	Exempl.
Schlesische Zeitung . .	2	„
Neue Oderzeitung . . .	—	„

Summa von der Breslauer Zeitung .	37	Exempl.
„ „ „ Schlesischen Zeitung	61	„
„ „ „ Neuen Oderzeitung	4	„

— — — Wenn eine höhere politische Anschauung nur spärlich anzutreffen ist, so hat dies lediglich seinen Grund in der niedrigen Bildungsstufe, auf welcher selbst der größte Teil solcher Personen steht, die vermöge ihrer Geburt, ihres Besitzes, ihrer Stellung und sonstigen Verhältnissen einen höheren Platz in der Gesellschaft einnehmen.

Beuthen, den 8. Februar 1856.

Ew. Exzellenz hoher Erlaß vom 21. November hat mich bestimmt, die Mitteilungen der Empfehlung der Breslauer Zeitung in 120 Exempl. an Personen gelangen zu lassen, von denen ich annehmen kann, daß sie ein Urteil und den nötigen Einfluß haben. Die Wirkung ist nicht einschlagend zu nennen; sie ist im Gegenteil gar nicht wahrnehmbar geworden, da die Leser der Breslauer Zeitung der Zahl der Abonnenten zufolge der der Schlesischen Zeitung fast gleich schien. Ein Rückschluß hieraus auf die mehr oder weniger konservative Gesinnung der gebildeten Bewohner der hiesigen Gegend dürfte aber nicht zutreffen, da bei der Haltung dieser oder jener Zeitung sehr viele Bequemlichkeitsrücksichten und Gewohnheiten in Frage kommen. Die größere oder geringere Menge von Provinzialnachrichten, von Anzeigen aller Art, empfiehlt diese oder jene Zeitung mehr. Die politische Richtung dieser oder jener Zeitung wird hier nicht beachtet. Im letzten Quartal des abgelaufenen Jahres zählten die Zeitungen Abonnenten

die Schlesische	die Breslauer
137,	175,

im ersten Quartal des laufenden Jahres nach dem Ergehen der Mahnung

die Schlesische	die Breslauer
140,	173.

— — — — Im allgemeinen hält aber die Breslauer Zeitung im hiesigen Kreise noch immer mehr Leser als die Schlesische Zeitung.

von Tieschowitz,
Landrat.

Pleß, den 7. April 1856.

Der Landratsamt-Verweser Freiherr von Seherr-Thoss berichtet anderweitig wegen Verbreitung der Breslauer Zeitung im Kreise Pleß. Im I. Quartal wurden von Einwohnern des Kreises Pleß gehalten:

I. Bei der Postexpedition in Pleß:

Breslauer Zeitung . . . 26 Exempl.
Schlesische Zeitung . . 18 „

II. Bei der Postexpedition in Nicolai:

Breslauer Zeitung . . . 12 Exempl.
Schlesische Zeitung . . 25 „

III. Bei der Postexpedition in Neu-Berun:
Breslauer Zeitung . . . 8 Exempl.
Schlesische Zeitung. . . 8 "

IV. Bei der Postexpedition in Sohrau:
Breslauer Zeitung . . . 3 Exempl.
Schlesische Zeitung . . 8 "

V. Bei der Postexpedition in Myslowitz:
Breslauer Zeitung . . . — Exempl.
Schlesische Zeitung . . 2 "

Insgesamt 44 Exemplare von der Breslauer Zeitung und 61 von der Schlesischen Zeitung, also von der Breslauer Zeilung 7 Exempl. mehr als im letzten Quartale 1855 — — — — — — — — vielmehr kann ich mir den wider Erwarten geringen Zugang nur darin erklären, daß, da die Sache erst kurz vor Ablauf des vorigen Jahres zur Sprache gekommen ist, viele und namentlich die fürstlichen Beamten, zu deren Kenntnis der Wunsch resp. die Weisung ihres Herrn, wie ich erfahren, erst später gelangt ist, die Bestellungen für das I. Quartal cr. rechtzeitig zu machen nicht mehr in der Lage gewesen sind. — — — — — Da aber der Breslauer Zeitung hier nur auf Kosten der Schlesischen Zeitung Zugang verschafft werden kann und dieser von Landwirten und Gewerbetreibenden insbesondere wegen ihrer Inserate und Mitteilungen aus der Provinz der Vorzug gegeben wird, so wird eine erwünschte Verbreitung der ersteren immerhin schwierig bleiben, wenn nicht — wie übrigens in letzter Zeit auch wahrzunehmen war — auch solchen Anforderungen von der Breslauer Zeitung Rechnung getragen wird.

Zu S. 59, Anm. 1.
Schles. Oberpräs.-Registratur a. a. O.

Seit die Breslauer Zeitung in die Hände des Buchhändlers Zäschmar übergegangen ist, hat dieselbe eine vollkommen zufriedenstellende politische Haltung eingenommen und kann sich jeder Patriot nur freuen, daß die Provinz wieder ein Blatt besitzt, das sich nicht in Extremen bewegt und darauf hinwirkt, Liebe und Anhänglichkeit an das Allerhöchste Königshaus zu stärken. Die neue Richtung der Zeitung hat derselben viel Anfeindungen eingebracht und ihr viele Abonnenten entzogen. Es erscheint angemessen, die konservative Partei im Kreise auf den Stand der Sache aufmerksam zu machen, um der Breslauer Zeitung Abonnenten zu gewinnen. Ew. pp. ersuche ich im Interesse der konservativen Sache, mit mir dahin zu wirken, daß die Breslauer Zeitung in ihrer ehrenwerten Tendenz die nötige Unterstützung erfahre.

Rockittnitz, den 28. November 1855.

von Tieschowitz.

Zu S. 64, Anm. 3.
Schles. Oberpräs.-Registratur a. a. O.

Breslau, den 14. Mai 1844.

An den Herrn Polizeipräsidenten Heinke, Hochwohlgeboren.

Da der Redaktion der Schlesischen Chronik nach der für diese Zeitschrift unter dem 13. November 1835 erteilten Konzession nicht gestattet ist, Inserate in das Blatt aufzunehmen, so kann ich mich umsoweniger veranlaßt finden, meinerseits eine derartige Erweiterung des Blattes zu gestatten, als ein dringendes Bedürfnis dazu keineswegs nachgewiesen ist.

Merkel.

Zu S. 73, Anm. 1.
St. A. Rep. 14. P. A. IX. 55qu.

„Bei der bevorstehenden Zusammenkunft von Vertretern der hiesigen Provinz und bei dem ernst konservativen Charakter, welchen diese Versammlung an sich tragen dürfte, scheint es an der Zeit, die Aufmerksamkeit auf eines der entschiedensten Bedürfnisse der konservativen Partei Schlesiens zu richten. Die Konservativen unserer Provinz haben kein öffentliches Organ; keines der vorhandenen großen Tagesblätter entspricht ihrem Interesse und ihrer Aufgabe. Diejenige Zeitung, welche vom Sommer 1848—1849 mit mehr oder weniger Entschiedenheit die konservative Politik verteidigt hatte, ist seitdem wieder immermehr der liberalen Opposition verfallen und hat besonders in den wichtigsten Krisen dieses und des verflossenen Jahres nicht wenig dazu beigetragen, die öffentliche Mißstimmung, leichtfertigen Argwohn, und gehässiges Mißtrauen zu nähren. Wenn die konservative Partei nicht alle Uebel, welche sich im Gefolge einer verirrten Presse entwickeln, wieder bis zu einer Höhe steigen lassen will, wo sich alsdann alle Mittel der Abhilfe als verspätet erweisen, so muß sie schon jetzt ihrerseits mit der ganzen Kraft moralischer Einwirkung hervortreten, welche ihr zu Gebote steht.

Die offen revolutionären Umtriebe sind auf die Länge weniger zu fürchten als die konsequente, mit dem Scheine der Mäßigung auftretende Verdächtigung aller Schritte der Regierung, die allmähliche Vernichtung aller Autorität, wodurch in der Gesellschaft alle Entschiedenheit und alle Kraft des Widerstandes gegen die radikalen Tendenzen gebrochen wird. Ueberdies verliert eine Partei, welche in ihrem vermeintlichen Organ sich als beständige Gegnerin der Regierung bekundet, alles Anrecht und alle Möglichkeit, irgendeinmal auf die Beschlüsse dieser Regierung einen Einfluß zu üben, während man ihr sonst einen solchen gewiß gestatten würde.

Für Schlesien ist es die höchste Zeit, daß Schritte getan werden, um dem vorhandenen großen Uebelstande abzuhelfen; denn für Schlesien ist es mehr als für jede andere Provinz ein Vorwurf, daß ein entschieden konservatives Organ noch nicht vorhanden ist.

Die Elemente einer kräftigen konservativen Partei sind bei uns zahlreicher zu finden als irgendwo; der ländliche Grundbesitz allein, welcher durch seine ganze Stellung konservativ ist und seine Ueberzeugung in dieser Beziehung allseitig bewährt hat, wäre imstande, ohne erhebliche Opfer durch seine bloße Teilnahme ein bedeutendes Organ zu schaffen und zu stützen.

Wenn es hiernach als Pflicht der hier zu versammelnden Mitglieder der Provinzialstände erscheint, die Mittel zur Gründung einer konservativen Zeitung ins Auge zu fassen, so dürften hierbei folgende Gesichtspunkte festzuhalten sein:

Das Blatt müßte Organ der gesamten konservativen Partei sein, nicht eines einzelnen Elementes oder Standes in derselben, wenn auch die Begründung zunächst von einem derselben ausgehen sollte.

Die große politische Bedeutung des Grundbesitzes wird nebst allen Konsequenzen unfehlbar in dem Programm eines wahrhaft konservativen Organs offen anzuerkennen sein; diese Anerkennung ist für uns eine der Grundbedingungen jeder konservativen Ueberzeugung und die Verbreitung gesunder Ansichten in dieser Beziehung, die Verteidigung der politischen Rechte, welche an den Grundbesitz vor allem zu knüpfen sind, eine der Hauptaufgaben der Polemik.

Nichtsdestoweniger aber erscheint es wichtig, daß das zu gründende Blatt in keiner Weise dem Anschein unterliege, als sei die Wahrnehmung der Interessen eines einzelnen Standes seine Bestimmung; vielmehr muß dasselbe, um in weiteren Kreisen denjenigen Einfluß zu gewinnen, welcher im Interesse der konservativen Sache überhaupt liegt, sich von vornherein innerlich und äußerlich als Organ der Gesamtpartei hinstellen. Dazu ist nötig, daß die Vorbereitung und die spätere Leitung Männern übergeben werde, welche in verschiedenen Kreisen Ansehen und Vertrauen genießen, Männern von anerkannt patriotischer Gesinnung und von einer Entschiedenheit, welche doch von Schroffheit fern ist!

In Bezug auf das Programm des Blattes selbst aber ist außer den Erfordernissen, welche sich aus einer entschieden konservativen Richtung in politischer Beziehung von selbst ergeben, vorzugsweise noch darauf zu achten, daß das Blatt in religiöser Richtung bei den ernsten Männern beider Konfessionen Vertrauen erwecke. Es wird seine Aufgabe nur dann mit Erfolg lösen können, wenn es die Kräftigung eines ernst sittlichen Geistes in der Nation, welche auf keiner anderen als der Grundlage des positiv-christlichen Glaubens erfolgen kann, als das erste und vorzüglichste Bedürfnis der Zeit erkennt. Hiervon ausgehend wird es, ohne sich in eigentlich religiöse und konfessionelle Streitigkeiten einzulassen, den Angriffen der Rationalisten und Radikalen gegen die kirchlichen Bestrebungen mit Kraft entgegentreten und in dieser Beziehung keinen Unterschied zwischen dem Katholizismus und dem gläubigen Protestantismus machen, denn die Feindschaft der Ungläubigen gegen beide hat denselben Grund und dasselbe Ziel, die Vernichtung des Glaubens überhaupt. Wenn nun ein größerer

Kreis von Männern aus der Provinz sich zur Gründung eines Organs der genannten Art vereinigt, so wird dieses Unternehmen weniger durch ein hohes Anlagekapital als durch Vermittlung einer weitverbreiteten Teilnahme zu sichern sein.

Es kann bei einer regen Einwirkung nicht schwerhalten, von vornherein 2000 und mehr Abonnenten heranzuziehen, welche ihre Beteiligung zunächst für ein Jahr in sichere Aussicht stellen. Bekanntlich aber ist es weniger die Zahl der Abonnenten als die Masse der Insertionen, welche den Bestand einer Zeitung in unseren Tagen zu sichern vermag. Es ist wichtig, ausdrücklich zu bemerken, daß das Blatt, um mit voller moralischer Kraft die Partei vertreten zu können, keine Subvention von seiten der Regierung erstreben oder annehmen darf. Auf die moralische Unterstützung derselben wird es sich dagegen hoffentlich alle Ansprüche erwerben.

Zur Uebernahme des Verlags hat sich bereits eine Buchhandlung von der erprobtesten konservativen Gesinnung bereit erklärt. Was die sonstige Einrichtung der Zeitung betrifft, so würde das Format etwa dasselbe sein, wie das der Schlesischen Zeitung. An Fülle des Stoffes dürfte das neue Organ hinter den beiden größeren Zeitungen der Provinz keinesfalls zurückbleiben. Die Zuverlässigkeit der Mitteilungen müßte vom ersten Augenblick an unzweifelhaft sein, was vermöge der moralischen Unterstützung, auf welche das Blatt in den offiziellen Kreisen Anspruch machen dürfte, und bei den Verbindungen der Hauptteilnehmer ohne Schwierigkeit zu erreichen ist.

Den gewerblichen und materiellen Interessen überhaupt wird neben den politischen und moralischen eine gründliche und selbständige Vertretung zu sichern sein.

Die provinziellen Nachrichten müßten reichlich und zuverlässig beschafft werden, wobei auf die Teilnahme einflußreicher Mitglieder aller Behörden mit Zuversicht gerechnet werden darf.

Das Blatt wird es sich auch besonders zur Aufgabe machen müssen, den konservativen Interessen der städtischen Verwaltung Breslaus und der Provinzialstädte die bisher mangelnde Vertretung zu sichern. Auch hierin ist auf reichliches Material durch die Verbindung mit bedeutenderen Mitgliedern der städtischen Behörden zu rechnen.

Ueberhaupt wird das Blatt sich auch dadurch als Organ der Partei bewahren müssen, daß es in jeder Beziehung auf Mitteilungen aus der Partei selbst rechnen kann.

Bei dem abnehmenden Interesse der politischen Debatten wird durch ein tüchtiges Feuilleton auch für anderweitige Unterhaltung zu sorgen sein. Indem in dieser Beziehung vorzugsweise auch auf das Interesse der Leserinnen Rücksicht zu nehmen sein wird, muß, abgesehen von den allgemeinen sittlichen Erfordernissen umso strenger auf die Abweisung aller Artikel zweideutigen Inhalts gesehen werden.

Das Feuilleton wird neben der Gewährung anziehender literarischer Unterhaltung zugleich die Aufgabe haben, den Leser in bezug auf alle wichtigen Erscheinungen der deutschen und fremden Literatur schnell zu unterrichten.

Die Bedingungen des Abonnements müssen ganz dieselben sein wie bei der Breslauer und Schlesischen Zeitung.

In bezug auf die Inserate ist noch die Forderung aufzustellen, daß das Blatt auch unter dieser Rubrik nichts aufnehme, was dem streng-konservativen Prinzip zuwider wäre, es darf in keiner Beziehung die Interessen der Partei und der Ueberzeugung einem etwaigen industriellen Interesse unterordnen.

Das ganze Unternehmen müßte, wenn nicht schon bis zum 1. Oktober cr., doch gegen Beginn der bevorstehenden Kammersession, bei welcher die Provinziallandtagsfragen u. a. sofort zur Debatte kommen, also etwa zum 15. November, spätestens aber zum 1. Januar k. J. ins Leben treten, weshalb die Vorverhandlungen unfehlbar während der bevorstehenden Provinzialversammlung zum Abschluß kommen müssen.

Breslau, den 29. August 1851.

Der Erlaß an die Landräte:

Wie Ew. Wohlgeboren aus dem in 10 Exemplaren beigelegten Programm ersehen wollen, wird hier die baldige Gründung einer entschieden konservativen Zeitung beabsichtigt. Ich widme diesem Unternehmen, welches zum Teil durch meine Anregung hervorgerufen wurde, die lebhafteste Teilnahme, da es nicht weniger in dem Interesse der Regierung als in dem der konservativen Partei liegt, daß Schlesien endlich ein öffentliches Organ erhalte, welches einen wahrhaft konservativen Geist zu verbreiten bestrebt sei und besonders in Zeiten der Krisis und Gefahr der Staatsregierung einen wirklichen Halt gewähren könne, nachdem die Schlesische Zeitung in dem verflossenen Jahre und in neuerer Zeit durch ihr stetes Schwanken und ihr teilweises sehr gehässiges Auftreten gegen die Staatsregierung sich dieser Aufgabe nicht gewachsen gezeigt hat. — Daß dies mit dem beabsichtigten Organ der Fall sein werde, dafür bürgen mir der Standpunkt und die Antezedentien derjenigen Personen, welche sich in der konservativen Partei vorzugsweise für die Gründung desselben interessieren.

Ich erkenne es als eine mir durch mein Amt und mein politisches Bewußtsein gebotene unzweifelhafte Pflicht an, meinerseits die Hand zur allseitigen Förderung eines solchen Unternehmens zu bieten, denn die Einwirkung der Regierung auf die öffentliche Meinung darf sich nicht auf die bloße Verhinderung des Schlechten beschränken. Dieselbe muß sich weit mehr noch in der positiven Unterstützung der wohlgesinnten Presse betätigen.

Ich darf mit Bestimmtheit voraussetzen, daß auch Sie in Anerkennung dieser Aufgabe es mit mir als eine Pflicht erkennen werden, das in Rede stehende Vorhaben bereitwillig zu fördern, umsomehr als in einem tüchtigen konservativen Provinzialorgan zugleich auch

die kleineren Kreis- und Lokalblätter eine willkommene Stütze finden werden.

Es kommt, um das baldige Erscheinen des Blattes zu sichern, zunächst darauf an, sich eine ungefähre Uebersicht über die zu erwartende Teilnahme zu verschaffen. Zu diesem Zwecke ersuche ich Sie, die beigelegten Exemplare des Entwurfs nebst der Liste, sei es durch Vertrauenspersonen, sei es mit einer geeigneten Aufforderung bei denjenigen Personen des dortigen Kreises zirkulieren zu lassen, nach deren ernst konservativer Gesinnung Sie annehmen können, daß sie sich für das Unternehmen interessieren werden, und mir wenigstens eine vorläufige Liste derjenigen, welche ihre Beteiligung in Aussicht gestellt haben, in etwa 14 Tagen zusenden zu wollen, wenn auch die Zirkulation dann noch fortgesetzt wird. Bei der unzweifelhaften Wichtigkeit, welche die Sache für die Provinz hat, lege ich wiederholt ein großes Gewicht auf die schleunige und wirksame Förderung derselben und glaube dabei auf Ew. Wohlgeboren entschiedenste und tätigste Unterstützung rechnen zu dürfen.

Breslau, den 8. September 1851.

Der Regierungs-Präsident.
Graf von Zedlitz-Trützschler.

Zu S. 74, Anm. 1.
St. A. Rep. 14, P. A. IX. 55 qu.

Hochgeehrter Herr Landrat!

Daß der, welcher seit lange mehrfach Ihnen gegenüber die absolute Notwendigkeit einer konservativen Zeitung für Schlesien darstellte, das vollste Interesse dem Bestreben zuwendet, welches sich in der mir heute abend eingehändigten Schrift ausspricht, ist natürlich, aber er glaubt sich auch verpflichtet, seine Bedenken offen auszusprechen und auf Momente hinzuweisen, die im Programm nicht bestimmt hervorgehoben werden. Zuvörderst, hat man die Kosten des zu beginnenden Baues überschlagen?

Das über die Schlesische Zeitung gefällte Urteil ist nur zu sehr begründet; ihr Treiben empört die Einsichtigen nicht bloß durch ihr Schwanken, sondern noch mehr durch ihre Heuchelei, mit der sie stets beschwichtigende Artikel mitbringt, was dem Charakter ihrer Redakteure angemessen ist, da Herr Möcke nicht besser ist als Herr Stein und Herr Diakonus Schmeidler nicht besser als Prediger Dr. Rohde. Allein wie viele verstehen dies? Sie predigt ja Ordnung und Gesetzlichkeit, hat legale und sentimentale Phrasen genug. So wird sie auch jetzt den Mantel nach dem Winde hängen, und es wird schwer sein ihr den Rang abzulaufen. Oder ist wirklich ein Zorn in den Konservativen gegen sie da? O unsre Konservativen! Ist die Zahl derer, welche wirklich wissen, um was es sich handelt, was Liberalismus und Konservatismus ist, worin dieser sich darzustellen hat, welches organische Wirken er fordert, welche namentlich in ihrem Leben, in ihrer eignen Hausordnung diesen genügen,

wirklich so groß? Die meisten, die sich konservativ nennen, wollen nichts als den Geldbeutel konservieren; im übrigen ist ihr Wahlspruch: Après nous le déluge! Sie schwimmen mit dem Strome, und die Schlesische Zeitung ist ihr treuestes Abbild. Gehen wir die einzelnen Stände durch, da sieht es sehr übel aus. Die Gebildeten Schlesiens liegen meist noch unter dem Bann der seichtesten Aufklärerei. Sind die bewußten Konservativen zu so großen Geldopfern bereit oder auch zu ihnen fähig, als nötig sein wird, eine solche Zeitung nicht nur ein Jahr zu halten? Aber noch wichtiger ist die Frage: Wird die geistige Teilnahme groß genug sein? Soll eine Zeitung ihren Zweck erfüllen, so kann es nur durch das freie Zusammenwirken eines Kreises von Männern geschehen, die in der Gesinnung übereinstimmen, in dem Talent einander ergänzend Zeit, Zeug und Lust genug haben, die eigentlich geistige Arbeit der Hauptsache nach zu machen, sodaß der Redakteur nur der Hauptrotstift ist. Haben wir aber in einer schlesischen Stadt einen solchen Kreis? Oder soll die Redaktion die Hauptsache machen? Dann steht es gleich von Anfang an übel mit dem Blatt. Haben wir weiter in der Provinz hinreichend zahlreiche Volontairs für diesen Dienst? Oder sollen gemietete Korrespondenzler alles tun? Die Trägheit ist ja auch hier eine kaum zu überwindende. Dies die äußeren Bedenken.

Aber nicht minder drängen sich andre nicht abzuweisende Vorfragen auf. Die Zeitung soll eine konservative sein. Was heißt das? Die Freunde der modernen Konstitutionen nennen sich auch so, und doch ist der Geist, aus dem sie entsprungen, der entgegengesetzte. Das Blatt soll die Regierung unterstützen. A tout prix? Die Kreuzzeitung möchte das Prinzip des Freihandels als Devise auf die Fahne der Konservativen schreiben; dürfen wir Schlesier dies auch? Die Zeitung soll dem kirchlichen Radikalismus entgegentreten; löblich, aber es bedarf der positiven Unterstützung aller besonnenen Bestrebungen auf dem Gebiete der Kirche z. B. der inneren Mission. Wird da keine konfessionelle Eifersucht hemmend entgegentreten? — — — Uebrigens für den Landmann ist eine solche Zeitung weniger geeignet; für ihn halte ich ein patriotisches Wochenblatt für passender. — — — — —

Weigwitz, den 16. September 1851.

Thiel, Pastor.

Zu S. 75, Anm. 9.

St. A. Rep. 14. P. A. IX. 55 qu.

Breslau, den 8. März 1852.

Ew. Wohlgeboren werden von der befriedigenden Entwicklung, welche die „Konservative Zeitung für Schlesien" seit ihrem Beginn in immer steigendem Maße gewonnen hat, bereits nähere Kenntnis genommen haben. Wie ich vor dem Erscheinen derselben die Zuversicht aussprechen zu dürfen glaubte, daß dieselbe der konservativen Sache eine erhebliche Stütze bieten würde, so darf ich jetzt anerkennen, daß das Blatt vom ersten Augenblick an fast in jeder Beziehung nicht bloß den politischen und moralischen Anforderungen entsprochen hat, welche die konservative Partei an

dasselbe zu stellen berechtigt war, sondern daß die Redaktion und die Verlagshandlung auch in Bezug auf die Vollständigkeit und Reichhaltigkeit des Stoffes, sowie an Schnelligkeit und Zuverlässigkeit der Mitteilungen Höheres geleistet haben, als von einem neuentstehenden Blatte irgend erwartet werden konnte Schon jetzt steht die „Konservative Zeitung" in allen diesen Beziehungen hinter keiner der großen Provinzialzeitungen zurück; an Zuverlässigkeit und sorgfältiger Sichtung des Stoffes dürfte sie denselben vielmehr voranstehen. Nur in einem Punkte haben die Leser in der ersten Zeit einen größeren Mangel empfunden, nämlich in Betreff der Insertionen; auch in diesem Betracht aber ist in den letzten Wochen bereits eine solche Vermehrung eingetreten, daß voraussichtlich bereits im nächsten Quartal auch alle desfallsigen Ansprüche Befriedigung finden werden.

Wenn hiernach die Empfehlung, welche ich früher dem Blatte gewidmet habe, von den Unternehmern nach allen Seiten gerechtfertigt worden ist, so ist es doch vorzugsweise der ernst konservative und ernst sittliche Geist desselben, welcher mich zu einer wiederholten Hinweisung anf dessen Beförderung als auf eine Pflicht der entschiedenen Mitglieder der konservativen Partei veranlaßt. Schon jetzt üben die Besprechungen des Blattes einen nicht geringen unmittelbaren und mittelbaren Einfluß aus, welcher auch in dem vorsichtigeren Auftreten der übrigen Presse nicht zu verkennen ist; dieser heilsame Einfluß muß aber in dem Verhältnis wachsen, in welchem sich wirklich die ganze strengkonservative Partei an dem Unternehmen beteiligt.

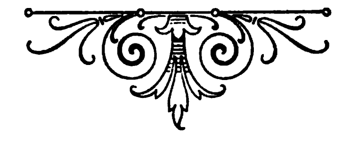
Ich halte es deshalb für meine Pflicht, Ew. Wohlgeboren nochmals dringend und ergebenst zu ersuchen, Ihren Einfluß für die fernere Verbreitung der „Conservativen Zeitung" anwenden zu wollen. Die obigen Resultate der bisherigen Fortbildung des Blattes sind derart, daß die Gründe der Ungewißheit, welche früher manche entschiedene Konservativen fürerst zum Abwarten bestimmten, jetzt als nicht mehr vorhanden zu betrachten sind, daß vielmehr von allen ernsten Mitgliedern der Partci nunmehr eine Beteiligung aus Ueberzeugung bestimmt erwartet werden kann.

Diejenigen Leser, welche ihre Teilnahme bereits bei der früheren Subskription für ein Jahr in Aussicht gestellt haben, dürften nur zu erinnern sein, daß sie ihre Bestellung für das nächste Quartal bei dem Postamt rechtzeitig machen. Außerdem aber ersuche ich Ew. Wohlgeboren auch solche Gesinnungsgenossen, welche früher ihre Entschließung noch vorbehalten haben, sowie überhaupt alle entschiedenen Konservativen wiederholt auf das große Interesse der Sache und auf die erfreuliche Entwickelung des in Rede stehenden Unternehmens aufmerksam machen und zur Beteiligung auffordern zu wollen.

Zu diesem Zweck lasse ich Ew. Wohlgeboren hierbei noch 10 Exemplare dieser Aufforderung nebst Subskribentenlisten zur gefl. Mitteilung an andere Vertrauensmänner des dortigen Kreises zugehen und ersuche Sie, baldgefälligst eine Anzeige über den Erfolg

Ihrer Bemühungen an mich gelangen lassen zu wollen. Zugleich aber bitte ich Sie, die Subskribenten darauf aufmerksam zu machen, daß infolge des Einschreibens in diese Listen ihnen die Zeitung nicht etwa von hier aus direkt zugesandt werden kann, daß sie vielmehr ihrer Subskription lediglich dadurch Folge zu geben haben, daß sie vor Ablauf des Quartals bei der nächsten Post ihr Exemplar bestellen und bezahlen.

Graf Zedlitz-Trützschler.



Zu S. 79, Anm. 3; S. 96, Anm. 2; S. 122, Anm. 8; S. 124, Anm. 3; S. 142, Anm. 5; S. 228, Anm. 2.
St. A. Rep. 14. P. A. III. 531. vol. XL, 4. Juni 1853.

Breslauer Verzeichnis

derjenigen Schriftsteller und Zeitungs-Korrespondenten, welche der Umsturzpartei zugetan oder verdächtig sind.

Stand oder Charakter.	Zu- und Vorname.	Kurze Beschreibung ihrer Verhältnisse und Antezedenzien.	Art ihrer literarischen Wirksamkeit und Angabe der von ihnen gebrauchten Zeichen.
Lehrer an der hiesigen Realschule, suspendiert.	**Dr. Julius Stein.**	40 Jahre alt, evangelischen Glaubens, nicht Soldat, spricht einen breiten, etwas sächsischen Dialekt, noch nicht bestraft, im Jahre 1848 Mitglied der aufgelösten Nationalversammlung, hierzu von Breslau selbst gewählt, durch seine radikale Wirksamkeit in dieser Stellung, namentlich durch den sog. Steinschen Antrag in betreff der Warnung des Militärs vor reaktionären Bestrebungen bekannt, suchte nach seiner damaligen Rückkehr aus Berlin auf die Arbeiter einzuwirken, zu welchem Zweck er namentlich in einer Arbeiterversammlung vom 30. Dezember 1848 sehr aufregend sprach, verfolgte dieselbe Tendenz als Redner und Vorstandsmitglied der städtischen Ressource, trug durch eine am 6. Mai 1849 in einer Volksversammlung gehaltenen Rede zur Erregung des hiesigen Maiaufruhrs bei, wurde jedoch durch das Schwurgericht von der Anschuldigung der Erregung eines Aufruhrs freigesprochen. — Ist noch Mitvorsteher der städtischen (demokratischen) Ressource und hält jeden Winter	Seit 1848 Mitarbeiter an der Neuen Oder-Zeitung. Gibt jetzt in einzelnen Heften eine Geschichte Breslaus heraus, die sich indes hauptsächlich auf die Erzählung wirklicher Tatsachen beschränkt und deren Inhalt bis jetzt keinen Anlaß zu polizeilichem Einschreiten gegeben hat. Ob er für auswärtige Blätter schreibt, ist unbekannt, jedoch ist dies zu vermuten, da er nach seiner Suspension und Beschränkung auf die Gehaltshälfte auf Vermehrung seiner Erwerbsquellen bedacht sein wird. Ein Schriftstellerzeichen ist von ihm nicht bekannt.

		eine Reihe von öffentlichen Vorträgen wissenschaftlichen Inhalts zur Bildung des Publikums. Bei Haussuchungen ist nie etwas Verdächtiges bei ihm zu finden gewesen. Mit Dr. Elsner und Graf Eduard Reichenbach (früher auf Waltdorf, jetzt auf Mahlendorf, Falkenberger Kreis) nahe befreundet. — Er ist talentvoll und gescheit und befindet sich in schlechten Vermögensverhältnissen. Gehört zu den gefährlichsten Führern der Umsturzpartei.	
Vormaliger Lehrer am Magdalenen-Gymnasium in Breslau.	**Dr. Moritz Elsner.**	44 Jahre alt, evangelisch, nicht Soldat, wegen Beteiligung an einer verbotenen burschenschaftlichen Verbindung zu allen öffentlichen Aemtern für unfähig erklärt und mit sechsjährigem Festungsarrest bestraft, demnächst aber auf halbjährige Freiheitsstrafe begnadigt, gehörte in den Jahren 1848 und 1849 als von dem Hirschberger Kreise gewähltes Mitglied der Nationalversammlung und der zweiten Kammer zur äußersten Linken und wurde im Jahre 1849 der Urheberschaft des hiesigen Maiaufruhrs angeklagt. Er hatte nämlich an der Abfassung eines revolutionären Plakats am 5. Mai 1849 teilgenommen und in einer Volksversammlung vom 6. Mai 1849 aufrührerisch gesprochen. Das Schwurgericht verurteilte ihn wegen intellektueller Urheberschaft des Aufruhrs zu zweijähriger Festungsstrafe, jedoch sprach ihn sodann das Geh. Ober-Tribunal auf die von ihm eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde vollständig frei. — Nach dem ersten Erkenntnisse und vor seiner Freisprechung hatte er sich indessen nach London geflüchtet, wo er sich durch Erteilung von Unterricht ernährte sowie die englische Sprache erlernte und von wo re erst nach seiner Freisprechung im J. 1850 zurückkehrte. Inzwischen war er bereits auf	Schon vor dem Jahre 1848 gab er hier ein radikales Blatt „Die Schlesische Chronik“ als Beiblatt der Breslauer Zeitung heraus, in welchem er die politische Unzufriedenheit nährte, insbesondere aber die Interessen der religiösen Bewegung verfocht. Im Jahre 1848 trug das Blatt viel zu dem ungünstigen Ausfall der Wahlen bei. Er gab es auf, als er nach Berlin ging. Nach seiner Rückkehr von England wurde er Mitarbeiter der Neuen Oderzeitung, was er noch ist. Schriftstellerzeichen nicht bekannt.

Stand oder Charakter.	Zu- und Vorname.	Kurze Beschreibung ihrer Verhältnisse und Antezedenzien.	Art ihrer literarischen Wirksamkeit und Angabe der von ihnen gebrauchten Zeichen.
		administrativem Wege aus seinem Amt entlassen worden. Er steht im Verdacht, die Verbindung zwischen der Londoner Propaganda und der hiesigen Demokratie zu vermitteln. Die bisherigen Haussuchungen bei ihm sind fruchtlos gewesen. Mit Dr. Stein und Graf Reichenbach sehr nahe befreundet.	
Literat.	**Robert Bürkner.**	41 Jahre alt, katholischer Religion, aus Breslau gebürtig, war hier 1833 und 1834 Auskultator bei dem hiesigen Stadtgericht und dann eine kurze Zeit Referendarius bei der hiesigen Regierung, verließ aus besonderer Vorliebe für Kunst und Literatur seine Laufbahn, wurde Literat und heiratete eine ehemalige Schauspielerin Hildebrandt. Noch nicht bestraft.	Nach Aufgabe seiner Beamtenlaufbahn wurde er Mitarbeiter verschiedener Zeitschriften und huldigte einer sehr freisinnigen Richtung. Als im Jahre 1845 die Oderzeitung als ein Organ der strengsten katholischen Richtung gegründet wurde, beschäftigte der nominelle Redakteur Professor Dr. Kutzen den Robert Bürkner als Hauptmitarbeiter der Zeitung und letzterer ging auf den darin herrschenden ultramontanen Geist vollständig und zu solcher Zufriedenheit des Professors Kutzen ein, daß dieser Anfang 1848 darauf antrug, ihn zum verantwortlichen Redakteur bestellen zu dürfen. Noch ehe dies bewilligt wurde, im März 1848 nach Einführung der Preßfreiheit, emanzipierte sich Bürkner vollständig, warf seine bisherige Hülle ab und zeigte sich in seiner wahren Gestalt. Er übernahm die Redaktion der Oderzeitung, die er „Neue Oderzeitung" nannte und verfolgte eine ganz radikale Tendenz, sowohl in politischer als in religiöser Beziehung. Als im Jahre 1851 die Unterdrückung der Neuen Oderzeitung in Aussicht stand, nahm der Verleger, Buchdruckereibesitzer Richter, dem Bürkner die Redaktion ab und übertrug sie

			dem vormal. Appelations-Gerichts-Direktor Temme, Bürkner aber trat nunmehr als Mitarbeiter der Breslauer Zeitung ein, was er noch ist, und schreibt als solcher insbesondere den an jedem Sonntage unter der Ueberschrift „Sonntagsblättchen“ erscheinenden Artikel, der die demokratische Richtung des Verfassers verrät. Schriftstellerzeichen nicht bekannt.
Vormaliger Appellationsgerichts-Direktor.	**Jodocus Temme.**	52 Jahre alt, katholischer Religion, aus Lette im Kreis Wiedenbrück gebürtig, hat sich hier vom 14. April 1851 bis zum September 1852 aufgehalten, wonächst er einem Rufe als Professor an der Universität zu Zürich folgte.	Temme hat vom April 1851 bis zum April 1852 in Breslau die Neue Oderzeitung redigiert und dabei Geschick für publizistische Tätigkeit entwickelt, ohne daß es ihm jedoch gelang, die Zeitung zu heben. Vielmehr war die Redaktion geschickter, als Dr. Stein und Dr. Elsner wieder die Hauptarbeit übernahmen. In allen seinen Leitartikeln verriet Temme eine ungemeine Erregtheit. Er ist hier zweimal bestraft worden: a) Durch das in 2. Instanz bestätigte Erkenntnis des hiesigen Stadtgerichts vom 14. Februar 1852 wegen Beleidigung des Staatsministeriums durch einen in No. 189 der Neuen Oderzeitung vom 24. April enthaltenen Artikel mit einer Geldbuße von 50 Rtlr. b) Wegen Aufnahme der Ankündigung eines unsittlichen Buches in No. 581 der Neuen Oderzeitung mit 10 Rtlr. Geldbuße. Schriftstellerzeichen nicht bekannt.
Literat.	**Karl Krause.**	31 Jahre alt, christkathol. Dissident, der mißratene Sohn des im Jahre 1849 verstorbenen hiesigen Polizeikanzlisten Krause, der ein gutgesinnter, treuer Beamter war, hat auf hiesiger Universität Philologie studiert, aber kein Examen machen können, gehört zu den Roten und hat diese seine Gesinnung in den Jahren 1848 und 1849 offen zur Schau ge-	Nachdem Temme die Redaktion der Neuen Oderzeitung niedergelegt hatte, übernahm sie Krause. Es ist indessen bekannt, daß die Dr. Dr. Stein und Elsner die eigentlichen Redakteure sind und er nur seine Verantwortlichkeit hierzu hergibt, da es ihm auf das Absitzen von Strafen nicht sehr ankommen wird. Frühere Beweise literarischer

Stand oder Charakter.	Zu- und Vornamen.	Kurze Beschreibung ihrer Verhältnisse und Antezedenzien.	Art ihrer literarischen Wirksamkeit und Angabe der von ihnen gebrauchten Zeichen.
		tragen, ohne jedoch die Strafgesetze zu verletzen. Er ist ohne Vermögen und ein sehr unbedeutender Mensch.	Tätigkeit sind von ihm nicht bekannt. Als Redakteur der Neuen Oderzeitung ist er durch rechtskräftiges Erkenntnis des hiesigen Appellationsgerichts vom 29. Dezember 1852 wegen öffentlicher Verhöhnung von Anordnungen der Obrigkeit, wodurch diese dem Haß und der Verachtung ausgesetzt worden, mit einer Geldbuße von 100 Rtlr. oder 2 Monaten Gefängnis bestraft worden. Schriftstellerzeichen nicht bekannt.
Vormaliger Universitäts-Professor.	**Christian Gottfried Nees von Esenbeck.**	Geboren den 14. Februar 1776 auf dem Reichenberge bei Erbach im Odenwald, also 77 Jahre alt, steht an der Spitze der christkatholischen Dissidenten, hat sein Amt als Professor der Universität und Direktor des botanischen Gartens hierselbst verloren, weil er im Konkubinat lebte und dieses Verhältnis öffentlich zu rechtfertigen suchte, ist durch und durch Sozialdemokrat und hat früher einen sehr bedeutenden Einfluß auf die hiesigen Arbeiter ausgeübt, der indes seit der Beschränkung seiner Geldmittel sehr abgenommen hat. Wegen Verletzung der Vereinsgesetze ist er a) durch Erkenntnis des Appellationsgerichts vom 14. Oktober 1850, weil er die Anzeige einer christkatholischen Versammlung unterlassen hat, mit einer Geldbuße von 5 Rtlr., b) als Vorsteher der Arbeiterverbrüderung bei gleichzeitiger Schließung derselben durch das in 2. Instanz bestätigte Erkenntnis des hiesigen Stadtgerichts vom 10. Mai 1851 mit einer Geldbuße von 10 Rtlr. bestraft worden und	Es kann hier nicht darauf ankommen, seine wissenschaftlichen Werke aufzuzählen. Was seine publizistische Tätigkeit betrifft, so beschränkt sie sich auf seine Artikel in der Neuen Oder-Zeitung und in der „Zeitung für freie Gemeinden“, die stets irgendeinen Vorfall zur Veranlassung haben, allemal aber in sozialdemokratischem Geist geschrieben sind. Schriftstellerzeichen nicht bekannt.

		c) als Vorsteher des polizeilich geschlossenen christkatholischen Dissidentenvereins noch in Untersuchung.	
Literat.	**August Semrau.**	38 Jahre alt, katholischen Glaubens, Sohn eines Oberschulzen zu Zenznick im Schlochauer Kreise, Regierungsbezirk Marienwerder, nicht Soldat, seit 1842 hier, hat schon vor dem Jahre 1848 bei allen Gelegenheiten die politische und religiöse Bewegung als öffentlicher Redner zu fördern gesucht. Im Jahre 1846 stand er in Verdacht, zur Befreiung der in Neisse inhaftierten und nach Rußland auszuliefernden Polen in Gemeinschaft mit dem Grafen Eduard Reichenbach mitgewirkt zu haben. Auch interessierte er sich sehr für die Krakauer Revolution. Infolge einer Rede, die er in einer Volksversammlung am 6. Mai 1849 gehalten hat und in welcher er zum tätigen Widerstande aufforderte, ist er von dem Schwurgericht wegen versuchter Erregung eines Aufruhrs mit dem Verlust der Nationalkokarde, 3 Jahren Festungsarrest, worauf 3 Monate Untersuchungshaft angerechnet worden, und Stellung unter Polizeiaufsicht auf 3 Jahre bestraft worden. Nach Verbüßung der Strafe ist er hierher zurückgekehrt und lernt das Tapeziergewerbe bei dem hiesigen Tapezier Schadow, einem der entschiedensten Demokraten.	Semrau hat, soviel bekannt, früher für einzelne Blätter geschrieben und sich hauptsächlich einer journalistischen Tätigkeit zugewandt. Seit seiner Rückkehr von der Festung scheint er die literarische Beschäftigung aufgegeben zu haben. Schriftstellerzeichen nicht bekannt.
Dramaturg an dem hiesigen Theater.	**Dr. J. Lasker.**	40 und einige Jahre alt, jüdischer Religion, war früher praktischer Arzt in Berlin, widmete sich später der Journalistik und trat im Jahre 1849 bei dem hiesigen Stadttheater als Dramaturg ein. Er huldigt einer extremen politischen Richtung, ist aber noch nicht bestraft.	Dr. Lasker ist der Gelegenheitsdichter der hiesigen Demokratie, singt den Manen Robert Blums und der deutschen Freiheit begeisterte Lieder und ist früher auch in gleicher Tendenz als Improvisator aufgetreten. Im vorigen Jahr hat er hier ein humoristisches Blatt „Quodlibet" herausgegeben, das sich aber nicht gehalten hat. Schriftstellerzeichen nicht bekannt.

Stand oder Charakter.	Zu- und Vorname.	Kurze Beschreibung ihrer Verhältnisse und Antezedenzien.	Art ihrer literarischen Wirksamkeit und Angabe der von ihnen gebrauchten Zeichen.
Literat.	**Gustav Roland.**	43 Jahre alt, hält sich zu den christkatholischen Dissidenten, besitzt nur geringe Fähigkeiten und ist überhaupt ein unbedeutender Mann. Nach seiner Gesinnung gehört er jedoch entschieden zu den Sozialdemokraten. Seine Frau Karoline Mathilde Agnes, geb. Grassme ist im vorigen Jahre nach Amerika gereist, um zu recherchieren, ob für ihn sich dort ein besseres Unterkommen fände. Er selbst hat kürzlich ebenfalls einen Reisepaß erhalten und scheint seiner Frau in diesem Sommer nachreisen zu wollen.	Seit 1835 redigiert Roland Lokalblätter für Breslau, früher den „Breslauer Erzähler“ und den „Breslauer Beobachter“, und als diese im Jahre 1849 eingingen, an deren Stelle das „Breslauer Stadtblatt“ und zuletzt das „Allgemeine Volksblatt“. Obwohl diese Blätter sich meist auf Erzählungen und Mitteilungen von Lokalvorgängen beschränkten, verrieten sie doch da, wo sie das politische Gebiet berührten, den sozialdemokratischen Standpunkt des Redakteurs. Schriftstellerzeichen nicht bekannt.
Dissidentenprediger.	**Theodor Hofferichter.**	38 Jahre alt, aus Liegnitz gebürtig, ein Sohn des in Glogau verstorbenen Kanzleiinspektors Friedrich Hofferichter, früher evangelischer Rektor an der Stadtschule zu Neumarkt und Hilfsprediger daselbst, trat zu den christkatholischen Dissidenten über und wurde Prediger der hiesigen Gemeinde. In seinen Predigten leugnete er die göttliche Offenbarung, erklärt die Lehre von der Unsterblichkeit der Seele als durch die Wissenschaft längst beseitigt und stellt an die Stelle des religiösen Kultus die Bestrebungen zur Erreichung einer vollen Freiheit in Gesellschaft, Kirche und Staat. Hauptsächlich auf Grund seiner Predigten ist es möglich gewesen, den hiesigen Dissidentenverein als einen solchen anzusehen, in dessen Versammlungen politische Gegenstände erörtert werden, und ihn demgemäß polizeilich zu schließen. Die gegen ihn und die übrigen Dissidentenvorsteher ein-	Außer einer Menge von Predigten, welche Hofferichter herausgegeben hat, redigierte er das früher hier erschienene „Christkatholische Ressourcenblatt“ und vom 1. Januar 1850 ab die an dessen Stelle getretene „Zeitschrift für freie Gemeinden“. Seit einigen Monaten sind von letzterer Zeitschrift keine neuen Nummern mehr erschienen. Alle seine Schriften sind von sozialdemokratischem Geiste erfüllt. Schriftstellerzeichen nicht bekannt.

		geleitete gerichtliche Untersuchung schwebt noch.	
Vormaliger Appellationsgerichts-Referendar.	**Richard Kunisch.**	25 Jahre alt, evangelischer Religion, Sohn des verstorbenen Gymnasialprofessors Kunisch hierselbst, wegen seiner demokratischen Umtriebe vom Königlichen Appellationsgericht hierselbst, bei welchem er als Referendarius arbeitete, im Jahre 1852 entlassen, lebt seitdem von dem kleinen väterlichen Erbteil und von der Journalistik. Er behauptet, sich in seiner politischen Gesinnung gebessert zu haben und hat Versuche gemacht, wieder in den Staatsdienst aufgenommen zu werden, was ihm bisher nicht gelungen ist.	Nach seiner Angabe ist Kunisch Korrespondent der Vossischen Zeitung, schreibt Rezensionen über das hiesige Theater und Novellen für einzelne Zeitschriften. Schriftstellerzeichen nicht bekannt.
Vormaliger Auskultator.	**Max Friedländer.**	24 Jahre alt, jüdischer Religion, wegen schlechter Streiche seines Amtes als Auskultator im Disziplinarwege entlassen, nebenbei auch Demokrat. Im März 1851 ist er, weil er als Defensor mehrerer Christkatholiken der hiesigen Polizeibehörde Schikane in Verfolgung der Christkatholiken vorwarf, zu 10 tägiger Gefängnisstrafe verurteilt worden. Er lebt von literarischen Arbeiten.	Friedländer schreibt für Zeitungen Korrespondenzartikel. Die Breslauer Zeitung hatte im vorigen Jahre zahlreiche Artikel von ihm über Handelsverhältnisse, in welchen er sich den Schein gab, aus authentischen Quellen zu schöpfen, was sich jedoch bei näherer Untersuchung als unrichtig ergab. Hierbei bediente er sich des Zeichens ‡.
Literat Dr. phil.	**Robert Giseke.**	Am 15. Januar 1827 geboren, evangelischer Religion, Sohn des hiesigen Regierungsrats bei der Provinzialsteuerdirektion Giseke, hat hier studiert, geriet im Jahre 1848 in gerichtliche Untersuchung wegen Verleitung zum Aufruhr; das Verfahren wurde jedoch durch Beschluß der Ratskammer des hiesigen Apellationsgerichts eingestellt. Er begab sich sodann nach Leipzig, wo er sich mit literarischen Arbeiten beschäftigt.	Die Art seiner literarischen Wirksamkeit ist hier nicht näher bekannt, es läßt sich jedoch vermuten, daß sie destruktiven Charakters sein wird.

Stand oder Charakter.	Zu- und Vornamen.	Kurze Beschreibung ihrer Verhältnisse und Antezedenzien.	Art ihrer literarischen Wirksamkeit und Angabe der von ihnen gebrauchten Zeichen.
Literat.	**Hermann Meyer.**	35 Jahre alt, in Posen geboren, vor vier Jahren vom Judentum zur evangelischen Religion übergetreten, jetzt christkatholischer Dissident, Sohn eines vor 3 Jahren in Berlin verstorbenen Handelsmannes, von geringer wissenschaftlicher Bildung, lebte hier von Tagesschriftstellerei und Winkelschreiberei, reiste vor einiger Zeit nach der Schweiz, kehrte aber, da er sich dort nicht ernähren konnte, zurück und schloß sich einer Schauspielertruppe an, welche kürzlich in Bromberg gewesen und jetzt in Elbing sein soll. Seine Ehefrau, die als Lodovisca (Luise) Meyer öfters Gedichte in demokratischen Kreisen veröffentlicht und in denselben sich als begeisterte Anhängerin des Nees von Esenbeck und der christkatholischen Sache gezeigt hat, begleitet ihn. Er ist ein entschiedener Sozialdemokrat.	Soviel bekannt, hat Meyer bisher keine selbständige Tätigkeit entwickelt, wozu es ihm auch an Fähigkeiten fehlen dürfte, vielmehr nur einzelne Referate für die Neue Oderzeitung geliefert. Schriftstellerzeichen nicht bekannt.

Zu S. 100, Anm. 3.
Elsneriana Fasc. 26.

Von Herrn Moritz Friedländer haben die Unterzeichneten, Eigentümer der Neuen Oderzeitung, zum Geschäftsbetriebe einen Vorschuß von 600 Talern erhalten, den sie sich in folgenden Raten — — — — —, je bis zum Rückzahlungstermin mit 5% verzinslich, zurückzuzahlen verpflichten.

Breslau, den 20. März 1855.

Max Friedländer. Stein. Elsner.

Zu S. 144, Anm. 3.
St. A. Rep. 14. P. A. IX. 49e.

Die Zeitung für freie Gemeinden wird vom Prediger Hofferichter redigiert und herausgegeben. Er selbst besorgt seit dem Juni ihren Vertrieb, ohne hierzu eine Konzession zu besitzen, jedoch auch ohne meines Erachtens einer solchen hierzu zu bedürfen. — — — — —

Ich glaube kaum, daß Hofferichter auf die Kosten kommt. Die Herausgabe des Blattes ist für ihn weniger eine Spekulation auf Gewinn als vielmehr ein Mittel, seine Grundsätze zu verbreiten.

Gedruckt wird das Blatt von dem Buchdruckereibesitzer Günther, Große Groschengasse No. 4, der als ein wohlgesinnter Mann gilt und die Ansichten des in Rede stehenden Blattes nicht teilt. Nur inbetreff seiner könnte von einer Konzessionsentziehung die Rede sein. Allein hierzu ist meines Erachtens die Lage der Sache nicht angetan.

An das Königl. Regierungs-Präsidium.

Der Polizei-Präsident.
von Kehler.

Zu S. 171, Anm. 2.
Schles. Zeitung 1863, No. 303.

Der in No. 296 der „Schlesischen Zeitung“ enthaltene Bericht über das am 27. v. Mts. zu Ehren des Stadtverordnetenvorstehers, Justizrat Simon, von einigen Bürgern hiesiger Stadt veranstaltete Fest gibt der Stimmung, welche die Festgenossen beseelte, warmen Ausdruck, erwähnt, daß die Strophen des Festliedes „Wenn auch Dir zum Lohne heut kein Lorbeer grünt, eine Bürgerkrone hast Du doch verdient“ mit lautem Beifall begrüßt wurden, und hebt aus dem auf Herrn Simon ausgebrachten Toaste hervor, daß, „wenn je ein Beispiel bürgerlicher Tugend zur Nachahmung aufgefordert, es das Simons sei.“ Da der Bericht keine Tatsachen erwähnt, durch welche eine Bürgerkrone verdient worden, so müssen dem lesenden Publikum, namentlich dem mit der gefeierten Persönlichkeit weniger bekannten Publikum außerhalb Breslaus einige in den letzten Wochen vorgefallene Begebenheiten unwillkürlich in Erinnerung kommen, welche allgemein bekannt geworden sind. Wir meinen folgende

Tatsachen, deren Richtigkeit Ew. Hochwohlgeboren auch in Ihrer Eigenschaft als Stadtverordneter zu bestätigen in der Lage sein werden.

Am 11. v. Mts. wurde in der Stadtverordnetenversammlung ein Dringlichkeitsantrag auf Absendung einer Deputation an Se. Majestät den König eingebracht, welche um Einberufung des allgemeinen Landtages bitten sollte. Die vollständigsten Vorbereitungen zur Erledigung dieses Antrages waren so geheim gehalten worden, daß der Magistrat und die Königl. Regierung erst an demselben Tage, am 11. v. Mts., zufällig von diesem Vorhaben Kenntnis erhielten. Dennoch empfing der Stadtverordnetenvorsteher noch vor der Sitzung eine Verfügung der Königl. Regierung, worin er unter Hinweisung auf die maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen angewiesen wurde, eine Beratung des fraglichen, die Kompetenz der Stadtverordneten überschreitenden Antrags nicht zuzulassen. Der Stadtverordnetenvorsteher, von einer anderen Ansicht über die Kompetenz der Stadtverordneten ausgehend, wählte statt der gesetzlichen Remedur im Beschwerdewege den Weg der direkten Zuwiderhandlung gegen das erhaltene Gebot. Er ließ nicht nur trotz des Widerspruchs des Magistratsdirigenten den erwähnten Antrag sofort beraten, sondern schritt auch ohne Zögern zur Ausführung des darüber gefaßten Beschlusses und begab sich mit drei anderen zur Ueberreichung der betreffenden Petition an Se. Majestät gewählten Deputierten wenige Stunden nach dem Schlusse der Sitzung auf den Weg nach Potsdam. Bald nachdem die Deputation unverrichteter Sache heimgekehrt und der Bericht über ihre Tätigkeit, einem abermaligen Verbot zuwider, in der Stadtverordnetenversammlung von Herrn Simon erstattet war, erschien in den meisten hiesigen Zeitungen eine von einigen Bürgern der Stadt unterzeichnete Einladung zur Beteiligung an einem Festmahl zu Ehren des Stadtverordnetenvorstehers. Es machte auf jedermann den Eindruck und wurde auch von keiner Seite in Abrede gestellt, daß die dargestellten Vorgänge die Veranlassung zu dieser Ovation boten. Wir haben es gutgeheißen, daß das Königl. Polizeipräsidium dem Austausch der Ansichten im Kreise der Festgenossen keine Schranken zog. Wenn aber jetzt der Versuch gemacht worden, die dort kundgegebenen Gesinnungen durch die Presse in der ganzen Provinz und darüber hinaus zu verbreiten, so ändert sich für uns der Stand der Beurteilung. So wenig wir Veranlassung haben, über die gesamte Berufstätigkeit des gegenwärtigen Stadtverordnetenvorstehers, Herrn Justizrat Simon, irgend ein Urteil auszusprechen, so darf doch grade in diesem Augenblick nicht unbeachtet bleiben, daß der Kern desjenigen Verfahrens, welches die gedachte Ovation hervorgerufen hat, eine offene und fortgesetzte Auflehnung gegen die Verbote der gesetzlichen Kommunalaufsichtsbehörde enthält. Zugegeben, daß Herr Simon von der Ueberzeugung durchdrungen sein mochte, das verfassungsmäßige Petitionsrecht der Stadtverordneten sei ein unumschränktes, so stand seiner Ansicht doch mindestens als gleichberechtigt die ausgesprochene Ueberzeugung der Aufsichtsbehörde gegenüber, wonach das verfassungsmäßige Petitionsrecht von Behörden sich nur auf Gegenstände ihres

Ressorts bezieht, die Einberufung des allgemeinen Landtags aber zu den Kommunalangelegenheiten nicht gehört. Selbst wenn man die Zulässigkeit einer bezüglichen rechtlichen Kontroverse nachgibt, so sollte doch füglich das eine von allen Seiten als unstreitig angesehen werden und ist auch, soviel bekannt, überall außer in Breslau anerkannt worden, daß bei einer Meinungsverschiedenheit zwischen der Aufsichtsbehörde und einer Stadtverordnetenversammlung die letztere nicht befugt ist, ihre Ansicht rücksichtslos selbst zur Geltung zu bringen.

Die von dem Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Simon am 11. v. Mts. betätigte Auflehnung gegen die Aufsichtsbehörde billigen heißt nichts anderes, als die gesetzlichen Befugnisse der Aufsichtsbehörde überhaupt in Abrede stellen. Denn so oft die Stadtverordneten mit der Ansicht der Aufsichtsbehörde übereinstimmen, ist eine Wirksamkeit der letzteren entbehrlich, während in Fällen, wo die Auffassungen divergieren, die dem Beispiel des p. Simon folgenden Stadtverordnetenvorsteher in der Lage sein würden, sich an die Ansicht der Aufsichtsbehörde nicht zu kehren. Beansprucht man für den Stadtverordnetenvorsteher so weitgehende Befugnisse, so ist klar, daß die Konsequenzen dieser Ansicht zu einer völligen Ablösung der Kommunen vom Staatsorganismus, mithin zur Zerstörung eines Teils der staatlichen Ordnung führen. Die Ansicht, welche das mehrerwähnte Verfahren des Herrn p. Simon anscheinend geleitet hat, ist demnach als ein gemeinschädlicher, ja staatsgefährlicher Irrtum zu bezeichnen.

In Erwägung solcher Gründe müssen wir mit unseren Pflichten als Wächter der öffentlichen Ordnung unvereinbar erachten, ungerügt hingehen zu lassen, wenn in der Presse die in erregter Feststimmung vielleicht gelegentlich applaudierten Aussprüche mit dem Anschein voller Uebereinstimmung wiedergegeben werden, wonach der Stadtverordnetenvorsteher, welcher doch kürzlich einen so flagranten Akt der Auflehnung gegen die Aufsichtsbehörde ausgeführt hat, eine Bürgerkrone verdient und das nacheiferungswürdigste Beispiel bürgerlicher Tugend gegeben haben soll. Es liegt hierin unverkennbar eine sehr wirksame Anreizung zu gleichartigem Ungehorsam gegen die Anordnungen der Obrigkeit, eine Aufforderung, welche in den weitesten Kreisen unrichtige Vorstellungen verbreiten und die Bande der bestehenden staatlichen Ordnung zu lockern geeignet ist.

Ew. Hochwohlgeboren als dem Verleger der Schlesischen Zeitung sind wir daher genötigt auf Grund der §§ 1 (alinea 6) und 3 der Verordnung vom 1. v. Mts., wie hiermit geschieht, eine Verwarnung zu erteilen.

Breslau, 1. Juli 1863.

Königl. Regierungs-Präsidium.

(gez.) von Schleinitz.

Zu S. 171, Anm. 3.

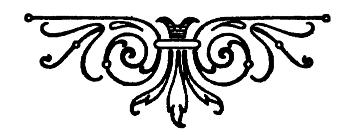
Schlesische Provinzialblätter 1863, S. 760.

Die in Ew. Hochwohlgeboren Verlage erscheinende Schlesische Zeitung enthält in der Beilage I zu No. 453 einen auf die bevorstehenden Wahlen bezüglichen Aufruf aus dem Neisse-Grottkauer Kreise. Durch dieses Inserat wird die Verordnung betreffend das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften vom 1. Juni d. J. verletzt, indem in demselben versucht wird, durch die Behauptung zum Teil unwahrer, zum Teil entstellter Tatsachen die Staatsregierung des Verfassungsbruches zu beschuldigen, dieselbe zu schmähen und dem Hasse auszusetzen. Dieselbe Richtung verfolgt das in der Mittagszeitung No. 456 unter „Gumbinnen" abgedruckte angebliche Zirkular eines Gutsbesitzers Reitenbach in Plicken. Auf Grund der oben bezeichneten Verordnung wird Ihnen deshalb unter Berücksichtigung der Gesamthaltung dieser Zeitung, und da Ihnen bereits unterm 1. Juli d. J. eine Verwarnung erteilt worden ist, hiermit die zweite Verwarnung erteilt. Sollte auch diese zweite Verwarnung fruchtlos bleiben, so wird unsrerseits das Verfahren wegen des Verbots der in Ihrem Verlage erschienenen Zeitung nach Vorschrift der Verordnung vom 1. Juni d. J. eingeleitet werden.

Breslau, den 3. Oktober 1863.

Königl. Regierungs-Präsidium.

(gez.) von Schleinitz. von Götz.



Personenregister.

Sach- und Ortsregister.




Journalistische Bibliothek
221
Heidelberg


Universitäts-Buchbinderei
CARL HOHMEISTER
HEIDELBERG